

J A H R B U C H F Ü R W I R T S C H A F T S G E S C H I C H T E

1961 · T E I L I I

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
ZU BERLIN

INSTITUT FÜR GESCHICHTE
ABTEILUNG WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1961

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTS- GESCHICHTE

1961 · TEIL II



45-4

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1961 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/151/61

Gesamtherstellung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1617

Printed in Germany

Bestellnummer: 2103/61/2 · ES 5 B 2 · 14 D

INHALT

I. REFERATE UND DISKUSSIONSBEITRÄGE DER ARBEITSTAGUNG „ZUR GESCHICHTE DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONSBETRIEBE“

veranstaltet vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 3. und 4. Dezember 1960 im Plenarsaal der Akademie

Redaktionelle Vorbemerkung	13
Begrüßungsschreiben	15
Zur Eröffnung der Tagung	
JÜRGEN KUCZYNSKI	19

Referate

WERNER LUCAS

Aufgabe und Bedeutung der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe	21
--	----

HANS RADANDT

Bemerkungen zum gedruckt vorliegenden Referat	43
---	----

EBERHARD WÄCHTLER

Bemerkungen zum gedruckt vorliegenden Referat	47
---	----

Diskussionsbeiträge

1. MARTIN BÖHMER

Die Bedeutung der Betriebsgeschichte von 1945 bis heute für die Erziehung unserer Menschen	51
--	----

2. REGINA HASTEDT

Die Beschäftigung mit der Geschichte dient der Hebung des sozialistischen Bewußtseins	55
---	----

3. RICHARD GLADEWITZ

Unsere Erfahrungen bei der Schaffung der Betriebsgeschichten	61
--	----

4.	KARL HÄNEL	
	Über die Entstehung unserer Betriebsgeschichte auf dem Wege des Erfahrungsaustausches	67
5.	EDITH STASCH	
	Erfahrungsbericht über die Ausarbeitung einer Betriebsgeschichte im VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx“, Magdeburg-Buckau	69
6.	OTTO WALCHA	
	Erfahrungen beim Aufbau der Festschrift zur 250-Jahrfeier des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen	71
7.	RUDOLF SCHRÖDER	
	Bedeutung, Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig	75
8.	HEINZ HABEDANK	
	Zur Methodik der mündlichen Befragung von Arbeiter-veteranen	83
	a) EBERHARD WÄCHTLER	
	Zwischenbemerkung	85
	b) KURT ENGELSMANN	
	Zwischenbemerkung	86
9.	WILLY LEHMANN	
	Zur Erarbeitung der Geschichte der Braunkohlenwerke	87
	HEINZ BEIKE	
	Zwischenbemerkung	90
10.	GEORG WANSCHAAF	
	Erarbeitung einer Betriebsgeschichte im VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“, Zwickau	93
11.	ROLF KUNTZSCH	
	Fragen des Zusammenhangs von allgemeiner und Betriebsgeschichte	97
12.	ERIK HÜHNS	
	Betriebsgeschichte und Heimatmuseum	103
	a) HEINZ MÜLLER	
	Zwischenbemerkung	106
	b) HANS OTTO GERICKE	
	Zwischenbemerkung	107
13.	HEINZPETER THÜMLER	
	Zu den Quellen der Betriebsgeschichte	109
14.	KURT OHLENDORF	
	Zur Nutzung betriebsgeschichtlicher Daten und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit an Betriebsgeschichten	115

15. WISSO WEISS	
Einige Probleme der Erarbeitung von Betriebsgeschichten	121
a) HELMUT BOCK	
Zwischenbemerkung	125
b) HEINZ HABEDANK	
Zwischenbemerkung	126
c) HELMUT SEIDL	
Zwischenbemerkung	126
16. HERBERT BLÜMEL	
Zu einer Ausstellung zur Geschichte des Berliner Glühlampenwerkes	129
17. RUDOLF FRANZ	
Erfahrungen des Lehrstuhls Geschichte am Pädagogischen Institut Dresden bei der Erziehung sozialistischer Studenten im Rahmen der Betriebsgeschichtsforschung	131
18. KARL PLESSE	
Die Festigung des Bündnisses mit der Bauernschaft und die Rolle der Sowjetmenschen beim Aufbau der volkseigenen Betriebe	135
19. WERNER LUCAS	
Glückwünsche an die Stahlwerker	141
20. FRITZ BARTH	
Bedeutung und Aufgaben der Betriebsgeschichte	143
21. JOACHIM NITSCHKE	
Archivalische Quellen zur Betriebsgeschichte im Deutschen Zentralarchiv Potsdam	147
22. WILLY HOFFMANN	
Die Bedeutung der Betriebsarchive für die Betriebsgeschichtsschreibung	151
23. JOHANNA BÄTHGE	
Quellen zur Betriebsgeschichte	153
24. KURT SCHÄDLICH	
Betriebsgeschichte und schreibender Arbeiter	157
25. HORST HANDKE	
Einige Gedanken über den Zusammenhang von Literatur- und Geschichtswissenschaft beim Schreiben einer Betriebsgeschichte	161
26. ALFRED BACH	
Zu einigen Problemen der Betriebsgeschichtsschreibung	165
EBERHARD WÄCHTLER	
Zwischenbemerkung	167

27. HEINRICH ERNST SIEGRIST	
Zur Erarbeitung einer Betriebsgeschichte	169
28. GERHARD HEITZ	
Agrar-Betriebsgeschichte	173
29. HEINZ MÜLLER	
Die Bedeutung der Intelligenz bei der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte	177
30. HEINZ HEITZER	
Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Arbeitern bei der Betriebsgeschichtsschreibung	179
31. HORST HOLZSCHUH	
Betriebsgeschichte im Film	183
32. HELENA STOCK	
Wissenschaftliche Auswertung der Forschungsberichte im Betriebsarchiv des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld	187
33. GEORG REITSCH	
Gewerkschaften und Betriebsgeschichte	189
34. WALTER HAUKE	
Die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Gestaltung der Betriebsgeschichte	191
Schlußwort	
JÜRGEN KUCZYNSKI	193

II. MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

YEN CHUNG-PING

Zur Geschichte der Baumwollindustrie in China bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. 199

EBERHARD WÄCHTLER

Zur Geschichte der Lage und des Kampfes der Bergleute im Staatsbergbau an der Saar von 1789 bis 1849 231

III. QUELLEN UND MATERIALIEN

JÜRGEN KUCZYNSKI

Für den Aufbau einer zuverlässigen Streikstatistik für die Jahre 1880 bis 1945 297

MANFRED NUSSBAUM

Zwei Dokumente zur Geschichte des deutschen Kolonialismus 303

IV. LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

BRUNO WIDERA

Ware-Geld-Beziehungen – Silbergeld-Silberbau im frühen
Mittelalter in Osteuropa im Lichte neuer Literatur 321

Historisch-Geographisches Kartenwerk. Britische Inseln.
Frankreich. Belgien. Niederlande. Luxemburg. Unter
Leitung von E. Lehmann bearbeitet von W. Schmeer,
R. Ogrissek und H. Weiße (Jürgen Kuczynski) 332

GERHARD BRY

Wages in Germany 1871–1945 (Jürgen Kuczynski) . . . 336

JOSEF GEUENICH

Geschichte der Papierindustrie im Düren-Jülicher Wirt-
schaftsraum (Wolfgang Schlieder) 340

G. G. KOTOW

Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland
(Hans-Heinrich Müller) 354

Autorenverzeichnis 371

I.

REFERATE UND DISKUSSIONSBEITRÄGE
DER ARBEITSTAGUNG „ZUR GESCHICHTE
DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONSBETRIEBE“

*veranstaltet vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissen-
schaften zu Berlin am 3. und 4. Dezember 1960 im Plenarsaal der Akademie*

REDAKTIONELLE VORBEMERKUNG

Erster Grundsatz der redaktionellen Bearbeitung war es, der interessierten Öffentlichkeit in möglichst ursprünglicher Form möglichst alle Konferenzmaterialien zugänglich zu machen. Um den Bericht jedoch nicht übermäßig auszudehnen, wurden einige Beiträge, zu deren Thematik vorher bereits andere Teilnehmer in gleicher Art gesprochen hatten, ausgelassen. Das aus dem veröffentlichten Material hervorgehende Gesamtbild der Arbeitstagung wird folglich durch das Fortlassen einiger Beiträge nicht beeinträchtigt. An Zwischenbemerkungen enthält der Bericht dagegen nur solche, die von allgemeiner Bedeutung sind. Bis auf einige Ausnahmen, bei denen der Redaktion die Namen nicht bekannt sind, werden auch die Diskussionsteilnehmer genannt, deren Beiträge im Bericht nicht enthalten sind; diese Ausnahmen beziehen sich jedoch nur auf Redner, die unmittelbar anschließend an einen Diskussionsbeitrag zu einer Zwischenbemerkung das Wort ergriffen.

Eine Reihe von Artikeln, die vorwiegend in Betriebszeitungen erschienen sind und über die Konferenz selbst sowie ihre Auswertung in den Betrieben berichten, werden in Teil III des Jahrbuches für 1961 zum Abdruck kommen.

Die Redaktion des Tagungsberichts

DIETER BAUDIS

HORST HANDKE

BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN

Der Staatsrat der
Deutschen Demokratischen Republik

Berlin-Niederschönhausen
Ossietszkystraße

Der Sekretär

29. 11. 1960

An die
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin
Institut für Geschichte
Abt. Wirtschaftsgeschichte

Berlin W 8
Clara-Zetkin-Straße 26

Werte Genossen!

Leider hindern mich andere dringende Arbeiten, an Ihrer Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ teilzunehmen.

Mit der Darstellung der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe verbinden sich harmonisch zwei Komplexe, die die Arbeiterklasse als fortschrittlichste, schöpferischste und heldenhafteste Klasse der Gesellschaft charakterisieren. Die Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe in der DDR, das ist die Geschichte des entbehrungsreichen Anfangs zur Überwindung des Chaos, das der imperialistische Hitlerstaat hinterlassen hat, und das ist zugleich die Geschichte des bewußten Kampfes der Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, der Liquidierung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit der Herstellung der wahren Freiheit für alle Werktätigen. Geführt von der marxistisch-leninistischen Partei nahm die Arbeiterklasse in enger Verbindung mit allen Werktätigen die Geschicke in die eigenen Hände und schrieb die Seiten der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe.

Untrennbar damit verbunden ist der zweite Komplex, der durch die Tatsache charakterisiert wird, daß die Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe in wesentlichsten Teilen von Arbeitern selbst geschrieben wird und werden muß. Arbeiter schreiben ihre eigene Geschichte. Das ist nicht nur eine wissenschaftliche Leistung, sondern von außerordentlicher kulturpolitischer Bedeutung, weil das viele Arbeiterinnen und Arbeiter anregen wird, ihre Arbeit und die Arbeit ihres Kollektivs literarisch zu gestalten. Das läßt die Beschlüsse

der Bitterfelder Konferenz Wirklichkeit werden und ist sicher ein guter Beitrag zur Entwicklung einer gebildeten Nation.

Die verantwortungsvolle Aufgabe der Historiker, von denen nicht wenige selbst als Arbeiter die sozialistischen Produktionsbetriebe aufbauen halfen, ist, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den Werktätigen unserer Betriebe diesen Teil der Geschichte des Klassenkampfes zu formulieren.

Zu diesem großen Werk wünsche ich Ihnen viel Erfolg und den Arbeiten Ihrer Konferenz einen guten Verlauf.

Mit sozialistischem Gruß
gez. Gotsche

Praha, den 25. November 1960

An das
Präsidium der Arbeitstagung
„Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“
des Instituts für Geschichte
an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Werte Genossen!

Die in der ČSSR mit der Leitung der Arbeit an der Betriebsgeschichte betraute Kommission entbietet Ihrer Konferenz „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ die herzlichsten Grüße und wünscht Ihren Verhandlungen vollen Erfolg.

Die in der DDR bisher veröffentlichten historischen Arbeiten auf dem Gebiete der Fabriks-, Werks- und Gütergeschichte zeugen von der großen revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterklasse und sind ein Beweis der schöpferischen Republik auch auf diesem Gebiete. Wir wünschen Ihrer Konferenz, die sich die Aufgabe stellte, die prinzipiellen, ideellen, methodischen sowie auch organisatorischen Fragen der weiteren Erforschung der Geschichte der sozialistischen Fabriken, Werke und Güter zu lösen, vollen Erfolg.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß die bisherigen Schritte der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auf diesem Gebiete zur noch erfolgreicherer Lösung der gemeinsamen Aufgaben erweitert werden. Der gegenseitige Erfahrungsaustausch wird zur weiteren Entfaltung der Forschung auf dem Gebiete der Geschichte der deutschen und tschechoslowakischen Arbeiterklasse bedeutend beitragen.

Wir wünschen Ihrer Konferenz nochmals gute Ergebnisse und verbleiben
mit sozialistischem Gruß

gez. F. D. Pór
Vorsitzender

gez. Eva Krautová
Sekretär

gez. Bohumil Lehár
Mitglied des Sekretariats

der Kommission für Bearbeitung von Betriebsgeschichten.

Willi Bredel

Berlin, den 3. 12. 1960

An die
Deutsche Akademie der Wissenschaften
Institut für Geschichte

Haben Sie recht herzlichen Dank für die Einladung zu der vom Institut für Geschichte einberufenen Konferenz. Zu meinem großen Leidwesen kann ich anderer Verpflichtungen wegen an dieser Konferenz nicht teilnehmen. Ich bedaure das um so mehr, als das Thema der Beratung mich sehr interessiert und auch für meine literarische Arbeit von größter Bedeutung ist. Die Konferenz wird zweifelsohne nicht nur für Wissenschaftler und Wirtschaftler wichtig sein, auch den vielen Mitarbeitern an Betriebschroniken wird sie wertvolle Anregungen und Hinweise geben – vielleicht sogar dahingehend – und das wäre so unwichtig nicht –, wie solche Betriebschroniken lebendig, interessant und leicht verständlich geschrieben werden können. Ich wünsche Ihrer wichtigen Beratung einen vollen Erfolg.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Willi Bredel

ZUR ERÖFFNUNG DER TAGUNG

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

Die Geschichte der Betriebe ist von größter Bedeutung. In ihr kristallisieren sich Bruchstücke der nationalen und der Heimatgeschichte wie auch unseres Kampfes heute um die Moral, um das Neue, um das sozialistische Bewußtsein; und gleichzeitig sind die Betriebe Mosaikstücke der Ökonomie, kleine Welten, in denen wir das Wirken der Wolfsgesetze des Kapitalismus erkennen und heute die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit. Jede Seite unserer Kultur spiegelt die Geschichte der Betriebe wider, hier und dort, in dieser und in jener Weise, sei es die Idylle der Heimarbeit in Betriebsschilderungen im 18. Jahrhundert Goethes oder die Grausamkeit der kapitalistischen Arbeitshetze in der Unfallstatistik einer Fabrik, oder das Werden sozialistischer Produktionsverhältnisse in den Beschlüssen der Betriebsparteiorganisation. Und entsprechend vielfältig muß und wird auch unsere Diskussion sein, die nur einen einzigen Schwerpunkt hat, uns zu helfen, besser Geschichte zu schreiben, um unserem sozialistischen Aufbau besser zu dienen.

Die Tagesordnung liegt Ihnen in ihrer letzten Fassung vor. Sie ist so aufgebaut, daß sie uns ein Maximum von Zeit zur Diskussion gibt, und findet daher sicherlich Ihre Zustimmung. Für die Diskussion liegen bereits zahlreiche Wortmeldungen vor. Wir möchten Sie bitten, uns Ihren Diskussionsbeitrag, soweit das nicht schon geschehen ist, nach Ihrer Diskussionsrede schriftlich einzureichen. Der Text des Beitrages, den wir, wenn irgend möglich, voll veröffentlichen wollen, kann ohne Bedenken lang sein. Die Diskussionsrede hier soll aber möglichst kurz und prägnant sein, unter keinen Umständen mehr als 15 Minuten dauern. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an eine Geschichte aus dem alten Griechenland erinnern. Vor 2500 Jahren brach im Süden des Peloponnes eine Hungersnot aus, und man schickte eine Delegation nach Sparta. Diese erschien vor dem Rat der Alten dort, und der Führer der Delegation hielt eine dreistündige Rede „allseitig“, „zutiefst politisch“ und „ideologisch absolut klar“, konkret und konkav, theoretisch und praktisch, und als er am Ende dieser Rede angekommen war, da sagte der Älteste des Rates der Spartaner: „Wir haben Eure Rede gehört und nicht verstanden. Als Ihr bei ihrer Mitte wart, hatten wir vergessen, was Ihr zu Anfang gesagt, und als Ihr am Ende wart, hatten wir vergessen, was Ihr in der Mitte

gesagt. Geht nach Hause und sendet einen anderen Redner, der kurz und präzise die Sache darstellen kann.“ Die Delegation wurde nach Hause geschickt, und 8 Tage später kam eine neue Delegation, und der Führer dieser neuen Delegation sagte: „Spartaner, bei uns gab es eine Mißernte, wir haben Hunger, wir bitten Euch um Getreide.“ Der Älteste der Spartaner aber sagte: „Wir haben Eure Rede verstanden. Eure Bitte ist gewährt. Das nächste Mal kann sie noch kürzer sein – bringt nur einen leeren Getreidesack, und wir wissen, was Ihr wollt.“ Natürlich ist ein leerer Getreidesack für unsere Tagung wenig geeignet. Aber trotzdem sollten wir uns diese Geschichte zum Beispiel nehmen, kurz und prägnant sprechen, damit möglichst viele reden können.

Ich möchte noch etwas zur Technik der Diskussion sagen. Jeder Anwesende hat das Recht, nach jeder Diskussionsrede, ganz gleich, ob er mit einem Beitrag „dran ist“, aufzustehen und um das Wort zu einer Zwischenbemerkung zu bitten. Fünf Minuten, nicht länger, sollte diese Zwischenbemerkung dauern, und sie muß sich dann natürlich direkt auf die vorangehende Diskussionsrede beziehen. Dadurch wird es möglich sein, immer sofort zu bestimmten Punkten einer Diskussionsrede zu sprechen. Treffende Zwischenrufe sind wie in jeder Versammlung nicht erlaubt, aber herzlichst willkommen. Da wir die Zwischenbemerkungen, wenn sie vom Platz gemacht werden – und das halte ich für das Vernünftigste, aber wenn jemand den Wunsch hat, zum Rednerpult zu kommen, soll er es natürlich tun – nicht auf Band aufnehmen, bitten wir diejenigen, die solche Zwischenbemerkungen machen, uns gleich danach auf ein oder zwei Seiten den Text zu geben, wenn sie diese Zwischenbemerkung für nützlich für das Protokoll halten, und ich nehme an, daß das überall der Fall sein wird.

Unsere Tagung beginnt mit dem Referat – dem einzigen, das wir heute und morgen haben – unseres Freundes und Genossen Werner Lucas, Vorsitzender des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau und Träger des Vaterländischen Verdienstordens. Jeder, der weiß, in welcher angespannten Situation wir heute arbeiten, insbesondere in den Produktionsbetrieben, und nicht zum mindesten im Bergbau, wird es schätzen, wird wissen, was es bedeutet, wenn unser Freund Lucas Zeit gefunden hat, heute zu uns zu kommen und zu uns zu sprechen.

Vielen Dank, Genosse Lucas, daß Du gekommen bist. Willst Du das Wort nehmen.

AUFGABE UND BEDEUTUNG DER GESCHICHTE DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONSBETRIEBE

VON WERNER LUCAS

Verehrte Anwesende, liebe Genossen!

Im Namen des Zentralvorstandes der IG Bergbau im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund möchte ich dem Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin herzlichst dafür danken, daß mir zu Ihrer heutigen Arbeitstagung Gelegenheit gegeben wird, zu einigen Problemen der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe – also zur Geschichte des Lebens und Kampfes der werktätigen Volksmassen – meine Meinung als Gewerkschaftsfunktionär darzulegen.

Es ist dies meines Wissens das erste Mal in der an Traditionen reichen Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften, daß ein Gewerkschaftsfunktionär die Möglichkeit hat, hier in diesem Saal vor Geschichtswissenschaftlern zu sprechen.

Darin, Verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen schreibende Arbeiter aus unseren volkseigenen Betrieben, zeigt sich doch sehr anschaulich der neue Charakter der Wissenschaft unter den Verhältnissen der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR.

Vor 1945 – im kapitalistischen Deutschland – wäre es undenkbar gewesen, daß Bergarbeiter, Maschinenbauer und Landarbeiter mit hervorragenden Historikern und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Deutschen Akademie der Wissenschaften und anderer Institute in diesem Plenarsaal zusammengesessen und über Aufgaben der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung beraten hätten – oder daß der Wissenschaftler zu dem Arbeiter in den Betrieb gegangen wäre und ihm geholfen hätte, die Geschichte seines Betriebes, seiner Klasse zu schreiben, wie es heute schon oft geschieht.

In der DDR gibt es keinen Gegensatz zwischen der bei uns herrschenden Arbeiterklasse und der Wissenschaft. Unsere Republik ist der erste Staat in der deutschen Geschichte, der die hervorragende Rolle der Intelligenz und Wissenschaft anerkennt und würdigt.

In den „Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR“ wird dazu festgestellt:

„Es hat sich ein neues Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz entwickelt. In den volkseigenen Betrieben und wissenschaftlichen Institutionen

entsteht eine neue, höhere Form des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Intelligenz, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Sie ist die unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung entsprechende freiwillige und bewußte Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Arbeitern und Ingenieuren, mit dem gemeinsamen Ziel, den Sozialismus zum Siege zu führen. Die gegenseitige kameradschaftliche Hilfe und die Achtung vor der körperlichen und geistigen Arbeit hilft, die noch zwischen ihnen bestehenden Unterschiede zu vermindern.“¹

Wissenschaft und Forschung haben in der DDR eine große Perspektive. Sie werden immer zur Sache des Volkes, weil sie ausschließlich im Interesse des Volkes, im Interesse der werktätigen Bevölkerung angewandt werden.

Das zeigt auch der Inhalt und die Zusammensetzung unserer heutigen Arbeitstagung. — Wissenschaftler und Arbeiter schaffen in der DDR für das gemeinsame Ziel: Durch die Verwirklichung des Siebenjahrplanes für alle Schichten der Bevölkerung ein Leben in Frieden, Glück und Wohlstand zu erreichen.

Dieses große Ziel erfordert, daß sich die wissenschaftliche Forschung auf das Leben orientiert und daß sich das Leben eng mit der Wissenschaft verbindet. Diese Verbindung von Theorie und Praxis kommt in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, der kameradschaftlichen Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Technikern und Arbeitern zum Ausdruck. Sie hat, wie Sie wissen, auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik zu hervorragenden Ergebnissen geführt.

Auch auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung zeigen sich dafür beachtliche Ansätze.

Die Arbeiter schreiben die Geschichte ihres Kampfes

In vielen Betrieben unserer Republik sind die Arbeiter gegenwärtig dabei, die Geschichte ihres Kampfes und ihrer Arbeit zu schreiben. Vom Norden der DDR, wo im VEB Fischverarbeitungswerk Rostock in engem Kontakt mit Wissenschaftlern ein Kollektiv mit der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte beginnt, bis zum Süden, wo sich im Kalikombinat Werra gleiches entwickelt, zeigt unsere sozialistische Kulturrevolution immer neue, erfreuliche Ergebnisse.

Die Arbeiterklasse ist dabei, schöpferisch auch auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft bleibende Leistungen zu vollbringen, die nur in einem sozialistischen Staat denkbar sind.

An ihrer Seite stehen die Wissenschaftler unserer Universitäten, Hochschulen, Institute und der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, die der Partei der Arbeiterklasse und dem Staat treu ergeben sind.

Es erfüllt uns als Arbeiter mit Stolz, daß neben alten, erfahrenen Genossen Professoren es vor allem junge Wissenschaftler, junge Historiker sind, die von den Betrieben selbst erst vor wenigen Jahren zum Studium an die Universität delegiert wurden.

¹ „Einheit“, H. 9, 1959, S. 1260.

Dieses enge Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Wissenschaftlern ist die Garantie dafür, daß die von den Arbeitern und Genossenschaftsbauern geschaffenen Betriebsgeschichten eine gute und nützliche, eine sozialistische Sache werden.

Es ist deshalb auch zu begrüßen, wenn die Deutsche Historiker-Gesellschaft jetzt in Zusammenarbeit mit den Bezirksleitungen der SED dabei ist, mit Hilfe von Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte dieses gemeinsame Schaffen zu koordinieren. Damit wird in Zukunft für jeden Betrieb die Möglichkeit bestehen, sich auf den Rat erfahrener Funktionäre und Wissenschaftler zu stützen.

Eine solche Zusammenarbeit ist für alle Beteiligten sehr wertvoll.

Gestatten Sie deshalb, dafür ein mir selbst sehr naheliegendes Beispiel zu bringen. Seit $2\frac{1}{2}$ Jahren besteht zwischen dem Zentralvorstand der IG Bergbau im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Arbeitskreis Bergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des heute gastgebenden Institutes ein herzlicher und enger Kontakt. Gegenseitige Konsultationen, gemeinsame Aussprachen mit Veteranen und die Erarbeitung eines Siebenjahrplanes zur Erforschung der Geschichte des Bergbaus haben beiden Seiten geholfen.

Noch wird manches in der Zusammenarbeit verbessert werden müssen, doch ist sie bereits zu einem echten Bedürfnis sowohl bei uns als auch bei der Akademie geworden. Das Miteinander hat sowohl die wissenschaftliche Tätigkeit der im Arbeitskreis zusammengeschlossenen Institute als auch die ideologische Arbeit der Industriegewerkschaft gefördert.

Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß die in den nächsten Monaten ihrem Abschluß entgegengehenden Forschungsarbeiten wesentlich davon profitiert haben. Außerdem hat diese unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Wissenschaftlern letztere ermutigt, neben der Ausarbeitung von Spezialmonographien endlich in Gemeinschaftsarbeit mit der Ausarbeitung einer Geschichte des deutschen Bergbaus und der deutschen Bergarbeiterbewegung zu beginnen.

So kann ich also feststellen, daß das Programm des Arbeitskreises Bergbau zugleich das Programm unseres Zentralvorstandes auf dem Gebiet der Geschichte ist.

Die Vergangenheit zum Nutzen der sozialistischen Gegenwart erforschen

Es gibt noch manche Betriebe, die davor zurückschrecken, selbst die Abfassung ihrer Betriebsgeschichten in die Hand zu nehmen. So hat es zum Beispiel im VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz fast 2 Jahre gedauert, ehe sich ein Kollektiv zusammenfand, das nun mit dem Schreiben beginnt. Einen Kontakt zu wissenschaftlichen Instituten besitzt das Braunkohlenwerk. Es wäre ihnen aber anfangs lieber gewesen, wenn ihnen ein Geschichtswissenschaftler diese Arbeit abgenommen hätte.

Es gibt Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die die Erarbeitung der Betriebsgeschichten unterschätzen. So erklärte z. B. auf einer Beratung bei der Bezirksleitung der SED in Dresden ein Genosse aus dem VEB Funkwerk: „Bei uns steht jetzt die Planerfüllung im Vordergrund – für Betriebsgeschichte haben wir keine Zeit!“ Das ist kein guter Standpunkt.

Das folgende Beispiel zeigt die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Erarbeitung der Betriebsgeschichte.

Im Mai dieses Jahres führte das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED die Verteidigung einer Arbeit zur Geschichte des VEB Feinwäsche „Bruno Freitag“ in Hartmannsdorf bei Karl-Marx-Stadt durch. In der Diskussion erklärte der Werkleiter: „Die Arbeit des Kandidaten hat uns schon bis zum heutigen Tag einen ökonomischen Nutzen von 94000,- DM gebracht.“

Wie war das möglich? – Der Kandidat hatte während seiner Arbeit mit dem Betrieb einen engen Kontakt gehalten. Er führte mit den Arbeitern Aussprachen über unsere politischen Grundfragen und machte ihnen auch ihre großen revolutionären Traditionen – z. B. den international bedeutenden Recenia-Streik 1929/30 – bewußt. Das war Anlaß für neue große Produktionsleistungen geworden.

Wir glauben, daß ähnliches auch im VEB Funkwerk Dresden und in anderen Betrieben möglich ist. Kollegen vom VEB Funkwerk, geht einmal in euer Archiv und verwendet das dort liegende Material für die politische Erziehungsarbeit. Vergeßt nicht, daß die ehemaligen Besitzer der Firma Mende heute in Bremen sitzen. Entlarvt sie, zeigt den Dresdner und Bremer Arbeitern das wahre Gesicht dieser Kapitalisten und helft, mit eurer Betriebsgeschichte die Bremer und Dresdner Metallarbeiter zur Aktionseinheit gegen den gemeinsamen Feind aller deutschen Arbeiter, den deutschen Militarismus und Imperialismus, zu erziehen. Ein solches Werk ist die Betriebsgeschichte des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, die in Zusammenarbeit von Arbeitern, Veteranen und Wissenschaftlern entstand. Sie schildert den Kampf und die revolutionären Traditionen der Leuna-Arbeiter bis zur Gegenwart. Dieses Buch ist in seinem Inhalt und Aufbau ein Musterbeispiel für alle Betriebsgeschichten.

Lassen wir der Beispiele genug sein.

Es kommt darauf an, das in den Betrieben Begonnene fortzusetzen und die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Arbeitern zu erweitern.

Wir empfehlen dabei besonders die Zusammenarbeit mit den Partei- und Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben, mit deren Hilfe in allen Betrieben Kollektive gebildet werden sollten, denen Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsveteranen, Angehörige der wissenschaftlichen Intelligenz, Betriebsarchivare sowie Mitglieder der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Kreis- bzw. Bezirksleitungen der SED angehören.

Wir alle werden dabei viel profitieren, die Arbeiter, Bauern und Wissenschaftler werden dabei lernen, sie werden sich gegenseitig sehr viel helfen können. Die

Losung muß sein: *Die Vergangenheit zum Nutzen der sozialistischen Gegenwart erforschen.*

Hier im Saal sitzen viele Arbeiter, die aktiven Erbauer des Sozialismus, die täglich auf dem Bagger, unter Tage, an der Drehbank, im Rinderstall oder auf dem Feld für den sozialistischen Aufbau arbeiten. Viele davon sind dem Aufruf der Bitterfelder Konferenz von Schriftstellern, Brigaden der sozialistischen Arbeit und Kulturschaffenden „Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht Dich“ gefolgt und zu literarischen Historikern ihrer Brigaden der sozialistischen Arbeit oder ihrer sozialistischen Betriebe geworden. Die schreibenden Arbeiter berichten in den Betriebsgeschichten und Brigadetagebüchern über Vergangenheit und Gegenwart und schildern das Wachstum der neuen sozialistischen Menschen, die der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, in seiner programmatischen Rede vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960 wie folgt kennzeichnete:

„Es sind Menschen, die sich bemühen, im täglichen Leben Vorbild zu sein, in denen sich immer stärker die hohen sittlichen und moralischen Eigenschaften von Menschen unserer Gesellschaft entwickeln, die sich im wahrsten Sinne des Wortes wie Brüder verhalten, sich gegenseitig helfen, achten und lieben. In höchster Pflichterfüllung üben sie jeden Tag, zu jeder Stunde eine hohe Arbeits-, Staats- und Plandisziplin. So werden die Gebote der sozialistischen Moral in immer stärkerem Maße zum Grundsatz ihres Handelns.“²

Es gibt heute in unserer Republik Hunderttausende solcher neuer Menschen, die sich im Prozeß des sozialistischen Aufbaus zu Persönlichkeiten entwickelten und zu Vorbildern für Millionen wurden. Sie waren, wie beispielsweise Adolf Hennecke, Willi Wehner, Sepp Zach und viele andere, einfache Arbeiter, die die kapitalistische Ausbeutung und den faschistischen Krieg am eigenen Leibe verspürt haben.

Diese Menschen wurden von der Partei der Arbeiterklasse und mit Hilfe der Gewerkschaften erzogen. Ihr sozialistisches Bewußtsein, ihr Verhältnis zur Gesellschaft, zur Arbeit und zum sozialistischen Staat entwickelte und festigte sich auf der Grundlage der Erkenntnis der Übereinstimmung ihrer persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen.

Das besagt jedoch nicht, daß sich das Bewußtsein allein durch das Vorhandensein einer sozialistischen Basis entwickelt, sondern nur dadurch, wie im Beschluß des V. Parteitages der SED erklärt wird, daß die Partei der Arbeiterklasse einen beharrlichen Kampf für das Hineintragen der sozialistischen Ideen in die Massen führt.

Das ist eine komplizierte und schwierige Aufgabe, auf die Genosse Lenin im Jahre 1919 in seiner Arbeit „Die große Initiative“ hinwies. Genosse Lenin lehrt uns, daß der Sieg des Sozialismus entscheidend von der Fähigkeit der Arbeiterklasse abhängt, durch die alltägliche Massenarbeit die ganze Masse der Werk-

² Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960. Dietz Verlag Berlin 1960, S. 48.

tätigen und alle kleinbürgerlichen Schichten auf den Weg des neuen wirtschaftlichen Aufbaus, einer neuen Arbeitsdisziplin und Arbeitsorganisation zu führen. Durch unseren Kampf um die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe und des Siebenjahrplanes sind wir gegenwärtig dabei, diese von Lenin als so schwierig gekennzeichnete grundlegende Aufgabe zu lösen.

Besonders kompliziert ist die Situation in Deutschland durch die von den amerikanischen und deutschen Imperialisten verursachte Spaltung unseres Vaterlandes. Die Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse muß diesen Tatsachen Rechnung tragen.

In einer Beratung mit den Historikern unserer Republik präzierte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Walter Ulbricht, die nationale Grundkonzeption der revolutionären Arbeiterklasse. Sie besteht „in der historischen und politischen Aufgabe der von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Arbeiterklasse, alle friedliebenden Kräfte in einer breiten Volksbewegung, deren staatliche Grundlage die Deutsche Demokratische Republik bildet, zu sammeln und zu einigen für die Bändigung und Vernichtung des Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland, für die nationale Wiedergeburt eines Deutschlands, das mit anderen Völkern, vor allem mit der Sowjetunion, in Frieden und Freundschaft lebt und in Übereinstimmung mit den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung den Weg des sozialen Fortschritts verfolgt.“³

Diese nationale Grundkonzeption ist damit für alle Historiker das entscheidende Prinzip in Forschung und Lehre — das gilt für die Erforschung und Darstellung der internationalen Geschichte, der Geschichte der deutschen Nation und auch der Betriebsgeschichte.

Unsere Geschichtsschreibung — offene Parteinahme für die Sache der Arbeiterklasse

Die Grundlage aller historischen Spezialdisziplinen ist die gleiche, nämlich der wissenschaftliche Sozialismus. Unterschiede ergeben sich lediglich aus spezifischen Eigenarten des Forschungsgegenstandes.

Bei der Betriebsgeschichtsschreibung steht im Mittelpunkt die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse in einem bestimmten Betrieb, die jedoch nicht aus dem Gesamtzusammenhang der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und unserer Nation herausgerissen werden darf, denn die Höhepunkte und die Tiefen der Klassenschlachten zwischen Proletariat und Bourgeoisie bestimmen auch im wesentlichen die Entwicklung jedes einzelnen Betriebes.

Wir erforschen und schreiben die Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe im Interesse der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse. Sie ist die Geschichte des

³ Engelberg, Ernst/Rudolph, Rolf, Zur Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. In: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Sonderheft, VIII. Jahrg., 1960, S. 20.

werkstätigen Volkes, die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung, für demokratische Rechte und Freiheiten und ein besseres Leben, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und für den siegreichen Aufbau des Sozialismus. Der Kampf der Volksmassen, der Arbeiterklasse war und ist die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Geschichte unserer Betriebe muß eine offene Parteinahme für die Sache der Arbeiterklasse sein. Sie muß dazu dienen, das Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, daß sie Herren der Betriebe sind, daß sie durch ihre Arbeit für den Sozialismus selbst Geschichte machen.

Die Arbeiterklasse in der DDR hat in dieser Zeit bewiesen, daß sie imstande ist, die Wirtschaft und den Staat besser zu leiten als die Kapitalisten. Wenn dies in den Betriebsgeschichten richtig dargestellt wird, hat das große nationale Bedeutung für den Kampf der ganzen deutschen Arbeiterklasse.

Die Geschichte der Fabriken und Werke, der volkseigenen Güter und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften muß ein vielfältiges, anschauliches Bild des Lebens der Arbeiter, der werktätigen Bauern und aller Werktätigen in der Zeit des Kapitalismus geben. Sie muß aber vor allem den Kampf der Werktätigen unserer Republik für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und beim Aufbau des Sozialismus in allen seinen Formen vermitteln.

Die Arbeiter werden so immer besser begreifen, was sie heute – als Besitzer der Produktionsmittel und als Herren in Staat und Wirtschaft – gegen die zum Kriege und zur gewaltsamen Einverleibung der DDR drängenden westdeutschen Imperialisten und Militaristen zu verteidigen haben.

So helfen wir durch die Betriebsgeschichtsschreibung mit, die ganze Arbeiterklasse und alle Werktätigen zum Haß gegen die Militaristen und Imperialisten zu erziehen und festigen ihre Bereitschaft, die sozialistischen Errungenschaften gegen alle Anschläge des Klassenfeindes zur verteidigen.

In den Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR wird erklärt:

„Die DDR ist das Ergebnis des mehr als 60jährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden und patriotischen Kräfte gegen den räuberischen deutschen Imperialismus und Militarismus. In ihr verkörpern sich die Erfahrungen des jahrhundertelangen Kampfes des deutschen Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung.“⁴

Diese Kampferfahrungen und Traditionen der Arbeiter müssen wir sichtbar machen und in ihren vielfältigen Erscheinungen analysieren. Dabei muß in den Betriebsgeschichten dargestellt werden, wie die Arbeiter und ihre Familien lebten, wie die Arbeiter ausgebeutet wurden und wie sie mit Hilfe der Partei der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker kämpften.

Nehmen wir als Beispiel die Betriebsgeschichte des BKW „Erich Weinert“ in Deuben. Hier wird anschaulich und mit Dokumentationen geschildert, wie sich

⁴ „Einheit“, H. 9, 1959, S. 1243.

die Arbeiter im Kampf gegen die Ausbeutung und für ein besseres Leben in der Partei der Arbeiterklasse und der Gewerkschaft organisierten, wie sie gemeinsam gegen den Unternehmer kämpften und wie in diesem Kampf ihr Klassenbewußtsein wuchs.

Die Tatsache, daß die Arbeiter sich organisierten, den Losungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die gegen das monarchistisch-kapitalistische System und die brutale Ausbeutung gerichtet waren, folgten, veranlaßte den Kapitalisten Riebeck, dem dieser Betrieb gehörte, im Jahre 1877 zu einer unverschämten Hetzrede.

Er erklärte unter anderem, daß die Lehren der Sozialisten wider Gottes Ordnung verstießen und es verbrecherisch sei, „wenn sie mit Bewußtsein die Grundlage eines nach Gottesordnung geregelten Staatslebens untergraben“⁵.

Riebeck fürchtete also die aufkommende sozialistische Bewegung der Arbeiterklasse, die sich das Ziel der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln stellt und Besitz vom Staate ergreifen will. Wahrhaftig, eine solche Rede könnte heute von Adenauer oder einem Vertreter seiner Partei der Militaristen und Imperialisten gehalten worden sein.

Während im Riebeck-Konzern die Arbeiter ausgeplündert wurden und 12 Stunden täglich bei einem Verdienst von 3,72 Mark pro Schicht (im Jahre 1913) arbeiten mußten, heimsten die Riebeckaktionäre im Jahre 1913, nach ihrer eigenen Darstellung, einen Reingewinn von 3,98 Millionen Mark ein und erhielten 12 Prozent Dividende.

Durch die Erforschung des Kampfes der Arbeiterklasse und das Schreiben der Betriebsgeschichten tragen wir deshalb dazu bei, die volksfeindlichen und anti-nationalen Ziele der westdeutschen Monopole und Konzerne in Vergangenheit und Gegenwart zu entlarven.

Arbeiter und Genossenschaftsbauern kämpfen geschlossen für den Sieg des Sozialismus

Wir möchten die schreibenden Arbeiter aus den sozialistischen Industriebetrieben und die Geschichtswissenschaftler bitten, ihre Erfahrungen bei der Erforschung des Lebens und Kampfes der Arbeiter in den Industriebetrieben auch den Genossenschaftsbauern und den Arbeitern unserer volkseigenen Güter zu übermitteln und ihnen zu helfen, die Geschichte ihrer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und volkseigenen Güter zu schreiben. So kommt auch auf diese Weise das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern, das für den Sieg des Sozialismus entscheidende Bedeutung hat, zum Ausdruck.

⁵ Entwicklung des Bergbaus und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben. Deuben 1956, S. 101.

Mit der Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und dem Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit haben unsere Bauern eine Perspektive erhalten, die es nie zuvor in Deutschland gab.

In den Arbeiten, die sich mit der Vergangenheit und dem gegenwärtigen Kampf der Landbevölkerung beschäftigen, muß das elende Leben der Landarbeiter, der Knechte und Mägde unter den Bedingungen der kapitalistischen Landwirtschaft zum Ausdruck kommen. Es muß gezeigt werden, wie die Kleinbauern von den Großgrundbesitzern und dem mit ihnen verbündeten Monopolkapital ökonomisch ruiniert wurden.

Das faschistische Erbhofgesetz und der Grüne Plan in Westdeutschland tragen doch den gleichen Stempel, sie richten sich gegen die Interessen der Masse der Werktätigen in der Landwirtschaft.

Der wahre Freund der Bauern war dagegen ständig das revolutionäre Proletariat. Ausgehend von den Hinweisen von Marx, Engels und Lenin, schuf die Kommunistische Partei Deutschlands unter der Führung von Ernst Thälmann ein Programm, das den Bauern eine echte Hilfe bot.

Als einziger treuer Verbündeter der werktätigen Bauern in Deutschland erwies sich die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse.

Auch die Geschichte unserer Dörfer hat revolutionäre Traditionen. Erinnern wir uns doch an die brüderlichen Solidaritätsaktionen der Landarbeiter und werktätigen Bauern bei verschiedenen Streiks der Mansfelder Bergarbeiter.

Man muß in der Geschichte der volkseigenen Güter und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zeigen, wie 1945 die demokratische Bodenreform durchgeführt wurde, wie die Landarbeiter und Kleinbauern Land aus den Händen der Arbeiterklasse bekamen und wie sich hierbei durch die Hilfe der Arbeiterklasse, besonders beim freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschluß, das Bündnis festigte.

Diesen Entwicklungsprozeß von der zersplitterten kleinbäuerlichen Wirtschaft bis zum vollständigen sozialistischen Zusammenschluß aller Bauern unserer Republik, mit seinen Konflikten, Widersprüchen und Schwierigkeiten, müssen wir schildern und so die großen, gemeinsamen Leistungen der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern würdigen.

Durch solche prinzipiellen Darlegungen des Kampfes der Arbeiter in Stadt und Land machen wir auch den Werktätigen unserer Republik bewußt, daß der Kampf gegen die Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland nur erfolgreich ist, wenn die marxistisch-leninistische Kampfpartei die Massen führt, wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und allen anderen werktätigen Schichten einheitlich und geschlossen für den Sieg des Sozialismus kämpft, weil dadurch den westdeutschen Kriegstreibern der Weg in die DDR ein für allemal versperrt ist.

Dieses einheitliche Handeln der Arbeiterklasse unter der Führung der Partei und mit Hilfe der Gewerkschaften war doch die Voraussetzung für die Erfolge, die wir im Kampf um den Aufbau des Sozialismus in den vergangenen 15 Jahren erreicht haben.

Den Kampf der Volksmassen darlegen

Für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und die klassenmäßige Erziehung der Werktätigen zu bewußten Erbauern des Sozialismus ist es deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Historiker und schreibenden Arbeiter, über die Geschichte der Entwicklung unserer volkseigenen Betriebe seit 1945, über die Entwicklung der Menschen unserer Tage, über unsere jüngste Vergangenheit zu schreiben.

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, sagte in seiner Programmatischen Erklärung:

„Wenn man einst die Geschichte der Jahre nach 1945 in Deutschland schreibt, dann wird man mit Stolz davon berichten, was im Osten Deutschlands unter unsagbaren schweren Bedingungen vollbracht wurde. Man wird von den großen Arbeitstaten und dem Fleiß des Volkes berichten, das sich buchstäblich alles, was das Leben lebenswert macht, selbst erarbeitet und erkämpft hat.“⁶

Unsere Geschichtswissenschaftler und schreibenden Arbeiter, die dabei sind, die Geschichte unserer Betriebe zu erforschen, haben die ehrenvolle Aufgabe und die Verpflichtung, diesen großen Kampf der Volksmassen unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse anhand der spezifischen Ereignisse des Betriebes und im Zusammenhang mit dem Kampf der gesamten Arbeiterklasse unserer Republik niederzuschreiben.

Das ist sehr wichtig und notwendig, denn nicht alle Werktätigen des Betriebes haben 1945 in diesem Betrieb gearbeitet. Sie kennen also nicht die Aktivisten der ersten Stunde, die in ihren jetzigen volkseigenen Betrieben den Grundstein für den gewaltigen wirtschaftlichen Aufbau in unserer Republik legten. Nur wenig ist hierüber bekannt. So erfahren wir zum Beispiel aus der Betriebsgeschichte des VEB Bleierzgruben „Albert Funk“ in Freiberg von einem dieser Aktivisten der ersten Stunde, dem Genossen Damerius:

„Am 7. Mai 1945 marschierten die sowjetischen Truppen in Freiberg ein. Eine Stunde vorher war ich vom Volkssturm zurückgekommen. Am gleichen Tage verkündeten Plakate an den Anschlagsäulen, daß die Bevölkerung sich ruhig verhalten und die Arbeit wie üblich wieder aufnehmen soll.

So ging ich am 8. Mai früh allein zum Davidschacht. Ich fand den Betrieb verlassen vor. Eine Betriebswache oder eine Person der alten Betriebsleitung war nicht aufzufinden. Ich traf lediglich einige sowjetische Soldaten.

An den mechanischen und elektrischen Einrichtungen stellte ich keine Zerstörung fest. Der Betrieb war ohne Telefonverbindung und ohne elektrische Energie. Nach ca. zwei Stunden Aufenthalt ging ich wieder in die Stadt zurück und sprach alle bekannten Kollegen an, am 9. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen.

Da die Gefahr bestand, daß unser Schachtgelände und somit auch die Pumpenstation auf der 11. Gezeugstrecke absäuft, versuchte ich durch Verhandlungen

⁶ Programmatische Erklärung . . . , a. a. O., S. 44.

mit den Leitungen der Umspannstation Freiberg/Süd, dem Revier-Elektrizitätswerk und mit dem sowjetischen Kommandanten, Energie für die Aufrechterhaltung der Wasserhaltung freizubekommen.

Nach Beseitigung einiger Schwierigkeiten erhielten wir zeitweilig Strom. Beim ersten Treiben der Fördermaschine am 10. Mai wurde festgestellt, daß die Pumpenstation auf der 11. Gezeugstrecke mit den Hochspannungsmotoren bereits abgesoffen war. Zur Wiederaufnahme des Bergbaubetriebes machte sich nunmehr als erste Aufgabe die Sumpfung des Schachtgeländes erforderlich.

Nach einigen Tagen bekamen wir ausreichend Energie. Die Sumpfung war schwer, da die Tauchpumpen in einem sehr vernachlässigten Zustand waren. Der Schacht war nach ca. 3 Wochen gesumpft. Die Pumpenstation auf der 11. Gezeugstrecke wurde für die reguläre Wasserhaltung wieder in Ordnung gebracht. Der Förderbetrieb und die Aufbereitung konnten wieder in Betrieb genommen werden.“⁷

Welche große Kraft und welch aufopferungsvoller Kampf verbergen sich doch hinter diesen einfachen Worten.

So wie in Freiberg begannen die Arbeiter in vielen Betrieben mit dem Wiederaufbau. Im Senftenberger Braunkohlenrevier und in vielen anderen Braunkohlengruben retteten die Arbeiter unter Einsatz ihres Lebens die Gruben vor dem Ersaufen, sorgten für die Wiederaufnahme der Kohlenförderung und richteten die erste Notstromversorgung ein.

Sie vollbrachten wahre Heldentaten und förderten die erste Kohle, damit die Bäcker Brot backen, damit die Mütter ihren Kindern das Essen zubereiten konnten und damit wieder die Schornsteine der Fabriken und Betriebe rauchen und die Räder sich drehen konnten.

Nicht die Monopol- und Konzernherren, die schuld am Kriege, am Elend und der Not waren, brachten die Betriebe und die Wirtschaft wieder in Gang, sondern die Arbeiterklasse, die Kraft der Volksmassen war es, die befreit vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung und faschistischen Unterdrückung diese Aufgabe unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands meisterten und zu Herren der Betriebe wurden.

Von der ersten Minute an hatte die eben befreite Arbeiterklasse in der DDR treue Helfer. Die Sowjetunion, Spezialisten und Ingenieure der Sowjetarmee, die sowjetischen Arbeiter und Bauern gingen nicht nur daran, ihr von den Faschisten verwüstetes Land neu aufzubauen, sondern sie stellten ihren deutschen Klassenbrüdern ihre Kampferfahrungen zur Verfügung. Sie halfen, wo sie nur konnten, materiell und ideologisch.

Wie wichtig ist es für unsere Werktätigen, all das zu wissen und nie zu vergessen! Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie aus diesem Wissen immer wieder Kraft für die Bewältigung der neuen, immer größeren Aufgaben schöpfen können.

⁷ Darum hißten wir die rote Fahne. Betriebsgeschichte des VEB Bleierzgruben „Albert Funk“, Freiberg, 1958, S. 25.

„Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist eine Periode großer, tiefgehender Umgestaltungen, die eine Fülle individueller und gesellschaftlicher Konflikte, Widersprüche und Schwierigkeiten hervorbringt und löst.“⁸

Unsere Historiker und schreibenden Arbeiter dürfen deshalb die Betriebsgeschichte nicht als einen glatten und reibungslosen Prozeß darstellen, sondern müssen davon berichten, wie die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei und mit Hilfe der Gewerkschaften diese Widersprüche und Konflikte überwand.

Erinnern Sie sich an die Zeit unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetarmee! Viele Betriebe waren zerstört. Neben dem materiellen Trümmerhaufen hatte der Faschismus auch ein ideologisches Chaos hinterlassen. Viele Arbeiter gingen mit einem Stück trockenem Brot und mit dem Glas selbstgemachtem Rübensirup zur Arbeit. Die Arbeitsmoral hatte einen Tiefstand erreicht. Vor dieser Situation standen damals die Partei und die Gewerkschaften. Welch eine Fülle von Möglichkeiten bieten sich hier dem Historiker zu zeigen, wie durch die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geschaffen wurde, wie die Partei die Arbeitsinitiative zur Überwindung der Schwierigkeiten mobilisierte, wie sie darum kämpfte, die Arbeiter und alle Werktätigen für den Wiederaufbau der Wirtschaft und eines neuen Lebens zu organisieren.

Die Erfolge dieses Kampfes brachte Genosse Walter Ulbricht in seiner Arbeit „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“ unter anderem wie folgt zum Ausdruck: „Wenige Monate, nachdem die Betriebe in Volkseigentum überführt worden waren, erbrachten die Arbeiter den Beweis, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt und in der Lage sind, die großen Aufgaben zu meistern. Die Kumpel aus den Braunkohlengruben erfüllten ihren Plan und überboten in der Braunkohlenförderung und Briketterzeugung am Ende des Jahres 1946 erstmalig die Friedensproduktion von 1936. Auch die Produktion von Eisen, Stahl und Energie zeigte bei voller Ausnutzung der vorhandenen geringen Kapazitäten einen stetigen Anstieg.“⁹

Die Rolle der Gewerkschaften beim Wiederaufbau

In dieser Periode leisteten die Gewerkschaften, wie Genosse Walter Ulbricht in der gleichen Schrift sagte, eine große Arbeit bei dem Wiedereingangbringen des wirtschaftlichen Lebens.

Partei und Gewerkschaften richteten ihre Tätigkeit besonders auf die Entfaltung der Arbeiteraktivität, auf die Erziehung der Werktätigen zu einer neuen

⁸ Aus den Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. In: „Einheit“, H. 9, 1959, S. 1258.

⁹ „Einheit“, H. 9, 1959, S. 1188.

Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin und damit auf eine neue Einstellung zur Arbeit. In diesem Sinne gab der 2. FDGB-Kongreß im Frühjahr 1947 die Losung heraus: „Mehr produzieren, richtig verteilen, besser leben.“

Die Gewerkschaften setzten sich so durch eine geduldige und beharrliche Überzeugungsarbeit mit dem vom Klassenfeind genährten Parolen „Erst mehr essen – dann mehr arbeiten“ auseinander. Sie verwirklichten damit eine wichtige Erkenntnis Lenins, die er uns in seiner Schrift „Die große Initiative“ vermittelt. Genosse Lenin lehrt uns, daß für den Sieg des Sozialismus vor allem die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin entscheidende Bedeutung besitzen.

In diesem Kampf der Partei und der Gewerkschaften zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität entwickelte sich das Bewußtsein der Arbeiterklasse und festigte sich ihre Arbeitsmoral.

So wurde auch der Boden geschaffen, auf dem die Aktivistenbewegung – als ein Ausdruck des neuen Verhältnisses der Werktätigen zur Arbeit – entstand.

Nach der beispielhaften Tat des Steinkohlenhäuers Adolf Hennecke entwickelten sich in allen volkseigenen Betrieben unserer Republik Henneckes, die mit hervorragenden Produktionsleistungen an die Spitze ihrer Kollektive traten.

Sie wurden zu Vorbildern für Millionen Werktätiger und rissen die noch Zögernden mit. Diese Entwicklung, diesen Kampf um die Herausbildung einer neuen sozialistischen Arbeitsmoral müssen unsere Historiker und schreibenden Arbeiter in den Betrieben darstellen.

Der Jugend zur Lehre

Solche Menschen sind die Vorbilder unserer Jugend. Wir müssen jedoch der Jugend diese Vorbilder immer wieder zeigen und ihr damit die richtigen Ideale geben. Der Faschismus köderte große Teile der deutschen Jugend mit falschen Idealen. Durch solche sogenannten Vorbilder wie Prien, Galland, Richthofen und Rommel wurde die militärische Ideologie in die Jugend hincingetragen und sie so für die verbrecherischen Ziele der Faschisten, für den Krieg, reif gemacht.

Mit unseren Vorbildern, die die Arbeit zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes werden lassen, die auch in der Nacht des Faschismus unter der Führung der KPD den Kampf zur Rettung der deutschen Nation nicht aufsteckten und sich nicht scheuten, ihr Leben dafür zu geben, dokumentierten wir gleichzeitig die großen humanistischen Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse.

Die Jugend, die heute in unserer DDR heranwächst, hat den Kapitalismus und Faschismus persönlich nicht mehr kennengelernt. Die Jugend weiß deshalb aus eigener Erfahrung wenig von den Kämpfen, den Opfern und den Anstrengungen, die die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei unternahm, um ihr und damit allen Menschen ein glückliches Leben zu sichern.

Unsere Jugend, der heute alle Tore der gesellschaftlichen und fachlichen Entwicklung offenstehen, weiß doch nicht, wie früher ein Arbeiterjunge gelebt hat, wie trostlos z. B. das Dasein eines 14jährigen Jungen war, der täglich acht Stunden lang unter Tage das Erz trecken mußte.

Die Geschichte der Betriebe vermittelt unserer Jugend ein anschauliches Bild vom Leben und Kampf ihrer Väter und Großväter, und damit hilft sie, die Ideale junger Sozialisten zu formen und ihnen Vorbilder zu geben. Die Jugend lernt auch auf diesem Wege die Arbeit und die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus achten und schätzen und nimmt so bewußter an der Gestaltung des neuen Lebens teil.

Die Arbeiterklasse — Gestalterin der Geschichte

Unser sozialistisches Leben bietet eine Vielzahl von Problemen, deren Darstellung durch die Geschichte unserer Betriebe den Werktätigen hilft, immer besser zu erkennen, daß sie durch ihre Arbeit für den Sozialismus, durch ihre Teilnahme an der Leitung der Wirtschaft und des Staates zu bewußten Gestaltern der sozialistischen Gesellschaftsordnung werden.

Betrachten Sie doch nur die Entwicklung des Bergmannsberufes. Was war denn der Bergmann unter kapitalistischen Verhältnissen? Der Bergmann war einer der schlechtestbezahlten Arbeiter. Es war früher keine Ehre und erst recht keine Freude, Bergmann zu sein. Zu den gefährvollen Arbeitsbedingungen kam die unmenschliche Ausbeutung durch die Kapitalisten.

Das liegt heute hinter uns. Der Bergmannsberuf ist dank der Fürsorge von Partei und Regierung zu einem geschätzten und hochgeachteten Beruf geworden, und der Bergmann genießt heute in der DDR bei der gesamten Bevölkerung hohe Anerkennung und hohes Ansehen.

Das ist auch die Ursache und der Quell der Kraft, aus dem die Bergleute immer wieder schöpfen, wenn sie für unsere Republik Kohle, Erz und Kali fördern. Ich denke hierbei besonders an den heldenhaften Kampf der Braunkohlenbergleute in den Wintermonaten gegen Regen, Kälte und Schnee.

Es ist wert, dieses Ringen der Bergleute in den Tagebauen, die bei 25 bis 30 Grad Kälte Kohle förderten, damit unsere Schulen, Krankenhäuser, öffentlichen Einrichtungen und die Wohnungen der Werktätigen mit Brennstoffen versorgt wurden und die Kraftwerke und Industriebetriebe weiter produzieren konnten, niederzuschreiben, um von ihrem Enthusiasmus, ihrer hohen Einsatzbereitschaft zu lernen.

Das Sprichwort „Der Mensch wächst mit seinen Aufgaben“ trifft für unsere Entwicklung in vollem Umfange zu. Unsere Menschen wachsen im täglichen Kampf für das bessere Leben. Das zeigt sich besonders im sozialistischen Wettbewerb.

In der Entschließung des 5. FDGB-Kongresses wird deshalb erklärt, daß der sozialistische Wettbewerb die Hauptmethode zur Steigerung der Arbeits-

produktivität ist. Er ist der Ausdruck dafür, daß die schöpferische Masseninitiative immer mehr zur entscheidenden Triebkraft der ökonomischen Entwicklung in unserer Gesellschaft wird.

In der Entwicklung der Wettbewerbsbewegung zeigt sich die große Initiative der Werktätigen zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne.

Stand am Anfang der Wettbewerbsbewegung die bloße Produktionssteigerung im Vordergrund, so kam nach und nach die neue Einstellung vieler Werktätiger zur Arbeit in einer höheren Zielsetzung ihrer Wettbewerbsverpflichtungen zum Ausdruck. Diese Verpflichtungen bezogen sich auf die Qualität der Produkte, die Einsparung von Material, die Senkung der Selbstkosten, Anwendung von Neuerermethoden usw.

Höhepunkte und wichtige Etappen im sozialistischen Wettbewerb waren der sozialistische Massenwettbewerb zu Ehren des V. Parteitages der SED, der von dem Baggerfahrer Willi Wehner aus dem BKW Thräna ausgelöst wurde, und der sozialistische Wettbewerb zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung unserer DDR. Diese Wettbewerbe waren ein umfassendes politisches Bekenntnis der Werktätigen zur Politik der SED und der Regierung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Auf dieser Grundlage entwickelte sich auch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, der Kampf der Brigaden um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ und die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Technikern, Ingenieuren und Arbeitern in sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften.

Diese Brigaden und Gemeinschaften sind eine für die Lösung unserer Aufgaben im Siebenjahrplan objektiv notwendige und der Entwicklung entsprechende gesetzmäßige Erscheinung unseres sozialistischen Aufbaus. Durch sie werden in hervorragender Weise die neuen sozialistischen Menschen erzogen, sie fördern die gegenseitige Erziehung der Werktätigen zu bewußten Erbauern des Sozialismus.

Es ist deshalb kein Zufall, daß diese Brigaden, die sich vorgenommen haben, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben, an der Spitze des sozialistischen Wettbewerbs stehen und besonders hervorragende Ergebnisse in der sozialistischen Produktion erreichen.

In diesen Brigaden entwickelt sich jedoch nicht alles glatt. Die Arbeit und das Leben in der Gemeinschaft sind voll von Widersprüchen, die gelöst werden müssen und auch von den Kollektiven gelöst werden.

Das sozialistische Leben in den Brigaden bietet doch eine Fülle von Problemen, zum Beispiel die noch vorhandene Arbeitsbummelei einiger Kollegen, mit denen sich die Gewerkschaftsgruppen solcher Brigaden auseinandersetzen, die Beziehungen zwischen den Männern und den Frauen in den Betrieben und anderes.

Von hervorragender Bedeutung sind auch die Taten der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe für die zurückgebliebenen Brigaden nach dem Beispiel der Kollegin Irmgard Richter aus dem VEB Textilkombinat Zittau.

Wo hat es das jemals in der Geschichte Deutschlands gegeben, daß ein Arbeiter seinen ihm liebgewordenen Arbeitsplatz verläßt, um einer anderen Brigade zu helfen und ihr seine Erfahrungen zu vermitteln! Das ist wahrhaftig der Ausdruck des neuen sozialistischen Bewußtseins.

So ging der Baggerführer Willi Wehner aus dem BKW Thräna aus seiner erfolgreichen Jugendbrigade in das Kollektiv des Abraumbaggers 558 über, wo der Plan nicht erfüllt wurde. Er erklärte dazu, daß es darauf ankommt, nicht nur einige Spitzenleistungen in der Kohle zu vollbringen, sondern zu erreichen, daß jederzeit alle ihr Bestes dazu beitragen, daß der Plan erfüllt wird. Es ist der Ausdruck eines hohen sozialistischen Bewußtseins, wenn Willi Wehner erklärte und durch seine Arbeit bestätigte:

„Ich nehme gern einen zeitweilig geringeren Verdienst in Kauf. Hauptsache ist, daß die Erfahrungen der Fortgeschrittenen zum Allgemeingut aller werden.“

Es gibt viele solcher hervorragenden Beispiele für diesen gewaltigen menschenverändernden Prozeß, wovon unsere Historiker und schreibenden Arbeiter in den Betriebsgeschichten berichten sollen, um so zu helfen, bei allen Werktätigen Klarheit und Bewußtheit für alle zu lösenden Aufgaben zu schaffen.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang bitten, sich auch mit dem sozialistischen Wettbewerb, der jetzt von den Braunkohlenbergarbeitern um die Jahresplanerfüllung geführt wird, zu befassen, weil sich auch hier – besonders durch die in allen Gewerkschaftsgruppen erfolgte Aussprache über die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates und über das neue Arbeitsgesetzbuch – ein neuer Aufschwung und viele Beispiele des bewußten Wett-eifers zeigen, die es wert sind, in den Betriebsgeschichten verarbeitet zu werden.

Das gleiche trifft zu für die Ständigen Produktionsberatungen der Gewerkschaften als wichtigste Form der unmittelbaren Beteiligung der Werktätigen an der Leitung und Organisation der sozialistischen Produktion, die so recht den tiefen Inhalt des Grundsatzes unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung „Plane mit – arbeite mit – regiere mit“ widerspiegeln und die helfen, der Arbeit in wachsendem Maße den Charakter bewußter Tätigkeit sozialistischer Werktätiger für die Gesellschaft zu verleihen.

Diese Entwicklung und die große Bereitschaft und Anteilnahme der Werktätigen am sozialistischen Wettbewerb sowie die dabei erzielten Ergebnisse bestätigen die Worte des Genossen Walter Ulbricht in seiner Programmatischen Erklärung vor der Volkskammer:

„Immer mehr wird die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne zu einer Sache der persönlichen Ehre und die Arbeit zu einem echten Lebensbedürfnis. So entsteht in unserer Gesellschaft eine neue Disziplin der Menschen: die freiwillige, bewußte Disziplin der Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Menschen, die ihre Kräfte rationell, ohne unproduktives, egoistisches Gegeneinander für die schnellere Erreichung des gemeinsam gesteckten Zieles einsetzen.“¹⁰

¹⁰ Programmatische Erklärung . . . , a. a. O., S. 40.

Das Arbeitsgesetzbuch — ein Lehrbuch der Arbeitermacht

Die Entwicklung in unserer Republik hat es ermöglicht, daß erstmals in Deutschland der Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches zur Diskussion gestellt werden kann, in dem sich diese grundlegenden Veränderungen im Charakter der Arbeit und die Errungenschaften der Arbeiterklasse in der DDR widerspiegeln.

Das neue Arbeitsgesetzbuch dokumentiert die großen Rechte und Freiheiten, die die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften in unserer Republik besitzen. Es basiert auf den gesamten geschichtlichen Erfahrungen des Kampfes der revolutionären deutschen und internationalen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen und drückt die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse aus, die im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in der deutschen Geschichte — in unserer DDR — entstanden sind.

Seit Jahrhunderten steht doch im Mittelpunkt des Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse die Forderung nach dem Recht auf Arbeit; und dieses Recht ist heute bei uns in der Republik verwirklicht. Es konnte verwirklicht werden, weil die Arbeiterklasse in der DDR zur herrschenden Klasse in Staat und Wirtschaft wurde, weil die Produktionsmittel im Besitz der Arbeiterklasse sind. Das ist die größte Errungenschaft, die die Arbeiterklasse in der DDR besitzt.

Das Arbeitsgesetzbuch ist somit ein Lehrbuch der Arbeitermacht, ein Lehrbuch für die gesamte Arbeiterklasse und alle Werktätigen ganz Deutschlands. Denn in ihm spiegelt sich doch dieser ganze Entwicklungsprozeß wider. Es zeigt, daß die Leistungen der Werktätigen im Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Entwicklung und Anwendung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik für die Erfüllung des Siebenjahrplanes der Weg zu immer neuen Erfolgen, zu Wohlstand und Glück sind.

Das Recht auf Arbeit erhält in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat einen neuen Inhalt, weil es für die Werktätigen nicht mehr — wie unter den kapitalistischen Ausbeuterverhältnissen — darum geht, um ihre Arbeitsplätze zu kämpfen, sondern darum, daß jedem die Möglichkeit gegeben wird, nach seinen Fähigkeiten zu arbeiten, seine Qualifikation ständig zu vervollkommen, um so schöpferisch an der Erfüllung der Pläne und an der Leitung der Betriebe teilzunehmen.

Dieser neue Inhalt zeigt sich sehr deutlich in der großen demokratischen Aussprache über den Entwurf des Arbeitsgesetzbuches, die in allen Betrieben, Verwaltungen und Institutionen unserer Republik seit 14 Tagen in vollem Gange ist.

Die Zustimmung der Werktätigen findet ihren Ausdruck darin, daß sie sich neue Ziele im sozialistischen Wettbewerb, in ihren Verpflichtungen, „sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben“ und im Kampf um die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe stellen sowie ihre Verpflichtungen kontrollieren, die sie in den Briefen an den Vorsitzenden des Staatsrates übernommen haben.

Die Werktätigen unserer Republik erkennen immer besser, daß ihre tägliche Arbeit in der sozialistischen Produktion für die Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplanes, ihre tägliche Tat für den Sieg des Sozialismus in der DDR ein

wichtiger Beitrag zum Kampf für den Frieden und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland ist. Das kommt in den zahlreichen Stellungnahmen der Bergarbeiter zur Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und in ihren Briefen an ihn zum Ausdruck.

Aus den zahlreichen in der Presse veröffentlichten Briefen geht hervor, daß sich die Bergarbeiter und alle Werktätigen ihrer Verantwortung für die Sicherung des Friedens und die Bändigung des westdeutschen Militarismus durch ihre sozialistische Arbeit immer mehr bewußt werden.

Den einzig möglichen Weg zur Sicherung des Friedens und zur Überwindung der Spaltung Deutschlands weisen der Deutschlandplan des Volkes und die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates vor der Volkskammer. Gestützt auf die feste Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion und mit allen friedliebenden Menschen kommt es darauf an, durch den gemeinsamen Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften den deutschen Militarismus zu bändigen und seine verbrecherischen Kriegspläne, wie sie in der Denkschrift des Bonner Generalstabes offen zum Ausdruck gebracht werden, zunichte zu machen.

Es gibt noch eine große Anzahl westdeutscher Werktätiger, die die Gefahr des Militarismus und Imperialismus nicht richtig erkennen und sich von der Antikommunistenhetze, den Phrasen vom Volkskapitalismus usw. verwirren lassen. All das geht in Westdeutschland einher mit der Entstellung und Fälschung der geschichtlichen Tatsachen, besonders der Rolle der deutschen Arbeiterklasse und ihrer marxistischen Partei, durch die im Dienste der NATO stehende Geschichtsschreibung.

Gerade gegenwärtig wird in Westdeutschland eine großangelegte ideologische Kampagne zur Stärkung des deutschen Imperialismus und Militarismus geführt. Die imperialistischen Schreiberlinge verfälschen die deutsche Geschichte und leugnen, daß der deutsche Imperialismus und Militarismus, der stets seine Profitinteressen über die Interessen unserer Nation gestellt hat, der nationale Hauptfeind des deutschen Volkes war und ist.

Das westdeutsche Monopolkapital bedient sich in den letzten Jahren in wachsendem Maße der Werksgechichte, um auch auf diesem Wege die westdeutschen Arbeiter politisch und ideologisch zu beeinflussen. Die Anzahl derartiger Publikationen in Form von Zeitschriften, Presseartikeln und Büchern hat ganz erheblich zugenommen. Sie nehmen einen wichtigen Platz im System der monopolkapitalistischen Propaganda ein. Mit ihnen versucht das Monopolkapital, das Klassenbewußtsein der westdeutschen Arbeiter zu verwässern und die reaktionären Theorien der Klassenharmonie, ja sogar des Nicht-mehr-Existierens von Klassen in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Dabei wird die Geschichte verfälscht. Die Kohlenkönige und Schlotbarone von Rhein und Ruhr werden als geniale Wissenschaftler, Techniker oder Wirtschaftsorganisatoren dargestellt, durch deren Fleiß und Initiative die Betriebe geschaffen wurden; die Rolle der Volksmassen als Produzenten der materiellen Güter wird jedoch negiert.

Man läßt sich in diesen Werksgeschichten auch über die sozialen Einrichtungen des Werkes aus, verschweigt aber, daß diese von den Arbeitern hart erkämpft wurden. Auf sehr raffinierte Weise wird versucht, dem Arbeiter weiszumachen, daß der Kapitalist doch gar kein Kapitalist mehr sei und der Arbeiter immer mehr zum gleichberechtigten Produzenten werde.

Die Entlarvung dieser reaktionären, zur Verdummung der Massen bestimmten Geschichtsschreibung ist daher dringend notwendig, und es ist auch sehr wichtig, dem Eindringen dieses ideologischen Giftes unsere wahrheitsgemäße marxistische Geschichtsschreibung über die Entwicklung der Betriebe entgegenzusetzen.

Wir haben alle Möglichkeiten dazu. Die Arbeiter können ihre eigenen Erlebnisse aufschreiben. Uns stehen in den Betriebsarchiven Quellen zur Verfügung, mit denen wir die Wahrheit über die Brutalität der Ausbeutung der Monopole und Konzerne offen enthüllen können. Ich denke hier z. B. an das Archiv des ehemaligen Konzernbetriebes Mansfeld, dessen Materialien bereits von einer Reihe Autoren benutzt worden sind.

Mir sind eine Anzahl von Betriebsarchiven in den Braunkohlenbetrieben des Bezirkes Cottbus bekannt. Diese Betriebe gehörten früher zu Bubiag, dem Ilse-Konzern und anderen Monopolen. Zu den ehemaligen Ausbeutern der Lausitzer Braunkohlenbergarbeiter gehört u. a. auch Adenauers Schwiegersohn Wehrhahn. Viele Dokumente sind uns erhalten, die beweisen, daß diese Konzernherren die Hitlerfaschisten finanziell unterstützten und schließlich an die Macht brachten.

Indem wir dies in unseren Betriebsgeschichten niederschreiben und diese den Arbeitern solcher Konzerne, wie Bubiag usw., die heute in Westdeutschland noch existieren, übermitteln, helfen wir den westdeutschen Arbeitern, ihre Klassenlage besser zu erkennen. Wir zeigen ihnen damit, daß sich in Westdeutschland an den Machtverhältnissen nichts geändert hat, daß genauso wie früher die großen Konzerne herrschen und die Militaristen die Macht in den Händen halten.

*

Wenn Sie die gegenwärtige Lage der westdeutschen Steinkohlenbergarbeiter betrachten, können Sie feststellen, daß die Ausbeutung in den Steinkohlengruben Westdeutschlands immer brutaler wird. Durch raffinierte Rationalisierungsmethoden, Zechenstilllegungen, Massenentlassungen und den ökonomischen Zwang stieg seit Februar 1958 die Schichtleistung der Untertagebelegschaft in den westdeutschen Steinkohlengruben um über 30 Prozent. Die Profite der Konzernherren werden immer höher. Die Mehrzahl der Zechen zahlen 10 bis 12 Prozent Dividende. Die Löhne der Bergarbeiter bleiben jedoch fast unverändert bzw. sinken sogar. Ihre soziale Lage verschlechtert sich durch Preissteigerungen, Mieterhöhungen usw. immer mehr.

Dabei haben die Bergarbeiter in Westdeutschland täglich das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen, denn unter kapitalistischen Verhältnissen weiß

kein Arbeiter, was ihm der nächste Tag bringen wird. Seine Lage ist eine unsichere, rechtlose.

Hierin zeigt sich auch die große nationale Bedeutung unseres Arbeitsgesetzbuches, das jedem Arbeiter und Werktätigen unserer Republik das Recht auf Arbeit, das Recht auf Teilnahme an der Leitung der Wirtschaft gesetzlich garantiert.

Zur gleichen Zeit sind in Westdeutschland die Monopolisten und Militaristen dabei, durch die Notstandsgesetzgebung ihre Herrschaft zu sichern und die westdeutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften noch intensiver auszubeuten und rechtloser zu machen.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Genosse Walter Ulbricht, erklärte dazu in seiner Programmatischen Erklärung:

„Die Notstandsgesetzgebung dient also ausschließlich der Unterdrückung und der brutalen Niederhaltung des Volkes, wenn es demokratische Rechte fordert und die Politik des Krieges nicht mitzumachen wünscht. Aber gerade durch die Atomkriegsrüstung und den Ausbau der Machtpositionen des Militarismus im Innern wachsen die politischen und ökonomischen Widersprüche in Westdeutschland. Schon halten die Menschen in Westdeutschland Ausschau nach dem Ausweg. Die DDR, die sicher auf dem Wege der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts voranschreitet, zeigt diesen Ausweg.“¹¹

Die große nationale Bedeutung unseres neuen Arbeitsgesetzbuches, in dem das Recht der Arbeiterklasse zur Teilnahme an der Leitung der von ihr geschaffenen sozialistischen Wirtschaft garantiert ist, zeigt deutlich den Gegensatz zum Bonner Unrechtsstaat, in dem die Werktätigen nach wie vor von den Monopolisten ausgebeutet werden. Es wird den westdeutschen Werktätigen neue Kraft verleihen, den Kampf um Frieden, für Beseitigung der atomaren Aufrüstung und soziale Sicherheit, gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Militarismus und Revanchismus, zu führen.

Die Erfolge der Werktätigen in der DDR, wie sie sich im Arbeitsgesetzbuch widerspiegeln, müssen sich auch in den Betriebsgeschichten zeigen.

Indem wir den westdeutschen Arbeitern durch unsere Betriebsgeschichten ein klares Bild von den großen Errungenschaften des Aufbaus des Sozialismus in der DDR vermitteln, unterstützen wir sie in dem Kampf gegen die Verleumdungen unserer Republik und tragen dazu bei, sie zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus zu mobilisieren.

Wir können also feststellen, daß die Betriebsgeschichtsschreibung eine große Bedeutung für die in unserer Republik zu lösenden Aufgaben besitzt. Sie muß deshalb zu einer breiten Bewegung werden, indem die Arbeiter ihre Geschichte, die Geschichte ihres Lebens und ihres Kampfes, die Geschichte ihres Betriebes selber schreiben.

¹¹ Ebenda, S. 8.

Maxim Gorki sagte im Jahre 1931 in einem Aufruf an alle Arbeiter und Werktätigen der Sowjetunion:

„Jetzt ist die Zeit gekommen, da Ihr, Genossen, die neue Geschichte schaffend, sie auch selbst mit Hilfe eben jener Hand und jenes Verstandes schreiben müßt, die Euch zum Herrn des riesigen und reichen Landes gemacht haben.“¹²

Wenn unsere Geschichtswissenschaftler den schreibenden Arbeitern noch besser als bisher helfen, diese Aufgabe zu lösen, bin ich gewiß, daß die Geschichte unserer Betriebe ein wirkungsvoller Beitrag zum Sieg des Sozialismus in der DDR und zur Lösung unserer nationalen Aufgabe sein wird.

¹² Geschichte der Fabriken und Werke. In: «Правда» vom 7. September 1931.

BEMERKUNGEN ZUM GEDRUCKT VORLIEGENDEN REFERAT*

VON HANS RADANDT

Wenn wir unsere Arbeitstagung unter das Thema „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ gestellt haben, dann deshalb, weil die sozialistische Erziehung der Werktätigen auch durch die Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte gefördert wird, was sich wiederum auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität auswirkt. Wenn wir im Verlauf unserer Arbeitstagung statt Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe den umfassenderen Begriff Betriebsgeschichte verwenden werden, dann deshalb, weil vieles von dem, was hier gesagt wird, auch für andere sozialistische Betriebe, beziehungsweise auch für Betriebe mit staatlicher Beteiligung, wie beispielsweise die des Handels, von Wichtigkeit ist.

Unter Betriebsgeschichte verstehen wir einmal das Gesamtgebiet der marxistisch-leninistischen Darstellungen zur geschichtlichen Entwicklung von Betrieben. Zum anderen ist die Betriebsgeschichte eine populärwissenschaftliche oder wissenschaftliche verallgemeinernde Darstellung der Geschichte der Entwicklung eines Betriebes in ihren Zusammenhängen auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Weiterhin unterscheiden wir Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte, die den verschiedensten Charakter tragen können. Es können wissenschaftliche oder populärwissenschaftliche beziehungsweise künstlerisch gestaltete, agitatorische oder propagandistische Bücher, Broschüren oder Artikel, Bildbände, Dokumente usw. sein, die Ausschnitte aus der historischen Entwicklung eines Betriebes behandeln. Schließlich kennen wir Sammel-darstellungen zur Betriebsgeschichte, welche die Geschichte von mehreren Betrieben beziehungsweise Ausschnitte daraus oder aber die Geschichte eines Industriezweiges unter Berücksichtigung der einzelnen Betriebe darstellen.

Eine Betriebsgeschichte soll und muß die ganze Breite des historischen Geschehens in einem Betrieb und um ihn herum erfassen und diese im Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte darstellen. Wer an einer Betriebsgeschichte arbeitet, muß sich dabei bewußt sein, daß eine solche Darstellung ein Teil der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise ganz

* Das Referat von Hans Radandt wurde bereits im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960 Teil II veröffentlicht.

Deutschlands ist; mag dieser Teil bei einem kleinen Betrieb auch noch so winzig erscheinen. Unzählige politische Ereignisse hatten ihren Ausgangspunkt in einem Betrieb beziehungsweise ihre Auswirkungen auf einen Betrieb, dessen Arbeiter und seine Besitzer. Dabei handelt es sich durchaus nicht immer, wenn wir zunächst die Zeit vor 1945 betrachten, um die Auswirkungen der Politik der herrschenden Klasse, wie z. B. die Weltkriege oder die faschistische Diktatur, sondern, was für uns von besonderer Bedeutung ist, um die Kämpfe der Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei, wie z. B. die Kämpfe gegen das Sozialistengesetz, um die Koalitionsfreiheit und die Kämpfe gegen Militarismus, Faschismus und Krieg. Ebenso dürfen die ökonomischen Zusammenhänge in der geschichtlichen Entwicklung, z. B. die zyklischen Konjunkturschwankungen, der Monopolisierungsprozeß und der staatsmonopolistische Kapitalismus, bei der Erarbeitung einer Betriebsgeschichte nicht unberücksichtigt bleiben. Es gilt zu zeigen, wie diese auf Grund der kapitalistischen Produktion in jedem einzelnen Betrieb sich entwickelten, in Erscheinung traten, beziehungsweise auf ihn zurückwirkten. Denken wir aber vor allem auch an das Wiedererstehen unserer Betriebe aus Schutt und Asche in den ersten Jahren nach 1945, an die großen Leistungen der Aktivisten der ersten Tage und an die seither unermüdlich und mit großem Erfolg betriebene Aufbaupolitik der Partei der Arbeiterklasse. Welch große Bedeutung hatte der Volksentscheid zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten für die Geschichte unserer Betriebe, der doch praktisch zu einer der Grundlagen der Herausbildung von volkseigenen Betrieben geworden ist. Wie eng wird der Zusammenhang zwischen der allgemeinen Politik und den arbeitenden Menschen im Betrieb unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht! Jede Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne zieht eine Verbesserung des Lebensstandards in irgendeiner Form nach sich, jede solche Verbesserung gibt neuen Auftrieb und neue Kraft zur weiteren Arbeit.

Wenn wir das betriebliche Geschehen in den allgemeinen geschichtlichen Zusammenhang stellen wollen, dann ist es unerlässlich, hierfür als Quellen die Parteidokumente, Parteibeschlüsse und auch die Berichte der Parteiveteranen, z. T. auch derer, die nicht innerhalb eines Betriebes gewirkt haben, zu berücksichtigen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch von den Gesetzen und Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Als Beispiele möchte ich nur die Reden und Beschlüsse der Parteitage der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Rede Walter Ulbrichts zum Siebenjahrplan und das Gesetz über den Siebenjahrplan nennen. Das neue Arbeitsgesetzbuch wird nach seiner endgültigen Formulierung zusammen mit der besonders in dem jeweiligen Betrieb geführten Diskussion ebenfalls seine Widerspiegelung in den Betriebsgeschichten finden müssen. Und nicht nur das! Ich kann mir vorstellen, daß es in vielen Betrieben möglich ist, agitatorische und propagandistische Broschüren zu erarbeiten, die das neue Arbeitsgesetzbuch, dessen Entwurf jetzt diskutiert wird, als das Ergebnis des über hundertjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und auch als Ergebnis des Kampfes der Arbeiter des

jeweiligen Betriebes in seiner historischen Bedeutung darstellen. In fast jedem älteren Betrieb liegen viele Beweise dafür vor, sei es aus den Erlebnisberichten der Parteiveteranen oder aus den Unterlagen der Betriebsarchive, wie zäh und zielsicher die Arbeiter unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen gekämpft haben. Bis 1945 spiegelt sich das in den verschiedensten Kämpfen und Kampfformen gegen die Ausbeuterklasse wider. Nach 1945 kämpfte die Arbeiterklasse gemeinsam mit ihren Verbündeten, den werktätigen Bauern und der werktätigen Intelligenz, zunächst um den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und schließlich um den Aufbau des Sozialismus. Einer der großen Meilensteine in diesem Kampf wird das neue Arbeitsgesetzbuch sein.

Quellen, welche bei der Darstellung der Verbindung der Betriebsgeschichte zur nationalen Geschichte benutzt werden müßten, sind unter anderem die Schriften Walter Ulbrichts zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, das Lehrbuch für Deutsche Geschichte und das Lehrbuch für Wirtschaftsgeschichte.

Ebenfalls sind hierfür zu benutzen neben der „Roten Fahne“ aus der Zeit vor 1933 das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, „Neues Deutschland“, sowie die Organe der Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Zeitschriften „Einheit“, „Neuer Weg“ und „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ beziehungsweise darüber hinaus andere Tageszeitungen und Fachzeitschriften. In ihnen werden viele Artikel über spezielle Beispiele zur Geschichte einzelner Betriebe veröffentlicht, wie zur Entwicklung ihrer Produktion, zur Neuerer- und Rationalisatorenbewegung, zur Bildung von sozialistischen Brigaden. Denken wir beispielsweise an die jetzt im „Neuen Deutschland“ erscheinende Artikelserie „Mit Gramm und Millimeter 500 Millionen auf der Spur“. Fast immer sind auch diese Veröffentlichungen in den Rahmen der allgemeinen nationalen Geschichte gestellt. Vielen anderen Artikeln, die nicht direkt einzelne Betriebe behandeln, wohl aber die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft im allgemeinen, können ebenfalls wertvolle Hinweise entnommen werden. Leider werden noch nicht in allen Betriebsarchiven wenigstens die Zeitschriften und Zeitungsartikel gesammelt, welche den jeweiligen Betrieb betreffen. Damit geht diesen Betrieben eine wichtige Quellengrundlage für die Erarbeitung ihrer Betriebsgeschichte verloren. Denn es ist sehr mühselig, später einmal aus den Zeitungsjahrgängen die Artikel wieder herauszufinden. Für alle Betriebe besteht zwar die Möglichkeit, die Zeitungsausschnittsammlungen beim Neuen Deutschland oder beim Verlag die Wirtschaft und andere einzusehen, dennoch aber ist es zweckmäßiger, wenn die betreffenden Ausschnitte fortlaufend in dem jeweiligen Betriebsarchiv gesammelt werden.

Entscheidende Aufmerksamkeit muß der Frage der Periodisierung geschenkt werden. Generell muß auch einer betriebsgeschichtlichen Darstellung die Periodisierung der nationalen Geschichte des Betriebes übergeordnet werden. Das heißt: entscheidende Zäsuren in der Geschichte des Betriebes müssen im allgemeinen als besondere Unterabschnitte längerer Entwicklungsperioden der

nationalen Geschichte behandelt werden. In der Zeit nach 1945 unterscheiden wir zwei große Etappen der revolutionären Umgestaltung im Gebiet unserer heutigen Deutschen Demokratischen Republik. In der Etappe der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung von 1945 bis 1949 wurden grundlegende revolutionäre Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse durchgeführt. Der Beginn der zweiten Etappe ist die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Konstituierung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung im ersten wahrhaft friedliebenden und demokratischen Staat auf deutschem Boden kennzeichnet jenen Zeitpunkt, von dem an die revolutionäre Umgestaltung der Zeit nach 1945 in die sozialistische Revolution hinüberwuchs. Diese beiden großen Etappen müssen in der Periodisierung einer jeden Betriebsgeschichte berücksichtigt werden. Innerhalb dieser beiden Etappen aber gilt es, die für den jeweiligen Betrieb bedeutenden Ereignisse in besonderen Unterabschnitten darzustellen. Ein solcher wichtiger Unterabschnitt beginnt z. B. beim Übergang eines Betriebes in die öffentliche Hand, wie es in vielen Fällen durch den Volksentscheid von 1946 geschah. Bei anderen Betrieben vollzog sich zu späterer Zeit der Übergang aus privatem Besitz in Volkseigentum. Hier ist dann jeweilig dieser Termin Anlaß zur Bildung eines besonderen Unterabschnitts. Weitere wichtige Unterabschnitte innerhalb der ersten bzw. zweiten Etappe können gebildet werden unter anderem durch bedeutende Betriebserweiterungen, Umstellung der Produktion, Beginn bzw. Beendigung der Rekonstruktionsperiode, Kombinatbildung usw.

Die Betriebsparteileitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands tragen in den jeweiligen Betrieben die politische Verantwortung für die dort erarbeiteten Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte. Deshalb sollten auch von den Parteileitungen in Absprache mit den Werkleitungen die Kommissionen zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte gebildet werden. Andererseits aber erscheint die Mitarbeit von mehreren Mitgliedern der Parteileitungen bei der Ausarbeitung von Betriebsgeschichten mindestens bei der kollektiven Diskussion über die zu erarbeitenden Manuskripte unerlässlich. Ganz besonders sollte dabei darauf geachtet werden, daß die Rolle der Partei als Führerin der Arbeiterklasse als roter Faden aus der gesamten Darstellung deutlich wird. Zum Schluß noch einen Hinweis: Betriebsgeschichten dürfen nicht trocken sein. Ihre politisch-ideologische Qualität kann nicht allein danach beurteilt werden, ob sie die Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Wissenschaft richtig und populär wiedergeben, ob die vorhandenen Quellen vollständig ausgeschöpft und richtig ausgewertet wurden, sondern auch danach, ob sie von Herzen geschrieben sind und bis ans Herz des Lesers dringen.

BEMERKUNGEN ZUM GEDRUCKT VORLIEGENDEN REFERAT*

VON EBERHARD WÄCHTLER

Da Ihnen mein Referat seit geraumer Zeit gedruckt vorliegt, möchte ich mich heute nur darauf beschränken, dem einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Sobald der Begriff „Heimathistoriker“ fällt, erscheint bei vielen Menschen eine falsche Vorstellung von den Leuten, die sich mit Leib und Seele der örtlichen Geschichtsforschung verschrieben haben. Nicht selten stellt man sich darunter noch einen älteren Herrn mit Bart vor, der auf einem Fahrrad – wenn es geht mit Wickelgamaschen, grünem Jägerhut und Lodenjacke – die Umgebung seines Wohnortes nach diesen und jenen historischen Denkmälern und Begebenheiten durchforscht. Nicht immer wird zugleich daran gedacht, wieviel Fleiß und Arbeitszeit diese Historiker darauf verwenden, um die Geschichte lokal begrenzter Gebiete und einzelner Produktionsstätten zu erforschen.

Die Geringschätzung, die letzten Endes aus derartigen oder ähnlichen Vorstellungen spricht, entspringt aus der Vorstellung, die die bei uns überwundene Klassengesellschaft noch von vielen Vertretern intellektueller Berufe hinterlassen hat. Diese Erscheinung kann man unter bestimmten Gesichtspunkten etwa mit dem Zerrbild des zerstreuten (weltfremden) Professors oder des vertrottelten (ungenügend gebildeten) Dorfschullehrers oder anderen vergleichen.

Unser Staat, die Deutsche Demokratische Republik, bringt der Wissenschaft die größte Hochachtung entgegen, die ihr jemals ein Staat in Deutschland überhaupt entgegengebracht hat. Zum ersten Male hat die herrschende Klasse in Deutschland hier bei uns die Wissenschaft zur Grundlage des gesamten Lebens gemacht und lehnt jede Form von Agnostizismus und Unwissenschaftlichkeit ab. Unser ganzes Streben geht dahin, das Bildungsniveau zu heben, die Wissenschaft allen Werktätigen zugänglich zu machen, ja, sie nach besten Möglichkeiten in das wissenschaftliche Leben aller Disziplinen einzubeziehen. Deshalb haben wir gar keine Veranlassung, irgendeine wissenschaftliche Disziplin zu unterschätzen, sondern müssen mit derartig verfehlten und schädlichen Anschauungen, gleich in welchen Formen und ganz gleich, wo sie auch immer auftreten, restlos aufräumen.

* Das Referat von Eberhard Wächtler wurde bereits im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960 Teil II veröffentlicht.

Ich sprach in meinem Referat davon, daß wir in der Heimat- und Betriebsgeschichtsschreibung eine alte Tradition zu überwinden haben, die sich entsprechend den Bedürfnissen der entmachteten herrschenden Klassen entwickelte. Aber es wäre verfehlt, anzunehmen, daß unser Beginnen nach 1945 bar jeder fortschrittlichen und revolutionären Tradition gewesen sei. Auch gab es in den vergangenen 15 Jahren eine Menge von Konferenzen, Arbeitstagen und Diskussionen, die schon weitgehend halfen, den Marxismus auch in der Lokalgeschichtsschreibung durchzusetzen.

Daß es noch nicht an jeder Ecke unseres Staates, in jedem Kreis, in jedem Dorf gleichmäßig geschehen konnte, lag doch wohl mit daran, daß uns ebenfalls die Aufgabe zuwächst, eine neue Schicht Heimatforscher, Stadtgeschichtsforscher, Dorfgeschichtsforscher, Ortschronisten, Betriebsgeschichtsschreiber auszubilden und die aufgeschlossenen älteren Lokalgeschichtsforscher mit den neuesten wissenschaftlichen Arbeitsgrundlagen und Methoden vertraut zu machen. Den Kern unserer Heimatforscher müssen heute, entsprechend der Losung von Bitterfeld: Kumpel, greif zur Feder!, die schreibenden Arbeiter selbst bilden.

Unsere Klassiker haben uns Arbeiten hinterlassen und Hinweise gegeben, die nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Methode, in der Form, wie sie lokalgeschichtliche Probleme untersucht haben, mustergültig sind. Marx und Engels haben die Lokalgeschichtsforschung in Deutschland zu keiner Zeit unterschätzt. Ihnen ist wahrscheinlich zumindest dem Namen nach die Arbeit von Franz Mehring, die Lessinglegende, bekannt, die sich vornehmlich mit einem Stück preußischer Geschichte befaßt. Hören Sie, was Friedrich Engels in einem Brief an Franz Mehring über diese zu einem Gutteil landesgeschichtliche Arbeit schrieb: „Es war sehr verdienstvoll von Ihnen, daß Sie sich durch diesen preußischen Geschichtswulst durchgearbeitet und Sie die richtigen Zusammenhänge nachgewiesen haben.“

Ihnen wird vielleicht beim Studium der Klassiker schon aufgefallen sein, daß Marx und Engels kaum einen Begriff wie Heimatgeschichte kennen. Sie sprechen von Lokalgeschichte, von Dorf-, Stadt- und Landesgeschichte. Sie geben auch Hinweise zur Betriebsgeschichte, wobei sie uns in ihrem Briefwechsel wichtige Dinge zur Konzernentwicklung einiger Betriebe in Deutschland hinterlassen haben. Worauf Marx und Engels besonders hinwiesen und worauf sie auch Franz Mehring aufmerksam machten, war folgendes: Die Darstellung der Geschichte eines bestimmten lokalen Bezirkes, sei es irgendeine Stadt, ein Betrieb, ein Dorf, ein Land, ein Bezirk oder Kreis, muß im engsten Zusammenhang mit der Problematik der Geschichte der deutschen Nation und auch der Problematik der internationalen Geschichte erfolgen.

Es ist klar, daß all das, was wir heute in den Betrieben schreiben, der nationalen Grundkonzeption des Kampfes der Arbeiterklasse in Deutschland gegen Militarismus, für Sozialismus, für den Frieden entsprechen muß. Daraus ergibt sich notwendigerweise die folgerichtige Verpflichtung, die Betriebsgeschichte in Zusammenhang mit der internationalen Geschichte zu bringen, in Überein-

stimmung mit den Interessen des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der Welt. Er spielt oft im Rahmen der Darstellung und Ausarbeitung der Geschichte eines Betriebes eine größere Rolle, als er meinetwegen bei der Geschichte eines Ortes, eines Dorfes zur gleichen Zeit spielen muß. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Die Leipziger Baumwollspinnerei, eine der größten Baumwollspinnereien des Kontinents, hatte Plantagen in Afrika. Es gibt auch noch andere Betriebe, die in den ehemals deutschen Kolonien oder in den Gebieten anderer, vom Kolonialismus unterdrückter Völker Besitzungen hatten. Der Kampf gegen die Konzernherren oder Betriebseigentümer, Aktionäre in Deutschland, wurde also nicht nur von den deutschen Arbeitern geführt. Nehmen wir ein anderes Beispiel, die chemische Fabrik von Heyden in Radebeul bei Dresden. Dieser Betrieb hatte in den USA ein Zweigwerk. Auch in dieser zu schreibenden Betriebsgeschichte sollte dem Gedanken des proletarischen Internationalismus eine sehr starke Beachtung geschenkt werden. Ist an und für sich in den meisten der Fälle der Forschungsgegenstand der Betriebsgeschichte kleiner als der der Ortsgeschichte, so kann er auch oftmals größer sein.

Noch ein Problem, zu dem ich Ihnen einige Bemerkungen machen möchte. Wir hatten in den vergangenen Wochen eine Reihe Aussprachen mit Genossen und Kollegen im VEB Steinkohlenbergbau Karl Marx in Zwickau. Es ging da um die Abfassung einer Betriebsgeschichte, und bei der Durcharbeitung des Manuskripts in Zusammenarbeit mit den Kollegen kam da der Gedanke, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Wir müssen beim Schreiben der Betriebsgeschichte studieren, genau studieren, wie sich die politische Organisationsform der Arbeiterklasse entwickelte. Ehe, durch die Thälmannsche Partei, durch die Kommunistische Partei Deutschlands, die Einheit zwischen ökonomischem und politischem Kampf in der Gestalt ihren Ausdruck fand, daß sich die Partei in jedem Betrieb verankerte und der bewußteste Teil der Arbeiterklasse sich in Betriebszellen organisierte, war vom kämpfenden Proletariat schon lange vor dem Ersten Weltkrieg der Aufbau und Ausbau der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen außerhalb des Betriebes erfolgt! Wenn Sie diese Etappe des Klassenkampfes in der Betriebsgeschichte schildern wollen, versagen oftmals die Betriebsarchive. Nehmen wir z. B. das Steinkohlenwerk Karl Liebknecht in Oelsnitz. Es gibt dort ausführliche Akten über die Streikbewegung seit 1889. Jedoch wäre es falsch, ausschließlich mit dem Betriebsarchiv zu arbeiten. Man muß das in manchen Beziehungen sehr gute, vor allen Dingen für die Darstellung der Strukturwandlungen der Arbeiterklasse ausgezeichnete Archiv der Stadt Oelsnitz noch mit heranziehen.

Es ist wohl das erste Mal, daß eine Beratung in der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Verbindung mit anderen Hochschulen und Instituten und vor allen Dingen eben mit schreibenden Arbeitern und Genossen und Kollegen aus Betrieben stattfindet. Es kann sein, daß es Schwierigkeiten bei der Abfassung der Betriebsgeschichte gibt, und Schwierigkeiten werden immer auftreten. Das Kollektiv wird nicht gleich so sein, wie wir es uns vorgestellt haben. Aber dort, wo Betriebe sich zu der Erkenntnis durchgerungen haben,

daß eine Geschichte eines Betriebes eine nützliche Sache ist, eine Sache, die vor allen Dingen hilft, das Bewußtsein der Menschen zu verändern, werden wir gute Voraussetzungen haben.

Schreiben Sie bitte auch nicht die Betriebsgeschichte losgelöst vom betrieblichen Geschehen. Wie oft passiert es, daß ein Kollege den Auftrag bekommt, ein Referat zu halten, einen Zirkel zu leiten oder einen Artikel zu schreiben, z. B. zum 10. Jahrestag der DDR zu sprechen. Er arbeitet ein Referat aus, er bekommt eine Vorlage von einer übergeordneten Leitung und gibt sie nach bestem Gewissen wider. Wenn man dann denselben Kollegen fragt, ob er jetzt den entsprechenden Abschnitt in der Betriebsgeschichte schreiben würde, sagt er oftmals: „Wieso denn, ich habe doch schon das Referat zu machen.“ Wie schön wäre es aber, wenn sich beides miteinander ergänzte, wenn in dem Referat die allgemeine sozialistische Entwicklung am konkreten Beispiel des Betriebes aufgezeigt würde und damit zugleich die Diskussion und die Ausarbeitung der Betriebsgeschichte begänne.

Soweit meine ergänzenden Bemerkungen, und ich hoffe, daß die Diskussion auf unserer Tagung dazu beiträgt, daß wir gemeinsam, Arbeiter und Wissenschaftler, im Kampf gegen die westdeutsche Geschichtsverfälschung auf dem Gebiete der Entwicklung der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterbewegung vorwärtskommen und so der Verlogenheit der Adenauerschen Zweckpropaganda zum Nutzen der Entwicklung ganz Deutschlands mit voller Kraft entgegenwirken können.

DIE BEDEUTUNG DER BETRIEBSGESCHICHTE VON 1945 BIS HEUTE FÜR DIE ERZIEHUNG UNSERER MENSCHEN

VON MARTIN BÖHMER

Ich spreche im Auftrage des Kollektivs, das die Broschüre „Zur Geschichte des VEB Waggonbau Niesky“ bearbeitet hat.

Wir begrüßen diese Arbeitstagung, da sie wertvolle Anregungen und Hinweise, sowohl dem Inhalt als auch der Form nach, vermittelt. Deshalb bedauern wir auch, daß solche zentralen Tagungen viel zu wenig und leider auch oftmals verspätet stattfinden.

In der Vorbereitung der Thesen für diese Arbeitstagung wurde auch unsere Arbeit „Zur Geschichte des VEB Waggonbau Niesky“ beurteilt.

Es wird leider an unserer Arbeit nicht das kritisiert, was wir selbst für einen großen Mangel halten. Die Broschüre ist 1957 erschienen. Unterdessen sind drei Jahre vergangen. In dieser Zeit sollte der II. Teil zur Geschichte des VEB Waggonbau Niesky erscheinen, der die Hauptschwächen des I. Teiles überwinden sollte.

Im ersten Teil sind die revolutionären Verhältnisse und Umgestaltungen von 1945 viel zu kurz gekommen. Die ganze Tiefe und Bedeutung der Zeit von 1945 bis heute wurde und wird von uns noch sehr unterschätzt.

Der II. Teil ist noch nicht erschienen, da er uns große Schwierigkeiten bereitet. Es mag wie ein Schuldbürgerstreich anmuten, aber es ist so, daß fast alle Dokumente und Unterlagen in der Zeit von 1945 bis 1952 bei der Kreisleitung verloren gegangen sind; auch in unserem Betriebe gingen bis dahin Akten verloren oder wurden nicht geführt. So fehlen der Partei und auch den Massenorganisationen alle dokumentarischen Unterlagen, die als Ausgangspunkt und Beweise für die Darstellung der Geschichte des Betriebes unbedingt gebraucht werden, z. B. Protokolle über Parteiversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen und Produktionsberatungen, in denen sich ja der Kampf widerspiegelt, der um die Beschlüsse von Partei und Regierung geführt wurde, anhand deren solche Fragen beantwortet werden können: Wie wurde im Betrieb konkret um die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gekämpft? Oder wie führte die Gewerkschaft im Betrieb den Kampf zur Durchsetzung der Losung „Erst mehr arbeiten, dann besser leben“? Oder wie wurden die jungen Menschen im Betrieb von der Partei, den Gewerkschaften und dem Jugendverband erzogen? Wie haben sich die Menschen zugunsten des Sozialismus verändert?

Die Betriebsgeschichten müssen die großen Erfolge der Arbeiterklasse, ihren allseitigen Kampf für den Sieg des Sozialismus in der DDR, die Führung der Arbeiterklasse durch ihre Partei im Bündnis mit allen Werktätigen in ihrer ganzen Bedeutung und Tiefe dokumentieren. Diese Aufgaben haben wir noch nicht gelöst.

In unserem Betrieb mußte oft hart um die Erfüllung der Pläne gekämpft werden. Diesen Kampf müssen wir seinem Inhalt nach lebendig gestalten. Wie wurden die rückständigen Auffassungen überwunden? Nicht selten wurden Werktätige mit vorher rückständigen Auffassungen zum Träger und Kämpfer für den Sozialismus.

Heute ist es wesentlich leichter, die Geschichte des Betriebes allgemein und konkret festzuhalten. Die zentralen Beschlüsse von Partei und Regierung und der Massenorganisationen der Werktätigen bilden das Fundament jeder Betriebsgeschichte, sie werden sich in den betrieblichen Maßnahmen, die auch festgehalten wurden, konkret widerspiegeln.

Die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, des Genossen Walter Ulbricht, ist heute die Richtschnur für das, was die Betriebsgeschichten zum Inhalt haben müssen. Wie wurde im Betrieb von den Werktätigen mitgeplant, mitgearbeitet und mitregiert? Wie kämpften und kämpfen die Arbeiter gemeinsam mit der Intelligenz um die Übererfüllung der Pläne? Welch großartigen Stoff für die Geschichtsschreibung liefern die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften und sozialistischen Brigaden! Leider werden die Brigadetagebücher von uns noch nicht so beachtet, wie es sein müßte. Sie sind doch Dokumente des neuen sozialistischen Lebens. Der Kampf um und im sozialistischen Wettbewerb ist eine unerschöpfliche Quelle für die Betriebsgeschichte.

Heute, wo wir mitten in den großen revolutionären Ereignissen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft stehen, muß die Geschichtsschreibung eine neue Seite aufschlagen. Wie hat der Betrieb diese revolutionäre Entwicklung unterstützt? Und wie helfen wir den Bauern, daß sie die Geschichte ihres Betriebes, der LPG, für die Nachkommen festhalten? Es gibt bei uns im Kreis Anfänge von „sozialistischen Chroniken“ der Dörfer, aber eben erst Anfänge.

Bei der Darlegung unserer neuen sozialistischen Verhältnisse dürfen wir nicht vergessen, immer und immer wieder an die Ausbeutungsverhältnisse der Vergangenheit zu erinnern. Für unsere Jugend sind solche Darlegungen besonders wichtig, da sie Ausbeutungsverhältnisse gar nicht mehr kennt. Aber auch heute herrschen in Westdeutschland noch diese Ausbeutungsverhältnisse. Aus unserem Betrieb ist jetzt ein Kollege in Westdeutschland verhaftet worden. Wie wird der Kampf um seine Freiheit festgehalten?

Noch einen Mangel in unserer Arbeit möchte ich erwähnen. Das ist die ungenügende Würdigung der Leistungen unserer Frauen im Betrieb.

So sehen wir unsere Arbeit. In den Referaten auf dieser Tagung wurden für alle diese Fragen, zu ihrer Lösung, gute Ratschläge und Hinweise gegeben. Leider

ist es heute noch ein viel zu kleiner Kreis, der sich mit dieser wichtigen Aufgabe, das Betriebsgeschehen festzuhalten, beschäftigt.

Wir haben vor Jahren einen kleinen Aufruf an die Werktätigen des Kreises Niesky gerichtet; in diesem Aufruf gaben wir die Losung aus: Die Werktätigen des Kreises Niesky schreiben ihre Geschichte selbst! Viele Freunde und Genossen sind diesem Aufruf gefolgt, und zum 10. Jahrestag unserer Republik wurde von der Kreisleitung und dem Rat des Kreises eine Broschüre mit dem Titel „Der Sozialismus siegt, Bilder zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ herausgegeben. Die Zusammenstellung und Bearbeitung lag ebenfalls in den Händen des Hauptautors unserer Betriebsgeschichte. Leider finden wir bei der Parteiorganisation des Betriebes, bei der Werkleitung, bei den Gewerkschaften und der FDJ noch nicht die Unterstützung, die notwendig ist. Auch im Wohngebiet fehlt die Unterstützung durch die Nationale Front.

Ohne die aktive Mitarbeit aller dieser Organe geht die Arbeit nicht vorwärts, sind die Impulse zu schwach, um das große Geschehen unserer Zeit, den Kampf für den Sieg des Sozialismus für immer festzuhalten und in den Betriebsgeschichten zu gestalten. Diese Aufgabe gilt es noch zu lösen, sie ist doch eine so wichtige Aufgabe unserer Geschichtsschreibung.

Zum Schluß darf ich noch bemerken, daß unsere Betriebsgeschichte auch an den Genossen Walter Ulbricht, an Genossen Otto Buchwitz, an das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, an den Bundesvorstand der IG Metall, an das Landeshauptarchiv, an die Staatliche Archivverwaltung, an unsere Schwesterbetriebe usw. gelangte. Zum überwiegenden Teil wurde sie von der Kritik gut eingeschätzt. Wir sind aber nun nicht der Meinung, daß unsere Broschüre fehlerfrei ist und daß wir keine Kritik mehr gebrauchen können. Nein, für jede Kritik sind wir dankbar, wir wollen ja lernen, denn der zweite Teil unserer Geschichte von 1945 bis heute soll noch geschrieben werden.

DIE BESCHÄFTIGUNG MIT DER GESCHICHTE DIEN DER HEBUNG DES SOZIALISTISCHEN BEWUSSTSEINS

VON REGINA HASTEDT

In dem uns für diese Arbeitstagung zugegangenen Material wird nur die Geschichte behandelt, aber kaum die Menschen — die Arbeiter unserer Betriebe —, die diese Geschichte machen und darüber hinaus auch noch aufschreiben sollen. Das scheint mir ein Mangel, denn viel wichtiger als die Betriebsgeschichte selbst erscheint mir ihr Schaffungsprozeß. Das Ziel soll doch nicht eine Arbeit sein, die „mit durchgezogen wird“, nein, das Ziel ist, daß sich bei einer Gruppe Menschen, die sich mit der Erforschung der Geschichte befaßt, ein neues, ein sozialistisches Bewußtsein entwickelt. Wie dieser Wandlungsprozeß vor sich gehen kann, möchte ich kurz an drei Beispielen erläutern.

1. Als ich mich vor knapp zwei Jahren entschloß, über den Kumpel Sepp Zach zu schreiben, begann ich mit dem Mute der Unwissenheit. Das literarische Porträt eines Menschen erscheint nur dann plastisch, wenn man ihn als typische Figur aus der Masse heraushebt, aber durch ihn die Masse als Ganzes, das heißt nicht nur in ihrer Gegenwart, sondern auch in ihrer Vergangenheit und in ihrer Zukunft, schildert. Mir schwebte das damals zwar vor, aber ich ahnte noch nicht, wie schwer das ist. Ich begann meine Arbeit wie jeder Schriftsteller: mit dem Studium des vorhandenen Materials, und das waren die bei den Bergarbeitern sehr beliebte „Chronik von Oelsnitz“ und „75 Jahre Gemeinschaftsarbeit der sächsischen Steinkohlenbergwerke“.

Ich gebe zu, daß ich damals noch die naive Auffassung hatte, „Chronik ist Chronik“ und nicht sofort erkannte, daß die Auswahl der Fakten und die Formulierung der nüchtern scheinenden Aufzeichnung von der Gesellschaftsordnung, in welcher der Chronist lebte, abhängig war. Es schien zunächst auch alles ganz glaubwürdig, was sich die alten Bourgeois aufschreiben ließen, aber dann stieß ich in dem Buche „75 Jahre Gemeinschaftsarbeit der sächsischen Steinkohlenbergwerke“ auf folgende Sätze: „1861 wird berichtet, daß bei achtstündiger Arbeitszeit der Arbeitsordnung in Wirklichkeit 12 Stunden, oft sogar 15 Stunden verfahren wurden“ (Seite 165). Und auf Seite 162 „Die Bergleute kamen oft stundenweit zum Schacht. Der lange Weg zur Arbeitsstätte wurde als Ausgleich für die Untertagearbeit im allgemeinen nicht ungern in Kauf genommen.“

Dies nun glaubte ich nicht mehr. Ich kannte die Arbeit unter Tage und wußte, daß sie vor hundert Jahren unter viel schwereren Bedingungen, vor allem bei viel höheren Temperaturen ausgeführt werden mußte, und es war mir unvorstellbar, daß diese Männer, die nach einer 12- oder 15stündigen Schicht ausfuhren, und so wie sie waren, schwarz und verschwitzt, einen stundenweiten Heimweg bei Wind und Kälte, Regen und Schnee „als Ausgleich nicht ungern in Kauf nahmen“.

In diesen drei Sätzen offenbart sich die ganze Kaltschnäuzigkeit der Bourgeois gegenüber dem Proletariat — mit dieser Erkenntnis hatte sich für mich ihre verfälschte Geschichtsschreibung erledigt. Ja, aber was nun? Eine marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung des sächsischen Steinkohlenbergbaus gibt es nicht. Zwar existiert eine Broschüre von Engelberg/Rößler/Wächtler über die Anfänge der Bergarbeiterbewegung. Aber sie berichtet nur bis 1870. Sie erschien 1954, und in dem Vorwort wird gesagt, daß die Autoren „die Erforschung und Darstellung der Geschichte der Bergarbeiterbewegung des Oelsnitz-Lugauer Steinkohlenreviers über das Jahr 1870 bis zur Gegenwart fortsetzen“, aber erschienen ist m. W. darüber noch nichts Zusammengefaßtes. Diese Broschüre wurde für mich insofern bedeutsam, als ich erkannte: Die Geschichtswissenschaft hinkt noch mehr als die Kunst und die Literatur hinter dem Leben her. Und das muß schleunigst aufgeholt werden.

Im Archiv des Karl-Liebknecht-Schachtes fand ich dann so viel gutes Material, daß ich mich wunderte, daß noch keine Betriebsgeschichte geschrieben worden war. Wenn sie schon dagewesen wäre — wie leicht hätte ich es dann gehabt! So aber kostete mich die Auswertung des Materials wochenlange Arbeit.

Als ich dann das erste „betriebsgeschichtliche“ Kapitel öffentlich vorlas, hatte es eine viel größere Resonanz, als ich je zu hoffen wagte. In den Aussprachen erkannte ich: Die Bergleute, besonders die Älteren unter ihnen, waren auf das, was ich mir theoretisch erarbeitet hatte, und was mir als jüngere Genossin doch irgendwie selbstverständlich erschien, sehr stolz. Sie waren stolz auf ihre Vergangenheit, auf ihre Kämpfe, die sie und ihre Väter geführt hatten, und sie waren stolz darauf, daß endlich einmal Ausschnitte in einem „richtigen Buch“ aufgezeichnet werden sollten. Und die Erkenntnis ihres Stolzes hob mein Bewußtsein ungemein; denn dieser Abschnitt lag noch lange vor der Bitterfelder Konferenz; und einige meiner Kollegen Schriftsteller verstanden meine Arbeit nicht oder wollten sie nicht verstehen, und ich war Hänseleien und auch ernstzunehmenden Angriffen ausgesetzt. Ich gebe zu, daß ich damals selbst manchmal schwankend wurde, ob denn mein Weg, den ich eingeschlagen hatte, richtig war. Aber wenn ich mich dann wieder mit der Geschichte beschäftigte und las, wie schwer sich die damals neuen Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels selbst im Proletariat gegen die jahrhundertealte, in ihren Seelen eingekerbte Knebelung durch die Feudalherren, später durch die Bourgeoisie, durchgesetzt hatte, wurde ich ruhig. Und je mehr die Beschäftigung mit der Geschichte mein Bewußtsein festigte, desto gelassener blieb ich allen Anfeindungen gegenüber, und später lernte ich sogar treffsicher zurückschlagen.

2. Ich sagte schon, die Bergleute sind sehr stolz auf ihre Tradition, und sie hatten den Wunsch, noch viel mehr darüber zu hören und zu lesen. Ja, einige alte Bergleute erteilten mir kurzerhand den Auftrag, ich solle ihre Betriebsgeschichte und somit ihre Heimatgeschichte aufschreiben, um endlich der alten, verfälschten und doch so geliebten und als Hauspostille gehüteten „Chronik von Oelsnitz“ ein „richtiges“, d. h. ein vom Standpunkt ihrer Klasse aus geschriebenes Werk entgegenzusetzen. Und noch eines erkannte ich: Sie wollten kein trockenes Geschichtsbuch, sondern ein künstlerisch gestaltetes Werk. Sie sagten: „Etwas zum Erzählen“, und sie meinten geschichtliche Tatsachen, die sie zwar selbst nicht mehr erlebt haben, die aber von Generation zu Generation weitererzählt werden und so lebendig bleiben. Solche Begebenheiten gibt es im Lugau-Oelsnitzer Bergbauggebiet viele, man muß sie nur sammeln, wie einstmal die Brüder Grimm unsere Volksmärchen sammelten.

Leseabende, die ich zusammen mit Sepp Zach durchführte, nahmen nie ein Ende. Das mündliche Berichten ihrer Geschichte war besonders bei den Veteranen – fast möchte ich sagen – zu einer Bewegung geworden, weil ihnen, angeregt durch Sepp Zach, der unbedingt alles aufgeschrieben haben wollte, erst jetzt richtig bewußt wurde, was sie geleistet hatten, und daß sie auf ihre alten Tage noch eine Lücke schließen mußten, nämlich: ihre Erlebnisse unvergänglich werden zu lassen, indem sie niedergeschrieben wurden. Mir war manchmal himmelangst, wenn sie forderten: „Schreib das auf, oder dieses, oder jenes . . .“ Wie sollte ich allein das alles bewältigen?

In meiner höchsten Not stand ein Veteran – es war der Schädlich, Oskar vom Karl-Marx-Schacht in Zwickau – in einer über dreihundert Teilnehmer starken Leserversammlung auf und sagte: „Dein Buch ist schön und gut, aber du hast den Marsch der Lugau-Oelsnitzer Bergleute nach Zwickau vergessen. Und was war gerade das für ein Marsch! Zuerst war ich wütend auf dich. Aber dann habe ich mir gesagt: Wie soll sie etwas von der Gewalt dieses Marsches wissen? Da habe ich begonnen, den Marsch selbst zu beschreiben. Anfangs war das sehr schwer, aber jetzt macht mir das richtige Freude. Heute möchte ich dir danken, daß du den Marsch nach Zwickau vergessen hast – dadurch bin ich selbst zum Schreiben gekommen!“

Auch das ist ein neues, gesteigertes Bewußtsein: Manch einer der alten Genossen sagt sich: Ich habe soviel für meine Klasse, für meine Partei geleistet, da muß ich das letzte, das Aufschreiben auch noch schaffen!

Ich habe in unserer letzten Parteigruppenversammlung beobachten können, wie unbeholfen die alten Bergleute beim Dokumentenumtausch vor ihrem Fragebogen saßen, wie schwer ihnen, die kurz vor der Rente stehen, das Schreiben fällt. Nur wer von uns Jüngeren das erlebt hat, kann ermessen, was es bedeutet, wenn so ein Kumpel noch zur Feder greift, um seine Geschichte aufzuschreiben.

3. Der Literaturzirkel des Klubhauses Karl Liebnecht in Lugau, den ich seit der Bitterfelder Konferenz leite, hat sich das Ziel gesetzt, im Kollektiv eine neue „Chronik von Oelsnitz“, und zwar genau so eine, wie sie sich unsere Bergleute

wünschen, zu schreiben. Diese Arbeit ist in zweifacher Hinsicht schwer. Erstens: Sie wollen „erzählen“, d. h. literarisch schaffen. Das erfordert bestimmte Voraussetzungen, die sie sich erst erarbeiten müssen. Zweitens: Sie dürfen bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit die Gegenwart nicht vergessen, d. h., sie müssen ihren Brigadetagebüchern und besonderen Ereignissen im Betrieb viel Zeit und Aufmerksamkeit schenken. Die Arbeit geht also nur langsam voran. Aber von diesen schreibenden Arbeitern sind doch schon soviel beachtenswerte Veröffentlichungen erfolgt, daß dem Zirkel der Kunstpreis des Bezirkes Karl-Marx-Stadt 1960 verliehen wurde. Und auch hier ist wesentlich, wie sich durch die Beschäftigung mit der Geschichte – jetzt im Zusammenhang mit der Literatur – das Bewußtsein bei einigen Zirkelmitgliedern sichtbar verändert. Zunächst: Wie arbeiten wir? Wir wählen uns einen bestimmten Abschnitt aus der Geschichte der Bergarbeiterbewegung, und ein Freund übernimmt seine Gestaltung. Vor allem versuchen wir, alte Menschen ausfindig zu machen, die von ihren Kämpfen berichten können. So wohnt z. B. bei uns ein 94jähriger Veteran, der als 22jähriger Wilhelm Liebknecht besuchte und ihm vierzig Taler brachte, die Kumpel vom Konkordiaschacht in vielen Jahren für die Partei gesammelt hatten. Aus diesem Ereignis entstand das Porträt „Der Letzte der Vierzehn“. Diese Arbeit wurde in ihrer ersten Fassung im Zirkel vorgelesen, und dann entspann sich zuerst eine Diskussion über die damalige Zeit. Welche Bedeutung hatte Wilhelm Liebknecht für den Bergarbeiterkreis? Was waren damals für die Kumpel, die nur nach Pfennigen und Neugroschen rechneten, vierzig Taler! Bei solchen Gesprächen offenbart sich den Zirkelmitgliedern ihre Geschichte viel lebendiger, als wenn sie lehrhaft abgehandelt wird. Wenn dann politisch alles klar ist, wird die literarische Seite der Arbeit untersucht. Das Porträt „Der Letzte der Vierzehn“ ist fünfmal bearbeitet, d. h. vorgelesen worden. Und mit jeder Diskussion vertieften sich sowohl die geschichtlichen als auch die literarischen Kenntnisse meiner Freunde. Und so haben wir es mit allen Forschungsarbeiten gehalten.

Nun haben wir in unserem Zirkel zwei Frauen. Eine ist die Tochter eines Bergmannes, die Schneiderin lernte, eine ist die Hausfrau eines Fördermaschinenisten, die vor ihrer Ehe ungelernete Arbeiterin war. Als sie etwa ein Jahr lang im Zirkel waren, befriedigte sie ihr et was abseitiges Leben nicht mehr. Die Erkenntnis, daß in der Vergangenheit alle Kraft der Arbeiterklasse für das heute Erreichte eingesetzt wurde und daß uns vom Westen unserer Heimat her die Gefahr droht, daß alles mühsam Erreichte wieder zunichte gemacht wird, ließ ihnen ihre eigene Position in diesem Kampf bewußt werden, und sie suchten von sich aus Anschluß an die fortschrittlichen Kräfte unserer Gesellschaft. Die Schneiderin gibt jetzt Unterricht in einer Berufsschule. Die Hausfrau, die vom DFD aufgefordert worden war, aushilfweise in der Grundschule Handarbeitsstunden zu halten, qualifizierte sich zur Nadelarbeitslehrerin. Beide Frauen gehen völlig in ihrem neuen Beruf auf, aber sie sagen: „Ohne den Zirkel hätten wir nie den Mut aufgebracht, diese Arbeit anzunehmen.“ Und dies ist ein doppelter Erfolg des Zirkels. Die Arbeit dort geht über eine zufällige Beschäftigung mit

der Geschichte hinaus. Sie dient der Bildung des sozialistischen Bewußtseins und zwingt so zum aktiven Handeln.

Ich gebe zu, so leicht wie ich es hier erzähle, ist es nicht. Die Betreuung eines solchen Zirkels kostet viel Kraft und Zeit. Aber es ist ein Weg, den Menschen zu helfen, sich selbst zu entdecken. Und das scheint mir bei der Beschäftigung mit der Geschichte das Wichtigste zu sein.

UNSERE ERFAHRUNGEN BEI DER SCHAFFUNG DER BETRIEBSGESCHICHTEN

VON RICHARD GLADEWITZ

Es wird bekannt sein, daß das Institut für Marxismus-Leninismus im Jahre 1956 eine Arbeitsgruppe geschaffen hat, die sich speziell mit der Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung beschäftigt. Das ist das Gebiet, auf dem auch ich seit dieser Zeit aktiv tätig bin. Von Anfang an gingen wir davon aus: Wenn wir das Buch der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung schreiben wollen, dann ist das nur möglich, wenn wir dazu die Arbeiterklasse selbst mit heranziehen und wenn wir Kenntnis haben von den örtlichen Ereignissen der Geschichte, von dem örtlichen Kampf der Arbeiterklasse und besonders ihrer Partei. Aus diesem Grund wurden die Bezirksleitungen und Kreisleitungen der Partei schon vor dem IV. Parteitag vom Zentralkomitee angewiesen, Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung zu schaffen. Nun, es ist bekannt, daß Beschlußfassung und Durchführung manchmal noch sehr weit auseinanderliegen.

Ich möchte jetzt sagen: Wir sind heute über das Anfangsstadium hinaus. Aber damals tauchte das Problem auf, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse sich doch nicht nur auf der Straße abgespielt hatten. Das waren doch nicht nur Kämpfe mit Maschinengewehren und Handgranaten gewesen, sondern die Kämpfe der Arbeiterklasse hatten sich besonders in den Betrieben abgewickelt. Dort hatten sich Arbeiterklasse und Kapital gegenübergestellt. Dort mußten wir um jeden Pfennig Lohn kämpfen oder eine Arbeitszeitverlängerung und andere soziale Verschlechterungen abwehren.

Wir forderten deshalb, mit Hilfe der Kommissionen Betriebsgeschichten und Betriebschroniken zu schreiben. Heute sind wir so weit, daß wir eine ganze Zahl von Betriebsgeschichten erhalten haben und schon einige Erfahrungen sammeln konnten, die wir dieser Konferenz nicht vorenthalten dürfen. Ich begrüße es, daß die Deutsche Akademie der Wissenschaften dazu übergegangen ist, die Konferenz einzuberufen, um gemeinsam über diese Probleme zu beraten.

Die ersten Erfahrungen zeigen, daß in vielen Fällen nicht vom Klassenstandpunkt aus an das Problem der Betriebsgeschichte herangegangen wurde. Es ist auch keine einfache Sache. Liebe Genossen, als wir, die älteren Genossen, damals im Kampf gegen das Kapital standen, da waren wir leider noch nicht

in einer Partei vereint, sondern es gab die verschiedensten opportunistischen Auffassungen. Wir hatten in den Betrieben als kommunistische Vertrauensleute sehr oft einen schweren Stand. Jetzt, nach 1945, ist die Sache etwas einfacher. Aber im Niederschreiben dieser Vorgänge, die bis ins vorige Jahrhundert zurückreichen, zeigen sich doch Schwierigkeiten.

Ein Beispiel: In Freiberg traf ich einen sozialdemokratischen Lehrer, schon über 60 Jahre alt. Ich fragte ihn, ob er schon seine Erinnerungen niederschreiben hätte. Er sagte, was soll ich schreiben? Ich war ja nur Sozialdemokrat. Ja, Genossen, das ist eine sehr ernste Frage. Ich mußte diesem Genossen begrifflich machen, daß er jetzt Mitglied unserer Partei sei. Schließlich kann er uns doch von dem Kampf der Lehrerschaft mit der reaktionären Bürgerschaft berichten. Warum kann er nicht darüber schreiben? Gehört das nicht zur Geschichte der Arbeiterklasse? Heute kann ich berichten, daß der Genosse in der Kreiskommission Freiberg, Bezirk Karl-Marx-Stadt, aktiv tätig ist.

Bei einigen Betriebsgeschichten können wir feststellen, daß sie zu unterschiedliche Proportionen aufweisen. Die Genossen legen das Schwergewicht auf die ökonomische Entwicklung, aber die Kämpfe der Arbeiterklasse kommen zu kurz, wenn sie nicht sogar ganz unterschlagen werden. Das ist natürlich eine unmögliche Sache. Wahrscheinlich verhält es sich hiermit so, daß es einfacher ist, die ökonomische Entwicklung zu schildern und den Reibereien, die damals waren, sozusagen aus dem Wege zu gehen. Ich weiß nicht, ob es so ist, aber auf jeden Fall kann man sich nicht eine solche Proportion gestatten. Das ist unmöglich. Das Schwergewicht muß darauf liegen, den Kampf der Arbeiter zu schildern, die sich damals gegen das Kapital wehrten und die heute die Meister der neuen sozialistischen Wirtschaft sind. Es genügt nicht, nur zu zeigen, wie die Arbeiter lebten, oder gar so zu verfahren, wie in einer Broschüre, wo der Verfasser es nicht vermeiden kann, etwas vom Proletariat zu sagen, aber dann Bettelbriefe aus der faschistischen Zeit zitiert, geschrieben an die Betriebsführer, in denen die Frauen der Arbeiter, aus der Notlage heraus, um 20 Mark betteln. Ist das eine Darstellung des proletarischen Klassenkampfes? Der Verfasser weiß nicht, daß es Kämpfe gegeben hat. In dem Vorwort der Broschüre behandelt der Verfasser in 10 Zeilen, was sich in 50 Jahren abgespielt hat. Zwar redet er vom Frühling und vom Sommer, die Alten sterben, die Jungen bekommen Kinder, aber — man hält es nicht für möglich — der Mann hat nicht erfahren, daß vor 43 Jahren eine Oktoberrevolution stattgefunden und wie diese sich ausgewirkt hat. Er weiß nichts von der Novemberrevolution in Deutschland 1918, und es ist nicht zufällig, wenn er seinen Namen in dieser „Chronik des Kaliwerkes Bischofferode“ verschwiegen hat. Wir wissen aber heute, wer er ist. Wir wissen sogar noch mehr: Er ist Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei, und er mußte sich deswegen vor der Kreisleitung und Bezirksleitung verantworten. Aber hätte es ihm nicht vorher jemand sagen können, wie falsch diese Arbeit angelegt war? Wie war es denn möglich, daß die Broschüre gedruckt wurde? Wir müssen eine Lehre daraus ziehen: Der erste

Grundsatz, der jedem unserer Genossen begreiflich sein muß, ist Kollektivarbeit. Wir dürfen nicht zulassen, daß Einzelarbeit gemacht wird, so wie es in Sömmerda der Fall war, wo man glücklich war, jemanden zu haben, der Betriebsgeschichte schreibt, und sich nicht darum gekümmert hat, was dann geschrieben und in der Betriebszeitung veröffentlicht wurde. Wir mußten erst eingreifen und helfen. Also die Schlußfolgerung muß für uns kollektive Arbeit sein. Wir reden von Sparsamkeit, wir reden von Verantwortung, und immer wieder werden die Gelder verpulvert, weil man es einfach unterläßt, kollektiv zu arbeiten.

Eine zweite unmögliche Proportionsverschiebung liegt darin, daß die Betriebsgeschichten die Ereignisse in dem Betrieb von den zentralen Ereignissen losgelöst behandeln. Im Bezirk Suhl wurde der Versuch unternommen, eine Broschüre rein örtlichen Charakters zu schreiben. Das mußte daneben gehen. Die zentralen Ereignisse wurden überhaupt nicht behandelt. Es entstand ein vollkommen falsches Bild von der Bildung der Parteien. Beispielsweise existierte bis 1920 am Rennsteig keine USPD. Sie wurde erst 1920 ins Leben gerufen.

Diese Unklarheit, nur das Örtliche oder nur das Betriebliche zu bringen, ohne den zentralen Zusammenhang zu behandeln, das ist eine Schwäche, die wir noch überwinden müssen.

Ebensowenig darf jedoch die Betriebsgeschichte von den zentralen Ereignissen einfach erdrückt werden, die ganz woanders bereits publiziert oder bekannt sind. Auch das darf nicht sein.

Ein weiteres Problem, an dem unsere Genossen beim Schreiben der Geschichte vorübergehen, ist die Stellung zur Sowjetunion. Ich will jetzt keine grundsätzlichen Ausführungen dazu machen, nichts wiederholen, zumal das bekannt ist — das darf ich in diesem Kreis voraussetzen. Aber Genossen, wenn wir Betriebsgeschichte schreiben, können wir dann daran vorübergehen? Wir älteren Genossen wissen, wie wir damals im Jahre 1920 gekämpft haben: Hände weg von Sowjetrußland! Wir wissen, daß es eine Zeit gegeben hat, in der eine Anzahl deutscher Betriebe nur arbeiten konnten, weil sie Aufträge von der Sowjetunion bekamen. Das war in der Krisenzeit. Spricht man heute darüber, daß ausgerechnet dieses Land des Sozialismus, das von der kapitalistischen Gesellschaft so verschrien wird, der Absatzmarkt, der einzige Auftraggeber für eine Anzahl deutscher Betriebe war? Das ist doch wert, in der Geschichte hervorgehoben zu werden.

Schließlich gilt es auch, den Aufbau nach 1945 in Verbindung mit der Sowjetunion zu schildern. Was für Erfahrungen hatten wir denn 1945 mit der Leitung eines Betriebes? Wir hatten früher im Betrieb auf die Unternehmer geschimpft. Aber jetzt die Betriebe selbst leiten? Die Arbeiterklasse und die Partei haben es fertiggebracht, sich an die Spitze der Massen zu stellen. Die Volksmassen haben bei der Neugestaltung der Wirtschaft mitgewirkt. Diejenigen jedoch, die uns Hinweise für den Aufbau sozialistischer Betriebe gaben, das waren unsere

Freunde aus der Sowjetunion. Von ihnen haben wir gelernt. Wir haben manchmal dagestanden und ihnen erklärt, daß diese kurzfristigen Termine nicht ganz in Ordnung seien. Wie sollten wir das schaffen? Wir haben Sorgen gehabt. Doch wir haben gezeigt, daß wir es schaffen konnten. Ist es nicht eine Verpflichtung, dies in unserer Geschichtsschreibung niederzulegen? Jeder Betrieb hat gewissermaßen so ein Stück Geschichte, in der er die Hilfe der Sowjetunion gehabt hat.

Nun noch eine andere Frage. Bei allen Formen der Geschichtsschreibung stellen wir fest: Wer schreibt eigentlich die Chronik? Wer ist die führende Hand bei der Gestaltung der Betriebschronik? Können wir sagen, daß bei uns schon alles in Ordnung ist, daß überall schon über die Lehren der Vergangenheit restlos Klarheit vorhanden ist? Nein, das können wir nicht sagen.

In der Betriebsgeschichte des Rafena-Werkes beispielsweise schildert der Verfasser einen Streik und kommt zu der Schlußfolgerung, daß es durch diesen Streik so und soviel Arbeitslose mehr gegeben und die Not sich vergrößert habe. Wenn man so etwas sagt, heißt das faktisch, weshalb habt ihr dann gestreikt? Das haben die Kapitalisten, aber auch die rechten Gewerkschaftsführer immer erzählt. Wenn ihr arbeitslos seid, seid ihr doch selber schuld. Hättet ihr doch nicht gestreikt! Wir haben euch doch gleich gesagt, daß daraus nichts wird. Genossen, wir müssen bei der Geschichtsschreibung gut Obacht geben, daß keine opportunistischen oder revisionistischen Tendenzen hinein kommen.

Was wollen wir mit unseren Schriften erreichen? Für wen schreiben wir denn? Für unsere zukünftigen Generationen, die den Kapitalismus von Angesicht zu Angesicht nicht mehr kennen, die wirklich nicht wissen, was Krieg und Militarismus sind. Dieser Jugend müssen wir eine Antwort geben. Wir haben wiederholt auf das große Wort von Henri Barbusse hingewiesen, das er uns 1932 in Amsterdam auf dem Weltkongreß gegen den Krieg mitgegeben hat. Damals sagte er uns: „Genossen, Ihr dürft nie vergessen, daß es bereits Generationen gibt, die den Krieg von Angesicht zu Angesicht nicht mehr kennen, und das ist unsere Jugend. Auf diese Jugend stürzt sich der Faschismus, und wenn es Euch nicht gelingt, dem Faschismus die Jugend zu entreißen, dann wird es Euch nicht gelingen, den Krieg zu verhindern.“

Ich frage euch heute, gibt es Generationen, die den Kapitalismus nicht mehr kennen? Ja. Dieser Jugend müssen wir sagen, unter welchen Bedingungen wir nicht nur leben, sondern auch kämpfen mußten. Sie sollen begreifen, daß es sich nicht um eine Selbstverständlichkeit handelt, die man so einfach in Empfang nimmt, wenn jetzt die Betriebe in Volkes Hand sind. Nein, das sind Errungenschaften der Arbeiterklasse, die unter der Führung unserer Partei, einer marxistisch-leninistischen Partei, erkämpft worden sind. Wir müssen dazu beitragen, daß unsere Jugend zu schätzen weiß, was Volkseigentum ist, und daß sie zu schätzen weiß, was die Arbeiterklasse erkämpft hat. Das Ver-

trauen zur Arbeiterklasse und zu den Volksmassen muß noch stärker werden. Unsere Jugend soll zuverlässig zur Partei stehen, mehr Vertrauen haben, besser noch als bisher die Partei verteidigen, sich bemühen, ehrenvoll Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei zu werden, und wenn es sein muß, bereit sein zu verteidigen, was ihre Väter so bitter erkämpfen mußten. Das müssen die Grundsätze sein, die wir bei der Betriebsgeschichtsschreibung zu beachten haben. Dann helfen wir der Partei, dann helfen wir beim Aufbau des Sozialismus, dann helfen wir der Entwicklung zum Kommunismus.

Von Kurt Hinkel

Nachdem ich die Materialien zur Vorbereitung der Beschlüsse kennen gelernt habe, kann ich zu der Überzeugung, die unsere Partei, die Partei der Arbeiter und Bauern für die Abfassung einer Betriebsgeschichtsschreibung hat.

Wir führen heute in unserem Vorworts, daß wir keine Wünsche haben, daß wir unsere Arbeit abschließen können.

Obwohl wir unsere Beiträge nicht an viele geschichtliche Ungenauigkeiten und Unklarheiten verstoßen haben, zum Teil mit der Hilfe, aus einer Stellungnahme zur vorliegenden Fassung zu geben, erfüllte uns unsere Arbeit, besonders um die letzte Zeit, die unsre Schrift „50 Jahre Arbeit“ enthält, ich möchte hier nochmals Herrn Dr. Hinkel für die Einschätzung unserer Arbeit danken. Dank unserer Werkleitung, unserer KPD und des Verlagskollektivs, die uns die Möglichkeit gegeben haben, daß wir vor bekannter Literatur und dem Werk und dem gesamten Abriss der 50 Jahre Geschichte unseres Betriebes auf dem rechten Wege waren, und, was noch wichtiger ist, daß wir eventuell neue Konflikte in dieser Richtung vermeiden konnten.

Wenn wir uns heute zu einer Diskussion über Fragen der Betriebsgeschichtsschreibung zusammensetzen, so bin ich der Meinung, daß der gleiche Erfahrungsaustausch gleichkommen soll, bei dem mit dem Fortschritt der Arbeit die Schwierigkeiten aufeinander überwunden werden.

Ich will deshalb einen Überblick über die Entwicklung unserer Geschichte und unsere Arbeit geben.

Obwohl die archivistischen Grundlagen in ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung im Geschäftsplan Nr. 74/1950 für das Archivwesen der DDR festgelegt sind, wird in den meisten Betrieben nicht danach gehandelt. Die Archivbearbeiter fühlen sich in den meisten Fällen als „Störenfriede“ der betrieblichen Zielsetzungen, gestört es beachte, wenn der Kollege archivar dieses oder jenes Vorhaben, dies oder jenes Buch oder eine Broschüre unter der Hand, die einmal gedruckt wird. Außerdem ist aber das Archiv der KPD ein Weg, wie man es im Volkswirtschaftsplan des Betriebes der KPD einrichten kann. In den Betrieben als Randdienst zur Verfügung gestellt, ist das Archiv ein Weg, wie man es im Volkswirtschaftsplan des Betriebes der KPD einrichten kann. Wie soll denn in diesen Klängen noch eine Arbeit, die ein solches Zielsetzungen für eine Betriebsgeschichtsschreibung werden?

ÜBER DIE ENTSTEHUNG UNSERER BETRIEBSGESCHICHTE AUF DEM WEGE DES ERFAHRUNGSUSTAUSCHES

VON KARL HÄNEL

Nachdem ich die Materialien zur Vorbereitung der heutigen Konferenz studiert habe, kam ich zu der Überzeugung, daß unsere Schrift „60 Jahre Arbeit“ den Grundsätzen für die Abfassung einer Betriebsgeschichte entspricht.

Wir führten bereits in unserem Vorwort an, daß wir kein Muster hätten, nach welchem wir unsere Arbeit abfassen könnten.

Obwohl wir unsere fertige Schrift an viele gesellschaftliche Organisationen und staatliche Institute versandt haben, zum Teil mit der Bitte, uns eine Stellungnahme zur vorliegenden Fassung zu geben, erfüllte uns unsere Bitte ausgerechnet das letzte Institut, das unsere Schrift „60 Jahre Arbeit“ erhielt. Ich möchte hier nochmals Herrn Dr. Radandt für die Einschätzung unserer Arbeit den Dank unserer Werkleitung, unserer BPO und des Verfasserkollektivs aussprechen. Wir alle waren hochofret, daß wir von berufener Stelle erfuhren, daß wir mit dem Aufbau und dem gesamten Abriß der 60 Jahre Geschichte unseres Betriebes auf dem rechten Wege waren, und, was noch wichtiger ist, daß ein eventuelles neues Kollektiv in dieser Richtung weiterarbeiten kann.

Wenn wir uns heute zu einer Besprechung über Fragen der Betriebsgeschichtsschreibung zusammengefunden haben, so bin ich der Meinung, daß das einem Erfahrungsaustausch gleichkommen soll, bei dem mit dem Guten des einen die Schwächen des anderen überwunden werden.

Ich will deshalb einen Überblick über die Entstehung unserer Geschichte und unserer Arbeitsweise geben.

Obwohl die archivgesetzlichen Grundlagen in ihrer politischen und ökonomischen Bedeutung im Gesetzblatt No. 78/1950 für das Archivwesen der DDR festgelegt sind, wird in den meisten Betrieben nicht danach gehandelt. Die Archivbearbeiter fühlen sich in den meisten Fällen als *Altregistratureure*. Den meisten Betriebsleitungen genügt es bereits, wenn der Kollege Archivar diesen oder jenen Vorgang, diese oder jene Rechnung oder Buchungsunterlage findet, die zufällig einmal gebraucht wird. Ansonsten ist eben das Archiv das 5. Rad am Wagen, wie man so im Volksmunde sagt. Was oftmals den Archivaren von solchen Betrieben als Räumlichkeit zur Verfügung gestellt wird, ist katastrophal. Wie soll denn in diesen Räumen noch eine solche Arbeit, wie z. B. eine chronologische Zeittafel für eine Betriebsgeschichte, angefertigt werden?

1956 stellte ich mir die Aufgabe, unverzüglich eine chronologische Aneinanderreihung aller Daten vorzunehmen, soweit sie aus den zur Verfügung stehenden Akten ersichtlich werden. Im Mai 1958 war ich soweit, daß ich die Zeittafel aufgestellt und mit eigenen Kommentaren ergänzt hatte, aber ohne das Datum der eigentlichen Gründung des Werkes. Mit Hilfe unseres Kreis-Archivars, Kollegen Krippner, gelang es mir, dies in seinem Archiv zu finden. Im Handelsregister No. 686 des Königlichen Amtsgerichtes Werdau stand:

„Zu einer Gesellschaft mit beschr. Haftung unter der Firma: Sächsische Waggonfabrik Werdau mit einem Stammkapital von 600 000,00 Mark vereinigen sich: am 12. Juli 1898: Hermann Schumann, Max Bär . . .“

Dieser 12. Juli 1898 jährte sich drei Monate nach meiner Feststellung der Gründungs-Urkunde zum 60. Mal. Nachdem ich die Werkleitung von diesem Datum unterrichtet hatte, beschloß diese mit der BPO und BGL, diesen Tag unter der Devise „60 Jahre Arbeit“ zu feiern, und zwar, da umfangreiche Arbeiten der Vorbereitung zu erledigen waren, am 25. 8. 1958.

Von der BPO wurde Genosse Schmidt, der vorübergehend das Parteikabinet unserer BPO leitete, und meine Person beauftragt, anhand meiner chronologischen Aufzeichnungen eine Betriebsgeschichte unter dem Titel „60 Jahre Arbeit“ zu schreiben. Drei alten, bewährten, mir z. T. aus den Akten bekannten Parteiveteranen schlug ich vor, an der zu erarbeitenden Festschrift mitzuwirken. Bereits im Juli traten wir in unserer Betriebszeitung „Das Steuer“ unter der Bezeichnung „Kommission zur Erforschung der Arbeitergeschichte“ in Erscheinung.

Eine immense Arbeit war in der kurzen Zeit zu leisten. Regelmäßig Montag, Mittwoch und Freitag fanden in der Wohnung des Parteiveteranen Schönfuß unsere Sitzungen statt und zwar derart, daß wir meine Aufzeichnungen in 12 Abschnitte einteilten, in jeder Sitzung einen behandelten, und in der nächsten die Ergänzungen der Parteiveteranen mit einarbeiteten und der Stenotypistin in die Maschine diktieren. Nur so sahen wir die Möglichkeit, daß uns am 15. 8. die ersten Korrektur-Abzüge von der Druckerei zur Verfügung standen und unsere Arbeit am Tag des Festes jedem Werksangehörigen ausgehändigt werden konnte.

So entstand unsere Betriebsgeschichte „60 Jahre Arbeit“.

ERFAHRUNGSBERICHT ÜBER DIE AUSARBEITUNG EINER BETRIEBSGESCHICHTE IM VEB MESSGERÄTE- UND ARMATURENWERK „KARL MARX“, MAGDEBURG-BUCKAU

VON EDITH STASCH

In Vorbereitung des 10. Geburtstages unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht wurde von der Parteiorganisation unseres Betriebes beschlossen, daß von einem Kollektiv die Geschichte unseres Werkes geschrieben werden sollte.

Mit der Ausarbeitung eines Entwurfs wurde der Leiter der Bildungsstätte beauftragt.

Vorteilhaft für die Ausarbeitung der Geschichte war, daß von der Bildungsstätte, gemeinsam mit den Genossen des Werkarchivs, alle Ecken des Archivs nach brauchbarem Material durchsucht wurden. Auf Grund einer Vielzahl von Dokumenten und Material wurde eine große Ausstellung „Archive sagen aus“ organisiert. Diese Ausstellung fand bei den Angehörigen des Werkes, vor allen Dingen bei den Arbeitern, ein positives Echo. Insbesondere interessierten sich für die Dokumente die seit Jahrzehnten im Werk beschäftigten Arbeiter.

Während der Ausarbeitung des Entwurfs der 110jährigen Geschichte des Werkes wurden etwa 25 Partei- und Arbeiterveteranen zu einer Aussprache eingeladen. Nach Ausarbeitung des Entwurfs (Umfang 25 Schreibmaschinen-seiten) wurde erneut eine Aussprache mit den seit Jahrzehnten im Werk beschäftigten Genossen und Kollegen durchgeführt. Etwa 25 ältere Genossen und Kollegen erhielten den zweiten Entwurf der Geschichte unseres Werkes und hatten die Möglichkeit, nach gründlichem Studium das vorliegende Material zu ergänzen bzw. zu bereichern.

Der Leiter der Bildungsstätte und der Leiter der Kaderabteilung erhielten von einer ganzen Reihe von Genossen noch schriftliche und mündliche Hinweise, die in der endgültigen Fassung verarbeitet wurden. Ebenso wurden von einigen Veteranen wertvolle Dokumente, wie ein Lehrvertrag oder ein altes Gewerkschaftsmitgliedsbuch, übergeben, die bei der Arbeit an der Broschüre mit verwendet wurden.

Gleichzeitig wurde auf der Grundlage der Forschungsarbeit zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR eine Ausstellung im Kultursaal unseres Werkes unter der Losung „Das Erbe von Karl Marx liegt in guten Händen, Karl-Marx-Werk in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ organisiert.

Einige gute Dokumente, die ganz konkret die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Entwicklung des deutschen Imperialismus aufzeigten

und beinhalteten, gaben der Ausstellung einen aussagekräftigen und guten Inhalt.

Bei der Ausarbeitung der Geschichte unseres Werkes und der Vorbereitung der Ausstellung wurden außerdem Betriebsfunk und Betriebszeitung ausgenutzt. Sie brachten in Abständen Beiträge und Ausschnitte über die Entwicklung unseres Werkes. Es wurde ein Wettbewerb mit dem Ziel organisiert, möglichst viele Arbeiter, Arbeiterveteranen und Ingenieure für die Mitarbeit an unserer Betriebsgeschichte zu gewinnen.

Nach mühsamer Kleinarbeit wurde dann die vorliegende Broschüre in 7000 Exemplaren gedruckt und allen Werktätigen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR übergeben. Diese Broschüre kann nur ein Anfang in der Geschichtsschreibung unseres Werkes sein, wobei berücksichtigt werden muß, daß sie in der Freizeit von einigen wenigen Genossen geschrieben wurde. Darüber hinaus darf man auch nicht übersehen, daß ein großer Teil der Dokumente durch Kriegseinwirkung verlorenging.

Viele Arbeiter und andere Angehörige unseres Werkes haben mit großem Interesse die Geschichte des Werkes gelesen und haben sich über die vorliegende Broschüre positiv geäußert.

Infolge der Kürze der Zeit konnte in der Broschüre nur sehr kurz auf die Perspektive des Werkes und des Werkkollektivs eingegangen werden. Nach Bildung eines qualifizierten Kollektivs werden wir die Geschichtsschreibung weiter vertiefen, bereichern und fortsetzen. Dadurch werden wir wesentlich auf die Bewußtseinsänderung unserer Werktätigen Einfluß nehmen.

In einigen Betrieben und Werkstätten führt die Entwicklung der sozialistischen Brigaden dazu, Brigadetagebücher zu schreiben. Diese Brigadetagebücher werden uns wesentlich bei der Weiterentwicklung unserer Werksgeschichte helfen.

Durch die Broschüre und die Ausstellungen haben wir einige erfolgreiche Schritte in der Verbesserung unserer massenpolitischen Arbeit getan. Der Inhalt der Broschüre trägt wesentlich dazu bei, unsere Schulungen und Lehrgänge lebendig und überzeugend zu gestalten und unter allen Schichten unserer Werktätigen Geschichte und Ökonomie konkret darzulegen. Damit wird die Überzeugungsarbeit unter unseren Werktätigen sehr bereichert.

Abschließend sei gesagt, daß wir jetzt ein Kollektiv qualifizierter Genossen schaffen und auch an der Gestaltung einer neuen Broschüre zum 15. Jahrestag der Gründung der SED mitarbeiten. Auf der Grundlage der Broschüre wurde vom Werkfunkredakteur ein Poem zum 110. Jahrestag der Gründung unseres Werkes geschrieben. Wir wollen auch nicht vergessen, daß viele Arbeiter, die in ihrem arbeitsreichen Leben viele Erfahrungen gesammelt haben, schwer zum Schreiben zu gewinnen sind.

Aber gerade in dieser Richtung müssen wir noch mehr erreichen, wenn wir eine lebendige Geschichte des Werkkollektivs gestalten wollen.

Über Erfahrungen bei der Ausarbeitung von Betriebsgeschichten berichteten weiter *Arno Schumann*, Edelstahlwerk „8. Mai 1945“, Freital, und *Hans Kohlemann*, Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen, Karl-Marx-Stadt.

ERFAHRUNGEN BEIM AUFBAU DER FESTSCHRIFT ZUR 250-JAHRFEIER DES VEB STAATLICHE PORZELLAN-MANUFAKTUR MEIßEN

VON OTTO WALCHA

Zunächst möchte ich der Akademie den Dank unseres Betriebes, des VEB Staatliche Porzellanmanufaktur, Meißen, aussprechen für diese Einladung und dafür, daß wir hier mit zwei Vertretern teilnehmen dürfen. Jetzt, da wir mitten im Aufbau einer umfassenden Geschichte des 250jährigen Werkes stehen, sind uns die Hinweise, die uns hier gegeben werden, außerordentlich wertvoll.

Wenn ich kurz einmal schildere, wie ein Zwischenunternehmen gestartet worden ist, und zwar die Festschrift der 250-Jahrfeier, die in diesem Jahre stattgefunden hat, dann bitte ich, das nicht so zu verstehen, als wenn ich nun einen besonders originellen Beitrag geben möchte. Wenn dieser Beitrag etwas aus dem Rahmen fällt, dann liegt es nicht an mir, sondern dann liegt es einfach an der Tatsache, daß die Manufaktur eben als Manufaktur keine Fabrik ist, kein Industriebetrieb, sondern ein Betrieb, der ganz einzigartig den Charakter einer Manufaktur über 250 Jahre beibehalten hat.

Ich habe im Jahre 1957 für den verstorbenen Dr. Gröger, den Archivar des Werkes, den Auftrag übernommen, mich mit dem Archiv zu beschäftigen, nicht als Betriebsarchivar, sondern als freiberuflicher Mitarbeiter, und zwar mit dem Ziele, das Material für eine Festschrift zusammenzutragen, die anläßlich der 250-Jahrfeier pünktlich erscheinen sollte. Herr Dr. Gröger hatte bereits mit einem großen Jubiläumswerk — ein solches war auch zur 200-Jahrfeier im Jahre 1910 erschienen — begonnen. Es wäre eine sehr umfangreiche Schrift geworden, die aber nicht den Erfordernissen, gerade wie sie auch hier dargelegt worden sind, entsprochen hätte, so daß wir etwas ganz Neues aufbauen mußten, und zwar nach dem hier schon mehrfach geforderten Prinzip der kollektiven Erarbeitung.

Wie sind wir dabei vorgegangen? Wir haben ein Kollektiv von einschlägigen Experten aus der Partei und aus dem Ministerium für Kultur, aber auch von Kunsthistorikern gebildet, denn die Geschichte des Werkes ist ja zugleich eine Kunstgeschichte des Porzellans. Die Festschrift entstand dann aus einem Konvolut von fünf Beiträgen und einem ansehnlichen Bildanhang.

Dabei war zunächst einmal das Archiv auszuwerten. Das Archiv der Meißener Manufaktur ist im Gegensatz zu den eben von einem meiner Vorredner ge-

schilderten Verhältnissen sehr gut geordnet. Es ist sogar durch die Facharbeit, die Herr Dr. Gröger geleistet hat, berühmt geworden. Das Archiv ist so umfangreich, daß eigentlich drei oder vier Menschenalter dazu gehören, um es wirklich ganz gründlich durchstudieren zu können. Man muß irgendwie einen Modus finden, dieses Archiv wieder ganz neu anzuzapfen, und ich habe das mit sehr viel Mut getan, und ich muß auch tagtäglich den Mut wieder neu aufbringen, an dieses Archiv heranzugehen. Mit Hilfe neuer Archivauszüge, die wir mit den älteren verglichen haben, vor allen Dingen auch mit dem älteren Schriftgut, das ja über die Manufaktur sehr zahlreich da ist, haben wir die Festschrift aufgebaut, über deren Inhalt ich mich nicht äußern möchte, weil es zu lange aufhalten würde. Die Archivauswertung selbst ist in einer einigermaßen wissenschaftlichen Form geschehen, und es ist darüber eine Broschüre erschienen. Diese Broschüre ist in einer Schweizer Sammlerzeitschrift erschienen. Sie war als Vortrag in Zürich gedacht und ist dort dankenswerterweise gedruckt worden.

Die Aufgabe unserer Festschrift unterscheidet sich von den Aufgaben, die hier geschildert worden sind. Sie müssen nämlich eines bedenken: Die Manufaktur ist ein Betrieb, der etwa 60–70% seiner Produktion exportiert. Von diesen 60 oder 70% wird der größte Teil in das kapitalistische Ausland exportiert, und es war notwendig, daß diese Festschrift den vielen Gästen, die wir erwarteten, den vielen, die nicht kommen konnten, die aber geschäftliches Interesse und auch kunsthistorisch ein Interesse an uns haben, irgend etwas bot, was uns helfen konnte, unseren Exportverpflichtungen nachzukommen. Unsere Festschrift mußte einen ausgesprochen werbenden Charakter tragen, sie mußte gut ausgestattet sein, und sie mußte mit einem Bildanhang versehen werden. Ich denke, das ist auch erreicht worden.

Aber über diese Festschrift hinaus soll noch etwas anderes geschehen. Wir wollen ein großes Jubiläumswerk aufbauen, also eine große, umfassende Werks-geschichte, die über den Charakter einer Festschrift hinausgeht. Dafür sind uns jetzt zunächst einmal zwei bis drei Jahre gegeben worden. Das nächste Jahr wird noch damit hingehen, daß wir aus dem Archiv das entsprechende Material zusammenstellen.

Nach der 250-Jahrfeier ist etwas auf die Beine gestellt worden, das sehr gut angekommen ist und das wenigstens auch teilweise den Charakter einer Betriebsgeschichte hat. Es handelt sich um eine kleine Postdenkschrift, einen Bildband, der über die Festtage selbst berichtet. Hier haben sehr viele mitgewirkt. Vor allen Dingen ist der Fotozirkel des Betriebes mit eingeschaltet worden, so daß wirklich ein sehr hübscher, kleiner, ansprechender Bildband zustande gekommen ist.

Nicht zu vergessen sei schließlich folgendes: Ich fühle mich immer wieder gegenüber den Werktätigen verantwortlich, die mich mit dieser Aufgabe betraut haben. Deshalb verwende ich unsere Betriebszeitung, das Manufaktur-echo, und dort berichte ich immer über meine Vorhaben. Dort bringe ich auch Exzerpte aus den Archiven, die ich dann kommentiere. Und gerade auf diese

Dinge hin bekomme ich sehr viele Anfragen; so erhalte ich den Kontakt mit unseren Werktätigen aufrecht, mit den vielen Künstlern und mit den vielen Porzellanarbeitern. Wir haben Kollegen, die jetzt schon fast 50 Jahre bei uns im Betrieb tätig sind und die natürlich selbst schon so etwas wie ein kleines Archiv sind, wenn man ihre Erinnerungen anzapft.

Meine sehr verehrten Anwesenden, das wäre im großen und ganzen das, was ich aus meiner Arbeit berichten kann. Sie sehen, bei uns sind die Verhältnisse etwas anders gelagert, da wir in unserem Jubiläumswerk den weithin ausstrahlenden, werbenden Charakter wahren müssen, um unseren Exportverpflichtungen in jeder Weise nachkommen zu können.

BEDEUTUNG, AUFGABENSTELLUNG UND ARBEITSWEISE DER KONSULTATIONSSTELLE FÜR BETRIEBSGESCHICHTE IN LEIPZIG

VON RUDOLF SCHRÖDER

Am Schluß seines Referates wandte sich heute morgen der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, der Genosse Lucas, im Hinblick auf die große politische Bedeutung der Betriebsgeschichtsschreibung insbesondere an die Geschichtswissenschaftler und stellte fest: „Wenn unsere Geschichtswissenschaftler den schreibenden Arbeitern noch besser als bisher helfen, diese Aufgabe zu lösen, bin ich gewiß, daß die Geschichte unserer Betriebe ein wirkungsvoller Beitrag zum Sieg des Sozialismus in der DDR und zur Lösung unserer nationalen Aufgabe sein wird.“

Zu dieser Frage, d. h. dazu, wie die schreibenden Arbeiter, die Arbeitsgruppen in den Betrieben, die sich mit der Abfassung einer Betriebsgeschichte befassen, durch Wissenschaftler aller Disziplinen noch besser und tatkräftiger als bisher unterstützt werden können, möchte ich einiges sagen.

Aus den Ausführungen des Genossen Gladewitz und aus anderen Diskussionsbeiträgen haben wir doch gesehen, mit welchen Schwierigkeiten die Arbeitsgruppen beim Schreiben einer Betriebsgeschichte zu kämpfen haben. Es handelt sich hier nicht um nur rein technische Schwierigkeiten, wie Aktenauswahl, Stoffgliederung und dergleichen, sondern die Hauptschwierigkeit ergibt sich daraus, daß die Darstellung der Entwicklung eines Betriebes mit einer Vielzahl gesellschaftswissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Probleme verbunden ist, die von der Geschichte der Technik und Naturwissenschaften über die Problematik der ökonomischen Entwicklung und die Geschichte der Lage der Arbeiter bis zur Geschichte des Kampfes des Proletariats reichen. Es ist nun meistens so, daß die Arbeitsgruppen in den Betrieben mit dieser Vielzahl komplizierter Probleme nicht leicht fertig werden, und aus diesem Grunde schrecken sie dann sehr oft – und das wissen wir aus Erfahrung – überhaupt vor dem Schreiben ihrer Betriebsgeschichte zurück.

Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen und um allen, die sich mit der Abfassung einer Betriebsgeschichte beschäftigen, unmittelbar Anleitung und Unterstützung geben zu können, wurde bereits Anfang 1960 von der Abteilung Wirtschaftsgeschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Verbindung mit dem Bezirksvorstand IV der Deutschen Historikergesellschaft der Vorschlag gemacht, eine Konsultationsstelle für Betriebs-

geschichte einzurichten, d. h., eine Stelle zu schaffen, von der alle Betriebe, alle Arbeitsgruppen für Betriebsgeschichte in unserer volkseigenen Industrie, in Fragen der Betriebsgeschichtsschreibung Auskunft, Anleitung und Unterstützung erhalten können. Der Termin dafür war Dezember 1960, und heute kann hier auf dieser Konferenz berichtet werden, daß dieser Plan realisiert wurde, daß die Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte aufgebaut und arbeitsfähig ist.

Gleichzeitig soll diese erste Konsultationsstelle ein Beispiel sein für die gesamte Deutsche Demokratische Republik, und ich bitte insbesondere die Vertreter der Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dafür einzutreten, daß entsprechend unseren Vorschlägen auch in den anderen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik solche Konsultationsstellen eingerichtet werden, um auch hier allen Kollegen in den Betrieben Unterstützung und Anleitung geben zu können.

Wie gingen wir nun bei der Einrichtung einer Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte vor?

Zunächst wurde eine Konsultationsstelle in Leipzig eingerichtet, die nicht nur für den Bezirk Leipzig zuständig ist, sondern auch die Bezirke Dresden, Cottbus und Karl-Marx-Stadt umfaßt. Wir schlagen vor, eine ähnliche Gliederung ebenfalls für die anderen Bezirke vorzunehmen und je eine Konsultationsstelle für die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg in Rostock, für Berlin und die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder in Berlin und für die Bezirke Halle, Magdeburg, Gera, Erfurt und Suhl in Halle einzurichten.

Bei der Zusammenfassung mehrerer Bezirke für eine Konsultationsstelle gehen wir davon aus, daß nicht alle Bezirke über genügend wissenschaftliche Institute an Hochschulen und Universitäten verfügen. Die Heranziehung von Wissenschaftlern aller Disziplinen zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung durch die Konsultationsstellen soll aber gerade eine der Hauptaufgaben der Konsultationsstellen sein, und aus eben diesem Grunde schlagen wir vor, die Konsultationsstellen dort einzurichten, wo vor allem die Möglichkeit besteht, Wissenschaftler aller Disziplinen heranzuziehen, um auch solchen Bezirken, die nicht über eigene wissenschaftliche Institute verfügen, Unterstützung bei der Betriebsgeschichtsschreibung geben zu können.

Der Aufbau der Leipziger Konsultationsstelle für die Bezirke Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus erfolgte in engster Verbindung mit den Leitern der Kommissionen für die Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei den vier Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei, und gleichzeitig wird von diesen vier Leitern und dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft sowie einem Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften die Leitung der Konsultationsstelle gebildet. Die Geschäftsführung der Konsultationsstelle liegt dabei bei der Außenstelle der Abteilung Wirtschaftsgeschichte in Leipzig.

Durch diese Zusammensetzung haben wir sowohl über die Deutsche Historiker-Gesellschaft eine unmittelbare Verbindung zu allen wissenschaftlichen Insti-

tuten in den von uns betreuten vier Bezirken als auch durch die Leitungstätigkeit der Leiter der Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung eine unmittelbare Verbindung zu allen Parteiorganisationen der in unserem Bereich liegenden Betriebe.

Zur Arbeitsweise der Konsultationsstelle ist zu sagen, daß die Unterstützung durch die Konsultationsstelle in der Durchführung von Seminaren über alle Probleme der Betriebsgeschichtsschreibung in den Bezirken, in unmittelbarer Anleitung in den Betrieben und in der Begutachtung der im Rohentwurf vorliegenden Betriebsgeschichten zum Ausdruck kommen soll. In dieser Hinsicht können wir auch schon einige Ergebnisse vorweisen. So wurde z. B. auf einer Sitzung der Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung der Parteibeziirksleitung Leipzig von einigen Vertretern Leipziger Schwerpunktbetriebe im Hinblick auf die Betriebsgeschichtsschreibung die Klage erhoben: „Wir wollen ja gern eine Betriebsgeschichte schreiben, wir wissen aber nicht, wie wir das machen sollen und kommen nicht mit der Lösung bestimmter Probleme und mit der Durchführung technischer Fragen zurecht.“

Um nun hier zu helfen, wurde in Verbindung mit dem Leiter der Bezirkskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung ein Seminar vorbereitet, an dem die Arbeitsgruppen für Betriebsgeschichte verschiedener Leipziger Schwerpunktbetriebe, wie Leipziger Stahlwerke, Baumwollspinnerei, Schmiedewerk „Hermann Matern“, Leichtmetallwerk Rackwitz und Kombinat Espenhain, teilnahmen und in dem sowohl die entscheidenden politischen Probleme einer Betriebsgeschichte wie auch Fragen der Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung eingehend behandelt wurden. Ohne Zweifel war schon dieses erste Seminar ein Erfolg, denn auf Grund der hier von uns gegebenen Anregungen kamen wenige Tage später verschiedene Arbeitsgruppenleiter zu uns und holten sich Anleitung und Unterstützung für die Lösung bestimmter Spezialprobleme in ihrer Betriebsgeschichte.

Ein weiteres Beispiel kann vom Karl-Marx-Werk in Zwickau gegeben werden. Hier war es so, daß die Genossen des Karl-Marx-Werkes mit ihrer schon im Entwurf fertigen Betriebsgeschichte zu uns kamen; gemeinsam wurde mit dem gesamten Verfasserkollektiv des Karl-Marx-Werkes Seite für Seite der Betriebsgeschichte durchgearbeitet.

Ich sagte anfangs schon, daß jede Betriebsgeschichte eine Vielzahl komplizierter Probleme mit sich bringt, die nicht immer von den Arbeitsgruppen selbst gelöst werden können. Nehmen wir z. B. die Leipziger Baumwollspinnerei, die vor dem Ersten Weltkrieg in Afrika ausgedehnte Baumwollplantagen besaß. Das gesamte über den Afrikakomplex vorhandene Aktenmaterial ist auch vom Betriebsarchivar verwertet und in einer im Entwurf vorliegenden Betriebsgeschichte dargestellt worden. Der gesamte Komplex ist aber eben nur erwähnt und politisch überhaupt nicht bewertet. Da es sich aber um ein sehr gutes Material handelt, das keinesfalls bei der Darstellung der brutalen Ausbeutungsmethoden dieser ehemaligen Aktiengesellschaft unbeachtet bleiben darf, stand vor uns die Frage, wie dem Betrieb am besten geholfen werden könnte.

Wir haben uns daraufhin mit dem Institut für Afrikanistik bei der Karl-Marx-Universität in Verbindung gesetzt, und diese Genossen erklärten sich auch bereit, dem Betrieb zu helfen und dieses spezielle Problem deutscher Kolonialpolitik in der Betriebsgeschichte des Werkes politisch richtig darzustellen.

Zur Lösung solcher, in den Betriebsgeschichten häufig auftauchender Spezialprobleme haben wir uns an alle wissenschaftlichen Institute in den Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Dresden und Cottbus gewandt und diese zur Mitarbeit in der Konsultationsstelle aufgefordert.

Bis heute haben sich bereits über 15 wissenschaftliche Institute zur Mitarbeit bereiterklärt und uns namentlich wissenschaftliche Mitarbeiter als Berater und Begutachter für spezielle Probleme in den Betriebsgeschichten zur Verfügung gestellt.

Die Konsultationsstelle Leipzig verfügt zur Zeit über Berater und Begutachter für Spezialprobleme der Geschichte der Chemie, der Elektrotechnik, des Papierwesens, des Kohlenbergbaues, des Kali-Bergbaues, des gesamten Verkehrswesens und des Bauwesens. Darüber hinaus stehen der Konsultationsstelle Fachwissenschaftler für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, für die Geschichte der Lage der Arbeiter und für Fragen der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte zur Verfügung.

Durch die Mitarbeit dieser Fachwissenschaftler in der Konsultationsstelle können also die Betriebe, wenn sie beim Schreiben ihrer Betriebsgeschichte mit der Lösung bestimmter Spezialprobleme nicht allein fertig werden, unterstützt werden. Darüber hinaus sollen durch die Bildung der Konsultationsstellen bestimmte Zentren zur Koordinierung und zentralen Anleitung der gesamten Betriebsgeschichtsschreibung geschaffen werden; denn die Erforschung der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe als Teil der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Wirtschaftsgeschichte darf nicht mehr dem Selbstlauf und dem Gutdünken einzelner überlassen bleiben, sondern muß durch sozialistische Forschungskollektive auf breiteste Schultern gelegt werden.

Bereits bei der Vorbereitung des IV. Parteitagess wies das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei immer wieder darauf hin, daß es für die Verbesserung der gesamten politisch-ideologischen Arbeit wichtig sei, stärker als bisher die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zu erforschen und zu popularisieren.

In dieser Hinsicht haben auch die Betriebsgeschichten als Teil der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung die Aufgabe, die Vielfältigkeit und Kompliziertheit der Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen mußte, darzustellen. Damit bilden die Betriebsgeschichten eine wesentliche Quelle für die Ausarbeitung und Vervollständigung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Gleichzeitig ist die Betriebsgeschichtsschreibung von großer Bedeutung für die Zerschlagung der bürgerlichen Geschichtsfälschungen in Westdeutschland; denn es ist ja hinlänglich bekannt, daß in der westdeutschen Geschichtsschreibung kaum etwas über den Charakter der kapitalistischen Ausbeutung und schon gar nichts über die

barbarischen Verbrechen der Monopole während der faschistischen Diktatur und deren Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges gesagt wird.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Betriebsgeschichte durch Darstellung der grausamen Verbrechen der Monopolherren in den einzelnen Betrieben, der unmenschlichen Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung von Zwangsverschleppten in den Konzernbetrieben sowie durch Enthüllung der riesigen Rüstungsprofite usw. erstrangige Bedeutung im Kampf gegen alle Formen der reaktionären Geschichtsschreibung in Westdeutschland.

Wir sehen also, daß die Betriebsgeschichtsschreibung mit einer Vielzahl von entscheidenden Problemen verbunden ist, die meistens nicht von einem einzelnen, sondern nur in kollektiver Arbeit gelöst werden können. Das heißt, je umfassender eine wissenschaftliche Aufgabe gestellt und in Angriff genommen wird, um so dringender ist die Notwendigkeit einer neuen, kollektiven Arbeitsmethodik. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Arbeiterklasse und breite Teile der Werktätigen für die Forschungsarbeit zu interessieren und noch stärker als bisher unmittelbar daran teilnehmen zu lassen.

Durch Bildung der Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte soll diesen Prinzipien entsprochen werden. Es ist vorgesehen, daß die Konsultationsstellen den Betrieben Wissenschaftler aller Disziplinen vermitteln, die dann zusammen mit den Arbeitern die Ausarbeitung der Betriebsgeschichte vornehmen.

Wir sehen also in der Bildung der Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte einen der Wege, die Forschungsarbeit auf gesellschaftlichem Gebiet mit der Praxis aufs engste zu verbinden. Außerdem stellt diese Arbeitsweise, d. h. die Form der Konsultationsstellen, eine neue, kollektive Arbeitsmethodik dar; denn der Wissenschaftler arbeitet nicht isoliert, sondern unmittelbar mit den Arbeitern zusammen.

Gleichzeitig müssen wir uns aber darüber klar sein, daß nicht der Wissenschaftler allein die Arbeit schreibt; das Schreiben der Betriebsgeschichte ist vielmehr in erster Linie eine Sache der Arbeiter des Betriebes selbst, wobei der Wissenschaftler in den verschiedensten Formen tatkräftige Anleitung und Unterstützung gibt.

Im Hinblick auf die schon erfolgte Bildung einer Konsultationsstelle in Leipzig sehen Sie also, daß von unserer Seite schon einiges getan wurde, um den Betrieben beim Schreiben ihrer Betriebsgeschichte eine gute Unterstützung geben zu können, und ich möchte sagen: Der Tisch ist gedeckt, wir warten jetzt nur auf unsere Gäste, die kommen sollen, um von uns bedient zu werden.

In dieser Hinsicht sieht es aber noch gar nicht gut aus, und hier liegt, wie man so sagt, der Hase im Pfeffer; denn immer noch wird von vielen Betrieben die große politische Bedeutung der Betriebsgeschichte nicht erkannt.

Dazu ein Beispiel: Von den Leipziger Eisen- und Stahlwerken, einem der größten Betriebe Leipzigs, wurde bereits zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution eine Arbeit über die Geschichte des Werkes angefertigt. Sie haben

sie bestimmt in der Ausstellung gesehen, und auch im Referat des Genossen Dr. Radandt ist diese Arbeit als vorbildlich erwähnt worden. Kritisch müssen wir aber feststellen, daß diese Arbeit keine Kollektivarbeit ist; die Hauptarbeit wurde vielmehr allein von einer wissenschaftlichen Assistentin durchgeführt.

Weiterhin fehlt der gesamte Zeitabschnitt von 1919 bis 1945. Auf diesen Mangel wird auch im Vorwort hingewiesen, wo es heißt, daß die Geschichte des Werkes in nächster Zeit vervollständigt würde. So befaßten wir uns auf einer Sitzung der Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung der Bezirksleitung Leipzig, bei der es um die Schaffung eines guten Beispiels auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung ging, mit dieser Betriebsgeschichte, da wir annahmen, daß vom Erscheinen der vorliegenden Arbeit bis zum Oktober 1960 schon einiges zur Vervollständigung getan worden sei. Bei einer Rücksprache mit der Leiterin der Bildungsstätte des Werkes mußte ich aber feststellen, daß seit dem Erscheinen der vorliegenden Arbeit bis zur Zeit auch nicht eine Zeile mehr geschrieben wurde. „An eine weitere Bearbeitung der Betriebsgeschichte ist gar nicht zu denken, wir haben keine Zeit, wir haben niemanden, der unsere Geschichte schreibt, oder soll ich das vielleicht allein machen?“, war die Antwort auf meine Frage, warum an der Betriebsgeschichte nicht weitergearbeitet wurde.

Mein Vorschlag, u. a. Angehörige des Lehrkörpers der Betriebsakademie und der Betriebsberufsschule zur Mitarbeit heranzuziehen, wurde ebenso kategorisch mit den Worten abgelehnt: „Da brauche ich gar nicht erst zu fragen, die machen das sowieso nicht!“

Also selbst in der Parteileitung der Leipziger Eisen- und Stahlwerke sehen wir eine grobe Unterschätzung der großen politischen Bedeutung der Betriebsgeschichtsschreibung. Ich könnte in dieser Hinsicht noch zahlreiche andere Fälle nennen, in denen die Bedeutung der Betriebsgeschichte als Mittel zur Bewußtseinsbildung in unseren Betrieben und als Mittel zur Unterstützung des Kampfes der westdeutschen Arbeiter überhaupt nicht erkannt wird.

Andererseits führen die Partei- und Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben Beratungen durch und suchen Mittel und Wege, um eine teilweise noch recht stark vorhandene und der Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins entgegenstehende Konzernideologie zu bekämpfen; sie beraten, wie insbesondere vom Betrieb aus der Kampf der westdeutschen Arbeiter gegen die westdeutschen Militaristen und Monopolisten wirkungsvoll unterstützt werden kann.

Ein sehr einfacher und dabei doch sehr wirkungsvoller Weg, nämlich einmal die Akten im Betriebsarchiv gründlich auszuwerten, wird nicht gegangen.

Gerade dort liegen doch aber teilweise die Dokumente der verschwiegensten Verbrechen der heute wieder in Westdeutschland herrschenden Monopolherren, die wir durch eine Veröffentlichung der Akten in unseren Betriebsgeschichten schonungslos entlarven können.

Leider aber werten unsere Betriebe diese Akten nicht aus, und viele wichtige Probleme bleiben dadurch unbekannt oder gehen teilweise überhaupt verloren. Um wie vieles besser und erfolgreicher könnten wir aber durch eine stärkere Beachtung der Betriebsgeschichte in unseren Betrieben den Kampf gegen eine noch teilweise vorhandene Konzernideologie führen und damit ebenfalls zur Bildung eines sozialistischen Bewußtseins beitragen.

Ich möchte alle Betriebe in den Bezirken Leipzig, Cottbus, Karl-Marx-Stadt und Dresden bitten: Nehmen Sie die Konsultationsstelle in Leipzig (Leipzig C 1, Markgrafenstr. 10, Telefon 24673) in Anspruch, denn wir sind bereit und auch in der Lage, Anleitung und Unterstützung zu geben.

Vor allem aber möchte ich die Vertreter der Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bitten, dem Beispiel der Bezirke Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus zu folgen und in Verbindung mit uns und den entsprechenden Bezirksverbänden der Deutschen Historiker-Gesellschaft auch in den anderen Bezirken Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte aufzubauen.

Auf der Basis der Konsultationsstellen sind wir, wie ich schon ausführte, am besten in der Lage, Wissenschaftler zur Unterstützung der in den Betrieben tätigen Arbeitsgruppen für Betriebsgeschichte heranzuziehen, und indem wir gleichzeitig einen konkreten Beitrag zur Verbindung von Wissenschaft und Praxis leisten, tragen wir entscheidend zur Förderung der Betriebsgeschichtsschreibung und damit auch zur Vervollständigung der Geschichte der so ruhm- und traditionsreichen deutschen Arbeiterbewegung bei.

Zum Beitrag von Rudolf Schröder sprach in einer Zwischenbemerkung *Hans Hirsch*, Technische Hochschule Leuna-Merseburg.

ZUR METHODIK DER MÜNDLICHEN BEFRAGUNG VON ARBEITERVETERANEN

VON HEINZ HABEDANK

In den Referaten wurde an verschiedenen Stellen mit Recht auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Erinnerungen der Arbeiter zu sammeln und als Quellen zur Abfassung der Geschichte der Fabriken und Werke heranzuziehen. Aber es wurde auch betont, daß in diesen Erinnerungen Irrtümer enthalten sind, die aufgedeckt und beseitigt werden müssen.

Was ist zu tun, um letzteres zu erreichen? Dr. Radandt verwies ganz allgemein — wie es im Rahmen seines Referates gar nicht anders möglich war — auf die Notwendigkeit, „die Angaben in den Erlebnisberichten soweit irgend möglich . . . an Hand anderer Erlebnisberichte oder anderer Quellen zu überprüfen“. Doch das genügt keineswegs. Um in der Befragung zu sicheren, wissenschaftlich verwertbaren Ergebnissen zu gelangen und um die so wertvollen Quellen der Erinnerung unserer Arbeiterklasse maximal auszuschöpfen, müssen meiner Meinung nach eine ganze Reihe von Forderungen methodologischer Art beachtet und erfüllt werden. Einige der wichtigsten dieser Forderungen scheinen mir folgende zu sein:

Erstens muß sich der Befrager mit der ideologischen und politischen Entwicklung der zu befragenden Persönlichkeit hinreichend bekannt machen, und zwar vor allem in Verbindung mit den jeweils zuständigen Leitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Denn sowohl der vergangene als auch der gegenwärtige weltanschauliche Standpunkt sowie das Wissen und die Erfahrung des einzelnen sind bei normalem physischem und psychischem Zustand des Befragten ausschlaggebend dafür, was und wie der Betreffende aus der Vergangenheit berichtet. Die Kenntnis der Funktion, die der Arbeiterveteran zur Zeit der in Frage stehenden historischen Ereignisse ausgeübt hat, läßt auch sichere Schlüsse zu in bezug auf die wichtige Frage der Intensität der geschilderten Erlebnisse. Nicht unwichtig ist es, auch über besondere Eigenschaften des Befragten Bescheid zu wissen. So erwies es sich für mich als sehr nützlich, daß ich z. B. vor der Befragung des Hamburger Oktoberkämpfers R. in Erfahrung gebracht hatte, daß dieser besonders gern und oft zu erzählen liebt. Weil ich wußte, daß die Gefahr unbewußter Entstellung um so größer ist, je öfter jemand über ein Ereignis erzählt, achtete ich in ganz besonderem Maße auf Widersprüche. Und es zeigte sich auch, daß in dem, was R. mir als eigenes

Erleben schilderte, Selbsterlebtes und von anderen Gehörtes unbewußt vermischt wurden. So war er unter anderem davon überzeugt, an zwei Aktionen teilgenommen zu haben, die jedoch in Wirklichkeit in verschiedenen gelegenen Ortsteilen zu gleicher Zeit stattgefunden hatten. Des letzteren wurde sich dieser Genosse, dessen Ehrlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist, erst bewußt, als ich ihm anhand der mir bekannten zuverlässigen Quellen die genaue Chronologie des Kampfverlaufs in beiden Ortsteilen darlegte.

Deshalb muß der Befrager zweitens, bevor er die Berichte der Arbeiterveteranen abhört, alle wesentlichen schriftlichen Quellen zu dem in Frage stehenden Ereignis studiert und sich eine gründliche Kenntnis des Sachverhalts erarbeitet haben. Das ist, so meine ich, die beste Gewähr, in der Befragung zu sicheren und wissenschaftlich verwertbaren Ergebnissen zu gelangen.

Drittens ist es wichtig, worauf auch Dr. Wächtler in seinem Beitrag im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte hinweist, vor der Befragung in einem Fragebogen die wichtigsten Probleme zu notieren, die geklärt werden sollen. Das hilft, die Befragung ergiebig zu gestalten.

Viertens sollte man jede Befragung mit einem kurzen Überblick über das jeweils in Frage stehende historische Ereignis einleiten und dann die Veteranen auffordern, das zu berichten, was sie als Augen- und Ohrenzeugen erlebt haben, und auch das zu erzählen, was ihnen Kampfgefährten vom fraglichen Geschehen mitgeteilt haben. Dabei gilt es aber, den Berichtenden nach Möglichkeit nicht zu stören oder zu unterbrechen. Die Reproduktion von Erlebnissen in Form von Erinnerungen ist sehr schwer. Und eine Störung durch Fragen oder sonstige Ablenkungen wird in der Regel die Bemühungen der Arbeiterveteranen ergebnislos machen, sich auf Vorgänge zu besinnen, die in ihrem Gedächtnis bereits weitgehend verschüttet sind. Wenn sich der Befragte allerdings völlig in Nebensächlichem zu verlieren droht, muß man ihn selbstverständlich taktvoll durch Fragen auf das Wichtige hinlenken.

Fünftens muß sich der Befrager ständig bewußt sein, daß die Erinnerung an Wahrnehmungen, die vor Jahren gemacht wurden, naturgemäß lückenhaft ist und daß der Befragte, völlig unbewußt, die Lücken mit Hilfe seiner Phantasie ausfüllt, und zwar entsprechend seiner gegenwärtigen politischen und ideologischen Position.

Es bestätigt sich immer wieder die Erfahrung, daß der Mensch unbewußt seine Vergangenheit mit den ideologischen und politischen Auffassungen in Übereinstimmung zu bringen bemüht ist, die er in der Gegenwart vertritt. Darum ist es unerläßlich, daß der Befrager auf der Basis der eingangs genannten Voraussetzungen und auf Grund der Notizen, die er sich während der Befragung macht, den Arbeiterveteran im Anschluß an seinen Bericht durch taktvolle Fragen auf Widersprüche und Irrtümer aufmerksam macht. Er darf aber dabei eines nicht: Er darf keine Suggestivfragen stellen, d. h. dem Befragten bewußt oder unbewußt eine bestimmte Antwort nahelegen, wie es z. B. einmal ein Schulleiter tat, der einen Artikel über den heroischen Kampf der Monteure und Bauarbeiter des Eisenhüttenkombinats J. W. Stalin gegen die von Westberlin

organisierte Sabotage der Aufbauarbeit schreiben wollte. Er fragte einen leitenden Monteur des VEB EKM-Bitterfeld: „Als Du am 22. Juni 1951 den Großbrand am Zimmermannsplatz bemerktest, hast Du doch gesehen, wie sich das Feuer auf Grund von gelegten Brandplättchen sprunghaft in Richtung auf die Bauholzstapel bewegte?“ Die Tatsache, daß an dem genannten Tage nacheinander an drei weit auseinanderliegenden Stellen der 25 qkm großen Baustelle Großfeuer aufgeflammt waren, wies eindeutig auf Sabotage. Der Monteur zögerte deshalb auch nicht, im Sinne der ihm nahegelegten Frage zu antworten, obgleich er, wie sich später herausstellte, im Grunde nichts Konkretes über die Entwicklung des Brandes beobachtet hatte. Richtig wäre gewesen, ihn zu fragen, wo er sich während des Brandes aufgehalten habe und ob ihm irgend etwas Besonderes aufgefallen sei.

Sechstens sollte sich der Befrager nie allein mit bloßen Berichten zufrieden geben, sondern stets bemüht sein, auch in Erfahrung zu bringen, auf welche Tatsachen sich der Arbeiterveteran in seinen Berichten stützt, und so z. B. zu ermitteln suchen, was ihn veranlaßt hat, sich die in Frage stehenden Ereignisse so genau einzuprägen, daß er sie noch nach Jahren wiedergeben kann.

Und schließlich sollte die auf Tonband aufgenommene Befragung abgeschrieben und dem Arbeiterveteran zur Durchsicht und Unterzeichnung vorgelegt werden.

Zusammenfassend möchte ich betonen: Die Befragung von Arbeiterveteranen ist kein bloßes Einholen von Auskünften, was leider noch oft der Fall ist, wenn die Arbeiter ihre Erlebnisse nicht selbst niederschreiben. Sie ist vielmehr ein behutsames Wachrufen und Ausschöpfen von Erinnerungen. Diese wertvollen Schätze müssen – das zeigen auch die vorliegenden Erfahrungen auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte – mit wissenschaftlich exakten Methoden geborgen und herangezogen werden. Dann wird der ihnen immanente große Quellenwert stets klar und überzeugend zutage treten.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON EBERHARD WÄCHTLER

Dr. Habedank hatte bei seinem Diskussionsbeitrag wahrscheinlich vorwiegend Gespräche mit einzelnen Veteranen im Auge. Wir haben bei unseren Aufnahmen kleinere Gruppen von Veteranen zusammengefaßt. Die Überprüfung der Richtigkeit des Erzählten geschah dann durch das Kollektiv der Anwesenden. Die Aufnahme selbst wurde nur von einem solchen Kollegen unseres Arbeitskreises durchgeführt, der sich vorher mit der Geschichte des jeweiligen Reviers, aus dem die betreffenden Veteranen stammten, vertraut gemacht hatte.

In der hier aufgebauten Ausstellung läuft ein Tonbandgerät mit einem Auswahlband unserer Aufnahmen. Darüber hinaus haben wir aber noch die Bänder

zweier vollständiger Aufnahmeitage mitgebracht. Wir würden uns freuen, wenn sich Interessenten fänden, die sich diese Bänder hier anhören und uns dann aus ihrer Erfahrung Hinweise zur Verbesserung unserer Arbeit geben.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON KURT ENGELSMANN

Dr. Habedank stellte heraus, daß bei Befragung von Arbeiterveteranen auch auf die individuellen Eigenschaften der Genossen geachtet werden muß. Dem stimme ich zu. Ich möchte noch ergänzen, daß es wichtig ist zu wissen, daß unsere alten Genossen sich oft durch eine große Bescheidenheit auszeichnen. Sie sehen in ihren Taten, die sie vollbracht haben, oder auch nur in ihrem Leben und Kämpfen, gar nichts Außergewöhnliches. Diese Erfahrung konnte ich besonders bei der Befragung von älteren Genossen machen, die die ersten Henneckeaktivisten in einigen Chemiebetrieben waren.

Wir müssen also darauf achten, daß sich diese Bescheidenheit — eine sehr positive Eigenschaft — für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht negativ auswirkt.

Zu weiteren Zwischenbemerkungen ergriffen *Hans Radandt* und *Eberhard Wächtler* das Wort.

ZUR ERARBEITUNG DER GESCHICHTE DER BRAUNKOHLLENWERKE

VON WILLY LEHMANN

Wie bereits in der Einleitung und den nachfolgenden Referaten zum Ausdruck gebracht, geht es darum, die einzelnen Phasen des Kampfes der Arbeiterklasse in schriftlichen, graphischen und bildlichen Dokumenten als Beweismaterial der Nachwelt zu erhalten – daher die große Bedeutung der Betriebschroniken und der Betriebsgeschichte für die Geschichtsschreibung unseres Volkes.

Wir alle wissen, daß der Sieg des Sozialismus nicht im Selbstlauf, sondern durch steten Kampf der Arbeiterklasse um ein Leben in Frieden und Wohlstand erungen wird. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Anwendung der neuen Technik, die Bildung von sozialistischen Brigaden und sozialistischen Arbeitsgemeinschaften sind der beste Beweis, daß in den Köpfen unserer Werktätigen eine Bewußtseinsumbildung eingetreten ist, wodurch die Kraft der Arbeiterklasse immer größer wird.

Gerade diese Entwicklung im ersten sozialistischen deutschen Staat muß lückenlos festgehalten werden, um der Um- und Nachwelt zu beweisen, wie schwer und doch so erfolgreich der Kampf der Arbeiterklasse war und welche Kraft durch den Zusammenschluß der Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei entstanden ist.

Hieraus ergibt sich für uns als Mitarbeiter in den sozialistischen Produktionsbetrieben die Aufgabe, die Voraussetzungen für eine Betriebschronik bzw. eine Betriebsgeschichte zu schaffen.

Wir Archivare im Bereich der VVB Braunkohle Cottbus haben uns nun seit längerer Zeit mit dem Thema Betriebschronik/Betriebsgeschichte befaßt und sind dabei wie folgt vorgegangen:

Die Forderung ging doch zuerst dahin, mit einer Betriebschronik zu beginnen, um sie in der weiteren Folge zu einer Betriebsgeschichte auszubauen. Dazu diente uns die Konzeption der Staatlichen Archivverwaltung von der „sozialistischen Rekonstruktion als Kettenglied zur Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplanes auf dem Gebiet des Archivwesens“.

Diese Konzeption wurde in mehreren Arbeitsbesprechungen mit allen Betriebsarchivaren im Bereich der Braunkohle besprochen und ihnen in Abschrift als Arbeitsgrundlage übergeben, da hierin auch die Richtlinien für die Anlage und Führung von Betriebschroniken enthalten sind.

Die Werke wurden weiterhin schriftlich aufgefordert, sofort „Arbeitskreise für Betriebschroniken“ zu bilden, die unverzüglich mit der Erarbeitung der Betriebschronik beginnen sollten. Daß in jedem Falle der Archivar Mitglied des Arbeitskreises sein muß, ist selbstverständlich. Verantwortlich für die Durchführung ist jedoch die Werkleitung.

Es war nicht leicht, sofort arbeitsfähige Arbeitskreise zu bilden, da ja in allen Betrieben unserer Wirtschaft alle Arbeitskräfte ausgelastet sind und sogar vereinzelt Arbeitskräftemangel herrscht. Trotzdem haben einige Werke bewiesen, daß bei richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit einer Betriebschronik und bei guter Organisation etwas Positives dabei herauskommt.

So hat z. B. das Braunkohlenkombinat Lauchhammer einen Arbeitskreis von 10 Kollegen gebildet, der schon einiges Material zusammengetragen hat; ebenso hat das BKW Hirschfelde mit einem Arbeitskreis von 8 Kollegen den Anfang zu einer Betriebschronik von rund 70 Seiten gemacht. Auch das BKW Heide ist mit 4 Kollegen dabei, die bereits vorhandene Chronik (rund 130 Seiten) zu vervollkommen und zu ergänzen. Das BKW Berzdorf berichtet, daß auch hier der Arbeitskreis aktiv ist und rund 80 Seiten Grundmaterial für die Chronik zusammengetragen hat. In unserem neuesten und größten Braunkohlenkombinat, „Schwarze Pumpe“, wurde eine Planstelle für einen Chronisten eingebaut und auch besetzt. Dieser Chronist hat unter Zuhilfenahme von Arbeitsgruppen bestimmter Betriebsteile schon einiges Material gesammelt und mit der Betriebschronik begonnen. Zu erwähnen wäre noch das BKW Tröbitz, das schon seit drei Jahren an der Betriebschronik arbeitet und davon Auszüge in der Betriebszeitung bringt.

Allerdings haben wir auch Werke, die wohl Arbeitskreise gebildet aber nichts verwirklicht haben. So hat z. B. des BKW Senftenberg einen Arbeitskreis von 6 Kollegen gebildet und auch einen schönen Arbeitsplan aufgestellt, der aber nur auf dem Papier blieb.

Dem Arbeitskreis gehören an:

ein Veteran, der eigene Erlebnisberichte liefern und auch Beiträge anderer Veteranen beschaffen will,

das Kollektiv der Abteilung Arbeit, das über die soziale und kulturelle Entwicklung schreibt,

der Kollege Planungsleiter, der zur Produktionsentwicklung und Belegschaftsbewegung einen Beitrag leistet,

ein Mitarbeiter der Invest-Abt., der über Betriebs-, Sozial- und Kulturbauten schreibt,

ein Mitarbeiter der Abt. Finanzen, der über die Wirtschaftlichkeit der sozialistischen Produktionsbetriebe und über die Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lebenslage der Betriebsangehörigen berichtet,

der Archivar, der die notwendigen Unterlagen, die als Beweismittel dienen, bereitstellt.

Wohl eine gute Organisation — aber eben nur auf dem Papier. Auch die Braunkohlenwerke Sedlitz, John Scheer, Spreetal, und Franz Mehring haben Arbeitskreise von 3 bis 5 Kollegen gebildet, aber bis heute noch keine Arbeit geleistet. Hier zeigt sich in einigen Fällen eine Unterschätzung durch die Werkleitungen, die eben nur die Kubikmeter und Tonnen sehen. Es erscheint uns notwendig, vereinzelt eine Umgruppierung und auch Ergänzung der Arbeitskreise vorzunehmen, um endlich eine fruchtbringende Arbeit zu erzielen.

Wenn, wie im BKW Sedlitz, nur der kaufm. Direktor, der Planungsleiter und ein Mitarbeiter der Abt. Arbeit den Arbeitskreis bilden oder, wie im BKW Greifenhain, der Planungsleiter, der Technologe, der Kaderleiter und ein Vertreter der BGL zum Arbeitskreis gehören (und keiner von den Genannten Zeit hat), kann unseres Erachtens kein kollektives Werk entstehen, wie es eine Chronik sein muß.

Nach unserem Dafürhalten gehören die BGL und die Parteileitung sowie Mitarbeiter aus den verschiedenen Produktionsteilen des Betriebes zu dem oben genannten Gremium.

Es zeigt sich hier, daß neben der notwendigen Anleitung eine straffe Kontrolle erforderlich ist, um auch auf diesem Gebiet schneller voranzukommen.

Nun noch etwas zur Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Soweit mir bekannt, arbeiten die Archivare der BKW Franz Mehring und Alfred Scholz und des Braunkohlenkombinats Lauchhammer sowie ich als Archivar der VVB Braunkohle als Mitglieder in der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung mit. Die Bereitstellung von Materialien für Ausstellungszwecke, für die Erarbeitung von Broschüren („40 Jahre Novemberrevolution — 40 Jahre Kampf und Sieg in der Niederlausitz“ oder „Senftenberger Kumpel schlugen Kapp und Lüttwitz“), für die Vorbereitungen zum 15. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, für das Kreismuseum oder für Forschungsarbeiten von Studenten und Institutionen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind unser Beitrag zur Darstellung der Geschichte des deutschen Volkes.

Wir sind bestrebt, aus realen Beiträgen ein Bild zu schaffen, das besonders die Entwicklung des Bergbaues und damit den Kampf der Bergarbeiter der Niederlausitz verewigt.

Über Arbeitserfahrungen und -methoden bei der Erforschung der Geschichte des Lausitzer Bergbauproletariats sprach außerdem auf der Konferenz Dipl.-Wirtschaftler *Johannes Lademann* vom Bezirksvorstand der IG Bergbau, Cottbus, Braunkohlenwerk „Alfred Scholz“, Welzow.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON HEINZ BEIKE

Mit einigen Ausführungen des Kollegen Lehmann bin ich nicht einverstanden. Er sagte, daß die Werkleitung die Hauptverantwortung für die Erarbeitung einer Betriebsgeschichte trägt, und an einer anderen Stelle sagte er, daß man zu dieser Arbeit *auch* die Partei und die Gewerkschaft heranziehen müßte. Wir von der zentralen Forschungsstelle „Kampf der deutschen Chemiarbeiter um die Sicherung des Friedens gegen Militarismus und Imperialismus und für den Sieg des Sozialismus“ an der Technischen Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg haben die Erfahrung gemacht, daß in den Betrieben, in denen die Parteileitung nicht voll und ganz hinter der Erforschung und Erarbeitung einer Betriebsgeschichte steht, nicht die notwendigen Erfolge erzielt werden.

Wenn die Parteileitung nicht die Verantwortung trägt, kann es – wie im Eilenburger Zelluloidwerk – passieren, daß eine Broschüre gedruckt wird, die später zurückgezogen werden muß. Die Schuld liegt nicht bei dem Autor, der eine sehr fleißige Arbeit geleistet hat, sondern bei der Parteileitung. Der Verfasser hat von irgendwoher die Anregung bekommen, Teile der bereits erarbeiteten Betriebsgeschichte zum Tag der Chemiarbeiter im Druck herauszubringen und jedem Belegschaftsmitglied zu überreichen. Er hat zwei Abschnitte, die von einem Kollektiv erarbeitet waren, gekürzt mit eigenen Worten wiedergegeben und die noch nicht erarbeitete Zeit von 1914 bis zur Gegenwart in groben Zügen dargestellt. Hierbei sind ihm opportunistische und reformistische Formulierungen unterlaufen, die man nicht gutheißen kann. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß solche Broschüren stets mit einem Vorwort der Parteileitung versehen sein sollten, damit auch die Verantwortung von ihr getragen wird.

Wir wollen die Werkleitung durchaus nicht von ihrer Verantwortung freisprechen. Im Gegenteil, die Werkleitung sollte überzeugt werden, daß eine solche Betriebsgeschichte von großem Nutzen ist und daß sie auch die materiellen Voraussetzungen für den Druck schaffen muß.

Im Hydrierwerk Zeitz haben wir eine Sitzung einberufen, an der der 1. Sekretär der BPO, der Sekretär für Propaganda der BPO, der Leiter der Bildungsstätte der BPO, ein Vertreter der Kreisleitung der SED, ein Vertreter der Werkleitung, Vertreter der BGL, der Betriebsarchivar und der Leiter der Betriebsberufsschule teilnahmen.

Man sollte bei solchen grundlegenden Sitzungen auch einen Vertreter der Redaktion der Betriebszeitungen, des Zirkels schreibender Arbeiter und der Betriebsakademie, sofern eine solche vorhanden ist, hinzuziehen. In einer solchen Sitzung muß ein Arbeitsplan mit Terminen und Festlegung der Verantwort-

lichkeit erarbeitet werden, der später der Parteileitung zur Bearbeitung und Beschlußfassung vorgelegt wird. Wenn ein solcher Beschluß gefaßt worden ist, hat die Parteileitung die Aufgabe, die Durchführung des Beschlusses zu kontrollieren und die Arbeit der Arbeitsgruppen des Kollektivs anzuleiten. Nur wenn die Parteileitung die Hauptverantwortung trägt, wird die Arbeit zu solchen Ergebnissen führen, wie sie notwendig sind.

Zu weiteren Zwischenbemerkungen ergriffen *Walter Hauk* und *Rudolf Schröder* das Wort.

ERARBEITUNG EINER BETRIEBSGESCHICHTE IM VEB STEINKOHLLENWERK „KARL MARX“, ZWICKAU

VON GEORG WANSCHAAF

Ich möchte mich zunächst für die Einladung zur heutigen Tagung auch im Namen meines Kollegen, der mit anwesend, ist, bedanken. Wir denken, wir werden von dieser Tagung eine ganze Menge lernen, und wir haben uns besonders über die Hinweise unseres Genossen Gladewitz gefreut. Ich möchte mich gleichzeitig entschuldigen. Ich habe keinen Diskussionsbeitrag ausgearbeitet, sondern ich will frei erzählen, welche Fehler wir bei der Geschichtsschreibung gemacht haben und wie die Fehler bei uns im VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ korrigiert wurden.

Wir feierten im vergangenen Jahr, 1959, das 100jährige Bestehen des Werkes. Es mag schon Ende 1957 gewesen sein, da tauchte der Gedanke auf: Zur 100-Jahr-Feier des Karl-Marx-Werkes müßten wir eine Betriebsgeschichte schreiben. Es wurde ein Beschluß gefaßt. Ihr kennt den Hergang und wißt, wie das so ist. Der Werkleiter bekam den Auftrag: So, erledige die Sache. Was dabei herauskam, war folgendes: Man hat der Werkleitung restlos alles übertragen und überlassen und hat sich dann um die ganze Geschichte kaum mehr gekümmert. Es lag einfach eine Unterschätzung der Arbeit an der Betriebsgeschichte von seiten der Parteileitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Stadtorganisation, Abteilung Agitation und Propaganda, unserer Partei vor. Als das fertige Manuskript auf den Tisch gelegt wurde, waren diese Stellen froh, daß sie es schnell wieder vom Tisch herunter bekamen. Heute, wo wir es neu überarbeitet haben und vom Klassenstandpunkt aus an die Frage herangegangen sind, da will es von den Schreibtischen nicht mehr herunter. Das ist nun das andere Extrem. Insgesamt wurden vier Fehler dabei gemacht:

Erstens gab es keine kollektive Arbeit. Die Werkleitung beauftragte einen Kollegen, der ihrer Meinung nach am besten dazu geeignet war, weil er früher einmal Lehrer gewesen war, die Betriebsgeschichte zu schreiben. Dabei kam zwar ein wunderschönes Buch heraus mit ausgezeichnetem Glanzpapier und herrlichen Bildern, aber was darin geschrieben stand, war, mit Verlaub gesagt, bürgerliches Gedankengut. Man hatte den Kampf der Arbeiterklasse vollkommen vergessen und negiert. Aber selbst Fehler sind noch wertvoll; denn man kann aus ihnen lernen. Die Geschichte wurde neu begonnen. Die Betriebsparteiorganisation besann sich auf ihre führende Rolle. Unter ihrer Führung

wurde ein Kollektiv gebildet. Dazu gehörten vorerst 18 Genossen. Der Zeitraum von 100 Jahren wurde in einzelne Perioden eingeteilt, in die Perioden 1859 bis 1918, 1918 bis 1945 und 1945 bis heute. Ich denke, bei dieser Arbeit ist etwas herausgekommen.

Zweitens muß ich sagen: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften hatte irgendwoher läuten gehört, daß im Karl-Marx-Werk eine Betriebsgeschichte geschrieben wird, und ihre Hilfe dabei angeboten. Man wollte uns gewisse Hinweise geben. Aber man hat die Kollegen von der Akademie wieder fortgeschickt und gesagt: Was könnt ihr uns beim Schreiben einer Betriebsgeschichte helfen? Ihr versteht ja nichts von den vielen Turbinen, den Wetterverhältnissen im Schacht und was weiß ich alles. Also haben wir sie wieder fortgeschickt, und das Ergebnis war so, wie ich es vorhin geschildert habe. Jetzt ist die Betriebsparteiorganisation anders an die Frage herangegangen. Es wurde die genannte Kommission gebildet. Als Grundlage für die Arbeit diente der Beschluß des Zentralkomitees aus dem Jahre 1955. Dieser Beschluß führte uns auf den richtigen Weg. Wir baten den Genossen Dr. Wächtler und den Genossen Uhlmann, uns mitzuhelfen, unsere Geschichte zu schreiben, d. h. sie haben sie nicht geschrieben, aber sie haben uns auf bestimmte Fehler hingewiesen. Wir mußten die Geschichte nicht nur einmal schreiben, wir haben sie viermal geschrieben. Doch jetzt liegt sie, denke ich, druckreif vor. Wir freuen uns über diese Arbeit und denken, daß sie geglückt ist und auch bald in die Hände der Kumpel kommen wird.

Zum dritten: Erst jetzt, bei der zweiten, der richtigen Geschichte, sind wir vom Klassenstandpunkt aus an die Frage herangegangen. Wir lernten viel dabei. Wir wußten beispielsweise nicht, daß Marx und Engels sich mit der Entwicklung der Bergarbeiter beschäftigt und wie weitgehend und konkret sie die Entwicklung einer unabhängigen revolutionären Klassenorganisation gefordert haben. Wir erfuhren jetzt, daß August Bebel über die Bergarbeiterbewegung geschrieben hat. Wir haben Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und viele andere als Quellen verwenden können, auch unseren Freund Jürgen Kuczynski hier, der uns viel Sorge gemacht hat, denn alle seine Bücher mußten wir lesen, soweit sie uns zur Verfügung standen. Es gab also eine Menge Quellenmaterial, das uns zur Verfügung stand.

Im zweiten Teil der Betriebsgeschichte, d. h. in der Periode von 1918 bis 1945, haben wir uns im wesentlichen auf Veteranenaussagen gestützt. Wir haben tausende Meter Tonband aufgenommen und viele Veteranenaussprachen organisiert. Die Tonbänder liegen bei uns im Werk. Wir werden sie überspielen und dann zum Zentralvorstand ins Archiv geben. Es sind eine Menge interessanter Sachen dabei. Allerdings muß man manchmal aufpassen, was so gesagt wird. Die älteren Genossen verwechseln oftmals Daten oder Jahreszahlen. Da sind oft Rückfragen nötig. Dadurch, daß wir keine Geheimniskrämerei im Werk getrieben haben, daß wir außer den Veteranen auch die sozialistischen Brigaden zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte herangezogen haben, ist jetzt eine große Nachfrage nach der Betriebsgeschichte entstanden.

Immer wieder werden wir gefragt: Na, wann kommt denn nun das Buch? Dauert das ein halbes Jahr, oder dauert das ein ganzes Jahr? Das kann es doch gar nicht geben! Unter diesen Umständen, – und damit komme ich zum vierten Punkt – möchten wir um folgendes bitten: Wir hatten die erste Betriebsgeschichte über die Lizenz unserer Betriebszeitung im Verlag herausgeben. Das ging schief. Jetzt, nachdem sich verschiedene die Finger verbrannt haben, geht es anscheinend schwieriger. Wir kamen gestern mit unserem fertigen und begutachteten Manuskript zum Ministerium für Kultur. Das ist fein, daß ihr fertig damit seid, wurde uns gesagt, aber das müssen wir dem Verlag geben. Wir haben nun aber schon bei uns eine Kommission, die unter Leitung des kaufmännischen Direktors steht und die Verbindungen zur Fortschrittdruckerei in Erfurt aufgenommen hat. Die Druckerei ist bereit, unser Manuskript zu drucken. Ein Gestalter hat sich schon mit dem Werk beschäftigt usw., aber es fehlt noch die Lizenznummer. Außerdem wollen wir ein ganz bestimmtes Format haben. Die neue und, wenn ich mich so ausdrücken darf, richtige Betriebsgeschichte darf natürlich in der Aufmachung nicht schlechter sein als die vorige. Wir möchten also bitten, daß von der Konferenz, selbstverständlich nach Prüfung der Geschichte, die wir geschrieben haben, alles unternommen wird, daß uns so schnell wie möglich die Druckgenehmigung erteilt wird, denn die Kumpel aus dem VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ warten darauf.

FRAGEN DES ZUSAMMENHANGS VON ALLGEMEINER UND BETRIEBSGESCHICHTE

VON ROLF KUNTZSCH

Ich möchte in meinem Diskussionsbeitrag, ausgehend von der Anregung, die Dr. Wächtler in seinem schriftlich vorliegenden Referat über die Notwendigkeit einer Diskussion über die Verbindung von heimatgeschichtlicher und nationaler Geschichtsschreibung gemacht hat, besonders einige Fragen des Zusammenhangs von nationaler und Betriebsgeschichte zur Diskussion stellen.

Vor den Historikern der DDR steht die Aufgabe, die Probleme der nationalen Grundkonzeption in Deutschland in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zu rücken. Besonders die Geschichtswissenschaft ist in der Lage, die historische Notwendigkeit der demokratischen und friedlichen Lösung der deutschen Frage entsprechend den Lehren der deutschen Geschichte darzustellen.

Die Veröffentlichungen zur örtlichen und Betriebsgeschichte haben indessen, wie ich das den Einschätzungen in den vorhergehenden Referaten entnommen habe, dieser Aufforderung an die Geschichtsschreibung – in richtiger Erkenntnis der nationalen Verantwortung im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus jederzeit von der nationalen Grundkonzeption auszugehen – nur zum Teil Rechnung getragen.

Auch Heinz Voßke stellte das in Heft 3/1960 der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ – ebenso wie Genosse Gladewitz in seinem Diskussionsbeitrag auf der Konferenz – fest:

„Eine wichtige Ursache für fehlerhafte Einschätzungen in den Publikationen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung besteht darin, daß die örtlichen Kämpfe und Bewegungen sehr oft losgelöst und isoliert von der jeweiligen Situation in ganz Deutschland beleuchtet werden.“¹

Die Thesen des ZK der SED zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, die Thesen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR und zum 15. Jahrestag der Befreiung haben wohl in vielen Fällen die Ausarbeitung von Broschüren, Artikeln und Erlebnisschilderungen zur örtlichen und Betriebsgeschichte veran-

¹ Voßke, Heinz, Der Erforschung und Darstellung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung größere Aufmerksamkeit schenken! In: „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, 2. Jg. 1960, H. 3, S. 591.

laßt und gefördert und damit deutlich werden lassen, welche große Bedeutung doch das Begreifen des betrieblichen und örtlichen Geschehens im nationalen Rahmen hat.

Oft kann es passieren, daß die Mitarbeiter an der Geschichte eines Betriebes voller Freude über einen Fund aus den Materialien ihres Archivs die Rolle und Bedeutung dieses Faktens so überbetonen, daß dann, wenn es an die Darstellung dieses Faktens geht, dieser die ganze Arbeit überstrahlt. Zum anderen kann die Auswertung der Akten des Betriebsarchivs ungenügend sein, so daß die Verfasser zu Übertragungen von allgemeinen Geschichtserkenntnissen auf das betriebliche Geschehen neigen und zu einer für den Betrieb wenig konkreten Aussage kommen. Beide Tendenzen verhelfen unseren Darstellungen zur Betriebsgeschichte nicht zu der ihr zukommenden erzieherischen Bedeutung.

Es muß unsere Aufgabe sein, darauf zu achten, daß die Schriften zur Betriebsgeschichte nicht ein besonderes „Betriebsgeschichtsbewußtsein“, sondern ein nationales Geschichtsbewußtsein hervorrufen, welches den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, ihr Wirken und den unermüdlichen nationalen Kampf widerspiegelt, den sie als Bannerträgerin der nationalen Belange in Deutschland stets gegen Imperialismus und Militarismus geführt hat und noch führt. Erst wenn wir diesen Ausgangspunkt wählen, wird unsere Darstellung der Betriebsgeschichte zur sozialistischen Bewußtseinsbildung unserer Arbeiter und aller Menschen in der DDR beitragen, erst dann wird sie ein Mittel sein, die Kräfte zu mobilisieren, die wir wachrufen müssen, um unserer nationalen Verantwortung gerecht zu werden.

Es darf uns bei der Betriebsgeschichte nicht ausschließlich darum gehen, die betriebliche Entwicklung rein verwaltungsmäßig oder politökonomisch zu sehen, wie sich das durch mancherlei Material aus den Betriebsarchiven ergeben kann, sondern es gilt vielmehr, vom politischen Gesichtspunkt heranzugehen, d. h. die Bedeutung des Betriebes für die Entwicklung der Klassen, ihr Verhältnis zueinander, ihre Haltung zu Fragen des Klassenkampfes, die proletarische Bewegung, die Bewußtseinshaltung usw. In allen diesen Fragen berühren und bestimmen nationale Ereignisse das betriebliche Geschehen. Die Betriebsgeschichte darf nicht an der Problematik der nationalen Geschichte vorübergehen, sondern muß sich ihr unterordnen.

Dazu ein Beispiel: Die Darstellung des Generalstreiks der Bornaer Braunkohlenbergarbeiter im Oktober 1923 kann trotz der ökonomischen Zielsetzung nur dann in seiner vollen Bedeutung erkannt werden, wenn man die politischen Ereignisse dieser Tage in ganz Deutschland berücksichtigt. Dieser Streik erfolgte gerade in dem Augenblick, als die Reichswehr in Sachsen einmarschiert war und die Chemnitzer Betriebsräteversammlung infolge des Verrats der sozialdemokratischen Führer und des Agenten Brandler die weiße Fahne gehißt hatte. Am gleichen Tag, als die Bornaer Bergarbeiter in einen 8tägigen Generalstreik traten, begann das Hamburger Proletariat seinen heroischen Kampf im Hamburger Aufstand.

Eine Darstellung, die diese Fakten berücksichtigt, ist wirkungsvoller und wird der politischen Bedeutung der Ereignisse gerechter. Über den Inhalt der Betriebsgeschichtsschreibung sagte Gorki:

„Es ist wichtig, die Rolle eines jeden besonders typischen Werkes, eines jeden Gebietes der Produktion zu kennen — nämlich des Werkes als Motor der Industrie, als Schule der Techniker und Schule der Revolutionäre, des Werkes als Erzieher des revolutionären Klassenbewußtseins der Arbeiter und als Organisator und Teilnehmer des Bürgerkrieges. Man muß das Werk in seiner heutigen Bedeutung als Organisator des sozialistischen Bewußtseins und der sozialistischen Produktion kennen.“²

Dieses Zitat zeigt uns die Rolle und Bedeutung, die die Betriebe im historischen Geschehen haben, und danach muß sich auch der Inhalt der Darstellungen in den Betriebsgeschichten richten. Mir scheint, daß gerade dieses Wort Gorkis in inhaltlicher Hinsicht Leitlinie für die Ausarbeitung unserer Betriebsgeschichten sein muß. Gerade in unserer heutigen Zeit ist es so bedeutsam festzuhalten, welche Impulse von den Werken ausgegangen sind, wie und in welchen Formen das Werk, im übertragenen Sinne die Gesamtheit der tätigen Menschen, sozialistisches Bewußtsein entwickelt und zum Organisator der sozialistischen Produktion wird.

Die Grundlage unserer Betriebsgeschichten sind rein materialmäßig die Akten der Betriebsarchive. Auch in Westdeutschland hat man, wie Genosse Lucas in seinem Referat einschätzte, die Rolle des Betriebes erkannt, der das Gesicht vieler „Menschengruppen“ und ihre Haltung prägt. Man beginnt in Westdeutschland, wie das Prof. Treue in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Tradition“ betonte und wie das auch die Bestrebungen auf dem 38. westdeutschen Archivtag 1960 deutlich werden ließen, die Archivmaterialien der Betriebe zur Darstellung eines vom Klassenstandpunkt des Unternehmers diktierten Geschichtsbildes heranzuziehen. Das ist ganz im Sinne Droysens, der von den Archiven meinte, daß sie ausgezeichnete Hilfsmittel für den Staat und für die propagandistische Beeinflussung der Massen im Interesse seiner Erhaltung seien. Natürlich interessieren sich diese bürgerlichen Historiker, falls sie Klassenprobleme behandeln, vor allem für die Fragen des „Betriebsklimas“, d. h. für Fragen der „Klassenharmonie“, der „Überwindung“ des Klassenkampfes, für Möglichkeiten der Korrumpierung der Arbeiterklasse und ihrer Führer und eine noch mundgerechtere Propaganda im antikommunistischen Fahrwasser. Im Gegensatz dazu muß es unsere Aufgabe sein, in den Darstellungen der Betriebsgeschichte das „Betriebsklima“, d. h. die sich historisch entwickelnden Klassenverhältnisse in den Betrieben und deren Veränderungen durch konkrete Studien einzufangen und darzustellen. Dabei werden wir, wenn wir von der nationalen Problematik des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen den

² Gorki, Maxim, „Правда“ vom 7. 9. 1931, zitiert nach Jonas, Wolfgang, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945. Berlin 1957, S. 12.

Imperialismus und Militarismus ausgehen, auch bestimmte militaristische Züge im Wirtschaftsleben nachzuweisen haben.

Götz Briefs, heute einer der reaktionären Ideologen, die das „Betriebsklima“ in den westdeutschen Betrieben untersuchen, schrieb in der Weimarer Republik, daß in der Begriffsbestimmung des Proletariats das Verlassen der Traditionen von Marx der wissenschaftlichen Erkenntnis geschadet habe. Ausgehend von diesen Gesichtspunkten entwickelt er in seinem Buch über das Betriebsleben folgende Erkenntnis:

„Ein Rest und Abglanz feudaler und militärischer Herrschaftsanschauungen wurde in die Betriebsleitung über das Reserveoffizierswesen, die akademische Ausbildung der Oberschicht und das Korporationswesen überführt . . . Es vollzog sich spürbar eine Formung der Betriebsleitung von der Spitze ihrer Hierarchie bis zum Werkleiter herunter . . . In vielen deutschen Betrieben wurde eine Abhängigkeit und Unterworfenheit von den Betriebszugehörigen verlangt, die über die sachliche Anforderung des Produktionsprozesses weit hinausreichte und die Belegschaft als Betriebskontingent auch in ihrem bürgerlichen Leben anzusehen neigte. Der streng liberale Eigentumsbegriff . . . der den Betrieb als das erweiterte Haus ansah und die Betriebsbelegschaft nach dem Gesichtspunkt des Herrn im Hause dirigierte, verband sich vielfach mit der militärischen Führungs- und Befehlsideologie zu einem sachlich wirkungsvollen, aber Protesthaltung und seelische Widerstände entfesselnden Betriebsmilitarismus. Besonders im Bergbau lief das Wort Grubenmilitarismus um.“³

Wenn man auch von dem Zitat im Inhaltlichen infolge seiner bürgerlichen Konzeption Abstriche machen muß, so zeigt uns doch das Ergebnis der Untersuchungen eines bürgerlichen Soziologen den Niederschlag des entfalteten Militarismus in Deutschland, und zwar auch in den einzelnen Betrieben. Das Zitat zeigt uns, daß wir bei der Darstellung in unseren Betriebsgeschichten den Militarismus nicht allgemein, sondern am Betriebsgeschehen deutlich machen müssen. Das gilt nicht nur für die Zeit des Faschismus nach 1933, sondern auch für viel früher, für die Zeit vor 1914. An konkreten Beispielen müssen wir in unseren Arbeiten nachweisen, wie sich der Militarismus in allen Seiten des Lebens in Deutschland niederschlug. Es ist ein so bedeutendes Problem, daß es unsere Darstellungen zur Betriebsgeschichte durchdringen sollte. Dabei ist vor allem wichtig herauszuheben, wie die Arbeiterklasse den Kampf gegen den Betriebsmilitarismus führte.

Die Kollektive, die sich die Ausarbeitung der Betriebsgeschichte zur Aufgabe machen, finden in den Zeitungen der Betriebszellen der KPD, in der Roten Fahne, aber auch schon vorher in den Arbeiterkorrespondenzen der sozialdemokratischen Blätter, wie in der LVZ, in den Reden und Schriften Lieb-

³ *Briefs, Götz*, Betriebsführung und Betriebsleben in der Industrie. Stuttgart 1934, S. 120.

knechts, Luxemburgs usw., nicht zuletzt in den Erzählungen und Berichten der Arbeiterveteranen genügend Material, um diese Problematik, die die deutsche Geschichte seit 1871 stärker beherrscht, darzustellen.

Zu Unrecht, so glaube ich, wurde dieses Problem der Militarisierung des Wirtschaftslebens und seine Auswirkung auf die Klassenbeziehungen des Betriebes bisher in den Darstellungen vernachlässigt, haben wir hier doch eine großartige Möglichkeit, den Arbeitern besonders zielgerichtet und wirkungsvoll die kapitalistische Vergangenheit zu erklären und zur Herausbildung eines sozialistischen Geschichtsbildes beizutragen.

Es ist sicher ein Mangel des schriftlichen Referats von Dr. Radandt gewesen, daß er auf die Periodisierung der Betriebsgeschichten in allzu kurzer Weise einging. Es genügt meines Erachtens nicht, lediglich die Frage nach dem Primat der betrieblichen oder nationalen Geschichtsfakten zu stellen und dafür Beispiele zu bringen. Es zeigte sich gestern in der Diskussion, daß es Unklarheiten darüber gibt, wie eine Chronologie auszusehen hat, beziehungsweise, ob wir uns die Aufgabe stellen müssen, Chronologien herauszubringen oder periodische Betriebsgeschichten zu schreiben. Ich möchte zur Frage der Chronologie sagen, daß hier eigentlich nur auf die Frage geantwortet wird: Was ist und war konkret im Betrieb los? Hier handelt es sich um eine Zeittafel zur Betriebsgeschichte. Die Betriebsgeschichte ist dagegen eine „systematisch gegliederte, verallgemeinernde und theoretisch verarbeitende Darstellung zur historischen Entwicklung des Betriebes“, wie dies Dr. Radandt in seinem schriftlichen Referat definierte. Er setzte gestern in seinem mündlichen Vortrag fort „... und zwar der Entwicklung des Betriebes im Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte“. Gerade auf dieses Moment müssen wir bei der Darstellung der Geschichte unserer Betriebe stärker achten.

An den Beginn der Arbeit der Kollektive für Betriebsgeschichtsschreibung ist wohl in jedem Fall eine Grobdisposition des Arbeitsvorhabens zu setzen. Diese Grobdisposition wird, da sie ja ohne nähere Kenntnis des konkreten Materials aufgestellt wird, von allgemeinen historischen Gesichtspunkten auszugehen haben; sie wird bestimmt von der durch die Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die geschichtliche Entwicklung entstandenen Einteilung der Geschichte in Perioden und Etappen. Diese Einteilung wird gewonnen unter Berücksichtigung der nationalen wie der internationalen Ereignisse und berücksichtigt auch die Entwicklung der Wirtschaft eines Landes. Die Periodisierung der Geschichte, wie sie in unseren größeren Arbeiten, Dispositionen und Handbüchern des Marxismus-Leninismus speziell für die deutsche Geschichte und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vorgenommen wird, hilft uns, im jeweiligen örtlichen oder betrieblichen Bereich besondere Probleme leichter zu verstehen und später richtig darzustellen. Es ist hier nicht Zeit und Platz, länger bei dieser Frage zu verweilen. Fest steht jedoch, daß die schon erwähnten Thesen des ZK der SED, die diese richtige Periodisierung beinhalten, gute Ausgangspunkte für eine Reihe von Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte

waren. Die zu erwartenden Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die nun wesentlich umfassender den Gesamtkomplex der Geschichte unserer Klasse darstellen, werden eine bedeutende Hilfe für die Betriebsgeschichtsforschung sein und einen neuen Aufschwung bringen. Dieser Aufschwung wird um so stärker sein, je enger auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte Arbeiter und Wissenschaftler zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit verhilft uns zu weiteren Erfolgen und wird im nationalen Rahmen große Wirkung bei der Erziehung unserer Menschen zu sozialistischem Bewußtsein haben.

BETRIEBSGESCHICHTE UND HEIMATMUSEUM

VON ERIK HÜHNS

Ich habe den Eindruck, daß wir hier nicht nur über Betriebsgeschichte sprechen, sondern im Grunde genommen ein Stück Geschichte unseres wissenschaftlichen Betriebes miterleben, wenn ich so sagen darf. Ich erinnere mich noch: Als Hubert Mohr und ich vor vier Jahren an der hier oft zitierten „Einführung in die Heimatgeschichte“ arbeiteten, da wollte von uns mancher nichts wissen. Man hatte uns ziemlich verächtlich ausgelacht, als wir auf die Idee kamen, daß in ein höchst wissenschaftliches Handbuch Dinge hinein müßten wie Betriebsarchive, Augenzeugenberichte, Darstellung dessen, was eine Betriebschronik ist, und andere Fragen. Das ging so weit, daß der staatliche Archivar, der den Abschnitt über Archive schreiben sollte, sinngemäß sagte: Ich als ausgebildeter Wissenschaftler soll über Betriebsarchive schreiben? Um Himmelswillen, da sucht euch jemand anderes! Das ist unter meiner Würde!

Ich meine, man sollte sich über die kurze Zeitspanne – denn das ist nur vier Jahre her – einmal klar werden. Ich finde es im Grunde genommen großartig, daß wir jetzt die Kritik von der anderen Seite her bekommen, daß man nämlich jetzt schon so weit ist zu sagen, in eurem Buch habt ihr die Fragen der Betriebsgeschichte noch viel zu wenig beachtet. Das ist eine Art der Entwicklung und der Kritik, über die man sich nur freuen kann. Wir sind bereits so weit, und darum spreche ich hier, daß man sich über alle Kräfte, die am gleichen Stränge ziehen, einmal eine Übersicht verschaffen sollte, und daß wir, ausgehend von dieser Konferenz, zu einer Koordinierung unserer Arbeiten kommen sollten.

Ich habe mich gewundert, daß in den Referaten und Diskussionsbeiträgen, in denen bisher über die Fragen der Betriebsgeschichte geschrieben und gesprochen wurde, das Wort Museen einfach nicht vorkommt. Ich bin der Vorsitzende der Fachkommission für Heimatmuseen, die 408 Heimatmuseen in der DDR vertritt, das heißt 408 mehr oder weniger wissenschaftlich arbeitende Institutionen, die sich unter anderem in ihren gedruckten und damit immerhin auch der Wissenschaft zugänglichen Grundsätzen über die sozialistische Umgestaltung die Aufgabe gestellt haben, auf der Grundlage aller Quellen der materiellen und geistigen Kultur ein wissenschaftlich erarbeitetes Bild von den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen im Gebiet der engeren Heimat, von der

geschichtsbildenden Kraft und den revolutionären Traditionen der Volksmassen, vom Leben und von der Arbeit der Werktätigen in Vergangenheit und Gegenwart zu geben. Darin ist aber die Betriebsgeschichte einbezogen. Wer kann denn Heimatgeschichte oder Ortsgeschichte darstellen, ohne die Geschichte der Betriebe und der Arbeiter in den Betrieben darzustellen? Ich glaube, daß durch das Fehlen einer Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Instituten und Museen beiden eine sehr große Möglichkeit genommen wird, schneller vorwärts zu kommen, und, das möchte ich auch sagen, unmittelbar wirksam zu werden in großen Kreisen unserer Bevölkerung, manchmal wirksamer als mit einer Reihe von publizierten Broschüren und ähnlichem. Ich darf nur daran erinnern, daß allein diese 408 Heimatmuseen bei uns in der DDR durchschnittlich 9 Millionen Besucher jährlich haben. Das ist eine nicht geringe Zahl, eine Zahl, die die Auflage unserer meisten Bücher gerade auf diesem Gebiete doch bei weitem übersteigt.

Man muß sagen, daß ich, wenn ich das eingangs erwähnte Beispiel von Professor Kuczynski, das Beispiel aus Sparta, aufgreifen darf, hier nicht mit einem leeren Sack erscheine, sondern mit einem vollen Sack. Wir haben einige bemerkenswerte Beispiele zu bieten. Wer von den Anwesenden kennt zum Beispiel Pirna und das Pirnaer Polytechnische Kunstseidenmuseum? Hier ist in Zusammenarbeit zwischen dem Kunstseidenwerk Siegfried Rädels und einem Museum eine ständige Ausstellung entstanden, die als polytechnisches Museum die Technik und die gesellschaftliche Geschichte des Betriebes darstellt und bereits Tausende von Besuchern gefunden hat. Sie ist ein ganz ausgezeichnetes Beispiel der Betriebsgeschichte und dient jetzt den Berufs- und Fachschulen des ganzen Kreises, teilweise des ganzen Bezirkes Dresden als Anschauungsmaterial. Wir haben eine Konsultationsstelle in Leipzig, die, wie wir gehört haben, auch für den Bezirk Dresden zuständig ist. Vielleicht wäre es nützlich, die Erfahrungen, die in Pirna vorliegen, über diese Konsultationsstelle zu verallgemeinern. Man sollte sich diese Dinge einmal angucken, gerade weil hier zwischen Arbeitern, Gesellschaftswissenschaftlern – das heißt Historikern – und Naturwissenschaftlern – das heißt Chemikern des Betriebes – eine ausgezeichnete sozialistische Gemeinschaftsarbeit geleistet worden ist. Auch in den anderen Museen kann man die örtliche Geschichte nicht ohne Betriebsgeschichte darstellen. Es ist klar, daß beispielsweise meine Abteilung Neuzeit im Märkischen Museum Abschnitte über die Geschichte Berliner Betriebe oder ähnliche Fragen enthält, und daß diese wieder nicht herausgelöst werden können aus der nationalen Geschichte.

Dann noch ein weiteres Wort. Hier ist immer von Betriebsarchiven und staatlichen Archiven die Rede gewesen. Vergessen Sie bitte nicht die Sammlungen der Museen. Da ist alles hineingekommen, was nicht als Verwaltungsakten den ordnungsgemäßen Archivweg ging, das heißt beispielsweise Nachlässe von Kapitalisten. Bei mir im Museum liegen Teile des Nachlasses von Strousberg, dem Eisenbahnkönig. Wer weiß das? Er ist teilweise ausgestellt, also könnte man es wissen (Zwischenruf: ins Archiv nach Potsdam), ja richtig, aber es ist

nicht der schriftliche Nachlaß, sondern Nachlaß in anderer Form, also beispielsweise Abbildungen der Privatjacht, die er gehabt hat, und des Salonwagens, den er gehabt hat. In anderen Fällen sind es Bilder, die irgendwelche Betriebsjubiläen, Geburtstage von Direktoren usw. zeigen. Das sind ganz frühe Aufnahmen aus dem vorigen Jahrhundert, teilweise von erheblichem Wert. Sie zeigen eindrucksvoll, wie die Arbeiter ausgebeutet wurden. Auf manchen sieht man 20-, 30jährige Menschen, die aussehen wie 50-, 60jährige, weil sie durch den Wolf des Kapitalismus gedreht worden sind. Das sind Dokumente, die man ausnützen müßte, weil sie vielfach auch leichter als schriftliche Quellen zu verstehen sind. Ich spreche da aus Erfahrung. Ebenso gehört zur Betriebsgeschichte die Geschichte der Produktivkräfte. Sie finden in den Museen mitunter ganze Pläne alter Fabriken, wonach das Modell völlig oder teilweise rekonstruiert werden kann.

Es handelt sich nicht um ausgesprochene Archivmaterialien, sondern die Museen sind Realienarchive, sind Sammlungen, die das, was die Archive für das Schriftgut tun, für das übrige Kulturgut machen: nämlich sammeln und ordnen. Man sollte nicht nur in die Ausstellung schauen, sondern auch in diese Sammlungen. Denken Sie zum Beispiel nur an die Neujahrplaketten. Die Berliner Eisengießerei hat immer eine Plakette hergestellt, auf der ihre neuesten Produktionserzeugnisse geprägt waren. Beispielsweise ist auf einer Neujahrplakette die älteste von der Gießerei hergestellte Eisenbahnlokomotive zu sehen. Davon existiert sonst keine Abbildung. Solche Dinge, auf die ich hier aufmerksam machen wollte, findet man faktisch in allen Museen.

Schließlich eine dritte Frage. Hier ist von Professor Kuczynski und auch von meinem Vorredner die Sprache auf die Gefahr des Kirchturmhorizonts gebracht worden, ich möchte in diesem Fall lieber Schornsteinhorizont sagen. Ich finde, man kann die Frage nicht dadurch lösen, daß man sagt, entweder schreiben die Arbeiter ihre Betriebsgeschichte selbst, oder die Wissenschaftler können auch einmal ganz gut eine Betriebsgeschichte schreiben. Es ist doch keine ganz leichte Frage, Betriebsgeschichte, örtliche Geschichte und nationale Geschichte miteinander zu verknüpfen. Mein Vorredner zeigte sehr deutlich, welche Probleme da auftauchen. Man muß manchmal mit ziemlichen Vorkenntnissen an diese Fragen herangehen. Meiner Meinung nach liegt die Lösung für die Betriebsgeschichte in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Wissenschaftlern und Arbeitern. Nicht das Entweder-Oder, sondern das Miteinander ist die Lösung, zu der wir kommen müssen. Und vor diesem Miteinander sträubt man sich im Grunde nur dann, vor allem von wissenschaftlicher Seite, wenn man Angst hat, daß sich die Arbeit auf einen allein konzentriert. Wenn wir uns aber klar werden – und ich glaube, das Beispiel Museen hat das klargemacht – daß wir viel mehr Wissenschaftler und wissenschaftliche Institute haben als wir uns vorstellen, dann glaube ich, ist der Gedanke, auch in diesen Fragen zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu kommen, durchaus real.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON HEINZ MÜLLER

Kollege Dr. Hühns hat zu der wichtigen Frage der Darstellung bzw. Berücksichtigung der Betriebsgeschichten in unseren Heimatmuseen gesprochen.

Seine Ausführungen möchte ich durch einige Hinweise zur Veranschaulichung der Betriebsgeschichte in Ausstellungen und Museen ergänzen.

Bereits während der Materialsammlung sollten die mit der Erarbeitung von Betriebsgeschichten beauftragten Kollektive auch die mögliche Verwendung der Materialien für Ausstellungen als ständigen Gesichtspunkt berücksichtigen. Bei der ausstellungsmäßigen Verarbeitung kann man im wesentlichen folgende Formen unterscheiden:

1. Sonderausstellungen, die aus bestimmten Anlässen, wie z. B. Jahrestag der Novemberrevolution von 1918, Gründung unserer volkseigenen Betriebe oder Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, veranstaltet werden. Entsprechend dem Anlaß sollten hier schwerpunktmäßig die Tatsachen aus der Geschichte des Betriebes veranschaulicht werden, die beispielsweise den Verlauf der Novemberrevolution von 1918 im Betrieb und die nationalen Zusammenhänge zeigen.

Für solche Ausstellungen gibt es in der ganzen Republik schon zahlreiche Beispiele.

2. Ständige Betriebsausstellungen, die z. B. in Verbindung mit dem technischen Kabinett, der technischen Betriebsschule oder dem Lehrkombinat eingerichtet werden.

Die ständigen Ausstellungen müssen einen konzentrierten Überblick über die gesamte Geschichte des Betriebes unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung nach 1945 vermitteln.

Eine gesonderte Abteilung sollte hier zur Propagierung der Aufgaben des Betriebes im Rahmen des Siebenjahrplanes und der in diesem Zusammenhang zu lösenden technisch-wissenschaftlichen Probleme eingerichtet werden.

Neben den Möglichkeiten, die eine solche ständige Ausstellung für die politisch-ideologische Erziehung der Belegschaft und die spezielle technische Propaganda des Betriebes bietet, ist sie gleichzeitig eine sehr geeignete Form, um Besucher des Betriebes (Delegationen usw.) in kürzester Zeit mit der Entwicklung und dem Produktionsgegenstand sowie den wichtigsten gesellschaftlichen Problemen des Betriebes bekannt zu machen.

Bisher sind Beispiele für ständige Ausstellungen in unserer Republik noch nicht bekannt.

3. Betriebsmuseen sollten den Charakter eines wissenschaftlichen Museums tragen. In ihnen müßte durch gut ausgewählte Exponate (Modelle, Zeichnungen, Fertigprodukte, Originalakten usw.) die Entwicklung des Betriebes in abgeschlossenen Abteilungen in ihrem unmittelbaren ökonomischen und weiteren gesellschaftlichen Zusammenhang dargestellt werden. Dadurch unterscheiden sich die Betriebsmuseen von den ständigen Ausstellungen, die praktisch laufend, entsprechend den jeweiligen Schwerpunktarbeiten der Produktion und der ideologischen Erziehung, umgestaltet werden müssen.

Gegenwärtig gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik noch kein ausgereiftes Beispiel für die Betriebsmuseen. Ein Vorhaben, das sehr stark den Prinzipien eines Betriebsmuseums entspricht, bereitet der VEB Motorradwerke Zschopau in Gemeinschaft mit der Fachstelle für Heimatmuseen (Halle – Dr. Knorr) und dem Institut für Geschichte der Technik und Naturwissenschaften der Technischen Hochschule Dresden in der Augustusburg vor.

Hier soll ein technisches Spezialmuseum des Zweitakt-Motorrades entstehen, und die Eröffnung wird Mitte 1961 erfolgen.

Zur Berücksichtigung der Betriebsgeschichte in den Heimatmuseen hat bereits Kollege Dr. Hühns gesprochen. Es sei nur nochmals unterstrichen, daß wir hier ein hervorragendes Mittel haben, um weite Kreise der Bevölkerung mit den wichtigsten Fakten aus der Geschichte unserer Betriebe bekannt zu machen.

Karl Marx schreibt: „Dieselbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Erkenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Reliquien von *Arbeitsmitteln* für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen.“¹

Ohne diesen Gedanken hier weiter, in seiner Bedeutung für die Betriebsgeschichte, darzulegen, möchte ich abschließend alle Teilnehmer der Konferenz auffordern, dafür zu sorgen, daß wir in unseren Betrieben aufhören mit der sinnlosen Verschrottung von wertvollen Maschinen und sonstigen Produktionseinrichtungen, die für die Darstellung der Entwicklung der Produktionsweise des Betriebes von hervorragender Bedeutung sein können.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON HANS OTTO GERICKE

Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an und halte die Anlegung ständiger Ausstellungen in den Betrieben über ihre Geschichte für sehr wertvoll. Mein Vorredner Dr. Müller, Dresden, meinte, daß sie auch Gästen des

¹ Marx, Karl, Das Kapital. Berlin 1959, Bd. I, S. 188.

Betriebes gezeigt werden können. Das muß man erweitern. Seit der Einführung des polytechnischen Unterrichts sind viele Schüler „Gäste“ des Betriebes. Für ihre Bildung und Erziehung bieten derartige Ausstellungen eine gute Hilfe zur Veranschaulichung und konkreten Darstellung allgemeiner Erscheinungen der historischen Entwicklung in Deutschland. Weiter erwachsen daraus eine enge Verbindung zu den Arbeitern des Werkes und ein besseres Verständnis ihrer Probleme.

Zu weiteren Zwischenbemerkungen ergriffen *Hans Hirsch* und *Heinzpeter Thümmler* das Wort.

ZU DEN QUELLEN DER BETRIEBSGESCHICHTE

VON HEINZPETER THÜMMLER

In seinem Referat „Zum Stand der ‚Geschichte der Fabriken und Werke‘ in der DDR“ gibt Dr. Radandt die wichtigsten Quellen der Betriebsgeschichte an. Zu den Quellen, die man für die Betriebsgeschichtsschreibung verwenden kann, möchte ich noch einiges ausführen, um besonders den Betrieben mit wenig Material im eigenen Archiv einige Anregungen zu geben. Noch zu oft begegnet man in den Betrieben der Meinung: Wir können keine Betriebsgeschichte über die Zeit vor 1945 schreiben, da wir für diese Zeit kein Material haben. Das heißt, diese Betriebe haben in ihren Archiven keine Quellen – also wollen sie keine Betriebsgeschichte schreiben. Aber gerade unsere Arbeitstagung soll auch diesen Betrieben Hinweise geben. Und ich glaube, daß in jedem Betrieb mit einem kleinen bzw. unvollständigen oder mangelhaften Betriebsarchiv nach Auswertung des Materials unserer Tagung ein Weg gefunden wird, um Quellen zu erschließen und den Werktätigen des Betriebes sobald wie möglich eine Betriebsgeschichte auf den Tisch zu legen.

Dieses Festhalten am Betriebsarchiv, das die Betriebsgeschichtsschreibung hemmt, weil es sie vom Vorhandensein eines ausreichenden Betriebsarchivs abhängig macht, kann auch andere Auswirkungen haben. Diese treten ein, wenn das Betriebsarchiv ein zu reichhaltiges Material liefert. Dann tritt ein zu starres Festkleben an den Quellen des Betriebsarchivs ein, was zu einer Unterschätzung anderer ebenfalls wichtiger Quellen führt. Zum Beispiel kann die Verarbeitung allgemeingültiger Literatur des Marxismus-Leninismus vernachlässigt werden, oder die Erlebnisberichte der Veteranen der Arbeiterbewegung werden nicht genügend gewürdigt, oder die Verbindung zur lokalen und allgemeinen Geschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung wird nicht ausreichend hergestellt u. ä.

Vor uns steht heute die Aufgabe, die Mehrheit unserer Betriebe überhaupt zur Betriebsgeschichtsschreibung anzuregen und sie zur Auswertung ihrer Betriebsarchive zu veranlassen. Auf keinen Fall bedeuten meine Ausführungen über das Festkleben an den Quellen des Betriebsarchivs eine Verringerung der Rolle des Betriebsarchivs selbst. Ausgangspunkt und Grundlage unserer betriebsgeschichtlichen Forschungen werden immer die Betriebsarchive sein, soweit sie über entsprechendes Material verfügen. Doch kann heute keine Betriebsgeschichte

geschrieben werden, wenn man sich nur auf die Quellen des Betriebsarchivs stützt und andere wichtige Quellen, so die Dokumente und Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei und der Gewerkschaften, die Tageszeitungen, Fachzeitschriften usw. vergißt. Dr. Radandt hat in seinen mündlichen Ergänzungen zu seinem uns schon schriftlich vorliegenden Referat einer dringenden Notwendigkeit entsprochen, indem er besonders noch auf die Bedeutung dieser Quellen hinwies. In seinem Referat faßte er die Quellen zu eng.

Eine der ersten Aufgaben des Kollektivs, das sich zur Betriebsgeschichtsschreibung zusammenfindet, ist die Erfassung aller Quellen. Ich unterstreiche das Wort Kollektiv und will damit ausdrücken, daß ich es in jedem Falle für unerläßlich halte, ein Kollektiv an der Betriebsgeschichte eines unserer Werke arbeiten zu lassen, so wie es Dr. Radandt vorschlägt und auch einige Vorredner ganz klar ausdrückten. Nur ein Kollektiv kann den qualitativen wie auch quantitativen Anforderungen einer umfassenden und guten Betriebsgeschichte gerecht werden, einer Betriebsgeschichte, die unseren Arbeitern besonders die Erfolge der letzten Jahre zeigt und die entscheidend zur Bewußtseinsbildung beiträgt.

Das Kollektiv kann sich die Quellenerschließung erleichtern, indem es einzelne Kollegen für bestimmte Gebiete verantwortlich macht, z. B. für das Material im Betriebsarchiv, für Erlebnisberichte, für allgemeine Literatur, Handbücher usw. in den Bibliotheken, für Quellen in den außerbetrieblichen Archiven, für Firmengeschichten aus der Zeit des Kapitalismus bzw. aus gleichgelagerten Betrieben Westdeutschlands, für Betriebsgeschichten, die schon in der DDR herauskamen und den sozialistischen Aufbau in anderen Betrieben zeigen, für Zeitungen, Zeitschriften und Betriebszeitungen aus der Zeit vor 1945 und aus der Zeit nach 1945 und andere Quellen mehr, wie sie sich aus den Verhältnissen des Betriebes und der geplanten Betriebsgeschichte ergeben. Diese Art des Herangehens an die Quellenerschließung befreit aber nicht davon, daß die grundlegenden Quellen vom gesamten Kollektiv studiert werden müssen.

Im Kollektiv können die durchforschten Quellen gemeinsam ausgewertet werden, wobei von vornherein den Kollegen für die spezielle Arbeit an den Quellen ein Arbeitsplan zu geben ist, der es ihnen möglich macht, Material für alle geplanten Abschnitte der Betriebsgeschichte zu sammeln bzw. den Kollegen, die bestimmte Abschnitte bearbeiten, Hinweise zu geben. So soll verhindert werden, daß die einzelnen Kollegen isoliert an die Erarbeitung ihres Abschnittes gehen und einzelne, nicht grundlegende Quellen von mehreren Kollegen durchgearbeitet werden. Das Kollektiv muß in rationeller Gemeinschaftsarbeit beim Schreiben der Betriebsgeschichte dem Beispiel der sozialistischen Brigaden in den Betrieben nacheifern und bei geringstem Arbeitsaufwand höchste Ergebnisse erzielen.

Bei den Quellen, die für die Betriebsgeschichtsschreibung von Wichtigkeit sein können, sind nicht zuletzt die außerbetrieblichen Archive zu nennen. Nicht alle Betriebe müssen nun alle in Frage kommenden Archive durchstöbern. Bei

Betriebsgeschichten kleinerer Betriebe, wenn dazu überhaupt außerbetriebliche Archive benutzt werden, entsprechen im allgemeinen die lokalen Archive wie Gemeinde-, Stadt- und Kreisarchive den Erfordernissen. Sie können ergänzendes Material über die Ortsgeschichte, die lokale Arbeiterbewegung, die sozialen Verhältnisse, Steuern etc. liefern. Bei Mittel- und Großbetrieben ist allerdings auch ein Besuch unserer großen staatlichen Archive zu empfehlen. Durch sie kann man Vorgänge auf höherer Ebene, z. B. Verbindungen zu Länderverwaltungen aufdecken. Größere Arbeiterbewegungen, Streiks u. a. fanden auch in den hier lagernden Akten ihren Niederschlag.

Besondere Ausführungen über Art und Aufbau dieser außerbetrieblichen Archive, die für die Betriebsgeschichtsschreibung benutzt werden können, erspare ich mir. In dem von Hubert Mohr und Dr. Erik Hühns herausgegebenen Buch „Einführung in die Heimatgeschichte“, Berlin 1959, sind z. B. diese Quellen ausreichend kommentiert.

Nur möchte ich hier erwähnen, daß wir, wenn wir von außerbetrieblichen Archiven für die Betriebsgeschichtsschreibung sprechen, die Betriebsarchive selbst nicht vergessen dürfen. Sie wurden bisher noch nicht genügend für die Betriebsgeschichtsschreibung anderer Betriebe genutzt. Hat ein Betrieb Materialschwierigkeiten, so muß er auch an die Archive anderer Betriebe denken, zum Beispiel an Archive von Betrieben am gleichen Ort, die über die Arbeiterbewegung im Ort Material haben könnten, oder an Archive von Betrieben des gleichen Industriezweiges, die über die allgemeine Lage der Arbeiter dieses Industriezweiges, über große Lohnkämpfe usw. Auskunft geben könnten. Auch in solchen Betrieben, mit denen in kapitalistischer Zeit Geschäftsverbindungen bestanden oder die ehemals den gleichen Besitzer hatten bzw. die mit dem eigenen Betrieb in einer Monopolverbindung organisiert waren —, auch dort könnten die Archive Quellen für die Geschichte unseres Betriebes liefern, indem sie z. B. über Gewinne der ehemaligen Besitzer, über Kapitalverflechtungen, über die Ausbeutung der Arbeiter durch einen Kapitalisten usw. ausagen.

Unter bestimmten Bedingungen kann die Benutzung anderer Betriebsarchive äußerst wichtige Aufschlüsse geben. Deshalb weise ich auch auf die Bibliographie von in der DDR erschienenen Betriebsgeschichten hin, die fortlaufend im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erscheint und die Möglichkeit gibt, Betriebsgeschichten anderer ähnlich gelagerter oder aus besonderen Umständen wichtig erscheinender Betriebe anzufordern. Warum sollte man nicht auch auf diese Betriebsgeschichten zurückgreifen können, wenn man die Geschichte des eigenen Betriebes schreibt? Ich meine nicht nur die Verwendung als Vorbild, sondern auch als Quelle. Bestimmte Fakten können übernommen und einzelne Abschnitte ganz zitiert werden, wenn sie in gewisse Beziehung zur Geschichte des eigenen Betriebes gebracht werden. Im übrigen lassen diese Betriebsgeschichten Rückschlüsse auf das Material in den Archiven anderer Betriebe zu und können so eine Hilfe bei der Quellensuche sein.

Ein Kollektiv, das sich mit den außerbetrieblichen Quellen beschäftigt, wird zwangsläufig auf einen breiteren Untersuchungskreis gelenkt, eine Tatsache, die nur von Vorteil sein kann; sie verhindert eine übertriebene Enge der Betriebsgeschichte und fördert die Verbindung der Betriebsgeschichte mit der Geschichte des Industriezweiges, der lokalen Geschichte und der nationalen deutschen Geschichte.

Aus meiner Arbeit zu Problemen der Geschichte einzelner Betriebe möchte ich einige Beispiele bringen, die zeigen, wie außerbetriebliche Archive gutes ergänzendes Material liefern können. Bei der Untersuchung der Lebens- und Wirtschaftsweise einer deutschen Millionärsfamilie fand ich lange Zeit im Betriebsarchiv kein ausreichendes Material über die Anfänge dieser Familie. Erst im Stadtarchiv konnte ich nach wiederholtem Suchen in den Steuerakten den Namen der Familie finden und anhand der Steuerzahlungen sowie des Aufstiegs in den Steuerklassen Aufschlüsse über den sozialen Aufstieg der Familie erhalten.

Vor zwei Jahren arbeitete ich im Archiv der Vereinigten Kreidewerke in Saßnitz auf Rügen, um Material über die Lage der Kreidearbeiter zu sammeln. Um das Material zu vervollständigen, besuchte ich auch alle in Frage kommenden Verwaltungsarchive. So entdeckte ich z. B. im Landesarchiv Greifswald in den Akten des Regierungspräsidenten zu Stralsund unter dem Betreff: „die allgemeine Gewerbeordnung in Spec. die gewerblichen Anlagen“ Arbeitsordnungen von Kreidebetrieben aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die ich an anderer Stelle noch nicht gefunden hatte, die mir aber wichtiges Material zur Lage der Kreidearbeiter gaben.

Um eine Streikgeschichte der Kreidearbeiter auf Rügen zu vervollständigen, mußte ich eine Reihe von Tageszeitungen durchsehen, bürgerliche, sozialdemokratische und gewerkschaftliche. Wo fand ich diese? Auf Rügen nicht! Einige entdeckte ich im Stadtarchiv Stralsund, einige in der Universitätsbibliothek in Greifswald und eine sehr wichtige, den „Proletarier“, das Zentralorgan des Fabrikarbeiterverbandes, in Berlin. Diese Zeitungen gaben mir wertvolles Material, und sie dienten nicht zuletzt dazu, ungenaue Angaben in Erlebnisberichten zu berichtigen.

Um besonders ausgefallene Quellen zu erwähnen, noch folgende Beispiele: Für die Lage der Kreidearbeiter konnte ich über das Problem der Saisonarbeit einiges Material im Archiv einer Oberförsterei finden. Bei der Aufdeckung von Beziehungen kapitalistischer Familien halfen mir einige Kirchenbücher und sogar ein Friedhofsregister.

Und noch etwas: Sucht man spezielle Literatur, so soll man natürlich alle Bibliotheken ansprechen, doch sind auch hier nicht die Archive, die oft kleine Bibliotheken haben, und die Museen zu vergessen. Ich erwähne hier ausdrücklich die Museen, die tatsächlich bisher noch nicht zur Quellensuche empfohlen wurden, bis auf die Ausführungen meines Vorredners Dr. Hühns. Über die Geschichte der Weißenfelder Schuhindustrie fand ich die wichtigste Literatur im Museum zu Weißenfels. In Museen befindet sich nicht nur allgemeines

Museumsgut, Ausstellungen, Sammlungen usw., die auch für die Betriebs- geschichtsschreibung von Wichtigkeit sein können – man findet dort oft sogar verblüffend gutes Material zur Betriebsgeschichte. So hat das Museum in Weißenfels unter anderem einen Aktenbestand über Diesel und auch einen Schriftwechsel großer Mühlen dieser Gegend aus dem Jahre 1918 über Lohn- fragen. Diese Quellen gehören an sich in staatliche Archive. Leider hängen die Leiter der Museen oft zu stark an dem Material, das sie z. T. selbst zusammen- getragen haben. Sie hoffen, es bei irgendeiner Gelegenheit in ihrem Museum verwenden zu können. Wenn das Material in unseren Archiven läge, wäre es allen Historikern zugänglich, und die Museen könnten nach Bedarf Leihgaben oder Fotokopien erhalten.

Mit meinen Ausführungen wollte ich zeigen, daß es für jeden Betrieb möglich sein muß, selbst bei geringem eigenem Material, jedoch bei Nutzung aller Quellen – auch der scheinbar unwahrscheinlichsten – eine Betriebsgeschichte zu schreiben.

ZUR NUTZUNG BETRIEBSGESCHICHTLICHER DATEN UND VORSCHLÄGE ZUR VERBESSERUNG DER ARBEIT AN BETRIEBSGESCHICHTEN

VON KURT OHLENDORF

Zuerst möchte ich es besonders begrüßen, daß sich die Industriegewerkschaft Bergbau, der auch ich angehöre, durch den Vorsitzenden des Zentralvorstandes, Genossen Lucas, so maßgeblich und aktiv an unserer Tagung beteiligt. Wir alle dürfen wohl die Erwartung aussprechen, daß sich damit auch die Betriebsgewerkschaftsleitungen unserer volkseigenen Bergbaubetriebe aktiver in die Arbeiten zur Erforschung der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe einschalten werden. Möge unsere Arbeitstagung dazu Ansporn sein und den notwendigen Auftrieb geben.

Leider muß festgestellt werden, daß das Schriftgut der Betriebsräte von 1945–1949 und der Betriebsgewerkschaftsleitungen ab 1950, das ja in starkem Maße die Entwicklung seit 1945 widerspiegelt und den Kampf der Arbeiterklasse um den Wiederaufbau der Betriebe und ihre Überführung in Volkseigentum dokumentiert, weitgehend Altpapieraktionen zum Opfer gefallen ist.

Als Betreuer der Betriebsarchive des Industriezweiges Kali stellte ich nach Besprechungen mit einigen BGL-Vorsitzenden im Jahre 1959 diese Tatsache fest. Wir gaben darauf ein Rundschreiben an unsere Werkdirektoren heraus und baten diese, den Betriebsgewerkschaftsleitungen vorzuschlagen, ihr Schriftgut zunächst treuhänderisch an die Betriebsarchive abzugeben. Ein neuerlicher Beschluß des Bundesvorstandes regelte jetzt die endgültige Verwahrung des Schriftgutes der Betriebsgewerkschaftsleitungen in den Betriebsarchiven. Wir bitten Genossen Lucas, von seinen Zentralvorstandes alles zu tun, um weitere Verluste des genannten Schriftgutes auszuschließen. Von der VVB Kali aus werden wir alles tun, um solche Maßnahmen zu unterstützen. Die anwesenden Vertreter von Betrieben aller Industriezweige und ihrer Gewerkschaften bitten wir, dasselbe zu tun, damit weitere Verluste von Schriftgut der Gewerkschaft verhütet werden.

Es dürfte erforderlich sein, daß alle Betriebsarchive bald damit beginnen, Bestandsinformationen für das Schriftgut über die Arbeiterbewegung zusammenzustellen, wie z. B. über Arbeiterausschüsse, Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsleitungen. Dabei ist es wichtig, nach Tagungsprotokollen seit den Anfängen der Gewerkschaften, wie z. B. des Bergarbeiterverbandes seit 1890, in den Beständen zu suchen. Uns ist es gelungen, auf diese Weise die

Kopie eines Protokolls aus den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung in der Kaliindustrie von 1897/98 zu ermitteln. Das Protokoll wurde inzwischen in seinen wesentlichen Teilen und mit einer Analyse im 2. Jahrg. 1960, Heft 2, der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ veröffentlicht.

Die Geschichte unserer volkseigenen Betriebe ist die Geschichte der Arbeiterklasse und nicht diejenige der alten Herren der Betriebe, die nach 1945 entmachteten wurden. Während in Westdeutschland die Werksarchive der Verbesserung des sog. Betriebsklimas, d. h. der Beeinflussung der Arbeiterschaft im Sinne der Monopolherren und der Reklame dienen, haben wir unser staatliches Schriftgut in den Betrieben für die Hebung des Bewußtseins der neuen Herren der Betriebe zu nutzen. Wie Genosse Lucas bereits in seinem Referat betonte, ist das besonders wichtig bei der Aufklärung unserer Lehrlinge und Jungarbeiter. Die Lehrer unserer Betriebsberufsschulen und die Dozenten unserer Betriebsakademien müssen Material in die Hand bekommen, das schwarz auf weiß beweist, wie hart und zielbewußt die Arbeiterklasse kämpfen mußte, um unserer jungen Generation alle Tore zur beruflichen und kulturellen Entwicklung zu öffnen. So werden wir als Historiker und als Archivare in unserer volkseigenen Wirtschaft das Bewußtsein unserer Produktionsarbeiter weiter heben können und sie zu immer größeren Leistungen bei der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe und des Siebenjahrplanes befähigen.

In Zusammenarbeit mit dem Methodischen Kabinett in Erfurt als dem Leitkabinett für Berufsausbildung unseres Industriezweiges wurden unseren Betriebsberufsschulen Mikrofilme von Dokumenten zur Anfertigung von Dias zur Verfügung gestellt, die unseren Pädagogen eine gute Unterstützung mit Materialien für den Unterricht gegeben haben und weiter geben werden. Ein kurzer Abriß der Geschichte des Industriezweiges mit Materialien für den Unterricht wird in absehbarer Zeit folgen. Der Abriß erhebt nicht Anspruch auf eine streng wissenschaftliche Arbeit, doch kann er dafür durch die ausführlichen Quellenangaben eine Grundlage schaffen.

Ich berichte von diesen Erfahrungen, um den Genossen und Kollegen beim Vorliegen gleicher Voraussetzungen eine Hilfe zu geben. Selbstverständlich ist anzustreben, daß die Geschichte jedes unserer volkseigenen Betriebe und Güter geschrieben wird, weil diese Geschichten das Zugehörigkeitsgefühl der Werktätigen zu ihren Betrieben stärken. Durch Kollektivarbeit an diesen Betriebsgeschichten wird es gelingen, den Belegschaften stärker zum Bewußstein zu bringen, daß ihr Betrieb ihre Heimstatt ist. Soweit wir in den Betrieben in dieser Hinsicht noch am Anfang der Entwicklung stehen, sollten wir wenigstens wichtige Dokumente zur Betriebsgeschichte mit entsprechenden Analysen in den Betriebszeitungen veröffentlichen.

Doch dies allein scheint mir nicht zu genügen. In Westdeutschland finanzieren die Monopole die in Göttingen erscheinende Zeitschrift „Die Tradition“. Dem sollten wir die Tradition der Arbeiterklasse in unseren Betrieben gegenüberstellen. Deshalb möchte ich hier den Vorschlag unterbreiten, daß der FDGB

als die Massenorganisation unserer Werktätigen in Verbindung mit dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, der Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte, Abt. Wirtschaftsgeschichte, der Deutschen Historiker-Gesellschaft und nicht zuletzt mit den Betrieben selbst die Herausgabe einer periodisch erscheinenden Zeitschrift unter dem Titel „Die Tradition der Arbeiterklasse in unserer Wirtschaft“ vorbereitet. Dieses Organ sollte der Verbreitung von Erfahrungen auf dem Spezialgebiet der Betriebsgeschichte, der Veröffentlichung von Beiträgen aus der Geschichte der Betriebe und der Industriezweige dienen. Es wäre dabei anzustreben, daß diese Zeitschrift von allen Betrieben, Betriebsparteiorganisationen, Betriebsgewerkschaftsleitungen und Instituten gehalten wird. Es ist sicher möglich, bei dem wachsenden Interesse an der Darstellung von Betriebsgeschichten einen Mitarbeiterstab zu bilden.

*Stand und Planung der betriebsgeschichtlichen Arbeit im
Industriezweig Kalibergbau*

Für unseren Industriezweig möchte ich über den neuesten Stand der Arbeiten zur Betriebsgeschichte der Werke berichten. Zunächst ein Rückblick:

Für die kapitalistische Periode liegen Betriebsgeschichten folgender Werke vor:

- Aschersleben (heute stillgelegt)
- Burbach-Konzern
- Fabrik Concordia
- Glückauf Sondershausen
- Kaiseroda (jetzt Teil des Kombinats Werra)
- Krügershall (jetzt Deutschland)
- Staßfurt
- Alkaliwerke Westeregeln

Nach dem 8. 5. 1945 wurden in folgenden Werken betriebsgeschichtliche Darstellungen kurzer oder ausführlicher Art erarbeitet und herausgegeben:

- 1949 Bleicherode (jetzt Karl Liebknecht)
- 1950 Kaiseroda (jetzt Teil des Kombinats Werra)
- 1952 Staßfurt
 - Sollstedt (jetzt Karl Marx)
- 1953 Rossleben
- 1956 Volkenroda
- 1957 Deutschland
- 1959 Thomas Müntzer Bischofferode

Aus der Betriebsgeschichte gibt es für die Zeit nach 1945 folgende in Betriebszeitungen und heimatgeschichtlichen Zeitschriften veröffentlichte Teildarstellungen:

Deutschland,
Ernst Thälmann (jetzt Teil des Kombinats Werra),
Volkenroda.

Der Stand der gegenwärtigen Arbeiten bei einigen Werken ist folgender: Zu einer Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk Karl Liebknecht werden bzw. wurden Vorarbeiten geleistet. Zunächst haben verschiedene Kollegen Aufträge erhalten, für bestimmte Betriebsteile Material zu sammeln und Erlebnisberichte niederzuschreiben, die dann als weitere Arbeitsgrundlagen für die Betriebsgeschichte dienen sollen. Im VEB Kaliwerk Deutschland wurden auf Veranlassung der Werkleitung die in den Archivalien des Betriebsarchivs enthaltenen wichtigen Vorgänge und Daten auf Karten festgehalten. Sie sollen als Grundlage für die künftige Betriebsgeschichte dienen. Im VEB Kaliwerk Glückauf plant man zunächst nur eine kleinere Broschüre über die geschichtliche Entwicklung des Werkes, der nach Bearbeitung des gesamten Schriftgutes in Staatsarchiven eine ausführliche Darlegung folgen soll. Durch große Verluste an Schriftgut im Jahre 1950 ist das im Werk selbst vorhandene Schriftgut für diese Arbeiten völlig unzureichend. Im VEB Kalikombinat Werra wurde unter Anleitung des Genossen Seidl von der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Akademie eine Kommission zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte gebildet. Dieses Kollektiv wird durch das Wirtschaftsfacharchiv der Kaliindustrie in bezug auf Schriftgut, Bereitstellung und Hinweise Unterstützung erhalten. Aus den betriebsgeschichtlichen Darstellungen der Werke sind diejenigen von Staßfurt und Volkenroda hervorzuheben. Bei Staßfurt besteht der Mangel der Darstellung in dem Überwiegen des technischen Teils und in der ungenügenden Verknüpfung der Arbeiterbewegung mit dem Betriebsgeschehen. Dieser Mangel ist bei der Schrift von Volkenroda, in der zwar auch die technischen Daten überwiegen, im gewissen Grade überwunden. Bei der neuesten Schrift des VEB Kaliwerk Thomas Müntzer ist die gesamte Anlage als unvollkommen zu bezeichnen. Mit Ausnahme der Arbeit von Volkenroda ist keine Arbeit im Kollektiv entstanden, was als ein großer Mangel anzusehen ist. Künftige Arbeiten müssen auf einer wesentlich breiteren Grundlage durchgeführt werden. Jedoch ist vor solchen Kommissionen zu warnen, die sich lediglich mit Stellungnahmen zu Einzelarbeiten begnügen.

Auf einer Tagung, die am 19. 11. 1960 in Halle stattfand und sich mit dem Forschungsthema „Kampf der deutschen Chemiewerker gegen die Konzerne und für den Sieg des Sozialismus“ befaßte, wurden Vorschläge zur Bildung geeigneter Kollektive für die Erarbeitung von Betriebsgeschichten gemacht, wobei die Partei, die Betriebsparteiorganisation in den Betrieben, die Führung zu übernehmen hat. Soweit Zirkel schreibender Arbeiter in den Betrieben bestehen, sollte ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich aktiv an den Arbeiten zur Betriebsgeschichte zu beteiligen.

Verbindung von Betriebsgeschichte und Heimatgeschichte

Zu dem Referat des Genossen Dr. Wächtler habe ich einige Anregungen zu geben.

Unsere heute volkseigenen Betriebe bestehen in einem engeren landschaftlichen Raum, zu dessen ökonomischer Entwicklung sie im Zeitpunkt ihrer Entstehung beigetragen haben. In ursprünglich rein landwirtschaftlichen Gemeinden und Kreisen entstanden damals neue Industrien. Die vor diesem Zeitpunkt in landwirtschaftlicher Abhängigkeit von feudalen Gutsherren befindlichen Gutsarbeiter gingen in die Industrie. Die Kapitalisten boten ihnen höheren Lohn, was in den damaligen Zeiten für die neuen, freien Lohnarbeiter einen ökonomischen Fortschritt bedeutete. Das Industrieproletariat gewann auch in den ländlichen Bezirken an Einfluß, jedoch hatte diese Entwicklung auch einen Nachteil: Die Industriearbeiter aus der Landwirtschaft wurden zu Halbproletariern. Da die Löhne beispielsweise im Kalibergbau bei Arbeitern mit Familien zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Existenz der Familien nicht ausreichten, übten die Arbeiter neben ihrem Hauptberuf noch eine Tätigkeit in der Landwirtschaft aus. Vorher hatten sie ein noch elenderes Hungerdasein führen müssen. In den einzelnen Bezirken, in denen Kalibetriebe auf dem Lande entstanden waren, übte etwa ein Viertel bis die Hälfte der Kalibetriebe nebenberuflich eine landwirtschaftliche Tätigkeit aus, wie es Darmstädter in seiner Dissertation von 1911 für das Jahr 1907 nachgewiesen hat. Den Besitzern der Produktionsstätten war hierdurch ein Mittel in die Hand gegeben, die Fluktuation der Arbeiter weitgehend zu verhindern und die Ausbeutung der Lohnarbeiter in überdurchschnittlichem Ausmaße aufrechtzuerhalten.

Dieses Beispiel soll darlegen, wie wir sowohl im Rahmen der Betriebsgeschichte als auch im Rahmen der Heimatgeschichte diese gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenhänge behandeln müssen. Den Betriebsgeschichten sollte in allen Fällen eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung des Ortes bzw. des engeren Wirtschaftsraumes in kurzer Form vorausgeschickt werden. Dabei sollte auch der Kampf der kleinen Bauern in der Vergangenheit gegen ungemessene Frondienste und Unterdrückung durch die feudalen Gutsbesitzer nicht unberücksichtigt bleiben, um unseren Genossenschaftsbauern bewußt zu machen, daß unsere Werktätigen in den Betrieben ihnen nicht nur praktische, sondern auch ideelle Hilfe geben. Damit fördern wir das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern als der Basis unserer Staatsmacht. Unsere Tagung steht nicht zufällig unter dem Gesamthema „Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“.

Als Beispiel einer solchen zusammenhängenden Betrachtung möchte ich die einleitenden Beiträge zur Geschichte der Umgebung des Betriebes (gesellschaftliche und ökonomische Probleme) in der Schrift „50 Jahre Kalibergwerk Volkenroda“ anführen, die in dem Buch von Mohr/Hühns kurz umrissen worden sind. In

ähnlicher Weise wird das in der im Entstehen begriffenen Betriebsgeschichte des Kaliwerkes Karl Marx in Sollstedt und der ebenfalls in Arbeit befindlichen Ortsgeschichte von Sollstedt geschehen. Ebenso sollten wir die Hilfe der KPD für die werktätigen Bauern in der Periode der Brüning-Diktatur deutlich machen, falls uns Material aus KPD-Betriebszeitungen dieser Zeit zur Verfügung steht, wie z. B. die Zeitung „Der Kötjer“ in Staßfurt-Leopoldshall. Für die künftige Geschichtsschreibung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollten diese Dinge in gleicher Weise herangezogen werden, ebenso wie dabei die Hilfe der Arbeiterklasse bei der Durchsetzung der Bodenreform als einer notwendigen Etappe auf dem Wege zur genossenschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen ist.

Genosse Dr. Wächtler sagte mit Recht, daß der Autor der Darstellung einer Betriebsgeschichte stärker als der Verfasser einer heimatgeschichtlichen Darstellung eine Vielzahl gesellschaftswissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Prozesse verfolgen und die enge Wechselbeziehung zwischen diesen herausarbeiten muß. Ich möchte jedoch betonen, daß wir, wenn wir Heimatgeschichte im Sinne der Arbeiter und Bauern schreiben, hier in gleicher Weise arbeiten müssen, denn die Heimatgeschichte geht ebenso wie die Geschichte eines Betriebes am Ort genauso die Arbeiter wie die Bauern an und dient damit der Festigung ihres Bündnisses. Das schließt keineswegs aus, daß, soweit einzelne Betriebe Teile eines Konzerns gewesen sind, der durch die Konzentration des Kapitals die Unterdrückung und Ausbeutung verschärfte, auch die Manipulationen dieses Konzerns und der Kampf der Arbeiterklasse dagegen im überörtlichen Rahmen in Betriebsgeschichten und heimatgeschichtliche Darstellungen einbezogen werden müssen.

EINIGE PROBLEME DER ERARBEITUNG VON BETRIEBSGESCHICHTEN

VON WISSO WEISS

Erlauben Sie mir, zunächst dem Veranstalter der Tagung, dem Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin für die gute Vorbereitung der Tagung ein Wort des Dankes zu sagen.

Als Materialien für die Konferenz erhielten die Teilnehmer frühzeitig drei Arbeiten, deren Themen hier zur Diskussion stehen. Jeder von uns hatte deshalb die Möglichkeit, sich entsprechend vorzubereiten und sich mit den zu besprechenden Problemen zu beschäftigen.

In den Thesen von Herrn Lucas heißt es Seite 4: „Die Geschichte der Fabriken und Werke und unserer volkseigenen Güter und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften muß ein vielfältiges Bild des Lebens der Arbeiter, Bauern und Werktätigen in der Zeit des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus bieten.“ Warum soll nicht auch die vorausgehende Feudalzeit behandelt werden? Bei Behandlung landwirtschaftlicher Fragen z. B. wird nicht mit Unrecht oft auf die Frühzeit zurückgegriffen, es werden Vergleiche mit der Zeit des großen Bauernkrieges, der Zeit von Thomas Müntzer gezogen usw. Warum soll nicht auch in der Darstellung der Entwicklungsgeschichte einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft oder eines volkseigenen Gutes die Vorgeschichte im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang dargestellt werden, wenn auch nicht in aller Ausführlichkeit?

Bei industriellen Produktionsbetrieben ist das nicht immer möglich, da wohl die Großzahl erst in kapitalistischer Zeit entstanden ist. Manche konnten überhaupt erst im 19. Jahrhundert entstehen, wie z. B. die Zellstoffwerke, die die moderne Entwicklung der Chemie zur Voraussetzung haben.

Aber es gibt bei den Betrieben der Industrie solche, die in die Feudalzeit zurückreichen, deren Existenz und Geschichte nicht etwa erst mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft beginnt, z. B. in der Glas- und Porzellanindustrie, in der Papierindustrie, auch im Bergbau- und Hüttenwesen.

Ist es nicht gerade interessant, durch längere Zeiträume die Entwicklung eines Werkes zu verfolgen – eine Entwicklung, die über drei oder vier Etappen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschichte reichen kann, von der Feudalzeit bis in unsere Gegenwart, die Zeit des Aufbaues einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung? Wo dies möglich ist, sollte man sich

meines Erachtens bei Betriebsgeschichten nicht auf die in die Augen springende dialektische Gegenüberstellung der kapitalistischen Ära und des Sozialismus beschränken.

In der Untersuchung von Herrn Dr. Radandt wird nun ausdrücklich betont, daß sich diese nur mit den industriellen Produktionsbetrieben befaßt. Stehen aber Handel, Verkehr, Banken und Versicherungen, ja, auch behördliche Einrichtungen und Dienststellen mit der Produktion nicht in enger Verbindung? Bedingen sie sich nicht oft gegenseitig? Und wirken sie nicht aufeinander ein? Bei Betrachtung der Entwicklung der Produktivkräfte sollte man meines Erachtens die angedeuteten Zusammenhänge nicht aus dem Auge verlieren – vielleicht könnten diese besonders interessanten Fragen in einem eigenen Arbeitskreis behandelt werden.

Zur Methodik der Erarbeitung von Betriebsgeschichten: In allen Fällen sollte man versuchen, daß an einer Betriebsgeschichte auch Orts- oder Heimatgeschichtsforscher, Mitarbeiter von wissenschaftlichen Instituten usw. mitwirken, wenn es auch nur beratend sein sollte. Warum? Ein Außenstehender ist nicht „betriebsblind“, er kann von grundsätzlichen und allgemeinen Gesichtspunkten aus immer Anregungen und Hilfe mancherlei Art geben. In allen Fällen sollte jedenfalls angestrebt werden, daß eine Betriebsgeschichte nicht nur eine Sammlung von Erlebnisberichten wird – erlauben Sie mir, etwas zu übertreiben –, sondern eine systematisch aufgebaute, wissenschaftlich fundierte Arbeit, die für Forschung und Wissenschaft von Wert ist, damit der Wirtschaftshistoriker, der Forscher an zentraler Stelle – das ist das Institut, das diese Tagung veranstaltet – aus der Vielzahl der Betriebsgeschichten einmal eine Gesamtdarstellung der Industriegeschichte ausarbeiten kann. Der Zweck einer Betriebsgeschichte ist vielseitig; neben ihrer Aufgabe, die Werkangehörigen mit der Geschichte des Betriebes vertraut zu machen, die politische Bewußtseinsbildung zu fördern, sollte dieser wissenschaftliche Zweck nie aus dem Auge verloren werden. Wenn dies allen Betriebshistorikern zum festen Bewußtsein wird, dann hat die jetzige Tagung eine ihrer wichtigsten Aufgaben erfüllt.

Und nun ein Wort zur Kritik an der Schrift „Greizer Papiermacher einst und jetzt“. Es heißt Seite 31 wörtlich: „Wenn aber der Kampf der Arbeiter im Betrieb in der sonst mit großer Liebe und Sorgfalt gestalteten Werksgeschichte des VEB Papierfabrik Greiz, die gerade den Titel trägt ‚Die Greizer Papiermacher einst und jetzt‘ völlig fehlt, dann gibt es dafür keine vernünftige Erklärung“. Während Herr Dr. Radandt für die zur Kundenwerbung auf der Leipziger Messe erschienenen Schriften ein entschuldigendes Wort gefunden hat, ist diese Wohltat der von mir verantwortlich gezeichneten Schrift des VEB Papierfabrik Greiz nicht zuteil geworden. Zur Aufklärung sei deshalb gesagt, daß der Text ursprünglich als Einleitung für ein für die Vertreter im Ausland bestimmtes Musterbuch der Firma gedacht war. Der VEB Papierfabrik Greiz exportierte damals nach 27 Ländern. Die Papierproben wurden dann aber aus technischen Gründen weggelassen, und die Schrift als solche wurde für den ge-

dachten Zweck verwendet – nicht für die Werktätigen des Betriebes, auch nicht für die Öffentlichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Druckschrift ist nicht im Buchhandel erschienen und nicht käuflich zu erwerben. Für sie gilt also Analoges wie für die zur Leipziger Messe erscheinenden Firmenschriften.

Zur Sache aber folgendes: Bei den „einstigen Papiermachern“ ist nicht so sehr an die der kapitalistischen Zeit gedacht, sondern an die der voraufgehenden Handpapierzeit – der Betrieb wurde 1591 gegründet. Diese alte Zeit und die Zeit des sozialistischen Aufbaues seit 1948 sind ausführlich behandelt. Die kapitalistische Zeit dagegen ist absichtlich nicht breitgetreten, da es beim Zweck dieser Schrift darauf ankam, das Positive des sozialistischen Aufbaues in den Vordergrund zu stellen und zu betonen, nicht das Negative der jüngsten Vergangenheit. Diese Grundkonzeption der Schrift wurde im engsten Einvernehmen mit dem Patenbetrieb des Deutschen Papiermuseums festgelegt, und die Schrift erschien nicht ohne das Imprimatur der Werkleitung. Der Umfang der Schrift beträgt 20 Textseiten Handpapierzeit, fünf Textseiten kapitalistische Zeit, 26 Textseiten Zeit des sozialistischen Aufbaus.

Nun aber in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Bemerkung. Es ist bekannt, daß sich die Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die Arbeiterparteien usw. in manchen Industriezweigen rasch entwickelten, in anderen aber wenig Wirksamkeit hatten. In der Papierindustrie gab es, im ganzen gesehen, verhältnismäßig wenig Kämpfe der Arbeiterbewegung. Die Belegschaft rekrutierte sich oft aus der unorganisierten ländlichen Bevölkerung der Umgebung. Papierfabriken, die aus alten Papiermühlen hervorgingen, liegen oft in rein ländlichen Bezirken, sie lagen und liegen auch heute noch häufig abseits vom großen Verkehr und sogar abseits oder außerhalb der Städte und Dörfer. Von Heiligenstadt auf dem Eichsfeld wird berichtet, daß die Bauern der Umgebung früher zuerst ein Jahr umsonst arbeiten mußten, um als Arbeiter angestellt zu werden. Nur wenige Arbeiter wohnten in der Stadt, die überhaupt kaum Industriebetriebe aufzuweisen hat. In Greiz haben wir ähnliche Verhältnisse, wenn auch nicht in so krasser Form. Ganz anders hingegen lagen die Dinge in den großen, modernen, in kapitalistischer Zeit erst entstandenen Zellstoffabriken; da finden wir, wie in den meisten Großbetrieben modernen Datums, eine gut organisierte Arbeiterschaft, die auch Lohnkämpfe, Streiks, Demonstrationen usw. durchführen konnte.

Die Greizer Schrift ist nur ein erster Abriß einer Werksgeschichte nach neuzeitlichen Erkenntnissen, die für einen besonderen Zweck bestimmt war. Eine ausführliche Betriebsgeschichte für die Werksangehörigen und für die Öffentlichkeit ist noch zu schreiben. Dafür ist gerade die kapitalistische Zeit, die in der Darstellung der erwähnten Schrift entschieden zu kurz kommt, noch eingehend zu untersuchen.

Zu diesem Zweck sollte schon 1957 ein Kollektiv im Betrieb gegründet werden. Nun haben zwei Mitarbeiter des Deutschen Papiermuseums erneut dazu die

Initiative ergriffen und sich zu einer kollektiven Zusammenarbeit bereiterklärt. Die konstituierende Sitzung wird wohl noch in diesem Monat in Verbindung mit der Parteileitung stattfinden.

Die Initiative kam und kommt also von außen. Menschen, die im Produktionsprozeß stehen, müssen viel Energie aufbringen, um sich mit geschichtlichen Fragen zu beschäftigen und konkrete Ermittlungsarbeiten zu übernehmen. Das muß ihnen hoch angerechnet werden. Notwendig ist meines Erachtens vor allem, daß diese Arbeit als gesellschaftliche Tätigkeit anerkannt wird, wenn die Betriebsgeschichten vornehmlich von den Werktätigen des Betriebes selbst geschrieben werden sollen.

Zu den wissenschaftlichen Aufgaben des Deutschen Papiermuseums gehört unter anderem das Sammeln von Material zu einer ausführlichen Darstellung der deutschen Papiergeschichte. Die Geschichte des Papiers baut sich wesentlich auf der Geschichte der Papierbetriebe auf. Hierher gehören aber nicht nur die Papierfabriken, sondern auch die Betriebe, die den Rohstoff liefern, die den Holzschliff, den Zellstoff und auch die Hilfsstoffe herstellen. Außerdem sind die Betriebe der Papierverarbeitung zu berücksichtigen. Darüber hinaus sind aber auch schulische Einrichtungen, Betriebsberufsschulen, Fachschulen, die Papierabteilung der Technischen Hochschule Dresden und die Organisationen der Papierindustrie, neben der VVB Zellstoff-Papier-Pappe z. B. das Projektierungsbüro, das Forschungsinstitut für Zellstoff und Papier und schließlich das Deutsche Papiermuseum mit in die Betrachtung einzubeziehen. Das alles bildet den Sektor Papier in Produktion und Gesellschaft und muß im Zusammenhang, in gegenseitiger Abhängigkeit und Bedingtheit gesehen werden.

Bei der Durchführung eines Teiles unserer Aufgaben, der Erarbeitung einer Geschichte der deutschen Papierindustrie, haben wir also eine enge Berührung mit den Arbeiten des Arbeitskreises „Entwicklung der Produktivkräfte“ — das ist allerdings nur ein kleiner Ausschnitt aus der Gesamtarbeit des Instituts.

Wir haben bisher schon mit dem Institut für Geschichte zusammengearbeitet, und die Verbindung ist durch den Assistenten des Instituts, Kollegen Schlieder, eine sehr gute, zumal er selbst seine Dissertation auf diesem Gebiete vorbereitet. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß diese Zusammenarbeit noch enger werden möge. Wir wollen vor allem die grundsätzliche wissenschaftliche und politische Anleitung und Beratung in praktischen Einzelfällen heranziehen und mit den Mitarbeitern des Instituts bei der Betreuung von Betriebsgeschichten, bei der Arbeit mit den Kollektiven in den Betrieben, zusammenwirken, wobei wir uns auf die sachlich-fachliche Beratung beschränken können. Ich glaube, diese Arbeitsteilung, wenn ich so sagen darf, liegt bei dieser Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse.

Bei der Erarbeitung der Geschichte der Papierindustrie, die sich auf Einzeldarstellungen der Betriebe aufbaut, sind wir auf die Zusammenarbeit mit Orts- und Heimatgeschichtsforschern geradezu angewiesen, denn wir können nicht alle Einzeldarstellungen selbst bearbeiten.

Eine Besonderheit liegt bei uns noch darin, daß wir auch die Geschichte der Betriebe behandeln müssen, die nicht mehr bestehen, die der zahlreichen Papiermühlen, die beim Aufkommen der Papiermaschinen eingegangen sind. Neben archivalischen und sonstigen Studien, dem Sammeln der technischen Denkmale sammeln wir selbstverständlich auch die entsprechende Literatur, auch die in heimatkundlichen Publikationen und Zeitschriften zerstreuten Aufsätze. Darüber hinaus stehen wir in enger Verbindung mit Heimatforschern, mit Lehrern, Bibliothekaren, Archivaren, Ingenieuren und Arbeitern in Betrieben; wir regen die Untersuchung der Geschichte bestimmter Betriebe an – auch einzelner Vorgänge – und die konkreter und offener Fragen der Forschung. Andererseits erteilen wir Auskünfte in Einzelfragen, geben Literaturhinweise und nicht zuletzt auch Anleitung und Beratung, wie es der Einzelfall erfordert. In der losen Arbeitsgemeinschaft der Papierhistoriker in der Deutschen Demokratischen Republik, die auf der ersten Tagung der Papierhistoriker in der Deutschen Demokratischen Republik im Juni 1960 gegründet wurde, sind deshalb Wissenschaftler, Heimatforscher und werktätige Forscher aus den Betrieben zusammengeschlossen.

Und nun noch ein Letztes: Die auf Grund der Bitterfelder Konferenz ergangene Parole „Greif zur Feder, Kumpel!“ wird oft nur so aufgefaßt, daß sich die werktätigen Menschen auf dem Gebiete der schönen Literatur betätigen sollen. Die Bewegung des schreibenden Arbeiters sollte deshalb ausgedehnt werden. Einzubeziehen sind dabei die historischen und wissenschaftlichen Arbeiten. Von dieser Konferenz sollte deshalb die Losung ins Land gehen: „Kumpel, schreib die Geschichte Deines Betriebes“.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON HELMUT BOCK

Kollege Dr. Weiss glaubt, eine Lanze für die Fachwissenschaften brechen zu müssen, indem er sagt, die schreibenden Arbeiter sollten mit ihrer Betriebsgeschichte die nationale Wirtschaftsgeschichtsschreibung unterstützen. Deshalb hebt er hervor, daß unsere Konferenz von der Deutschen Akademie der Wissenschaften, also einer Forschungsstätte, veranstaltet wird.

Dieser Appell ist richtig, aber auch unrichtig! Richtig ist, daß unsere Fachhistoriker beim Schreiben der nationalen Wirtschaftsgeschichte nicht achtlos an der Betriebsgeschichte vorübergehen und daß sie von den Arbeiterforschern vieles lernen werden. Nicht richtig aber wäre es, die schreibenden Arbeiter schlechthin als Zuträger der Wissenschaft, als Hilfstruppe des Akademie-Instituts zu betrachten. Die Bücher, in denen die Arbeiter die Geschichte ihres Betriebes gestalten, werden nicht für die Wissenschaftler, sondern vor allem für die Arbeiter selbst geschrieben. Der Mann an der Drehbank oder am Reißbrett, auf dem Traktor oder im Schacht findet in der Geschichte seines

Betriebes die Geschichte seiner eigenen Person und seiner Väter wieder, und indem er diesen Zusammenhang erkennt, gewinnt er zugleich auch Verständnis für die Probleme der nationalen und der internationalen Geschichte. Daß der Arbeiter beim Lesen der Betriebsgeschichte seine Rolle als sozialistischer Revolutionär und Friedenskämpfer begreift — darauf kommt es vor allen Dingen an! Das gesellschaftliche Bewußtsein des werktätigen Menschen — das ist das naheliegende Ziel, dem die Arbeiterforscher zustreben müssen. In diesem Sinne möchte unser Akademie-Institut die Konferenz durchführen: Wir wollen den Arbeitern helfen, damit sie für ihre Genossen und Freunde die Geschichte ihres Betriebes schreiben können.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON HEINZ HABEDANK

Kollege Dr. Weiss forderte in seinem Diskussionsbeitrag, sich in der Betriebsgeschichte nicht nur mit der Zeit des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus zu beschäftigen, sondern dort, wo Betriebe bereits im Feudalismus entstanden sind, die Darstellung von dort aus bis in die Gegenwart zu führen. Das soll man in den genannten Fällen durchaus tun, und insofern unterstützte Prof. Kuczynski diesen nützlichen Hinweis zu Recht. Aber es ist, so meine ich, ein Umgehen einer Hauptfrage, wenn man dem genannten Vorschlag das Wort redet, ohne gleichzeitig darauf hinzuweisen, welcher Zeitabschnitt proportional am ausführlichsten dargestellt werden muß. Das ist eine entscheidende Frage, die im Beitrag des Vorredners umgangen wurde.

Welchem Zeitabschnitt ist nun in der Darstellung der Betriebsgeschichte das absolute Übergewicht einzuräumen? Meiner Meinung nach gebührt der Periode von 1917 bis zur Gegenwart der weitaus größte Raum in den betriebsgeschichtlichen Darstellungen. Denn die Forderung, daß die betriebsgeschichtlichen Darstellungen in erster Linie der sozialistischen Bewußtseinsbildung zu dienen haben, kann meines Erachtens nur dann ganz erfüllt werden, wenn wir in diesen Darstellungen, von der Proportion her gesehen, der Periode, die 1917 begann, die übergroße Mehrheit der zur Verfügung stehenden Seiten einräumen.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON HELMUT SEIDL

Auch wenn es sich bei der von Dr. Weiss genannten Betriebsgeschichte um eine Veröffentlichung mit Werbecharakter, die auch ins kapitalistische Ausland gesandt wird, handelt, so ist doch erforderlich, der Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Werkes unter den kapitalistischen Verhältnissen größere

Beachtung zu schenken. Das ist nötig, um den demokratischen Kräften auch im kapitalistischen Ausland zu zeigen, welchen Kampf z. B. die deutsche Arbeiterklasse gegen den Faschismus führte, wie die sogenannten Fremdarbeiter, die auch aus den heute noch kapitalistischen Ländern kamen, im faschistischen Deutschland zur Arbeit gezwungen wurden und welche Zusammenarbeit zwischen diesen Zwangsarbeitern und den deutschen Arbeitern entstand. Damit erfüllen wir gleichzeitig eine wichtige politische Aufgabe im Kampf gegen den wiedererstandenen deutschen Militarismus und die klerikal-faschistische Ordnung in Westdeutschland.

ZU EINER AUSSTELLUNG ZUR GESCHICHTE DES BERLINER GLÜHLAMPENWERKES

VON HERBERT BLÜMEL

Ich möchte zu der hier gezeigten Ausstellung über die Geschichte des Berliner Glühlampenwerkes einige kurze Bemerkungen machen, um Anregungen für ähnliche Ausstellungen zu geben.

Diese Ausstellung wurde vor zwei Jahren in unserem Betrieb aufgestellt. An dieser Ausstellung hat ein Kollektiv von drei Genossen gearbeitet, wobei noch weitere Genossen und Kollegen für Teilarbeiten hinzugezogen wurden. Außerdem wurden ehemalige Betriebsangehörige befragt. Weiterhin wurden in Bibliotheken mehrere Jahrgänge der Roten Fahne durchgesehen und alle Artikel, die den Osram-Konzern behandeln, fotokopiert und für die Ausstellung verwendet. Dazu eine interessante Begebenheit: Ein Genosse erzählte uns von der Anbringung eines Wahltransparentes der KPD auf dem Turmgebäude. In der Roten Fahne haben wir dann einen Artikel gefunden, in dem diese Tat behandelt und entsprechend ausgewertet wurde.

Auf der Rückseite der Ausstellung, die mit der faschistischen Ära beginnt, konnten wir nachweisen, daß der Osram-Konzern Kriegsgewinnler ist und den Faschismus unterstützt hat, was er heute zu leugnen versucht. Unter anderem drangsalierte der Konzern sowjetische und polnische Bürger durch willfährige Handlanger.

Bei der Anfertigung der Ausstellung wurde jede Tafel im Kollektiv gründlich durchgesprochen, auf Papier entworfen und dann erst fertiggestellt.

Um die Ausstellung aufzulockern, wurden Fotos verwendet, die im Zusammenhang mit dem Archiv-Dokument stehen. Einzelne Abschnitte aus Akten von besonderer Aussagekraft wurden in Fotokopie wiedergegeben. Die Aussagen der Veteranen wurden in ihrer schriftlichen Fassung veröffentlicht.

Wie wurde nun die Ausstellung ausgewertet?

Es fanden Führungen durch die Ausstellung statt, an denen die Kollegen z. T. gemeinsam in ihren Brigaden bzw. die Lehrlinge in ihren Klassen der Betriebsberufsschule teilnahmen. Besonderer Wert wurde auch darauf gelegt, die neueingestellten Kollegen bei einer solchen Führung mit der Geschichte des Werkes vertraut zu machen. Auch Besucher der Universität (Studenten u. a.)

sahen sich die Ausstellung an, desgleichen Schüler im Rahmen des polytechnischen Unterrichts.

Außerhalb des Betriebes wurde die Ausstellung zum 10. Jahrestag der DDR in der Stalinallee aufgestellt sowie an Organisationen und Behörden, z. B. VP-Inspektionen, verliehen.

Von der Ausstellung existieren außerdem ca. 100 Farbdias und Fotos, die verliehen werden.

ERFAHRUNGEN DES LEHRSTUHLS GESCHICHTE AM PÄDAGOGISCHEN INSTITUT DRESDEN BEI DER ERZIEHUNG SOZIALISTISCHER STUDENTEN IM RAHMEN DER BETRIEBSGESCHICHTSFORSCHUNG

VON RUDOLF FRANZ

Ich möchte über einige Erfahrungen sprechen, die der Lehrstuhl Geschichte am Pädagogischen Institut Dresden bei der Heranziehung von Studenten zur Betriebsgeschichtsforschung gesammelt hat. Wir sind der Auffassung, daß unsere Studenten, die Geschichtslehrer werden wollen, sich unbedingt die Fähigkeit erwerben müssen, an der Erforschung der Geschichte unserer sozialistischen Betriebe in Stadt und Land mitzuwirken. Die Verwendung von geschichtlichem Material aus den Betrieben des Schulortes ist ein wichtiges Mittel, um den Geschichtsunterricht mit dem Leben zu verbinden.

Unsere Arbeit mit Studenten auf diesem Gebiet begann nach einer Reihe von Vorarbeiten im Jahre 1958. In den vergangenen zwei Jahren konnten wir mit rund 150 Studenten eine Reihe von Spezialseminaren zur Geschichte der Dresdner Verkehrsbetriebe, des VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk und des VEB Arzneimittelwerke Dresden und zur Geschichte der Bodenreform im Landkreis Dresden durchführen. Besonders gute Ergebnisse brachte das Seminar zur Geschichte unseres Patenbetriebes, des Sachsenwerkes Dresden-Niedersedlitz. Die Parteileitung des Betriebes ermöglichte uns im Herbst 1958 die Veröffentlichung von 15 Seminararbeiten von Studenten in der Betriebszeitung „Der Sachsenwerker“. So wurden die Forschungsergebnisse der Studenten öffentlich zur Diskussion gestellt.

Im Frühjahr 1959 entstanden die ersten Staatsexamensarbeiten zur Betriebsgeschichte, und der Lehrstuhl ging dazu über, einige Arbeiten in Form von öffentlichen Verteidigungen in den entsprechenden Betrieben den Arbeitern und Vertretern der Kommissionen der SED zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung vorzulegen. 1959 und 1960 wurden drei Staatsexamensarbeiten in Industriebetrieben (Sachsenwerk, Verkehrsbetriebe, Arzneimittelwerk) und zwei auf dem Lande (Kleinwolmsdorf, Leutewitz) öffentlich verteidigt.

Die starke Orientierung des Lehrstuhls auf die Betriebsgeschichte hat die Erziehung der Studenten zu sozialistischen Menschen wesentlich gefördert. Die öffentlichen Verteidigungen waren dabei besondere Höhepunkte. In den vielfach außerordentlich lebhaften Diskussionen nahmen bis zu 15 Arbeiter und Parteifunktionäre das Wort. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen

standen immer wieder die Darstellung der Rolle der KPD in den Betrieben und die Forderung nach einer wissenschaftlich exakten Herausarbeitung ihres Kampfes für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Militarismus, Faschismus und Krieg. Ich möchte an einem Beispiel zeigen, welche Bedeutung gerade dieses Problem für die sozialistische Erziehung unserer Studenten hat.

Bis zum Frühjahr 1960 gab es keine befriedigende Einschätzung des Kampfes der KPD-Betriebsgruppe im Sachsenwerk für die Aktionseinheit gegen das Monopolkapital in den Jahren 1945/46. In der Ausstellung zur Geschichte des Betriebes aus dem Jahre 1956 (der erste Versuch des Lehrstuhls, Forschungsergebnisse zur Betriebsgeschichte zu veröffentlichen) gab es keinerlei Material darüber. In der Seminararbeit der Studentin Erika Hennig, die am 29. November 1958 in der Betriebszeitung veröffentlicht wurde, hieß es zu dieser Frage: „Im Sachsenwerk bildete sich die Betriebsgruppe der KPD unter der Leitung der Genossen *Jacob*, *Merbitz* und *Quaitzsch* und die Betriebsgruppe der SPD unter der Leitung der Genossen *Müller*, *Biele*, *Keller* und *Stiller*. Seit dem Bestehen beider Parteien bemühten sich die Genossen um den Zusammenschluß, sie arbeiteten von Anfang an in allen wichtigen Fragen zusammen.“ Diese Einschätzung stützte sich auf Berichte von Arbeitern, die 1945 Parteifunktionäre im Sachsenwerk waren. Mit dieser Auffassung von der „ideologischen Windstille“ konnten wir uns jedoch nicht abfinden.

Der Student *Martin Kühn*, heute Lehrer an einer Landschule des Kreises *Meißen*, bekam den Auftrag, sich im Rahmen seiner Staatsexamensarbeit mit diesem Problem näher zu beschäftigen. Zunächst wollte die Arbeit nicht recht vorangehen, weil kein neues Material gefunden wurde. Die Akten der Partei und des Betriebsrates wurden vergeblich im Betriebsarchiv gesucht. Schließlich entdeckte *Martin Kühn* in einer Bodenkammer Aktenmaterial in einem unbeschreiblich wüsten Zustand, das für seine Arbeit von großer Bedeutung war, darunter auch Protokolle von Parteiversammlungen. Nun stellte sich heraus, daß es unter den Arbeitern des Sachsenwerkes sehr ernste Meinungsverschiedenheiten über die Politik gegenüber der Konzerndirektion gegeben hatte. Innerhalb der KPD- und SPD-Betriebsgruppe des Sachsenwerkes waren 1945/46 starke opportunistische Kräfte vorhanden, die sich schützend vor den faschistischen Generaldirektor *Kunze* stellten, ihn zu rehabilitieren suchten und das Werk in seinen Händen ließen.

Trotzdem war es schwer, zu einer richtigen Einschätzung zu kommen, weil entscheidendes Material noch fehlte und viele Parteifunktionäre von 1945 entweder ihre damals begangenen Fehler nicht erkannten oder sie dem Studenten gegenüber vertuschen wollten. Dazu kam noch, daß dieselben Arbeiter wenig interessiert waren, den Vorsitzenden der KPD-Betriebsgruppe von 1945, Genossen *Otto Jacob*, ausfindig zu machen, der seit 1948 nicht mehr im Sachsenwerk arbeitete. Sie fürchteten sich offensichtlich vor einer politisch richtigen Einschätzung ihrer Fehler.

Noch schwieriger war die Situation in dieser Hinsicht in den Dresdner Verkehrsbetrieben. Hier wurden die Studenten von der Parteileitung nur zu ehemaligen

Sozialdemokraten geschickt, ohne daß sie irgendwelche politische Unterstützung erhielten. Dies führte zu einer heftigen Kritik an der Arbeitsweise der Parteileitung während der öffentlichen Verteidigung der betreffenden Staatsexamensarbeit.

Unsere Studenten sahen sich in eine sehr komplizierte Situation hineingestellt. Im Sachsenwerk wurde die politische Einschätzung der Lage im Jahre 1945 noch dadurch erschwert, daß einer der opportunistischen Funktionäre der KPD, Georg Quaitzsch, im Betrieb einen sehr guten Namen hatte und als Held der Arbeit ausgezeichnet worden war.

Martin Kühn besaß den Mut, in seiner Staatsexamensarbeit die ideologischen Meinungsverschiedenheiten der Jahre 1945/46 aufzudecken und stimmte der öffentlichen Verteidigung seiner Arbeit zu. Der Hauptmangel der Arbeit war, daß er begann, an der führenden Rolle der KPD-Betriebsgruppe Sachsenwerk im Kampf gegen den Konzern zu zweifeln. Er orientierte sich einseitig auf Fehler, die von einzelnen KPD-Funktionären gemacht wurden. Er sprach allgemein von Fehlern der KPD und SPD und neigte sogar dazu, das Verbleiben des Konzernleiters Kunze zu entschuldigen. Erst unmittelbar vor der öffentlichen Verteidigung gelang es, mit dem Vorsitzenden der KPD-Betriebsgruppe von 1945, Genossen Jacob, in Kontakt zu kommen, der wertvolles, neues Material zur Verfügung stellte. Es war aber bereits zu spät, die entscheidenden Schwächen der Arbeit zu korrigieren.

In der Diskussion ergriffen die Vertreter der Stadtkommission der SED zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Genosse Jacob das Wort und setzten sich sehr ernst mit den politisch-ideologischen Schwächen der Arbeit auseinander. Dabei kam es zu einem äußerst lebhaften und mitreißenden Meinungsstreit zwischen den revolutionären und opportunistischen Arbeitern. Die Fehler und die mangelnde politische Hilfe gegen die opportunistischen Kräfte für den Studenten Kühn traten klar zutage.

Für die anwesenden Studenten der jüngeren Semester war diese öffentliche Verteidigung eine sehr harte Schule – vor allem aber für den Verfasser und für mich als wissenschaftlichen Betreuer. Gleichzeitig aber war es ein politisches Ereignis und Erlebnis, das jedem Anwesenden zeigte, wie Sozialisten um Klarheit in politischen Grundfragen unserer Zeit kämpfen müssen.

Wir ziehen aus unseren Erfahrungen eine Reihe von Schlußfolgerungen. Die Erforschung der Betriebsgeschichte ist bei entsprechender politischer Anleitung und Unterstützung ein wertvolles Mittel zur Erziehung junger sozialistischer Geschichtslehrer. Hier müssen sich die Parteileitungen der Betriebe stärker einschalten und nicht nur organisatorisch, sondern in erster Linie politisch helfen. Die Erforschung der Betriebsgeschichte muß zu einer politischen Aufgabe der gesamten Parteileitung werden und darf nicht nur Angelegenheit des Leiters der Bildungsstätte sein, wie es im Sachsenwerk der Fall ist. Die Studenten sind in der Lage, die Forschungsarbeiten tatkräftig zu unterstützen. Schließlich haben unsere Studenten bewiesen, daß sie fähig sind, einen erheblichen Beitrag zur sozialistischen Erziehung der Arbeiter im Betrieb zu

leisten. Wir werden also unsere Bemühungen, Studenten in die Forschungsarbeit einzubeziehen, nicht aufgeben, sondern sie noch verstärken.

Gestatten Sie mir noch die Bemerkung, daß für unsere Arbeit die Erfahrungen unserer Genossen in der Sowjetunion von großer Bedeutung waren. Wir stehen in ständigem Erfahrungsaustausch mit einem Kollektiv sowjetischer Lehrer unter Leitung von Dr. E. E. Pisarenko in Cherson, das die Geschichte der dortigen Schiffswerft „Komintern“ erforscht.

Unsere Arbeitsergebnisse finden in den deutschen und sowjetischen pädagogischen Zeitschriften wechselseitig ihren Niederschlag. Besonderes Augenmerk müssen wir auf die weitere Festigung unserer Beziehungen zum Lehrstuhl Geschichte der UdSSR am Pädagogischen Institut Gorki unter Leitung von Prof. N. M. Dobrotwor richten. Dieser Lehrstuhl verfügt über jahrzehntelange wertvolle Erfahrungen und Traditionen auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte, die bis in das Jahr 1934 zurückreichen. Nicht zuletzt sind Arbeiten dieses Lehrstuhls für uns von größter Bedeutung, die sich mit der Tätigkeit des großen sowjetischen Schriftstellers A. M. Gorki als Initiator, Organisator und Leiter der Arbeit an der Schaffung einer „Geschichte der Fabriken und Werke der UdSSR“ in den dreißiger Jahren beschäftigen (z. B. K. N. Chamow, A. M. Gorki und die Geschichtswissenschaft, Gorki 1958).

In gemeinsamer Arbeit werden wir schneller vorwärtskommen, größere Erfolge erreichen und damit unserem gemeinsamen Ziel dienen: die gewaltige geschichtliche Kraft der Arbeiterklasse und aller werktätigen Menschen, vor allem im Kampf gegen das Monopolkapital und für den Sieg des Sozialismus und des Friedens, so klar und überzeugend herauszuarbeiten, daß wir sagen können, unsere wissenschaftliche Arbeit ist ein Beitrag in diesem Kampf der Arbeiterklasse für die Befreiung der Menschheit von der Sklaverei des Imperialismus.

Zum Kampf der KPD für die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in den Jahren 1945/46, dargestellt am Beispiel der Geschichte des VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk Dresden, sprachen ferner *Martin Kühn*, Oberschule Nossen, und *Otto Jacob*, VEB Sachsenwerk Dresden.

DIE FESTIGUNG DES BÜNDNISSES MIT DER BAUERNSCHAFT UND DIE ROLLE DER SOWJET- MENSCHEN BEIM AUFBAU DER VOLKSEIGENEN BETRIEBE

VON KARL PLESSE

Als ich die Einladung zur heutigen Tagung erhielt, konnte ich mir im ersten Moment keine richtige Vorstellung von der Problematik machen, die zur Erörterung steht. Gedanklich schlug ich eine Brücke zur Tätigkeit der in den volkseigenen Betrieben tätigen Schriftsteller, von denen ich wußte, daß sie sich mit der Betriebsgeschichte befassen und mit der Aufgabe, das Betriebsgeschehen auch in seiner historischen Entwicklung in Erzählungen und Romanen zu verarbeiten. Als ich jedoch die Materialien der heutigen Tagung zur Kenntnis genommen hatte, war nicht nur eine klare Vorstellung von den Problemen der Geschichtsschreibung über unsere Werke und Fabriken vorhanden, sondern auch die Erkenntnis von deren Notwendigkeit. Es stand bildlich vor meinen Augen, wie wir 1945 buchstäblich aus dem Nichts an die Produktionsaufnahme in den von den Kapitalisten verlassenen Betrieben herangegangen sind. Ausgerüstet mit dem Willen, neu anzufangen, ein Leben zu beginnen, welches eine Wiederholung der Geschehnisse von 1918, 1933, 1939 und 1945 unmöglich macht, aber ohne jede Erfahrung in der Lenkung und Leitung von Betrieben und einer ganzen Industrie. Es erstanden vor meinen Augen die Bilder unserer Ratlosigkeit und der Fehler, die wir dabei zwangsläufig machten, — aber auch das schadenfrohe Frohlocken der ehemaligen Besitzer und ihrer Manager, welches ausdrückte: Lange werdet ihr ja doch nicht machen, dann werdet ihr wieder auf uns angewiesen sein. Jedoch gerade diese Tatsache hat uns Arbeiter veranlaßt, unseren Haß gegen die Vergangenheit zu vertiefen und unsere Anstrengungen für die Gegenwart und Zukunft zu verdoppeln. Tausende einfacher Menschen aus der Arbeiterklasse, aus dem werktätigen Volke, haben mit Unterstützung des fortschrittlichen Teils der Intelligenz neben ihrer beruflichen Tagesarbeit Bücher, Tabellen und anderes Lehrmaterial in den Taschen oder in den Händen getragen, um zu lernen, wie Betriebe aufgebaut und geleitet werden müssen. Tausende Menschen haben in Kollektiven diese Frage gelöst und unter Führung der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse sowie der Gewerkschaften eine neue Intelligenz entwickelt. Die Geschichte unserer VEB in den ersten 3—5 Jahren wurde geschrieben mit Schweiß, mit Heldenmut, mit knurrendem Magen, mit Zuckerrübensaft, mit allem möglichen und unmöglichen Unkraut als Tabak, mit der Auseinandersetzung mit Agenten, Karrie-

risten, oftmals mit verzweifelten Menschen, die durch den Faschismus ihre Heimat verloren hatten und keine Zukunft sahen, mit der Heranbildung von Tausenden von Gewerkschaftsfunktionären und mit der Bereitstellung von Kadern für unsere neue Schule und für die staatlichen Organe.

Zur Geschichte unserer Betriebe gehört aber auch nicht weniger die Periode der Kompensationsgeschäfte, d. h. der materiellen Beziehungen der Betriebe und der Industriezweige untereinander. Sie war anfangs eine zwangsläufige Notwendigkeit, wurde aber später beim Übergang zur Planung zum Hemmschuh. Das und vieles mehr ist zwar aus dem Gedächtnis nicht entschwunden, aber es wurde nur in sehr wenigen Fällen als geschichtliches Material, als Quelle für Gegenwart und Zukunft festgehalten. Wenn wir dagegen betrachten, mit welcher Sorgfalt, mit welcher Sentimentalität und mit wieviel Fälschungen und Demagogie die Kapitalisten ihre Betriebsgeschichte festgehalten haben —, und damit Politik machen, — dann wird klar, wie notwendig es ist, daß wir das Versäumnis in eigener Sache nachholen, einfach schon deshalb nachholen, weil die Geschichte unserer Betriebe für kommende Generationen unentbehrlich ist, so wie die Geschichte unseres Volkes und noch mehr die Geschichte unserer Arbeiterbewegung für uns die Grundlage neuer Erkenntnisse wurde und wir aus der Geschichte die Kampfmethoden, die Begeisterung und den Mut zu unserem eigenen Kampf sowie zum Sieg über die Ausbeuterklasse übernommen haben. Geschichte in ihrer richtigen, wahren, dialektischen Darstellung, Geschichte als Wissenschaft, ist ja für uns kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zwecke der Beschleunigung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Aber nicht nur das. Die Geschichte unserer volkseigenen Industrie und Wirtschaft kann als Mittel der Agitation und Propaganda zugleich eine wirksame Waffe im Kampf zur Verteidigung des Friedens werden, weil von der ersten Stunde an unsere Betriebe dem Kriegspotential der imperialistischen Kräfte entzogen waren und die Produktion ausschließlich für friedliche Zwecke, zur ständigen Steigerung des Volkswohlstandes genutzt wird. Wenn wir — um das mit einem Beispiel zu demonstrieren — 1945 Brikettpressen, die bis dahin im Antrieb mit Vierkantseilen aus Manilahanf getrieben wurden, nicht außer Betrieb nahmen (weil keine Ersatzseile vorhanden waren), sondern tage- und wochenlang experimentierten und aus alten, im Grubengelände zusammengesuchten Resten von Gummibändern, die unter unglaublichen Schwierigkeiten und ebenso unglaublichen Methoden sammenvulkanisiert wurden, die Brikettpressen dennoch in Betrieb hielten, so waren wir am Ende die lachenden Sieger. Wir haben damit Geschichte gemacht, und zwar Geschichte im Sinne der Erhaltung des Friedens, Geschichte auf dem Weg zum Sieg des Sozialismus.

Den kapitalistischen Managern ist dabei das Lachen vergangen. Es ist ihnen aber auch vergangen angesichts der schnellen Qualifizierung von einfachen Arbeitern zu qualifizierten Leitern unserer Betriebe. Diese neuen Leiter waren fest mit den Werktätigen verbunden und infolge ihrer mit den Werktätigen

gleichlaufenden sozialen und politischen Interessen zugleich wahrhafte Verteidiger des Friedens. So lassen sich Hunderte und Tausende von Beispielen aus der Geschichte unserer Betriebe wie Perlen zu einer Kette aneinanderreihen, die aus der Praxis, aus dem Leben heraus den Beweis erbringen, daß nicht Männer, sondern Volksmassen Geschichte machen. Übrigens ein Beweis, der heute in der Welt, in Afrika, in Asien und Südamerika fast täglich erbracht wird und dem sich Leute wie Li Syng Man, Menderes, Kishi u. a. beugen mußten. Vor diesem Beweis erzitterten aber auch Leute wie Eisenhower, Nixon, de Gaulle und Adenauer. Diese Herren vermeinen Geschichte zu machen à la Nietzsche und werden von der Geschichte hinweggefegt und vernichtet, wie dies in der DDR mit Flick, Siemens, der IG-Farben, der Solvay AG usw. geschehen ist – dank der revolutionären Taten der mit ihren volkseigenen Betrieben festverbundenen Arbeiter.

Die Übernahme der Betriebe durch den Entscheid des Volkes 1947 war ein wahrhaft revolutionäres Ereignis. Es war der Anfang. Diese Entscheidung war Blitz und Donner zugleich. Die bienenhaft fleißige Arbeit der Arbeiter, Bauern, Angestellten und Ingenieure, angefangen von dem sog. Dreierkopf über die Henneckebeziehung bis zu den heutigen sozialistischen Brigaden der Arbeit, war der fruchtbare Regen auf einen von kapitalistischer Ausbeutung ausgedörrten Boden, der sich uns als Rauch, Trümmer und Schutt anbot. Heute geht nicht nur die Saat von damals auf, nein, wir ernten sogar schon, und das nicht schlecht. Was zwischen Saat und Ernte geschehen ist, muß als Grundstein für die Geschichte unserer volkseigenen Betriebe festgehalten werden. Es ist aber undenkbar, die Geschichte unserer Betriebe zu schreiben, ohne dabei die un-mittelbare Hilfe der Sowjetmenschen und der Sowjetsoldaten zu erwähnen. Wenn ich auf die vergangenen Jahre zurückblicke, bin ich sogar der Meinung, daß diese Hilfe, aus tiefer Freundschaft gegeben, an erster Stelle stehen muß. Daß diese Frage in den vorliegenden Thesen keine Berücksichtigung gefunden hat, empfinde ich als einen Mangel, der sofort beseitigt werden sollte, was schon deshalb geschehen muß, weil auch heute noch – soweit die Entwicklung der volkseigenen Betriebe diskutiert wird – unklare Auffassungen über die völlig berechtigte Industriedemontage durch die Rote Armee bestehen. Ich habe nicht die Absicht, darüber eine Diskussion heraufzubeschwören. Wir waren verpflichtet, im Rahmen unserer Wiedergutmachung an dem durch den Hitlerkrieg verwüsteten Sowjetland auf industrielles Potential zu verzichten. Das, was damals von vielen Menschen nicht verstanden wurde, ist inzwischen durch die Geschichte bestätigt worden, d. h. die der Sowjetunion zur Verfügung gestellten Maschinen und Aggregate wurden in den Dienst der Verteidigung des Friedens und der materiellen Stärkung der größten Friedensmacht, der Sowjetunion, gestellt. Demgegenüber dienten die Industriedemontagen, die von den Westmächten vorgenommen wurden, der Vorbereitung eines neuen Krieges.

Liebe Freunde! Kann man denn bei der Ausarbeitung unserer Betriebsgeschichte übersehen, in welcher hervorragender Weise sowjetische Ingenieure

und Techniker uns geholfen haben, demontierte Betriebe wieder aufzubauen, beziehungsweise daß durch die Sowjetunion wieder aufgebaute Betriebe uns zurückgegeben wurden? Das kann bei der Geschichtsschreibung der volkseigenen Betriebe nicht übersehen werden. Wenn ich die Entwicklung vieler Arbeiter, die heute qualifizierte Stellungen in der Industrie und im Staat innehaben, und auch meine eigene Entwicklung betrachte, so sage ich mit Stolz, Dank und höchster Anerkennung für unsere sowjetischen Freunde, Ingenieure und Techniker: Ihr wart in schwerster Zeit unsere besten Lehrmeister. Durch euch und unsere starke Partei der Arbeiterklasse wurden wir in die Lage versetzt, mit unserem Volk für unser Volk eine gute und starke Industrie aufzubauen, als Grundlage für den Sieg des Sozialismus! Durch euch, sowjetische Freunde und Lehrmeister, ist unsere Republik zu einem festen Bestandteil des sozialistischen Weltlagers geworden, welches mit Fug und Recht behaupten kann: „Kriege sind nicht mehr unvermeidlich. Wir sind dank der materiellen und politischen Stärke des sozialistischen Weltlagers in die Periode eingetreten, wo wir gemeinsam mit den Millionen friedliebenden Menschen in der Lage sind, Kriege zu verhindern.“ Weil dem so ist, muß im Buch der Geschichte unserer volkseigenen Betriebe und der volkseigenen Güter der unmittelbaren Hilfe in der täglichen, praktischen und wissenschaftlichen Arbeit, die wir durch unsere sowjetischen Freunde erhalten haben, ein besonderes Blatt gewidmet werden. Insbesondere muß der Befehl Nr. 234 aus dem Jahre 1945 einen gebührenden Platz einnehmen.

Ein Hinweis noch zu Punkt 2 der Thesen: Dort wird sehr richtig gezeigt, welche Bedeutung die Geschichte unserer Betriebe für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins auf dem Lande hat. Es wird gefordert, die Aufmerksamkeit auf die Aufzeichnungen unserer volkseigenen Güter und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu lenken. Das ist gut, aber nicht alles. Der Kampf um das Bündnis von Stadt und Land beginnt doch nicht erst mit der Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Jahre 1952. Daß es 1952 zur Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften kommen konnte, hat seine Ursache u. a. darin, daß gleich in den Tagen nach 1945 die Arbeiterklasse nicht nur an ihre Betriebe dachte, sondern getreu der Lehre von Marx, Engels, Lenin und insbesondere unseres unvergessenen Ernst Thälmann, entsprechend ihrer geschichtlichen Rolle die materielle Basis unserer Betriebe auch dem Dorf zur Verfügung stellte. Das meist ideologisch stärker vom Faschismus verseuchte Dorf konnte sich in keiner Weise selbst helfen. So waren die Arbeiter mit ihren Betrieben nicht nur die besten Verbündeten der Bauern bei der Durchführung der Bodenreform, sondern sie leisteten auch große Hilfe bei Reparaturen landwirtschaftlicher Maschinen, bei der Bereitstellung von Treibstoffen, bei der Bestellung der Felder und der Einbringung der Ernte. Ganz besondere Hilfe wurde den Umsiedlern der damaligen Zeit durch den Befehl Nr. 209 zuteil, der den Neubau von Bauernhöfen zum Inhalt hatte. Wenn ich an diese Zeit zurückdenke, so darf ich sagen, daß hier ein fester Grund geschaffen wurde, auf dem sich das Bündnis der

Arbeiterklasse mit den Bauern entwickeln konnte. Und so meine ich, daß auch diese erste Zeit der Zusammenarbeit der volkseigenen Betriebe mit den Bauern nicht vergessen werden darf.

Durch wen soll die Geschichte unserer volkseigenen Betriebe geschrieben werden? Nicht nur durch Chronisten, sondern auch durch die Arbeiter, Bauern und Intelligenz. Es sollten von dieser Tagung folgende Impulse ausgehen:

1. Impulse zur Bildung von Kollektiven in den volkseigenen Betrieben, den volkseigenen Gütern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die sich die Aufgabe stellen, in einer Frist von ein bis zwei Jahren die Geschichte ihres Betriebes zu schreiben. Die Schriftsteller und Chronisten, die in den Betrieben arbeiten, sollten die Initiative ergreifen und mit ihren fachlichen Erfahrungen helfen.

2. An die Aktivisten der ersten Stunde, von denen sich heute ein Teil im Ruhestand befindet, sollte appelliert werden, das niederzuschreiben, was für die Geschichte ihrer Betriebe wesentlich ist. Ich kann mir vorstellen, daß dies für manchen Veteran eine sinnvolle Tätigkeit seines Lebensabends sein kann.

3. Eine genaue Sichtung der Betriebsarchive wird ebenfalls viel Material in Form von Fotos, Ausstellungsmaterial, Tabellen, Zeitungsartikeln, Referaten usw. zutage bringen.

4. Die Bewegung „Kumpel, greif zur Feder!“ muß auf die Mitarbeit an der Betriebsgeschichte erweitert werden.

5. Eine zentrale Stelle im Bezirks- oder Kreismaßstab für Betriebsgeschichte als anleitendes Organ halten wir für sehr wirksam.

6. Die Presse, insbesondere Zeitschriften, sollte eine Kampagne durchführen und in Verbindung mit aktuellen Fragen laufend über Betriebsgeschichte berichten, um so die Zusammenhänge der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufzuzeigen.

Wir haben in unserem Betrieb zwar erst in einem kleinen Kollektiv über diese heutige Tagung diskutiert. Ich habe aber den Auftrag, über die Ergebnisse öffentlich im Betrieb vor Arbeitern und Ingenieuren zu berichten. Wir erkennen die Bedeutung der hier behandelten Probleme für unsere Gegenwartsaufgaben. Das, was Vergangenheit ist, muß in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragen werden, und das, was Gegenwart ist, muß heute schon so festgehalten werden, daß es immer gegenwärtige Vergangenheit bleibt, zum Nutzen kommender sozialistischer und kommunistischer Generationen.

GLÜCKWÜNSCHE AN DIE STAHLWERKER

VON WERNER LUCAS

Unsere Beratung heute auf dieser Konferenz beschäftigt sich erfreulicherweise auch mit der Rolle der werktätigen Menschen in der Produktion und im besonderen mit der Rolle der Arbeiter, sie beschäftigt sich mit dem Aufbau des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik. Ich möchte diese Seite betonen, da wir den Menschen, den Arbeiter, den wir lieben und so sehr achten, in unserer Darstellung der Betriebsgeschichte besonders herausarbeiten, in der Gesamtheit und auch in der Persönlichkeit des einzelnen Arbeiters. Was unsere Menschen für die Arbeiter-und-Bauern-Macht leisten, das ist wert, erhalten, niedergeschrieben und beachtet zu werden.

Heute meldet „Neues Deutschland“, daß die Stahlwerker der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer Schlacht um mehr Stahl für die Arbeiter-und-Bauern-Macht große Erfolge erzielt haben. Sie wissen alle, daß der Klassenfeind in Westdeutschland, die Monopole, die Kriegstreiber, Versuche unternehmen, um uns in der Wirtschaft den Atem zu nehmen, und die Antwort der Stahlkumpel sind ihre heroischen Leistungen, die sie in diesem Kampf um mehr Stahl erreichen. „Neues Deutschland“ spricht heute den Stahlwerkern der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere den Freitaler Kumpeln, für ihre Wettbewerberfolge in den letzten Tagen Dank, Anerkennung und Glückwünsche aus. So haben die Hüttenwerker im Monat November 10212 Tonnen Roheisen zusätzlich für unsere Wirtschaft produziert. Das ist eine ganz hervorragende Tat, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Auch die anderen Kumpel in der Max-Hütte und in Stalinstadt usw. haben weit über die Produktionspläne hinaus, die ihnen der Staatsplan stellt, in fester Verbundenheit mit dem Aufbau des Sozialismus unserer Volkswirtschaft Stahl zur Verfügung gestellt. Das wird die Wirtschaft der DDR in die Lage versetzen, auf den Gebieten der Stahlproduktion und der Herstellung bestimmter Wirtschaftswaren Lücken zu schließen und aufzuholen.

Ich hoffe, daß ich in Ihrem Namen spreche, wenn ich hier darum bitte, daß unsere Versammlung sich den Glückwünschen des Zentralorgans der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands anschließt und Glückwünsche an die Stahlwerker der Deutschen Demokratischen Republik ausspricht.

BEDEUTUNG UND AUFGABEN DER BETRIEBSGESCHICHTE

VON FRITZ BARTH

Wir sind dankbar, daß auf dieser Tagung neben den Wissenschaftlern auch Vertreter aus den Betrieben und vom Land ihre Meinung sagen können. Ich komme vom Thüringer Wald. Wir haben wenige größere Betriebe und doch, meine ich, ist auch für sie die hier zu beratende Arbeit sehr wichtig. Wie der Leuna-Buna-Arbeiter stolz ist auf seine Erfolge, wie die Magdeburger Schwermaschinenbauer, die Rostocker Werftarbeiter ihre Geschichte schildern, sollen auch wir versuchen, unseren Menschen, die oft die längste Zeit ihres Lebens in der Heimarbeit für sich allein geschafft haben, die Kraft des Werk-Kollektivs bewußt zu machen.

Wir haben deshalb 1956 ein Wagnis zum 10jährigen Bestehen der volkseigenen Betriebe nicht ohne Erfolg unternommen. Wir haben trotz unterschiedlicher Materialien und sehr kurzer Bearbeitungszeit eine gemeinsame, für unseren Kreis Ilmenau bestimmte Schrift herausgebracht (Menschen und Werke unserer Heimat), die auch im Referat des Herrn Dr. Radandt erwähnt worden ist. Natürlich wissen wir, daß die Arbeit nicht voll gelungen ist. Aber wir haben gewagt, und wir wollen weiterarbeiten, um auch unsere Menschen in den kleineren Betrieben zu begeistern.

Die Großbetriebe haben, wenn auch unterschiedlich, Material und meist Archive. Sie stehen uns kaum zur Verfügung. Die Kreisarchive sind nur mit einem Mann besetzt, der sehr oft seiner Aufgabe entzogen wird, weil die Arbeit nicht als allzu wichtig angesehen wird. Da es meist unmöglich ist, für kleinere Betriebe ein Betriebsarchiv aufzubauen, sollten wir die Kreisarchive verstärken. Es ist immer noch möglich, ein planmäßig aufgebautes Kreisarchiv fortzuführen. Der Neuaufbau mit einer so kleinen Besetzung ist nahezu unmöglich. Selbst wenn das Material ausreicht, einen Druck zu veranstalten, fehlen oft die Mittel, und es ist nicht immer möglich, die zuständigen Stellen zu interessieren.

Natürlich muß jede geschichtliche Darstellung in der Gegenwart enden und unsere jetzigen Aufgaben fördern helfen. Aus den geschichtlichen Tatsachen läßt sich am besten die tägliche Aufgabe entwickeln und unterstützen.

Ohne Unterstützung durch die örtliche Presse läßt sich keine erfolgreiche Arbeit durchführen. Wir brauchen die Mithilfe über die Betriebe hinaus. Aber

auch für kleine Notizen oder Abhandlungen gibt es wenig Raum, obwohl der lokale Teil vergrößert worden ist. Fast im gleichen Umfang ist der Inseratenteil gewachsen. Wir hatten noch Abdruckmöglichkeiten in den „Ilmenauer Blättern“, die aber ihr Erscheinen eingestellt haben zugunsten einer Bezirkszeitschrift, die aus acht Kreisen nur wenige Nachrichten bringen kann. Bei bestimmten Anlässen soll aber Material greifbar sein (an Jahrestagen usw.). Ohne ständige Sammlung und Sichtung ist das aber nicht möglich.

Aus dem Referat des Herrn Dr. Radandt ist noch ein anderer großer Mangel sichtbar. Die gesetzliche Pflicht zur Abgabe aller Drucksachen an die Bibliotheken und Archive erfüllen teilweise nicht einmal die staatlichen Stellen und die gesellschaftlichen Organisationen. Wenn nicht immer wieder darauf hingewiesen wird, geht uns auch weiter viel Material verloren. Dabei kann der einzelne nicht bestimmen, was von Wert ist und was nicht.

Weil viele Schriften nicht über den Buchhandel vertrieben werden, gibt es auch keine Stelle, bei der man diese Schriften laufend beziehen könnte. Ihnen als Wissenschaftlern sind die Bibliotheken zugänglich. Sie sehen diese Mängel vielleicht nicht, aber auch eine Werk- oder sonstige geschichtliche Abhandlung sollte der Öffentlichkeit, der Allgemeinheit gehören und zugänglich sein. Für die von Herrn Dr. Radandt begonnene Übersicht sind wir besonders dankbar. Könnte aber nicht auch eine wissenschaftliche Zeitschrift den Auftrag bekommen, eine laufend ergänzte vollständige Bibliographie zu bringen? In „Natur und Heimat“ geschieht einiges, ich bin aber in bezug auf Thüringen der Meinung, daß es an Vollständigkeit mangelt, oder Thüringen müßte gegenüber Sachsen und Mecklenburg viel weniger Neuerscheinungen haben. Auch ist nicht ganz verständlich, weshalb die „Thüringer Heimat“ für die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl eingestellt worden ist. Sie hat sich um die Neuerscheinungen in Thüringen bemüht.

Geschichtliche Arbeiten über die Güter: In Thüringen, vor allem im Thüringer Wald, gibt es keine Güter. Die Veränderungen auf dem Lande sind aber auch hier von großer Bedeutung. Die Menschen haben an ihrem Stück Acker gehangen, den sie brauchten, um im Kapitalismus mit den Kartoffeln oder dem Kleinvieh ihr Leben zu fristen. Jetzt werden die Äcker wieder wie am Beginn der Menschheitsgeschichte vereint und gemeinsam durch die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft bewirtschaftet. Wir dürfen deshalb auch diese Fragen auf dem Lande nicht unterschätzen, dort geht doch eine viel tiefere Veränderung vor sich, als sie viele ehemalige Heimarbeiter mit dem Gang und der Einordnung in das große Kollektiv eines volkseigenen Werkes vollzogen haben. Unterschätzt wird oft die Sammlung von Faktenmaterial. Auch heute noch fällt aus Unkenntnis vieles dem Papierwolf zum Opfer. Die Bodenreform auf dem Lande, die Gründung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die Zusammenlegung der Felder und die moderne landwirtschaftliche Großraumproduktion hat viele kleine, im ganzen aber doch bedeutende Dokumente hervorgebracht, die gesichert werden müssen. Weil in Thüringen noch mehrere Landesarchive bestehen, sollte die Abgabe bestimmter Materialien geprüft

werden. Die Kreisarchive können in ihrer jetzigen Besetzung und Organisation diese komplizierte Aufgabe nur in wenigen Fällen lösen. Viele Materialien befinden sich in Privatbesitz; wir kämpfen zu wenig darum, daß zumindest Kopien in die staatlichen Archive kommen.

Ich kann keinen Vorschlag machen, sehe aber auch darin einen noch nicht gelösten Widerspruch, daß wir alle sehr viel schreiben, berichten und melden, ohne daß dieses Papier mindestens teilweise für wissenschaftliche Zwecke zu benutzen wäre. Könnten wir nicht mit dem Statistischen Amt einmal nachprüfen, ob einige Fragebogen so gestaltet werden könnten, daß sie leicht zur geschichtlichen Darstellung verwendet werden können? In den Räten der Gemeinden werden alljährlich die Pläne gedruckt. Eine Übersicht, was erfüllt ist, die Veränderungen seit 1945, könnten mit knappen Sätzen vorangestellt werden. Mir liegen solche Stadtpläne vor, die aber isoliert nur das fragliche Jahr darstellen. Ich kann, in der Praxis stehend, keinesfalls für einen neuen Fragebogen sprechen, denn die Papierberge sind schon hoch genug. Sie müssen vermindert und qualifiziert werden. Hier bedeutet die Verringerung Weltniveau.

Unsere Materialien sollen die Propaganda auf allen Gebieten lebendig gestalten helfen. Wir können nicht lange geschichtliche Abhandlungen fordern, aber aufblenden, an der richtigen Stelle hinweisen, woher wir gekommen sind und was wir erreicht haben. Dabei sollten wir auch ein Lächeln oder ein Lachen nicht verschmähen, um unsere Menschen zu erfreuen. Leicht, rasch muß übersehbar sein, was sich seit 1945 verändert hat, damit jeder begreift, wir haben noch viel mehr Kraft, mit Schwierigkeiten fertig zu werden und den Sozialismus allen Anfeindungen zum Trotz aufzubauen.

Ich möchte deshalb noch folgende Anregungen zur Diskussion stellen:

1. Anerkennung unserer Arbeit als für die Gesellschaft notwendige Arbeit, die dem Sozialismus dient.
2. Benachrichtigung über Forschungsthemen der Institute und Prüfungsarbeiten, die einen Industriezweig, einen Bezirk, eine Stadt, ein Dorf oder einen Betrieb betreffen.
3. Einrichtung einer Vertriebsstelle und einer Bibliographie, die über Neuerscheinungen orientiert. Kontrolle darüber, daß alle Drucke an die Bibliotheken und Archive abgegeben werden.
4. Erweiterung der Kreisarchive, Zusammenarbeit mit den Landesarchiven, Aufnahme von wichtigen Materialien aus den kleineren, nicht verwalteten Betriebsarchiven. Überwindung der Ein-Mann-Archive und der Abberufung für andere Aufgaben.
5. Durch Hinweise in Tageszeitungen, Werkzeitungen usw., durch Kurznachrichten sollte Interesse für unsere Forschungsarbeit geweckt und neue Mitarbeiter gewonnen werden.

Wir graben nicht in der Vergangenheit, um die Menschen von ihren täglichen Aufgaben abzulenken. Wissenschaft und Produktion lösen gemeinsam ihre Aufgaben. Wir schläfern nicht ein, wir lernen aus der Vergangenheit für die Zukunft. Das ist unser Beitrag, die Produktion zu unterstützen, unseren Menschen neue Kraft und Mut für ihre tägliche Arbeit zu geben. Das ist unser Beitrag zum Sieg des Sozialismus.

Zum Beitrag von Fritz Barth sprach in einer Zwischenbemerkung *Gottfried Börnert*, Staatliche Archivverwaltung Potsdam.

ARCHIVALISCHE QUELLEN ZUR BETRIEBS- GESCHICHTE IM DEUTSCHEN ZENTRALARCHIV POTSDAM

VON JOACHIM NITSCHKE

Ich möchte Ihnen einen kurzen Überblick über die Quellen zur Betriebsgeschichte im Deutschen Zentralarchiv geben. Es handelt sich hierbei um zwei Gruppen von Beständen. Die erste, umfangmäßig geringere Gruppe, umfaßt Akten der Wirtschaftsunternehmen und Werke aus der Zeit vor 1945. Diese Bestände gelangten zum großen Teil im Rahmen der Aktenrückgaben aus der Sowjetunion an das Deutsche Zentralarchiv Potsdam. Sie sind teilweise schon voll benutzbar, z. T. jedoch noch ungeordnet. Voll benutzbar sind die Akten folgender Wirtschaftsunternehmen:

1. Die Akten der Berliner Handelsgesellschaft aus dem Zeitraum von 1880–1945 (ca. 400 lfd. m). Hierbei handelt es sich um Unterlagen des Sekretariats über wichtige Finanzmanipulationen, um Firmenschriftwechsel mit in- und ausländischen Kunden, sowie um das „Archiv der Berliner Handelsgesellschaft“. Letzteres ist eine Sammlung von Geschäftsberichten, Statuten, Bilanzen, Zeitungsausschnitten und anderer Nachrichten über in- und ausländische Firmen; außerordentlich wertvoll für Nachschlagezwecke.

2. 250 Aktenbände der Firma Simson-Suhl (in der Nazizeit: W. Gustloff-Werke). Dieses Werk besaß das Monopol zur Herstellung von Handfeuerwaffen in der Zeit der Weimarer Republik und arbeitete eng mit der Berliner Handelsgesellschaft zusammen.

3. Akten der Zentralfinanzverwaltung des IG-Farben-Konzerns aus der Zeit von 1925–1947 (ca. 40 lfd. m). Dieser Bestand enthält Geschäftsbücher, Statistiken, Unterlagen über Gewinnberechnungen und anderen Schriftverkehr.

4. Akten der Heinrich-List-Werke für Elektrotechnik und Mechanik, Berlin, aus der Zeit von 1930–1945 (15 lfd. m). Dieser Betrieb stellte elektrofeinmechanische Geräte für die faschistische Luftwaffe her.

Der Bestand enthält Unterlagen der Betriebsleitung, Bilanzen und Firmenschriftwechsel.

5. 12 Ordner und 6 Kartons Akten der Dresdner Bank – Stadtzentrale Berlin – aus den Jahren 1936–1945 und

6. ein Aktenband der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG Dessau aus dem Zeitraum von 1931–1935.

Dieser Aktenband enthält den Prozeßschriftverkehr und andere Unterlagen über die Gründung von Flugzeugwerken in der Türkei durch die Junkerswerke.

Folgende Bestände werden erst im Laufe der nächsten Jahre für die allgemeine Benutzung zugänglich sein:

1. Mitte 1961 der Bestand der Rechtsabteilung der Deutschen Bank, der vor allem die Fusionszeit mit der Diskontogesellschaft widerspiegelt (etwa 250 lfd. m).
2. Nicht vor 1962 wird der ca. 420 lfd. m umfassende Aktenbestand des IG-Farben-Konzerns benutzbar sein. In diesem Bestand sind vor allem Akten der Informationsabteilung und der Verkaufszentralen für Farben und Chemikalien enthalten.
3. Auch die Akten der Deutschen Länderbank AG, die die Geschäfte des IG-Farben-Konzerns besorgte (der Bestand im Deutschen Zentralarchiv umfaßt etwa 100 lfd. m), und
4. die Akten des Siemens-Konzerns (ca. 400 lfd. m) werden erst in einigen Jahren benutzt werden können.

Die zweite Gruppe von Aktenbeständen, die über die Betriebsgeschichte Aufschluß geben, entstand nach 1945. Auf Grund seiner Zuständigkeit für alle im Geschäftsgang der zentralen staatlichen Behörden der DDR und der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone erwachsen (und dort nicht mehr benötigten) Akten übernahm das Deutsche Zentralarchiv in den Jahren 1958 und 1959 zunächst die Akten der 1958 aufgelösten Industrieministerien der DDR.

Es handelt sich um ca. 3000 lfd. m Akten folgender abliefernder Ministerien:

1. Zentrale Abteilungen des Ministeriums für Schwerindustrie
2. Min. für Berg- und Hüttenwesen
3. „ „ Kohle und Energie
4. „ „ Chemische Industrie
5. „ „ Schwermaschinenbau
6. „ „ Allgemeinen Maschinenbau
7. „ „ Leichtindustrie
8. „ „ Lebensmittelindustrie

Diese Akten erwachsen meist im Zeitraum von 1949–1958. Nur einige Bestände reichen bis 1945/1946 zurück und enthalten Schriftgut, das in den Vorgängerbehörden der Industrieministerien – den Zentralverwaltungen für Industrie und für Brennstoffindustrie und Energie sowie in den entsprechenden Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission – erwachsen und 1949 von den Ministerien übernommen und weitergeführt worden ist.

In zahlreichen Fällen müssen wir leider damit rechnen, daß die für die Wirtschaftsgeschichte der DDR – und auch speziell für die Betriebsgeschichte – so aufschlußreichen Akten aus den Jahren 1945–1949 in den Behörden eigenmächtig kassiert worden sind.

Doch auch in den Beständen, die in das Deutsche Zentralarchiv überführt worden sind, ist ein reichhaltiges Quellenmaterial zur Geschichte unserer volkseigenen Betriebe vorhanden. Erwähnenswert sind vor allem die zahlreich vorhandenen Revisionsprotokolle über die von den Revisionsabteilungen der Behörden in den zuständigen Betrieben durchgeführten Prüfungen, das Schriftgut der Investabteilungen, der Abteilungen Forschung und Technik, die Unterlagen über die Überführung der Großbetriebe in Volkseigentum sowie das Planungsschriftgut überhaupt.

Die vom Deutschen Zentralarchiv übernommenen Bestände der Industrie- ministerien befinden sich zur Zeit noch in einem Depot in Berlin und sind einstweilen nur bedingt benutzbar. Infolge der lange Zeit fehlerhaften Aktenbildung und Registraturführung in vielen staatlichen Behörden gelangten diese Akten in höchst mangelhaftem Zustand in das Deutsche Zentralarchiv, so daß eine Benutzung jetzt noch mit großem Arbeitsaufwand, sowohl für die Archivare als auch für die Benutzer, verbunden ist. In besonders wichtigen Fällen werden dennoch Benutzungsgenehmigungen und wissenschaftliche Auskünfte erteilt, im Vordergrund aber müssen die Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten an den modernen Akten stehen. Die damit beauftragten Mitarbeiter der Abteilung IV des Deutschen Zentralarchivs sind bestrebt, diese für die Wirtschaftsgeschichte der DDR so wichtigen Quellen sobald wie möglich voll benutzbar zu machen. Sicher werden diese Akten auch bei der Erarbeitung von Betriebsgeschichten mit Nutzen herangezogen werden können.

DIE BEDEUTUNG DER BETRIEBSARCHIVE FÜR DIE BETRIEBSGESCHICHTSSCHREIBUNG

VON WILLY HOFFMANN

Ich komme aus dem VEB Büromaschinenwerk Sömmerda in Thüringen. Das Werk Sömmerda entstand im Jahre 1817 und wurde von Dreyse und Kronbiegel gegründet. Dreyse erfand bekanntlich das Zündnadelgewehr. Aus dieser Fabrik entstand 1899/1900 eine AG, die der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf angegliedert wurde.

Wenn man die Geschichte eines Werkes schreiben will, so muß man auch den Werdegang kennen. Das ist für uns sehr schwierig, da sich noch Unterlagen in Privatbesitz befinden. Ich möchte generell die Frage aufwerfen, welche Maßnahmen von seiten des Staates getroffen werden können, um diese für die Geschichte eines Betriebes wertvollen und deshalb in erster Linie zum Betrieb gehörigen Akten sicherzustellen. In manchen Fällen wird man, wenn man mit den Nachkommen der Betriebsinhaber verhandelt, auf Verständnis stoßen, und sie werden bereit sein, die Unterlagen in die sichere Obhut eines Archivs zu geben. Aber es müßten auch annehmbare Lösungen in den Fällen gefunden werden, wo diese Aktenbestände der Öffentlichkeit vorenthalten werden und gefährdet sind. Wie gesagt: Es handelt sich dabei doch in erster Linie um Betriebsakten, um Akten, die der Allgemeinheit dienen müssen, und erst in zweiter Linie um Privatakten.

Wie arbeiten wir nun mit unserem Archiv?

Einmal arbeiten wir sehr eng mit der Kreiskommission der Geschichte der Arbeiterbewegung der Partei und zum anderen mit der Kreiskommission beim FDGB zusammen.

Veröffentlichungen der Kreiskommission der Partei sind schon erschienen und sind Ihnen über den Rat des Kreises Sömmerda zugesandt worden. Es handelt sich um die Broschüren „12 Tage“ und „Vorwärts und nicht vergessen“. In Vorbereitung ist jetzt eine Arbeit „Brüder in eins nun die Hände“ zum 15. Jahrestag der Partei. Die Archivalien, die in unserem Archiv lagern, sind nicht vollständig, da Verluste in Unkenntnis der Dinge 1945 beim Zusammenbruch eintraten. Trotzdem können wir doch sagen, daß wir mit den vorhandenen Archivalien arbeiten können. Als Beispiel seien ein Protokollbuch über Werkleitersitzungen aus dem Jahre 1918–21 und eine Aufzeichnung über einen Streik im Juni 1937 wegen Lohnkürzungen genannt.

Im Protokollbuch von 1918 finden wir eine Eintragung vom Februar 1918, in der erwähnt wird, daß die Umstellung von Kriegs- auf Friedensfabrikation zu erfolgen hat. In der Folge erscheinen diese Eintragungen immer häufiger; im September 1918 schreibt man, Ausschußzünder sind tunlichst abzustößen. Hier lesen wir neben anderen Dingen auch über Löhne und soziale Bedingungen von seiten der Werkleitung.

Über den Stand des Archivs kann ich insgesamt sagen, daß die Verkartung so weit vorgeschritten ist, daß die Bestände übersichtlich sind.

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß von der Kreiskommission verschiedene Lektionen erarbeitet worden sind, die im besonderen die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe behandeln. Unser Betrieb war immer auf Grund seiner Größe – die Belegschaft betrug während des Krieges rund 13500 Mann ohne die vielen ausländischen Arbeiter – der Mittelpunkt des Kreises. Sie können sich vorstellen, daß das in einer stark ländlichen Umgebung seine Auswirkungen haben muß.

Es versteht sich von selbst, daß man über einen so großen Betrieb im Rahmen eines Diskussionsbeitrages nicht alles sagen kann, aber es steht fest, daß wir mit diesen Materialien arbeiten und sie unserer Jugend übermitteln.

Zum Beitrag von Willy Hoffmann sprachen in Zwischenbemerkungen *Gottfried Börnert*, Staatliche Archivverwaltung Potsdam, *Jürgen Kuczynski*, *Heinzpeter Thümmler* und *Richard Gladewitz*.

QUELLEN ZUR BETRIEBSGESCHICHTE

VON JOHANNA BÄTHGE

Leider lagen mir die Referate nicht vor, und ich kann in meinem kurzen Diskussionsbeitrag deshalb nicht darauf eingehen. Besonders berührt haben mich die Ausführungen des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, unseres Genossen Lucas, der in seinem Referat über die Geschichtsschreibung unserer sozialistischen Betriebe den Menschen stark in den Vordergrund rückte. Mir ist während all der Reden hier der Gedanke gekommen, daß oftmals recht krampfhaft Quellen für das Schreiben der Geschichte der Vergangenheit und unserer Gegenwart gesucht werden, und da möchte ich sagen, wir brauchen eigentlich gar keine Wünschelrutengänger zu sein. Wir brauchen nur die Augen aufzumachen, um diese vielen munter sprudelnden Quellen zu entdecken. Dazu gehören nämlich auch die Betriebskorrespondenten unserer Betriebszeitungen. Bei den Angaben über die Zusammensetzung der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte unserer Betriebe ist nicht einmal der Betriebskorrespondent erwähnt worden. Es wurde im allgemeinen wohl auch vom schreibenden Arbeiter gesprochen. Aber nimmt dieser nicht zumeist seinen Ausgangspunkt als Betriebskorrespondent? Und erst recht nicht sind wir Betriebsredakteure genannt worden. Ich habe hier ganz zufällig eine Liste in meiner Tasche, auf der die Namen der Korrespondenten unserer Betriebszeitung in Nachterstedt – sie heißt „Der Kumpel ruft“ – verzeichnet sind. Da sind z. B. der alte Genosse Karl Bruckert aus der Lurgischwelerei, die Arbeiterin Charlotte Reichmann, der Schlosser Eugen Berger, die Klappenschlägerin Margarete Peter, der Dreher Fritz Dill, der Mechaniker Karlheinz Wolf, der Brigadier Joachim Kröger, ein Obermeister, eine Bandwärterin usw. Sie alle stehen nicht nur auf dem Papier, sondern sie helfen mit ihren täglichen reichen Erfahrungen, unsere Zeitung ganz lebendig zu gestalten. Ja, da schreiben sie doch ein Stück lebendige Geschichte.

Unsere Zeitungen werden schließlich auch geplant. Der Redakteur, der verantwortungsbewußt seine Arbeit leistet, wird sowieso die Mitarbeit auf die aktuellen Fragen lenken. Bei solchen Anlässen wie dem Tag des Bergmanns sprechen wir mit vielen Betriebskorrespondenten und die Betriebskorrespondenten wiederum mit vielen Kumpeln an ihren Arbeitsplätzen. Sie lassen sich erzählen, und dann wird aufgeschrieben. Und Sie können überzeugt sein,

daß dabei viel denkwürdige Geschichte herauskommt. Ich erinnere mich an einen Beitrag, den wir auch in unserer Geschichtsschreibung verwerten wollen. Da erzählte der alte Kumpel Emil Weidner von seinem Großvater und seinem Vater, wie diese unter den unmöglichsten Bedingungen kilometerweit zu Fuß kamen, um in der Grube mit primitivsten Werkzeugen ihre schwere Arbeit zu verrichten, und dann — ich will das nur ganz kurz erwähnen — erzählte er von sich selbst, wie er als Betriebsratsmitglied den Schikanen der „Herren Unternehmer“ ausgesetzt war, wie er mit seinen Genossen den Kampf führte und wie er auch deshalb zeitweise entlassen war. Als Krönung des ganzen erzählte er von dem sieghaften Weg der Arbeiterklasse in unserem Teil Deutschlands, von seinen Söhnen, die hervorragende Stellungen einnehmen, der eine heute als Ingenieur im Eisenhüttenwerk Thale und der andere als Meister bei uns im Kraftwerk. Ich denke, daß das ein Stück lebendige Geschichte ist und daß man die Betriebskorrespondenten viel mehr in diese Arbeit einbeziehen soll.

Aber wichtig ist es auch, daß jetzt auf allen Gebieten unseres Lebens in voller Gleichberechtigung viele Frauen mitarbeiten. Leider sind bei dieser Tagung sehr wenig Frauen anwesend. Oftmals sind es unsere weiblichen Betriebskorrespondenten, die es am besten verstehen, mit den Kumpeln zu sprechen und deren Erfahrungen und Meinungen aufzuschreiben. Aber unsere eigene Erfahrung mit der Nachterstedter Betriebszeitung lehrt es: Immer mehr Kumpel greifen selbst zur Feder. Und das ist eine historische Tatsache: Unsere Kumpel machen die Geschichte und sind am besten geeignet, sie aufzuschreiben, natürlich im Falle der Geschichtsschreibung mit der entsprechenden Hilfe von Wissenschaftlern und den Menschen, die sich ganz intensiv damit beschäftigt haben. Da tauchen neue Begriffe auf, und diese Begriffe werden erst von den Kumpeln mit Leben erfüllt. Und warum soll nicht mein Sohn oder der Sohn unseres Kollegen aus der Brikettfabrik später wissen, was ein Leistungsvergleich war. Bei uns in Nachterstedt ist der schlechten Brikettqualität ein erbitterter Kampf angesagt. Dazu sind neue Wege erforderlich. Einer dieser neuen Wege ist der Leistungsvergleich. Das spricht man so dahin; aber hinter diesem Wort „Leistungsvergleich“ steckt ein großes Stück Geschichte. Schon oft sind eine Anzahl Kumpel aus der Brikettfabrik nach Neumark gefahren, und umgekehrt kamen die Neumärker Kumpel zu uns. Seit einem Jahr läuft mit dem dortigen Betrieb ein Leistungsvergleich. Er hat uns schon mächtig vorangebracht, nicht nur auf ökonomischem Gebiet, nicht nur, weil wir gesehen haben, was man in Nachterstedt bei den Formlegern verändern kann, sondern auch in ideologischer Hinsicht. Und umgekehrt haben die Neumärker von uns gelernt. Das sind doch Dinge, die am besten derjenige aufschreiben kann, der das miterlebt und mitgestaltet. Gerade das geht auch bei uns aus der Betriebszeitung sehr deutlich hervor. Es sind lebhaftige Diskussionen über den Wert des Leistungsvergleichs zustande gekommen. So etwas muß festgehalten werden. Es schreiben auch sehr viele Rentner, ehemalige Kumpel des BKW, die unsere Zeitungen zugeschickt bekommen. Sie schreiben von ihren Erlebnissen aus der

Zeit des harten Kampfes gegen die Unterdrücker. Dort werden wir anknüpfen, wenn wir in Nachterstedt dazu übergehen, uns ernsthaft damit zu beschäftigen, die Geschichte unseres Betriebes zu schreiben. Wenn es sich um unsere Kumpel handelt, bin ich immer sehr optimistisch. Ich weiß, wenn eventuell im nächsten Jahr eine ähnliche Zusammenkunft wie heute sein wird, dann brauche nicht ich es zu sein, die daran teilnimmt, sondern dann wird ein Arbeiter, der mitgeschrieben hat, davon berichten können, wie besonders auch die Betriebskorrespondenten geholfen haben, unser Stück Betriebsgeschichte zu schreiben.

BETRIEBSGESCHICHTE UND SCHREIBENDER ARBEITER

VON KURT SCHÄDLICH

Ich bin weder Archivar noch Wissenschaftler. Ich habe auch nicht die Absicht, von Akten und Dokumenten zu sprechen, sondern von den Menschen, mit denen wir die Geschichte unserer Betriebe schreiben sollten. In den grundsätzlichen Referaten wurde des öfteren vom schreibenden Arbeiter gesprochen. Ich glaube, daß man dazu in diesem Kreis eine Unterscheidung treffen muß. Es gibt zwei Arten von schreibenden Arbeitern. Die schreibenden Arbeiter, mit denen Professor Kuczynski schon seit 1945 zusammenarbeitet, wie er mir gestern in einem kurzen Gespräch während einer Pause erzählte, das sind unsere alten Arbeiterveteranen, die schon 1945 begannen, mit ihrer schweren Hand die Feder zu führen. Und es gibt den schreibenden Arbeiter, der nach der Bitterfelder Konferenz in unser kulturelles Leben getreten ist und bedeutend jünger an Jahren ist. Und mit diesen schreibenden Arbeitern, meine ich, wuchs uns eine Kraft zu, die in diesem Kreis vielleicht noch unterschätzt wird; denn bisher war in der Diskussion von unseren Zirkeln schreibender Arbeiter noch nicht viel die Rede.

Wie sieht es nun in der Praxis aus? Im VEB Pressen- und Scherenbau Erfurt ist der Leiter des Zirkels schreibender Arbeiter gleichzeitig Mitglied der Kommission, die für das Schreiben der Geschichte dieses Betriebes verantwortlich ist. Eines Tages tritt dieser Kollege an uns heran und fragt, ob sein Zirkel beim Schreiben der Betriebsgeschichte helfen darf. Wir beseitigten seine Unklarheit mit der Antwort: Der Zirkel darf nicht nur, sondern er muß durch die literarische Gestaltung bestimmter Ereignisse und Erlebnisse unserer Veteranen dafür sorgen, daß die Geschichte des Betriebes noch interessanter wird.

Ein zweites Beispiel möchte ich noch anführen. Im VEB Automobilwerke Eisenach besteht ein Zirkel schreibender Arbeiter, der als Ergebnis seiner bisherigen Arbeit vor einigen Tagen eine Broschüre auf den Tisch gelegt hat, die den Titel trägt „Die ersten Schritte“. Die meisten der darin veröffentlichten Arbeiten behandeln betriebliche Probleme und Ergebnisse. In dieser Broschüre steht ein Bericht über die Entwicklung der ersten Arbeiterbibliothek in Eisenach. Sie enthält auch die Geschichte eines Gewehres, das den Kampf der Eisenacher Arbeiter von 1918 bis zur Bildung unserer Kampfgruppen symbolisiert. In dieser Broschüre ist auch die Geschichte einer sowjetischen

Ärztin nachzulesen, die innerhalb des Betriebes gewirkt hat. Das sind doch Dinge und Materialien, die in die Geschichte unserer Betriebe gehören.

In der Zusammenarbeit unserer Betriebsarchivare und der Kommissionen, die für die Geschichte der Betriebe verantwortlich sind, mit unseren Zirkeln schreibender Arbeiter gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder sind unsere Zirkel in ihrer Entwicklung so weit fortgeschritten, daß sie euch aktiv unterstützen können und nur darauf warten, dazu aufgefordert zu werden, oder es ist so, daß wir mit dem Auftrag, die Geschichte des Betriebes mitzuschreiben, einigen Zirkeln helfen, sich mehr mit betrieblichen Themen und Problemen zu beschäftigen, als sie das bisher tun.

Siegfried Bayreuther, Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, sprach auf der ersten Konferenz schreibender Arbeiter davon, daß der schreibende Arbeiter das Lied der deutschen Zukunft schreiben wird. Er wird es nur dann überzeugend und richtig schreiben können, wenn er die Vergangenheit der Arbeiterklasse studiert. Und da sich die Geschichte der Arbeiterklasse in der Geschichte unserer Betriebe widerspiegelt, hat er hier ein gutes Studienmaterial.

Ich möchte unsere Betriebsarchivare und alle anwesenden betrieblichen Funktionäre bitten: Setzt Euch bei Eurer Arbeit an der Geschichte Eures Betriebes mit dem Zirkel schreibender Arbeiter und mit den Korrespondenten der Betriebszeitung zusammen. Unsere Wissenschaftler möchte ich bitten, daß sie, wenn sie in die Betriebe gehen, sofort fragen: Habt ihr einen Zirkel schreibender Arbeiter? Wenn nein, warum nicht? Die Geschichte eines Betriebes kann man nicht ohne die Arbeiter schreiben.

Wir müssen den Kräften, den schreibenden Arbeitern, die nach der Bitterfelder Konferenz auf unserem Boden herangewachsen sind, mehr Aufmerksamkeit schenken. Ich bin der Auffassung, daß wir mit der Weisheit und den Erfahrungen unserer Veteranen, mit der Verantwortung und Gründlichkeit unserer Wissenschaftler und mit der Begeisterung unserer jungen Kräfte in den Zirkeln schreibender Arbeiter Betriebsgeschichten schreiben werden, die sich sehen lassen können. Das zu dem einen Problem.

Es liegt mir noch ein anderes Problem am Herzen, das in der bisherigen Diskussion überhaupt noch nicht erwähnt wurde. Die neuere Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wäre unvollständig ohne die Namen Marchwitza, Weinert und Bredel, um nur drei unserer Arbeiterdichter zu nennen. Ebenso unvollständig wäre auch die Geschichte unserer Betriebe, wenn wir die unbekannteren Marchwitzas, die unbekannteren Bredels vergessen würden. Unsere Arbeiter haben doch bei ihren Demonstrationen nicht nur die Internationale, nicht nur „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, nicht nur „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ gesungen, sondern auch Lieder, die in den Betrieben entstanden sind und die eine sehr deutliche Sprache gegen die Ausbeuter führen. Wir besaßen bereits vor 1933 Gruppen, Chöre und Zirkel, die mit selbst geschriebenen Liedern, Gedichten und Szenen dem Unternehmer die Maske vom Gesicht rissen. Wir kennen doch eine Reihe von solchen Gruppen, die aktiv mit den

Waffen der Kunst und Kleinkunst den Klassenkampf führten und in die örtlichen und vor allem betrieblichen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern eingriffen.

Wir wissen, daß es in der Klassengesellschaft zwei Kulturen gibt. Unsere Betriebsgeschichten wären unvollständig, wenn wir nicht der fortschrittlichen Kultur der Arbeiterklasse den ihr gebührenden Raum gäben. Wir wären schlechte Chronisten und würden der Arbeiterklasse einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir das vergäßen.

Zum Beitrag von Kurt Schädlich sprachen in Zwischenbemerkungen *Heinz Habedank, Hans Radandt, Regina Hastedt* und andere.

EINIGE GEDANKEN ÜBER DEN ZUSAMMENHANG VON LITERATUR- UND GESCHICHTSWISSENSCHAFT BEIM SCHREIBEN EINER BETRIEBSGESCHICHTE

VON HORST HANDKE

Es fiel in der Diskussion bereits mehrfach das Wort vom schreibenden Arbeiter. Es wurde auch allgemein darauf hingewiesen, daß der schreibende Arbeiter eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung von Betriebsgeschichten spielt. Unter diesen Umständen müssen wir uns darüber klar werden, daß der schreibende Arbeiter in vielerlei Gestalt auftritt. Es gibt Arbeiter, die für die Betriebswandzeitung oder für die Betriebszeitung schreiben, andere führen Brigadetagebücher, wiederum andere beteiligen sich vielleicht sogar an einem literarischen Zirkel und schreiben Skizzen, Reportagen und Gedichte. Damit es nicht zu einer Verwirrung der Begriffe kommt, müssen wir streng abgrenzen, welche Rolle dem schreibenden Arbeiter zukommt, der an der Erforschung der Geschichte seines Betriebes beteiligt ist. Ich will dabei einige Gedanken über den Zusammenhang zwischen Geschichte und Literatur, zwischen Historiker und Schriftsteller, und umgekehrt darüber, was diese beiden Gebiete der gesellschaftlichen Praxis voneinander trennt, äußern.

Die Geschichte stützt sich in erster Linie auf Dokumente und Erlebnisse, insbesondere jener Klassen und Personen, die auf die geschichtliche Entwicklung vorwärtstreibenden Einfluß genommen haben. Dabei steht außer Zweifel, daß die Frage der Gestaltung des Stoffes in der Geschichtswissenschaft eine ähnliche zentrale Stellung einnimmt wie in der Literatur. Kaum eine Wissenschaft ist in einem solchen Maße geeignet, durch lebendige und anschauliche Darstellung in die Breite zu wirken, wie die Geschichtswissenschaft. Der Zusammenhang zwischen Geschichte und Literatur bezieht sich dabei nicht nur auf die sprachliche Gestaltung, d. h. hauptsächlich auf Formfragen, sondern viel mehr noch auf das Inhaltliche. Der Gegenstand der Geschichte sowie der Literatur im umfassenden Sinn ist die gesellschaftliche Wirklichkeit in Vergangenheit und Gegenwart. Der Unterschied besteht nicht im Erkenntnisobjekt, sondern in der Auffassung und Widerspiegelung der Wirklichkeit. Während der Schriftsteller in erster Linie emotional arbeitet, d. h. die Gefühle anzusprechen versucht, und emotionale Wirkungen erzielen will — was ohne weiteres eine gewisse Fabulierkunst einschließt — muß der Historiker vor allem Wert auf die zweite Stufe der Erkenntnis legen, auf die rationale, vernünftige Abstrahierung der Wirklichkeit, auf die Darlegung von gesetzmäßigen Zusammenhängen und Erscheinungen.

Beide Stufen der Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, Emotion (Empfindung) und Ratio (Vernunft), stehen in ständiger Wechselwirkung miteinander. Sie bedingen sich gegenseitig und können nicht voneinander getrennt werden. Ein Roman, der die gesellschaftlichen Zusammenhänge außer acht läßt, kann zwar formal in gewisser Weise abgerundet erscheinen, insgesamt aber wird er den Leser unbefriedigt lassen, weil die Proportionen nicht stimmen, weil Inhalt und Form nicht übereinstimmen und ein schiefes oder unwahres Bild der Wirklichkeit entworfen wird. Dieser Roman wird auch die Gefühle nicht in dem Maße ansprechen, wie es bei einem guten Kunstwerk geschieht.

Umgekehrt kann ein Historiker durchaus die Zusammenhänge richtig darstellen. Sein Werk wird jedoch nicht die notwendige Breitenwirkung erzielen, wenn es die Form vernachlässigt und ohne Rücksicht auf die Aufnahmebereitschaft seiner Leser geschrieben ist.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Der Schriftsteller kann die gesellschaftliche Wirklichkeit nur richtig abbilden, wenn er ein Höchstmaß an verstandesmäßiger Einsicht in die objektiven Zusammenhänge besitzt und diese Einsicht ausnutzt zu einer künstlerischen, vornehmlich emotional wirkenden Darstellung, was wiederum die Beherrschung der formalen Gestaltungsmittel voraussetzt. Der Historiker dagegen kann nur dann überzeugende Darstellungen der Wirklichkeit liefern, wenn er seine richtigen Erkenntnisse in eine Form bringt, die auch die Gefühle mitsprechen läßt. Vorrangig bleibt bei ihm die Untersuchung der Fakten und ihre theoretische Verallgemeinerung; aber ihre Aussagekraft wird geschmälert, wenn sie nicht in der entsprechenden Form an ihre Leser gebracht werden. Diese Unterschiede deuten somit die Akzentuierung an, die eine literarische bzw. eine wissenschaftlich-historische Arbeit erfordert.

Die beiden Berufsgattungen Schriftsteller und Historiker können also voneinander lernen; der Schriftsteller in erster Linie in der konkreten Erkenntnis der Wirklichkeit und ihrer Zusammenhänge, der Historiker in der Gestaltung der Wirklichkeit unter Einbeziehung ästhetischer Momente. Während jedoch der Schriftsteller die Wirklichkeit künstlerisch widerspiegelt, seine Personen und Handlungen frei erfinden kann, ohne jedoch die grundlegenden Zusammenhänge außer acht zu lassen — jede große Literatur beruht letzten Endes darauf, daß sie die gesellschaftlichen Zusammenhänge besonders tief und umfassend wiedergibt — muß der Historiker bis ins Detail getreu die Wirklichkeit nachzeichnen und dabei stets die objektiven Zusammenhänge wahren. Auf die Betriebsgeschichte bezogen heißt das, daß das Betriebsgeschehen stets nur in Verbindung mit dem allgemein-historischen Geschehen gesehen werden darf. Die Handlungen einzelner Personen müssen so beurteilt werden, wie sie sich objektiv ausgewirkt haben und nicht, wie es sich in den Köpfen der handelnden Personen wiederspiegelt hat.

Um wieder zum schreibenden Arbeiter zurückzukehren: Jeder, der sich mit Betriebsgeschichte befaßt, muß sich von Anfang an klar darüber sein,

welches Gebiet der gesellschaftlichen Wirklichkeit er behandelt, ob er literarisch gestalten oder ob er eine Betriebschronik oder eine Betriebsgeschichte abfassen will. Wenn man die wechselseitigen Beziehungen zwischen schriftstellerischem und wissenschaftlich-historischem Schaffen erkennt und gleichzeitig die Unterschiede berücksichtigt, wird sicher eine gute oder vielleicht sogar ausgezeichnete Betriebsgeschichte entstehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem noch darauf hinweisen, daß die Kulturkonferenz, die im April 1959 in Bitterfeld, in einem unserer industriellen Zentren, stattfand, auch für den Betriebshistoriker von großer Bedeutung war, und zwar in doppelter Weise. Einmal orientierte die Konferenz auf das grundlegend Neue, das sich in unseren Produktionsverhältnissen, in den Beziehungen von Mensch zu Mensch, tagtäglich entwickelt, darauf wie der neue, sozialistische Mensch heranwächst, wie der Gedanke an das Kollektiv immer mehr eigensüchtige Motive verdrängt. Damit ist sowohl für den Schriftsteller als auch für den Betriebshistoriker bzw. für den schreibenden Arbeiter, der auf diesen Gebieten tätig ist, die Frage beantwortet, worauf er sich in seinen Arbeiten orientieren soll. Zum anderen aber war die Konferenz ein Beispiel für das, was in unserer Republik bereits herangewachsen ist. Die Arbeiterklasse ist bei uns die herrschende Klasse. Sie hat gelernt, die kompliziertesten Fragen der Staats- und Wirtschaftslenkung zu meistern. Jetzt schickt sie sich an, auch von der Kultur Besitz zu ergreifen, und zwar nicht nur als Konsument, als Verbraucher von kulturellen Werten, sondern als aktiver Schöpfer und Mitgestalter.

ZU EINIGEN PROBLEMEN DER BETRIEBS- GESCHICHTSSCHREIBUNG

VON ALFRED BACH

Wenn bis jetzt jeder Redner etwas mitbrachte, sei es eine fertige Geschichte seines Werkes oder eine fertige Chronik oder wenigstens genügend Material, so komme ich leider mit leeren Händen. Im Gegenteil, ich möchte sogar noch etwas von Ihnen haben. Um es genauer zu sagen: Ich selbst bin auch Arbeiter, und es trifft auf mich genau das zu, was der Genosse Dr. Radandt sagte, nämlich, daß es sich die Werke sehr leicht machen. Man sucht einen. Na, das machst du gleich, und der Betreffende schwimmt dann ganz allein. Wir haben keine Kommission. Wir haben nichts als ein Bündel Akten. Das hat ein älterer Kollege vor Jahren einmal aufgenommen, allerdings von seinem Standpunkt als Prokurist des Werkes und gleichzeitig als Sportkanone. Es war der berühmte Papa Lange. Er hinterließ mir über die Geschichte des Werkes ein Bündel Akten. Da ich dem Werk schon 25 Jahre angehöre, aber unterbrochen, sonst wären es sogar 41 Jahre, und aus dem gleichen Ort stamme, kenne ich die Entwicklungsgeschichte des Werkes und gelte zur Zeit als der beste Kenner des Werkes. Außerdem habe ich einige Artikel in der Betriebszeitung veröffentlicht. Deswegen hat man mich auch hierhergeschickt.

Dafür, wie die Geschichte, die der Papa Lange aufgeschrieben hat, aussieht, seien einige Beispiele herausgegriffen. Der Gründer des Werkes begann ganz arm. Nach vier Jahren hatte er ein einstöckiges Fabrikgebäude errichten lassen; seine Belegschaft war auf 70 Mann angewachsen, meistens Frauen. Er, der von Haus aus nichts hatte, hatte sich ein Grundstück und eine Villa bauen können. Das steht als nackte Tatsache in dieser Betriebsgeschichte. Es findet sich kein Kommentar dazu, wie das möglich war. Es steht lediglich darin, daß der Gründer eben so tüchtig war, das zu schaffen. Nun, wir haben auch zur damaligen Zeit sehr tüchtige Arbeiter im Betrieb gehabt. Diese haben aber leider nicht soviel „Tüchtigkeit“ besessen, ein Grundstück zu kaufen und eine Fabrik und eine Villa daraufzusetzen. Wie so etwas möglich ist, müßte meiner Ansicht nach herausgestellt werden.

Ich war damals sehr erfreut, als ich das Tagungsmaterial bekam, das sich mit diesen Dingen beschäftigt.

Ein anderes Beispiel. Gestern wurde in einem der Referate das Wolfsgesetz der Konkurrenz mit angeführt. Wir haben gerade bei uns, in unserem Werk, das

Beispiel gehabt, daß das Werk in einer der Krisenzeiten — Papa Lange schreibt, daß es eine Krise war, warum, wieso, davon schreibt er kein Wort — herunterkam und von der großen Konkurrenz geschluckt wurde. Aber die Konkurrenz hatte das Elite-Diamant-Werk noch nicht restlos verdaut, da ging ihr die Krise selber etwas zu sehr an die Nieren, und sie wurde ihrerseits von General Motors geschluckt. Nun, General Motors hat den Bissen schließlich hergeben müssen. Elite konnte wieder von vorn anfangen.

Noch ein kleines Beispiel. Der Gründer des Werkes, Fritz Nevoigt, ist nach dieser Betriebsgeschichte in den Sielen gestorben. Nun, das klingt sehr schön. Wir wissen alle, was das heißt, in den Sielen zu sterben. Sehr vielen Arbeitern ist so ein Tod beschieden gewesen. Aber, wie sahen denn hier die Sielen aus? Fritz Nevoigt starb an einem Schlaganfall am 1. Mai des Jahres 1909. Und warum? Ein großer Teil der Arbeiter des Betriebes wollte an der Demonstration der Chemnitzer Arbeiterschaft teilnehmen. Nevoigt stellte sich ihnen entgegen. Aber die Frauen, um die es sich bei den damaligen Arbeitern hauptsächlich handelte, drückten durch, daß sie mitdemonstrieren konnten. Sie traten dem Unternehmer entgegen. Dieser ereiferte sich so, daß er zusammenklappte und tot war. Die Frauen sind selbstverständlich demonstrieren gegangen. Aber man sieht an so einem Beispiel: In der Betriebsgeschichte steht „in den Sielen gestorben“. Ich habe diese Nachricht von einer Kollegin, die damals bei den Frauen dabei war. Darum weiß ich das so genau.

Doch nun komme ich zu dem, was ich vorhin sagen wollte. Ich möchte eine Hilfe haben. Man hat mir gesagt: Weißt du, die Betriebsgeschichte, die kannst gleich du schreiben. Du hast ja die Akten usw. Na, schön, wenn man den Auftrag bekommt, muß man es eben machen. Aber wie verhält man sich dann bei Dingen, die man in ein solches Werk mit hineinschreiben möchte, die einem aber selber nicht ganz schmecken. Schauen wir einmal die Frage der sogenannten Fremdarbeiter an. Auch wir hatten ausländische Zwangsarbeiter bei uns im Betrieb gehabt. Ein Kollege, der sich jetzt in der Technologie heraufgearbeitet hat, war damals Schlosser wie ich. Er hatte den ausländischen Zwangsarbeitern gegenüber keine allzu gute Rolle gespielt. Er war in der Nazizeit ein halbes Jahr in Haft genommen worden, kam dann in das Werk zurück und fing an, den Akkord zu erhöhen. Ich sagte einmal zu ihm: Du, Fritz, das gefällt mir nicht! Was machst du denn hier? Du schaffst eine Verbesserung nach der anderen. Die Folge ist, daß die Stopper kommen, abstoppen, und die armen Kerle von ausländischen Arbeitern haben es noch schwerer, irgendwie auf ihre Kosten zu kommen. Du weißt doch, was folgt. Solange es noch Kroaten waren, ging es noch. Als aber Arbeiter aus der ukrainischen Bevölkerung hergeholt wurden, wurden die Zustände geradezu katastrophal. An diesen wurden auch die Neuerungen ausprobiert und die Zeiten abgestoppt. Die Leute kamen nicht aufs Schwarze unterm Nagel. Doch was bekam ich zur Antwort? Willst du einmal am Schraubstock sterben? Ich sagte, es würde vielleicht besser sein, solange wir nicht in der Lage sind, die Verhältnisse zu ändern. Nun, ich sterbe nicht am Schraubstock, aber ich bin auch kein Beamter ge-

worden, ich bin jetzt Schaltwärter. Kann man solche Dinge in eine Betriebsgeschichte hineinsetzen? Das ist das, was mir persönlich Kopfzerbrechen macht.

Ein anderer Fall. Ein 1933er Pg sollte laut Direktive 31 oder 131 seines Amtes enthoben werden. Unsere Genossen von damals, die das Werk kommissarisch in die Hände genommen hatten – ich gehörte damals auch mit dazu –, trauten es sich nicht so ohne weiteres zu, ein Werk zu lenken, und brauchten noch Hilfe. Nachdem die Entnazifizierungskommission bestimmt hatte, daß dieser Mann aus der Leitungsposition zu entfernen war, dauerte es noch lange, ehe ihn die verantwortlichen Genossen entfernten. Als man ihn endlich entfernte, wollte man ihm nicht wehetun – er war ein guter Gesellschafter gewesen, man hatte gemeinsam ein Glas Bier getrunken und einen Witz erzählt, man wollte ihm deshalb nicht zu nahe treten und gab ihm eine andere Abteilung, die neu aufgebaut wurde, die Planabteilung. In der Planabteilung wäre er vielleicht noch eine Weile geblieben – obwohl einige dagegen waren und ihn ablösen wollten –, aber da machte er einen ganz groben Fehler. Der Generaldirektor unseres Betriebes – wir waren damals SAG – ließ sich das nicht gefallen und verlangte seine sofortige Ablösung. Daraufhin kam er in die Abteilung Arbeitsorganisation, die nur aus 2 Mann bestand. Dieses Leisetreten mußte meiner Meinung nach in die Chronik mit hinein. Aber kann man denn so etwas veröffentlichen? Das ist die Hilfe, die ich von Ihnen haben will. Geben Sie mir Rat, ob man das hineinschreiben kann oder ob man das umgehen muß. Wenn ich es umgehen muß, fühle ich mich allerdings nicht ganz wohl; denn ich möchte diese Chronik, diese Geschichte des Betriebes auf Wahrheit und Ehrlichkeit aufbauen.

ZWISCHENBEMERKUNG

VON EBERHARD WÄCHTLER

Es ist eine Tragik für die deutsche Arbeiterklasse, für die deutsche Arbeiterbewegung sowie für den Kampf des internationalen Proletariats überhaupt, daß es der Bourgeoisie gelingt, einzelne Verräter in den Reihen der Arbeiter zu finden, die dann gegen die nationalen und internationalen Interessen der Arbeiterklasse als Werkzeuge der Bourgeoisie handeln.

In unseren Betriebsgeschichten müssen wir sie, wenn solche Erscheinungen eine Rolle spielen, beim Namen nennen. Verrätern gebührt unsere Verachtung, und Verräter müssen wir entsprechend kennzeichnen. Über den von dem Genossen aus Karl-Marx-Stadt hier geschilderten Fall können wir uns dann noch einmal speziell unterhalten, und wir sind gern bereit, Hilfe bei der Darstellung des Kampfes der Arbeiterklasse im VEB Elite Diamant zu geben.

Zu einer weiteren Zwischenbemerkung ergriff *Richard Gladewitz* das Wort.

ZUR ERARBEITUNG EINER BETRIEBSGESCHICHTE

VON HEINRICH ERNST SIEGRIST

Obwohl ich als Chronist des größten Braunkohlenveredlungswerkes der Welt, des VEB Kombinat Schwarze Pumpe, nicht die Sorgen wie andere Kollegen hatte, bei der Gestaltung und der Erarbeitung der Betriebsgeschichte auch noch die kapitalistische Zeit des Betriebes zu berücksichtigen müssen – weil ja bekanntlich der erste Spatenstich zum Aufbau unseres Kombinats erst am letzten Augusttag des Jahres 1955 erfolgte –, habe ich dennoch nach dem Studium des uns zugegangenen Materials, besonders der Thesen und des Referats des Genossen Radandt, nicht wenig Kopfschmerzen gehabt. Aber all diese Kopfschmerzen sind seit gestern verschwunden. Hinweggefegt hat sie der erste Tag unserer Arbeitstagung, und ich möchte deshalb die Gelegenheit benutzen, um der Akademie für die gute Vorbereitung und Durchführung dieser Arbeitstagung recht herzlich zu danken. Mit neuen Erkenntnissen und mit einem viel leichteren Gewissensgepäck werde ich morgen als schlichter Epiker, belehrt durch unsere Wissenschaftler, in unser Kombinat zurückgehen.

Ich bin mit der Erarbeitung der Chronik seit Januar des vergangenen Jahres beschäftigt. Völlig auf mich allein gestellt, ohne Unterstützung von Werkleitung und Partei, mußte ich versuchen, zunächst einmal den ganzen technischen Vorgang des Aufbaus chronologisch zu rekonstruieren. Das war eine recht schwierige und manchmal aussichtslos erscheinende Sache, denn seit Beginn des Aufbaus waren immerhin schon $3\frac{1}{2}$ Jahre vergangen.

Im Archiv, das zu gleicher Zeit mit meinem Erscheinen auf der Baustelle ins Leben gerufen wurde, befanden sich nur einige gut gespitzte Blei- und Buntstifte und einige Fotos von Havarien und schlechten Bauausführungen. Mein Arbeitszimmer mußte ich mir selbst suchen. Hätte ich das nicht getan, säße ich vielleicht heute noch auf dem alten Markt und der Pranger stände in unmittelbarer Nähe. Ich habe mehr als ein halbes Jahr gebraucht, um zunächst einmal das Material für die ersten Jahre zusammenzutragen. Erst dann konnte ich mit der ersten Niederschrift überhaupt beginnen. Der Werkdirektor, dem ich diese erste Niederschrift vorlegte, hatte keine Beanstandungen. Zwar gab er mir bei einer Rücksprache, die ganze 15 Minuten dauerte, einige Hinweise, die Namen einiger Bauhasen und Baulöwen, aber das Entscheidendste, eine kollektive Unterstützung durch Werk- und Bauleitung, wurde mir nicht zuteil. Ich

verstand zwar recht gut, daß es für den Werkdirektor wichtiger war, die erste Baustufe des Kombinats fertigzustellen, um Briketts und Strom zu erzeugen. Aber auch in der Folgezeit wurde mir nicht die Unterstützung gegeben, die ich dringend brauchte. Natürlich fand ich viel Material in der Betriebszeitung, in der Bezirkszeitung unserer Partei und besonders in den kleinen Volkskorrespondenzen, die mir manchen Hinweis gaben und denen ich nachspürte; aber viele Berichte erwiesen sich als nicht stichhaltig. Die großen Berichte der Reporter, die teilweise über eine ganze Seite gingen, waren am wenigsten geeignet, stichhaltiges Material abzugeben. Bei der Nachprüfung stellte ich oft fest, daß einige Reporter sich zwar im ganzen ein oder zwei Stunden auf der Baustelle aufgehalten hatten, aber dafür zehn und mehr Stunden im Gasthaus Schwarze Pumpe.

Dennoch habe ich es geschafft, die Geschichte unseres Kombinates von 1955 bis Ende Juni 1960 im ersten Entwurf fertigzustellen, ohne jedoch die vielen Gebiete, die im engen kausalen Zusammenhang mit dem Aufbau des Kombinats stehen, wie Gesundheitswesen, Nachrichtenwesen, Verkehr, Versorgung, Kulturarbeit, Parteiarbeit, Arbeit der Freien Deutschen Jugend und der Massenorganisationen, literarische Porträts der Aktivisten und Neuerer usw., bisher berücksichtigen zu können. Davor hat mir bis gestern gegraut, Genossen, denn die Erforschung dieser Gebiete, darüber war ich mir klar, konnte ich nicht allein bewältigen. Ich habe zwar Anstrengungen in dieser Richtung gemacht. Ich schickte 50 vervielfältigte Exemplare des ersten Entwurfs, der bis Anfang 1958 ging, an Hauptingenieure, Ingenieure, Abteilungsleiter, Meister, Brigadiere und Stamarbeiter, die seit dem ersten Tag auf der Baustelle waren. Aber was war der Erfolg? Nicht einer hat bisher die Zeit gefunden, meiner Bitte um Unterstützung und Berichtigung von Fehlern und Unstimmigkeiten zu entsprechen. Erst in den letzten Tagen kam ein neuer Anstoß. Die Werkleitung hat die Hauptobjektleiter gebeten, Jungingenieure zur Prüfung der technischen Angaben zur Verfügung zu stellen. Heute, nach dem ersten Tag unseres Zusammenseins, weiß ich, daß dies keinesfalls genügt. Die Partei — und wir haben im Kombinat eine eigene Industriekreisleitung, deren Mitglied ich bin — muß eingeschaltet werden. Ich werde dem Büro der Kreisleitung eine entsprechende Vorlage einreichen, damit die Partei die Überwachung und Anleitung der Erarbeitung der Chronik in die Hand nimmt und Genossen der Partei, der Gewerkschaft, der BGL und des Zirkels schreibender Arbeiter einsetzt.

Warum sage ich das, Genossen? Damit die Genossen und Kollegen, die ähnlich wie ich bisher als Alleingestalter Akten und Monatsberichte der Werkleitung studierten, die hinausgegangen sind oder noch hinausgehen, um die Geschichte unserer neuen Großbetriebe schreiben zu helfen, nicht in denselben Fehler verfallen, wie ich es getan habe, nämlich die Geschichte allein schreiben zu wollen. Eine Betriebsgeschichte setzt sich aus Fakten zusammen, aus Tatsachen also. Bei der Niederschrift ist Fabulieren wie in der schöngeistigen Literatur nicht angebracht. Zwar bin ich der Auffassung, daß auch die Betriebs-

geschichte Literatur sein muß. Das Fabulieren sollte man jedoch nebenbei machen. Das habe ich auch getan. In den letzten Wochen ist mein erster Roman über die Schwarze Pumpe, er heißt „Stürmische Jahre“, im Volksverlag Weimar erschienen. Ein weiterer über die Brikettfabrik, der den Kampf der Kumpel um die Aufholung der Planrückstände zum Inhalt hat, ist im Entstehen.

Aber zur Zeit ist mir immer noch ein bißchen bange, ob sich das gewaltige Geschehen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art auf unserer Großbaustelle in seiner ganzen Vielfalt und Eindringlichkeit gestalten läßt, vor allem, wenn ich daran denke, daß auch der kollektiven Arbeit Grenzen gesetzt sind. Wir haben jetzt etwa 16000 Arbeiter auf der Baustelle. 4000 davon gehören dem Kombinat an, die restlichen 12000 sind Bau- und Montagearbeiter aus insgesamt 100 verschiedenen volkseigenen und auch privaten Betrieben. Wir verbauen täglich fast 1 Million DM. Der Aufbau des Gesamtkombinats wird ungefähr 4 Milliarden DM bis 1965 verschlingen. Verstehen Sie jetzt, welche Arbeit meiner harret? Will ich nach den uns gegebenen Richtlinien alle Details berücksichtigen, so erscheint mir auch im besten Kollektiv die Arbeit nicht leicht zu werden; denn Anleitung, Disposition, Nachprüfung bis hinunter zur Schlußredaktion wird Aufgabe des Chronisten bleiben. Ein großer Lichtblick sind nun die von der Akademie geschaffenen Konsultationsstellen. Ich glaube, daß ich in Leipzig sehr häufiger Gast sein werde.

Eine besondere Aufgabe der Betriebsgeschichte des Kombinats Schwarze Pumpe wird es sein, die Fragen der nationalen Minderheit, der sorbischen Bevölkerung also, mit einzubeziehen, da große Teile der sorbischen Bevölkerung mitgeholfen haben und noch mithelfen, das Kombinat zu erbauen. Ich denke, daß die Frage der Gemeinsamkeit eine nicht unwesentliche Rolle spielt, und ich möchte deshalb meinen Kollegen aus der Ober- und Niederlausitz raten, auch in ihren Betriebsgeschichten diesen Punkt nicht außer acht zu lassen.

Liebe Genossen und Freunde, ich scheidet von dieser Tagung mit dem Bewußtsein, viele neue und gute Erkenntnisse gesammelt zu haben. Nochmals vielen Dank der Abteilung Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften und allen Diskussionsrednern für die große und tatkräftige Hilfe, die mir und auch wohl uns allen in diesen zwei Tagen gegeben worden ist. Auf weitere gute Zusammenarbeit zwischen der Akademie und uns Chronisten. Glück auf!

AGRAR-BETRIEBSGESCHICHTE

VON GERHARD HEITZ

Ich möchte zu einer ganz anderen Problematik der Betriebsgeschichte sprechen, zu Fragen der Landwirtschaft. Es ist ja schon durch einige Beiträge hier angedeutet worden, daß dieser Bereich in der Diskussion und – soweit ich das erfahren habe – auch gestern in den Referaten etwas kurz gekommen ist, und das ist ja auch kein Zufall. Von seiten der Agrarhistoriker ist die Frage der Betriebsgeschichte eigentlich erst in den letzten Monaten und ganz konkret im Zusammenhang mit der hier stattfindenden Tagung gestellt worden.

Ich möchte zu zwei Punkten in aller Kürze etwas sagen. Zunächst zu einigen Besonderheiten und Unterschieden, die den agrarischen Bereich von dem hier vorwiegend behandelten industriellen trennen.

Die Dezentralisation der Betriebe ist in der Landwirtschaft sehr viel größer als in der Industrie, sie dauert dort auch sehr viel länger und ist eigentlich erst im Laufe dieses Jahres überwunden worden, bzw. wir sind dabei, sie endgültig zu überwinden. Wenn es also in der Überschrift zu unserer Tagung einmal heißt: „Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“, dann ist selbstverständlich die gesamte Genossenschaftsbewegung darin einbegriffen. Aber das Referat des Genossen Lucas hieß „Geschichte der Fabriken, Werke und Güter“, und das ist – so erfreulich die Ausweitung auf die Landwirtschaft ist – eine unerfreuliche Einschränkung auf die Güter; denn es ist doch so, daß es in der Geschichte der Landwirtschaft nicht nur Rittergüter, nicht nur Großbetriebe, sondern auch Bauernwirtschaften gibt. Auch das sind selbständige Betriebe. Wir müssen uns mit diesen Betrieben beschäftigen, denn sie bilden die Basis, den Ausgangspunkt für den sozialistischen genossenschaftlichen Großbetrieb, den wir im Augenblick aufbauen. Beide haben neben vielen Unterschieden auch Gemeinsamkeiten: z. B. sehr mangelhafte schriftliche Unterlagen.

Wenn ich hier in der Diskussion gehört habe, welche Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Massen von Akten in den Betriebsarchiven bestehen, kann ich nur sagen, daß wir Agrarhistoriker außerordentlich neidisch darauf sind, denn der bäuerliche Betrieb taucht überhaupt nicht in den Akten auf und wenn, dann nur als Objekt feudalherrlicher oder später junkerlicher Willkür und Politik. Das muß man berücksichtigen, und das weist die agrarische Betriebsgeschichte in eine ganz andere Quellenbasis hinein.

Bei den gutsherrlichen bzw. junkerlichen Betrieben muß man unterscheiden den Bereich der Feudalzeit, in dem sie wenigstens im Staatsarchiv auftauchen, weil der Staat sich mit ihnen beschäftigt, weil sie selbst Staat sind bzw. der Grundeigentümer Funktionen des Staates wahrnimmt, und dem kapitalistischen Bereich des 19. und 20. Jahrhunderts, der wirtschaftsgeschichtlich natürlich viel wichtiger ist, in dem aber das Rittergut nicht mehr Behörde ist, infolgedessen der schriftliche Niederschlag nicht mehr beim Staat auftaucht, sondern im privaten Gutsarchiv. Wie es mit den Gutsarchiven aussieht, das wird jeder, der damit einmal etwas zu tun gehabt hat, nur als katastrophal bezeichnen können. Die Bestände sind nämlich nur in sehr geringem Umfange erhalten.

Und das führt zu einer Frage, die hier gestellt worden ist, zu dem Zusammenhang von Betrieb, Betriebsgeschichte, Archiv, Ausstellung und Museum im Betrieb. Der industrielle Großbetrieb hat sein Archiv im Hause. Der sozialistische Großbetrieb in der Landwirtschaft hat dieses Archiv nur, insofern das seine unmittelbare jüngste Geschichte angeht, nicht aber seine Vergangenheit. Wenn man die Geschichte eines Gutes oder eines Dorfes, einer Gruppe von Bauernwirtschaften vor ihrem Zusammenschluß zu einer Genossenschaft erforschen will, dann muß man das an einem ganz bestimmten zentralen Ort im Archiv tun, kann es aber nicht am Ort der Produktion. Es ist also außerordentlich schwer, agrarische Betriebsgeschichte durch Ausstellung von Exponaten in den Schulbetrieb und in die sozialistische Bewußteinsbildung einzubeziehen. Das kann nur auf dem Wege der Fotokopie, der Abschrift und anderer Dinge geschehen. Hier müssen die Agrarhistoriker noch eine Reihe von neuen Methoden erdenken, damit wir auch hier weiterkommen.

Der zweite Punkt, den ich streifen möchte, betrifft die Frage: Wie weit gehen wir zurück? Es ist hier um das Problem diskutiert worden: Sollen wir die Feudalzeit mit einschließen oder nur den Kapitalismus und vor allem die letzten 40 Jahre behandeln? Ich glaube, man muß für den gesamten agrarischen Bereich, der ja umfangsmäßig mindestens genauso groß ist wie der industrielle, festhalten, daß alle ländlichen Betriebe, alle sozialistischen Produktionsbetriebe auf dem Lande, mit ihrer Geschichte in die Feudalzeit zurückreichen und daß man infolgedessen diese Zeit mit einbeziehen muß, nicht nur, um eine Vollständigkeit zu haben, sondern vor allem deshalb, weil die Feudalverhältnisse in unserer Landwirtschaft so lange gedauert haben, die Reste erst so spät, in Gestalt der kleinen bäuerlichen Wirtschaft ja erst im Verlauf der letzten Jahre, beseitigt worden sind, so daß es überhaupt gar nicht möglich ist, die neue Entwicklung sichtbar und in ihrer ganzen Bedeutung kenntlich zu machen, wenn man nicht eine Reihe von älteren Tatsachen und Entwicklungslinien mit einbezieht. Ich denke, daß das für die Frage der Überlegenheit des sozialistischen Großbetriebes auf dem Lande gegenüber dem rückständigen kleinbäuerlichen Betrieb seine Bedeutung hat, besonders auch im Vergleich unserer Landwirtschaft mit der westdeutschen und der Perspektive der Landwirtschaft in den beiden deutschen Staaten. Ich möchte das in Anlehnung an die Formulierung vom Kollegen Habedank vielleicht so sagen: Es kann

keine Rede davon sein, daß wir uns bei der Betriebsgeschichte, auch bei der agrarischen, etwa auf den Feudalismus, auf die Feudalzeit orientieren sollen. Aber wir sollen andererseits auch nicht die Historiker der feudalen oder der kapitalistischen Betriebe von dem Vorhaben der Betriebsgeschichte ausschließen, sondern sie vielmehr so aktiv und so vielseitig wie möglich einbeziehen, damit der zeitgeschichtliche Schwerpunkt dieser Betriebsgeschichten jeweils einen massiven Unterbau in der älteren und feudalen Zeit hat.

Als letztes ein Vorschlag, den ich noch mit einer gewissen Vorsicht formuliere, weil er erst im Verlaufe der Vorbereitung auf diese heutige Tagung bei einigen Kollegen und mir aufgekommen ist: Wir brauchen für den Bereich der agrarischen Betriebsgeschichte ganz dringend eine Art Leitfaden, vielleicht auch mehrere Fäden in der Gestalt, daß für die Masse der in den Dörfern, Gütern und Genossenschaften verstreut tätigen Bearbeiter bestimmte Hinweise vom Archiv aus gegeben werden, welche Quellen für die Geschichte dieser Betriebe bis in die Gegenwart hinein vorliegen, welche Archive man benutzen muß. Es ist da nicht mit dem Betriebsarchiv und dem nächsten großen Staatsarchiv getan. Man muß sehr viel mehr heranziehen. Ich möchte nur daran erinnern und auch unterstreichen, was hier über die Kreisarchive gesagt worden ist. Wenn wir alles das verwirklichen, was wir für die Geschichte der Bodenreform und der sozialistischen Umgestaltung in Angriff zu nehmen haben, dann heißt das für die Kreisarchive, daß sie mit Benutzern in einem Umfange bedacht werden, dem ihre Kapazität wahrscheinlich kaum gewachsen ist, daß auch der Ordnungszustand der Archive, der Kreisarchive, dem nicht entspricht und – was noch viel wichtiger ist –, daß die Ausbildung der Historiker bisher nicht darauf abgestimmt war, daß diese in einem Kreisarchiv arbeiten. Ich nehme dankbar auf, was aus Dresden berichtet wurde, wo mit Studenten über Fragen der Bodenreform gearbeitet worden ist. Wir in Rostock sind im Augenblick dabei, einige Methoden zu erarbeiten, wie man mit Studenten im Praktikum oder während des Semesters Fragen der Bodenreform und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft bearbeiten kann; denn wir wollen uns nichts vormachen. Im Bereich der jüngsten Agrargeschichte ist der Historiker heute zugleich auch der wichtigste Quellensicherer. Wenn er nicht jetzt eingreift, sehen in 5 oder 10 Jahren die Dinge schon wieder sehr viel anders aus. Die Vernachlässigung der Bodenreformforschung in der Zeit bis vor etwa zwei Jahren sollte doch ein Warnungsschild sein. Es ist heute schon in manchen Punkten nicht mehr möglich, alle mündlichen Quellen, die örtlichen Quellen der Bodenreform, voll zu sichern und wenn, dann mit einem Abstand von 15 Jahren, der manches verwischt oder vielleicht schon zu sehr geklärt hat, so daß die eigentliche Problematik nicht mehr herausgearbeitet wird. Wir sind infolgedessen in Rostock dazu übergegangen, durch Arbeiten kleiner Studentenkollektive direkt auf dem Dorf die Arbeit voranzutreiben, so daß wir die sozialistische Umgestaltung des Jahres 1960 noch im gleichen Jahre in Form einer Quellensicherung durch Fragebögen und andere Dinge beginnen.

DIE BEDEUTUNG DER INTELLIGENZ BEI DER AUSARBEITUNG DER BETRIEBSGESCHICHTE

VON HEINZ MÜLLER

Unsere gemeinsame Beratung dient u. a. der Bekanntgabe jener Gesichtspunkte, die bei der Erarbeitung der „Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ zu beachten sind. Indem ich die bisher auf unserer Konferenz erhobenen Forderungen nach Darstellung des Kampfes und der Lage der Arbeiter sowie die Feststellung, daß die Arbeiter ihre Betriebsgeschichte selbst schreiben müssen, voll unterstreiche, möchte ich jetzt Ihre Aufmerksamkeit auf einen weiteren Gesichtspunkt lenken.

Unsere Betriebsgeschichten müssen – nach meinem Dafürhalten – mehr als bisher das Wachsen der Produktivkräfte, die immer vollkommener Beherrschung der Naturgesetze bei der Gewinnung der Rohstoffe und der Erzeugung von Werkstoffen sowie bei deren Verarbeitung zu den vielgestaltigen Fertigprodukten aufzeigen. Ohne diesen Gedanken hier noch breiter darlegen zu wollen, möchte ich nur kurz daran erinnern, daß wir nicht ohne Grund behaupten, daß der Sieg des Sozialismus in erster Linie unmittelbar am Arbeitsplatz, d. h. durch die unmittelbare Wirksamkeit der Produktivkräfte und deren ständige Weiterentwicklung entschieden wird. Es kommt also darauf an, die Abhängigkeit der Entwicklung der Produktion von den ökonomischen Gesetzen und besonders von den Produktionsverhältnissen an konkreten Tatsachen aus der Geschichte des betreffenden Betriebes aufzuzeigen. Es muß dargestellt werden, wie unter den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung die schöpferischen Kräfte der Werktätigen in ihrer Entfaltung immer wieder gehemmt, ja sogar unterdrückt wurden, während die sozialistische Gesellschaft alle Voraussetzungen dafür bietet, daß jeder Werktätige im wahrsten Sinne des Wortes schöpferisch an der Weiterentwicklung der Produktivkräfte zum Wohle aller mitwirken kann.

In diesem Zusammenhang ergibt sich jedoch die spezielle und nach meinen Erfahrungen auch komplizierte Frage der Untersuchung und Darstellung der Rolle der technischen Intelligenz. Wir alle wissen, daß die Entwicklung der modernen Industrie unlösbar mit der Anwendung der Wissenschaft in der Produktion verbunden ist. Es ist die spezielle Aufgabe der technischen Intelligenz, die wissenschaftlich-theoretischen Erkenntnisse auf die Produktion zu übertragen. Die wissenschaftliche Durchdringung der Produktionstechnik wird

von Jahr zu Jahr offensichtlicher. Im Zuge der Mechanisierung und Automatisierung steigt der Anteil der Wissenschaft an derselben rapid.

Immer deutlicher nimmt für uns in diesem Zusammenhang der Prozeß der allmählichen Annäherung der körperlichen und geistigen Arbeit konkrete Formen an. Der Tag ist nicht mehr fern, wo man an vielen Arbeitsplätzen nicht mehr unterscheiden kann, ob im Sinne unserer heutigen Begriffsauffassung am Schaltpult einer vollautomatischen Walzenstraße ein hochqualifizierter Arbeiter oder ein Angehöriger der technischen Intelligenz steht. Die Grenzen werden in vielen Bereichen der Produktion nicht mehr erkennbar sein.

In diesem Prozeß der stürmischen Entwicklung der Technik auf der Grundlage des Sozialismus gewinnt die Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der technischen Intelligenz eine bisher nie dagewesene Bedeutung. Es liegt in unserer Hand, durch eine richtige Darstellung der Rolle und Bedeutung der technischen Intelligenz in der Geschichte unserer Betriebe wesentlich – vor allem ideologisch – zur Festigung dieses Bündnisses beizutragen. Es kommt darauf an, die gesellschaftliche Stellung der technischen Intelligenz im Produktionsbetrieb klar und möglichst vielgestaltig aufzuzeigen, damit jeder unserer Ingenieure erkennt, daß sein natürlicher Platz an der Seite der Arbeiterklasse – und nur dort! – sein kann und ist. Wir müssen immer wieder aufzeigen, wie auch die schöpferischen Kräfte der technischen Intelligenz unter kapitalistischen Bedingungen nur zur Erzielung des höchsten Profits eingesetzt werden und daß es nicht selten vorgekommen ist, daß wertvollste Gedanken oder Ausarbeitungen von ihnen – wenn sie dem Profitstreben nicht entsprachen – in den Panzerschränken der Direktionen verschwanden.

In engem Zusammenhang damit muß man aufzeigen, warum die Kapitalisten bewußt einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und die technische Intelligenz treiben. Als Gegensatz dazu muß das Bemühen um das feste Bündnis, die völlig veränderte gesellschaftliche Stellung, die Hochachtung und Würdigung der Leistungen der technischen Intelligenz bei uns, im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat, dargestellt werden.

Wenn wir in diesem Sinne die Probleme in unseren Betriebsgeschichten behandeln, werden wir dazu beitragen, daß unsere technische Intelligenz ideologisch bewußter am Kampf um den Sieg des Sozialismus teilnimmt. Und wir werden auch dazu beitragen, daß die technische Intelligenz in Westdeutschland rascher ihren einzig möglichen Platz an der Seite der Arbeiterklasse erkennt und sich aktiver im Kampf für die Erhaltung des Friedens und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes einsetzt.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN WISSENSCHAFTLERN UND ARBEITERN BEI DER BETRIEBSGESCHICHTS- SCHREIBUNG

VON HEINZ HEITZER

Ich möchte einige Bemerkungen machen über die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Historikern und Werktätigen der Betriebe bei der Ausarbeitung einer Betriebsgeschichte. Dabei stütze ich mich auf Erfahrungen, die bei der Ausarbeitung der „Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter“, Abschnitt 1945–1950, gesammelt wurden. Über die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Arbeitern hat Dr. Radandt in seinem schriftlichen Referat bereits grundlegend gesprochen. Ich möchte hier einiges vorschlagen, worauf sich die Historiker bei der Unterstützung der Arbeiter, die ihre Betriebsgeschichte schreiben, konzentrieren sollten.

Die erste Erfahrung, die wir während unserer Tätigkeit in Leuna gemacht haben, war die, daß es vor allem darauf ankommt, zunächst gemeinsam mit den Arbeitern eine Konzeption der gesamten Betriebsgeschichte auszuarbeiten. Das ist besonders notwendig, wenn es sich um die Betriebsgeschichte der neueren Zeit handelt, da bekanntlich die entsprechenden Lehrbuchabschnitte der Geschichte des deutschen Volkes noch nicht erschienen sind. Die Notwendigkeit, sich vorher eine Konzeption zu erarbeiten, ergibt sich auch daraus, daß wir keine Chronik schreiben, sondern den geschichtlichen Gesamtprozeß analysieren und darstellen. Das heißt: wir müssen auswählen, Wichtiges von weniger Wichtigem sondern, uns über die Schwerpunkte und Proportionen, über den politisch-ideologischen Sinn des Ganzen im klaren sein usw.

Es hat sich hierbei gezeigt, daß bei der Ausarbeitung der Konzeption in erster Linie die Beschlüsse der Partei und verwandte Dokumente herangezogen werden müssen. Ohne von diesen Dokumenten, den grundlegenden Quellen jeder Betriebsgeschichte, auszugehen, ist es nicht möglich, eine wissenschaftliche Gesamtkonzeption auszuarbeiten. Wie wichtig das ist, zeigt die Tatsache, daß sich verschiedene Fehler bei der Erforschung der örtlichen Bewegungen der Arbeiter während der Novemberrevolution deshalb einstellten, weil die grundlegenden Beschlüsse der Partei über Probleme der Novemberrevolution ungenügend beachtet wurden.

Bei der Ausarbeitung der Konzeption erwies es sich weiterhin als wichtig, daß man sich auch über die Stoßrichtung im klaren sein muß. Die Frage, worauf der Schwerpunkt in der Argumentation gelegt werden soll, muß prinzipiell

geklärt werden, bevor die eigentliche Ausarbeitung beginnt. Wir schreiben ja keine „zeitlose“ Betriebsgeschichte, die meinetwegen 1970 genauso aussehen würde wie jetzt, sondern eine Betriebsgeschichte, die eine ganz bestimmte politisch-erzieherische Funktion in einer ganz bestimmten Situation hat. Für die Festlegung der jeweiligen Schwerpunkte und der Stoßrichtung ist besonders wichtig, welche ideologischen Fragen in dem jeweiligen Betrieb eine Rolle spielen. Angenommen, in einigen Betrieben gibt es noch starke Überreste der Konzernideologie. Dann bedeutet dies, daß Fragen, die mit der Entlarvung der Rolle der Konzerne zusammenhängen, in der Betriebsgeschichte relativ umfangreich behandelt werden müssen. In anderen Betrieben existieren noch Legenden über einzelne Persönlichkeiten. Darauf muß man in der Betriebsgeschichte ausführlich eingehen. In anderen Betrieben gibt es vielleicht noch stärkere sektiererische Überreste, vor allem im Verhältnis zur Intelligenz. Das macht es notwendig, die Rolle der Intelligenz besonders gründlich und überzeugend herauszuarbeiten.

Um solche Gesichtspunkte berücksichtigen zu können, ist es unumgänglich, daß die Wissenschaftler, wenn sie bei der Ausarbeitung einer Geschichte des Betriebes nach 1945 helfen, auch den Betrieb kennen, vor allem die Menschen, die jetzt dort arbeiten. Es hat sich in unserem Falle als sehr nützlich erwiesen, daß unsere Genossen aktiv in der Parteiorganisation und auch in der Produktion mitgearbeitet haben. Es fiel ihnen dann viel leichter, bei der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte mitzuhelfen.

Ein zweites Problem, zu dessen Klärung die Unterstützung der Historiker besonders erforderlich ist, betrifft die Periodisierung. Dr. Radandt hat bereits dargelegt, daß die Grundlage für die Periodisierung der Betriebsgeschichte durch die allgemeine Entwicklung, die Entwicklung des gesamten Landes gegeben ist. Von der Gesamtentwicklung werden auch die entscheidenden Einschnitte in der Darstellung der Betriebsgeschichte bestimmt. Natürlich sind solche Einschnitte in der Betriebsgeschichte, wie z. B. die Einbeziehung eines Einzelbetriebes in eine Monopolvereinigung oder – nach 1945 – der Zeitpunkt, zu dem ein Betrieb volkseigen wird, wichtige Periodisierungseinschnitte. Diese Zäsuren sind jedoch den allgemeingültigen Wendepunkten untergeordnet. Hier erwies es sich als fruchtbar, bei der Ausarbeitung einer Chronik von vornherein darauf zu achten, daß diese Chronik nicht nur Betriebsereignisse umfaßt, sondern auch die wichtigsten Ereignisse der Gesamtentwicklung einbezieht. Es hat sich gezeigt, daß es den Werktätigen viel leichter fiel, mit komplizierten Fragen der Betriebsgeschichte ins reine zu kommen, wenn sie immer die Gesamtentwicklung im Auge hatten. Bei der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte stießen wir immer wieder auf ein Problem – und ich denke, solange Betriebsgeschichten ausgearbeitet werden, wird man mit diesem Problem ringen –, nämlich auf die Verbindung von Allgemeinem und Besonderem. Unser Ziel war, im Besonderen, also im Betriebsgeschehen, das Allgemeine zu zeigen, die allgemeine Gesetzmäßigkeit, die allgemeinen Tendenzen der Entwicklung. Aber das sagt sich leichter, als es geschieht. Ich gestehe ein, daß wir

mit unserer Lösung noch nicht zufrieden sind, mit einer Lösung nämlich, die zum großen Teil darin besteht, daß jedem Kapitel eine Einschätzung der Gesamtentwicklung vorangestellt wird. Dann folgt die Konkretisierung der allgemeinen Entwicklungstendenzen am Beispiel des Betriebes. Das ist noch nicht der Weisheit letzter Schluß. Es kommt nach meiner Ansicht darauf an, bestimmte Grundzüge der allgemeinen Entwicklung anhand der Betriebsentwicklung nachzuweisen und anhand der Ereignisse im Betrieb allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen. Bei der Ausarbeitung der Geschichte der Aktivistenbewegung könnte beispielsweise so vorgegangen werden, daß zunächst die Bedeutung der Aktivistenbewegung skizziert und dann die Entwicklung im Betrieb gezeigt wird. Richtiger erscheint es mir jedoch, die einzelnen Etappen der Aktivistenbewegung im Betrieb darzustellen und daraus die grundlegenden Verallgemeinerungen abzuleiten. Das ist natürlich schwieriger und erfordert allerhand Erfahrungen.

Eine weitere Form der Unterstützung bei der Ausarbeitung besteht darin, daß Wissenschaftler und Arbeiter bestimmte Grundfragen gemeinsam diskutieren, z. B. das Bündnisproblem, die Rolle der Partei in bestimmten Perioden oder auch die Rolle der Gewerkschaft. Die Diskussion solcher Grundfragen war für beide Seiten außerordentlich fruchtbar. Hierbei zeigte sich, daß von seiten der Historiker vor allem darauf hingewirkt werden muß, die verschiedenen Seiten des Klassenkampfes, des politischen, ökonomischen und ideologischen Kampfes, im richtigen Verhältnis zueinander darzustellen. Besonders schwierig war die Erforschung und Darstellung des ideologischen Klassenkampfes vor und nach 1945, war die richtige Darstellung der ideologischen Erziehungsarbeit der Partei. Diese Schwierigkeit hängt auch mit der Quellenlage zusammen. Auch unseren Veteranen fiel es oft schwer, sich genau zu erinnern, wie die ideologische Situation vor vielen Jahren war, welche Unklarheiten es gab und wie diese überwunden wurden. Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir bei einer späteren Beratung unter anderem über diese wichtige Frage sprechen und unsere Erfahrungen austauschen.

Zu einem letzten Punkt. Ausgehend von den drei Seiten des Klassenkampfes, möchte ich einige Bemerkungen über den Gegenstand der Betriebsgeschichte machen. Das scheint mir nötig, da wohl oder übel eine gewisse Abgrenzung gegenüber der Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung vorgenommen werden muß. Ohne einem dogmatischen Einschachteln das Wort zu reden, glaube ich doch, daß der spezifische Gegenstand der Betriebsgeschichte präzise bestimmt werden muß. Ich bin folgender Meinung: Einerseits ist der Gegenstand der Betriebsgeschichte enger als der Gegenstand der Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung. Es wird nicht der ganze Kreis oder der ganze Ort untersucht, sondern eben das Geschehen in einem speziellen Betrieb. Der Betrieb kann natürlich für den ganzen Kreis bestimmend sein, aber in der Regel erstreckt sich die Untersuchung auf einen engeren Bereich als auf die ganze Umgebung, den ganzen Kreis oder Bezirk. Auf der anderen Seite ist der Gegenstand der Betriebsgeschichte weiter als der Gegenstand bei der Er-

forschung der örtlichen Arbeiterbewegung, weil die ökonomisch-technische Seite eine weit größere Rolle spielt als bei dieser. Die ökonomisch-technischen Prozesse und Zusammenhänge müssen hierbei eine weitaus größere Rolle spielen als beispielsweise bei der Untersuchung des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch in einem bestimmten Kreis. Jedoch haben der Gegenstand der Betriebsgeschichte und der Gegenstand der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung eine wesentliche Seite gemeinsam. Im Mittelpunkt stehen in beiden Fällen die Lage, die Entwicklung und die revolutionäre Bewegung der Werktätigen, im Mittelpunkt stehen die Menschen, die Schöpfer der Geschichte, und nicht die Technik! Betriebsgeschichte ist ebenso wie die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in erster Linie die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse. Das bedeutet unter anderem — um nur auf eine Konsequenz hinzuweisen —, daß, speziell was die Zeit nach 1945 betrifft, die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen, vor allem der Partei, im Zentrum der Untersuchung stehen muß. Ich kenne eine Reihe von Betriebsgeschichten, bei denen man das, glaube ich, noch nicht sagen kann. Mein letzter Vorschlag ist deshalb, daß in der nächsten Zeit die Orientierung auf die Rolle der Menschen als Schöpfer der Geschichte, auf die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen, besonders der Partei der Arbeiterklasse, im Mittelpunkt der Tätigkeit des Arbeitskreises stehen sollte.

BETRIEBSGESCHICHTE IM FILM

VON HORST HOLZSCHUH

Ich möchte hier von einer Art der Gestaltung der Betriebsgeschichte berichten, die wohl nicht alltäglich ist. Als im Jahre 1948 das 100jährige Jubiläum der Braunkohlenbrikettierung in unserem Werk besonders festlich begangen wurde – in unserer Brikettfabrik Ammendorf stand die erste Brikettpresse Deutschlands –, wurde speziell über die Entwicklung unseres Werkes sehr, sehr viel Material zusammengetragen, um daraus eine Broschüre zu gestalten. Dieses Material wurde dann zum Grundstück unserer Betriebsgeschichte. Von diesem Material angeregt, stellten die Genossen unseres Amateurfilmzirkels in mühseliger Kleinarbeit einen Film mit dem Titel „100 Jahre Braunkohlen“ zusammen.

So einen Film zu gestalten, ist nicht einfach. Da mußte in alten Akten geblättert werden, alte Bergmannstrachten wurden wieder renoviert, alte Kumpel, die Jahrzehnte der Entwicklung unseres Werkes miterlebt hatten, berichteten über ihr Leben und so weiter. Die Ergebnisse dieser großen Vorarbeit wurden dann in einem Film verarbeitet. In sehr anschaulicher Form wurde dadurch ein Stück Betriebsgeschichte auf den Filmstreifen gebannt.

Das ging natürlich nicht ohne Schwierigkeiten vor sich, und manches mußte erst noch besonders rekonstruiert werden. Aber da unsere Genossen mit Lust und Liebe an die Arbeit gingen, gelang es auch, einen Überblick über ein Jahrhundert Betriebsgeschichte zu gestalten, das heißt natürlich keinen lückenlosen Überblick, denn der Film hat gewisse begrenzte Möglichkeiten, zumal in einem Amateurfilmzirkel, und schließlich ist ein sozialistischer Betrieb nicht so reich wie die DEFA und kann nicht mit Hunderten von Komparsen irgendwie Massenszenen gestalten, so daß also die revolutionären Massenaktionen gerade der mitteldeutschen Bergarbeiter in diesem Film nicht in Erscheinung treten konnten, da wir ja nicht in der Lage waren, solche Massenszenen zu drehen. Da haben wir nicht die technischen Möglichkeiten dazu. Aber den größten Raum in diesem etwas über eine dreiviertel Stunde langen Film nimmt naturgemäß die neue, die sozialistische Geschichte unseres Betriebes ein. Schließlich ist das Neue, das wir uns selbst geschaffen haben, viel leichter zu filmen, weil wir es natürlich noch da haben, und es hat sich eigentlich noch nichts daran geändert. Da erscheinen in dem Film unsere modernen Großgeräte und machen viel an-

schaulicher als das geschriebene Wort jedem Zuschauer den gewaltigen Sprung nach vorn klar, den wir in den letzten Jahren gerade durch die Entwicklung der modernen Technik taten. Die Kamera blendet über zu den neugeschaffenen sozialen Einrichtungen, sie zeigt einen zufriedenen schmausenden Kumpel, der das gute und reichhaltige Essen unserer Betriebsküche verzehrt, und da braucht man doch keine großen Worte zu machen, da spricht das Bild für sich selbst. Betriebsferienheime, Kinderferienlager, unsere Jugend und auch die Männer, unsere Genossen der Kampfgruppe, die die Waffen in die Hand genommen haben, damit sie, wenn es gilt, unsere sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen, jederzeit dazu in der Lage sind, werden bei ihrer Ausbildung gezeigt. Das sind also eine ganze Anzahl Faktoren, die wir in diesem Film vereinigen konnten. Und da eine Schmalfilmkamera natürlich keinen Tonfilm produziert, mußte dann der Ton später auf Tonband aufgenommen werden, so daß wir also praktisch trotzdem einen Tonfilm haben, wo mit Erläuterungen bzw. untergelegten Texten und Musik auch der Film von der reinen Darstellung her irgendwie lebendig wirkt. Unser Filmaktiv dreht aber noch weitere Kurzfilme, zum Beispiel über Kinderferienlager oder über andere Fragen und beschäftigt sich jetzt damit, ein Brigadetagebuch einer sozialistischen Brigade zu verfilmen, gemeinsam mit der Brigade, um auch diese Entwicklung einmal im Film zu gestalten.

Aus den einzelnen Filmstreifen, die unser Filmaktiv herstellte, wird in bestimmten Zeitabständen – wir werden das nächste Jahr wieder machen – ein Gesamtfilm hergestellt, der Ausschnitte aus den einzelnen Filmen durch verbindende Aufnahmen noch ergänzt und zusammenstellt, damit wir dann einen weiteren Abschnitt unserer Betriebsgeschichte haben. Warum sprach ich eigentlich so ausführlich über unsere Filmerei? Deshalb, weil wir diesen Weg, wenn auch manche vielleicht anderer Meinung sind, für gut halten. Deshalb nämlich für gut, weil einmal die Betriebsgeschichte dadurch sehr lebendig gestaltet werden kann, und dann vor allem, weil uns so die Möglichkeit gegeben wird, die Betriebsgeschichte weitesten Kreisen der Bevölkerung, vor allem in unseren Bergarbeiterdörfern, nahezubringen.

Man mag einwerfen, eine Broschüre, wie sie andere Betriebe herausgaben, tut das ja auch. Das mag stimmen. Das hatten wir ja auch vor, und die Hoffnung geben wir auch nicht auf, daß es uns doch noch gelingt, auch wenn es scheinbar unüberwindbare Schwierigkeiten gibt, diese Broschüre herauszubringen, diese Festschrift, die sie eigentlich werden sollte. Zu der Zeit nämlich, da der Film gestaltet wurde für unsere 100-Jahrfeier, sollte eben diese Betriebsgeschichte herauskommen.

Speziell war natürlich Schwerpunkt in dieser Frage, da die Broschüre anläßlich der hundertjährigen Brikettierung herauskommen sollte, die Geschichte unserer Brikettfabriken, so daß also die anderen Betriebsabteilungen nicht so stark in Erscheinung traten. Jetzt ist die Situation aber so: Die Broschüre war an allen möglichen Stellen, wurde begutachtet und schließlich landete sie beim Verlag „Tribüne“. Da liegt sie auch heute noch – wie wir annehmen. Das

einziges, was nach langen Anfragen usw. erreicht wurde, war ein Schreiben vom 26. 2. 1959 mit der Bestätigung und der festen Zusicherung, daß im ersten Quartal 1960 unsere Broschüre erscheint. Jetzt haben wir nun schon das vierte Quartal, aber unsere Betriebsgeschichte haben wir immer noch nicht. Diesbezügliche Anfragen wurden von seiten des Verlags „Tribüne“ großzügig übersehen.

Über zwei Jahre sind schon vergangen. Inzwischen ist die Geschichte einen ganz gewaltigen Schritt weitergegangen, denn gerade die letzten zwei Jahre brachten eine stürmische Entwicklung, und viel Neues entstand, Neues, das unserer Zeit den Stempel aufdrückt, wie z. B. die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Wenn wir sagen, daß wir bis 1945 praktisch das erste Kapitel unserer Betriebsgeschichte hatten und dann, als unser Betrieb in die Hände des Volkes übergang, das zweite Kapitel, so haben wir jetzt schon ein entscheidendes, ein drittes Kapitel, nämlich das Kapitel, in dem das Werk ein großes, sozialistisches Kollektiv wird. Wir werden dieses Kapitel ebenfalls in Wort und Bild festhalten, um den nach uns Kommenden immer vom Kampf und vom Leben ihrer Väter berichten zu können.

WISSENSCHAFTLICHE AUSWERTUNG DER FORSCHUNGSBERICHTE IM BETRIEBSARCHIV DES VEB ELEKTROCHEMISCHES KOMBINAT BITTERFELD

VON HELENA STOCK

Ich möchte etwas über die Bedeutung der Forschungsberichte sagen. Diese Forschungsberichte, die wir im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld erarbeiten, sind ein wertvoller Beitrag zur Erforschung der Betriebsgeschichte. Zwar sagen wir mit Recht, daß die Geschichte der Betriebe für uns in erster Linie die Geschichte der Arbeiterbewegung ist. Das bedeutet aber nicht, daß wir die Entwicklung der einzelnen Erzeugnisse außer acht lassen. Sie bilden eine wichtige Geschichtsquelle, weil sie in interessanter Weise die Entwicklung der Produktivkräfte sichtbar machen. Allerdings dürfen wir diese Berichte niemals nur für sich betrachten, sondern immer in engem Zusammenhang mit dem Produzenten sehen und besonders die Frage beachten, ob diese Erzeugnisse unter der Herrschaft des Kapitalismus dem Profit der Konzernherren oder unter unseren Verhältnissen der Friedenswirtschaft dienen. In jedem Fall werden die Forschungsberichte dem Historiker helfen, ein allseitig abgerundetes Bild von der Entwicklung unseres Werkes zu bekommen.

Im November 1959 wurde von unserem Produktionsdirektor in Verbindung mit dem Archivar eine Besprechung mit fünf Wissenschaftlern unseres Betriebes durchgeführt.

Diese Kollegen sollten, jeder auf seinem Gebiet, die Forschungsberichte auf ihre Verwendbarkeit überprüfen und karteimäßig erfassen. Diese Forschungstätigkeit führen diese fünf Kollegen aber nur nebenamtlich durch. Die Forschungsberichte werden nach Überprüfung als 1. brauchbares, 2. unbrauchbares und 3. als historisches Material bezeichnet.

Alles brauchbare Material wird von den jeweiligen Betriebsleitern noch einmal auf Verwendbarkeit überprüft, da sie ja die besten Voraussetzungen dafür besitzen. Dabei gibt ihnen eine große Hilfe die Kartei, die zweifach angefertigt wird und einmal im Betriebsarchiv vorhanden ist, zum andern in der Forschung. Das historische Material wird noch für schulische Zwecke ausgewertet.

Über den materiellen Wert dieser Arbeit kann noch nichts gesagt werden, da sich diese bestimmt noch bis zum Juli nächsten Jahres hinziehen wird.

Im Jahre 1960 wurden bis jetzt 740 Forschungsberichte ausgeliehen, dagegen im Jahr 1959 nur 96 Berichte. Das dürfte immerhin ein Zeichen dafür sein, daß mit dem Archivmaterial gearbeitet wird.

Darüber hinaus möchte ich noch sagen, daß wir inzwischen ein Stück weitergekommen sind auf dem Weg zur Erarbeitung einer Betriebsgeschichte. In den letzten drei Wochen führten wir Aussprachen mit Parteiveteranen, Intelligenzlern, Wirtschaftsfunktionären, Jugendlichen und Frauen durch.

Unser kfm. Direktor brachte ganz klar zum Ausdruck, daß die Hilfe der sowjetischen Genossen während der SAG-Zeit ungeheuer wertvoll war. So wurde in in dieser Zeit erstmalig ein richtiges Rechnungswesen aufgebaut. Während der IG-Zeit wurde alles von Frankfurt am Main aus geregelt.

Wir nahmen diese Aussprachen auf Tonband auf und werten sie jetzt aus zur Erarbeitung einer Broschüre zum 15. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für das Kreisgebiet Bitterfeld und Gräfenhainichen.

Unser Werkdirektor gab den Abteilungsleitern den Auftrag, alles, was in ihren Abteilungen seit 1945 politisch und ökonomisch getan wurde, aufzuschreiben, damit es von der Kommission für die Betriebsgeschichte ausgewertet werden kann. In den nächsten Wochen holen wir uns die sozialistische Brigade „Nikolai Mamai“ zu einer Aussprache, damit wir auch von diesen Kollegen Unterlagen im Betriebsarchiv besitzen.

Der Kollege aus Niesky sagte, daß sie keine Unterstützung bei der Betriebsparteiorganisation finden. Das war bei uns auch erst so; heute sieht es etwas anders aus. Vielleicht auch deshalb, weil ich in der Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung mitarbeite und von der Kreisleitung der Beschluß gefaßt wurde, daß die Betriebsparteiorganisation uns unterstützen muß, vielleicht aber auch deshalb, weil ich den Genossen keine Ruhe gelassen habe und sie mir schon sagten: Du fällst uns schon langsam auf den Wecker. Das störte mich aber gar nicht, und wenn die Hilfe und Anleitung so weiter geht wie in der letzten Zeit, bin ich schon ganz zufrieden. Unsere Partei verlangt von uns Genossen viel, darum können aber auch wir von unseren Funktionären verlangen, daß auch sie unsere Arbeit als Archivare anerkennen und uns tatkräftig gerade bei der Erarbeitung der Betriebsgeschichte unterstützen. Aber man muß auch mal den Mut haben zu kritisieren und darf nicht resignieren, wenn es nicht gleich vorwärtsgeht.

GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEBSGESCHICHTE

VON GEORG REITSCH

Gestattet mir als Gewerkschaftsfunktionär einige kurze Bemerkungen zu den Problemen dieser Arbeitstagung.

Zunächst meinen Dank an die Organisationsleitung für die Aufforderung, auch ohne schriftliche Einladung an der Tagung teilzunehmen.

Wir waren im Zentralen Archiv der Gewerkschaften überrascht, als uns einer unserer Bezirksarchivare von seiner Einladung zu dieser Tagung nach Berlin berichtete. Wir waren der Meinung, daß die Beratung gerade dieser Fragen für die Gewerkschaften sehr wichtig ist; denn im Mittelpunkt der gesamten gewerkschaftlichen Arbeit stand und steht selbstverständlich auch heute noch der Mensch in den Betrieben und Verwaltungen.

Die Bedeutung dieser Feststellung wurde gestern eingehend vom Kollegen Lucas dargelegt, als er über die Diskussion zum Arbeitsgesetzbuch sprach. Ich möchte hier nur nochmals besonders betonen, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht nur als eine ökonomische Größe gesehen werden darf, sondern letzten Endes ein Mittel zur Verbesserung des Lebensstandards darstellt. Das ist darum ein so wichtiger Faktor, Kolleginnen und Kollegen, weil ja die Arbeitsproduktivität in den Vorläufern unserer heutigen sozialistischen Betriebe, abgesehen von den nach 1945 neu errichteten, auch schon eine große Rolle, hier allerdings in erster Linie zur Steigerung des Unternehmerprofits, gespielt hat. Es waren die Gewerkschaften – einige der alten Gewerkschafter sind unter uns – die mit ihrer Wirksamkeit das Bewußtsein ihrer Kollegen so beeinflussten, daß sie über die ökonomischen Forderungen hinaus die politischen Forderungen der Arbeiterpartei verstanden, billigten und sich dafür einsetzten, in den Wohnbezirken und den Betrieben. Damit will ich sagen, daß eine Geschichte der Betriebe auch die Rolle der Gewerkschaften beachten muß.

Eine besondere Bedeutung erhielten die Gewerkschaften, als sie nach der Zerschlagung des Faschismus neben vielem anderen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse auch die Aufgabe meistern mußten, als Schulen der Demokratie und des Sozialismus ein neues Bewußtsein in die Massen der Arbeiterschaft hineinzutragen. Auch dieser Prozeß konnte doch nur in den Betrieben ablaufen, muß also in der Betriebsgeschichte seinen Niederschlag finden.

Wenn in 10 oder 20 Jahren unsere Jugend von uns Rechenschaft fordert, dann ist doch das, was heute in den Brigadetagebüchern oder in unseren Zeitungen steht, Geschichte. Lesen wir aufmerksam unsere Presse, erkennen wir die großen, aber auch erfolgreichen Anstrengungen aller unserer Werktätigen, ob in der Produktion, Verwaltung oder Wissenschaft. Aktivisten und Neuererbewegung, Wettbewerbe und jetzt die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften, das sind einige der Formen, in denen sich die Tätigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben ausdrückt.

Es ist richtig, wenn hier das „Neue Deutschland“, die „Einheit“, der „Neue Weg“ als Quellen genannt werden; ich möchte als Gewerkschafter nicht unbescheiden sein, aber doch auch an die Publikationsorgane der größten Massenorganisation der Arbeiterklasse erinnern, die „Tribüne“ und die „Arbeit“, damit die Kollegen wissen, was gestern unter „übrige Zeitungen“ als Quellen für die Geschichte gemeint gewesen sein könnte.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes feststellen: Alle vorher genannten Überlegungen haben den Bundesvorstand dazu veranlaßt, alle noch erreichbaren bzw. noch entstehenden Dokumente, Veröffentlichungen über die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit usw. zu sammeln und zu sichern. Hier war bisher immer nur die Rede von den Kommissionen der Partei zur Erforschung der örtlichen Geschichte der Arbeiterbewegung. Es scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß die Gewerkschaften einen Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen haben, der sich in seiner Kommission Geschichte besonders mit dem Zusammentragen von Dokumenten, Erlebnisberichten usw. beschäftigt. Das sich heute entwickelnde Neue, in unseren Zeitungen geschildert, wird im Pressearchiv des Bundesvorstandes bearbeitet und steht den Studierenden zur Einsicht zur Verfügung, wobei ich daran erinnere, daß z. B. die Aktivistenbewegung vor mehr als 10 Jahren „Heute“ war.

Wir wollen als Archivare der Gewerkschaften alles tun, um unserer Partei bei der Bewußtseinsbildung zu helfen. Damit werden wir erreichen, daß die Aufgaben, die heute eine so große Rolle in den Betrieben spielen, wie die ökonomische Hauptaufgabe, das Arbeitsgesetzbuch und viele andere, gelöst und damit immer weitere Schritte zum Frieden und zum Sieg des Sozialismus getan werden.

Zum Beitrag von Georg Reitsch sprachen in Zwischenbemerkungen *Helena Stock*, *Horst Müller*, Deutscher Kulturbund, Bezirksleitung Erfurt, *Siegfried Beike* und andere.

DIE ROLLE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS BEI DER GESTALTUNG DER BETRIEBSGESCHICHTE

VON WALTER HAUKE

Ich möchte über die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei bei der Gestaltung der Betriebsgeschichte sprechen. Vor allen Dingen bin ich der Meinung, daß man doch in den Betrieben von der Parteiorganisation darauf achten muß, daß die Betriebsparteiorganisation für ihren Bereich für die Forschungsaufgaben die Richtung gibt und über die Massenorganisationen die Kräfte für die Forschungsaufgaben mobilisiert. Die Werkleitung ist auf jeden Fall nach meiner Meinung verantwortlich für die technischen und organisatorischen Fragen der Gestaltung der Betriebsgeschichte, und vor allen Dingen, weil die Betriebsgeschichte die Interessen jedes einzelnen Kollegen berührt, ist die Werkdirektion, die Werkleitung jedem einzelnen Kollegen gegenüber für die Arbeit an der Betriebsgeschichte verantwortlich.

Aber es gehört noch mehr dazu nach meiner Auffassung. Vor allen Dingen muß die Parteiorganisation, wenn sie die Richtung gibt, in den Arbeitskreisen, in den Kommissionen und nicht zuletzt bei allen Werktätigen Klarheit über die Rolle, die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei gegenüber der gesamten deutschen Arbeiterklasse schaffen. Und das möchte ich an einigen Problemen beweisen.

Es ist doch eine Tatsache, und die Tatsachen können bei der Gestaltung der Betriebsgeschichten nicht außer acht gelassen werden, daß unsere Partei die Arbeiterklasse einigte auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Ich meine damit, daß solche Fragen des ideologischen Klärungsprozesses in der Betriebsgeschichte erscheinen müssen. Ich meine Bildungsabende, Parteilehrjahr usw.; weiterhin, daß unsere Partei das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft herstellte. Das heißt also wieder – von der Bodenreform bis zur vollgenossenschaftlichen Landwirtschaft –, welche Kräfte mobilisierte sie für diese Zielsetzung, und wie siegten sie unter der Führung der Partei durch die Verwirklichung des Bündnisses. Aber weiterhin erscheint mir ebenfalls wichtig, daß unsere Partei das Bündnis mit der Intelligenz herstellte. Und ich denke, daß es eine entscheidende Frage für uns in den Betrieben ist, da wir doch eine Reihe Akademiker und Intellektuelle haben, die Jahrzehnte in unseren Betrieben beschäftigt sind. Ich nenne nur ein Beispiel aus unserem Betrieb: einen Akademiker, der mehr als vierzig Jahre im Betrieb ist, Nationalpreisträger wurde

und jetzt in den Wohngebieten zu den Arbeitern geht und über die Entwicklung des sozialistischen Betriebes spricht. Weiterhin ist natürlich sehr entscheidend, daß man in die Betriebsgeschichte aufnimmt, daß unsere Partei die demokratische Umgestaltung zu Ende führte. Wie war es denn? Es war doch so, daß gerade unsere Partei in den Betrieben der ausschlaggebende Faktor war bei der demokratischen Umgestaltung in den Dörfern und Städten. Das heißt, daß die Partei die Besten des Betriebes in den Wohngebieten beauftragte, in den Ausschüssen und Kommissionen zu arbeiten. Das muß doch in der Betriebsgeschichte erscheinen.

Die SED und die Deutsche Demokratische Republik sind das Angriffsziel des westdeutschen Monopolkapitals, und zwar u. a. in der Form, daß sich das westdeutsche Monopolkapital heute nicht schlechthin der Hetze bedient, sondern auch des modernen Revisionismus. Ich meine, daß hier aufgezeigt werden muß, wie auf der Grundlage der gesamtdeutschen Arbeit von unserem Betrieb die Hetze gegen die SED und die Deutsche Demokratische Republik zurückgeschlagen wurde. Solche Fragen muß man doch dabei mit behandeln. Und dann kommt es darauf an, in die Betriebsgeschichten aufzunehmen, wie unsere Betriebe mit ihren Erfolgen auf Westdeutschland ausstrahlen und auch auf die anderen kapitalistischen Länder. Eben weil sich das Monopolkapital in Westdeutschland heute des modernen Revisionismus bedient, besteht die Aufgabe und die Rolle der SED bei der Geschichtsforschung besonders darin, daß sie aktiv teilhat an der politischen Bewußtseinsbildung der westdeutschen Arbeiter. Das sind also solche Fragen. Gestern wurde hier gesagt, daß man auch besonders beachten muß, wie die Betriebsgeschichte in ihrer Form, in ihrer Gestaltung ausfällt.

Eine weitere wichtige Frage ist die des Internationalismus und der Solidarität. Ich bin der Meinung, daß in unserer Betriebsgeschichte gerade diese Fragen einen entscheidenden Platz einnehmen müssen, und zwar kommt es uns doch darauf an, daß wir in unserer Betriebsgeschichte gut aufzeigen, wie wir, wie unsere Arbeiter unter der Führung der SED die Exportverpflichtungen erfüllen. Ich meine, von der Exportverpflichtung bis zur Solidaritätsmarke des FDGB muß in der Frage der Festigung des Internationalismus hier ein roter Faden in der Betriebsgeschichte erscheinen.

Und die letzte Frage ist die Erfüllung des Vermächtnisses der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn wir daran denken, daß wir das Vermächtnis eines August Bebel, eines Karl Liebknecht, einer Rosa Luxemburg und all der vielen anderen Vorkämpfer zu erfüllen haben, dann halte ich es für sehr notwendig, daß wir in unserer Betriebsgeschichte besonders die Erfüllung des Vermächtnisses der revolutionären Traditionen des Betriebes, aber auch der einzelnen Kämpfer mit aufnehmen. Denn das alles sind nach meiner Meinung die Hauptfaktoren, die in unserer Forschungsarbeit erscheinen müssen und unseren Beitrag zur Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins bei unseren Werktätigen darstellen.

SCHLUSSWORT

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

Liebe Freunde!

Unsere Tagung nähert sich dem Ende, und ich möchte ein kurzes Schlußwort zu Euch sprechen. Wir waren 170 Teilnehmer an unserer Tagung, darunter 76 Vertreter von Betrieben, 55 Vertreter von wissenschaftlichen Institutionen, 39 Teilnehmer kamen von Massenorganisationen zu uns. An sich ist die Tagung, glaube ich, richtig und gut zusammengesetzt, mit Ausnahme dessen, worüber wir schon gesprochen haben: daß wir gewünscht hätten, daß die Betriebe mehr Arbeiter zu uns geschickt hätten. Das bedeutet nicht etwa, daß wir irgendeinen von denen, die zu uns gekommen sind, hätten missen wollen; aber wir hätten uns gewünscht, daß zusätzlich noch einige gekommen wären.

Solche Tagungen wie die unsere haben drei Aufgaben. Die erste Aufgabe ist, daß wir uns im Plenum, auf der Versammlung, aussprechen. Und ich glaube, das ist in überaus erfreulichem Maße gelungen. Wir hatten 39 Diskussionsredner und 21 Zwischenredner in zwei Tagen.

Die zweite wichtige Sache auf einer solchen Tagung sind die Pausen beziehungsweise die Zeit vor und nach der Tagung, wo man sich untereinander ausspricht, miteinander diskutiert, alte Freunde sich wiedersehen, über ihre Arbeit sprechen usw. Es gibt Tagungen, die ein völliger Versager in der Versammlung sind und durchaus noch gelungen sind durch die Pausen, die etwas wirklich Tröstliches haben. Ich glaube aber nicht, daß man bei uns Trost in den Pausen finden mußte, sondern daß man wirklich mit Genuß an der Versammlung selbst teilgenommen hat, und wenn irgend etwas nicht ganz ausbalanciert war, dann war es meiner Ansicht nach, daß die Pausen etwas kurz waren. Das nächste Mal werden wir für etwas längere Pausen sorgen.

Die dritte Aufgabe, die eine solche Tagung hat, besteht natürlich in dem, was der Tagung folgt, in den Auswirkungen, die sie hat. Da sind zunächst, ich möchte sagen, die direkten sofortigen Beiträge zu den Auswirkungen, die wir alle in den nächsten Tagen, Wochen ist schon fast zu lang, leisten sollten. Dazu gehört, daß wir in den Betrieben und in den wissenschaftlichen Institutionen über unsere Tagung sprechen, etwa in den Kommissionen zur Betriebsgeschichte, in den Kommissionen zur örtlichen Arbeiterbewegung, in den Parteileitungen, in den Gewerkschaftsleitungen, daß wir für die Betriebs-

zeitungen schreiben, für die Lokalpresse, das heißt, daß unsere Tagung, nachdem sie einmal eine Arbeitstagung gewesen ist, jetzt im Betrieb ein weites, möglichst weites Echo findet.

Von diesen sofortigen Auswirkungen zu trennen sind die fortlaufenden entscheidenden Auswirkungen auf die fernere Zukunft, über die ich, was unser Institut betrifft, noch später einiges sagen will. Zunächst aber noch zu einer anderen Frage:

Es ist verschiedentlich gesprochen worden über die Frage Arbeiter und Wissenschaftler und ihre Beteiligung an Betriebsgeschichten. Es ist auch über die literarisch wirkenden Arbeiter gesprochen worden, und ich denke, daß wir über diese Fragen noch sehr viel sprechen müssen. Aber klar erscheint mir doch das folgende: Wir als Wissenschaftler müssen dem Arbeiter helfen, gute Betriebsgeschichte von sich aus zu schreiben. Aber, und jetzt spreche ich für einen anderen Teil von uns, wir als Arbeiter müssen gleichzeitig den Wissenschaftlern helfen, daß sie als Wissenschaftler gute Betriebsgeschichte schreiben. Das heißt, wir erwarten Betriebsgeschichten, die von Arbeitern geschrieben werden, bei denen wir Wissenschaftler helfen, und wir erwarten Betriebsgeschichten, die von Historikern geschrieben werden, bei denen die Arbeiter helfen. Und dann wird es wahrscheinlich auch eine Reihe von Betriebsgeschichten geben, wo sich gar nicht feststellen lassen wird, wer die eigentlichen Autoren sind und wer wem am meisten geholfen hat, weil es sowohl Arbeiter wie Wissenschaftler sind. Meiner Ansicht nach ist auch die Frage, wie die Arbeiter in den literarischen Zirkeln an der Betriebsgeschichte teilnehmen sollen, nicht so schwer einer Lösung entgegenzubringen. Erstens erwarten wir natürlich von den schreibenden Arbeitern in den literarischen Zirkeln nicht eine Betriebsgeschichte, sondern Betriebsgeschichten – das heißt Sammlungen von Erzählungen über bestimmte Ereignisse in der Geschichte der Betriebe oder über einzelne Personen, die für eine literarische Bearbeitung besonders geeignet sind. Und wir erwarten und hoffen, daß unsere Schriftsteller den literarisch arbeitenden Arbeitern genauso helfen, Betriebsgeschichten zu schreiben, wie wir Wissenschaftler es mit den Arbeiter-Historikern tun. Einzelne solcher Betriebserzählungen können durchaus auch ein Kapitel einer Betriebsgeschichte sein. Wozu muß ein Buch von vorne bis hinten nur wissenschaftlich sein? Einiges kann doch auch lesbar sein, nicht wahr? Und das heißt, daß ein literarisch befähigter Mensch ein Kapitel übernimmt und es literarisch gestaltet. Es schadet gar nichts, wenn das nächste Kapitel dann streng technisch ist, von der technischen Intelligenz geschrieben, mit allem, was dazu gehört, einschließlich Formeln und so weiter. Es gibt eben durchaus auch eine Betriebsgeschichte, die von literarisch schaffenden Arbeitern und von historisch arbeitenden, wissenschaftlich arbeitenden Arbeitern plus Wissenschaftlern geschrieben werden kann. Der beste Lehrmeister für die Lösung solcher Probleme, die theoretisch manchmal Schwierigkeiten machen, ist die Praxis. Und an sie müssen wir herangehen. Das muß eine entscheidende Auswirkung der Konferenz sein.

Auch für die Arbeit unseres Institutes wird die Konferenz natürlich laufende Auswirkungen haben. Der Genosse Rudi Schröder hat Euch schon angekündigt, daß wir eine Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig haben, und wir werden ab 1. Januar eine Konsultationsstelle in Berlin haben für die Bezirke Berlin, Frankfurt an der Oder und Potsdam. Die Adresse der Bezirksstelle ist die Adresse unseres Instituts, Clara-Zetkin-Str. 26. Sie wird unter der Leitung unseres Freundes Dieter Baudis stehen. (Zwischenruf von Dr. Radandt: Und im nächsten Jahr werden wir das Netz erweitern und vier Konsultationsstellen haben. Dann werden wir auch bald soweit sein, daß wir eine Zentralarbeitsgemeinschaft für Betriebsgeschichte haben, unter deren Anleitung die vier Konsultationsstellen arbeiten sollen.) Musterbeispiel eines Zwischenrufes, der verboten ist und allen herzlich willkommen ist.

Zweitens werden wir in unserem Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte laufend Bibliographien über die Betriebsgeschichten geben, sowohl Bibliographien für Literatur, die bei uns erscheint, wie auch solche, die in Westdeutschland erscheint, was durchaus nicht unwichtig ist, denn die Kumpel unserer Elektroindustrie sollen auch wissen, wie ihre eigene Geschichte, wie ihre eigenen Leistungen der Vergangenheit in der feindlichen Literatur dargestellt werden.

Liebe Freunde, ich komme zum Schluß. Ich glaube, wir können sagen, unsere Tagung war ein wirklicher Erfolg. Sie war parteilich, sie hat dazu beigetragen, daß jeder von uns besser befähigt nach Hause geht, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus, das heißt vom Standpunkt des Fortschritts aus zur Vollendung des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens Betriebsgeschichte zu machen und Betriebsgeschichte zu schreiben. Wir verlassen unsere Tagung mit einem wacheren, kräftigeren Bewußtsein für unsere Aufgaben, enger verbündet als Arbeiter und als Intelligenz vorwärts schreitend voll Stolz auf unseren Staat, auf unsere Gesellschaftsordnung, und mit größerer Stärke an die Erfüllung unserer nationalen und sozialen Aufgaben gehend.

II.

MONOGRAPHIEN

STUDIEN UND REFERATE

ZUR GESCHICHTE DER BAUMWOLLINDUSTRIE IN CHINA BIS ZUM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES

VON YEN CHUNG-PING¹

I. Die Beziehungen von Ackerbau, Spinnerei und Weberei

Ungefähr seit dem 7. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung war es üblich, daß „die Männer ackerten und die Frauen webten“. Das wurde zu einer Lebensregel der chinesischen Feudalgesellschaft: Die Konfuzianer stützten sich auf diese Regel bei der Schilderung ihrer Idealgemeinschaft, die Kaiser basierten ihre Politik auf sie, und die alten Bauern bedienten sich ihrer als Wahlspruch beim Unterrichten der Söhne und Töchter. Diese Regel widerspiegelte eine Besonderheit der kleinbäuerlichen Wirtschaft in der chinesischen Feudalgesellschaft: die feste Verknüpfung von Spinnerei und Weberei mit der Landwirtschaft.

Der Anbau von Baumwolle und ihre Verarbeitung begannen sich erst seit der späten Hälfte des 13. Jahrhunderts in China zu verbreiten. China war ein Land, das sich in der Tat für den Baumwollanbau eignete; besonders waren es die mittleren und unteren Stromgebiete des Huangho und des Yangtse, deren Klima und Boden ideale Baumwollanbaubedingungen boten, und diese Gebiete waren auch während der ganzen chinesischen Geschichte dicht besiedelt. Bevor sich der Anbau von Baumwolle in China verbreitete, hatte die Bevölkerung in diesen Gebieten schon über 3000 Jahre Erfahrungen in der Seiden- sowie in der Hanfspinnerei und -weberei. So erklärt es sich, daß sich die Technik des Baumwollanbaus und ihrer Verarbeitung schnell und weit verbreitete. Innerhalb von etwas mehr als hundert Jahren trat in den Stromgebieten des Huangho und Yangtse die Baumwolle an die Stelle von Seide und Hanf als das weitestverbreitete Kleidungsmaterial der Bewohner. In einem Werk aus der Zeit zu Ende des 15. Jahrhunderts heißt es, daß der Anbau von Baumwolle „überall im Reiche verbreitet war; was den Grund und Boden betraf, so gab es nicht Norden und Süden, denn jeder war für den Anbau geeignet; unter den Menschen gab es keine Armen und Reichen, alle lebten davon“.²

Seit dem 16. Jahrhundert war unter den chinesischen Bauern nahezu jede Familie mit der Baumwollspinnerei und -weberei beschäftigt. Die Baumwoll-

¹ Übersetzt von Margret Barthel.

² *Qiu Xing*, Zur Erläuterung des Buches „Die Große Lehre“. Bd. 22, ungefähr 1498–1506.

stoffe verbreiteten sich überall hin. An erster Stelle fungierte die Feudalregierung als Kunde. So versorgte in der Ming-Dynastie die Regierung beständig über 1700000 Menschen der regulären Armee. Die Krieger, die die Waffen führten, und ihre Familien waren alle auf die Lieferung von Baumwollstoffen durch die Regierung, insgesamt ungefähr 10000000 Stück Tuch, angewiesen. Außerdem machten der Verbrauch des Adels und des Kaiserhauses, die Geschenke an die Hofbeamten und an die Randstaaten, die Gehälter der Behördenbeamten aller Klassen – in Präfekturen, Bezirken und Kreisen – mehr als 5000000 Stück Tuch aus. Schon bevor das 16. Jahrhundert seine Mitte erreicht hatte, zwang die Feudalregierung der Ming-Dynastie auf Grund solch großen Bedarfs an Baumwolltuchen die Bauern zu Abgaben von Geweben. Später wurde das Sach-Abgabe-System in ein Geld-Abgabe-System umgewandelt, und die Regierung begann, auf dem offenen Markt einzukaufen. Aus den Quellen geht hervor, daß zur Zeit der Ming-Dynastie allein die Bedürfnisse der Regierung schon einen jährlichen Umsatz an Baumwolltuchen von 15000000 bis 20000000 Stück Tuch erforderten.³ Der Umfang der regulären Armee der nachfolgenden Qing-Dynastie war im Vergleich zu der der Ming-Dynastie wesentlich größer, und so ergaben sich Anforderungen von Baumwolltuchen, die ebenfalls größer waren. Und all diese Baumwolltuche, die in so großem Umfang angefordert wurden, kaufte man auf dem offenen Markte ein. Zudem muß man beachten, daß unter den Ming- und Qing-Dynastien China bereits zahlreiche Stadtbewohner hatte, die ebenso wie die nationalen Minderheiten der Grenzgebiete auf dem Markt Baumwollstoffe einkauften. Und das ist noch nicht alles; denn auch auf den ausländischen Märkten waren die chinesischen Baumwollstoffe bekannt; sie waren unter dem Namen „Nanking-Tuche“ in Europa und Amerika sehr populär geworden. Von den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts bis zu den dreißigern des 19. Jahrhunderts führten englische, französische, holländische, dänische, schwedische und spanische Kaufleute beständig „Nanking-Tuche“ aus Kanton nach Europa ein. Der Markt, auf dem amerikanische Kaufleute „Nanking-Tuche“ vertrieben, war noch ausgedehnter: Sie verkauften nach West-Europa, Nord-Amerika, Mittel- und Süd-Amerika. Die „Nanking-Tuche“, die damals aus Kanton ausgeführt wurden, erreichten jährlich eine Höhe von mehr als 1000000 Stück; im Jahre 1819 waren es sogar mehr als 3300000 Stück, ihr Preis betrug über 1000000 Yen.⁴

Die Existenz solch großer Warenmärkte erfordert, einiges zum Problem der Produktionsverhältnisse in der chinesischen Baumwollspinnerei und -weberei zu sagen.

Im Jahre 1833 hieß es über die Lage in der Baumwollspinnerei und -weberei von Foshanzhen in der Provinz Kuantung: „Die Zahl der Arbeiter, die die

³ *Yan Zhongping*, Manuskript zur Geschichte der Baumwollspinnerei und -weberei in China. Peking 1957, S. 29f.

⁴ *Morse, H. B.*, *The Chronicles of the East India Company Trading to China, 1636–1834*. Oxford 1926, Bd. III, S. 347, 366.

verschiedenen Sorten Tuche webten, betrug etwa 50000. Wenn die Anforderungen dringend und groß waren, wurden noch wesentlich mehr Arbeiter beschäftigt. Sie arbeiteten in ungefähr 2500 Tuchwebereien; jede Werkstätte umfaßte im Durchschnitt zwanzig Personen.“⁵ Solche Aufzeichnungen über Werkstätten gibt es nicht viele, da die allgemeine und typische Erscheinung die Produktionsform der Verschmelzung von Landwirtschaft und Nebengewerbe war.

Die Fremden, die in frühester Zeit nach China reisten, haben diese Form der Produktion noch gesehen. So hatte der englische Botaniker Fortune in der Umgebung von Shanghai folgendes beobachtet:

„Jeder kleine Bauer und jede auf dem Lande lebende Familie behielt einen Teil der Baumwolle, die sie auf dem eigenen Acker anbaute, für den eigenen Bedarf. Die Frauen blieben zu Hause, reinigten sie, spannen und webten sie zu Tuch. Spinnräder, die man in unserem Land in alter Zeit oft sehen konnte, und Handwebstühle, die heute schon durch Maschinen ersetzt sind, waren hier in allen Dörfern verbreitet und überall zu sehen. Die Webstühle wurden von Frauen und Mädchen bedient, und wenn alte Männer und kleine Jungen keine Feldarbeit verrichten konnten, halfen sie ebenfalls bei der Arbeit. Wenn die Familienangehörigen zahlreich waren und darüber hinaus gewandt in der Produktion, konnten sie über den eigenen Verbrauch hinaus Tuche herstellen und diese nach Shanghai oder auf den nahegelegenen Markt zum Verkauf bringen. An allen Toren dieser Stadt (Shanghai) war jeden Tag Markt, auf dem sich die Menschen sammelten und man kleine Ballen Tuch verkaufen konnte.“⁶

Die typische Produktionsform der chinesischen Baumwollspinnerei und -weberei vor dem Opiumkrieg sah so aus: In den Dörfern bauten die Bauern selbst Baumwolle an, spannen und webten sie zu Tuchen. Einem ausländischen Beobachter erschien es, daß die Bauern für den eigenen Gebrauch produzierten und Überschüsse über den eigenen Verbrauch später verkauften. Doch diese sogenannten Überschüsse verhüllten ein Geheimnis.

Eine reiche Literatur zeigt schlüssig, daß die Grundsteuer wie auch die anderen Steuern der Feudalregierung häufig so hoch waren, daß sie nicht nur das Mehrprodukt der Bauern, sondern darüber hinaus ihre notwendigsten Lebensprodukte raubten. Daher konnten sich die Bauern nicht allein auf die Landwirtschaft stützen, um zu existieren, sondern mußten nach einer Zusatzproduktion suchen. Dafür boten sich in der Baumwollspinnerei und -weberei, sowohl was die Rohstoffbeschaffung wie auch die Herstellung von Produktionsinstrumenten und die Ausbildung im Produktionsverfahren betrifft, die besten Voraussetzungen.

Unter dem Druck der verschiedenen schwerlastenden feudalen Erpressungen also verknüpften die chinesischen Bauern die Landwirtschaft mit dem handwerklichen Gewerbe. Sie die periodische arbeitsfreie Zeit in der Landwirt-

⁵ Chinese Repository, Bd. II, Aug. 1833, S. 305f.

⁶ Fortune, Robert, Three Years Wandering in China. Shanghai 1935, S. 251f.

schaft zunutzemachend, mobilisierten die Bauern alle Familienmitglieder – angefangen von der weißhaarigen Großmutter bis zu den Kindern, die gerade erst zu arbeiten begannen – für die handwerkliche Produktion und machten diese so zu einem bäuerlichen Nebengewerbe. Ohne dieses häusliche Nebengewerbe wäre es für sehr viele chinesische Bauern unmöglich gewesen, allein mit landwirtschaftlicher Arbeit die Existenz ihrer Familie sicherzustellen. Durch die Verknüpfung von Handwerk und Landwirtschaft organisierten die Bauern eine lebenskräftige, feste und starke kleine Produktionseinheit. Auf der anderen Seite bot sich so den chinesischen Herrschern und der Großgrundbesitzerklasse die Möglichkeit, die Bauern noch mehr auszubeuten. So erklärt es sich auch, weshalb bei so vielen Bauern, die die sogenannten überschüssigen Baumwolltuche auf den Markt zum Verkauf brachten, die Kleidung so zerlumpt war. Denn das, was sie verkauften, waren keineswegs die nach Befriedigung des eigenen Bedarfs bestehenden Überschüsse, sondern das waren tatsächlich Produkte, die zur Aufrechterhaltung des eigenen Lebens notwendig waren, aber infolge der feudalen Ausbeutung verkauft werden mußten. Das also ist das Geheimnis der sogenannten Überschüsse.

Nach dem Opiumkrieg von 1840 bis 1842 erfolgte in der chinesischen Baumwollspinnerei und -weberei eine große Veränderung. Sie ging zunächst aus von dem im großen Maßstabe aufgezogenen Dumping Englands mit Lancashire-Baumwollspinnerei- und -webereiprodukten.

Die englische East India Company begann schon im Jahre 1786, in China Baumwollspinnerei- und -webereiprodukte abzusetzen. Als man in den Jahren 1786, 1788, 1790, 1821 und 1826 das Ergebnis des Umsatzes überprüfte, waren nur Verluste zu verzeichnen. Im Jahre 1827 zeigte sich zum ersten Male ein Gewinn.⁷ Das ist nicht schwer zu erklären: Die englische Baumwollspinnerei und -weberei trat gerade erst aus ihrem Kindheitsalter heraus – eröffnet doch erst die Krise von 1825 den periodischen Kreislauf ihres modernen Lebens.⁸

Als nun die englischen Baumwollspinnerei- und -webereikapitalisten ihre Produkte auf die Märkte der ganzen Welt warfen, begannen auch die chinesischen Nanking-Tuche unter Absatzschwierigkeiten auf den ausländischen Märkten zu leiden; Lancashire-Baumwollprodukte erschienen später sogar auf dem chinesischen Inlandsmarkt.

In dieser Zeit gestattete die chinesische Regierung den Handel mit Ausländern nur über den Hafen von Kanton. Der ganze Außenhandel mit Europa und Amerika lag überdies als Monopol in den Händen einiger amtlich dazu designierter Kaufleute. Da nun China im Gegensatz zu den Staaten Europas und Amerikas das Eindringen der englischen Produkte nicht mit hohen Einfuhrzöllen zu behindern versuchte, boten Kantons Handelsverhältnisse „mehr Vorteile“ für englische Waren als England selbst.⁹

⁷ *Morse, H. B.*, a. a. O., Bd. II, S. 120, 152, 179f; Bd. IV, S. 1–2, 124ff.

⁸ *Marx, Karl*, Das Kapital. Berlin 1955, Bd. I, S. 12.

⁹ British Parliamentary Papers (B. P. P.). First Report from the Select Committee on the Affairs of the East India Company, 1830, Bd. V, S. 134.

Um sich nun den chinesischen Markt in großem Ausmaße zu unterwerfen, erbrach England in den berühmten Opiumkriegen von 1840 bis 1842 und 1856 bis 1860 mit Waffengewalt die Tore Chinas.

Nach dem ersten Opiumkrieg wurde die chinesische Regierung gezwungen, die fünf Häfen Kanton, Amoy, Futschau, Ningpo und Shanghai zu öffnen, ausländischen Kaufleuten Handelsfreiheit zu gewähren und darüber hinaus Hongkong an England abzutreten. Nach dem zweiten Opiumkrieg mußte China weitere elf Häfen – Tientsin, Nanking, Tschinkiang, Kiukiang, Hankau, Niutschuang, Dengzhou, Taiwanfu, Tamsui, Swatau und Qiongzhou – öffnen sowie eine Zollbehörde errichten.

Die speziellen Vorteile, die die englischen Kapitalisten der Baumwollspinnerei und -weberei aus diesen beiden Kriegen zogen, waren:

1. China senkte 1844 die Import-Hafenzölle auf Baumwollprodukte gegenüber der Vorkriegszeit um 21 bis 42%.¹⁰

2. Diese Zölle wurden 1858 noch einmal um 30 bis 65 % gesenkt.¹¹ Nach den neuen Bestimmungen wurden die meisten englischen Baumwolltuche nur mit einem Preis Zoll von 7,5% belegt, und wenn dieser einmal gezahlt war, war die Ware innerhalb des Landes von allen weiteren Zöllen oder Steuern befreit.

Jedoch war es für die Fabrikaristokratie von Lancashire von den vierziger Jahren bis zum Anfang der siebziger Jahre keineswegs so einfach, wie sie geglaubt hatte, sich des chinesischen Marktes zu bemächtigen. Sie stieß auf hartnäckigen Widerstand. So erklärte der Sekretär der englischen Hongkong-Kolonialregierung, Mitchell, 1852 in einem Bericht:

„Nach dem Beginn der neuen Handelsära im Jahre 1842 mußten wir als erstes folgendes genau bedenken: Wir traten jetzt mit dem Volk, das am meisten auf der Welt geleistet hat, in einen Wettstreit. In einer Zeit, in der man sich in allen Ländern des Westens noch ein Schaffell umlegte, webte diese Nation schon Tuche . . . Neun Zehntel der Bevölkerung dieses Landes kleiden sich mit diesen selbstgewebten Baumwolltuchen. Die Produkte – angefangen von den größten bis zu den feinsten – werden sämtlich in Bauernhäusern hergestellt, und außer den Rohstoffkosten entstehen keine weiteren Ausgaben.

In China hat jede wohlhabende Familie einen Webstuhl, womit China wahrscheinlich einen Sonderfall unter allen Staaten auf der Erde darstellt. Anderswo reinigt man im allgemeinen nur die Baumwolle, spinnst Garn und übergibt dieses dann Berufswebern, die es zu Tuch verweben. In China dagegen reinigt, spinnst und webt man selbst, wobei man nur sehr wenig für den eigenen Bedarf produziert. Es gilt als Hauptbeschäftigung, nach der landwirtschaftlichen Saison für die nahe gelegenen Städte sowie für die Bootsbewohner auf dem

¹⁰ Vgl. dazu *Thom, R.*, Foreign Trade of China, enclosure in despatch from Sir Henry Pottinger to Earl of Aberdeen, 1844, February 16. Archiv des British Foreign Office in Public Record Office, London, F. O. 228/32.

¹¹ Basierend auf Zahlen in Report of Mr. Wade to the Earl of Elgin, B. P. P. Correspondence relative to the Earl of Elgin's Special Missions to China and Japan, 1857–1859. S. 418–423.

Wasser eine bestimmte Menge von Baumwolltuchen zu produzieren. So kommt es, daß die Bauernschaft der Provinz Fukien nicht nur eine Bauernschaft, sondern auch Agronom und Handwerker in einer Person ist . . . Wenn ein Arbeiter aus Manchester diese primitiven, plumpen Webstühle in den Bauernhäusern sähe, würde er lachen. Doch mit diesen Webstühlen läßt es sich arbeiten. Dieses ohne Pause schaffende Volk hat die Dampfkraft ersetzt, und, weil die Bevölkerungszahl nun einmal sehr hoch ist, konnte die Dampfkraft (d. h. die englische Einfuhr — M. B.) besiegt werden.“¹²

Auf Grund dieser Umstände hatte schon Marx folgendes gesagt: „Bei der gegenwärtigen ökonomischen Struktur der chinesischen Gesellschaft, die auf kleiner Agrikultur und häuslicher Industrie beruht, kann von einer nennenswerten Einfuhr ausländischer Waren gar nicht die Rede sein.“¹³ „Die große Ökonomie und Zeitersparung, die aus der unmittelbaren Verbindung von Ackerbau und Manufaktur hervorgehen, bieten hier hartnäckigsten Widerstand den Produkten der großen Industrie.“¹⁴

Im Laufe der Zeit jedoch, unter dem Druck, der durch offene Tore kam, und da die angreifenden Mächte ohne jede Hemmung immer tiefer eindringen, wurde der Widerstand des chinesischen Handwerks gegenüber den ausländischen Maschinen schwächer. Und in dem Maße, in dem sich der ausländische Kapitalismus weiterentwickelte, ging dieser Widerstand von Tag zu Tag zurück, bis er, nach dem Beginn der 70er Jahre, von seiten der handwerklichen Spinnerei und Weberei aller Provinzen an befahrbaren Flüssen und entlang des Meeres faktisch aufhören mußte.

Untersuchen wir zunächst die Konkurrenzverhältnisse zwischen den importierten maschinell hergestellten und den chinesischen handgesponnenen Baumwollgarnen. Die folgende Statistik zeigt die Preise 16- bis 24er Baumwollgarne, die England auf den Hongkong-Markt brachte, die Menge der nach China importierten Baumwollgarne und die Außenhandelsbilanz für Rohbaumwolle. Hongkong war ein wichtiger Umschlagsplatz für den Chinahandel, dessen Preise repräsentativ für ausländische Waren auf dem chinesischen Markt waren.

Diese Statistik vermittelt uns einen sehr deutlichen Eindruck der Situation. In den zwanzig Jahren zwischen der Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts und der Mitte der 80er Jahre stürzten die Preise 16 bis 24er Baumwollgarne, die England auf den Honkong-Markt brachte, ohne Unterbrechung und heftig. In der Mitte der 60er Jahre betrug der Durchschnittspreis eines Piculs 68,7 Tael, in der Mitte der 80er Jahre wurde der Picul zu 18,52 Tael verkauft. Zur gleichen Zeit stieg die chinesische Einfuhr von Baumwollgarnen stark an. So betrug z. B. die Einfuhr von Baumwollgarnen 1868—1872 durchschnittlich 71489 Picul im Jahr; bis zu den Jahren 1883 bis 1887 war sie auf jährlich 370627 Picul angewachsen. Seit den 80er Jahren stiegen die Preise der eng-

¹² Mitchell Report, enclosure in despatch from Lord Elgin to Earl of Clarendon. 1858, March 31, F. O. 17/287.

¹³ Marx, Karl, Über China. Berlin 1955, S. 81.

¹⁴ Marx, Karl, Das Kapital. Berlin 1956, Bd. III, S. 366.

Preise und Menge eingeführter Baumwollgarne; Handelsüberschuß für Rohbaumwolle 1863 bis 1902, 5jähriger Durchschnitt^{14a}

(1868–1872 = 100)

Jahre	Preise der importierten Baumwollgarne		Einfuhr von Baumwollgarnen Picul	Einfuhr- (—) bzw. Ausfuhr- (+) Überschuß von Rohbaumwolle Picul
	Tael Silber pro Picul ¹⁵	Index		
1863–1867	68,70	230,00	?	?
1868–1872	29,87	100,00	71 489	— 225 450
1873–1877	22,43	75,09	91 425	— 109 636
1878–1882	19,93	66,72	151 038	— 113 409
1883–1887	18,52	62,00	370 627	— 108 726
1888–1892	19,97	66,86	991 634	+ 246 668
1893–1897	22,80	76,33	1 293 030	+ 546 021
1898–1902	26,17	87,61	2 182 573	+ 226 940

lischen 16 bis 24er Baumwollgarne auf dem Honkong-Markt ein wenig an, aber das Tempo der Steigerung war sehr langsam. Darüber hinaus kamen zu dieser Zeit schon in großer Menge indische Baumwollgarne auf den chinesischen Markt, und die indischen Baumwollgarne waren im Vergleich zu den englischen wesentlich billiger. Aus diesem Grunde stieg der chinesische Import von Baumwollgarnen immer weiter, die durchschnittliche jährliche Menge von 991 634 Picul in den Jahren 1888–1892 erhöhte sich auf 2 182 573 Picul in den Jahren 1898–1902!

Betrachten wir nun die Rohbaumwollsituation in China. Schon seit langem genügte die Baumwolle, die im Inlande produziert wurde, nicht einmal mehr für die eigenen Bedürfnisse. Am Vorabend des Opiumkrieges kamen bereits große Mengen indischer Baumwolle auf den chinesischen Markt; im Maximum wurden jährlich bereits mehr als 500 000 Picul eingeführt. Die aus Indien importierte Baumwolle wurde hauptsächlich in den Südgebieten abgesetzt; ein Teil wurde verwandt zur Fütterung von Wattedecken und wattierten Kleidern, der größte Teil jedoch in der handwerklichen Baumwollspinnerei. Seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts begannen Indien und Japan, selbst eine moderne Baumwollspinnerei zu entwickeln. Da sich nun der Absatz indischer Baumwolle allmählich immer stärker in Indien selbst und nach Japan ausdehnte, so verminderten sich nach und nach die Lieferungen nach China. Da gleichzeitig andere kapitalistische Länder aus China Baumwolle bezogen, nahm

^{14a} Quelle: Preise der Baumwollgarne, Zehnjahresberichte des Seezollamtes, 1892–1901, Bd. 2, Anhang-Seite XXII und 1902–1911, Bd. 2, S. 336. Einfuhrmenge der Baumwollgarne und Export und Import der Baumwolle vgl. die jährlichen Seezollamt-Berichte.

¹⁵ 1 Picul = 60,5 kg; 1 Tael etwa 28 g Silber.

die Ausfuhr chinesischer Baumwolle immer mehr zu. Die Verminderung der Einfuhr und die Steigerung der Ausfuhr führten zu der in der obigen Statistik verzeichneten Wandlung in der Handelsbilanz.

In dieser Zeit dehnte sich die Fläche der chinesischen Baumwollfelder aus, jedoch recht langsam. Daher spiegelte der Prozeß der Verwandlung des Einfuhrüberschusses in einen Ausfuhrüberschuß faktisch einen Prozeß der gewaltsamen Besitzergreifung von Rohmaterialien der chinesischen handwerklichen Baumwollspinnerei durch die Baumwollspinnerei Indiens und Japans wider. Gleichzeitig drückte sich darin aber auch der Verfallsprozeß der chinesischen handwerklichen Baumwollspinnerei im Konkurrenzkampf mit der Einfuhr von Baumwollgarnen aus. Die zuvor angeführten Ziffern zeigen, daß in den Jahren 1873–1877 durchschnittlich jährlich 91 425 Picul Baumwollgarne und gleichzeitig durchschnittlich jährlich 109 636 Picul Baumwolle nach China importiert wurden; in den Jahren 1878–1882 stieg die durchschnittliche jährliche Einfuhr von Baumwollgarnen auf 151 038 Picul, gleichzeitig stagnierte jedoch die durchschnittliche jährliche Einfuhr von Baumwolle. Wir erkennen, daß bereits seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre sich die Konkurrenz der eingeführten Baumwollgarne einschneidend auf die Existenzmöglichkeiten der chinesischen handwerklichen Baumwollspinnereien auswirken mußte.

Wir besitzen reichlich historisches Material darüber, wie die Einfuhr ausländischer Garne die chinesische handwerkliche Baumwollspinnerei vernichtete. Einiges sei angeführt. Zum Beispiel berichtet schon im Jahre 1868 das Seezollamt von Amoy folgendes: „Früher war Baumwolle die hauptsächlichste Einfuhrware dieses Hafens. Im Vergleich zum Jahre 1867 erreichte in diesem Jahre die Einfuhr nicht die Hälfte der Vorjahreseinfuhr. Bemerkenswert ist, daß, obwohl sich die Baumwollpreise nicht veränderten, die Marktpreise für Baumwollgarne um mehr als fünfzig Yüan abfielen. Deshalb war beim Verspinnen der Baumwolle zu Baumwollgarnen kein Gewinn mehr zu verzeichnen.“¹⁶ Seit den 80er Jahren finden wir mehr und mehr solcher Berichte. 1883 heißt es, daß Swatau die Einfuhr von Baumwollgarnen gesteigert hätte, „weil die Bombay-Baumwollgarne billiger waren; die Garne aus Bombay konkurrierten mit den handgesponnenen Baumwollgarnen aus Swatau, für die Ningpoer und Shanghaier Baumwolle als Rohmaterial benutzt worden war, und vertrieben sie schließlich vom Markt. Die Bombay-Baumwollgarne wurden auf Maschinen gesponnen und trotz der niedrigen Preise in Swatau war es möglich, sie mit großem Gewinn zu verkaufen.“¹⁷ Der Seezollbericht aus Tschifu vom Jahre 1886 meldet, daß „sich im Jahre 1886 die Einfuhr (von Baumwollgarnen) gegenüber dem Jahre 1882 um das Fünffache vermehrt hatte. Auch diese Baumwollgarne wurden aus Bombay importiert. Zweifelsohne waren die

¹⁶ Chines Maritime Custom, Returns of Trade and Trade Reports, Pt. II, 1869, Amoy, S. 70f.

¹⁷ The Commercial Reports from Her Majesty's Consuls in China, 1883, Foreign Office, Great Britain, S. 143.

Garne aus Bombay besser als die aus Schantung. Die Zunahme des Importes von Baumwollgarnen schädigte stark die handwerkliche Spinnerei von Schantung.¹⁸ Ein Jahr später berichtete dann das Seezollamt von Tschifu auch, daß „die Spinnereien aus dem Schantung-Gebiet beinahe alle stillgelegt wurden, weil die Arbeiter täglich nur zwanzig Käsch (1300 Käsch = 1 Tael – M. B.) verdienten; wenn sie Stroh Hüte flochten, war es möglich, daß sich der Arbeitslohn verdoppelte, ja sogar noch mehr erhöhte.“¹⁹ Im gleichen Jahr schrieb das Seezollamt von Niutschuang, daß der Preis der importierten Baumwollgarne, je Bündel zu 300 Pfund, 57 Tael betrug; die gleiche Menge handwerklich gesponnener Baumwollgarne mußte jedoch zu 87 Tael verkauft werden. Die Preisdifferenz war so groß, daß die handwerklich gesponnenen Baumwollgarne unter keinen Umständen mehr mit den importierten Baumwollgarnen konkurrieren konnten.²⁰ Das Seezollamt von Qiongzhou faßte die Situation der handwerklichen Baumwollspinnerei im Kreise Wenchang in den Jahren 1882–1891 dahingehend zusammen, daß „der umfangreiche Import von ausländischen Garnen die Spinnereien der einheimischen Garne fast vollständig stilllegte. Die Stilllegung der einheimischen Garnspinnerei führte dazu, daß die Einfuhr von Baumwolle auch aufhörte.“²¹

Die Situation ist ganz eindeutig: Durch die Einfuhr von Baumwollgarnen zu niedrigen Preisen wurde die chinesische handwerkliche Produktion von gesponnenen Garnen geschlagen. Zwar konnte man noch am Vorabend der Befreiung in einigen chinesischen Dörfern handwerklich betriebene Baumwollspinnereien sehen, aber sie waren nur noch ein Überrest. Man kann sagen, daß am Ende des 19. Jahrhunderts in den Gebieten entlang der Flüsse und entlang des Meeres, in die der ausländische Handel eindrang, diese alten Gewerbeeinrichtungen schon zum größten Teile vernichtet waren, in einzelnen Gegenden waren sie sogar völlig ausgerottet worden.

Gehen wir jetzt zur Analyse der Konkurrenzverhältnisse zwischen den importierten, mit der Maschine hergestellten Baumwolltuchen und den chinesischen einheimischen handgewebten Tuchen über.

In den Orten nahe von Häfen kam es mit der Öffnung der Häfen sehr schnell zu einem Konkurrenzkampf zwischen der handwerklichen Baumwollweberei und den importierten Baumwolltuchen. So wurde z. B. Amoy 1843 geöffnet, und schon 1845 waren von diesem Markt die handgewebten einheimischen Stoffe durch die Konkurrenz der europäischen Stoffe vollkommen verdrängt.²² Shanghai wurde ebenfalls 1843 geöffnet, und 1846 schrieb man über die Situation

¹⁸ Returns of Trade and Trade Reports, Pt. II, 1886, Chefoo, S. 41.

¹⁹ Ebenda, 1887, Chefoo, S. 43.

²⁰ Ebenda, Newschwang, S. 2.

²¹ Chinese Maritime Custom, Decennial Reports 1882–1891, S. 620f.

²² *Shao Xunzheng*, Die Auswirkungen des Absatzes ausländischer Tuche im Jahre 1845 auf die einheimischen Tuche aus dem Süden der Provinz Fukien und auf die Baumwolltuche aus den Provinzen Kiangsu und Tschekiang, „Lishi Yenjiu“, 1954, H. 3, S. 26.

in der handwerklichen Baumwollweberei in der Nähe von Shanghai, speziell in Songjiang und Taicang, wo die handwerkliche Weberei stets geblüht hatte, daß die ausländischen Tuche in Massen eindringen und sich ihre Preise von denen der einheimischen kaum unterschieden; da aber die ausländischen Tuche doppelt so breit wie die einheimischen waren, mußten die einheimischen Tuche den ausländischen weichen, so daß für die handwerklichen Weber „jede Erwerbsmöglichkeit verloren ging“²³. Je länger die Häfen dem Außenhandel offenstanden, desto mehr Aufzeichnungen finden wir darüber, daß die importierten Baumwolltuche die handgewebten einheimischen Tuche verdrängten. In den Berichten des Seezollamtes von Kiukiang aus dem Jahre 1867 heißt es, „die Preise der ausländischen Tuche sind sehr niedrig, und die Folge ist, daß sich seit der Öffnung von Kiukiang die Menschen mit ausländischen Tuchen zu kleiden begannen“²⁴. Die Berichte des Seezollamtes von Tschifu aus dem Jahre 1868 besagen, „daß der wichtigste Grund für die gewaltigen Fortschritte des ausländischen Tuchhandels zweifelsohne der war, daß die Preise der importierten Waren im Vergleich zu denen früherer Jahre niedrig waren. Infolgedessen konnten die ausländischen Tuche mit den einheimischen konkurrieren und trotz der Frachtkosten ins Inland eindringen.“²⁵ Aus dem Jahre 1871 wurde über die Situation in der Nähe von Hankau folgendes gemeldet: „Die Bauern begannen die Erfahrung zu machen, daß diese ausländischen Waren ihren eigenen einheimischen Tuchen vorgezogen wurden; die niedrigen Preise der ausländischen Tuche glichen in gewisser Weise ihre geringere Haltbarkeit aus.“²⁶

In Shanghai im Jahre 1876 „versuchten die einheimischen Tuche, mit den importierten ausländischen zu konkurrieren, und waren, was die Qualität betrifft, keinesfalls in einer ungünstigen Lage. Da aber die Preise der handgewebten einheimischen Tuche verhältnismäßig hoch waren, kauften die armen Chinesen die billigeren, aber nicht so haltbaren Waren.“²⁷ Aus Zhenjiang wird im Jahre 1881 ebenfalls berichtet, daß „die Menschen schon die Erfahrung gemacht hätten, daß die ausländischen Tuche nicht so haltbar wären wie die einheimischen; da jedoch die ausländischen Tuche billiger sind, wurden sie viel gekauft“²⁸. Die Berichte aus Kiukiang aus dem Jahre 1884 bemerken ferner, „daß die verhältnismäßig hohen Preise der handgewebten Waren stets dazu führten, daß arme Menschen jene Importwaren, die im Vergleich zu den einheimischen keinesfalls haltbar aber billiger waren, kauften“²⁹. Ähnliche Aufzeichnungen könnte man noch viele anführen. Mit einem Wort: Die Import-

²³ *Bao Shichen*, Brief an den Minister für Verteidigung, Xu. S. Qi min si shu, Bd. 1.

²⁴ Returns of Trade and Trade Reports, Pt. II, 1867, Kiukiang, S. 4.

²⁵ Ebenda, 1868, Chefoo, S. 25.

²⁶ The Commercial Reports from Her Majesty's Consuls in China. 1871, S. 34.

²⁷ Ebenda, 1875–76, S. 17.

²⁸ Returns of Trade and Trade Reports, Pt. II, 1881, Kiukiang, S. 14.

²⁹ Ebenda, 1884, Kiukiang, S. 107.

tuche mit ihren niedrigeren Preisen traten mit den chinesischen handgewebten Tuchen in so erfolgreiche Konkurrenz, daß sie diese völlig vom Markte verdrängten.

Um ein Gesamtbild der Lage zu geben, stellen wir die folgende Statistik zusammen. Sie gibt die Preise von fünf Einfuhr-Baumwolltuchsorten — und zwar für naturfarbene Tuche, gebleichte Tuche, amerikanische Tuche, Kattun und Diagonalstoff —, zu denen auf dem Honkong-Markt gehandelt wurde.

Diese fünf Tuchsorten waren Importwaren, die im 19. Jahrhundert in großer Menge nach China gebracht wurden und deren Absatz sehr ausgedehnt war; die Veränderung ihrer Marktpreise war in der Hauptsache maßgebend für die Bewegung der Preise aller Baumwolltuche auf dem chinesischen Markt.

*Preise von fünf Import-Tuchsorten und Gesamtwert der Tuchimporte
1863 bis 1902, 5jähriger Durchschnitt³⁰
(1868–1872 = 100)*

Jahre	Preise der 5 Import-Tuchsorten		Gesamtwert der Tuchimporte
	Tael pro Stück Tuch	Index	
1863–1867	3,97	162,04	?
1868–1872	2,45	100,00	20398
1873–1877	1,89	77,14	16376
1878–1882	1,57	64,08	17961
1883–1887	1,55	63,27	19600
1888–1892	1,67	68,16	27689
1893–1897	2,14	87,35	34965
1898–1902	2,51	102,45	49514

Diese Statistik zeigt ganz deutlich, wie die Preise der fünf Import-Tuchsorten von der Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte der 80er Jahre ohne Unterbrechung stark fielen. Seit der Mitte der 80er Jahre stiegen die Preise wieder ein wenig an, aber sie erreichten bei weitem nicht wieder die Höhe vom Anfang der sechziger Jahre.

Wir verstehen jetzt, daß die heftige Konkurrenz der eingeführten Baumwollgarne und -tuche dazu führen mußte, daß zahlreiche chinesische Bauersfrauen das Spinnerei- und Weberei-Nebengewerbe aufgaben sowie städtische Handwerker ruiniert und arbeitslos wurden.

Schon im Jahre 1831 berichtete ein Kaufmann der englischen East India Company in Kanton: „Was die Chinesen anbetrifft, und zwar besonders die Bewohner am Meere, . . . so schadet ihnen der Außenhandel; das ist sehr stark zu spüren . . . Im Jahre 1831 . . . steigerte man die Einfuhr von Baumwoll-

³⁰ Quellen: Preise der Baumwolltuche: Zehnjahresberichte des Seezollamtes, 1892–1901, Bd. 2, Anhang, S. XXII und 1902–1911, Bd. 2, S. 336. Tuch-Importwerte: jährliche Seezollamt-Berichte.

garnen aus England . . . Die Einfuhr von Baumwollgarnen rief unter den Einwohnern zweier Orte der Vorstadt von Kanton und an einem Ort, der von Kanton zwanzig englische Meilen entfernt ist, starke Unruhe hervor. Frauen und Kinder waren dort mit Garnspinnerei beschäftigt, und die Einfuhr von Garnen raubte ihnen den Lebensunterhalt. Sie beschlossen daher, keine Importgarne für die Weberei zu verwenden, und darüber hinaus erklärten sie, daß sie alle Importgarne, die in ihre Dörfer kämen, verbrennen würden. Diese Unruhe ist ein Beweis dafür, daß die englischen Maschinen die chinesische Handarbeit besiegen.“³¹ Aus englischen Berichten ist überdies ersichtlich, daß es sich dabei erst um eine Einfuhr von nicht mehr als 955000 englischen Pfund Baumwollgarn handelte.³² Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich jedoch die jährliche Einfuhrmenge von Baumwollgarnen auf 2182573 Picul oder 290282209 englische Pfund erhöht!

Was die Baumwolltuche betrifft, so haben wir schon bemerkt, daß man bereits im dritten Jahre nach der Eröffnung des Handels in Shanghai (1846) schrieb, daß die Konkurrenz der eingeführten Tuche dazu geführt hätte, daß den handwerklichen Webern in der Umgebung der Stadt „jede Erwerbsmöglichkeit verloren ging“. Diese einfache Verallgemeinerung, daß „jede Erwerbsmöglichkeit verloren ging“, veranlaßt unwillkürlich, an die Bemerkung von Marx über die Konkurrenz zwischen den englischen maschinellen und den indischen handwerklichen Baumwollweberei-Produkten zu erinnern. Marx sagt: „Die Knochen der Baumwollweber bleichen die Ebenen von Indien.“³³

*Wert der Einfuhr von Baumwollprodukten und Gesamtwert des Außenhandels 1868 bis 1902*³⁴

5jähriger Durchschnitt, 1000 Tael

Jahre	Einfuhrwert der Baumwollprodukte	Gesamtwert der Einfuhr	Einfuhr von Baumwollprodukten in Prozent der Gesamteinfuhr	Gesamtwert der Ausfuhr	Einfuhr von Baumwollprodukten in Prozent der Gesamtausfuhr
1868—1872	22411	66301	33,80	63880	35,08
1873—1877	19336	68461	28,24	70675	27,36
1878—1882	22153	80390	27,56	71225	31,10
1883—1887	28356	84854	33,42	73084	38,80
1888—1892	46318	126373	36,65	96005	48,25
1893—1897	61645	178116	34,61	136523	45,15
1898—1902	96778	253813	38,13	179531	53,91

³¹ *Auber, Peter*, China. London 1834, S. 63f.

³² B. P. P. Report from Committees, 1847, Bd. I, Commercial Relations With China, S. 147.

³³ *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. I, 1955, S. 454.

³⁴ Quelle: Jährliche Seezollamt-Berichte.

Wenn wir den Wert der Baumwolleinfuhr zum Wert des gesamten Außenhandels in Beziehung setzen, dann wird die Rolle der ausländischen Baumwollprodukte in der Volkswirtschaft Chinas noch klarer. Die Statistik auf S. 210 zeigt, daß vom Ende der 60er Jahre bis Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts der Wert der Baumwollwareneinfuhr zwischen 27 und 33% des Gesamteinfuhrwertes schwankte. Wenn wir den Wert der Baumwollwareneinfuhr mit dem Gesamtwert der Ausfuhr vergleichen, dann sieht man, daß das chinesische Volk von den Devisen, die sich aus dem Warenexport ergaben, 27 bis 54% für Kleidungsstoffrechnungen bezahlen mußte.

Infolge des Vordringens des Auslandes auf dem chinesischen Markt mußten sich die chinesischen Bauersfrauen im allgemeinen von ihrer Nebenbeschäftigung, der handwerklichen Baumwollspinnerei und -weberei, abwenden. So kam es zur Trennung von Landwirtschaft und Handwerk. Daß die Bauern bisweilen nur das Spinnen aufgaben und mit ausländischen Garnen Tuche webten, bedeutete eine Trennung zwischen Spinnerei und Weberei. All das stellte eine ganz große Wandlung in der einige tausend Jahre alten chinesischen kleinbäuerlichen Wirtschaftsstruktur, in der „die Männer ackerten und die Frauen webten“, dar. Jedoch erschütterte diese Wandlung nicht die Grundlagen der chinesischen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur.

II. Die Anfänge der modernen Baumwollspinnerei und -weberei

Unter dem Eindruck der durch Anwendung von Maschinen überlegenen militärischen und industriellen Stärke der ausländischen Mächte fanden sich seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts nicht wenige große und kleine Beamte, die sich um die Errichtung von Fabriken bemühten. Sie erlernten die ausländische Technik; dabei konzentrierten sie sich anfangs auf die Munitionsindustrie und den Schiffsbau, wobei sie die Idee hatten, „mit dem Erwerb der langen Erfahrungen der Ausländer den Ausländern zu widerstehen“. Später lenkten sie ihre Aufmerksamkeit auch auf den Bergbau, die Schmelzerei, auf die Spinnerei, Weberei und andere lebensnotwendige Industrien. Sie wollten auf solche Weise „sich den ausländischen Waren widersetzen und die Verluste wiedergutmachen“. Neben Beamten bauten auch aus dem Amt Ausgeschiedene, Großgrundbesitzer, Kaufleute und Kompradoren moderne Industrien auf. Auf Grund neuester Analysen der damaligen Verhältnisse weiß man jedoch, daß die Heeresbedarfsindustrien, die man als Kraftzentren des Widerstandes gegen die ausländische Aggression betrachtete, in Wirklichkeit Arsenalen für die Unterdrückung der volksrevolutionären Bewegung darstellten — eine Aktivität, für die die herrschende feudale Klasse ihre letzten Kräfte aufbot. Was die lebensnotwendigen Industrien anbetraf, die zum Boykott der ausländischen Waren ins Leben gerufen wurden, so sind sie ein Ausdruck dafür, daß sich die Feudalen bourgeoisier Tätigkeit zuzuwenden begannen. Die erste

Baumwollspinnerei und -weberei wurde so am Anfang der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts gegründet.

Daß zu dieser Zeit in China eine moderne Baumwollspinnerei und -weberei entstehen konnte, ist, ökonomisch betrachtet, leicht verständlich. War doch in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts die kleinbäuerliche Wirtschaftsform — daß nämlich „die Männer ackerten und die Frauen webten“ — bereits durch das Eindringen der ausländischen Waren erschüttert. Die Zerstörung der Verbindung von Ackerbau und Weberei und der Verbindung von Spinnerei und Weberei war vom Standpunkt des arbeitenden Volkes ein großes Unglück; vom Standpunkt der Bourgeoisie jedoch war sie die Voraussetzung für die Schaffung eines ausgedehnten Waren- und Arbeitskraftmarktes, die Voraussetzung der Entwicklung einer modernen Industrie.

Der Warenmarkt, der nach dem Zerstörungsprozeß der handwerklichen Baumwollspinnerei und -weberei entstand, war außerordentlich groß. Die oben gegebenen statistischen Daten zeigen, daß der Gesamtwert der eingeführten Baumwollprodukte von 1888—1892 durchschnittlich jährlich 46318000 Tael betrug, in den Jahren 1893—1897 jedoch 61 645 000 Tael. Zum Teil rührte die Verbreitung von Garnen und Tuchen in so riesenhaftem Umfange daher, daß China jetzt seine eigene Baumwollspinnerei- und -weberei-Industrie hatte. Vor allem aber erklärt sich diese riesenhafte Verbreitung von Tuchen durch die Einfuhr aus dem Ausland. Die Einfuhr konzentrierte sich auf die wenigen Handelshäfen und wurde von dort im ganzen Inlande abgesetzt. Unter den Einfuhrhäfen für Baumwolle war Shanghai zweifellos der größte. Nach der Seezollstatistik betrug um 1890 der Wert der Baumwollprodukte, die in das Gebiet von Shanghai importiert und später im Inlande abgesetzt wurden, jährlich über 30 000 000 Tael! So war es nur natürlich, daß gerade in diesem Gebiet eine Baumwollspinnerei- und -weberei-Industrie entstand.

Schon im Jahre 1878 dachte man daran, in Shanghai eine moderne Baumwollfabrik zu errichten.³⁵ Diese Fabrik machte infolge von Einrichtungs- und Ausführungsschwierigkeiten sowie von einigen Veränderungen unter den sich mit Kapital beteiligenden Aktionären eine 20jährige Vorbereitungszeit durch. 1890 setzte man endlich einige Maschinen in Tätigkeit, und damit entstand die erste chinesische Baumwollfabrik, die Shanghai jiqi zhibu ju, Shanghaier Maschinen-Weberei-Gesellschaft. Diese Fabrik war mit 35 000 Spindeln und mit 530 Webstühlen ausgerüstet.³⁶ Nachdem die Maschinen in Gang gesetzt und erst drei Jahre lang in Tätigkeit waren, brach ein großes Feuer aus, und alles verbrannte mit einem Verlust von etwa 10 000 000 Tael.

Obwohl die Shanghaier Maschinen-Weberei-Gesellschaft nicht lange bestand, so rief doch ihr hoher, staunenerregender Gewinn von 25% eine Welle von Fabrikgründungen hervor. In den acht Jahren von 1891—1899 wurden ununterbrochen neue Fabriken gebaut. Insgesamt wurden damals 14 Baumwoll-

³⁵ „North China Herald“, 1878, Febr. 21, S. 168—171.

³⁶ Decennial Reports, 1892—1901, Bd. I, S. 513.

spinnereien und -webereien errichtet mit insgesamt 336722 Spinnmaschinen und 2016 Webstühlen. Die Welle der Fabrikgründungen wurde mit dem Jahre 1900 (Boxeraufstand) durch die imperialistischen militärischen Angriffe auf China unterbrochen. Als sich aber mit dem Jahre 1905, mit dem japanisch-russischen Krieg, der Markt wieder etwas belebte, begann man, erneut Fabriken zu errichten – in den sechs Jahren von 1905–1910 gründeten chinesische Kapitalisten elf weitere Baumwollspinnereien und -webereien. Infolgedessen vermehrten sich im ganzen Lande die Spindeln auf 497448 und die Webstühle auf 2316.³⁷

Wenn wir die Entwicklung im Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg betrachten, dann zeigt sich für das Entstehen der modernen Spinnerei- und Weberei-Industrie ein großes Hindernis: Die neue chinesische Bourgeoisie, die aus der feudalen Ausbeuterklasse hervorgegangen war, trug aus dem Mutterleib mitgebrachte, angeborene schwere Mängel an sich – eine Widerspiegelung des halbkolonialen und halbfeudalen Charakters der chinesischen Wirtschaft.

Zunächst litt die chinesische Baumwollindustrie unter der nach verlorenen Kriegen China oktroyierten Zollunfreiheit. Die ausländischen Mächte wünschten sich China als international offenen Handelsmarkt, auf dem weder Einfuhr noch Ausfuhr irgendwelchen Hemmungen unterliegen durften. Die tatsächlichen Einfuhrzölle auf Baumwolltuche betrug häufig kaum 5%, manchmal sanken sie sogar auf 3,5%. Wie aber können Einfuhrzölle von 3,5% bis 5% einer neu erstehenden Industrie irgendeinen Schutz gewähren?

Die maschinell hergestellten Baumwollgarne, die man in den Gebieten der fünf südlichen Provinzen Fukien, Kuantung, Kuangshi, Kueichou und Yünnan verbrauchte, wurden in der Hauptsache aus den siebzehn sogenannten Vertragshäfen Kanton, Futschau, Qiongzhou, Mengzi u. a. eingeführt; natürlich war es ihnen nicht verwehrt, auch im Inlande produzierte Garne und Tuche auf den Markt zu bringen. Betrachten wir aber die Berichte der Seezoll-Verwaltung dieser siebzehn Häfen, dann stellen wir fest, daß mit Ausnahme der vier Häfen Futschau, Amoy, Swatau und Kanton in den restlichen dreizehn offenen Häfen keine Spur von im Inlande produzierten Baumwollgarnen zu finden war. Die im Inlande produzierten Baumwollgarne, die die vier Häfen Futschau, Amoy, Swatau und Kanton auf den Markt brachten, betrug noch nicht mehr als 100 bis 1000 Picul – im Vergleich zu 10000 bis 100000 Picul importierter indischer Garne wirklich sehr, sehr wenig. Das heißt, die fünf chinesischen südlichen Provinzen stellten in der Hauptsache einen durch indische Baumwollgarne monopolisierten Markt dar.

Seit Beginn der Tätigkeit der ersten chinesischen Baumwollspinnerei- und -weberei, d. h. also seit dem Jahre 1891, können wir beobachten, wie die im Lande produzierten Baumwollgarne über Niutschuang auf den Nord-Ost-Markt gebracht werden. Gleichzeitig aber finden wir auch, daß japanische Baumwollgarne gerade in diesen Markt einzudringen beginnen. Das japanische Kapital

³⁷ Vgl. dazu Anhang.

warf mit allen Methoden und Mitteln seine überschüssigen Baumwollgarne zu Schleuderpreisen auf diesen Markt. Daher nahm der Baumwollwarenvertrieb Japans auf dem Nord-Ost-Markt immer mehr zu; er stieg auf jährlich mehr als 200000 Picul an, während gleichzeitig die im Lande produzierten und dorthin gelieferten Baumwollgarne kaum 10000 Picul erreichten. Das heißt, die vier Provinzen des Nord-Ostens bildeten in der Hauptsache einen Markt, der von Japan beherrscht wurde.

Die Gebiete, in denen der Wettstreit zwischen den im Lande produzierten Garnen und den ausländischen Garnen besonders heftig war, lagen in den Flußgebieten des Yangtse und des Huangho. Die Häfen Tschungking, Itschang, Schasi, Tschangscha, Yuezhou, Kiukiang und Fuhu geben ein Bild von der Situation auf den Märkten am Yangtse, die vier Häfen Tientsin, Tschifu, Kiautschou und Chinwangtao ein solches der Verhältnisse auf dem chinesischen Nordmarkt. Wir errechneten als Warenumsatz von im Lande produzierten Garnen und von ausländischen Garnen auf diesen zwei großen Märkten:

*Nettomenge der jährlich importierten ausländischen und der im Lande produzierten Garne in den vier Häfen am Yangtse*³⁸

Jahre	Ausländische Garne		Im Lande produzierte Garne		Insgesamt	
	Picul	Prozent	Picul	Prozent	Picul	Prozent
1894-98	211 935	86,4	33 424	13,6	245 359	100
1899-03	486 795	77,4	141 813	22,4	628 608	100
1904-08	537 318	83,2	108 459	16,8	645 777	100
1909-13	498 415	72,0	194 167	28,0	692 582	100

*Nettomenge der jährlich importierten ausländischen und der im Lande produzierten Garne in den vier Häfen im Norden*³⁸

Jahre	Ausländische Garne		Im Lande produzierte Garne		Insgesamt	
	Picul	Prozent	Picul	Prozent	Picul	Prozent
1894-98	315 278	93,7	20 853	6,3	336 531	100
1899-03	442 955	92,1	37 866	7,9	480 821	100
1904-08	533 529	89,4	63 397	10,6	596 926	100
1909-13	581 433	80,1	144 757	19,9	726 190	100

Die oben angeführte Statistik zeigt, daß während der zwanzig Jahre von 1894 bis 1913 auf den zwei großen Märkten im Yangtse-Gebiet und im chinesischen Norden der Absatz von Baumwollgarnen ununterbrochen zugenommen hat.

³⁸ Quelle: Seezollamt-Berichte.

Auf dem ersteren nahm er um 182% zu, auf dem letzteren um 116%. Das beweist, daß die handwerkliche Spinnerei in diesen beiden großen Gebieten noch immer weiter verdrängt wurde. Und obgleich man zur gleichen Zeit in China schon mit der Errichtung einer modernen Baumwollindustrie begonnen hatte, nahm auch der Absatz an importierten ausländischen Garnen auf diesen zwei großen Märkten ununterbrochen zu. Der höchste Anteil der im Lande produzierten Garne am Gesamtumsatz war im Yangtse-Gebiet kaum 30% und im Norden Chinas kaum 20%. Daraus ist ersichtlich, wie stark der Druck der eingeführten ausländischen auf die im Lande produzierten Garne war.

Untersuchen wir jetzt die Kapitalbeteiligung der imperialistischen Mächte in der chinesischen Baumwollindustrie.

Die Zeit, in der die moderne chinesische Baumwollindustrie geboren wurde, war auch die Periode, in der sich der Weltkapitalismus zum Weltimperialismus umwandelte. Das bedeutete, daß die chinesische Baumwollindustrie schon in ihrem ersten Entwicklungsstadium vom imperialistischen Monopolkapital überfallen wurde: als eine Tür, die sich für diesen Überfall weit öffnete, gilt der Vertrag von Shimonoseki nach dem chinesisch-japanischen Kriege 1895.

Der chinesisch-japanische Vertrag von Shimonoseki bestimmte, daß die ausländischen Kapitalisten das Recht hatten, in den chinesischen Handelshäfen Fabriken zu errichten. Später wurde die chinesische Regierung auch dazu gezwungen, in der Frage der Besteuerung zwischen chinesischen und ausländischen Fabrikanten-Kaufleuten nicht zu differenzieren. So wurde China auch zu einem offenen internationalen Kapitalmarkt.

Das ausländische Kapital versuchte schon sehr früh, in China Baumwollspinnereien und auch -webereien zu eröffnen. Sobald der Vertrag von Shimonoseki veröffentlicht worden war, wurden in China anwesende Kaufleute einer Anzahl von kapitalistischen Staaten sofort aktiv. Zum Beispiel arbeiteten im Jahre 1897 in Shanghai bereits vier moderne Spinnereien und Webereien, in die ausländische Kaufleute Kapital gesteckt hatten. Dabei handelte es sich einmal um die Laogongmao Spinnerei- und Weberei-Gesellschaft und die Yihe Spinnerei- und Weberei-Gesellschaft mit englischem Kapital; die erstere besaß ein Kapital von 715800 Tael und 30548 Spindeln, die letztere 1500000 Tael und 50000 Spindeln. Amerikanische Kaufleute eröffneten die Hongyuan Spinnerei- und Weberei-Gesellschaft und deutsche die Ruiji Baumwollgarnfabrik; das Kapital betrug in beiden Fällen 1000000 Tael und die Zahl der Spindeln 40000 pro Fabrik.³⁹ Die Yihe Spinnerei und Weberei war jene berühmte Fabrik, die durch die mit Opium handelnde ausländische Firma Yihe eröffnet wurde. Sie existierte besonders lange, rund fünfzig Jahre; die anderen drei Fabriken wurden später an japanische und chinesische Kaufleute verkauft.

Japanische Kapitalisten, die sich zuerst auf Grund des Vertrages das Recht nahmen, in China Fabriken zu gründen, errichteten im Jahre 1902 in Shanghai

³⁹ Decennial Reports, 1892-1901, Bd. I, S. 513f.

eine Baumwollspinnerei und -weberei. Vor dem Ersten Weltkrieg eröffneten sie insgesamt drei Fabriken, alle in Shanghai.

Stellt man die Maschinen-Einrichtungen der chinesischen und ausländischen Spinnereien und Webereien einander gegenüber, ergibt sich folgendes Bild:

Statistik der Spindeln der chinesischen und ausländischen Spinnereien und Webereien

Jahr	Ort	Chines.		Ausländ.		Chines. u. ausländ.	
		Betriebe Spindeln	%	Betriebe Spindeln	%	Betriebe Spindeln	Insgesamt %
1897	Shanghai	139 272	46,5	160 548	53,5	299 820	100
	ganz China	234 804	59,3	160 548	40,7	394 852	100
1913	Shanghai	141 920	29,5	338 960	70,5	480 880	100
	ganz China	484 192	58,8	338 960	41,2	823 152	100

Die Zahlen zeigen, daß das ausländische Monopolkapital am Vorabend des Ersten Weltkrieges mit 70,5% Anteil an den Spinnereien und Webereien Shanghais schon einen beachtlichen Vorrang vor dem chinesischen Kapital hatte. Für ganz China betrug der Anteil des ausländischen Monopolkapitals 41,2%. Unter diesen Umständen wurde ganz offensichtlich die mit chinesischem nationalem Kapital arbeitende Baumwollspinnerei und -weberei durch das ausländische Monopolkapital unterdrückt.

Untersuchen wir nun konkret die Gründer und ihr Kapital in der Baumwollspinnerei und -weberei, so finden wir eine recht komplizierte Situation.

Die Hauptpersonen, die sich vor dem Ersten Weltkrieg mit ihrem Kapital in der Baumwollspinnerei und -weberei betätigten, waren Beamte und Kompradoren.

Baumwollspinnereien und -webereien, die ganz eindeutig von Chinesen eingerichtet worden waren, gab es vor dem Ersten Weltkrieg insgesamt 24; zwei weitere waren gemeinsam von Chinesen und ausländischen Kaufleuten gegründet worden. Was die 24 Baumwollspinnereien und -webereien betrifft, die von Chinesen gegründet waren, so wurden 17 von entweder noch im Dienst stehenden Beamten oder von Beamten a. D., die eine große gesellschaftliche Macht ausübten, direkt oder indirekt über Personen, auf die sie sich verlassen konnten, eingerichtet und verwaltet. Unter ihnen gab es auch sechs, die für diese ihre Tätigkeit ausschließlich oder teilweise öffentliche Gelder der örtlichen Verwaltung benutzten. Das heißt, in der Anfangsgeschichte der Baumwollspinnerei- und -weberei Chinas spielten Beamte und Beamte a. D. faktisch die aktivste Rolle.

Weiterhin gab es zwei Betriebe, die von Kompradoren, und zwei weitere, die gemeinsam von Chinesen und ausländischen Kaufleuten gegründet wurden, wobei sich unter den Chinesen überwiegend Kompradoren befanden. Außerdem

hatten auch an den Betrieben, die von Beamten und Beamten a. D. gegründet worden waren, die Kompradoren Anteil. Von den zwei Gründer-Kompradoren war der eine Zhu Dachun von der Firma Yihe, der in Shanghai die Gongyi Garnfabrik errichtete. Neben der Gongyi Garnfabrik gründete Zhu Dachun noch, entweder mit eigenem Kapital oder mit anderen zusammen, die Yuanchang Reismühle, die Yuanchang Seidenspinnerei, die Yuanchang Metallfabrik, die Huaxing Weizenmehl-Gesellschaft und die Yiheyuan Häute- und Wolle-Verpackungs-Gesellschaft. Gleichzeitig steckte er auch Kapital in das Dampfer-Transportgewerbe, in Shanghaier Grundbesitz, in die Papierherstellung und die Ölpresserei, und darüber hinaus besaß er Aktien der China-Bank. Zhu Dachun war wohl einer der größten Kapitalisten, die damals Kapital in die Baumwollspinnerei und -weberei steckten. Der andere Komprador, der neben der Betreibung von anderen modernen Gewerben eine Baumwollspinnerei und -weberei gründete, war der Komprador Zhu Zhiyao von der Dongfang Huili Bank, der in Shanghai die Tongchang Garnfabrik errichtete. Neben der Tongchang Garnfabrik investierte Zhu Zhiyao noch in der Tongchang Ölpresserei, in der Shenda Weizenmehlfabrik, in der Jiuxin Eisenhütte, in den Datong und Dada Dampfer-Gesellschaften, im chinesisch-europäischen Buchgewerbe und anderen Wirtschaftszweigen. Unter den Baumwollfabrikanten war er neben Zhu Dachun der größte Kapitalist.

Diese Aktivität der Kompradoren ist nicht schwer zu erklären. Sie waren diejenigen, die zur damaligen Zeit in der Leitung von kapitalistischen Unternehmungen einige Erfahrungen und darüber hinaus zum Außenhandel Beziehungen hatten. Die Kompradoren stellten eine neue gesellschaftliche Schicht dar, die nach den Opiumkriegen geboren wurde. Sie waren die Vermittler zwischen den Ausländern und China für den Absatz von ausländischen Waren in China, im Einkauf von chinesischen Erzeugnissen, bei der Eröffnung von Fabriken usw. den ausländischen Aggressoren notwendige Instrumente. Und wenn die erwähnten großen Beamten neuartige Unternehmen errichteten, so waren die Kompradoren die Vermittler, die die Maschinen einkauften, sich um die Techniker kümmerten, kurz, sich um alles bemühten, was mit dem ausländischen Handel zusammenhing. Die Kompradoren waren jedoch nicht nur einfache Instrumente. In den den Opiumkriegen folgenden fünfzig Jahren wurden die Kompradoren zu einer eigenen gesellschaftlichen Schicht, die in den Besitz großer Reichtümer gelangte. Deshalb spielten sie in der Anfangsgeschichte der modernen Baumwollindustrie Chinas eine große Rolle.

Was die Beamten als Gründer betrifft, so ist ganz klar, daß über sie die feudale Klasse Einfluß auf die Spinnerei und Weberei nahm. Als man z. B. die Errichtung der Shanghaier Maschinen-Weberei-Gesellschaft (Shanghai jiqi zhibu ju) zu planen begann, erließ man acht Verordnungen. In diesen Verordnungen hieß es, daß das Kapital dieses Betriebes privat aufzubringen wäre und daß die Regierung keine Aktien übernehmen dürfe. Der erste Paragraph der acht Verordnungen bestimmte jedoch, daß ein Antrag an die Regierung zu stellen wäre, einen Beamten zu bestimmen, der mit dem Gründer des Betriebes gemeinsam

die Verwaltung ausüben solle, da, wenn man nicht so vorgehe, dieser Betrieb „ohne Sicherheiten“ wäre. Der zur damaligen Zeit sehr wichtige Beamte Nord-Chinas Li Hongzhang erklärte auch dem Gründer dieses Betriebes, daß, wenn er einen Beamten als „Sicherheit“ annähme, er „keinen Hindernissen von irgendwelcher Seite ausgesetzt sein würde“. ⁴⁰ Infolgedessen stimmte Li Hongzhang auch einem Antrag entsprechend der ersten Verordnung zu, amtlicherseits eine Person aus einer bekannten Beamtenfamilie zu entsenden, die speziell die Verantwortung für die sogenannten „amtlichen Pflichten“ tragen sollte. So also sahen die Beziehungen aus zwischen den Unternehmern und der Regierung. ⁴¹ Es zeigt sich, daß sich die zur damaligen Zeit errichteten neuartigen Industrien der „Unterstützung“ und dem „Schutz“ gewisser feudaler Beamter unterwerfen mußten. So war es jedenfalls in der Shanghaier Weberei-Gesellschaft und auch in anderen Garnfabriken.

Worauf die Beamten, die die neuentstandenen Unternehmen verwalteten und „schützten“, ihre Aufmerksamkeit in Wirklichkeit lenkten, war, sich an den von den neuen Industrieunternehmen gewonnenen Profiten zu beteiligen. Der Kanzler Li Hongzhang hatte ursprünglich zu der Shanghaier Weberei-Gesellschaft einfach einen Beamten, dem er vertrauen konnte, für die spezielle Durchführung der „amtlichen Pflichten“ delegiert. Als er jedoch entdeckte, daß dieses Unternehmen insgesamt einen Gewinn von 25 Prozent auswarf, da machte er sich selbst zum Beherrscher des Unternehmens, das dort aus privatem Kapital errichtet worden war. Im Jahre 1893 stellte Li Hongzhang gar einen Plan auf, zur Weiterentwicklung der Baumwollspinnerei und -weberei des ganzen Landes eine ganze Reihe von Betrieben mit Spindeln und Webstühlen zu errichten, wobei ihm selbst das Vorrecht zustehen sollte, allein im ganzen Lande die Baumwollindustrie aufzubauen. Er wollte sich ein Monopol sichern! Dieser Monopolplan Li Hongzhangs wurde von anderen großen Beamten und von ausländischen Kapitalisten zerschlagen. Daß er aber unter Benutzung seiner politischen Macht private Unternehmen raubte, was nicht selten der Fall gewesen zu sein scheint, spricht dafür, daß es in den Beziehungen zwischen der Baumwollindustrie und den feudalen Kräften auch Widersprüche gab.

Untersuchen wir die Quellen des Kapitals für die Baumwollindustrie weiter, dann finden wir, daß es neben den schon angeführten Fabriken, die von Beamten und durch Kapitalinvestitionen von Kompradoren gegründet wurden, noch andere mit anderen Kapitalquellen gab. Beamte und Beamte a. D. mochten zwar die Gründer oder Mitbegründer solch neuer Fabriken sein, brauchten aber nicht die hauptsächlichsten Kapitalgeber zu sein. So wurde die von Li Hongzhang gegründete Shanghaier Weberei-Gesellschaft (Shanghai zhibu ju), die erste ihrer Art, durch sechs Kapitalgeber finanziert. Unter ihnen befanden sich ein Komprador, zwei Personen aus einer uralten Beamtenfamilie, ein

⁴⁰ „North China Herald“, 1879, Feb. 21, S. 168–171.

⁴¹ Li Hongzhang, Throneingabe über die Gründung eines Amtes für Maschinenweberei, um so den europäischen Produkten Widerstand entgegenzusetzen. S. Wu Rulun, Li wenzhonggong quanshu, Manuskript, Bd. 43.

Salzhändler, der das Monopol auf den Verkauf von Kochsalz besaß, ein Großkaufmann aus Shanghai und eine Person, die „mit den auswärtigen Handelsangelegenheiten vertraut war“, es mag auch ein Komprador gewesen sein. So hatte die neue Garnfabrik von Wuxi (Provinz Kiangsu), die im Jahre 1907 gegründet und später zur größten Baumwollspinnerei und -weberei Chinas wurde, am Anfang sieben Kapitalgeber, unter ihnen drei Kompradoren, zwei Besitzer einer Bank, ein Tuchhändler und ein Intellektueller, der „Bücher studierte und von dem Geschäft keine Ahnung hatte“; dieser Intellektuelle war natürlich auch aus einer Familie der Ausbeuterklasse hervorgegangen.⁴²

Die in der Baumwollindustrie Kapital investierten, waren sehr selten Industriekapitalisten. Sie stützten sich entweder auf politische, Bluts- und Heimat- oder auf andere Beziehungen aus der vorkapitalistischen Gesellschaft. Die Kompradoren ausgenommen, bestanden sie zu über der Hälfte aus ausgeschiedenen Beamten, Großgrundbesitzern, Großsalzhändlern, denen von der Feudalregierung das Verkaufsmonopol verliehen wurde, Bankiers und Wucherern, Großkaufleuten, die sich nur mit Kauf- und Verkaufsangelegenheiten befaßten und somit nicht in der Produktion standen, Maklern, die für die großen Beamten Waffen ankauften und fremde Anleihen arrangierten, Nachkommen aus einflußreichen Familien u. a. m. Insgesamt waren sie alle Ausbeuter vorkapitalistischer Form. Die chinesische Bourgeoisie mußte also nicht nur in der Zeit ihrer Geburt „Anleitung und Schutz“ gewisser Kräfte der Feudalklasse in Anspruch nehmen, sie kam selbst aus der feudalen Ausbeuterklasse.

Eine nähere Untersuchung des gesellschaftlichen und ökonomischen Aufbaus macht diesen historischen Ursprung der chinesischen Bourgeoisie leicht verständlich. Einmal waren in den neunziger Jahren, also mehr als fünfzig Jahre nach den Opiumkriegen, die ursprünglichen alten Produktionsformen Chinas schon recht weitgehend zerstört. Sodann war dieser Zerstörungsprozess nicht das Ergebnis einer inneren natürlichen Entwicklung, sondern er wurde durch von außen einfallende Kräfte verursacht. Weiter ist zu bedenken, daß es die kleine Bauernwirtschaft war, die durch die verschiedenartige feudale Unterdrückung und die imperialistische Aggression zugrunde gerichtet wurde. So gab es also Menschen von großem Reichtum, die, mit Ausnahme der neu entstandenen Kampradorenschicht, zumeist aus feudalen Ausbeuterfamilien kamen.

Die chinesischen Kapitalisten, die sich aus der feudalen Ausbeuterklasse entwickelt hatten, blieben zum größten Teil in enger Beziehung zu den feudalen Ausbeutern. Nachdem die meisten Fabrikanten in der Baumwollindustrie mit ihren Unternehmen viel Kapital angesammelt hatten, investieren sie nicht wieder in der Baumwollindustrie oder in anderen kapitalistischen Gewerben, sondern verwandten das Kapital für Wucherdarlehen oder investierten es in der Produktion auf dem Lande einerseits als Fabrikanten und andererseits als feudale Großgrundbesitzer. So kaufte z. B. die Fabrikantenfamilie Nie der Shang-

⁴² Yan Zhongping, a. a. O., S. 156.

haier Hengfeng Garnfabrik, die von der Beamten-Großgrundbesitzer-Klasse abstammte, mit den Profiten aus der Hengfeng Garnfabrik am Rande des Dongjing Sees in der Provinz Hunan ein großes Landgebiet. Dort plünderte sie mehr als 2000 Ackerbauern aus, unterhielt 30 Dienstboten und eine bewaffnete Truppe zum Schutz gegen die ihr „untergebenen“ Bauern, als ob sie ein kleines „unabhängiges Königreich“ geschaffen hätte.⁴³

Da die chinesischen Kapitalisten aus der feudalen Ausbeuterklasse kamen, übernahmen sie auch feudale Ausbeutungsformen und eine Art Hörigkeit in die Fabriken.

So hielten die Vorarbeiter bei ihrer Runde zwischen den Maschinen zumeist einen Bambusstab in der Hand oder eine Lederpeitsche oder einen Stock, womit sie die Arbeiter, die ihrer Meinung nach nicht genügend arbeiteten, antrieben. In der Dasheng Garnfabrik in Chongming gab es eine Bestimmung, daß die Vorarbeiter die Frauen bei Erteilung eines Verweises als Bestrafung mit dem Bambusstab auf die Handflächen zu schlagen hätten.⁴⁴

Solche Verhältnisse riefen bereits in der ersten Entwicklungsstufe der modernen Baumwollindustrie Widerstandskämpfe der Arbeiter hervor. Nach Statistiken, die bei weitem nicht vollständig sind, gab es bereits in den Jahren 1898 bis 1913 etwa zwölf Streikbewegungen, die von den Baumwollindustriearbeitern durchgeführt wurden. Viele Streikende wurden durch die Feudalregierung oder durch die Polizei der imperialistischen Konzessionen grausam niedergeschlagen. So wurde bei einem Streik der Arbeiter der Hua-sheng Garnfabrik in Shanghai im Jahre 1898 gegen Lohnkürzungen von seiten der Vorarbeiter eine Arbeiterin von einem Vorarbeiter verwundet. Bei einem Streik in der Qicheng Garnfabrik in Shanghai im Jahre 1905 gegen Unterdrückung durch die Vorarbeiter wurden zwei Arbeiter, die den Streik anführten, ins Gefängnis gebracht. Im gleichen Jahre wurden zwei Arbeiter, die in der Yuyuan Fabrik in Shanghai den Streik anführten, „zur allgemeinen Abschreckung“ gefesselt und dann eingesperrt.⁴⁵ Diese Baumwollindustriearbeiter, die unterdrückt und mit der Peitsche geschlagen wurden, formierten sich nach dem Ersten Weltkrieg zu einer bewußten Kampfgruppe.

III. Der Erste Weltkrieg und die chinesische Baumwollspinnerei und -weberei

Zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts und Anfang der zwanziger Jahre ereigneten sich zwei bedeutende Geschehnisse in der chinesischen Geschichte: 1911 brach die bürgerlich-demokratische Revolution aus, und 1921

⁴³ Wirtschaftsinstitut der Academia Sinica, Shanghai, Entstehung, Entwicklung und Neugestaltung der Hengfeng Garnfabrik. Shanghai 1958, S. 28f.

⁴⁴ *Wang Jingyu*, Material zur Geschichte der neuzeitlichen Industrie in China. 2. Fassung, 3. Band, Peking 1957, S. 1216f.

⁴⁵ Ebenda, S. 1300f.

organisierte die Arbeiterklasse ihren eigenen Vortrupp, die Kommunistische Partei Chinas. Dazwischen liegen die vier Jahre des Ersten Weltkrieges, die sehr starken Einfluß auf die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft hatten.

Die chinesische bürgerliche Revolution, die 1911 ausbrach, stürzte das über 2000 Jahre alte chinesische feudale Kaisertum und errichtete die demokratische Republik. Da aber die schwache chinesische Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und gegen die Grundlagen des Feudalismus die Verhältnisse keineswegs von Grund auf änderte und da sie sich nicht auf die Kräfte des Volkes stützte, ging die Revolution, als der Militarist Yüan Shikai die republikanische Staatsgewalt an sich riß, verloren. Diese Niederlage war ausschlaggebend dafür, daß Imperialismus und Feudalismus weiter in China herrschen konnten.

Wer jetzt anstelle der Qing-Dynastie die Staatsgewalt in der Hand hielt, das waren große und kleine Militärdiktatoren in der Zentralregierung in Peking und in den lokalen Regierungen aller Provinzen. Die militärischen Herrscher konnten nicht ohne Hilfe des Imperialismus existieren. So hatte die Pekinger militaristische Regierung in der Zeit von 1912 bis 1921 Auslandsanleihen in Höhe von 900 000 000 Yüan aufgenommen, um sich ihre Herrschaft zu sichern. Die Militärdiktatoren in den Provinzen hatten 80 000 000 Yüan geborgt, um hier die Herrschaft mit Gewalt an sich zu reißen!⁴⁶ All diese Anleihen wurden gegen Aufgabe der Souveränität erhandelt. Schon zur Zeit der Qing-Regierung hatten die imperialistischen Staaten China viele bedeutende wirtschaftliche Rechte und Vorteile genommen. Nach der Revolution von 1911 wurden diese Räubereien noch verwegener – innerhalb weniger Jahre intensivierten sie sich auf allen Gebieten, und die chinesischen Finanzen, der Geldmarkt, die Fabriken, die Bergwerke, das Verkehrswesen und andere bedeutende Wirtschaftsgebiete waren stärker als je zuvor von den Imperialisten beherrscht. So bildeten damals die Grundlage der Einnahmen Chinas die Zölle, die Salz- und die Bodensteuern; Zölle und Salzsteuer aber wurden als Pfänder für die Auslandsanleihen direkt von den imperialistischen Staaten eingezogen, in den Banken der imperialistischen Staaten aufbewahrt und auch von den Imperialisten verwandt. Der Imperialismus beherrschte damit direkt nicht nur die chinesischen Finanzen, sondern darüber hinaus auch den chinesischen Geldmarkt. Allein auf diesem Wege fesselte der Imperialismus bereits wirksam das Wirtschaftsleben Chinas.

England, Amerika, Deutschland, Frankreich, Belgien, Rußland, Japan und andere imperialistische Staaten konkurrierten heftig bei ihrem Kampf um Einflußgebiete in China. Mit dem Ersten Weltkriege wurde der allgemeine Konkurrenzkampf der imperialistischen Länder zum offenen Krieg, in dem sie keine Möglichkeiten hatten, sich für den Osten zu „interessieren“. So bot sich nun im Fernen Osten für Japan die Möglichkeit, die Alleinherrschaft anzu-

⁴⁶ Xu Yisheng, Material zur Geschichte der Auslandsanleihen in Alt-China. Noch nicht veröffentlicht.

streben. Japan unternahm zwei Versuche, Chinas Souveränität völlig zu vernichten — das Ultimatum der „21 Forderungen“ von 1915 und die „Nishihara-Anleihen“ mit ihren schweren Bedingungen im Jahre 1917. Die von den USA 1921 einberufene Washingtoner Neun-Mächte-Konferenz führte dann China wieder in Verhältnisse zurück, in denen es von einer Reihe imperialistischer Mächte gemeinsam beherrscht wurde. Aber die einige Jahre hindurch bestehenden Verhältnisse der „Alleinherrschaft“ hatten es dem japanischen Monopolkapital ermöglicht, seine Position relativ zu festigen, seine Macht in China wesentlich auszudehnen und das chinesische Volk in verbrecherischster Weise zu unterdrücken.

Die chinesischen Militärdiktatoren wurden vom ausländischen Imperialismus gestützt und vom chinesischen Volk ernährt. Einzelne suchten sich „eigene“ Machtgebiete anzueignen — einige Bezirke, eine ganze Provinz oder gar einige Provinzen —, um ein unabhängiges Reich bilden zu können, das sie ausbeuten und ausrauben konnten. Die imperialistischen Länder halfen ihnen dabei, ja sie förderten die Spaltungspolitik der Militärdiktatoren, um so eigene Machtgebiete erobern zu können. Im „Schutze des Bündnisses“ der chinesischen und ausländischen reaktionären Kräfte bekämpften sich die chinesischen Militärdiktatoren wegen der Herrschaftsgebiete. So betrug die Zahl der Provinzen, um die die militärischen Machthaber miteinander stritten, im Jahre 1913 sechs, 1916 neun, 1917 fünf, 1918 neun, 1919 zwei, 1920 sieben, 1921 sieben und 1922 zehn. Unter diesen turbulenten Spaltungskämpfen hatte das chinesische Volk, besonders die chinesischen Bauern, am meisten zu leiden; die grundlegenden Menschenrechte wurden ihnen entrissen, die feudalen Erpressungen wurden schwerer als je, und das Leben näherte sich der Grenze des Todes.

Auch vom Standpunkt der chinesischen Bourgeoisie waren die Gebietsspaltungen, die wilden Kämpfe der militärischen Machthaber und der Bankrott der Bauernschaft ein Unglück. Auf der anderen Seite ist dies zu beachten: Während des Ersten Weltkrieges wurde das Warendumping der europäischen imperialistischen Länder in China zeitweilig schwächer, insbesondere bei leichtindustriellen Waren. Infolgedessen erhielt die chinesische Bourgeoisie gewisse Entwicklungsmöglichkeiten, die ihr den Aufbau einer Industrie erlaubten.

Zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts war der Ferne Osten der internationale Markt für den Absatz von Baumwollspinnerei- und -webereiprodukten Europas und Amerikas. Englands Markt im Fernen Osten war der sicherste; es monopolisierte nahezu den Absatz von hohen Qualitätswaren. Japan und Indien waren im Fernen Osten die Gebiete, in denen die Baumwollindustrie verhältnismäßig weit entwickelt war. Die Spinnereien dieser beiden Staaten produzierten in der Hauptsache grobe Garne; das Entwicklungstempo ihrer Baumwollwebereien stand jedoch weit hinter dem der Baumwollspinnereien zurück. Beide Staaten führten daher beachtliche Mengen grober Baumwollgarne aus, und zwar vor allem nach China. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges betrug Japans Ausfuhr von Baumwollgarnen nach China

über 90% der gesamten japanischen Baumwollgarnausfuhr⁴⁷; im Falle Indiens lag der entsprechende Satz bei über 85%.⁴⁸

Infolge der Umgestaltung der Produktion und der Blockade durch Deutschland während des Ersten Weltkrieges strömten die europäischen und amerikanischen Baumwollprodukte nicht mehr wie zuvor auf den Markt im Fernen Osten. Das rief Veränderungen im Entwicklungskurs der japanischen und indischen Baumwollspinnerei und -weberei hervor:

1. Infolge der Zurückdrängung Englands sahen sich die japanischen und indischen Baumwollspinnereien dazu veranlaßt, sich auf die Produktion mittlerer und hochwertiger Baumwollgarne umzustellen. So hatten im Jahre 1913 die groben Garne innerhalb der Gesamtgarnproduktion Japans 80%, die mittleren und hochwertigen Garne nur 20% ausgemacht. Bis 1919 sank das Verhältnis der groben Garne auf 67% und das der mittleren und hochwertigen Garne stieg auf 33%⁴⁹; in der Baumwollgarnproduktion Indiens war die Entwicklung eine ähnliche.⁵⁰

2. Da die Baumwolltuchlieferungen aus Europa und Amerika nachließen, drängte die Nachfrage nach Baumwolltuchen Japan und Indien dazu, die Entwicklung der Baumwollweberei zu beschleunigen; ihre Weiterentwicklung ging jetzt im Vergleich zur Spinnerei schnell voran. So vermehrten sich in Japan die Spindeln 1919 gegenüber 1913 um 44,5%, die Webstühle aber um 83,3%.⁵¹ In Indien verminderte sich 1919 gegenüber 1913 die Zahl der Spindeln um 0,2%, die von Webstühlen in den Garnfabriken stieg jedoch um 14,4%.⁵² Nach China jedoch wurden in der Hauptsache grobe Baumwollgarne eingeführt, von denen der größte Teil aus Japan und Indien kam. Vergleicht man aber die Gesamtmenge der 1913 und 1918 nach China eingeführten Baumwollgarne, dann zeigt sich eine Verringerung um 58% oder mehr als 1 500 000 Picul.

Baumwolltuche wurden vor dem Kriege vor allem aus England, Japan und Amerika eingeführt. Im Gefolge des Ersten Weltkrieges sank die Ausfuhr Englands und Amerikas nach China stark ab. So ging von 1913 bis 1918 die Einfuhr von englischen Baumwolltuchen um 44% und die Einfuhr von amerikanischen Baumwolltuchen um 99% zurück. Die Ausfuhr von japanischen Baumwolltuchen aber stieg rapide an. Indien und die Inselgruppen im Süden des Chinesischen Meeres führten große Mengen japanischer Ware ein. Die Ausfuhr Japans nach China stieg um 215%, genügte aber keinesfalls, um die Lücke, die durch den Ausfall von Waren aus England und Amerika auf dem chinesischen Markt entstanden war, zu füllen, verringerte sich doch von 1913 bis 1918 die

⁴⁷ Groß-Japanische Spinnerei-Gesellschaft, Nachschlagewerk über die Baumwoll- und Seidenspinnerei (japanisch), Dafan Verlag, 1910–1914.

⁴⁸ *Vakil and Others, The Growth of Trade and Industry in Modern India.* London 1931, S. 120.

⁴⁹ Nachschlagewerk über die Baumwoll- und Seiden-Spinnerei, 1913, 1919.

⁵⁰ *Gandhi, D. R., Industrial Evolution of India.* London 1929, S. 262.

⁵¹ Nachschlagewerk über die Baumwoll- und Seiden-Spinnerei, 1913, 1919.

⁵² *Pearse, A. S., The Cotton Industry of India.* Manchester 1930, S. 22.

chinesische Einfuhr von Baumwolltuchen um 58%, um ungefähr 4330000 Yard.

Die folgende Statistik zeigt, daß die Senkung der Einfuhr von Baumwolltuchen schon 1915, der von Baumwollgarnen erst im Jahre 1917 begann. Für die Jahre 1913 bis 1918 war die jährliche Importmenge von Baumwollgarnen und Baumwolltuchen die folgende:

*Statistik der Nettoeinfuhr von Baumwolltuchen und -garnen 1913 bis 1918*⁵³
(1913 = 100)

Jahr	Baumwolltuche (in 1000 Yard)	Index	Baumwoll- garne (in Picul)	Index
1913	1 109 411	100,00	2 685 363	100,00
1914	1 065 436	96,04	2 711 862	100,99
1915	814 829	73,45	2 685 667	100,01
1916	725 907	65,43	2 466 909	91,87
1917	858 971	77,43	2 076 294	77,32
1918	676 360	60,97	1 131 631	42,14

Infolge der bedeutenden Verminderung der Einfuhr von Baumwollgarnen und -tuchen stiegen die Preise für Garne und Tuche auf dem chinesischen Markt an und ermöglichten es den Händlern und Fabrikanten, das Volk noch stärker aus-zupressen.

Obwohl China ein halbkolonialer halbfeudaler Staat war – mit entsprechenden Modifikationen auf dem inneren Markt – herrschten im allgemeinen auf dem Markt die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft. Allgemein besagen diese, daß in Jahren, in denen die Marktpreise für Industriewaren schnell steigen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte häufig hinter denen der industriellen zurückbleiben und die Löhne besonders hinterherhinken. Das sind Jahre, in denen die Stadt das Dorf auspreßt und die Bourgeoisie die werktätigen Massen ganz besonders ausplündert. Die Lage in China während des Ersten Weltkrieges war auch tatsächlich so. Wenn man z. B. die Großhandelspreise auf dem Markt von Tientsin für 1919 mit denen von 1913 vergleicht, dann ergibt sich eine Steigerung der Preise von Baumwolltuchen um 56%, von Baumwollgarnen um 107%, von Baumwolle aber kaum um 31%. Die Industrie preßte ganz offenbar die Landwirtschaft aus. Gleichzeitig zeigen die Berichte des Landwirtschafts- und Handelsministeriums der Pekinger Regierung aus dem Jahre 1922, daß die Shanghaier Großhandelspreise seit dem Ersten Weltkriege um 140% angestiegen waren, die Löhne jedoch um noch nicht 80%. Auch hier wird deutlich, daß während des Ersten Weltkrieges die chinesische Bourgeoisie

⁵³ Quelle: Baumwolltuche: *Yan Zhongping*, Manuskript über die Geschichte der Baumwollspinnerei und -weberei in China. S. 382.
Baumwollgarne: Jährliche Berichte des Seezollamtes.

hohe Profite machte und daß das Leben der chinesischen Arbeiter immer trauriger und elender wurde.

Was die Profite der chinesischen Baumwollspinnerei- und -webereikapitalisten während des Krieges betrifft, so erlauben die Statistiken der Selbstkosten und Gewinne in der Shanghaier Garnproduktion klare Aussagen:

*Marktpreis der Shanghaier Baumwolle; Selbstkostenpreis und Marktpreis der Garne; Gewinn an Garnen (16er)*⁵⁴

Jahr	Marktpreis der Baumwolle (Tael pro Picul)	Produktions-Selbstkosten (Tael pro Ballen Garn = 420 Pfd.)	Marktpreis der Garne (Tael pro Ballen)	Gewinn und Verlust (Tael pro Ballen Garn)
1914	21,00	85,50	99,50	14,00
1915	23,00	93,63	90,50	— 3,13
1916	24,10	97,56	103,00	5,45
1917	31,25	125,60	152,00	26,40
1918	37,00	143,18	158,50	15,33
1919	34,25	149,55	200,00	50,55
1920	33,75	147,75	194,20	14,45
1921	32,50	143,20	150,50	7,30
1922	35,85	155,25	140,50	— 14,75

Die Statistik zeigt, daß, als sich im Jahre 1917 die Einfuhr von europäischen Garnen stark verminderte, die Marktpreise für Baumwollgarne rasch anstiegen und die Fabriken begannen, hohe Kriegsprofite zu machen; dies dauerte bis Herbst 1921, als die Profite stark abzufallen angingen.

Auch die Geschäftsberichte vieler Baumwollspinnerei- und -webereigesellschaften beweisen, daß die Profite der Garnfabriken zu dieser Zeit überaus hoch waren. Zum Beispiel betrug das Grundkapital der Garnfabrik Liyung im Kreise Jiangyin in der Provinz Kiangsu 1000000 Yüan; auf dieses Kapital wurde während der sechs Jahre von 1915 bis 1920 ein Gesamtgewinn von mehr als 3000000 Yüan erzielt. Das Grundkapital der Yuyuan Garnfabrik in Tientsin betrug 2000000 Yüan; während der vier Jahre von 1918 bis 1921 wurde ein Gewinn von über 6000000 Yüan gemacht. Im Jahre 1919 wies die Hefeng Garnfabrik in Ningpo in der Provinz Tschekiang mit einem Grundkapital von 900000 Yüan einen Profit von 1250 000 Yüan aus. Im gleichen Jahre erreichte die Huaxin Garnfabrik in Tientsin mit einem Grundkapital von 2000000 Yüan einen Gewinn von 1500000 Yüan. In der Tat waren in allen Gebieten — gleichgültig ob sie im Norden oder Süden lagen — in allen Fabriken — gleichgültig ob sie groß oder klein waren — die Profite sehr hoch.

Diese hohen Profite riefen natürlich eine Flut von Baumwollspinnerei- und -weberei-Neugründungen hervor. Infolge der langen Vorbereitungszeit, bis

⁵⁴ Quelle: *Yan Zhongping*, Manuskript über die Geschichte der Baumwollspinnerei und -weberei in China. S. 186.

eine Fabrik zu arbeiten beginnt, erreichten die Neugründungen von Fabriken ihren Höhepunkt erst mit den Jahren 1921/22. Insgesamt errichteten die chinesischen Kapitalisten von 1914 bis 1920 26 Baumwollspinnereien und -webereien und in den zwei Jahren 1921/22 28. Die Spindelzahl, die von 1890 bis 1913 auf 484 192 gestiegen war, wurde in den sieben Jahren von 1914 bis 1920 um 358 702, in den zwei Jahren von 1921 bis 1922 aber um 754 740 Spindeln erhöht. Die Zahl der Webstühle stieg von 2016 im Jahre 1913 bis 1920 um 2294 und bis 1922 um weitere 2657. Innerhalb der zwei Jahre 1921/22 übertraf das Wachstum der Spinnerei- und Weberei-Einrichtungen nicht nur das der „Blütezeit“ während des Krieges, sondern darüber hinaus auch das der 24 Jahre vor dem Kriege.

Analysiert man die soziale Herkunft der wichtigsten Kapitalgeber der in den Jahren 1914 bis 1922 neuerrichteten chinesischen Baumwollspinnereien und -webereien, dann sehen wir, daß die meisten Kaufleute waren, besonders Garn- und Tuchkaufleute; daneben finden wir Militärs und Beamte. Wir beobachten hier also die Umwandlung von Handelskapital in Industriekapital. Zuvor hatten wir festgestellt, daß die Umwandlung der feudalen Ausbeuterklasse in Bourgeoisie eine der Besonderheiten in der Entwicklungsgeschichte der modernen Baumwollindustrie Chinas war. Wie wir jetzt sehen, ist diese Entwicklung mit dem Ersten Weltkrieg in eine neue Etappe eingetreten, die neue Besonderheiten offenbart.

Die Umwandlung des Handelskapitals in Industriekapital paßt zu den rückständigen Verhältnissen, in denen damals die moderne Produktion in China verblieb, und auch dazu, daß der Handel die Produktion beherrschte. Sie wurde gefördert durch die hohen Profite der Industrieproduktion während des Krieges. Dabei muß man auch klar herausarbeiten, daß sich die chinesischen Handelskapitalisten in einem halbfeudalen, halbkolonialen Staat, in dem die kleine Bauernwirtschaft weitest verbreitet war, als Vertreter der Interessen des Imperialismus entwickelten. Daher waren ihnen auch noch durchaus feudale Züge und Züge Kompradoren-Charakters eigen. All diese besonderen Kennzeichen waren daher auch in der Industrie zu finden. Daß die militärischen Machthaber und die Beamten in die Baumwollspinnerei und -weberei Kapital investierten, war eine Widerspiegelung dessen, daß die Militaristen und Beamten die Herrschaft ausübten. Das von ihnen durch militärische und politische Gewalt widerrechtlich in Besitz genommene Volkseigentum wurde zu einer wichtigen Quelle für die Kapitalakkumulation. Und da diese militärischen Machthaber und Beamten mit Hilfe des Imperialismus ihre Staatsgewalt ausübten, nahmen sie auch besonders gern mit dem imperialistischen Monopolkapital Kontakt auf; sie versuchten dabei, die imperialistische Macht zur Sicherung und Weiterentwicklung ihrer eigenen Unternehmen auszunutzen.

In dem Zeitabschnitt, den wir soeben analysiert haben, war die wichtigste Angriffsform des Imperialismus gegen die chinesische Baumwollspinnerei und -weberei die direkte Kapitalinvestition. Dabei tat sich der japanische Imperialismus besonders hervor.

Schon zuvor war bemerkt worden, daß sich der japanische Imperialismus die Gelegenheit zunutze gemacht hatte, die die Vernachlässigung der fernöstlichen Märkte von seiten der europäischen imperialistischen Länder während des Krieges bot. Der Angriff Japans auf China erstreckte sich auf die Finanzen, auf den Geldmarkt, auf die Industrie, auf die Bergwerke, auf den Verkehr und sogar bis auf die Landwirtschaft und auf andere wirtschaftliche Gebiete. Als der Erste Weltkrieg zu Ende ging, hatte das japanische Monopolkapital China schon in ein umfassendes wirtschaftliches Herrschaftsnetz verstrickt: Die Regelung des Geldverkehrs, des Warenlagerungsgeschäftes, des Warentransportes und des Warenabsatzes geschah durch einen eigenen japanischen Apparat, der ganz China umfaßte. Innerhalb dieses Herrschaftsgebietes war die Baumwollspinnerei und -weberei ein sehr wichtiger Teil. Und dieses Herrschaftsgebiet stand mit der japanischen Baumwollspinnerei und -weberei in enger Verbindung.

Auf die Billigkeit der chinesischen Arbeitskräfte und die Ausdehnung des chinesischen Marktes hatten es die japanischen Baumwollspinnerei- und -weberei-Kapitalisten schon lange abgesehen. Doch besaßen sie vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht die Kraft, in großem Maßstab Kapital in China zu investieren. Der Erste Weltkrieg war für sie ein günstiger Augenblick, diese Kraft zu entfalten. So hatte im Jahre 1914 der japanische Baumwollspinnerei- und -weberei-Verband, der 42 Gesellschaften umfaßte, nur ein Kapital von 85820424 japanischen Dollar und einen gemeinsamen Fonds von 36639349 japanischen Dollar, durchschnittlich pro Mitglieds-Gesellschaft ungefähr 2900000 Dollar an Kapital und an gemeinsamem Fonds. Bis 1919 hatten 54 Mitglieds-Gesellschaften schon ein Kapital von 165758695 Dollar und einen gemeinsamen Fonds von 139073869 Dollar⁵⁵ gesammelt, d. h. durchschnittlich pro Gesellschaft 5700000 Dollar an Kapital und an gemeinsamem Fonds. Während des Ersten Weltkrieges stieg also die Kapitalkraft der japanischen Baumwollspinnerei- und -weberei-Gesellschaften um beinahe das Doppelte. Es ergab sich ein Kapitalüberschuß. Schon während des Krieges hatten die japanischen Baumwollspinnerei- und -weberei-Kapitalisten daher in China einige Baumwollspinnereien und -webereien errichtet, die man aber noch nicht als große Kapitalinvestitionen bezeichnen kann. Während der zwei Jahre 1921 und 1922 errichteten sie jedoch fünfzehn neue Baumwollspinnereien und -webereien. Das japanische Kapital, das im Jahre 1913 nur 111936 Spindeln und 886 Webstühle in China besaß, erreichte wie im Fluge mit dem Jahre 1922 621828 Spindeln und 2986 Webstühle. In der gleichen Zeit stiegen die Spindeln englischen Kapitals von 138036 auf nur 257866 und die Webstühle von 800 auf nur 2800. Andere imperialistische Staaten entwickelten ihre Investitionen kaum weiter. Bereits zu dieser Zeit wird das Streben des japanischen Kapitals nach Chinas Baumwollspinnerei und -weberei deutlich. Neben der direkten Kapitalinvestition in neu errichteten Fabriken begann zu dieser Zeit das

⁵⁵ Nachschlagewerk über die Baumwoll- und Seiden-Spinnerei, 1914, 1919.

japanische Monopolkapital auch noch verzinliche Anleihen zu geben und so in die mit chinesischem Nationalkapital eingerichteten Baumwollspinnereien und -webereien einzudringen.

Die Kapitalinvestitionen des japanischen Imperialismus in chinesische Baumwollspinnereien und -webereien zeigten in jener Zeit zwei besondere Züge.

1. Sie zentralisierten sich alle in Shanghai und Tsingtau. Zur damaligen Zeit war Shanghai eine gemeinsame Basis aller imperialistischen Staaten, um China überfallen zu können. Daß sich Japan diese Basis zunutze machte, ist leicht erklärlich. Anders ist die Erklärung für Tsingtau. Tsingtau war ursprünglich Machtgebiet des deutschen Imperialismus gewesen, und vor dem Ersten Weltkriege hatte sich Japan in Tsingtau noch nicht eingemischt. Während des Krieges benutzte Japan einen Vorwand, um gegen Deutschland Krieg führen zu können, und eignete sich Tsingtau gewaltsam an. Die Pekinger Militaristen-Regierung stimmte gegen den Willen des Volkes „mit Freude zu“, daß die Japaner die deutschen Interessen in Shantung erben. Auf der Páriser Friedenskonferenz wurde „die besondere Stellung“ Japans in Shantung legalisiert und garantiert. Deshalb entsprachen die Fabrikgründungen Japans in Tsingtau der Veränderung der dortigen Verhältnisse. Zu dieser Zeit betrachtete Japan Tsingtau bereits als sein alleiniges Machtgebiet.

2. Die Fabrikgründungen waren beinahe alle Zweiggesellschaften der japanischen Baumwollspinnerei und -weberei, die auch als Banken Japans in China fungierten, als Transportgeschäft, als Import- und Exportgeschäft und als Binnenhandelsgeschäft. Deshalb hatte Japan in den chinesischen Spinnereien und Webereien nicht nur genügend starkes Kapital, sondern benutzte sie darüber hinaus auch als günstigen Ausgangspunkt für eine Reihe von Nebengewerben.

Gegenüber der chinesischen Arbeiterklasse bildeten die imperialistischen Monopolkapitalisten, die inländische Bourgeoisie und die herrschenden Militaristen und Beamten zusammen mit verschiedenen feudalen Elementen, die sie stützten und schützten, drei Arten von Unterdrückern. Daraus ergaben sich für die chinesische Arbeiterklasse besonders grausame Formen der Ausbeutung und besondere Schwierigkeiten des Kampfes. Aber die chinesischen Arbeiter überwandten auch diese Schwierigkeiten. In den rund 20 Jahren von 1895–1913 gab es mehr als 70 über das ganze Land verstreute Streikbewegungen. Während des Ersten Weltkrieges entstand mit der Entwicklung der modernen Industrie eine breitere Arbeiterklasse in China, die jedoch vor dem Jahre 1917 noch keine bewußte Klasse war. Seit dem Oktober 1917 sandte die russische sozialistische Revolution dem chinesischen Volke den Marxismus-Leninismus. Zwei Jahre später – in der berühmten „4. Mai-Bewegung“ – trat dann die chinesische Arbeiterklasse, die sich die Lehre des Marxismus-Leninismus anzueignen begonnen hatte, mit großen Streikbewegungen auf die politische Bühne Chinas. Am 1. Juli 1921 wurde die Kommunistische Partei Chinas offiziell gegründet. Nur ein halbes Jahr danach, im Januar 1922, brachen im ganzen

Lande Streikbewegungen nie gesehene Ausmaes aus. Im ganzen Lande gab es ber 100 Streikbewegungen mit mehr als 300 000 Beteiligten.

Die Massenbewegungen waren häufig Prfsteine des Klassenbewusteins. In der „4. Mai-Bewegung“ widersetzten sich die Studenten des ganzen Landes der Verbreitung von japanischen Waren und forderten den Absatz von Landeserzeugnissen. Das fhrte dazu, da die meisten städtischen Industrie- und Handelskapitalisten diese Bewegung begruten. Als sich aber diese Bewegungen vertieften, als sich die Volksmassen weit und breit erhoben, als sich der Streik der Studenten zum Streik der Händler und Arbeiter weiterentwickelte, da wurden die Kapitalisten unruhig. Sie wandelten sich von moralischen Sttzen der Bewegung zu sogenannten Httern der „gesellschaftlichen Ordnung“, traten z. B. in Shanghai öffentlich gegen die Streiks der Händler und Arbeiter auf und forderten von den Volksmassen „Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung“.⁵⁶

⁵⁶ *Li Zhu*, Beiträge zur Geschichte der Neuzeit. Peking 1956, S. 50.

ANHANG

Einrichtung der Spinnereien und ihnen angegliederter Webereien in China 1890–1913

Jahr	Chinesische		Japanische		Englische		Gesamte	
	Spin- deln	Web- stühle	Spin- deln	Web- stühle	Spin- deln	Web- stühle	Spin- deln	Web- stühle
1890	35 000	530	—	—	—	—	35 000	530
1891	42 008	530	—	—	—	—	42 008	530
1892	74 464	1530	—	—	—	—	74 464	1530
1893	74 464	1530	—	—	—	—	74 464	1530
1894	129 020	1800	—	—	—	—	129 020	1800
1895	174 564	1800	—	—	—	—	174 564	1800
1896	185 612	1800	—	—	—	—	185 612	1800
1897	243 304	2016	—	—	80 548	—	394 852	2016
1898	306 180	2016	—	—	80 548	—	466 728	2016
1899	336 722	2016	—	—	80 548	—	497 270	2016
1900	336 722	2016	—	—	80 548	—	497 270	2016
1901	336 722	2016	—	—	80 548	—	497 270	2016
1902	312 810	2016	23 912	—	80 548	—	497 270	2016
1903	316 678	2016	23 912	—	80 548	—	501 138	2016
1904	341 028	2016	23 912	—	80 548	—	525 488	2016
1905	355 588	2016	23 912	—	80 548	—	540 048	2016
1906	380 780	2016	44 304	—	80 548	—	586 632	2016
1907	417 316	2016	49 016	—	86 372	—	632 704	2016
1908	439 236	2016	55 296	—	86 372	—	660 904	2016
1909	469 588	2016	55 296	—	80 548	—	685 432	2016
1910	497 448	2316	55 296	—	80 548	—	713 292	2316
1911	497 448	2316	78 336	—	80 548	—	736 332	2316
1912	499 348	2316	78 336	—	80 548	—	738 232	2316
1913	484 192	2016	111 936	886	138 036	800	823 152	4002

Materialquelle: *Yan Zhongping*, Manuskript über die Geschichte der Baumwollspinnerei und -weberei in China, S. 368.

Was die chinesisch-ausländischen „Gemeinschafts-Kapitalien“ in Unternehmen anbetrifft, so wurde das Inventar zur einen Hälfte als chinesisches, zur anderen als ausländisches gerechnet; nur bei der im Jahre 1910 in Betrieb genommenen Garnfabrik Kong I war am Anfang das ausländische Kapital sehr gering, ihr Inventar wurde daher vollkommen als chinesisches betrachtet; als der Betrieb im Jahre 1913 an englisches Kapital verkauft wurde, wurde es entsprechend eingegliedert.

In den Jahren 1897–1912 besaßen eine deutsche und eine amerikanische Garnfabrik je 40 000 Spindeln; im Jahre 1913 erhöhte sich die Spindelzahl für die deutsche auf 40 788, für die amerikanische auf 48 200 Spindeln und 300 Webstühle.

ZUR GESCHICHTE DER LAGE UND DES KAMPFES DER BERGLEUTE IM STAATSBERGBAU AN DER SAAR VON 1789 BIS 1849

VON EBERHARD WÄCHTLER

Von allen späteren politischen und wirtschaftlichen Großmächten Europas bot Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zweifellos den deprimierendsten Anblick. National zersplittert, wurde es von kleinsten, kleineren und mittleren Fürstenhäusern reglementiert. Von inneren Zwisten war es geschwächt und oft zum Spielball der großen Politik degradiert. Es hatte seinen international hervorragenden Leistungen auf philosophischem, literarischem, musikalischem, architektonischem und naturwissenschaftlichem Gebiet in der Politik und Wirtschaft nichts Gleichwertiges an die Seite zu setzen.

An der Westgrenze des vornehmlich nur noch als bloßer juristischer Begriff existierenden Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation befanden sich an der Saar die damals schon länger bekannten Steinkohlenvorkommen.¹ Allein das Saargebiet mit seinem Kohlebecken war politisch in „über 12 reichsständische oder reichsunmittelbare Territorien zersplittert“.² Jeder der dazugehörigen Adligen und klerikalen Herrscher ahmte das Vorbild des großen französischen Nachbarn nach, suchte sich vom Reich so unabhängig wie möglich zu halten und betrieb eine ausschließlich seinen höfischen Interessen dienende Politik.³

Die vor allem durch den Verrat der Territorialfürsten an den Interessen der sich trotz aller Hemmnisse herausbildenden deutschen Nation hervorgerufene und ständig verschärfte politische Ohnmacht des Reiches, mußte sich besonders in den westlichen Grenzgebieten verheerend auswirken. „Die bedeutendste Grafschaft dieser Zeit war Nassau-Saarbrücken. Dieselbe wurde mit noch mehreren anderen 1680 von dem französischen König Ludwig XIV. annektiert. Im Jahre 1697 wurde Nassau-Saarbrücken wieder freigegeben, jedoch Saarlouis blieb französisch.“⁴

¹ Bereits 1586 wurde durch Graf Philipp von Nassau-Saarbrücken eine Zunftordnung für Kohlengräber erlassen. S. *Schuster, Gerd*, 200 Jahre Bergbau an der Saar. Bielefeld 1955 (Maschinenschrift), S. 1.

² *Ecker, Franz*, Das Saargebiet und die französische Revolution (1789–1801). Saarbrücken 1929, S. 7.

³ Ebenda, S. 7f.

⁴ *Schwarz, Julius*, Das Saargebiet, sein Bergbau und seine Sozialpolitik – Kämpfe der Bergarbeiter und des Verbandes der Bergarbeiter. Saarbrücken 1926.

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts erlangte der Bergbau im Saargebiet keine sonderliche Bedeutung. Noch stand das Holz als Brennmaterial für häusliche und gewerbliche Zwecke im Vordergrund. Die ausgedehnten Wälder lieferten dasselbe im Überfluß.⁵ Der relativ niedrige Stand der Produktivkräfte drängte noch nicht nach einer breiten industriellen Verwertung der Steinkohle.

Einen spürbaren Aufschwung nahm das Wirtschaftsleben zur Zeit des Fürsten Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken. Er hatte in Genf studiert, mehrere Jahre am französischen Hof gelebt und sich bei dieser Gelegenheit stark für die Wirtschaftspolitik Colberts interessiert. Ausgerüstet mit der Kenntnis der in Frankreich zu höchster Blüte getriebenen absolutistischen Wirtschaftspolitik suchte er seine durch „das üppige Hofleben . . . hervorgerufenen mißlichen Geldverhältnisse“⁶ auf ähnliche Weise zu bessern: Er trachtete danach, Geld aus dem in seinem Fürstentum existierenden Bergbau und dem Hüttenwesen zu schlagen. Aus diesem Grunde war er an einer Weiterentwicklung dieser Wirtschaftszweige interessiert, und so verzeichneten sie während der Zeit seiner Regentschaft einige Fortschritte.

Im Jahre 1751 begann er mit der „Einziehung“ der Steinkohlengruben, d. h., er sicherte sich „das ausschließliche Recht auf Gewinnung der Steinkohle“.⁷ Dieser Prozeß fand am 27. 11. 1754 durch ein fürstliches Dekret über die allgemeine Reservation seinen Abschluß. Die Neuanlage von Bergwerken sowie der Kohlehandel durch Privatpersonen wurden streng verboten. „Dem Beispiel des Landesherrn folgten auch die übrigen weltlichen und kirchlichen Herrschaften. Mehrere Gruben waren Eigentum der Bistümer und Klöster geworden (Illingen, Wadgassen, Hostenbach usw.)“.⁸ Seit diesem Zeitpunkt ist der Saarbergbau endgültig in Staatsbesitz übergegangen.

Schon ein Jahr zuvor, 1753, schloß der Fürst von Nassau-Saarbrücken mit einer französischen Gesellschaft einen Pachtvertrag ab, der jedoch nichts an den Eigentumsverhältnissen änderte. Der Gesellschaft wurde lediglich eine Förderung von 8000 Fuder (zu je 30 Zentnern) für eine bestimmte, an den Fiskus abzuführende Summe, zugestanden.⁹ Diese Methode der Verpachtung von Betrieben war in diesen Jahren in Nassau-Saarbrücken nicht nur für den

⁵ *Ecker, Franz*, a. a. O., S. 10.

⁶ *Paege, Wilhelm*, Die geschichtliche Entwicklung der Saarindustrie, insbesondere im 19. Jahrhundert. Diss. Köln 1921, in: „Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln“, Köln, 3. Heft, Sommersemester 1921, S. 61.

⁷ *Schwarz, Julius*, a. a. O., S. 37.

⁸ Ebenda. 1790 waren folgende Gruben in Betrieb: Sulzbach, Dudweiler, Rußhütte, Groß- und Bauernwald, Schwalbach, Wahlschied, Gersweiler, Geislautern, Kohlwald und Wellesweiler in Nassau-Saarbrücken, dazu noch zwei Glashüttengruben zu Friedrichsthal und Quierschied; in der Herrschaft Illingen die landesherrliche Grube Illingen und eine Glashüttengrube in Merchweiler; in der Grafschaft Blieskastel die landesherrliche Grube zu St. Ingbert und schließlich die Grube Hostenbach, die der Abtei Wadgassen gehört. (Nach *Schuster, Gerd*, a. a. O., S. 10–11.)

⁹ *Schuster, Gerd*, a. a. O., S. 5.

Bergbau typisch. Die gleichen Erscheinungen zeigten sich auch auf dem Sektor des Hüttenwesens, wo „ein Pachtvertrag nach dem anderen folgte“.¹⁰ Saarbrücken selbst gewann Bedeutung als Handelsstadt für Holz, ja sogar für Waren aus Übersee. Da es an der Stelle lag, wo die Saar schiffbar wurde, war es ein gegebener Stapelplatz für den Transithandel.¹¹

Aus finanziellen und anderen staatspolitischen Erwägungen, z. B. dem Aufbau einer Armee, mit einem Wort, zur Stärkung seiner Macht und zur Steigerung des höfischen Luxus griff der Herrscher zu diesem Mittel. Doch die Fürsten von Nassau-Saarbrücken waren nicht mehr in der Lage, dies zu tun, ohne die Hilfe der Klasse in Anspruch nehmen zu müssen, die sich historisch vorbereitete, die Nachfolge als herrschende Macht anzutreten. Man mußte trotz verstärkter feudaler Reglementierung, trotz der Inbesitznahme des Kohlenbergbaus durch den fürstlichen Staat, eine gewisse kapitalistische Entwicklung im Berg- und Hüttenwesen zulassen. Jede Förderung der Wissenschaft dieser Jahre mußte deshalb in letzter Konsequenz die kapitalistische Position innerhalb der feudalen Produktionsweise stärken, den Widerspruch zwischen dem Charakter der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen vergrößern. Die fortschrittliche Bedeutung dieser absolutistischen Wirtschaftspolitik besteht darin, daß sie „für eine bestimmte Zeit die gewerbliche Warenproduktion im allgemeinen und die gewerbliche kapitalistische Produktion im besonderen gefördert und überhaupt im Gewerbe zur Vorbereitung der kapitalistischen Produktionsweise beigetragen hat“.¹²

Der Umfang und das ökonomische Gewicht der Betriebe war bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts unbedeutend gewesen. Im Jahre 1736 fristeten im Zentrum Dudweiler-Sulzbach 8 Gruben ihr Leben mit insgesamt 76 Beschäftigten. Hinzu kamen noch 9 Gruben im Völlertal mit sage und schreibe insgesamt 18 Mann Belegschaft. Die durchschnittliche Betriebsgröße schwankte danach von „Bergwerken“ mit 2 „Bergleuten“ bis zu solchen mit 8 bis 9 Mann Belegschaftsstärke. „Die betriebenen Gruben oder Gräbereien waren also trotz jahrhundertalter Kohलगewinnung noch immer durchweg winzige Betriebe, jedenfalls Unternehmen bäuerlicher Eigenlöhner.“¹³ 1773, d. h. 20 Jahre, nachdem die Gruben in Staatsbesitz übergegangen waren, zählte man 45 Stollenbetriebe mit 141 Arbeitern. Zweifellos ist demnach in der Entwicklung der Betriebsgröße kein großer Fortschritt zu verzeichnen gewesen.

Anschaulicher wirken dagegen die Angaben über die Entwicklung der Förderung. Danach sollen im Jahre 1765 8000 Fuder (= 12000 t) gefördert worden sein. 1780 waren es 18000 (= 27000 t) und 1790 schließlich 28800 Fuder (= 43200 t). Man wird allein mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, diese

¹⁰ Paegge, Wilhelm, a. a. O., S. 61.

¹¹ Noack, Richard, Die Revolutionsbewegung von 1848/49 in der Saargegend. Diss. Frankfurt/Main 1927, in: „Mitteilungen des Vereins für die Saargegend“, H. 18, S. 139.

¹² Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1958, S. 263.

¹³ Hue, Otto, Die Bergarbeiter. Stuttgart 1910, Bd. 1, S. 344.

Produktionssteigerung mit Hilfe neu eingestellter Arbeitskräfte erreicht zu haben, nicht alles erklären können. Wie wir sahen, war eine so starke Zunahme auch gar nicht nachweisbar.

Eine große Rolle muß deshalb der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität zugebilligt werden. In dieser Richtung müssen solche Stimmen verstanden werden, welche sagen: „Mit dem Übergang der Gruben in landesherrlichen Besitz beginnt für den Saarbrücker Steinkohlenbergbau ein neuer Abschnitt seiner Entwicklung. Anstelle der seitherigen planlosen Gräberei am Ausgehenden der Flöze wird nunmehr eine eigentliche bergmännische Gewinnung durch Tagesstrecken und Röschen eingeleitet, die dann nach und nach auch zu einer umfassenderen Lösung der Flöze durch tiefere Stollen und zu einem wirtschaftlicheren Abbau führen; ein fürstlicher Berginspektor und unter ihm vereidigte Steiger und Kontrolleure leiten den Betrieb“.¹⁴

Bald arbeitete die erste Dampfmaschine Deutschlands im Wasserpumpwerk von Griesborn.¹⁵ „Die Technik ermöglichte eine neue Abbaumethode durch Tiefbau. Stollen und Querschläge waren die ersten Anfänge des heutigen Abbaues im Kohlenbergbau.“ Rasch erweiterte sich auch das Absatzgebiet. Im Jahre 1790 gingen von den 28800 Fuder geförderter Kohle 11500 Fuder nach Deutschland, 5200 Fuder nach Frankreich und 12100 Fuder wurden im Fürstentum Nassau-Saarbrücken selbst verbraucht.¹⁶ Ursprünglich wurde die Kohlengräberei von Bauern nur nebenbei betrieben. „Diese Eigenlöhner bekamen landesherrliche Erlaubnisscheine gegen Zahlung einer jährlichen Zinssumme oder Abgabe eines Teiles der Förderung an den Landesherrn . . . In Sulzbach und Dudweiler hatten sich diese Eigenlöhner zu Zünften zusammengeschlossen (im Jahre 1586 – E. W.), welche den Zins oder die Abgabe, die auf den Einzelnen entfiel, festsetzten und ablieferten, um so geschlossen weitergehende Forderungen abzuwehren.“¹⁷

Mit der Enteignung des Bergbaues, mit der Einziehung der Kohlenabbau-rechte durch die Fürsten im Saargebiet veränderte sich die bisherige soziale Stellung der Bergleute entscheidend. Die Betriebsform des Eigenlöhners wurde überwunden. Der Bergbau auf Steinkohle war nicht mehr wie bisher vorwiegend nur Nebenbeschäftigung der Bauern. Allerdings blieb die enge Bindung der Bergleute bzw. ihrer Familien zur Landwirtschaft erhalten. Sie wurde zu einer für das Saargebiet typischen Erscheinung. „Neben ihrem Beruf betrieben die Bergleute oder ihre Angehörigen – wie meist heute noch – Landwirtschaft.“¹⁸

¹⁴ *Haßlacher, A.*, Das Industriegebiet an der Saar und seine hauptsächlichsten Industriezweige. Saarbrücken 1912, S. 29.

¹⁵ *Ecker, Franz*, a. a. O., S. 11.

¹⁶ *Schuster, Gerd*, a. a. O., S. 10.

¹⁷ *Wissmann, Georg*, Entstehung und Entwicklung des Knappschaftsvereins Saarbrücken. Bochum 1918, S. 4.

¹⁸ *Ecker, Franz*, a. a. O., S. 11/12.

Die Zahl der Beschäftigten wuchs in den Jahren nach 1754 jedoch nicht sehr schnell. Zwar wurde die Anzahl der Stollen und Querschläge größer, der Zustand der Gruben immer besser, aber manches aus der Eigenlöhnerzeit blieb erhalten und wurde nur langsam überwunden.

Die Bergleute arbeiteten in der Gewinnung noch mit den gleichen primitiven Werkzeugen, wie die Väter und Großväter. Sie trugen die gleiche Arbeits-tracht und gingen denselben Weg von ihrer Wohnung zur Arbeit und zurück.

Ja noch mehr, in gewisser Beziehung blieb noch sehr lange der Familiencharakter der Betriebe erhalten. Zwar war der Bergbau jetzt Eigentum des Fiskus, doch die Belegschaften blieben in der Hauptsache die alten. Noch 1818 spürte das preußische Bergamt Nachwirkungen davon und versuchte, „dem Übelstande“ dadurch entgegenzuwirken, daß „Sohn und Vater oder ganze Familien zusammenarbeiteten“¹⁹.

Die alte familiäre Eigenlöhnertradition blieb noch ein Hemmnis der Arbeitsintensitäts- und Produktivitätssteigerung. Die preußischen Bergbehörden spürten das bis 1818 und noch später. Sie vermerkten dazu: „Ein Übelstand welcher der Ausbildung guter Arbeiter im saarbrückschen Reviere mit entgegensteht, ist die noch bestehende Einrichtung, daß der Häuer zugleich Fördermann ist, die Arbeiter folglich nicht gehörig eingeteilt sind. In Hinsicht auf den älteren Teil der Knappschaft würde die Abstellung desselben vielen Schwierigkeiten unterworfen sein, zumal jetzt, wo es überhaupt an Arbeitern fehlt.“²⁰

Die Aufrechterhaltung derartiger Formen und Zustände war nur möglich, solange der endgültige Durchbruch zur Großindustrie noch nicht vollzogen war. Das bestätigt auch die Tatsache, daß es ähnliche Erscheinungen auch in anderen deutschen Steinkohlenrevieren in der damaligen Zeit gab. Der Zwickauer Bergbau kennt in diesen Jahren ebenfalls noch Kohlenbauern.²¹

Und doch waren die Bergleute bereits Produzenten anderer Art, es entstand eine neue Qualität, ein neuer Schlag im Bergbau beschäftigter Menschen. Nur äußerlich und teilweise nach ihren Tätigkeitsmerkmalen zu urteilen, glichen sie den Saarkohlegräbern vergangener Jahrzehnte, Jahrhunderte – „aus früheren Kohlengräbern bildete sich bald ein geschlossener Bergmannsstand“²². In der Entwicklung ihrer ökonomischen Lage und ihrer sozialen Stellung zeigen sich neue Elemente.

Georg Wissmann schrieb in seiner weiter oben schon zitierten Arbeit über die Entstehung und Entwicklung des Knappschaftsvereins Saarbrücken, daß

¹⁹ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 580 a, Anwerbung und Unterbringung von Bergleuten I 1819–1855. Extrakt des berghauptmannschaftlichen Konferenzprotokolles vom 18. November 1818, ohne Blattnummer.

²⁰ Ebenda.

²¹ Von den Brückenbergschächten zum VEB Steinkohlenwerk Karl Marx, Zwickau 1859–1959. Zwickau 1961, S. 9.

²² *Haßbacher, A.*, a. a. O., S. 29.

durch die Inanspruchnahme des alleinigen Bergbaurechts auf Steinkohle durch die Fürsten „die bisherigen Eigenlöhner (also kleine Warenproduzenten – E. W.), denen man das freie Abbaurecht entzog, zu Lohnarbeitern wurden“.²³ Schwarz führt in seiner ebenfalls in diesem Aufsatz schon mehrfach zitierten Schrift folgendes aus: „Die bisherigen freien Bergarbeiter wurden durch diese Bestimmung Lohnarbeiter“.²⁴

Demnach versuchten beide Verfasser, mit etwas abweichenden Formulierungen den Prozeß zu skizzieren, der sich damals vollzog. Einig sind sich beide, daß Lohnarbeiter entstanden sein sollen. Unterschiedlich ist für sie die Ausgangsposition. Wissmann spricht mit Recht von Eigenlöhnern, die, wie wir wissen, Bauern waren. Schwarz bezeichnet dieselben als „freie Bergarbeiter“, deren Zahl jedoch – wenn es nicht landwirtschaftlich gebundene Arbeitskräfte sein sollten – in Wirklichkeit minimal gewesen sein muß, ja aus den uns bekannten Unterlagen kaum nachzuweisen und nur in verschwindenden Prozentzahlen unter den Bergleuten – wenn überhaupt – anzunehmen ist. Er hätte nur recht, wenn er den zünftig organisierten Eigenlöhner im Auge hätte. Aber dieser war eben nicht frei, sondern zünftig gebundener Kohlengräber und außerdem noch hauptberuflicher feudalabhängiger „mit Frondiensten und Frongeld“²⁵ belasteter Bauer.

Auch der Begriff Lohnarbeiter erscheint nicht exakt genug, bzw. kann in der vorliegenden Formulierung Anlaß zu Irrtümern sein. Otto Hue sieht den nach 1751 sich vollziehenden Prozeß im Saargebiet weitaus kritischer. Er bezeichnet die neuen Bergleute als „abhängige Lohnarbeiter“²⁶ oder als „halbleibeigene Bergleute“.²⁷

„Die volle persönliche Freiheit der Knappen unterschied sich am Ende des 18. Jahrhunderts so wenig von der eines Hörigen, daß sogar wieder gewissermaßen beurlaubte Leibeigene der Bergarbeit oblagen! Bestimmte doch das 'Privilegium' für die Bergleute in Nassau-Saarbrücken vom 25. Januar 1788:

1. Ein leibeigener Untertan ist, wenn er in der Grube arbeitet, gegen Zahlung eines Reichsthalers jährlich von Natural- und Jagdfronen frei.
2. Ein in der Grube arbeitender Schirmer hat nur das halbe Schirmgeld zu entrichten.
3. Ein ganz fremder Bergmann ist, solange er arbeitet, von allen herrschaftlichen Lasten frei, muß sich aber, wenn er die Arbeit aufgibt, zum Untertan oder Schirmer aufnehmen lassen oder das Land verlassen.“²⁸

Eindeutig weist dieses von Otto Hue zitierte Privilegium darauf hin, daß im Saargebiet die feudalen Produktionsverhältnisse nicht nur in einem Bevormundungssystem entsprechend der absolutistischen Wirtschaftspolitik durch den Fiskus zu suchen sind. Die im Bergbau beschäftigten Untertanen waren zwar privilegiert, doch wurden sie damit in ihrer Mehrheit nicht außerhalb der

²³ *Wissmann, Georg*, a. a. O., S. 5.

²⁵ *Hue, Otto*, a. a. O., S. 387.

²⁷ *Ebenda*, S. 387.

²⁴ *Schwarz, Julius*, a. a. O., S. 37.

²⁶ *Ebenda*, S. 395.

²⁸ *Ebenda*, S. 337/38.

feudalen Abhängigkeitsverhältnisse gestellt! Nicht übersehen werden darf der Punkt 3. Die darin festgehaltenen Bestimmungen weisen mit Nachdruck auf einen, dem damaligen Wirtschaftssystem innewohnenden Widerspruch hin. Die feudale Produktionsweise setzte für den Bergbau in völlig ungenügendem Maße Arbeitskräfte frei. Die Nachfrage nach diesen wuchs ständig. Die Fürsten von Nassau-Saarbrücken mußten deshalb bestrebt sein, Bergleute von außerhalb in ihr Land zu ziehen. Im Saarbergbau fehlte es sehr stark an Fachkräften. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war man hier zu einem bergmännisch betriebenen Steinkohlenbergbau übergegangen. Leute mit derartigen fachlichen Fähigkeiten waren in Deutschland zur damaligen Zeit vor allem im Erzbergbau zu finden. Bereits früh im Mittelalter war er in den Mittelgebirgen Deutschlands und den Alpen zu hoher Blüte gelangt. Kapitalistische Produktionsverhältnisse waren häufig und relativ stark anzutreffen. Die Entwicklung des Erzbergbaues bestimmte entscheidend das ökonomische und politische Bild der Montanindustrie in Deutschland bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Aus dem gleichen Motiv, mit dem die Fürsten von Nassau-Saarbrücken die Kohle ihrem Regal unterwarfen, mit dem sie „die mit Frondiensten und Frongeld belasteten bäuerlichen Kohlengräber ohne Zwischenakt unter das Kommando der selbstbewußten Bergwerksbureaukratie“²⁹ stellten, mußte die Entwicklung in den entscheidenden deutschen Erzrevieren des Harzes, des Erzgebirges usw. etwas anders verlaufen.

Hier hatten die Bergknappen im Verlaufe der vergangenen Jahrhunderte dem Adel und der Geistlichkeit so manches Privilegium abgerungen, das ihre gesellschaftliche Stellung einerseits der eines kapitalistischen Lohnarbeiters sehr nahe kommen ließ. Andererseits aber waren sie innerhalb der feudalen Gesellschaftsordnung nicht die hauptsächlich ausgebeutete Schicht, wie etwa das Proletariat im Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts.

Der alte traditionsreiche deutsche Erzbergbau konnte dadurch, daß die Knappen sich ihre Sonderstellung erkämpft hatten und die Feudalherren an einem blühenden Bergbau ein starkes Interesse hatten, „nicht in die allgemeine Tendenz der relativen Refeudalisierung einbezogen“ werden. „Die Lohnarbeiter im Bergbau wurden von der zweiten Leibeigenschaft nicht betroffen, sie waren freier als die leibeigenen Bauern.“³⁰

Dieser Zwischenakt, wie Otto Hue formulierte, fehlte im Saarkohlenbergbau. Die Fürsten von Nassau-Saarbrücken mußten, wenn sie Bergleute von außerhalb zuziehen wollten, diesen Umstand berücksichtigen und waren deshalb gezwungen, den zuziehenden Bergleuten Extraprivilegien zuzusichern.

Versuche der Belegschaften der fiskalischen Saarkohlengruben, dem Fürsten weitergehende Privilegien für alle Bergleute abzurufen und eine ähnliche soziale Stellung zu erkämpfen, wie sie die Bergknappen in Sachsen, Mansfeld und in anderen deutschen Bergbaugebieten innehatten, waren die logische Konsequenz. „Im Jahre 1767 wurde z. B. auf eine Eingabe sämtlicher Bergleute

²⁹ Ebenda, S. 387.

³⁰ Robbe, Waltraud, Die Knappschaftsfessel von Mansfeld. Berlin 1958, S. 29.

um freien Kohlenbrand sowie um Fron- und Jagdfreiheit das erstere abge schlagen.“³¹ Der Fürst von Nassau-Saarbrücken sah sich jedoch daraufhin genötigt, „den zugezogenen fremden Kohlengräbern die gänzliche Personal freiheit“ zu gewähren „und den mit Haus und Gütern angesessenen Ein heimischen“ Bergleuten den „Frondienst bzw. das Frongeld auf die Hälfte“ zu ermäßigen.³² Dieses Ergebnis schlug sich dann, im Kern unwesentlich ver ändert, auf die weiter oben schon zitierten Bestimmungen des Privilegiums von 1788 nieder. Ein völliger Erfolg trat jedoch nicht ein, da die Bergleute nicht die Kraft besaßen, den Fürsten in die Knie zu zwingen, damit er ihre Lage weiter verbesserte.

In der Auseinandersetzung zwischen den Bergleuten und den Fürsten spielten neben den schon genannten Punkten auch noch Forderungen nach Verbesse rungen der Lebenslage im allgemeinen eine große Rolle. So kam es schließlich, daß am 17. Mai 1769 eine „Bruderbüchse“ errichtet wurde. Sie gewährte in der Hauptsache nur Krankenunterstützung und war anfänglich ohne eine feste Verfassung. Das Büchsegeld betrug für jeden in Arbeit stehenden Bergmann einen Kreuzer von je 1½ Gulden Lohn; außerdem flossen der Kasse die Straf gelder zu. Der landesherrliche Grubenbesitzer zahlte nur einen Zuschuß, womit die Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen gedeckt werden sollten. Der Zuschuß hatte nie mehr als 40% betragen.³³ Die Bergleute drängten nach Erweiterung dieses Anfanges einer knappschaftlichen Einrichtung. Solange aber das Saargebiet von 12 Landesherren regiert wurde, blieben alle Mühen vergeblich.³⁴ Jedoch muß man diese Bruderbüchse als erste knappschaftliche Organisationsform ansprechen. Obwohl die Bergknappen im Saargebiet weit weniger Privilegien besaßen als im Erzbergbau und ihre feudale Fesselung mit der der meisten deutschen Bergknappen überhaupt in keinem Verhältnis stand, konnte der Fürst die Anfänge einer knappschaftlichen Organisation genau aus den gleichen Gründen nicht verhindern, die ihn auch dazu zwangen, die zu wandernden Bergknappen besonders zu privilegieren. In diesen Jahrzehnten tauchen zum ersten Male neben den verschiedenen im Bergbau nötigen Ar beiterkategorien auch Steiger und staatliche Bergbeamte auf.³⁵

Bei der Feststellung der Struktur der Belegschaften des Saarreviers am Vor abend der großen bürgerlichen Revolution in Frankreich müssen deshalb zwei Gesichtspunkte besonders beachtet werden:

1. Infolge der Entwicklung der Produktivkräfte, der Bergbautechnik, ist ein wirklich fachlich fundierter Bergbau im Entstehen. Die primitive Arbeitsweise der Eigenlöhnerbetriebe ist überwunden. Einer im kapitalistischen Bergbau

³¹ *Ecker, Franz*, a. a. O., S. 12.

³² *Haßbacher, A.*, *Der Steinkohlenbergbau des preußischen Staates in der Umgegend von Saarbrücken*. Berlin 1904. Nach *Otto Hue*, a. a. O., S. 422.

³³ *Hue, Otto*, a. a. O., S. 422.

³⁴ *Wissmann, Georg*, a. a. O., S. 5 und *Ruppersberg, Albert*, *Geschichte des Saargebietes*. Saarbrücken 1923, S. 281.

³⁵ *Schwarze, Julius*, a. a. O., S. 38.

später typischen strafferen Arbeitsorganisation und einer stärkeren, in jedem entwickelten Bergbau unumgänglichen gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, die in einer Differenzierung nach Häuern, Zimmerlingen, Lehrhäuern, Förderleuten, Grubenjungen usw. ihren Ausdruck findet, wirken starke Traditionen entgegen. Die Ursache für diese Erscheinung findet sich darin, daß der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation und die industrielle Revolution noch lange nicht zum Abschluß gekommen sind bzw. überhaupt noch nicht begonnen haben. Der Klein- und Kleinstbetrieb bleibt – wenn auch technisch weitgehend verbessert – erhalten.

2. Die feudale Bindung der Bergknappen ist noch recht stark, nur ein kleinerer Teil erringt Freiheiten, wie wir sie aus dem Harz, aus Mansfeld und aus dem Erzgebirge kennen. Es treten uns so zwei Gruppen von Bergleuten entgegen:

- a) zugewanderte, stark privilegierte Knappen, sagen wir relativ gering feudalabhängige Lohnarbeiter;
- b) stark feudalabhängige Knappen, die entweder früher im Eigenlöhnerbergbau noch selbst gearbeitet haben oder die nächste Generation darstellen. Man darf nicht glauben, daß eine derartig starke Bindung der Arbeitskräfte im Bergbau am Ende des 18. Jahrhunderts nur an der Saar zu finden gewesen wäre. Starke feudale Abhängigkeitsverhältnisse bestanden auch in Schlesien. Dort gehörten im Jahre 1785 „von 243 Betrieben 20 dem König und 205 Angehörigen des höheren und niederen Adels. Die Arbeiter waren zum überwiegenden Teil abhängige Bauern“.³⁶

Friedrich Lüttge gibt in seiner Wirtschaftsgeschichte ebenfalls Hinweise zu dieser Problematik. Er schreibt:

„Die in Knappschaften zusammengeschlossenen Bergarbeiter genossen staatliche Förderung und erhöhtes soziales Ansehen, unterstanden aber auch der staatlichen Lenkungsgewalt bis hin zur Einschränkung des Freizügigkeitsrechts. Diese günstige Lage galt allerdings nur für gelernte Bergleute, während die Lage der zahlreichen Hilfskräfte, namentlich der beschäftigten Frauen und Kinder, ausgesprochen ungünstig war.“³⁷

Zweifellos waren die ehemaligen Eigenlöhner nicht derartige Fachkräfte, wie die zuziehenden privilegierten Knappen. Diesen Umstand nutzend, gelang es den Fürsten leichter, sie abhängiger zu halten.

Welche Rolle im Saarbergbau von 1789 eine Hilfsarbeiterschicht im Sinne der von Lüttge geschilderten spielte, geht aus der vorhandenen Literatur nicht ohne weiteres hervor.

Auf dem linken Rheinufer weist Otto Hue solche Bergleute nur für das Aachener Revier nach.³⁸

Die starke landwirtschaftliche Gebundenheit der Bergleute im Saarrevier läßt den Schluß zu, daß die Frauen und Kinder hauptsächlich mit der Bewirt-

³⁶ *Streisand, Joachim*, Deutschland 1789–1815. Berlin 1959, S. 9.

³⁷ *Lüttge, Friedrich*, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1952, S. 279.

³⁸ *Hue, Otto*, a. a. O., S. 394.

schaftung der Felder und der Viehhaltung beschäftigt waren. Es ist anzunehmen, daß – wenn die uns bekannten Zahlen über die Förderung und die Stärke der Belegschaften der einzelnen Werke stimmen – im Saarbergbau vor 1789 eine derartige Beschäftigtengruppe – sogenannte Hilfskräfte – keine Rolle spielte.

Das Jahr 1789 leitete mit der großen Französischen Revolution eine Wendung, eine neue Periode der Geschichte Europas, der ganzen Welt ein. „Für ihre Klasse, für die sie wirkte, nämlich für die Bourgeoisie, hatte sie soviel geleistet, daß das ganze 19. Jahrhundert, das der ganzen Menschheit Zivilisation und Kultur brachte, unter dem Zeichen der französischen Revolution stand. Dieses Jahrhundert hat an allen Enden der Welt nichts anderes getan, als das durchzuführen, nach und nach zu verwirklichen und zu beenden, was die großen französischen Revolutionäre der Bourgeoisie schufen. . .“³⁹

Die Erfolge, die das französische Volk schon in den ersten Monaten in mächtiger Aktion erzwang, verhallten in Deutschland nicht wirkungslos. Jenseits der französischen Ostgrenze herrschte in Nassau-Saarbrücken Fürst Ludwig. Seine Untertanen saugte er erbarmungslos aus. Auf Jagden, großen Festen und auch für seine Armee verbrauchte er die ohne Rücksicht eingetriebenen ständig neu ersonnenen Steuergelder. Die Straßen und Wege in seinem Fürstentum waren mit Zollschränken reich besät. Allein 1500 Pferde nannte er sein persönliches Eigentum.⁴⁰

Gegen seine Willkürherrschaft wuchsen im Saarland Abneigung, Haß und Empörung. Kurz nach Ausbruch der Revolution in Frankreich gipfelten die Bestrebungen der Massen in der Forderung nach „gerechter Behandlung, Erhebung der verfassungsmäßig nur zulässigen Steuern“.⁴¹

Nach der Aufhebung der Feudallasten und der revolutionären Befreiung der französischen Bauern in der Nacht vom 4. zum 5. August 1789 mehrten sich im Saargebiet die Bestrebungen der Bevölkerung zur Verbesserung der Verhältnisse.⁴² Saarbrücken und St. Johann organisierten ein Volksbegehren. „Die beiden Städte schickten Abordnungen zu den einzelnen Gemeinden und forderten sie auf, der Regierung Bittschriften zu überreichen. Man besann sich auf die alten Rechte. Das Volk wollte nur diese wiederhergestellt wissen. Seit dem 14. August erfolgte Eingabe auf Eingabe in ununterbrochener Kette bis zum Frühjahr 1793.“⁴³

Je ablehnender sich die Regierung verhielt, desto mehr richteten die Unzufriedenen ihre Blicke nach Frankreich. Die Haltung der Bergleute im Saarrevier während der ersten Monate der Französischen Revolution ist bisher recht wenig erforscht. Die bekannte Literatur läßt diese Frage fast vollkommen offen. Lediglich Wissmann bemerkt: „Die Einrichtung, welche in der

³⁹ *Lenin, W. I.*, Sämtliche Werke. Bd. 24, 3. Ausgabe (russ.), S. 304. Ins Deutsche übertragen und zitiert von *Manfred, A.*, in: Die französische bürgerliche Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts (1789–1794). Berlin 1952.

⁴⁰ *Ecker, Franz*, a. a. O., S. 14–20.

⁴² *Ruppersberg, Albert*, a. a. O., S. 243.

⁴¹ Ebenda, S. 28.

⁴³ *Ecker, Franz*, a. a. O., S. 30.

Bruderbüchse vorhanden war, genügte den Bergarbeitern schon seit langem nicht mehr, und ihr Drängen ging auf Ausbau derselben, ebenso wie dies in anderen Bergbaurevieren schon geschehen war. Die Erfüllung ihrer Wünsche brachte die französische Revolution.“⁴⁴

Aus den zitierten spärlichen Angaben drängt sich trotzdem eine sehr interessante Schlußfolgerung auf. Ein großer Teil der Forderungen zielte danach nicht auf eine Beseitigung der feudalen Gesellschaftsordnung. Angestrebt wurde vielfach lediglich eine Wiederherstellung alter Zustände, bzw. anders ausgedrückt, die Beseitigung von sogenannten Auswüchsen. Ebenso wenig revolutionär waren die angedeuteten Bestrebungen der Bergleute.

Objektiv allerdings waren alle Volksbewegungen antifeudal. Jede derartige Aktion, die die Massen in Bewegung brachte, widersprach dem Charakter des Absolutismus. Das war auch dann der Fall, wenn das Bewußtsein der Handelnden nicht als kapitalistisches anzusprechen war, der subjektive Faktor also nicht, oder nur zum geringen Teil über den Feudalismus hinausging. Mit seiner, die Bergleute betreffenden Formulierung läßt Wissmann so gut wie alles offen. Es muß mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß vor dem Einmarsch der französischen Revolutionsarmee keine entscheidenden Änderungen in den Bergarbeiterverhältnissen erfolgten.

„Bei Valmy, am 20. September 1792, errang das revolutionäre Frankreich seinen ersten Sieg über die gegenrevolutionäre europäische Koalition. Der Sieg von Valmy gab den Franzosen neue Kraft. Sie gingen zum Angriff über . . . und eroberten Aachen, Worms und Frankfurt am Main.“⁴⁵ Die Duodezfürstentümer links des Rheins, kurz zuvor noch Horte der konterrevolutionären französischen Emigration und der deutschen Reaktion, wurden französisches Besatzungsgebiet.

Die von den Franzosen errichtete Militärverwaltung stellte sich als Grundkonzeption ihrer Politik vorwiegend 2 Aufgaben. Durch die Zerschlagung der Feudalmächte an der Ostgrenze Frankreichs suchte sie die Bedrohung der revolutionären Errungenschaften durch die europäische Reaktion zu mindern. Des weiteren wollte man die Bevölkerung für die französische Republik gewinnen und bereitete darüber hinaus die Annexion vor.⁴⁶

Alle Erlasse des Fürsten von Nassau-Saarbrücken, solange er trotz französischer Besatzung noch in seiner Residenz verblieb, standen unter diesem Einfluß. Am 20. Januar 1793 wurde die Hörigkeit der Bauern aufgehoben und das Frongeld auf die Hälfte reduziert.⁴⁷ Am 13. Mai 1793 floh der Fürst, und

⁴⁴ *Wissmann, Georg*, a. a. O., S. 5.

⁴⁵ *Manfred, A.*, Die französische bürgerliche Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts (1789–1794). Berlin 1952.

⁴⁶ *Streisand, Joachim*, a. a. O., S. 73.

⁴⁷ *Ecker, Franz*, a. a. O., S. 43; weiter bemerkt der Verfasser, daß der Fürst nur von dem Wunsch beseelt war, die Verfassung seines Landes „der französischen anzugleichen“, denn „in keiner Beschwerdeschrift war die Aufhebung der Hörigkeit gefordert worden“. Mit diesen Sätzen weist Ecker nur nach, daß er die Grundproblematik der französischen Revolution nicht be-

die französische Militärverwaltung war nun noch selbständiger in ihren Maßnahmen. Die Privilegien des Adels und der Geistlichkeit wurden aufgehoben. „Das Eigentum der geflohenen Reaktionäre wurde konfisziert. Güter, Wälder und Bergwerke wurden in französische Verwaltung übernommen.“⁴⁸

Die fürstliche Regierung wurde aufgelöst und die saarländischen Gruben der französischen Republik unterstellt. Eine „Direction Générale“ übte die Funktion der obersten Bergbehörde aus und vertrat zugleich den Eigentümer. Eine Ausnahme bestand allerdings. Die privat konzessionierte Grube in Hostenbach wurde an den Fabrikbesitzer Villeroy verkauft.⁴⁹

Diese Veränderungen waren von großer Bedeutung. Jedoch, das ist für die weitere Untersuchung der Strukturentwicklung der Bergarbeiter wichtig, blieben bis zum 26. April 1801 die alten bergrechtlichen Verhältnisse bestehen. Erst dann, nach dem Friedensschluß zu Basel und der Annexion des linken Rheinufer durch Frankreich, wurde das französische Berggesetz von 1791 auch für den Saarbergbau, wie überhaupt auf dem linken Rheinufer, für gültig erklärt.⁵⁰ Solange blieb ein entscheidender Teil der feudalen Produktionsverhältnisse erhalten.

Bis 1801 sahen wir, daß die Bergleute, soweit sie nebenher Landwirtschaft betrieben — das war die überwiegende Mehrheit —, durch die Abschaffung der Hörigkeit und die Minderung der Abgaben profitierten. In dieser Beziehung wirkte sich die französische Besetzung positiv aus. Es wird kaum jemand unter den Bauern und Bergleuten gegeben haben, der sich nach einer Rekonstruktion der alten Zustände sehnte.

Jedoch ist ein weiterer Gesichtspunkt nicht minder wichtig. Joachim Streisand schildert ihn mit folgenden Worten: „Weil es notwendig war, der Konterrevolution in den besetzten Gebieten die Massenbasis zu entziehen und die deutsche Bevölkerung für die französische Herrschaft zu gewinnen, waren dem Streben der französischen Bourgeoisie, sich an diesen Gebieten zu bereichern, gewisse Grenzen gesetzt. Das bereits durch die militärischen Operationen schwer geschädigte Land hatte aber vor allem im Hungerwinter 1794/95 unter den Lasten des von der Feudalreaktion angezettelten Krieges und der Besetzung schwer zu tragen. Unter diesen Lasten litten vor allem die werktätigen Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land. Außer durch Requisitionen für den Bedarf der Armee, die die Handwerker und Bauern oft des Lebensnotwendigsten beraubten, wurden sie vor allem durch die Assignaten geschädigt, die — während in Frankreich selbst ihr Kurs immer mehr fiel — in den besetzten Gebieten zum vollen Nennwert in Zahlung genommen werden mußten.“⁵¹

griffen hat. In großzügiger Weise läßt er auch die diesbezüglichen entgegengesetzten Feststellungen von Ruppertsberg unbeachtet. Die Arbeit Ruppertsbergs mußte ihm jedoch bekannt sein (vgl. dazu *Ruppertsberg, Albert*, a. a. O., S. 241).

⁴⁸ Streisand, *Joachim*, a. a. O., S. 73.

⁴⁹ Schuster, *Gerd*, a. a. O., S. 11.

⁵⁰ Ebenda, S. 13.

⁵¹ Streisand, *Joachim*, a. a. O., S. 74

So ist es nicht verwunderlich, daß die Bergleute Lohnerhöhung forderten. Im Jahre 1795 beschwerten sich mehrere Gemeinden darüber, daß die 1754 zugesicherte Belieferung mit Hausbrandkohlen ausbliebe. Daraufhin wurde ihnen erwidert, „daß der Förderlohn zu hoch sei, daß nur etwas Assignaten übrig blieben, d. h., immer mehr an Wert verlierendes Papiergeld“.⁵² Dieser Umstand erklärt auch, daß die Bergleute ihre schon seit Anfang der sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts aufgestellten Forderungen nach weitgehender Verbesserung der knappschaftlichen Einrichtungen aufs neue verstärkt erhoben.

Eine Entscheidung, die eine große Bedeutung für die Saarbergleute hatte, brachte das Jahr 1797. Am 1. Juli wurde das „Reglement für die Bergleute in den Nassau-Saarbrückenschen und anderen Landen“ (im folgenden kurz Reglement genannt – E. W.) erlassen, das am 17. Oktober 1797 durch die Errichtung der „Knappschaftskasse bei den Nassau-Saarbrückischen und anderen Steinkohlenwerken“ ergänzt wurde.⁵³

Otto Hue zitiert das Reglement ausführlich und kommt mit Recht zu dem Schluß, daß der Sinn und Zweck dieser Ordnung darin bestand, die Bergleute zu blindem Gehorsam, demütiger Unterwürfigkeit, Unterordnung unter die Berggewaltigen selbst in Privatangelegenheiten, zu erziehen.⁵⁴ Peinlicher, stärker, als es diese Ordnung vorschrieb, konnte keiner der im Rheinland vertriebenen und im restlichen Deutschland noch herrschenden Fürsten seine Bergleute drangsaliieren. Trotz der Anwesenheit der revolutionären Armee Frankreichs und obwohl im gleichen Jahr die französische Regierung die Saargruben an die französische Gesellschaft „Equer et Cie., Paris“ verpachtete, finden wir eine auf der Basis der alten fürstlichen Gesetzgebung gewachsene und deren Form wahrende, von den französischen Besatzern gebilligte Arbeitsordnung, die die Bergleute zu einer mit Strafandrohungen verwirklichten Arbeitsdisziplin zwang und ihnen faktisch die errungene persönliche Freiheit wieder raubte.

Trat ein Bergmann seine Arbeit an, so mußte er schwören: „Ich... gelobe und schwöre einen Eyd zu Gott dem Allmächtigen, daß ich vorstehendes Reglement, welches mir deutlich vorgelesen, und ich wohl verstanden habe, in allen Punkten getreulich halten wolle. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort, durch Jesum Christum.“⁵⁵

Damit hatte sich der Bergmann zu „christlichem Lebenswandel“ und zu pünktlicher, treuer und fleißiger Arbeit verpflichtet. Er gelobte, sich mit seinem „Lohn und gemachtem Gedinge zu begnügen... zumalen ihnen jeder Zeit zureichender Häuerlohn gesetzt werden“ sollte.

Er versprach des weiteren mit diesem Schwur, bei Strafe nicht mehr zu schelten, zu schmähen, zu fluchen, Gott zu lästern und zu rauchen. Nach 10 Uhr durfte

⁵² *Wissmann, Georg*, a. a. O., S. 6 und *Schwarz, Julius*, a. a. O., S. 53.

⁵³ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 583 a; Acta generalia betr. Knappschaftswesen. Vgl. dazu weiter *Hue, Otto*, a. a. O., S. 396 und *Schuster, Gerd*, a. a. O., S. 12.

⁵⁴ *Hue, Otto*, a. a. O., S. 396–398.

⁵⁵ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Blatt 59, ebenfalls *Hue, Otto*, a. a. O., S. 398.

er nicht mehr die Gasse oder Wirtshäuser betreten. An Sonn- und Feiertagen wurde er verpflichtet, eine genau vorgeschriebene Uniform zu tragen und noch manches andere mehr.

Verging er sich gegen irgendeine Bestimmung, so wurde er bestraft. 16 Kreuzer waren die niedrigste, der Ausschluß aus der Knappschaftskasse, verbunden mit dem Verlust der von ihm dazugesteuerten Gelder und die für dauernde Verjagung aus dem Bergbau mit der Maßgabe, daß er auf „sämtlichen Kohlen- und Eisen-, auch Hüttenwerken nie wieder in Arbeit“ treten konnte, die höchste Strafe.

Erst wenn er all das gelobte, nachdem er „vorstehenden Eyd geschworen“ hatte, ist der Bergmann „zur Knappschaft auf- und angenommen worden, in das Knappschafts-Registre sub Nro . . . eingeschrieben“ worden.⁵⁶

Nachdem die ehemals fürstliche, im Jahre 1797 den französischen Organen unterstellte Bergbehörde, dieses Reglement durchgesetzt hatte, gab sie dem Drängen der Bergleute nach einer verbesserten knappschaftlichen Organisation nach.

Otto Hue betont, sich dabei auf Haßlacher berufend, daß die Saarbergleute ihre Knappschaftskasse selbst gebildet, „die Kassengelder aufgebracht und ohne behördliche Bevormundung verwaltet“ haben.⁵⁷ Ähnliche Positionen bezieht Julius Schwarz⁵⁸, und nicht zuletzt nährten diese Vorstellungen die preußischen Staatsbehörden selbst. So heißt es z. B. in der Begründung zu dem Entwurf eines neuen Statutes für den Saarbrücker Knappschaftsverein aus dem Jahre 1890: „Fest steht, daß die Bergleute des damaligen Fürstentums Nassau-Saarbrücken im Jahre 1797 unter dem Namen Knappschaftskasse eine vollständig organisierte Kasse zum Zwecke der Unterstützung ihrer Invaliden, Witwen und Waisen bildeten.“⁵⁹ Selbst wenn die Bergbehörden sich einen nur geringen direkten Einfluß auf die Kasse vorbehielten, so war doch die mittelbare Einflußnahme durch das ein Vierteljahr vorher erlassene Arbeitsreglement so stark, daß sie — die Skala der Strafen beweist es allein — damit auch das Knappschaftsleben beherrschten. Hue verkennt, trotz seiner im Detail richtigen Einschätzung des Reglements, die Rolle des Staates und seiner Organe. Daß die Bergbehörden selbst bestrebt waren, die angebliche Unabhängigkeit der Kasse zu betonen, versteht sich fast von selbst. In welcher Beziehung war die Kasse wirklich weitgehend unabhängig vom Fiskus? Sie war es vor allem in ihren Einnahmen! Das wird ersichtlich aus einem Schreiben der Bergamtskommission Saarbrücken an das Oberbergamt Bonn vom 5. August 1816. Darin heißt es: „Die Abgabe wurde auf einen Kreuzer pro Gulden des Verdienstes festgesetzt und war anfänglich — da die Regierung die Bemühungen der Ärzte und Wundärzte, sowie die Kosten der Medikamente aus eigenen Mitteln bestritt — einzig und allein zur Unterstützung der Inva-

⁵⁶ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., und Hue, Otto, ebenda.

⁵⁷ Hue, Otto, a. a. O., S. 422.

⁵⁸ Schwarz, Julius, a. a. O., S. 103.

⁵⁹ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 2251 Oberbergamt Bonn, Acta betr. Entwurf zu einem neuen Statut für den Saarbrücker Knappschaftsverein 1890, Blatt 3.

liden, Kranken, Witwen und Waisen bestimmt. So vorsichtig und spärlich aber auch diese Unterstützung verabreicht wurde, so überstieg sie doch bald die geringe Einnahme, und man sah sich bald gezwungen – wenn anders auch nur den dringendsten Bedürfnissen der Leute, welche dem Mangel und Elende preisgegeben waren, abgeholfen werden sollte – auf eine zwar mäßige und schickliche Vermehrung der Einkünfte bedacht zu sein.“⁶⁰

Dementsprechend wurden die Abgaben neu festgesetzt. Die Berg-, Handwerks- und Fuhrleute mußten entsprechend mehr vom Lohn abführen. Für den Erwerb eines Anfahr- und Abkehrscheines galt es gleichfalls, in die Kasse zu steuern. Dieses Verfahren war für die Bergverwaltung rentabel. Mit Hilfe der Arbeitsordnung sicherte sie sich den Einfluß auf die Kasse, jedoch zwang sie die Bergleute, für Krankheit, Invalidität und die Sterbekosten zum größten Teil selbst zu sorgen. Am 21. Februar 1801 wurde unter bergbehördlicher Bevormundung ein neues Saar-Knappschaftsstatut aufgestellt, das auch den Beamten die Mitgliedschaft ermöglichte.⁶¹

Besonders interessant für die Untersuchung der Strukturentwicklung der Bergleute wird dieses Knappschaftsstatut jedoch erst, wenn man sich die Aufstellungen der Kassenleistungen ansieht. Außer freier Kur und Medikamenten erhielt:

„1. Ein Invalide monatlich	2 Gulden 10 Kreuzer
2. Ein krankgewordener Schichtlöhner	2 Gulden 10 Kreuzer
3. Ein krankgewordener Knappe	4 Gulden
4. Ein in der Grube schwer geschlagener Schichtlöhner	4 Gulden
5. Ein in der Grube schwer geschlagener Knappe	6 Gulden
6. Witwen und Waisen eines verstorbenen Knappen	2 Gulden 10 Kreuzer
7. Die eines verstorbenen Schichtlöhners	1 Gulden 05 Kreuzer
8. Die eines in der Grube tot gebliebenen Schichtlöhners	2 Gulden 10 Kreuzer
9. Die eines in der Grube tot gebliebenen Knappen	2 Gulden 45 Kreuzer
10. Eine Steigerswitwe	5 Gulden 12 Kreuzer
11. Eine Kontrolleurswitwe	4 Gulden 45 Kreuzer“ ⁶²

⁶⁰ Staatsarchiv Düsseldorf Nr. 560 Oberbergamt Bonn Nr. 583 a. Acta generalia betr. Knappschaftswesen, Blatt 1.

⁶¹ Hue, Otto, a. a. O., S. 423. Es heißt dort wörtlich: „Es (das Statut – E. W.) überließ noch die Kassenverwaltung den Arbeitern, bzw. den von ihnen gewählten Vertrauensleuten oder Ältesten. Nur bestimmte es 2 Konservatoren, ein theologisches und ein juristisches Subjekt.“ Meines Erachtens übertreibt Hue auch hier wieder, denn nach dem schon zitierten Bericht der Bergamtskommission Saarbrücken an das Oberbergamt Bonn erhielten der Grubendirektor und der Rechnungsführer 275 Gulden sowie der Berginspektor Knörzer 200, die unter „Verwaltungskosten“ abgebucht wurden.

⁶² Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 583 a, Acta generalia betr. Knappschaftswesen Blatt 4; „schwer geschlagen“ bedeutet soviel wie verunglückt, „in der Grube tot geblieben“ soviel wie tödlich verunglückt.

Sehen wir einmal von den zweifellos vielsagenden und wichtigen Zahlenangaben ab, so fällt vor allen Dingen die ständige Differenzierung zwischen Knappe und Schichtlöhner ins Auge. Otto Hue sieht diese Differenzierung auch, er registriert sie und schreibt: „Danach war schon eine nach ‘Graden’ abgestufte weitgreifende Arbeiter- und Hinterbliebenenversicherung geordnet.“⁶³

Das ganze mit dieser Feststellung abtun, heißt jedoch nur bei der Skizzierung einer Oberflächenerscheinung stehenbleiben. Der wirklichen Problematik näher bringt uns bezeichnenderweise sogar die kommentierende Ausführung der Saarbrücker Bergbehörde, in der es unter anderem heißt: „Bei Errichtung der Kasse wurden die 36 ältesten Bergarbeiter zu Knappen ernannt, alle übrigen als Schichtlöhner angesehen, und wenn ein Knappe gestorben war, der älteste Schichtlöhner zum Knappen gemacht. Diese Einrichtung dauerte bis zum Jahre 1810, wo alle Bergarbeiter, die 8 Jahre lang unausgesetzt in den Gruben gearbeitet hatten, als Knappen, die anderen als Schichtlöhner angesehen und behandelt wurden.“⁶⁴

Mit Hilfe der Knappschaftsgelder trieb die Bergwerksverwaltung die juristisch festgelegte Differenzierung auch ökonomisch weiter voran. „Die laut Abschluß der Generalrechnung in Kasse verbliebenen baren Bestände wurden gegen einen jährlichen Zins von 5% und zwar vorzugsweise an die Bergarbeiter, wenn solche die erforderliche Sicherheit leisten konnten, ausgeliehen, und da dies bei der gut eingerichteten Kasse der Fall war, so mußte der Kapitalfonds bald zu einer beträchtlichen Summe heranwachsen.“⁶⁵ Unter den Knappen waren die ökonomisch stärksten und meist privilegierten Bergleute. Sie bekamen auch in erster Linie die Darlehen. Rufen wir uns, ehe eine weitere Einschätzung vorgenommen wird, erst noch einige wichtige Fakten in Erinnerung. Am 26. April 1801, also 66 Tage nach der Inkraftsetzung des 1. Saarknappschaftsstatutes, war die Annexion des linken Rheinufer an Frankreich perfekt. Die französischen Regierungskommissare publizierten das unter vornehmlicher Beeinflussung von Mirabeau erlassene „französische Berggesetz vom 28. Juli 1791 nebst seinen Ergänzungen in diesen Landesteilen und brachten dasselbe auf der Grundlage der Ministerialinstruktion vom 7. Juli 1801 alsbald zur praktischen Anwendung“.⁶⁶ Nichts wäre verfehlter als die Annahme, daß ein Ausbau der knappschaftlichen Einrichtung das Ergebnis französischer Einflüsse, der französischen Gesetzgebung gewesen sei. „Knappschaftsvereine sind dem französischen Berggesetz . . . völlig unbekannt.“⁶⁷ „Das französische Berggesetz von 1791 und das auf jenem beruhende von 1810 räumte zwar mit dem mittelalterlichen Bergregal auf, überließ aber die zu-

⁶³ Hue, Otto, a. a. O., S. 423.

⁶⁴ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 583 a, Acta generalia betr. Knappschaftswesen, Blatt 4.

⁶⁵ Ebenda, Blatt 4/5.

⁶⁶ Achenbach, H., Das französische Bergrecht und die Fortbildung desselben durch das preußische allgemeine Berggesetz. Bonn 1869, S. 81.

⁶⁷ Ebenda, S. 295.

gunsten der Arbeiter nötigen sozialpolitischen Maßnahmen wesentlich dem Gutdünken der Grubenbesitzer“⁶⁸, meint Otto Hue. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, weil Hue in dieser Formulierung unberücksichtigt läßt, daß nur durch den Kampf der ausgebeuteten Klassen selbst deren eigener Lebensstandard, ihre sozialpolitischen Errungenschaften gestaltet werden. Die herrschende Klasse schließt mit den von ihr ausgebeuteten Schichten Kompromisse. Welcher Gestalt diese sind, in welchen juristischen Festlegungen sie sich widerspiegeln, hängt vor allen Dingen vom politischen Niveau der Unterdrückten ab. Die Einflüsse der Französischen Revolution kann man für die Festigung und Erweiterung der Knappschaftsvereine in der vorliegenden Form nicht verantwortlich machen.

Bereits seit 1798 wurden die Bauern Eigentümer des von ihnen bearbeiteten Bodens und konnten frei über diesen verfügen. Die Gewerbefreiheit wurde eingeführt und das Steuerwesen bürgerlich reformiert. Das allerdings wurde durch die Französische Revolution ausgelöst, von ihr beeinflusst. Damit setzte sich im linksrheinischen Gebiet die bürgerliche Ordnung durch. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dominierten in der Basis.

Man darf dabei allerdings nicht vergessen, für unsere Betrachtungen ist das besonders wichtig, „daß das ganze linke Rheinufer . . . die Revolution nur passiv mitgemacht hat“.⁶⁹ Dieser Hinweis von Friedrich Engels hat seine besondere Bedeutung für den Bergbau.

Die Engelssche Einschränkung beeinträchtigt nicht die Tatsache, daß jetzt nach der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Bedeutung der alten, sich auf feudale Privilegien gründenden Stellung der Bergleute null und nichtig wurde. In dem gleichen Moment, wo alle wirklichen Produzenten der materiellen Güter persönlich frei und frei von feudalen Abgaben und Diensten waren, unterschied sich die Stellung der an Privilegien gewohnten Bergleute im Prinzip nicht mehr von der der Masse der Werk tätigen überhaupt. Gleichzeitig verschwanden damit die innerhalb der Saarbergbaubelegschaften im Jahre 1788 juristisch festgelegten Unterscheidungen, die die Bergleute in zwei feudal verschieden privilegierte bzw. abhängige Gruppen spalteten. Sozial gesehen standen die Bergarbeiter nunmehr gleich mit allen anderen.

Die lange Tradition der feudalen Privilegierung blieb jedoch nicht ohne Einfluß auf das Bewußtsein dieser sich objektiv mehr und mehr dem Proletariat nähernden Bergarbeiter. Otto Hue bezeichnet diesen Faktor mit Recht als eine konservative Charakterbildung.⁷⁰ Das Drängen der Bergleute nach Beibehaltung der alten feudalen Traditionen und Formen und unbewußt teilweise damit verbunden auch nach feudaler Einschränkung als Arbeiter erklärt sich, wenn man sich einen weiteren Hinweis von Friedrich Engels vor Augen hält: „Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten

⁶⁸ Hue, Otto, a. a. O., S. 416.

⁶⁹ Die Rolle der Gewalt in der Geschichte. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte. Berlin 1955, Bd. II, 2, S. 1090.

⁷⁰ Hue, Otto, a. a. O., Bd. 2, S. 25.

Denker vollzogen wird, aber mit falschem Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt, sonst wäre es kein ideologischer Prozeß. Er imaginiert sich also falsche resp. scheinbare Triebkräfte. Wie es im Denkprozeß ist, leitet er seinen Inhalt wie seine Form aus dem reinen Denken ab, entweder seinem eigenen oder dem seiner Vorgänger.“⁷¹

Das Verlangen der Bergleute nach weiterer Verbesserung der Lebenslage kann so von der neuen herrschenden Klasse ausgenutzt werden, um in Anlehnung an die alten überkommenen Formen die knappschaftliche Organisation zu stärken. Die Bergleute waren es bisher gewohnt, untereinander rechtlich nicht gleichgestellt zu sein. Die Privilegierten waren meist die zugewanderten Facharbeiter mit den größten Berufserfahrungen gewesen. Diese Leute hatten meist die wichtigsten Funktionen bzw. die bestbezahlten Arbeiten innegehabt. Deshalb hatte die herrschende Klasse es leicht, die ältesten fachlich erfahrensten Bergarbeiter als Knappen besonders zu privilegieren, ohne einen starken Widerstand der Masse der Bergleute herauszufordern.

Im Jahre 1788 dürfte die besonders privilegierte Schicht kaum die Zahl von 36 gehabt haben, so daß schon die juristische Festlegung der Zahl der Knappen, erst recht die Bestimmung, daß man nach 8 Jahren Knappe werden konnte, eine Erweiterung bedeutete.

Weiter erleichtert wurde dieses Vorgehen im Saarbergbau dadurch, daß der Staat Eigentümer blieb. Zwar war es erst der fürstliche Staat gewesen und dann der französische, also erst ein feudaler und dann ein kapitalistischer. Jedoch sogar die Beamten blieben dieselben.

Damit entstand im Saarbergbau eine sehr interessante Situation. Das französische Berggesetz ließ der kapitalistischen Entwicklung freien Raum. Die Bergleute jedoch erkannten nicht das historische Gebot der Stunde. Zwar forderten sie Verbesserungen in der Lebenslage, konnten sie sich jedoch nur in der traditionellen Form vorstellen. Sie wollten Privilegien, die letzten Endes nur ihre Umwandlung zum Lohnarbeiter zur Folge hatten. Deshalb mußte historisch gesehen im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung eine Negation der Negation eintreten, die Privilegien mußten aufhören, Privilegien zu sein. Dagegen sträubten sie sich. Privilegien bedeuteten bisher soziale Sicherheit für sie. Deshalb erlaubten sie der herrschenden Klasse, in Anlehnung an feudale Formen zu handeln, ja sogar noch Relikte der feudalen Produktionsverhältnisse im Arbeiterreglement und Knappschaftsstatut beizubehalten. Diese sollten später besonders dazu beitragen, die Bergleute unter der Knute der Bourgeoisie zu halten. Ihr Hängen am Alten machte sie zum besten Ausbeutungsobjekt des Neuen. „So radikal indeß die Franzosen auch den früheren Zuständen gegenüber verfahren mochten (d. h. kapitalistische Produktionsverhältnisse schufen — E. W.), so war es ihnen doch nicht möglich, an allen Orten die lange Jahrhunderte hindurch bestehenden Gewohnheiten unter der

⁷¹ Engels, Friedrich, Brief an Franz Mehring am 14. 7. 1893. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte. Berlin 1955, Bd. I, S. 620.

Bergbau treibenden Bevölkerung plötzlich zu beseitigen“, meint Achenbach.⁷² Er führt noch Beispiele aus anderen Gebieten des Rheinlandes an. Das allerdings war nur dann möglich, wenn die Bergleute keine großen, durchschlagenden Aktionen zur Durchsetzung der Ziele der bürgerlichen französischen Revolution auch in Deutschland unternahmen, wenn sie die Revolution nur „passiv“ – um mit den Worten von Engels zu sprechen – mitmachten.

So widerspruchsvoll es jetzt klingen mag: Dieses Hängen am Alten geschah nicht nur aus ideologischer Verwirrung und Hängen an überkommenen Traditionen, es hatte auch einen materiellen Hintergrund. Die Befreiung vom Feudalismus bedeutete in gewisser Beziehung eine Verschlechterung der materiellen Lage. Sozial waren die Arbeiter im Bergbau nicht mehr so gesichert, wie die einstmals privilegierten Knappen. Das ist eine Einschränkung, die keineswegs die Fortschrittlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung schmälert, aber die vieles erklärt.⁷³

Die Entwicklung des Bergbaues in den Jahren der französischen Besetzung und später dann im französischen Departement de Sarre ging, trotzdem der Stollenabbau noch Gang und Gäbe blieb, aufwärts. 1793 wurden 50 000 Tonnen gefördert, 1816 waren es 100 380. Die Belegschaft, die 1773 ganze 141 Bergleute zählte, stieg 1808 auf 579 und 1816 auf 917 Mann an, die sich auf 13 Betriebe verteilten. Obwohl sich damit ein Konzentrationsprozeß gegenüber 1773 zeigt, war noch kein großindustrielles Stadium erreicht.

Seit 1808 nahm der französische Staat die Gruben wieder selbst in Verwaltung. Der Pachtvertrag mit der Gesellschaft Equer war abgelaufen. An und für sich widersprach die Verstärkung des Staatseinflusses den Prinzipien, die dann später dem neuen französischen Berggesetz von 1810 zugrunde gelegt wurden. Napoleon selbst war es, der sagte: „Große Interessen zwingen, den Bergwerken das Siegel des (Privat-, E. W.) Eigentums aufzudrücken“.⁷⁴

Es bestand die Absicht, die Saarbergwerke zu verkaufen, der Krieg verhinderte wahrscheinlich die Durchführung.⁷⁵

Noch immer waren die Steinkohlenbergwerke so klein, daß auf eine Grube durchschnittlich nur ca. 70 Personen entfielen. Doch war der Fortschritt

⁷² Achenbach, H., a. a. O., S. 85.

⁷³ Wir finden damit hier einen ähnlichen Vorgang, wie ihn Kuczynski mit folgenden Worten beschreibt:

„Die Bauernbefreiung und die Schaffung eines ländlichen Proletariats brachten sogleich mit dem gesellschaftlichen Fortschritt, den diese Maßnahme unzweifelhaft trotz aller Einschränkungen, die man machen muß, bedeutete, eine wesentliche Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeitenden. Insbesondere betraf das die soziale Sicherung der Lage der Arbeitenden, die unter dem feudalen System, sagen wir zumindest doch, in höherem Maß gegeben war als unter dem kapitalistischen. Invalidität unter dem Kapitalismus ist darum weit schlimmer und grausamer als unter dem Feudalismus.“ Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland. Bd. 1, Berlin 1954, S. 93.

⁷⁴ Achenbach, H., a. a. O., S. 330.

⁷⁵ Schuster, Gerd, a. a. O., S. 15.

gegenüber früheren Jahrzehnten nicht zu übersehen und kündete davon, daß im Saarbergbau der Kapitalismus endgültig Fuß gefaßt hatte. „Die Eisenhütten standen durchweg in lebhaftem Betrieb, denn infolge der andauernden Kriege Napoleons mußte die Armee ständig mit Kriegsmaterial versorgt werden. Daher ließ es sich Napoleon angelegen sein, die Eisenindustrie Frankreichs und der eroberten Länder weiter zu fördern.“⁷⁶ Darin ist eine der wesentlichsten Grundlagen für das Wachstum der Steinkohlenindustrie im Saargebiet zu suchen.

Die Steigerung der Produktion mußte vorwiegend mit Hilfe der Neueinstellung von Bergleuten erzielt werden. Die Weiterentwicklung der Bergbautechnik blieb gering. Neue Menschen, befreit von feudalen Fesseln, nahmen im Saarbergbau die Arbeit auf. Das veränderte die Struktur der Belegschaften. Neben den 36 Knappen wurden immer mehr andere Arbeiter mit Häuerarbeiten betraut, bzw. mit anderen Beschäftigungen, die ebenfalls reife Kenntnisse in der Bergarbeit voraussetzten. Deshalb wurde 1811 bei Änderung der Knappschaftskassenordnung festgelegt, daß „alle Bergarbeiter, die 8 Jahre lang unausgesetzt in den Gruben gearbeitet hatten, als Knappen, die anderen als Schichtlöhner angesehen und behandelt“ werden müßten.⁷⁷

*Von der Knappschaftskasse gezahlte Unterstützung 1801 und 1811*⁷⁸

Arbeiterkategorie	1801	Differenz zwischen Knappen und Schicht- löhnern in %	1811	Differenz zwischen Knappen und Schicht- löhnern in %
Ein Invalide monatlich	2 fl. 10 x		8 fl.	
Ein erkrankter Schichtlöhner	2 fl. 10 x		8 fl.	
Ein erkrankter Knappe	4 fl.	47,2	12 fl. 60 x	32
Ein in der Grube verunglückter Schichtlöhner	4 fl.		12 fl. 60 x	
Ein in der Grube verunglückter Knappe 6 fl.		33,3	16 fl. 80 x	25
Witwe und Waisen eines tödlich verunglückten Schichtlöhners	2 fl. 10 x		8 fl.	
Witwe und Waisen eine tödlich verunglückten Knappen	2 fl. 45 x	16	12 fl.	33,3
Eine Steigerswitwe	5 fl. 12 x		15 fl.	
Eine Kontrolleurswitwe	5 fl. 40 x		15 fl.	
Beerdigungskosten für einen verstorbenen Knappen			15 fl.	
tödlich verunglückten Knappen			24 fl.	
verstorbenen Steiger oder Kontrolleur			24 fl.	

⁷⁶ Paege, Wilhelm, a. a. O., S. 61.

⁷⁷ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 583 a, Acta generalia betr. Knappschaftswesen, Blatt 4.

⁷⁸ Ebenda (fl. = Gulden; x = Kreuzer).

Die ständigen Forderungen der Kumpel nach weiterer Verbesserung ihrer Lebenslage hatten darüber hinaus auch eine veränderte Festsetzung der Leistungen der Knappschaftskasse zur Folge, die wieder in verschiedener Hinsicht bemerkenswert ist, vor allen Dingen, wenn man die neuen Sätze mit den alten vergleicht. Einmal ist die Erhöhung der Unterstützungsbeiträge offensichtlich. Bei 2 Unterstützungsfällen, und das sind die am häufigsten auftretenden, verringert sich die Differenz der von der Kasse gewährten Beihilfen. Nur in einem, dem relativ wenig auftretenden Versorgungsfall vergrößert sich die Differenz.

Danach büßt die größer gewordene Anzahl privilegierter Knappen etwas von ihrer Sonderstellung ein. Die bisher von ihnen bezogenen Renten und Beihilfen erhöhen sich zwar absolut, doch relativ fallen sie gegenüber der Wachstumsrate der Unterstützungsgelder für alle übrigen Bergleute. Neu tauchen die Beerdigungskosten auf. Dabei werden die Schichtlöhner nicht berücksichtigt. Wahrscheinlich haben die die Knappschaft beherrschenden Kräfte die Aufnahme ähnlicher Bestimmungen für die Schichtlöhner mit dem Hinweis zu verhindern gewußt, daß jene ja nach 8 Jahren theoretisch ebenfalls in den Knappenstand aufrücken konnten. Dies war jedoch in den folgenden Jahrzehnten nicht ohne weiteres möglich, was in den folgenden Partien des Aufsatzes nachgewiesen wird.

Friedrich Engels sagte: „*Das linke Rheinufer (wurde) sehr gehoben durch (die) Vereinigung mit Frankreich und dem großen Markt.*“⁷⁹ Die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse war ein historischer Fortschritt. Nicht übersehen darf man jedoch, daß aus den französischen Befreiern vom Feudaljoch Unterdrücker der deutschen Nation wurden. Die Annexion des linken Rheinufers entsprach nicht den Interessen des deutschen Volkes.

Die Rolle der französischen Bourgeoisie war demnach zwiespältig: ökonomisch und in dem Maße, wie sie den Feudalismus auch politisch in Deutschland beseitigte, progressiv, aber wegen ihrer Unterdrückungspolitik gegenüber der werdenden Nation zu verurteilen. Die Klassen in Deutschland, die später die Hauptlast des Kampfes gegen Napoleon trugen, das Bürgertum und die Werktätigen, waren noch nicht reif, selbständig den Feudalismus in Deutschland zu überwinden. Die Bergleute des Saargebietes taten gerade die ersten Schritte auf dem Weg zum Industrieproletariat, wobei im wahrsten Sinne des Wortes das Bewußtsein hinterherhinkte. Objektiv – obwohl noch nicht restlos der feudalen Fesseln ledig – waren sie weiter als subjektiv. „Die Existenz revolutionärer Gedanken in einer bestimmten Epoche setzt bereits die Existenz einer revolutionären Klasse voraus.“⁸⁰ Die war jedoch, soweit es vor allen Dingen die Arbeiterklasse betraf, im Saarbergbau erst im Entstehen.

Mit dem Jahre 1813 schlug die Befreiungsstunde Deutschlands von französischer Unterdrückung. Der Krieg forderte von den heldenhaft kämpfenden Werk-

⁷⁹ Engels, Friedrich, (Konspekt:) G. von Gülich – Deutschland. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte. Berlin 1953, Bd. I, S. 536.

⁸⁰ Marx/Engels, Die deutsche Ideologie. Berlin 1955, S. 45.

tätigen große Opfer. Die Lage der Saarbergleute verschlechterte sich infolge der Kriegsereignisse rapid. Einen Einblick gibt eine Skizzierung der Situation der Knappschaftskasse in diesen Jahren. Danach spiegelte sich die rasche Verelendung vor allem darin wider, „daß

- 1 tens die Zinsen von den durch Einquartierungen und Leistungen aller Art gedrückten Bergleuten nicht erhoben werden konnten,
- 2 tens diese Leute wegen Mangels an Absatz der Kohlen großen Teils abgelegt, mithin die Einkünfte der Kasse geschmälert wurden, während die Ausgaben für Kranken-, Witwen- und Waisengehalte nicht nur fort dauerten, sondern sich auch beträchtlich vermehrten, indem
- 3 tens eine große Anzahl von der durch die Rückkehr der französischen Armee verbreiteten ansteckenden Krankheit befallen und hingerafft wurde.“⁸¹

Nach dem endgültigen Friedensschluß kam das Saargebiet zu Preußen. So wie im ganzen Rheinland das französische bürgerliche Gesetzbuch weiter galt, konnte auch nicht das französische Bergrecht außer Kraft gesetzt werden. Es galt bis 1865. Die Kohlenbergwerke wurden preußisches Staatseigentum. Richard Noack sieht die Ursachen für diese Entwicklung in folgendem: „Die Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse im Jahre 1815 dagegen führte eine Zeit großer Bedrängnis herauf. Frankreich schloß sich durch hohe Zölle ab, die Errichtung der preußischen Zolllinie im Jahre 1818 hemmte die wirtschaftliche Beziehung zur Pfalz. Die Industrie mußte sich völlig umstellen, sie war gezwungen, neue Absatzgebiete zu suchen, die Eisenwerke verloren an ergiebigen Heereslieferungen. Geradezu katastrophal war die Wirkung der veränderten Verhältnisse auf Saarbrücken. Sein Handel war zerstört, der Wohlstand stand tief. 1816 forderten zahlreiche Eingaben an die Regierung den Abschluß von Handelsabkommen mit Frankreich und Bayern. Die Bodenpreise fielen, eine ganze Reihe von Handelsunternehmen, Bierbrauereien und Tabakfabriken gingen ein, Kapital wanderte nach der Pfalz ab. In solcher Lage war es Glück, daß der preußische Staat die Kohlengruben in eigenen Betrieb nahm.“⁸² Erinnert man sich dabei, daß das französische Berggesetz weiter bestand, daß die sozialen und politischen Verhältnisse auf dem linken Rheinufer „fast ganz die Höhe der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ erreichten⁸³, mag diese Tatsache des weiteren Verbleibs der Bergwerke in Staatsbesitz verblüffen. Die Ursache dafür kann nur in der Problematik des Verlaufs der industriellen Revolution zu finden sein. Bis 1816 war das Saargebiet in den Industrialisierungsprozeß Frankreichs einbezogen, der infolge der Kriege bestimmte Besonderheiten aufwies. Seit 1816 dagegen bestimmte der Verlauf der industriellen Revolution in Deutschland die Entwicklung des Saargebietes. Der Prozeß vollzog sich hier ungleich langsamer. Die Kapitalakkumulation erreichte bekanntlich erst in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts den

⁸¹ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Blatt 6.

⁸² Noack, Richard, a. a. O., S. 140.

⁸³ Engels, Friedrich, Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte. Bd. II, 1, S. 477.

Punkt in Deutschland, der auch der Schwerindustrie endgültig eine rasche Entwicklung gestattete. Berücksichtigt man weiter die Tatsache, daß das Saarrevier verkehrsmäßig ungünstig – die Saar war nur im Frühjahr und Herbst schiffbar, Eisenbahnverbindungen gab es erst seit 1852 – mit dem deutschen Markt verbunden war, so wird verständlich, daß die geförderte Kohle hauptsächlich von der im Saargebiet 1816 vorhandenen Industrie verbraucht werden mußte.⁸⁴ Diese waren vor allem die Eisen- und Glashütten. Alle anderen Bewohner des Saargebietes waren in der Landwirtschaft tätig, „selbst das Handwerk wurde oft als Nebenberuf betrieben“.⁸⁵ Die zuerst von der industriellen Revolution ergriffene Textilindustrie hatte keine sonderliche Bedeutung. Das Kapital mußte sich deshalb noch wenig für den Bergbau interessieren.

Die Entwicklung der Förderung und der Belegschaftsstärke zeigte von 1816 bis 1850 folgendes Bild:

*Produktion und Belegschaftsstärke des Saarbergbaues 1816 bis 1850*⁸⁶

Jahr	Staatliche Gruben		Private Gruben
	Arbeiterzahl	Förderung (in Tonnen)	Arbeiterzahl
1816	917	100 380	—
1817	729	94 963	5 650
1818	833	120 301	15 023
1819	827	107 053	15 402

⁸⁴ Die Hauptabnehmer waren 1816:

- „1. Fenner, Glashütte (Gebr. Raspiller)
2. Kristall- und Glasfabrik, Wadgassen (Villeroy & Boch)
3. Luisenthaler Glashütte (A. Wagner)
4. Eisenwerk Geislautern (2 Hochöfen, 2 Frischfeuer, 1 Schwarzblech- und Weißblechfabrik)
5. Eisenwerk St. Ingbert (1 Hochofen, 2 Frischfeuer), (Gebr. Krämer)
6. Stahlwerk Toffontaine (4 Rohstahl und 5 Raffinerie mit den Nebenwerken Platinhammer bei Jägersfreude und Scheidterhammer)
7. Halberger Hütte (4 Frischfeuer und 1 Gieserei) und Fischbacher Eisenschmelze (1 Hochofen), beide Gebr. Stumm
8. Neukirchener Eisenwerk (2 Hochöfen, 4 Frischfeuer und Gieserei), (Gebr. Stumm)
9. Glashütte Friedrichsthal (Wagner, Wenzel & Reppert)
10. Sulzbacher Glashütte (A. Wagner)
11. Marienthaler Glashütte (Vopelius)
12. Staatliche Kokereien in Dudweiler und Altenwald“.

(Nach *Schuster, Gerd*, a. a. O., S. 18.)

⁸⁵ *Noack, Richard*, a. a. O., S. 145.

⁸⁶ *Schuster, Gerd*, a. a. O., Anhang.

Jahr	Staatliche Gruben		Private Gruben
	Arbeiterzahl	Förderung (in Tonnen)	Arbeiterzahl
1820	847	101 337	14 004
1821	1103	114 655	14 959
1822	875	103 640	15 688
1823	777	94 607	11 981
1824	928	126 870	14 728
1825	1038	142 094	14 622
1826	1010	137 212	17 372
1827	1177	166 995	21 758
1828	1190	180 576	23 570
1829	1165	179 531	23 469
1830	1245	199 962	23 229
1831	1181	174 433	18 910
1832	1060	157 298	17 607
1833	1272	187 853	18 135
1834	1354	203 988	21 471
1835	1383	207 260	24 791
1836	2058	265 284	24 027
1837	2063	323 294	21 453
1838	2137	327 499	22 653
1839	2427	397 264	30 787
1840	2489	382 453	25 685
1841	2661	442 038	28 190
1842	3151	521 103	31 020
1843	2953	423 142	33 926
1844	3152	484 544	41 804
1845	3348	528 051	43 884
1846	3988	582 753	43 791
1847	3961	576 512	42 787
1848	3375	436 337	46 889
1849	3865	469 717	39 944
1850	4580	593 856	42 389

Die Tabelle zeigt, daß lange Jahre die Produktion und die Zahl der Beschäftigten stagnierten. Erst nach 18 Jahren hatte sich die Förderung verdoppelt, und die Zahl der Beschäftigten war um 50% gestiegen. Fördernd wirkte die Einbeziehung des Saargebietes in den Zollverein. „Die dreißiger Jahre brachten im wesentlichen Besserung der Lebensbedingungen für die ganze Bevölkerung, den Fabriken regere Tätigkeit. Doch der Zollverein reichte keineswegs aus, sie aus ihrer prekären Lage zu befreien. Die Unternehmer gehörten zu den eifrigsten Förderern von Schutzzöllen.“⁸⁷

Daneben vollzogen sich auf vielen Gebieten des gewerblichen Lebens technische Veränderungen. Die kleinen Gruben wurden vereinigt. Der Stollenbau wurde verbessert, Schienenförderung erfolgte in den Hauptstollen seit 1817.

⁸⁷ Noack, Richard, a. a. O., S. 145.

„Die ersten Tiefbauschächte mit Dampfmaschinen zur Förderung und Wasserhaltung kamen 1822–25 auf der gewerkschaftlichen Grube Hostenbach in Betrieb . . . Allgemein fand allerdings der Übergang zum Tiefbau und zur Anwendung von Dampfmaschinen erst in späteren Jahren statt (zu Geislautern 1833, Dudweiler 1845, Königsgrube 1846, Leden 1848 usw.)“⁸⁸

Der Kohleabsatz wurde bis nach Mühlhausen ausgedehnt.

Koks wurde in immer stärkerem Maße zur Hochofenbeschickung verwendet, der Puddelprozeß verdrängte das Frischfeuer, die Walze löste den Hammer ab, und nicht zuletzt verdrängte die Dampfmaschine die Naturkräfte Wind und Wasser als Energiequellen.

In diesen Jahren entwickelte bekanntlich die Bourgeoisie kein Interesse für eine Privatisierung der Steinkohlengruben im Saargebiet. Mächtig dagegen schritt der kapitalistische Konzentrationsprozeß im Hüttenwesen vorwärts. Die Firma Stumm entwickelte sich zum unumschränkten Herrscher der Saarhütten. Die Stumms besaßen 1816 die Halberger Hütte, die Fischbacher Eisenschmelze und das Neunkirchner Eisenwerk. „1818 beteiligten sich die Gebrüder Stumm auch mit 2/5 des Aktienkapitals an dem Dillinger Werk.“⁸⁹ 1827 erwarben sie die Staatliche Hütte zu Geislautern und „überließen dieselbe kurz darauf der Dillinger Hüttengesellschaft. Von 1,5 Millionen Frs. Aktienkapital hatten die Stumms 0,9 Millionen und damit den maßgebenden Einfluß in den Händen“⁸⁹ Sie beherrschten die saarländische Eisenindustrie und damit auch den Staatsbergbau. Sie hatten ein Monopol auf den Saarkohlebezug und setzten damit die Preise fest. Außerdem ersparten sie sich auf diese Weise die Kapitalien für die im Bergbau notwendigen Kapitalinvestitionen. Die dafür aufgewandten staatlichen Mittel wirkten so indirekt als Kapitalreserve der Gebrüder Stumm. „Das Saargebiet wurde nach dem Großindustriellen v. Stumm infolge seiner Macht und seines Einflusses auf Politik und Wirtschaft das Königreich Stumm genannt.“⁹⁰

Es wäre verfehlt, die Zunahme der Förderung angesichts des nicht zu leugnenden bergbautechnischen Fortschritts allein mit der vermehrten Einstellung von Arbeitskräften sowie der Verlängerung der Arbeitszeit und der Steigerung der Arbeitsintensität begründen zu wollen. Welche Rolle jedoch in der damals typischen Periode der extensiven Produktion und Ausbeutung die extensiven Faktoren spielten, läßt die folgende Tabelle ahnen.

Im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist alles in allem gesehen eine geringere Aufwärtsentwicklung gegenüber der Tendenz des Saargebietes sichtbar. Die Differenz zwischen Minimum und Maximum innerhalb eines Wirtschaftszyklus ist im Saargebiet größer.

⁸⁸ *Haßlacher, A.*, Das Industriegebiet an der Saar und seine hauptsächlichsten Industriezweige. Saarbrücken 1912, S. 37.

⁸⁹ *Paage, Wilhelm*, a. a. O., S. 62.

⁹⁰ *Schwarz, Julius*, a. a. O., S. 53 f.

Die Entwicklung der jährlichen Arbeitsleistung pro Arbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund und im Saargebiet von 1816 bis 1850⁹¹

(Index 1850 = 100)

Jahr	Dortmund	Saar	Jahr	Dortmund	Saar	Jahr	Dortmund	Saar
1816	95	85	1828	89	123	1840	85	118
1817	96	101	1829	95	118	1841	90	134
1818	99	102	1830	98	123	1842	92	128
1819	94	101	1831	101	114	1843	87	110
1820	92	92	1832	100	114	1844	91	118
1821	91	88	1833	108	113	1845	92	121
1822	84	91	1834	108	115	1846	95	113
1823	83	93	1835	101	115	1847	92	112
1824	83	105	1836	84	99	1848	89	100
1825	87	106	1837	88	120	1849	88	99
1826	88	101	1838	93	118	1850	100	100
1827	86	109	1839	93	127			

Ein Vergleich nach Wirtschaftszyklen mit denselben Werten ergibt folgendes Bild:

Wirtschaftszyklus	Dortmund	Saargebiet
1817–1826	90	99
1827–1832	93	110
1832–1843	94	117
1843–1852	93	109 (1843–1850) ⁹²

Jürgen Kuczynski schreibt erläuternd zu den von ihm gewonnenen Zahlen für den Oberbergamtsbezirk Dortmund: „Die Tabelle weist nach, daß die Produktivität pro Jahr und Arbeiter im preußischen Steinkohlenbergbau im Grunde völlig unverändert geblieben war – fünfundsechzig Jahre lang, von 1787 bis in den Anfang der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Zwei Generationen von Bergarbeitern haben etwa die gleiche Menge pro Mann und Jahr gefördert. Großvater, Vater und Sohn brachten die gleiche Menge Kohle aus der Erde ans Licht.“⁹³

Kuczynskis Worte beziehen sich auf einen größeren Zeitabschnitt, als Zahlen für die Saar zur Verfügung stehen. Der Großvater muß deshalb aus dem Spiel gelassen werden. Es ergibt sich, daß im Saargebiet die Produktion des Vaters und des Sohnes im Gegensatz zur Entwicklung im Ruhrgebiet von 1832–1843 eine weit rascher steigende Tendenz aufweist. Der Abfall im Zyklus von 1843

⁹¹ Die Zahlen für Dortmund wurden entnommen: *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., Bd. I, 1, Berlin 1954 S. 112/113; die Zahlen für das Saargebiet: *Schuster, Gerd*, a. a. O., Anhang.

⁹² Ebenda.

⁹³ *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 114.

bis 1852 ist im Gegensatz zum Ruhrgebiet stärker und erreicht wieder die Höhe der Jahre 1827–1832.

Die tägliche arbeitsordnungsmäßig vorgeschriebene Schichtzeit verändert sich im Saarbergbau im betrachteten Zeitraum, wenn auch nicht für alle Arbeiterkategorien gleichmäßig. In den letzten Jahren der fürstlichen Herrscher betrug die tägliche Arbeitszeit für Grubenarbeiter schlechthin 8 Stunden. Übertagearbeiter hatten eine 12stündige Schicht.⁹⁴

Freizügiger in der Schichtzeitgestaltung war man dann nach 1815. Der § 7 des Reglements für die Bergleute vom 17. 2. 1819 hielt fest: „Die von 4 Uhr des morgens bis 4 Uhr nachmittags demmalen für den Förderer und von 4 Uhr des morgens bis 12 Uhr des mittags für den Häuer bestimmte Schichtzeit muß er gehörig aushalten . . ., außerdem aber die ihm eterna anzuweisenden Nebenschichten und außerordentlichen Arbeiten unweigerlich vollziehen.“⁹⁵

Man muß Kuczynski auf Grund dieser Tatsachen zustimmen, wenn er zu der Feststellung kommt, daß die Steigerung der Kohlenproduktion vorwiegend ein Ergebnis der extensiven Entwicklung sei, einmal durch Neueinstellung von Arbeitskräften und dann durch eine allein von den Grubenbesitzerinteressen diktierte Verlängerung des Arbeitstages bis zur Grenze des physischen Leistungsvermögens. Diese beiden Faktoren bestimmen weitgehendst das Bild der Produktions- und Arbeitsleistungsentwicklung. Der Unterschied der Arbeitsleistungsentwicklung im Saargebiet gegenüber der an der Ruhr in den 30er Jahren erklärt sich einmal aus der relativen Rückständigkeit des Saarbergbaues am Anfang des 19. Jahrhunderts, zum anderen jedoch muß darauf hingewiesen werden, daß gerade an der Wende vom 2. zum 3. Jahrzehnt die Grubenleitungen auch eine weitere Steigerung der Arbeitsintensität anstrebten. Der Herr Berghauptmann empfahl am 8. 10. 1830: „. . . die Hauptgedinge, welche seitens der hohen Oberberghauptmannschaft für Gesteinsarbeit empfohlen worden sind und sich seit einem Jahre als sehr vorteilhaft bewährt haben, auch auf die Kohlen-gewinnung auszudehnen wobei die Gruben nichts verlieren und die Mannschaft durch verstärkte Tätigkeit mehr gewinnt.“⁹⁶

Gegen Ende des betrachteten Zeitraumes stagnierte die Entwicklung an der Saar nicht nur, wie Jürgen Kuczynski es am Beispiel des Ruhrreviers beweist, sie war vielmehr rückläufig. Bei einem Vergleich der Zyklen 1827–1832 und 1843–1852 allerdings kann man wieder von einer Stagnation sprechen. Die Erklärung für diese erstaunliche Entwicklung ist, daß die Faktoren, die die Entwicklung der Produktivität hemmten, etwa ebenso stark waren wie die, die sie förderten. „Immer neue Verlängerung der Arbeitszeit, sinkende Reallöhne mit entsprechend schlechter werdender Ernährung, zunehmende Ermüdung des

⁹⁴ Hue, Otto, a. a. O., S. 395.

⁹⁵ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Bl. 90.

⁹⁶ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 580 a, Anwerbung und Unterbringung von Bergleuten I, 1819–1855, Extrakt des berghauptmannschaftlichen Konferenzprotokolls vom 8. Oktober 1830, ohne Blatt-nummer.

Arbeiters auf Grund beider Entwicklungen (und, so setzen wir hinzu, einer gesteigerten Antreiberei – E. W.) sowie auch der schlechten Wohnungsverhältnisse; mit einem Wort, die Methoden der extensiven Ausbeutung trieben die Produktivität pro Arbeiter und Jahr herunter.“⁹⁷

Der Prozeß der relativen und absoluten Verelendung schritt rasch voran. Aus den feudal-privilegierten, berufsstolzen und geachteten Knappen der Jahre vor 1793 wurden schließlich bis 1848 verzweifelte Menschen, die ihre Lage selbst einschätzten, indem sie klagten: „Wir sind bei jedermann verachtet und verspottet, überall heißt es: ‚die Lumpen und schlechten Kerle‘.“⁹⁸ Durch welche Momente war die Veränderung der Struktur und die Lage der Bergarbeiter bis zur Revolution 1848/49 gekennzeichnet?

Mit der Übernahme des Bergbaues durch den preußischen Staat verstärkten die Staatsbehörden ihren Einfluß auf das Knappschaftswesen. Das Bergamt Saarbrücken übernahm die Verwaltung. „Das am 29. 11. 1817 von der fiskalischen Bergwerksverwaltung erlassene Reglement beraubte die Saarbergleute in der Knappschaftskassenverwaltung in einem solchen Maße, daß nun das Bergamt als ‚vormundschaftliche Verwaltung‘ auftreten konnte. Die eigentliche Schöpfung der Bergleute ist dann allmählich in eine bürokratisch-dirigierte Einrichtung umgewandelt worden. . .“⁹⁹

Die Arbeiter blieben einflußlos, und die von ihnen gesteuerten Gelder wurden gegen ihre Interessen abgelegt, ohne daß sie auf Grund der Rechtslage etwas dagegen hätten tun können. Das hatte ernste Folgen. In einer Petition im Jahre 1848 schrieben die Bergleute: „Es besteht eine ansehnliche Knappschaftsparkasse, die nach der Meinung der Unterzeichneten ihr Wachstum zu dieser Höhe vornehmlich den Beiträgen der Bergleute zu verdanken hat. Sie hat den Zweck, ein Notpfennig der Bergleute zu sein, sie erfüllt aber diesen Zweck nicht ganz. Ihre Tausenden werden nur an solche verliehen, die durch hinreichenden Grundbesitz namhaften Versatz leisten können. Der besitzlose Bergmann hat keinen Kredit bei derselben. Wenn z. B. einem Bergmann seine Kuh fällt, die ein Hauptnahrungszweig der Familie war, so steht demselben kein anderer Weg offen, wieder zu einer Kuh zu gelangen, als eine solche um überaus hohen Preis beim Juden zu borgen und diese Schuld durch monatliche Abschlagszahlungen zu tilgen.“¹⁰⁰

⁹⁷ *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 115.

⁹⁸ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 583, Petition der Dudweiler Knappschaft vom März 1848.

⁹⁹ *Hue, Otto*, a. a. O., S. 423; des weiteren wurden im Jahre 1816 die drei im Saargebiet bestehenden Knappschaftsvereine verschmolzen. Ihre Entstehung verdanken sie der Tatsache, daß das Saargebiet früher in mehrere politische Herrschaften zersplittert war. (Vgl. dazu Staatsarchiv Düsseldorf Nr. 560, Oberbergamt Bonn Nr. 2251, Bl. 3 ff.)

¹⁰⁰ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 583 b, Petition der Knappschaft der Grube Sulzbach vom 21. 3. 1848.

Die Existenz der Knappschaften mit all ihren Einrichtungen war demnach materiell nicht nur von Vorteil für den Grubenbesitzer Staat, sondern für alle herrschenden und besitzenden Kreise an der Saar.

Wichtige Knappschaftsangelegenheiten wurden durch die Arbeiterreglements geregelt. Das blieb so bis zur Revolution 1848/49 und noch länger. Das Reglement vom 17. 2. 1819 schrieb z. B. jedem Bergmann vor: „§ 14. Wenn künftig Knappschaftsversammlungen oder bergmännische Aufzüge gehalten werden sollten, so muß er (der Bergmann — E. W.) sich nach erhaltener Aufforderung jedesmal dazu einfinden und bei diesen und anderen feierlichen Versammlungen an Sonn- und Festtagen in den bergmännischen Uniformen erscheinen.“¹⁰¹ Innerhalb der Knappschaft wurden neue, auf den alten Prinzipien aufbauende Unterscheidungen vorgenommen. Noack meint dazu: „... mehr als die Hälfte aller Arbeiter war auf staatlichen Gruben beschäftigt, der Staat war ihr Brotherr. Das war von wesentlichem Einfluß auf ihre wirtschaftliche soziale Stellung; denn sofort nach Übernahme der Bergwerke hatte die Verwaltung geschickte, von preußischem Geist getragene Maßnahmen ergriffen, einen standesbewußten bleibenden Stamm von Bergleuten zu schaffen. Sie bildeten zwei durch Vorrechte wirtschaftlicher und Vorrechte des Standes geschiedene Gruppen von Arbeitern, die ‚vereidigten‘ oder ‚ständigen‘ Bergleute, die eigentliche Knappschaft, und die Unständigen“.¹⁰²

Im Statut wurden diese zwei Gruppen genau unterschieden. Es hieß: „§ 2. Ständige Bergarbeiter heißen diejenigen, welche sich der Bergarbeit als einem förmlich existierenden Gewerbe ausschließlich widmen, sich zur Treue und zum Gehorsam eidlich verpflichtet haben, in die Knappschaftsrolle eingetragen und mit einem Pflichtenheft versehen sind; unständige hingegen alle diejenigen, welche bei dem Bergbau nur gelegentlich von den Revierbeamten nach dem jeweiligen Bedürfnis des Betriebes und des Absatzes zur Tagelöhnerarbeit auf 4 Wochen angenommen und so auch wieder entlassen werden. § 3. Nur ständige Bergarbeiter sind Mitglieder des Knappschaftsinstituts und bilden die eigentliche Knappschaft. Sie genießen außer den weiter unten angegebenen Wohltaten¹⁰³ des Instituts auch noch den Vorzug, daß sie nur von dem königlichen Bergamte unmittelbar und in der Regel, wenn nicht besondere Veranlassung dazu ist, nur in bestimmten, durch das Strafreglement oder besondere Verordnungen vorgesehenen Fällen eines Vergehens, sowie auch, wenn der Betrieb und Absatz einer Grube in dem Grade stocken sollte, daß augenblicklich keine Beschäftigung vorhanden ist, abgelegt werden können und wenn sie verheiratet sind, jährlich ein Fuder Kohlen und wenn sie unverheiratet sind, jährlich ein halbes Fuder Kohle, das sie sich jedoch selbst fördern müssen, unentgeltlich zu beziehen haben. § 4. Die unständigen Bergarbeiter ge-

¹⁰¹ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Nr. 583 a, Bl. 90.

¹⁰² Noack, Richard, a. a. O., S. 148/49.

¹⁰³ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Nr. 583 b, Bl. 2, Knappschaftsstatut vom 20. 1. 1839; im Prinzip waren es die gleichen Vergünstigungen, wie sie schon auf der Seite 245 in der Tabelle dargestellt wurden.

hören demnach nicht zur eigentlichen Knappschaft, nehmen daher auch an den Vorteilen, welche das Institut seinen Mitgliedern gewährt, keinen Anteil.“¹⁰⁴

Schon diese Bestimmungen allein dokumentieren, daß eine Organisation auf derartigen statutarischen Bestimmungen alles andere als eine Arbeiterorganisation sein mußte. Eine derartige Fessel für die Arbeiter war nichts anderes, als ein Nachwirken feudaler Abhängigkeitsformen auf der Basis kapitalistischer Ausbeutung. Die Spaltung der Bergleute wurde weiter aufrecht erhalten. Ein Teil der Arbeiter war eng an die Gruben geschmiedet, der andere Teil weniger.

Mit der Einführung der Maschine in die Industrie besteht bekanntlich für den Kapitalismus in immer steigendem Ausmaß die Möglichkeit, ungelernete Arbeitskräfte, auch Frauen und Kinder, in die Produktion einzugliedern. Etwas anders als allgemein in der Industrie verläuft das Eindringen der Maschine in den Bergbau. Der entscheidende Teil der Produktion, die Gewinnung, wird erst zuletzt von der Maschine ergriffen. In der Textilindustrie dagegen finden wir z. B. die Werkzeugmaschine zuerst in den wichtigsten Zweigen der Produktion.

Dieser Umstand bedeutet nichts anderes, als daß der Teil der Bergleute, der die Arbeiten eines „gelernten“ Häuers verrichtete, bei vorwiegend extensiver Erweiterung der Produktion von ständig steigendem Wert war.

Weiter wurde dann schon darauf verwiesen, daß bis 1818 keine durchgehende Arbeitsteilung innerhalb der Belegschaften herrschte. Der preußische Staat unternahm als Grubeneigentümer große Anstrengungen, um hierin einen Wandel einzuleiten. Im berghauptmannschaftlichen Konferenzprotokoll vom 18. November 1818 heißt es bezeichnenderweise:

„Bei der Übernahme des saarbrückischen Bergreviers ist bekanntlich Fürsorge getroffen worden, nicht allein tüchtige Betriebsbeamte anzustellen, sondern auch dahin zu wirken, einen Stamm besserer Bergleute anzustellen. Da sich nur die jüngere Generation hierzu qualifiziert, so ist im Jahr 1816 Veranlassung genommen worden, eine Anzahl junger Leute in die schlesischen Kohlenreviere zu schicken.“¹⁰⁵

Sie sollten dort einen weiterentwickelten Bergbau kennenlernen, in dem schon damals streng zwischen Häuern, Förderleuten und anderen Arbeiterkategorien unterschieden wurde.

„Im Jahre 1818 erlebte das Saarrevier — wenn auch nur einen relativ geringen und kurzen — wirtschaftlichen Aufschwung. Es fehlte an Arbeitskräften. Unter anderem berief man auch die nach Schlesien beorderten Bergleute zurück. Diese jungen Bergleute sollten im Gegensatz zu den alten Belegschaftsmitgliedern bei Arbeitsantritt auf den Gruben ‚klassiert‘, einer bestimmten Arbeiterklasse zugewiesen und soviel als es die Verhältnisse erlauben, auch darin beschäftigt werden, jedenfalls aber bei dem Knappschaftsinstitut nur nach dieser Klassierung eingeschrieben werden.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ Staatsarchiv Düsseldorf, ebenda.

¹⁰⁵ Ebenda, Nr. 580 a, Extrakt des berghauptmannschaftlichen Konferenzprotokolls vom 18. 11. 1818.

¹⁰⁶ Ebenda.

Neben der bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in ihrer Bedeutung dominierenden Differenzierung nach ständigen und unständigen Bergleuten bildet sich die Unterscheidung zwischen Förderleuten, Lehrhäuern, Häuern, Oberhäuern — wiederum zusammengefaßt in drei Klassen — usw. heraus.

Ehe ein Bergmann sich vom Grubenjungen oder Fördermann in der Skala der Rangordnung bis zum Häuer emporgearbeitet hatte, war theoretisch die Zeit seiner Aufnahme als ständiger Knappe in den meisten Fällen herangereift. Die Mehrheit der als ständiges Knappschaftsmitglied aufgenommenen Bergleute dürfte zumindest Häuer gewesen sein.

Mit relativ großen Privilegien gegenüber den unständigen Arbeitern suchte man die ständigen Häuer samt ihren Familien fest an das Revier zu fesseln. Durch entsprechende Bestimmungen des von den Häuern beschworenen Reglements war es ihnen bei Gefahr des Ausschlusses aus der Knappschaft unmöglich, z. B. für eine Lohnerhöhung einzutreten. Sie hatten geschworen, daß jeder ständige Bergarbeiter „mit dem Lohne, welcher ihm für seine Arbeit zugelegt“ wurde, „sich begnügen“ müsse.¹⁰⁷

So gelang es, die Löhne niedrig zu halten und die Arbeiter zu willigen Werkzeugen der Bergwerksbesitzer zu degradieren, die Bergleute gegeneinander auszuspielen.

Die folgende Tabelle zeigt uns, in welchem Ausmaß die Zahl der Belegschaft stieg und wie sich das zahlenmäßige Verhältnis der beiden Arbeitsgruppen entwickelte:

*Belegschaftsstruktur der staatlichen Saarkohlengruben unter Berücksichtigung des Verhältnisses von ständigen und unständigen Arbeitern in den Jahren 1823 bis 1852*¹⁰⁸

Jahr	Zahl der Beschäftigten insgesamt	Ständige Arbeiter		Unständige Arbeiter	
		Zahl	%	Zahl	%
1823	777	669	86	108	14
1828	1190	747	63	443	37
1833	1272	726	57	546	43
1834 bis					
1838	Ø 1768	857	48	929	52
1839 bis					
1843	Ø 2717	1008	37	1709	63
1846	3988	1217	31	2771	69
1847	3961	1396	35	2565	65
1848	3374	1428	42	1946	58
1849	3859	1394	36	2465	64
1850	4580	1495	33	3085	67
1851	5708	1644	28	4138	72
1852	6191	1906	31	4284	69

¹⁰⁷ Ebenda, Nr. 583 a, Bl. 168, Reglement vom 17. 12. 1819.

¹⁰⁸ Ebenda, Nr. 583 b, Bl. 182, desgleichen an anderen Stellen im gleichen Aktenband, jedoch ohne Blattnumerierung.

Auf den ersten Blick werden 2 Vorgänge sichtbar. Einmal gewinnen die Zahlen der unständig Beschäftigten ein immer größeres Gewicht. Während sich die Anzahl der privilegierten ständigen Arbeiter seit 1823 verdreifacht, steigt die Zahl der unständigen auf das zweiundvierzigfache. Danach kann man zweitens feststellen, daß der Zuwachs von unständigen Arbeitern hauptverantwortlich für die Zunahme der Belegschaftsstärke insgesamt ist.

Während des gesamten 19. Jahrhunderts bewirkt die Industrialisierung u. a., daß der relative Anteil der Häuer, Gesteinhäuer und Lehrhäuer an der Gesamtbelegschaft der Steinkohlenreviere steigt. Der Umstand erklärt sich ganz einfach daraus, daß die Teilmechanisierung auch bestimmte Phasen des Produktionsprozesses im Bergbau ergreift. Zum Beispiel finden wir Pumpen, die mit Dampfkraft betrieben werden, ebensolche Fahrkünste, Grubenbahnen mit Pferdebetrieb und vieles andere mehr.

Im Saargebiet müßte – verbindet man die Aussagekraft der Tabelle mit den vorangegangenen Ausführungen – zumindest in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein für den Bergbau der damaligen Zeit ganz außergewöhnlicher Prozeß stattgefunden haben, der Anteil der Häuer wäre geradezu erschreckend klein geworden. Nun, der Schein trügt, das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in diesen Jahrzehnten auf den Gruben schon eine Menge Häuer, die als unständige Bergleute beschäftigt werden. Der Häuer, einstmals als Facharbeiter feudal privilegiert, wird mehr und mehr zum freien Lohnarbeiter im Saarbergbau. Nicht jeder Häuer konnte immer ohne weiteres, wie wir noch sehen werden, zum ständigen Bergmann „aufrücken.“

Außerdem wurde es vor allem in Zeiten der Hochkonjunktur üblich, auch andere Arbeiterkategorien als Häuer zu verwenden. Am 9. April 1828 berichtete z. B. das Bergamt Saarbrücken dem Oberbergamt Bonn: „Wir haben den größten Teil unserer jungen Lehrhäuer als Vollhäuer vor die Kohlenarbeiter gelegt und hoffen nun, ohne Hilfe auswärtiger Bergleute das für den Debit erforderliche Kohlenquantum fördern zu können.“¹⁰⁹

Trotzdem, die Zahlen beweisen es eindeutig, strömten immer neue Bergleute ins Revier. Die Zechenherren mußten jedoch alle Hebel in Bewegung setzen, damit der Zustrom der Arbeitskräfte andauerte.

Einmal konnten sie, und das lag am nächsten, aus der Landwirtschaft kommen. Entweder ging der Bauer oder noch Landwirtschaft betreibende Arbeiter den Weg in den Schacht, weil sein Hof, sein kleiner Landbesitz nicht mehr ausreichend ihn und seine Familie ernährte. Er konnte so, mit der Absicht, nur während der Wintermonate oder auch für ständig die Arbeit im Bergbau aufnehmen.

Der Prozentsatz der zeitweilig im Bergbau Beschäftigten wird beachtlich gewesen sein. Der größte Teil der Bergleute hatte Grundkenntnisse in zwei Berufen. In einer Petition der Bergleute heißt es dazu bezeichnend: „Wenn in

¹⁰⁹ Ebenda, Nr. 580 a, Brief des Bergamtes Saarbrücken an das Oberbergamt Bonn vom 9. 4. 1828.

gewissen Zeiten stärkere Ausbeutung nötig ist, so werden gewöhnlich mehrere unständige Bergleute, Handwerker, welche ihr Handwerk nicht ordentlich erlernt haben, Maurer, Zimmerleute, sogar Bauern, wenn die Witterung das Arbeiten im Freien nicht erlaubt, angelegt.“¹¹⁰

Im sächsischen Steinkohlengbergbau nannte man diese Art der Bergleute bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein die sogenannten Sommervögel. Die Unternehmer kalkulierten diese Gruppe hauptsächlich für die in den Wintermonaten nötige Belegschaftsvermehrung von vornherein ein.

Andererseits bestand die Möglichkeit, daß die Leute aus hausindustriellen Beschäftigungsverhältnissen kamen. In dem Ausmaß, wie die industrielle Revolution voranschritt, wurden auch in der ländlichen Hausindustrie Arbeitskräfte freigesetzt. Das relativ langsame Voranschreiten der industriellen Revolution in Deutschland ließ diese Quelle lange fließen. Eine Gegend, die für das Saargebiet Arbeitskräfte lieferte, war der Hunsrück. An Hausindustrien waren dort beheimatet die Laubsägemacherei, die Strickerei, die Strohhuslenindustrie, die Drechslerei, die Bürstenbinderei und die Nagelschmiederei. „Als man aber in neuerer Zeit zu intensiverer Bewirtschaftung des Bodens überging und entsprechend bessere Erträge erzielte, als außerdem die aufblühende Industrie an der Saar und am Niederrhein die überschüssigen Kräfte aufnahm, fiel die Notwendigkeit hausindustrieller Betätigung fast ganz weg. So sind die ländlichen Hausindustrien seit dem Jahre 1900 immer mehr zurückgegangen und haben keine besondere Bedeutung mehr.“¹¹¹

Dem Saarbergbau waren vor allem in Zeiten der Konjunktur diese sich auf Grund des ökonomischen Zwanges anbietenden Arbeitskräfte sehr willkommen. Viele Zeugnisse sprechen dafür. Im Jahre 1818 stellte die berghauptmannschaftliche Konferenz fest:

„Bei der diesjährigen Generalbefahrung der Grube Gersweiler ist schon zur Sprache gekommen, wie sehr der Mangel an Arbeitern dem so notwendigen Fortrücken der Baue, und einer durch die Coaksbereitung erforderlichen größeren Kohlenförderung entgegensteht. Dieserhalb wurde beschlossen ohnweit der Gersweiler Grube am rechten Ufer der Saar, zur Aufnahme von einheimischen und fremden Bergleuten Wohnungen zu erbauen . . . weil im Dorfe Gersweiler kein Unterkommen zu haben ist, die entfernteren Bergleute aber teils den weiten Anfahrweg scheuen, teils auf den umliegenden Gruben ebenso wenig entbehrt werden können, als in Gersweiler selbst.“¹¹²

Im Jahre 1837 schlägt das Bergamt Saarbrücken, um die Zuwanderung ins Revier zu forcieren, eine Anzahl diesbezüglicher Maßnahmen vor: „Zu diesen Maßregeln dürfte vielleicht die Einrichtung einer Art Kaserne und einer Suppen-

¹¹⁰ Ebenda, Nr. 583 b ohne Blattnumerierung, Petition der Knappschaft Sulzbach vom 21. 3. 1848.

¹¹¹ Kleinmann, Wilhelm, Die Hausindustrie des Hunsrücks. In: „Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln“, 7. Heft, Sommersemester 1923, S. 93.

¹¹² Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Nr. 580 a, Berghauptmannschaftliches Konferenzprotokoll vom 18. 11. 1818.

anstalt in Sulzbach oder Dudweiler gehören, um fremden Leuten Wohnung und Unterhalt für so billige Preise zu verschaffen, daß sie den größten Teil ihres verdienten Lohnes für ihre Familien übrig behalten, vor allen Dingen aber Erhöhung der Schichtlöhne für Schlepper. Das Normalschichtlohn von 10 Sgr. ist an sich schon zu geringe für die schwere Arbeit, die dafür gefordert wird, daß davon noch ein Silbergroschen für Geleuchte und über 10 Pfennig Beiträge zur Knappschaftskasse in Abzug kommen. Wir behalten uns vor, über diesen Gegenstand besonders Bericht zu erstatten und führen ihn hier nur an, als ein Mittel dem Saarbrücker-Bergbau mehr brauchbare Arbeiter zuzuführen.“¹¹³

Die Lage der Schlepper, der Förderleute, als solche mußten ja die meisten der im 19. Jahrhundert Zuwandernden im Bergbau beginnen, war elend. Gering war ihre Bezahlung und schwer ihre Arbeit. Die Abneigung der Arbeiter, diese Tätigkeit auszuführen, zwang die Grubenleitung zu erwägen, eventuell die Löhne zu erhöhen.

Im Jahre 1841 stellt die berghauptmannschaftliche Konferenz fest: „... und so sehr man bemüht war, Leute aus den entfernteren Gegenden herbeizuziehen, und ohne so strenge Auswahl alle sich meldenden in Arbeit nahm,“¹¹⁴ reichte es doch nicht. Es blieb den Grubenleitungen nichts anderes übrig, als in Zeiten der Hochkonjunktur die Belegschaften zu Mehrarbeit, Überschichten, „Nebenschichten“¹¹⁵ anzutreiben.

Bedrückt stellte das Bergamt weiter fest: „Das Mittel, welches zur Vermehrung der Mannschaft schon früher in Vorschlag gebracht wurde: Ankauf von Ländereien und Erbauung von Arbeitshäusern, hat nicht zur Ausführung gebracht werden können, weil man Ländereien von größerem Umfange nicht hat erwerben können.“¹¹⁶ Die Stadt Neunkirchen, die fiskalische Forstverwaltung und andere Institutionen weigerten sich hartnäckig, für diese Zwecke Land zu verkaufen. So wurde die Suppenanstalt und die Kaserne bzw. Kolonie nicht zum Typischen. Später suchten die Grubenleitungen eine Lösung dahingehend zu finden, daß einem Teil der Bergleute mit Hilfe von Darlehen und Hypotheken vor allem aus Knappschafts-Mitteln die Möglichkeit geschaffen wurde, sich kleine Häuser zu erwerben bzw. sich selbst zu bauen.¹¹⁷ Die Bindung an die Gruben des Revieres wurde damit für die Arbeiter vielleicht noch fester. Das Stückchen zum Grundstück gehörende Garten- und Ackerland gestattete den Grubenleitungen, einen enormen Lohndruck auszuüben.

Für viele der zuwandernden Arbeiter war die Beschäftigung im Bergbau oftmals die scheinbare Rettung aus bitterster Not. Eine Garantie auf ständige Beschäftigung allerdings konnte ihnen weder das Bergamt noch die Grubenleitung geben. Selbst in einem Jahr mit relativ guter Beschäftigung, wie es das Jahr 1828 war, wo man mit der vorhandenen Belegschaftsstärke kaum in der Lage

¹¹³ Ebenda, Brief des Bergamtes Saarbrücken an Oberbergamt Bonn vom 21. 2. 1837.

¹¹⁴ Ebenda, Bericht des Bergamtes Saarbrücken an Oberbergamt Bonn vom 2. 10. 1841.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Ebenda.

war, die Nachfrage nach Kohlen zu decken, bemerkte das Bergamt: „Am wenigsten würden uns im Sommer fremde Bergleute dienen können, wo wir wegen sehr großer Kohlenbestände kaum die hiesigen werden erhalten können.“¹¹⁸ Eine weitere Möglichkeit, Arbeitskräfte für den Saarbergbau zu gewinnen, bestand insoweit, als die Söhne der ständigen Bergarbeiter ebenfalls die Bergarbeit aufnahmen.

Weiter oben sahen wir bis zum Wirtschaftszyklus von 1832–1843 ein Ansteigen der Arbeitsleistung. Mehrere Faktoren wurden für diese Erscheinung bisher schon als Begründung genannt. Die Tatsache, daß in der Förderung die Produktivität schneller stieg als in der Gewinnung, erhöhte den Anteil der Häuer. Die Förderleute dagegen waren die schlechtestbezahlten und gehörten durchweg der Gruppe der unständigen Arbeiter an. Unständige Arbeiter konnten der Klasse der Förderleute angehören, selbst wenn sie auch Arbeiten als Lehrhäuer oder gar Häuer verrichteten. Daß dies der Fall war, wurde weiter oben schon nachgewiesen. Eine derartige Regelung war für die Grubenherren sehr vorteilhaft. Sie brauchten so nicht mehr allen als Häuer beschäftigten und ebenso den als Häuer eingestuften Arbeitern unbedingt die Privilegien der ständigen Bergleute zukommen zu lassen. Acht Jahre lang sollten zumindest die Förderleute im Bergbau gearbeitet haben, ehe sie zum ständigen Bergmann ernannt werden konnten. Das bedeutete vielfach, 8 Jahre lang in den niedrigsten Lohngruppen beschäftigt zu sein.

Indem nun die Grubengewaltigen eine ganze Anzahl unständiger Arbeiter mit Lehrhäuer- bzw. Häueraufgaben betraute und sie entsprechend entlohnte, schafften sie einen materiellen Anreiz für alle Förderleute, ebenfalls eine Beschäftigung als Häuer zu erreichen. Das war in Wirklichkeit eine schreckliche Antreiberei und steigerte besonders die Ausbeutung der untersten Schichten und Kategorien der Bergleute; auch die Bergbehörden erkannten das.

In einem Protokoll über Verhandlungen des Knappschaftsarztes mit den Knappschaftsältesten und den Bergbehörden in Saarbrücken vom 18. September 1824 steht: „Die Gesundheitsbeamten, über die mutmaßliche Ursache der auffallenden Vermehrung dieser Ausgaben (Krankengelder – E. W.) befragt, erklärten, daß die Anzahl der zu ihnen zur Behandlung zugehenden Bergleute allerdings groß sei, daß jedoch die Mehrheit derselben der Schlepperklasse angehören und aus ganz jungen Leuten bestehe, welche an Brust- und Rückenbeschwerden litten, öfters auch mit Blutspeien behaftet seien. Sie schlossen daraus, daß diese Leute bei ihren Arbeitsverrichtungen übermäßige Anstrengungen machten . . .“¹¹⁹

Bei der damals üblichen Karrenförderung hatten diese Arbeiter, wie in besagtem Protokoll darüber hinaus noch angeführt wurde, die Fördergefäße überladen und überhoben sich sehr oft beim Eingleisen der aus den Schienen gerateten

¹¹⁸ Ebenda, Bericht des Bergamtes Saarbrücken an das Oberbergamt Bonn vom 9. 4. 1828.

¹¹⁹ Ebenda, Nr. 583 a, Blatt 173.

Wagen. Diese Arbeit mußte darüber hinaus — allerdings waren davon alle Arbeiter betroffen — vielfach in Gruben verrichtet werden, in denen der „Mangel an gesunden Wettern, sehr nasse Arbeiten und dergleichen als Ursachen der häufigen Krankheiten zu betrachten“ waren.¹²⁰

Nach diesen Unterlagen wurde demnach mit den Kräften der Jüngsten, die bei der Annahme auf den Gruben „vollkommen gesund und von guter Körperbeschaffenheit“¹²¹ sein mußten, der größte Raubbau getrieben und diese schon frühzeitig zum Invaliden gemacht, bzw. die Grundlage dafür gelegt.

Eine derartige Ausbeutung wird bestimmt die Hauptursache dafür gewesen sein, daß schließlich vor der Revolution 1848/49 die Arbeitsleistung zurückging bzw. stagnierte.

Das macht uns auch die Tatsache verständlich, daß das Saarbrücker Bergamt in den vierziger Jahren Wert darauf legte, daß nur jüngere Leute als unständige Bergleute angenommen wurden. Arbeiter im Alter von 35 Jahren erschienen den Grubenherren zu alt.¹²²

Auf der anderen Seite wird erklärlich, warum das Bergamt Saarbrücken in diesen Jahren noch weiter Häuer aus anderen Bergbaurevieren Deutschlands mit großzügigen Versprechungen anzuwerben suchte.¹²³ Mit Hilfe verschiedener Werbemethoden suchte man den Rückgang der Arbeitsleistung auszugleichen, ohne jedoch in Zukunft auf die Gesundheit der Bergarbeiter sonderliche Rücksicht zu nehmen.

Um ständiger Bergmann zu werden, waren verschiedene Voraussetzungen notwendig. Das Knappschaftsstatut vom 20. Januar 1839 legte folgendes fest: „§ 6. Die bestehende Einrichtung, wonach die Knappschaft nur aus den unständigen Bergarbeitern ergänzt wird, bleibt auch ferner und zwar in der Art beibehalten, daß alljährlich eine angemessene Zahl unständiger Bergarbeiter verändert und in die Knappschaft aufgenommen werden kann. Die Aufnahme erfolgte nach der Dienstzeit, und es sollen, bei übrigens gleichen Ansprüchen und gleicher Qualifikation, die Söhne ständiger Bergarbeiter vor denjenigen, deren Väter nicht Mitglied der Knappschaft waren, den Vorzug erhalten.“¹²⁴

Ja, man war seitens der Bergbehörden und Grubenleitungen sehr vorsichtig, ehe man einen unständigen Arbeiter mit vollen Rechten in die Knappschaft aufnahm. Die Argumente, mit denen die Behörden Arbeitern die Aufnahme als Knappschaftsmitglied verweigerten, sind in vieler Hinsicht äußerst aufschlußreich. Auf das Gesuch eines Holzschneiders um Aufnahme als Knappe bemerkte man, „daß bei der beträchtlichen Anzahl der auf den hiebigem Königl. Gruben beschäftigten Schmiede, Tagemaurer, Holzschneider und sonstigen Handwerkern, die Auf-

¹²⁰ Ebenda. ¹²¹ Ebenda, Nr. 583, Bl. 2.

¹²² Ebenda, Nr. 583 b, Protokoll der berghauptmannschaftlichen Konferenz vom 21. 10. 1847.

¹²³ Ebenda, Bl. 13 c, Protokoll der berghauptmannschaftlichen Konferenz vom 24. 10. 1842.

¹²⁴ Ebenda, Bl. 3. Knappschaftsordnung für die königlichen Steinkohlengruben vom 20. 1. 1839.

nahme“ des betreffenden Holzschneiders „zum Mitgliede der ständigen Knappschaft allerdings eine sowohl für das Knappschaftsinstitut, als für die Gruben, sehr nachteilige Exemplifikationen bilden, und zur Folge haben würde, daß die vielseitig schon erhobenen und voraussichtlich ferner erhoben werdenden ähnlichen Ansprüche ebenfalls berücksichtigt werden müßten; was nicht nur die Lasten des Instituts bedeutend vermehren, sondern auch einen Zustand der Dinge begründen würde, der uns künftighin nicht gestattete, dergleichen Arbeiter, wenn wir mit ihren Leistungen nicht mehr zufrieden sind, ohne weiteres zu entlassen, da sie dann in die, durch die §§ 3 und 30 der Knappschaftsordnung, den ständigen Bergleuten zugesicherten Rechte und Vorzüge treten würden . . . Die Bestimmungen im § 6 der Knappschaftsordnung, wonach alljährlich eine angemessene Zahl unständiger Bergleute in die ständige Knappschaft aufgenommen werden kann, ist übrigens, schon dem Wortlaute nach, eine bloß fakultative und es folgt – unseres unmaßgeblichen Erachtens – daraus umso weniger, daß alle unständigen Bergarbeiter mit der Zeit zu Mitgliedern der Knappschaftsinstitute aufgenommen werden müssen, als der § 26, in gewissen Fällen, selbst unterirdisch Beschäftigte, wirkliche Bergleute von dieser Begünstigung ausschließt.“¹²⁵

Ein wirklich kapitalistischer Standpunkt! Man hatte nicht das Interesse, jeden Bergmann zum Knappschaftsmitglied zu machen. Das Bergamt reflektierte auf die Freizügigkeit, auf den ständig von außerhalb kommenden Nachschub, man nutzte die industrielle Reservearmee. Noch immer vollzog sich in Deutschland der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation, der ständig in Gewerbe und Landwirtschaft Arbeitskräfte freisetzte.

Man setzte nicht mehr nur 6 bis 7 oder 8 Jahre Bergarbeit voraus, sondern stellte noch die Anforderung, daß sich der Arbeiter gut geführt haben müsse sowie lesen und schreiben könne.

Die Schulverhältnisse waren in den Bergarbeitergemeinden unter jeder Kritik. Von frühester Kindheit an mußte jedes Mitglied der Bergarbeiterfamilien arbeiten. Spätestens im Alter von 16 Jahren traten die Jugendlichen zur Grubenarbeit an. Ein großer Teil von ihnen konnte nicht lesen und schreiben. Das war nicht Schuld dieser Kinder, schuld hatten die ausbeutenden Klassen!

Ein erschütterndes Dokument für das Elend in den Bergarbeiterfamilien, in dem sich auch die eben genannten Probleme widerspiegeln, ist das Gesuch einer Bergarbeiterwitwe, das hier auszugsweise wiedergegeben werden soll. Es heißt darin unter anderem:

„Am 4ten Dezember v. J. hatte ich das Unglück meinen Ehemann, den unständigen Bergarbeiter Joh. Jacob Eisenbeis durch den Tod, und zwar am Nervenfieber, zu verlieren. Derselbe hat mich, da wir beiderseits kein Vermögen besitzen, mit 4 ganz kleinen Kindern in der drückendsten Armut hinterlassen. Die Pflege und Wartung meiner im zartesten Alter stehenden Kinder nehmen einen so großen Zeitaufwand in Anspruch, daß es mir bekümmerten Mutter unmög-

¹²⁵ Ebenda, Bl. 135/136.

lich wird, für meinen starken Haushalt, beim besten Willen, mit meiner Handarbeit etwas zu verdienen. Das Wenige der letzten Ernte ist aufgezehret, unsere kleine Gemeinde hat soviel und noch mehr Arme als sie ernähren kann, was beginnen? Die natürliche Folge wird sein, Verzweiflung und Hungertod – um nun dieser meiner kummervollen hilflosen Lage abzuhelfen, haben aus edler Menschenliebe die Reviervorgesetzten beim Wohlloblichen Bergamte zu Saarbrücken für mich auf ein Gnadengehalt angetragen, wurden aber mit Hinweisung auf die Knappschaftsinstitutionen, welche einen unständigen Bergarbeiter von dem Genusse der den ständigen Bergleuten zugesicherten Wohltaten excludieren, unberücksichtigt zurückgewiesen. Mein Elend hat den höchsten Grad erreicht, ich wage es daher, in dieser kummervollen Bedrängnis, mich an ein hochlobliches Oberbergamt, welches schon so oft als mildtätiger Genius der leidenden Menschheit in ähnlichen Fällen sich gezeigt demütigst zu wenden und fußfälligst zu bitten, mir und meinen schuldlosen vier Waisen das Gnadengehalt der ständigen Bergarbeiterwitwe huldvollst bewilligen zu wollen; Diese meine demütigste Bitte dürfte gewiß nicht unbillig erscheinen, wenn die menschenfreundliche Milde des Oberbergamtes höchstgeneigttest in Erwägung nehmen wollte, daß mein verstorbener Ehemann, der Sohn eines ständigen Bergmanns, des Johann Peter Eisenbeis zu Wellesweiler gewesen, 12 Jahre ununterbrochen in der königlichen Grube gearbeitet, seine Beiträge zur Knappschaftskasse volle 12 Jahre entrichtet, sich stets treu, fleißig und sittlich zur Zufriedenheit mit seinen Oberrn betragen und gewiß längstens in die Zahl der ständigen Knappschaft wäre aufgenommen, wenn er hätte schreiben und rechnen können, welches nicht ihm, sondern den schlechten Schulanstalten, die zur Zeit seiner Jugend bestanden, zur Last fällt, auch selbst sein frühzeitiger Tod, der uns in diesen hilflosen Stand so unerbittlich versetzt hat, dürfte von den der Gesundheit nachteiligen Einflüssen der in der Wellesweiler Grube bestehenden so sehr verschiedenartigen Einflüssen, die tödlich auf jene Nervenkrankheit einwirkt, entstanden sein, mithin ich mit meinen 4 hilflosen Waisen (die Kinder waren 4 Mädchen im Alter von 10, 6, 4, Jahren und 9 Monaten – E. W.) wohl in die Zahl der bei der Grubenarbeit verunglückten Bergleute aufgenommen, und zu den Rechten der ständigen Bergleute zugelassen werden können.“¹²⁶

In seiner Stellungnahme zu diesem Gesuch bemerkt das Bergamt Saarbrücken, daß Eisenbeis nicht lesen und schreiben konnte und deshalb nicht in die Knappschaft aufgenommen wurde. Man schrieb weiter, daß er das in seiner Jugend Versäumte „durch den Besuch der Sonntagsschule hätte nachholen können“.¹²⁷ Der Knappschaftsarzt sah sich gezwungen zuzugeben, daß bei Eisenbeis „infolge der Grubenarbeit eine besondere Disposition zur Erkrankung“ vorgelegen

¹²⁶ Ebenda, Bl. 143/44. Die Knappschaftsordnung sah vor, daß bei tödlichen Unfällen in der Grube Witwen und Waisen die Pensionen der ständigen Arbeiter bekamen, das war aber nicht der Fall, wenn der Mann an einer Berufskrankheit starb.

¹²⁷ Ebenda, Bl. 146.

habe. Noch bezeichnender war die folgende Feststellung: „Der traurige Ausgang seiner Krankheit ist allerdings zweifelsohne durch den Umstand herbeigeführt, daß der Eisenbeis, nach Aussage seiner Kameraden, schon erkrankt und leidend doch noch 14 Tage fortgefahren hat, die Grube zu besuchen, bis er endlich bei völliger Erschöpfung seiner Kräfte genötigt war, das Bett zu hüten und ärztliche Hilfe zu suchen und nun in kurzer Zeit der durch dieses Versäumnis heftiger gewordenen Krankheit erlag.“¹²⁸

Ein erkrankter unständiger Bergmann konnte es sich nicht leisten, sich auszukurieren. Um nicht zu verhungern, um seine Familie einigermaßen ernähren zu können, war er gezwungen, sich in jungen Jahren in den Tod treiben zu lassen. Wahrscheinlich hat er trotz seiner Krankheit noch eine Menge Überschichten verfahren, um den infolge zunehmender körperlicher Schwäche eintretenden Lohnrückgang auszugleichen. Die Forderung des Bergamtes nach Besuch einer Sonntagsschule muß unter diesen Umständen wie blutiger Hohn anmuten. Für einen Bergmann wie Eisenbeis, der immer den Unternehmern zur Hand gegangen war, sich immer zufrieden in sein von den Bergherren bestimmtes Geschick gefügt hatte, blieb nichts anderes, als sein Leben vorzeitig durch die Schuld der Grubenverwaltung zu beenden. Er blieb bis an sein Lebensende unständiger Bergarbeiter und hinterließ seine Familie in bitterster Not.

Erbarmungslos legte noch die Knappschaftsordnung von 1839 fest: „Wer die Prüfung im Lesen, Schreiben und Rechnen nicht besteht, wird solange zurückgesetzt, bis er sich diese Kenntnisse zu eigen gemacht hat, und hiernächst, auf gehörige Meldung, einer Prüfung unterworfen. Ausnahmen hiervon sollen nur in dem Falle gestattet sein, wenn der unständige Bergmann schon so vorgerückten Alters ist, daß er den verbesserten Unterricht in den jetzigen Elementarschulen zu erhalten nicht mehr imstande gewesen ist, mithin jene Fertigkeiten zu erwerben keine Gelegenheit mehr gehabt hat.“¹²⁹

Dem Drängen der Bergleute nach Lockerung dieser harten Bestimmungen mußte man in dem Entwurf zu einer neuen Ordnung von 1845 nachgeben und formulierte dann so: „Eine Ausnahme hiervon soll nur dann gestattet werden, wenn der unständige Bergmann nachweisen kann, volle 15 Jahre auf den königlichen Gruben ununterbrochen in Arbeit gestanden zu haben.“ Allerdings waren 15 Jahre eine lange Zeit. Man war dann schon fast in dem Alter, in dem die Grubenverwaltungen die Neuanlegung als unständiger Bergmann verweigerte. Viele Leute hatten in diesem Alter ihre Kräfte schon weitgehendst verbraucht und konnten die Bergarbeit, vor allem unter Tage, nicht mehr ausführen.

Die Löhne aller Bergarbeiter waren kümmerlich, die der meisten Unständigen besonders. Bei ständig steigenden Preisen erfolgte keine entsprechende Erhöhung der Nominallöhne. Bis 1848 sanken im Saarrevier die Reallöhne.¹³⁰ „Die meisten Arbeiten wurden im Gedinge vergeben, das heißt, eine Gruppe von

¹²⁸ Ebenda.¹²⁹ Ebenda.¹³⁰ Noack, Richard, a. a. O., S. 150/151.

Bergleuten übernahm eine Arbeit nach freier Vereinbarung mit dem Grubenleiter über den für die Erledigung zu zahlenden Gesamtlohn. Seit 1840 kam die freie Versteigerung unter den Kameradschaften in Gebrauch; bei dieser Methode blieb die Schädigung der Arbeiter durch gegenseitiges Unterbieten nicht aus.¹³¹ Immer mehr wurde der Arbeiter angetrieben, seine Arbeitskraft immer rascher verbraucht. Der Aufstieg in die Gruppe der Ständigen wurde dagegen immer schwieriger. Ungern sahen es die Bergherren auch, wenn ein Bergmann ihrer Meinung nach zu früh heiratete, vor allem dann, wenn er unständig war. Doch sie kamen nicht darauf, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern, sondern sie verboten die Eheschließung für solche Bergleute. Die Begründung, die sie dafür anführten, war in ihrer Art einzig: „Es ist bisher darauf gehalten worden, daß die Bergleute nicht zu frühzeitig und womöglich erst nach erreichtem 24. Lebensjahr heiraten, da die Erfahrung gelehrt hat, daß ein frühzeitiges Heiraten für die Erhaltung eines kräftigen Bergmannsstandes sehr nachteilig ist.

Es hat nun der unständige, erst 21 Jahre alte Bergarbeiter Franz Uhlmann aus Spiesen in einer, an den Herrn Berghauptmann gerichteten Bittschrift vom 5ten Oktober a. c. um die Bewilligung des Heiratsconsens nachgesucht, welcher demselben aber nach den vorgebrachten unhaltigen Gründen und der bisher erfolgten Praxis nicht erteilt werden konnte; es wurde ihm jedoch freigestellt, aus der Grubenarbeit zu treten, in welchem Falle dann seiner Verheiratung nichts im Wege steht, oder diese bis zum verlangten 24ten Lebensjahr aufzuschieben.“¹³²

Die Bergleute dachten über diese Dinge anders. In einer Petition schrieben sie: „Es besteht eine bergamtliche Verfügung, wonach kein Bergmann vor dem 24ten Lebensjahr heiraten darf. Wir sehen nicht ein, was gutes durch diese Verfügung erzielt werden soll, wissen vielmehr der Fälle nicht wenig, wo sie zum Sittenverderbnis und zur Demoralisierung der Jugend mitgewirkt hat. Warum sollen sich in diesen Stücken unsere Söhne nicht derselben Freiheit bedienen können, die das Staatsgesetz allen Staatsbürgern zugesteht, zumal da vor dem 25ten Jahre keine Ehe gegen den Willen der Eltern geschlossen werden kann.“¹³³ Hier wirken noch die im Prinzip nicht veränderten Bestimmungen des Arbeitsreglements von 1797 nach, das, wie Hue feststellt, bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in den Grundzügen erhalten blieb. Deutlich wird weiter, daß auch die unständigen Bergleute noch bestimmte Privilegien besaßen, die der Bergbürokratie gestatteteten zu reglementieren.

Freilich waren die Unterschiede, die die unständigen von der Stellung der freien Lohnarbeiter unterschied, schon sehr gering geworden. Im Knappschaftsstatut hieß es:

„§ 4 . . . Da dieselben jedoch, den Bedingungen ihrer Annahme gemäß, Beiträge wie die ständigen Bergarbeiter zur Knappschaftskasse zu entrichten gehalten

¹³¹ Ebenda, Anm. 72.

¹³² Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Nr. 583 b, Bl. 221.

¹³³ Ebenda, Petition der Grube Sulzbach vom 21. 3. 1848.

sind, so sollen ihnen, wenn sie während ihrer Beschäftigung mit Bergarbeitern auf einer Grube krank werden, das weiter unten im § 34 festgesetzte Krankenlohn sowie ärztliche Hilfe und Medikamente unentgeltlich auf die Zeit ihrer Annahme zur Arbeit, nämlich auf 4 Wochen, verabreicht werden.

§ 5. Verunglückt dagegen ein unständiger Bergmann in der Grubenarbeit und wird er dadurch arbeitsunfähig, oder verliert er gar das Leben, so sollen ihm oder seinen Hinterbliebenen mit den Rechten des ständigen Bergmannes die diesen verheißenen Wohltaten der Anstalt zugute kommen.¹³⁴

Das „Aufsteigen“ in die Klasse der ständigen Bergleute war im Laufe der Entwicklung mit immer größeren Schwierigkeiten verbunden. Es lag letzten Endes im Ermessen der Bergbehörde, wie groß der Anteil der wirklichen Knappschaftsmitglieder an der Gesamtbelegschaft wurde. Bis 1847 wurde der Anteil der ständigen Arbeiter immer geringer, ohne sich bis 1852 noch wesentlich zu verändern (vgl. dazu Tabelle Seite 261). Die Masse der Bergarbeiter näherte sich in ihrer sozialen Stellung immer mehr der eines freien Lohnarbeiters. Es fehlte nicht an Versuchen seitens der unständigen, am härtesten ausgebeuteten Bergleute, eine Änderung der sozialen, durch das Knappschaftsstatut juristisch weitgehend festgelegten Struktur zu erzwingen. Ein Beispiel dafür liefert der Briefwechsel zwischen dem Bergamt Saarbrücken und dem Preußischen Finanzministerium in Berlin.

Das Bergamt Saarbrücken schrieb unter anderem: „Ein hohes Finanzministerium nimmt nach der mir von einem Königlichen Hochlöblichen Oberbergamte durch verehrliche Verfügung vom 27. v. Mts. gemachten Mitteilung Anstand, die neue entworfene Knappschaftsordnung für die hiesigen königlichen Steinkohlengruben zu genehmigen, weil bei der Entwerfung derselben nicht alle Knappschaftsmitglieder gehört und sonach mit den vorgeschlagenen Änderungen sich nicht haben einverstanden erklären können. . .“ Das Bergamt betrachtete die Knappschaftsältesten als allein dazu berufene Vertreter.¹³⁵ Es weigerte sich, alle Bergleute zu der vorgeschlagenen Änderung zu hören. Bei der vorgesehenen Abänderung der Statuten sollten nämlich vor allen Dingen die Knappschaftsältesten besser gestellt werden. Man glaubte, „eine solche“ vom Ministerium geforderte „Befragung“ aller Knappschaftsmitglieder „für das ganze Knappschaftsinstitut“ als „gefährlich“ erachten zu müssen. „Denn wenn man jetzt“, so schrieb das Hochlöbliche Bergamt weiter, „anfangen wollte, über eine Frage, die lediglich die Vermehrung der Benefizien betrifft, durch speziell durch die Knappschaft ernannte Deputierte zu verhandeln, so würde dies bald bei jeder anderen Frage verlangt werden und man könnte leicht das Schauspiel von 1830 sich erneuern sehen, in welchem Jahre sich ein Komplott unter den

¹³⁴ Ebenda, Bl. 2/3.

¹³⁵ Die Knappschaftsältesten „sind die speziellen Vorsteher des Knappschaftsinstitutes. Es wählet die Knappschaft einer jeden einzelnen Zeche 2 Subjekte aus ihrer Mitte, zu denen sie das meiste Vertrauen hat, die einen guten, religiösen und moralischen Lebenswandel führen und schreiben können, und bringt sie dem Bergamte in Vorschlag.“

Bergleuten gebildet hatte, das nur durch rasches und kräftiges Einschreiten gesprengt wurde, und nichts geringeres sich zum Ziele gesetzt hatte, als das Vermögen der Knappschaftskasse unter die Bergleute zu verteilen. Man kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß, wenn man einmal die gefährliche Bahn, einzelne Fragen durch die gesamte Knappschaft entscheiden zu lassen, betreten hat, dieser Fall Veranlassung geben wird, in schwierigen Zeiten die Rechtmäßigkeit aller Verhandlungen der Verwaltung in Frage zu stellen und den Vorwand zur Gewalttätigkeit geben kann. . .¹³⁶

Komplott – welch ein anrühiges Wort! Das Bergamt sucht damit im Jahre 1846 etwas zu beschmutzen, das Graf Beust – damals Oberberggrat und Oberberghauptmann in Bonn – 1830 seiner übergeordneten Dienststelle in Berlin mit folgenden Worten noch relativ sachlich beschrieben hatte (womit nicht gesagt sein soll, daß wir uns heute mit dem Inhalt seiner Ausführungen identifizieren müssen!):

„Während der Zeit, daß ich in dem hiesigen Revier die Generalbefahrung der Königl. Steinkohlengruben abgehalten habe, sind mir verschiedene Bittschriften der Knappschaften einzelner Gruben, namentlich von Prinz Wilhelm bei Gersweiler, Sulzbach, Dudweiler, Königsgrube, Wellesweiler und Merchweiler zugekommen, worin um ein höheres Lohn gebeten und die Unmöglichkeit vorgestellt wird, mit dem gegenwärtigen Verdienst auszureichen . . . Dieses Steigen (die Preise stiegen um 100 Prozent in diesen Jahren – E. W.) steht mit einem teilweisen Mißwachs der hiesigen Gegend in Verbindung, der bei den gegenwärtig allgemein herrschenden Umständen Befürchtungen für die Zukunft hervorruft, die kaum in ruhigen gewöhnlichen Verhältnissen entstanden wären und welche das noch nicht einmal vorhandene Übel einer allgemeinen Teuerung schon halb verwirklicht. Ohne dem Geist, der unter der hiesigen Knappschaft in diesem Augenblick herrscht, irgendeinen Vorwurf zu machen, ohne ein Übel zu fürchten, welches noch nicht da ist, scheint es, mir, daß die Kgl. Bergwerksbehörden die Verpflichtung haben, in dem gegenwärtigen Augenblick alles zu tun, um Unzufriedenheit bei der Knappschaft zu unterdrücken, welche Freigeist zur Folge haben könnte. . .¹³⁷

Die Bergbehörden sahen allenthalben die Gefahr der Revolution. Trotz der größten Anstrengungen von Metternich und seinen Bundesgenossen war es im Gebiet des Deutschen Bundes nicht gelungen, den historischen Fortschritt zum Schweigen zu verdammen; „in Deutschland verkündeten zahlreiche Insurrektionen und Bewegungen eine neue Ära der Volksagitation und der bürgerlichen Agitation“.¹³⁸ Graf Beust verkannte nicht, daß die Ursache der Be-

¹³⁶ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Nr. 583 b, Bl. 225–230, Bericht des Bergamtes Saarbrücken: Die Saarbrücker Knappschaftsordnung betreffend vom 6. I. 1846.

¹³⁷ Ebenda, Nr. 581 a, Die Unterstützung der Saarbrücker Knappschaft während der Teuerung von 1830/31 (Anlage von Fruchtmagazinen), Bd. I, 1830–1855, ohne Blattnummer.

¹³⁸ Engels, Friedrich, Deutsche Zustände von 1815 bis 1840. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte. Berlin 1955, Bd. II, I, S. 53.

wegung im Saarrevier in dem tiefen sozialen Elend zu suchen war, unter dem die Bergleute litten. Er plädierte für Naturalunterstützungen seitens der Behörden, die „sowohl den ständigen als unständigen Bergleuten gegeben werden“ sollte, „die einen sind ebenso Grubenarbeiter wie die anderen, ein Unterschied würde bei den letzteren große Unzufriedenheit hervorrufen“.¹³⁹ Nach langem Hin und Her bewilligte man einen Silbergröschten Teuerungszulage für alle.¹⁴⁰ Das bedeutet zugleich, daß die Bewegung größer war, als es auf den ersten Blick selbst nach dem Beustschen Berichte scheinen mag. Nicht nur die eigentlichen Knappschaftsmitglieder stellten Forderungen, die in den von Beust aufgezählten Petitionen enthalten waren, sondern auch die unständigen Bergarbeiter waren in Bewegung geraten.

Beust trug der geschlossenen Haltung aller Bergleute, ihrem einheitlichen Auftreten für berechnigte Forderungen Rechnung. Entgegengesetzt trat das Bergamt Saarbrücken hingegen 1846 auf. In dem weiter oben schon zitierten Schreiben hieß es bezeichnenderweise:

„Eine weitere Schwierigkeit würde das Verhältnis der unständigen zur ständigen Knappschaft veranlassen.

In diesem Augenblick sind fast $\frac{2}{3}$ der anfahrnden Mannschaft unständig; aber mit jedem Jahr wird ein Teil derselben vereidigt, während ein Teil der ständigen durch den Tod oder durch ihre Aufnahme als Pensionier's ausscheidet und nach Verlauf einiger Jahre wird der größte Teil der ständigen Knappschaft aus solchen Mitgliedern bestehen, die heute keinen Teil an dem Vermögen der Knappschaftskasse haben. Nach der bestehenden Einrichtung werden die unständigen Bergleute nur auf 4 Wochen angenommen. Sie können nach Ablauf dieser Zeit ohne weiteres entlassen, würden daher zur Wahl von Deputierten ebenso wenig zugezogen werden können, als sie heute Teil an der Wahl der Knappschaftsältesten haben . . .

Will man diesem Übelstande aber dadurch begegnen, daß man jetzt sämtlichen unständigen Bergleuten Teil an der Wahl der Deputierten gibt, dann würde man ihnen Rechte einräumen, die sie in keiner Weise beanspruchen können und die sehr üble Folgen für das Bestehen des ganzen Knappschaftsinstituts haben müßten.“¹⁴¹

Dieses Schreiben läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Knappschaft ein Instrument der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Ausbeuter war. Die Masse der in die Knappschaftskasse zahlenden Arbeiter war so gut wie rechtlos, und selbst die, die Privilegien besaßen, hatten auf die in den Knappschaften gemachte Politik wenig Einfluß.

Die unständigen Bergleute waren die Mehrheit. Vor allem sie sollten weiter unterdrückt werden. Der größte Teil der unständigen Bergleute war in Wirklichkeit ständig beschäftigt, aber er besaß keine Privilegien. Diese Bergleute

¹³⁹ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O.

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Ebenda, Nr. 583 b, Bl. 225—230.

waren „ständige Beschäftigte“, die der Klasse der „unständigen Arbeiter“ angehörten. Sie konnten jederzeit in Krisenjahren oder bei anderweitigen Absatzstockungen entlassen werden. In dieser Beziehung unterschied sie nichts mehr von den freien Lohnarbeitern in anderen Industriezweigen.

Über den Belegschaftszuwachs von 1828–1837 vermerkten die Behörden in den Notizen über die Knappschaftskassen der Königlichen Steinkohlengruben im Bergamtsbezirk Saarbrücken: „Bei der bedeutenden Vermehrung der Mannschaft wurden unverhältnismäßig wenige Arbeiter in die Knappschaft aufgenommen, um für diese unter jeder Bedingung Arbeit zu haben und nicht gezwungen zu werden, sie bei Debitstockungen ablegen zu müssen.“¹⁴²

Das Bergamt war sich darüber im klaren, daß in den Knappschaften eine Krise heranreifen mußte. Die Bergbehörden und Grubenleitungen begannen die Masse der Arbeiter noch mehr als 1830 zu fürchten. Die herrschenden Kreise suchten zu verhindern, daß die Bergleute Selbstbewußtsein erlangten. Die Grubenleitungen und Bergbehörden wollten den Saarbergleuten in der Hauptsache nur das eine Recht gewähren, sich nach dem Ermessen der Grubengewaltigen ausbeuten zu lassen. Man wollte keine Arbeiter, die irgendwie mitbestimmten, ja, man wollte sogar verhindern, daß die Bergleute ihre Ansichten organisiert zum Ausdruck brachten und daß dabei die Behörden eventuell gezwungen gewesen wären, die eine oder andere Forderung der Arbeiter zu bewilligen. Die ersten Anzeichen dafür, daß die Arbeiter 1830 selbst bestimmen wollten, wie das Vermögen in der Knappschaftskasse verwendet wurde, saßen dem Bergamt Saarbrücken wie ein Schock in den Gliedern.

Man suchte nach einem Ausweg, um einer wachsenden Aktivität der Arbeiter vorzubeugen. Die berghauptmannschaftliche Konferenz vom 21. Oktober 1847 schlug vor: „Bei der ca. 4000 Mann betragenden Belegschaft der Königlichen Gruben könne übrigens die jetzt nur 1217 Mann große Anzahl der ständigen Bergleute recht füglich auf 2500 Mann erhöht werden, und es schiene zu dem Ende unnachteilig für die Knappschaftskasse, von jetzt ab den Leuten nach einer Arbeitszeit von höchstens 10 Jahren den Zutritt zur Prüfung und Vereidigung zu gestatten, insofern die vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen.“

Was die verschiedenen Dienststufen beträfe, so seien dieselben durchaus erforderlich, um ein richtiges Verhältnis der Knappschaftsmitglieder unter sich zu erhalten, indessen solle künftig darauf gesehen werden, daß die Bergleute nach ihrem Dienstalter auch in die höhere Klasse – als Häuer – vorrücken, um somit der entsprechend größeren Wohltaten der Knappschaftskasse auch teilhaftig werden zu können.“¹⁴³

Bis zum Ende des Jahres 1852 allerdings verändert sich der Anteil der Unständigen an der Gesamtbelegschaft der Saargruben nicht entscheidend. Eine vorübergehende absolute, wenn auch geringfügige Zunahme der ständig Be-

¹⁴² Ebenda, Nr. 583 i, ohne Blattnummer.

¹⁴³ Ebenda, Nr. 583 b, Extrakt aus dem Berghauptamtlichen Konferenzprotokoll, Saarbrücken, den 21. 10. 1847, ohne Blattnummer.

schäftigten ist nicht zu übersehen, jedoch steigt der relative Anteil der ständigen Arbeiter innerhalb der Gesamtbelegschaft noch mehr durch die im Gefolge der Wirtschaftskrise von 1847 hervorgerufene Belegschaftsminderung, die in erster Linie die unständigen Arbeiter betraf.¹⁴⁴

Inwiefern sich Veränderungen in der Einstufung der einzelnen Arbeiterkategorien nach Häuern, Lehrhäuern, Förderleuten und anderen ergaben, war aus den hier zugrunde gelegten Quellen nicht ersichtlich.

Mit der Entwicklung in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts setzten sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Bergbau weiter durch. In der Struktur der Belegschaften des Saarbergbaues waren die Bergleute die entscheidende Kraft geworden, die in ihrer sozial-ökonomischen Stellung der eines freien Lohnarbeiters nahekamen, ohne allerdings schon selbst deren Rechte in allen Einzelheiten zu besitzen. Obgleich der Feudalismus im Saargebiet unter den Schlägen der Französischen Revolution fast völlig zusammenbrach, hatten sich feudale Züge im Bergbau erhalten, bestimmten noch die Struktur der Belegschaften und hemmten sie, endgültig sich als Arbeiter zu fühlen und als solche zu handeln.

Das Jahr 1848 brach an. Es brachte dem deutschen Volke die große Chance, während der bürgerlichen Revolution auf demokratischer Grundlage die Einheit des deutschen Vaterlandes zu erringen. „Ganz Deutschland wird zu einer einigen unteilbaren Republik erklärt,“ formulierten Karl Marx und Friedrich Engels in den Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland und wiesen damit sowohl dem deutschen Volk insgesamt, als auch der Arbeiterklasse speziell das zu erkämpfende Ziel.

Im Rheinland war der Feudalismus schon über ein halbes Jahrhundert fast völlig zerschlagen. Diese positive Besonderheit hatte dieses Gebiet dem übrigen Deutschland voraus.

Trotzdem hemmte die noch existierende nationale Zersplitterung Deutschlands auch die Bourgeoisie links des Rheins an allen Enden. In der Wirtschaftskrise 1847 hatte sich die ohnehin schon mehr als elende Lage der Arbeiterklasse weiter verschlechtert. Der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat mußte sich logischerweise zuspitzen.

„Geschreckt nicht nur durch das, was das deutsche Proletariat war, sondern durch das, was es zu werden drohte und was das französische schon war, sah die Bourgeoisie nur Rettung in jedem, auch dem feigsten Kompromiß mit Monarchie und Adel.“¹⁴⁵ Noch während die Arbeiter überall in Deutschland auf den Barrikaden kämpften, die im ersten Ansturm errungenen bürgerlichen Freiheiten verteidigten, hatte die Bourgeoisie die Revolution schon lange verraten. Das deutsche Proletariat aber hat 1848/49 in vorderster Linie gestanden und am konsequentesten für die Vollendung der bürgerlichen Revolution gekämpft.

¹⁴⁴ Vgl. Tabelle S. 261.

¹⁴⁵ *Marx/Engels*, Ausgewählte Werke. Berlin 1952, Bd. II, S.307.

Wenn der Kampf trotz kleiner Erfolge mit einer Niederlage endete, dann war es am wenigsten die Schuld der Arbeiter.

Es ist von Interesse, am Abschluß dieses Aufsatzes einiges dazu zu sagen, welche Rolle die Bergarbeiter im Saarrevier während der Revolution spielten, welche Aktionen sie durchführten und welchen Charakter ihre Kämpfe trugen.

Über die Rolle der Bergleute in der Revolution 1848/49 fehlt in Deutschland eine neuere, den letzten wissenschaftlichen Ansprüchen genügende zusammenfassende Untersuchung.

Wollte eine demokratische Bewegung an der Saar erfolgreich sein, dann mußte sie sich wie überall in Deutschland auf die Arbeiterklasse stützen. Den Löwenanteil der gewerblichen Arbeiter stellten dort die Bergleute. 1848 waren im Saargebiet 4500 Arbeiter im Bergbau, etwa 1300 in den Eisen- und 550 in den Glashütten, sowie 1500 in anderen Fabriken beschäftigt.

Die Wirtschaftskrise 1847 vergrößerte die Not der Arbeiterfamilien, brachte „eine immer mehr zunehmende Verelendung der unteren Volksschichten, des Handwerker-, Kaufmanns- und Arbeiterstandes.“¹⁴⁶

Im März 1848 gerieten auch die Bergleute an der Saar in Bewegung. Die bürgerliche Geschichtsschreibung hat bisher die Vorgänge im Saargebiet 1848 relativ wenig tiefgründig untersucht. Die Aktionen der Volksmassen sind völlig ungenügend in ihrer Bedeutung gewürdigt worden. Den Gipfel erreicht eine solche Haltung in den Worten von I. Kraus, der sich, in völliger Verkennung der wirklichen Triebkräfte jeder historischen Entwicklung, im Jahre 1919 zu formulieren erlaubt: „Die Vorgänge im Saarrevier sind nicht derartige gewesen, daß sie über den Rahmen der Lokalgeschichte hinaus Bedeutung beanspruchen dürfen. Wir Saarländer haben es – zum Glück – verabsäumt, durch echte revolutionäre Taten unsere leidenschaftliche Teilnahme an den Dingen kund zu tun.“¹⁴⁷ Das Gegenteil ist die Wahrheit, es war ein großes nationales Unglück für das deutsche Volk, nicht nur für die Saarländer, daß die Revolution infolge des Verrats der Bourgeoisie mit einer Niederlage endete, deren historische Folgen noch bis in die jüngste Gegenwart nachwirken.

Relativ wenig wissen wir bisher weiterhin über die Haltung und den Kampf der Bergleute speziell im Saargebiet. Otto Hue klammert in seiner großen Darstellung das Steinkohlenbecken im westlichsten Zipfel Deutschlands aus. Die bürgerlichen Arbeiten, die speziell die Vorgänge 1848/49 an der Saar beleuchten, bringen zwar Material zur Haltung der Liberalen und der kleinbürgerlichen Demokraten, die Arbeiter werden jedoch nur kurz gestreift, die Bergleute am kürzesten.¹⁴⁸

Die folgenden Ausführungen stellen keine umfassende Geschichte der Haltung oder gar des Kampfes der Saarbergleute 1848/49 dar. Es soll dabei lediglich,

¹⁴⁶ Kraus, I., Die politische Bewegung im Saarrevier 1848 bis 1849. Saarbrücken 1919, S. 4.

¹⁴⁷ Ebenda.

¹⁴⁸ Ebenda, und Noack, Richard, a. a. O.

von der Themenstellung der gesamten Arbeit ausgehend, auf einige wichtige Momente hingewiesen werden. Dabei wird das Hauptanliegen verfolgt zu schildern, wieweit der Prozeß der strukturellen Wandlung gediehen war und wieweit die Bergleute sich ihrer historischen Aufgaben bewußt wurden.

Nach dem Siege der revolutionären Volksmassen in Berlin am 18. 3. 1848 kam es auf den Saargruben zu einer bis dahin noch nicht gekannten großen Bewegung unter den Bergarbeitern, die in ihrer Ausdehnung und Wucht die von 1830 übertraf.

Die meisten Belegschaften der Gruben reichten Petitionen an das Königlich-Preußische Bergamt ein. Das Vorgehen der einzelnen Knappschaftsvorstände erfolgte einheitlich, in allen Petitionen fanden sich die gleichen Forderungen.

An der Spitze stand das Begehren der Bergleute nach besserer Bezahlung, nach einer Schichtlohnerhöhung und verbesserten Gedingesätzen.¹⁴⁹

Sehr illustrativ hieß es z. B. in der Petition der Belegschaften der Gruben Sulzbach und Altenwald: „Es bestand zu früheren Zeiten, wo alle Lebensbedürfnisse billig und der Polizeistrafen, Steuern und Gemeindeabgaben und Plackereien durch Gerichtsvollzieher weniger waren, der Schichtlohn aus 12 gGr. (Goldgroschen — E. W.) oder 15 Sgr. (Silbergroschen — E. W.). Die 12 gGr. schuf man später in 12 Sgr. um und diese sind jetzt sogar auf 11 Sgr. 3 Pfg. reduziert, müssen dazu noch Abzüge für Öl und Schmiedekosten erleiden. Ebenso ging es mit dem Lohne der Schlepper (usw. — E. W.) . . .

Mit diesen in Betracht ihrer anstrengenden und mit Lebensgefahr verknüpften Arbeiten so sehr heruntergekommenen Löhnen können sie ihre Verbindlichkeiten, die sie zu ihrer Lebensfristung zu contrahieren gezwungen waren und werden, nicht erfüllen. Klagen und Exekutionen, welche die Gerichtsvollzieher bereichern, und die Unterzeichneten in totalen Ruin bringen, sind die Folge. — Die Wunden, die die schrecklichen Jahre des Mißwaches und der Teuerung geschlagen haben, die können unter diesen Umständen niemals verharschen, sondern werden immer klaffen.“ Deshalb forderte man, „daß der Lohn, so wie er früher bestand, für alle erhöht werde, damit sie bei ihrer mühevollen und lebensgefährlichen Beschäftigung vor einem kümmerlichen und mit Entbehrungen kämpfenden Leben geschützt sind.“¹⁵⁰

Noch deprimierender hört sich die Begründung der Petition der Grube Dudweiler an: „Schon längst sind wir mutlos, denn wir sehen ein, daß wir trotz all unserem Arbeiten, Ringen und Streben doch nicht mehr imstande sind, unsere Familien ehrlich zu ernähren. Wenige befinden sich unter uns, die nicht eine außerordentliche Schuldenlast auf sich haben, dadurch ist dann auch der so wichtige Bergmannsstand ganz herabgesunken, alle Brüderlichkeit unter

¹⁴⁹ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Nr. 583 b. Petitionen der Knappschaften der Gruben Jägersfreude vom 10. 3. 1848, Sulzbach vom 21. 3. 1848, Gerhards-Grube vom 5. 3. 1848, Dudweiler, März 1848, Gersweiler vom 25. 3. 1848. (Die Akte ist nicht numeriert. Die Petitionen sind in einem Anhang der Arbeit beigelegt.)

¹⁵⁰ Ebenda, Petition Sulzbach-Altenbach.

uns wird am Ende ganz aufhören. Neid, Mißgunst, Abgestumpftheit und Gleichgültigkeit für alles Gute und Schöne wird an die Stelle treten. . . .

Unsere Familien sind jetzt lauter Schattengestalten, betrübt gehen wir zur Arbeit, und noch viel betrübter kehren wir heim, denn was finden wir zu Hause? ‚Elend‘! . . .

Der Lohn einer achtstündigen Schicht beträgt 11 bis 12 Sgr.; allein wie oft verdient ein Bergmann nur 8 bis 9 Sgr. pro Schicht!

Will er ein freies Lohn von 15 Sgr. verdienen, wie es die heutigen Verhältnisse unumgänglich erfordern, dann muß er täglich 11 bis 12 Stunden ununterbrochen in der Grube arbeiten, eine Zeit, die einen jeden gesunden Körper frühzeitig schwächen und verderben muß, so daß es am Ende, wenn es so bleiben sollte, lauter krüppelhafte Bergleute gäbe.“¹⁵¹

Die Bergleute spürten die Verelendung an ihre Kehlen drücken, sie wußten, daß ihre Lebenslage nicht so fort dauern konnte. Aber sie trauerten der Vergangenheit nach aus zwei Gründen. Einmal deshalb, weil ihnen ihr Leben damals sozial gesicherter erschien, und zum anderen spürten sie, daß ihnen ihre Stellung als privilegierte Schicht mehr und mehr verlorengegangen war und ging.

Der Kampf um die Wiedererlangung der alten Reallöhne, um höhere Reallöhne, ist progressiv zu beurteilen. Doch schon aus den bisher zitierten wenigen Beispielen zeigt sich andererseits, daß die Petenten an der alten Knappentradition festzuhalten wünschten. Die mit dem Prozeß der Herausbildung der Klasse der freien Lohnarbeiter verbundene rasche Verelendung hinderte sie vorläufig noch zu erkennen, daß die Bergleute als freie kapitalistische Lohnarbeiter, wenn sie sich ihrer historischen Rolle und Kraft bewußt werden, eine weit höhere Moral entwickeln können, als es der privilegierte Knappenstand jemals gekonnt hätte.

Da der Umwandlungsprozeß während der Revolution noch im vollen Gange war, wurde die Strukturbildung des Proletariats im Saarbergbau von zwei verschiedenen gesellschaftlichen Prozessen beeinflußt. Einmal waren es gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten, die an die Existenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse geknüpft waren. Zum anderen aber wirkten noch Gesetzmäßigkeiten, deren Erscheinungsformen sich an die noch in Deutschland vorhandenen Reste des Feudalismus anknüpften.

Diese zwei antagonistischen Elemente, die die Strukturentwicklung beeinflussten, spiegeln sich in den Petitionen wider. Die Arbeiter wollten unter anderem mit Recht einschneidende Änderungen in der Methode der Gedingestellung herbeiführen. In der Petition der Grube Gersweiler wurde diesbezüglich verlangt, „daß die Versteigerung der Hauptgedinge in Zukunft nicht mehr stattfinden soll, welches den Nachteil hat, daß die Ansteigerer junge kräftige Arbeiter aus der ganzen Belegschaft auswählen und zu sich nehmen, wodurch den älteren die beschwerlichste und wenig einträglichere Arbeit allein übrig-

¹⁵¹ Ebenda, Petition Dudweiler.

bleibt. Dieses hat auch noch den Nachteil, daß die älteren Bergleute sich über ihre Kräfte anstrengen müssen, um noch einigermaßen mithalten zu können und früh untauglich werden; . . .“¹⁵² In der Petition Sulzbach-Altenwald hieß es: „Zum Probehauen werden nur junge, rüstige, kräftige Leute genommen; alte geschwächte erhalten hierauf die Aufgabe, dieselbe Arbeit zu liefern. Ihr Lohn wird nach den Leistungen der jungen festgesetzt, da sie aber nicht leisten können, was jene Probe geleistet, kann ihr Lohn fast nie die Höhe des Schichtensatzes erreichen. Geldbedrängnisse in der Familie und Entmutigung in der Arbeit sind die nächsten Folgen dieser Einrichtung.“¹⁵³ Die jungen, das waren aber zum größten Teil keine ständigen Arbeiter! Analysiert man auf Grund dieser Aussagen die Struktur der Bergleute, so ergibt sich die wichtige Feststellung, daß ein großer Teil der durch die Arbeitsordnung und die Knappschaftsstatuten besonders privilegierten Arbeiter nicht mehr zu dem Teil der Bergleute gehört, der den höchsten Lohn verdient. Das liefert zugleich auch die Begründung dafür, warum die ständigen Knappschaftsmitglieder in beachtlicher Geschlossenheit mit in die Lohnbewegung eintraten.

Die jungen Arbeiter waren dem Verelendungsprozeß sehr stark ausgesetzt, ihre Arbeitskraft wurde rasch verbraucht. Diese Lohnfestsetzungsmethode war für den kapitalistischen Bergbau typisch, auch wenn keinerlei feudale Traditionen nachwirkten. Die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft des freien Lohnarbeiters im Bergbau, für den im noch andauernden Prozeß der ursprünglichen Akkumulation in der industriellen Reservearmee genügend Nachschub anfiel, das war das Neue, was die Saarbergleute als besonders hart empfanden. Sie wehrten sich mit Recht gegen die kapitalistische Ausbeutung. Dieser Kampf der Bergarbeiter, der Kampf gegen die sogenannte Gedingeschraube, ist auch in den folgenden Jahrzehnten ein wichtiges Problem für die Bergleute. Das Kapital beherrscht auch in Zukunft meisterhaft die Ausnutzung der altersmäßigen Struktur der Bergleute, um so einen hohen Profit zu erzielen. Damit versucht die Bourgeoisie, in die Arbeiterklasse scharfe Gegensätze hineinzutragen.

Auf der anderen Seite gab die noch auf der feudalen Tradition aufbauende, in den Reglements und Knappschaftssatzungen verankerte Struktur Anlaß zu einem Teil der Forderungen der Arbeiter.

Die Unterzeichner der Petitionen (das waren ständige Knappschaftsmitglieder — E. W.) kämpften z. B. nicht für eine rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter, sondern nur um Lockerung des Verhältnisses der ständigen zu den unständigen Bergleuten. Es heißt z. B.: „Unständige Bergleute, die im Lesen und Schreiben unerfahren sind, müssen 15 Jahre lang arbeiten, bis sie zur Vereidigung zugelassen werden. Sollte eine Zeit von 9—10 Jahren nicht ebenfalls zum Zwecke führen.“¹⁵⁴

¹⁵² Ebenda, Petition Gersweiler.

¹⁵³ Ebenda, Petition Sulzbach.

¹⁵⁴ Ebenda.

Man forderte in ähnlicher Richtung auch die Aufhebung der Heiratsbeschränkung, Verkürzung des Pensionsalters, Erhöhung der Krankengelder sowie Waisen- Witwen- und Altersrenten. Außerdem wollte man das ausschließliche Recht durchsetzen, daß die Knappschaftsmitglieder ihre Knappschaftsältesten selbst wählen. In keiner der Forderungen taucht aber auf, daß der juristische Unterschied zwischen ständigen und unständigen Arbeitern aufgehoben werden solle.

Das wirft nun mit Nachdruck zwei Fragen auf, nämlich:

1. Wer waren die Bittsteller und Unterzeichner dieser Petitionen?
2. Wo sind die eigentlichen Triebkräfte für diese umfassende Lohnbewegung zu suchen?

Die Antwort ist eindeutig. Die Bittsteller und Unterzeichner waren die ständigen Arbeiter, die eigentlichen Knappschaftsmitglieder.

Aber man kann die Knappschaften auf keinen Fall allein für das Zustandekommen der Bewegung verantwortlich machen. Eine entscheidende Rolle als Triebkraft der Bewegung spielen die außerhalb der Knappschaft stehenden unständigen Arbeiter. Den Beweis dafür liefern folgende, in die Petitionen eingearbeiteten Formulierungen. Die Knappschaft Dudweiler glaubte unbedingt bemerken zu müssen: „Ein Königliches Wohlhobliches Bergamt wird hieraus ersehen, daß wir gewiß keine unverschämten Forderungen stellen, wie es bei den heutigen Zeitereignissen leider oft genug der Fall ist.“¹⁵⁵

Noch aufschlußreicher ist der Schlußabsatz der Forderungen der Knappschaft Gersweiler: „Sollte die Entscheidung höheren Orts nachgesucht werden müssen, so bitten wir ehrerbietigst, daß dieses ehestens veranlaßt werde. Dann erlauben wir uns noch die Bitte, daß die Entscheidung recht bald entweder erteilt oder doch höheren Orts veranlaßt werde; wir befeißigen uns gewiß der allen Orts so nötigen Ruhe und Ordnung, wie es unsere gegenwärtige Eingabe beweist, und werden alles anwenden, daß dieser Geist bei uns und anderwärts aufrecht erhalten werde, soviel es in unseren Kräften steht; ein zu langes Zögern eines Bescheides könnte uns leicht aber die nötige Kraft hierzu aus der Hand nehmen; und bitten demnach um baldige Gewährung.“¹⁵⁶

Die Knappschaften waren danach an keiner grundlegenden revolutionären Umgestaltung der Verhältnisse interessiert. Mit ihren Forderungen und der Art und Weise ihrer Grundkonzeption gestatteten sie den Bergbehörden, Herr der Situation zu bleiben. Das Bergamt Saarbrücken erkannte lobend an, „daß die Knappschaft unbeirrt durch Aufwiegelung von außen“ ihre „Wünsche“ auf „gesetzlichem Wege . . . angebracht hat.“¹⁵⁷

Die Struktur der Belegschaften sowie die mangelnde ideologische Reife der Bergarbeiter gestattete den staatlichen Behörden, mit Hilfe der in der Knapp-

¹⁵⁵ Ebenda, Petition Dudweiler.

¹⁵⁶ Ebenda, Petition Gersweiler.

¹⁵⁷ Ebenda, Schreiben des Bergamtes Saarbrücken an die Königliche Steinkohlengrube Prinz Wilhelm vom 2. 4. 1848.

schaft organisierten ständigen Arbeiter weitergehende Forderungen der unständigen Bergleute abzuwürgen, einen allgemeinen Streik zu verhindern. Wer waren die sogenannten Aufwiegler von außen (außerhalb der Knappschaft)? Es waren vor allem die unständigen Bergleute, die am härtesten von der Wirtschaftskrise 1847 betroffen wurden, deren Lebenslage rapid sank. Ein großer Teil von ihnen war arbeitslos geworden, bzw. zur Kurzarbeit verdammt. Am 27. September 1848 schätzte die berghauptmannschaftliche Konferenz die Situation im Saargebiet wie folgt ein: „Infolge des geringen Debits mußte der Betrieb der meisten königlichen Gruben bedeutend geschwächt und somit die Belegschaft derselben verringert werden. Den abgelegten unständigen Bergleuten kam hierbei glücklicherweise der Umstand zustatten, daß sie größtenteils bei Erdarbeiten der Eisenbahn Arbeit und Verdienst fanden. Von den entfernteren Gruben konnten dagegen die abgelegten unständigen Arbeiter keine Arbeit auf der Eisenbahn annehmen, sie zogen es vor, abwechselnd 14 Tage anzufahren, während die erst in 1847 angenommenen, meist unverheiratete Leute, meist ganz feierten. Dennoch hat das Los der gänzlichen Ablegung nur ungefähr 150 Jungen betroffen. . . .“¹⁵⁸

Dieser rosarot schöngefärbte Erguß trägt. Das Glück der beim Eisenbahnbau beschäftigt gewesenen Arbeiter muß elend gewesen sein. Sie waren schlecht dran und fanden sich bald zu kraftvollen Aktionen. In den machtvollen Demonstrationen der beim Bahnbau beschäftigten Leute sieht Noack die stärkste Bewegung der Arbeiterklasse im Saarrevier während der Revolution überhaupt. Er meint: „Gefährliche Formen nahm das Verlangen nach sofortiger Lohn-erhöhung bei einer Gruppe von 150 unständigen Bergleuten an, die bei dem Eisenbahnbau in der Nähe von Neunkirchen Verwendung gefunden haben. Sie zog drohend nach dem Büro der Bauleitung. Hier flammte in einer kleinen Menge von Schicksalsgenossen einmal das Bewußtsein ihrer Macht als Masse auf.“¹⁵⁹ Das wachsende Bewußtsein der Bergarbeiter, die organisierte einheitliche Kraft, fürchteten die Bergbehörden und die mit ihnen verbündeten Knappschaftsvorstände. Eine rigorose Ablehnung der Forderung der Knappschaften erschien weder den einen noch den anderen in einer solchen Situation als angebracht. Am 1. 5. 1848 sah sich das Ministerium in Berlin gezwungen, die Löhne – wenn auch nicht ganz entsprechend den Forderungen der Arbeiter – zu erhöhen.¹⁶⁰ Eine Revision der Knappschaftsordnung wurde vorgenommen, die aber am prinzipiellen Charakter nichts änderte. Die Spaltung in ständige und unständige Bergarbeiter blieb erhalten. Mit Hilfe der durch die Knappschaft privilegierten Bergarbeiter beherrschten die Grubenleitungen und die Bergbehörden auch weiterhin das gesamte Saarrevier. Richard Noack be-

¹⁵⁸ Ebenda, Nr. 583 c, Extrakt des Protokolls der bergamtlichen Konferenz zu Saarbrücken vom 27. 9. 1848.

¹⁵⁹ Noack, Richard, a. a. O., S. 267.

¹⁶⁰ Staatsarchiv Düsseldorf, a. a. O., Nr. 583 c, Schreiben des Oberberghauptmannes zu Berlin an das Oberbergamt Bonn vom 4. 8. 1848.

merkt: „Im Winter 1848/49 war die Regierung hinsichtlich der Arbeiter in der Bergbaugegend völlig ohne Sorgen.“¹⁶¹

Wenn Noack damit andeuten will, daß damit der Klassenkampf beendet war, so irrt er. Zwar war kein derartiger Höhepunkt wieder vorhanden, wie im März 1848, aber die Arbeiter ließen nicht nach, neue Forderungen zu stellen. Am 10. und 28. Februar 1849 richteten die Knappschaften der Gruben Dudweiler und Neunkirchen erneut Petitionen an die Staatsbehörden¹⁶², die allerdings – abgesehen von ganz unbestimmten Versprechungen – abgelehnt wurden.

Noch war auch der objektiv am weitesten fortgeschrittene Teil der Saarbergleute, die unständigen, nicht einheitlich in seinem Handeln, im Bewußtsein. Einige werden, darunter wohl vor allem Söhne der privilegierten ständigen Arbeiter, das innerhalb der Arbeiterklasse keimende Neue nur sehr schwer begriffen haben. Sie ließen sich so in einigen Fällen als Werkzeuge der Konterrevolution mißbrauchen. Für ihre Teilnahme am „Feldzug zur Unterdrückung der Insurrektion in der Pfalz und Baden“ sollten sie sogleich „Lehrhauer“ und „vorzugsweise“ vereidigt werden.¹⁶³

In dem ganzen Zeitraum von 1789–1848 zeigen sich innerhalb der Belegschaften des Saarreviers nicht zu übersehende strukturelle Wandlungen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlebt Deutschland die Anfänge der bürgerlichen Revolution und gleichzeitig den Beginn der industriellen Revolution. Auf der Basis der damit im Zusammenhang wirkenden verschiedenen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten begann der Prozeß der Umwandlung feudal-privilegierter und gebundener Knappen zu freien kapitalistischen Lohnarbeitern. So wie aber in der Revolution von 1848/49 die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland noch nicht abgeschlossen war, hat sich ebenfalls die Umwandlung der Bergleute zu kapitalistischen Lohnarbeitern erst in den folgenden Jahren vollendet.

Zwar galt im Saargebiet das kapitalistische französische Berggesetz, aber die Macht im Staate hatte die preußische, noch teilfeudale Bürokratie im Interesse der Junker. Ihrer Herrschaftsmethode kam das Streben der Bergleute entgegen, die an ihren alten Privilegien hingen, weil sie ihnen große soziale Sicherheiten boten. So gelangte die in ihrem ursprünglichen Kern feudale Knappschaftstradition nochmals zur Blüte und wurde zu einer Fessel für die Bergleute.

Man kann die Bergleute in gewisser Beziehung mit den ehemals zünftig organisierten Handwerkern vergleichen, die ja bekanntlich ebenfalls zu einem großen Teil noch während der Revolution die Wiederherstellung der alten feudalen

¹⁶¹ Noack, Richard, a. a. O., S. 267.

¹⁶² Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 583 b, Ministerium für Handel und Gewerbe und öffentliche Arbeiten an die Knappschaften zu Dudweiler und Neunkirchen am 28. 5. 1849.

¹⁶³ Ebenda, Nr. 583 i, Bericht des Berggeschworenen Müller an das Bergamt Saarbrücken vom 10. Oktober 1849.

Verhältnisse anstreben. Nur so glaubten sie, dem Druck der großen Fabriken widerstehen zu können.

Allerdings besteht zwischen ihnen und den Bergleuten ein großer Unterschied. In der unmittelbaren Tätigkeit des „gelernten Bergmannes“ verändert sich nichts. Die Häuerarbeiten vor Ort erfolgten im betrachteten Zeitraum mit den gleichen Produktionsinstrumenten und im Prinzip mit den gleichen Produktionsmethoden. Die große Industrie entsteht neben dem Handwerker. Die Bergarbeiter bleiben, wenn man so will, Handwerker, die in einem Industriebetrieb arbeiten. Das Bergbauproletariat ist noch bis in das 20. Jahrhundert hinein eine Gruppe von Industriearbeitern mit hohem handwerklichem Können. Das Vordringen der Werkzeugmaschine vollzieht sich so, daß sie den Bergbau in seinen Hauptproduktionsvorgängen mit zuletzt ergreift. Insofern fallen die Theorien, denen das Streben nach Wiederherstellung der alten Knappschaften zugrunde liegt, auf einen fruchtbaren Boden und finden leicht Eingang in die Köpfe der Arbeiter.

Es gelang den Grubenleitungen im Saargebiet, die Löhne der Bergarbeiter sehr niedrig zu halten. Der Bergbau und das Hüttenwesen waren die dominierenden Industriezweige. Bekanntlich vollzieht sich der Industrialisierungsprozeß im Kapitalismus so, daß sich am Anfang die Leichtindustrie schneller als die Schwerindustrie entwickelt. Eine bedeutende Leichtindustrie bestand im Saargebiet nicht. Die durch die ursprüngliche Akkumulation und dann auch in der Hausindustrie freigesetzten Arbeitskräfte drückten als industrielle Reservearmee ständig den Lebensstandard der Kumpel herab.

Alles das zusammengenommen erlaubte den Herren der Hütten und Zechen, ein strenges Regiment zu errichten. Es ist in der letzten Zeit häufig darüber diskutiert worden, ob man die Bergleute am Anfang des 19. Jahrhunderts schon als freie Lohnarbeiter betrachten soll oder nicht. Ich glaube, man kann es nicht, weder in ganz Deutschland bis 1848/49, noch auf dem linken Rheinufer, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß dort infolge des starken Einflusses der Französischen Revolution die kapitalistische Entwicklung relativ weit fortgeschritten war. Die Befreiung des deutschen Bergarbeiters von den letzten feudalen Fesseln blieb als Aufgabe für die folgenden Jahre bestehen. Die Bergleute mußten sie sich selbst erkämpfen. Begonnen hatte der Kampf jedoch. Auch die Bergleute an der Saar hatten, wie Friedrich Engels 1845 schon feststellte, wobei er ganz Deutschland ins Auge faßte, „ihre eigene Bewegung – eine Kampf Bewegung für das tägliche Brot . . .“¹⁶⁴

Erste wichtige Schritte zum selbständigen politischen Denken und Handeln der Arbeiterklasse waren getan.

¹⁶⁴ Engels, Friedrich, Das kürzliche Gemetzel in Leipzig – die deutsche Arbeiterbewegung. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte. Berlin 1955, Bd. II, 1, S. 122.

ANHANG

Petition Nr. 1*

Jägersfreude den 10. März 1848

An ein
Königliches hochwohllöbliches Bergamt
zu *Saarbrücken*

Gehorsamstes Gesuch der Knappschaft zu Jägersfreude um eine Erhöhung der Schichtlöhne.

Die Knappschaft zu Jägersfreude ist gezwungen, in Betreff des oben angegebenen Gegenstandes folgendes ganz gehorsamst vorzustellen:

1. Den bestehenden Anordnungen gemäß, muß der Bergmann hier auf unserem Werke, wenn der Schemel geschrämt und das Kohlen heruntergeschlagen ist, dasselbe mit Händen in Körbe lesen und dann zur Strecke bringen. Diese Weise des Kohlentransportes kann durchaus nicht bei der jetzigen Gedingestellung pro Fuder beachtet werden, indem solche bisher auch nicht befolgt worden ist, und die Transporte zur Strecke nach der Befahrung des Steigers per Schippe geschah und dennoch kein hinreichendes Schichtlohn verdient werden konnte. Die frühere Probe hat auch solche Weise befolgt.
2. Ist die Wasserhaltung in beiden einfallenden Strecken auf unser Kohlengeding geschlagen, ohne eine geringste Vergütung hierfür zukommen zu lassen. Nach dem früheren Gedinge in dem höheren Baue, wo man pro Fuder 29 Sgr. in Schemel gehabt und der Fördermann für 11. Sgr. zwei Fuder zu Tage gebracht, hat man jetzt in unserem Tiefbau 1 Thaler 18 Pfg. per Fuder, werden dann bloß für 1 Fuder 10 Ctr. zu Tage gebracht und nebenbei die Wasserhaltung aufgebürdet.
3. Früher bei Feststellung der Gedinge hat man die damaligen Zeiten wo alles billig war in Betracht genommen, jetzt aber, wo alles teurer ist und die Gedinge sogar niedriger stehen, können wir nicht anders, als uns an Ein

* Die Petitionen Nr. 1–5 sind nach dem Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 560 Oberbergamt Bonn, Acta generalia betr. Knappschaftswesen, Bergamtsbezirk Saarbrücken, Nr. 583b, ohne Blattnummer, zitiert.

Hochlöbliches Bergamt zu wenden uns hierin Beistand zu leisten und unser Schichtlohn den jetzigen Zeiten gemäß erhöhen zu wollen, in dem die zwei verfloßenen teuren Jahre uns in weiten Rückstand und Schulden gesetzt haben.

4. Man hat bei uns in Jägersfreude Leute aus Bürgerklassen der Städte, welche bei uns anfahren und nach einer einmonatlichen Arbeitszeit (Schlepper) sofort ans Hauen gelegt werden, wo aber der Bergmann schon 8–9 Jahre ununterbrochen schleppen muß. Es wird auch hierin um eine Abänderung gebeten.
5. Man hat den Ladeknechten das Haldenreinigen zur Last gelegt, sogar den zusammengeschippten Dung auf einen Haufen zu fahren, wo er jährlich zum Vorteil von unseren Grubenbeamten verkauft wird. Es wird gewünscht, daß der Dung entweder zum Vorteil der Ladeknechte oder der Knappschaftskasse veräußert wird, oder den Ladeknechten das Haldenreinigen abgenommen werde.

Ein Hochlöbliches Bergamt wolle unsere Anträge hochgeneigt erwägen und gütigst Gehör geben.

Die Knappschaft wählte zur Unterschrift den Ältesten und folgende 6 Mann.

(folgen Unterschriften – E. W.)

Petition Nr. 2

Sulzbach, den 21. März 1848

An ein Königliches wohllobliches Bergamt
zu Saarbrücken

Die unterzeichneten Bergleute der Gruben Sulzbach und Altenwaldt legen einem Königlichen wohlloblichen Bergamte folgende Beschwerdepunkte mit Bitte um Abhilfe derselben vor.

1. Es bestand zu früheren Zeiten, wo alle Lebensbedürfnisse billig und der Polizeistrafen, Steuern und Gemeindeabgaben und Plackereien durch Gerichtsvollzieher weniger waren, der Schichtlohn aus 12 gGr. oder 15 sgr., die 12 gGr. schuf man später in 12 sgr. um und diese sind jetzt sogar auf 11 sgr. 3 Pfg. reduziert, müssen dazu noch Abzüge für Oel- und Gemeindegeldkosten erleiden. Ebenso ging es mit dem Lohne der Schlepper, welche je nach den Klassen 11 sgr., 9 sgr. 9 Pfg. und 8 sgr. 6 Pfg. heute nur mehr beziehen. Noch schlimmer sind die Ladeknechte daran, die nur 2 Sgr. 2 Pfg. pro Fuder erhalten und zu den meisten Zeiten, wo wenig Fahren zu laden sind, monatlich mehr nicht als 3 höchstens 4 Thaler verdienen können. — Mit diesem in Betracht ihrer anstrengenden und mit Lebensgefahr verknüpften Arbeiten so sehr heruntergekommenen Lohne können sie ihre

Verbindlichkeiten, die sie zu ihrer Lebensfristung zu kontrahieren gezwungen waren und werden, nicht erfüllen. Klagen und Exekutionen, welche die Gerichtsvollzieher bereichern und die Unterzeichneten in totalen Ruin bringen, sind die Folge. — Die Wunden, die die schrecklichen Jahre des Mißwachses und der Teuerung geschlagen haben, die können unter diesen Umständen niemals verharschen, sondern werden immer klaffen.

2. Zum Probegewerben werden nur junge, rüstige, kräftige Leute genommen; alte geschwächte erhalten hierauf die Aufgaben, dieselbe Arbeit zu liefern. Ihr Lohn wird ihnen nach den Leistungen der jungen festgesetzt; da sie aber nicht leisten können, was jene Probe geleistet, kann ihr Lohn fast nie die Höhe des Schichtensatzes erreichen. Geldbedrängnis in der Familie und Entmutigung in der Arbeit sind die nächsten Folgen dieser Einrichtung.
3. Es besteht eine ansehnliche Knappschaftssparkasse, die nach der Meinung der Unterzeichneten ihr Wachstum zu dieser Höhe vornehmlich den Beiträgen der Bergleute zu verdanken hat. Sie hat den Zweck, ein Notpfennig der Bergleute zu sein, erfüllt aber diesen Zweck nicht ganz. Ihre Tausender werden nur an solche verliehen, die durch hinreichenden Grundbesitz namhaften Ersatz leisten können. Der besitzlose Bergmann hat keinen Credit bei derselben. Wenn z. B. einem Bergmann seine Kuh fällt, die ein Hauptnahrungszweig der Familie war, so steht demselben kein anderer Weg offen, wieder zu einer Kuh zu gelangen, als eine solche um überaus hohen Preis beim Juden zu borgen und diese Schuld durch monatliche Abschlagszahlungen zu tilgen. Sollte in obrigem Falle nicht die Knappschaftskasse als Hülfe in der Not dem Bergmann ohne Versatz auf seinen Eid hin ein Kapital von 30–50 rl. (Thlr. — E. W.) vorschießen und durch mäßige monatliche Abzüge wieder einzuziehen.
4. Um Steiger und höhere Vorgesetzte zu bilden, werden Söhne von Schullehrern, Förstern, Zollbeamten usw. genommen. Diese lernen die Grubenarbeiten mithin die Beschwerden unseres Standes nur wenig aus eigener Erfahrung kennen und würdigen, glauben daher, wenn sie in Amt und Würde stehen, dazu berufen zu sein, den gemeinen Bergmann zu hudeLN und niedrig zu behandeln. Wäre es nicht ersprißlicher, tüchtige Söhne der Bergmannsglieder selbst zuzulassen? Diese, bekannt mit den Mühen und Beschwerden der Bergarbeiter, würden ihr amtliches Ansehen nicht zur Geisel der Bergleute mißbrauchen.
5. Unständige Bergleute, die im Lesen und Schreiben unerfahren sind, müssen 15 Jahre lang arbeiten, bis sie zur Vereidigung zugelassen werden. Sollte eine Zeit von 9–10 Jahren nicht ebenfalls zum Zwecke führen.
6. Nach den jetzt bestehenden Bestimmungen kann nur derjenige zum höchsten Pensionssatze gelangen, der 50 Jahre lang gearbeitet. Diese Arbeitszeit konnte früher wohl erreicht werden, indem die Arbeitszeit früher oft schon mit dem 12ten Lebensjahre begann und weniger anstrengend gearbeitet wurde. Wir glauben, daß nach 30 Jahren anstrengender Arbeit eine Pension von

monatlich 4 rl. (4 Thlr. — E. W.), nach 35 Jahren eine solche von 5 Thlr. und die Pension von 6 Thlr. schon nach 40 Arbeitsjahren gegeben werden könnte, damit es mehreren möglich werde, diese Pension zu erlangen.

7. Wenn zu gewissen Zeiten stärkste Ausbeutung nötig ist, so werden gewöhnlich mehrere unständige Bergleute — Handwerker, welche ihr Handwerk nicht ordentlich gelernt haben, Maurer, Zimmerleute, sogar Bauern, wenn die Witterung das Arbeiten im Freien nicht erlaubt, angelegt. Diese Vermehrung des Arbeiterpersonals hat dann die Folgen, daß bald Kohlenvorräte so bedeutend anwachsen, daß nachher auch solche abgelegt werden müssen, die sich in keinem anderen Fache ernähren können. Es läge im Interesse der Bergleute, wenn solche Arbeiter, welche nicht beständig in der Grube bleiben mögen, gar nicht zugelassen würden, zumal da das vorhandene Personal von Bergleuten zu Zeiten stärksten Absatzes durch Nebenschichten auch eine stärkere Ausbeute liefern kann und gerne liefert, wenn er dieselben bezahlt erhält.
8. Es besteht eine bergamtliche Verfügung, wonach kein Bergmann vor dem zurückgelegten 24. Lebensjahr heiraten darf. Wir sehen nicht ein, was Gutes durch diese Verfügung erzielt werden soll, wissen vielmehr der Fälle nicht wenig, wo sie zum Sittenverderbnis und zur Demoralisierung der Jugend stark mitgewirkt hat.

Warum sollen sich in diesem Stücke unsre Söhne nicht derselben Freiheit bedienen können, die das Staatsgesetz allen Staatsbürgern zugesteht, zumal da vor dem 25ten Jahre keine Ehe gegen den Willen der Eltern geschlossen werden kann.

Die Unterzeichneten, die sich rühmen können, stets ihren Vorgesetzten Gehorsam und Treue erwiesen zu haben, die diese Tugenden auch immerhin bewahren und nie ertrotzen wollen, was eine billige Behörde als ihnen Not tuend selbst einsehen wird, bitten nun Ein Königliches Hochlöbliches Bergamt ganz gehorsam hochgeneigtest veranlassen zu wollen:

- ad. 1. Daß der Lohn, so wie er früher bestand, für alle erhöht werde, damit sie bei ihrer mühevollen und lebensgefährlichen Beschäftigung vor einem kümmerlichen und mit Entbehrungen kämpfenden Leben geschützt sind.
- ad. 2. Das zum Probegruben die Bergleute, wie sie je in die einzelnen Arbeiten gelegt werden, genommen werden, d. i. aus der ersten, zweiten und dritten Klasse, ja wenn die Arbeit es erfordert, auch aus der vierten.
- ad. 3. Das auch den ständigen Bergleuten, selbst wenn sie keinen Versatz geben können, zu Zeiten des Verlustes Geldhilfe aus der Knappschaftskasse von mäßigen Beträgen, um solche mittelst Lohns-Abzügen zu restituieren, gereicht werde.
- ad. 4. daß vorzugsweise von den Söhnen der Bergleute selbst zu solchen Ämtern als Steiger usw. herangebildet werden.

- ad. 5. daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9–10 Jahre stattfinden möge.
- ad. 6. daß man bei stärkerem Absatze die stärkere Ausbeutung gegen Entschädigung durch das regelmäßig zu allen Jahreszeiten vorhandene Arbeitspersonal gewinnen lasse.
- ad. 7. daß die Pensionssätze erhöht resp., die Arbeitsjahre zur Erlangung der bestehenden Pensionssätze verringert werden; daß das Krankengeld von 5 auf 6 Sgr. pro Schicht erhöht werden möge bei ständigen Bergleuten ebenso für unständige Familienväter bei Unglücksfällen.
- ad. 8. daß es dem Bergmann, wie jedem anderen Staatsbürger gestattet sei, zu heiraten wann er und seine Eltern es für zweckmäßig erachten.

Da die gehorsamst Unterzeichneten nur Billiges zu erbitten glauben, so sehen Sie hochgeneigter Willfahrigung entgegen, und haben die Ehre mit aller Hochachtung zu sein.

Eines Königlichen Hochlöblichen Bergamts

ganz gehorsamster Diener

(es folgen 56 Unterschriften – E. W.)

Petition Nr. 3

Dudweiler den März 1848

Gehorsamstes Gesuch der Dudweiler Knappschaft, um Bewilligung eines erhöhten Schichtlohnes sowie um Verbesserung des Bergmannsstandes überhaupt. Schon längst sind wir mutlos, denn wir sehen ein, daß wir trotz all unserem Arbeiten, Ringen und Streben, doch nicht mehr im Stande sind, unsere Familien ehrlich zu ernähren.

Wenige befinden sich unter uns, die nicht eine außerordentliche Schuldenlast auf sich haben, dadurch ist dann auch der so wichtige Bergmannsstand ganz herabgesunken, alle Brüderlichkeit unter uns wird am Ende ganz aufhören, Neid, Mißgunst, Abgestumpftheit und Gleichgültigkeit für alles Gute und Schöne wird an die Stelle treten.

Wir sind bei jedermann verachtet und verspottet, überall wo wir uns sehen lassen heißt es: 'Die Lumpen und schlechten Kerle', denn keiner kann sein Wort mehr halten, kurz, die Verzweiflung unter uns hat einen solchen Grad erreicht, daß wir uns veranlaßt sehen, Einem Königlich höchlöblichen Bergamte unsre Verhältnisse im Nachstehenden mit der ganz gehorsamsten Bitte darzustellen, die darin ausgesprochenen Wünsche geneigtest in Erwägung zu ziehen und höhern Orts die Genehmigung zu beantragen, damit der immermehr sinkende Bergmannsstand wieder aufblühe.

1. Der Bergbau ist doch keine gewöhnliche Arbeit; mit wie vielen Mühseligkeiten und Gefahren hat nicht der Bergmann zu kämpfen deswegen ist es doch auch nicht zu verargen, wenn er auf einen ordentlichen Verdienst Ansprüche macht. Zur bergmännischen Arbeit gehört Mut, Heiterkeit, Kraft und dauerhafte Gesundheit, das Gegenteil ist für den Bergbau unheilbringend. Unsere Familien sind jetzt lauter Schattengestalten, betrübt gehen wir zur Arbeit, und noch viel betrübter kehren wir heim, denn was finden wir zu Hause? „Elend“!

Bei den jetzigen Preisen der Lebensbedürfnisse ist kein Bergmann mehr im Stande, seine gewöhnlich sehr zahlreiche Familie zu ernähren, zumal da heute zu Tage fast alle Bergleute lediglich auf ihren Verdienst beschränkt sind. —

Das Lohn einer 8stündigen Schicht beträgt 11–12 Sgr.; allein wie oft verdient ein Bergmann nur 8–9 Sgr. pro Schicht! — Will er ein freies Lohn von 15 Sgr. verdienen, wie es die heutigen Verhältnisse unumgänglich erfordern, dann muß er täglich 11–12 Stunden ununterbrochen in der Grube arbeiten, eine Zeit, die einen jeden gesunden Körper frühzeitig schwächen und verderben muß, so daß es am Ende, wenn es so bleiben sollte, lauter krüppelhafte Bergleute gäbe.

Aus den Schleppern werden Häuer gebildet, sind jene Schwächlinge, dann werden sie auch als Häuer nichts taugen. Daher bitten wir ein Kgl. wohlwöliches Bergamt wollte geneigtest dahin wirken, daß das 8stündige Schichtlohn eines Hauers auf 15 und das eines Schleppers auf 13 Sgr. erhöht werde.

2. Wenn ein Bergmann sich 30 bis 40 Jahre in der Grube geplagt hat, und nicht mehr zur Arbeit taugt, dann wird er oft noch Jahre lang von dem Arzte herumgeführt, auch diesen Übelstand wolle ein Königlich wohlwöliches Bergamt geneigtest abstellen. Ein alter Bergmann kann noch gesund sein und doch nicht mehr zur Grubenarbeit taugen.

Wir bitten daher die Arbeitsunfähigkeit nicht wie bisher durch den Arzt, sondern durch einen aus unserer Mitte gewählten Ausschuß mit Hinzuziehung der Grubenbeamten bestimmen zu lassen, nur diese sind imstande, hierfür richtig zu urteilen, diesen Ausschuß aber auch ermächtigen, die Strafen etwaiger Vergehen einzelner Glieder der Knappschaft, z. B., Schimpfen und Betrügen, festsetzen zu dürfen. Wenn ein Bergmann zu dem höchsten Satz einer Pension gelangen will, muß er schon nahe an 50 Jahre Grubenarbeit getrieben haben.

Es ist eine Seltenheit, wenn ein Bergmann ein solches Alter erreicht, darum bitten wir, den Satz für 50 Jahre schon auf 40 Jahre (Arbeitsjahre) eintreten zu lassen, auch daß diese Pension nicht wie bisher von 5 zu 5 Jahre, sondern von Jahr zu Jahr steige. Alle diese Verbesserungen des Bergmannsstandes sind aber noch nicht imstande, denselben vor dem Abgrund zu retten; der Wuchertheuerung müssen von Grund aus Grenzen gesetzt werden.

3. Die Erfahrung hat gelehrt, daß je mehr die Leute verdienen, desto teurer die Lebensmittel wurden. Das Brot macht beim Bergmann das Hauptnahrungsmittel aus; steht dieses in einem hohen Preise, dann ist es für die Bergarbeiter schon gefehlt. Daher bitten wir ganz gehorsamst, alljährlich für jede Knappschaft den Preis für das Brotmehl für's ganze Jahr durch Contracte festzustellen, und die Beträge durch die Herren Schichtmeister gegen ein angemessenes Honorar, von den Bergleuten einziehen zu lassen. Das Verteilen des Mehls werden einige von uns gegen eine geringe Entschädigung bewerkstelligen, nur die Einziehung der Gelder ist für einen Ausschuß aus unserer Mitte zu umständlich. In diesem Jahre stehen zwar die Brotpreise im allgemeinen billiger als es die Bergleute contrahiert haben, allein dennoch kommen wir besser dabei zurecht, als wenn wir unseren Bedarf bei den übrigen Müllern und Bäckern kauften; denn das Gewicht und die Qualität des Mehls von unsren Lieferanten ersetzt den höheren Preis bei weitem.

Ein Königlich wohllöbliches Bergamt wird hieraus ersehen, daß wir gewiß keine unverschämten Forderungen stellen, wie es bei den heutigen Zeitereignissen leider oft genug der Fall ist; nein, unsere Wünsche werden gewiß als gerechtfertigt erscheinen und darum bitten wir nochmals geneigtest unsere Verhältnisse so ordnen zu wollen, daß wir wieder als rechtschaffene Glieder unter unsern Mitbürgern existieren können, dazu verleihe der allmächtige Gott seinen Segen.

An ein Königliches Wohllöbliches
Bergamt zu Saarbrücken

(es folgen 129 Unterschriften — E. W.)

Petition Nr. 4

An ein Königl. Hochlöbliches Bergamt

Einem Königlichen Hochlöblichen Bergamt wagen unterzeichnete ganz ergebenst mit einer Bitte zu nahen, nämlich:

Im Namen der Knappschaft der Gerhards-Grube

- 1^{tes} die Schichten stehen zu gering, um unsere Familien zu ernähren
- 2^{tes} die älteste Klasse der Bergmänner wird durch die jüngere Klasse ganz unterdrückt.
- 3^{tes} wird verlangt von einem Königl. Hochlöblichen Bergamt gefälligst veranlassen zu wollen, daß wir wieder ein freies Schichtgeld von 15 sgr. erhalten mögen, sonst können wir nicht mehr bestehen, geraten noch mehr in Schulden wie der Fall ist, u. noch mehr ins Elend.
- 4^{tes} wird verlangt hinsichts der Landhalde, daß der Bauer u. s. w. welche Kohlen laden, gemeinschaftlich mit dem Ladeknecht die Kohlen auf die Wagen bringen per Fuder 3 Sgr. statt jetzt 2 Sgr. 2 Pfg.

- 5^{ts} wird verlangt was die Saarhalde anbelangt vom Fuder Steinkohlen 4 Sgr. statt jetzt 3 Sgr.
- 6^{ts} wird verlangt was die Knappschaftskasse anbelangt hinsichts der Pensionierung 10 Jahre geschenkt werden u. vom 5. Jahr steigen soll.
- 7^{ts} wird verlangt, was der Krankenlohn anbelangt, für die verunglückten Bergmänner dessen Gehalt um die Hälfte erhöht werde.
- 8^{ts} wird verlangt, daß die pensionierten Bergmänner Steinkohlen erhalten zu ihrem nötigsten Bedarf, wo gegenwärtig nicht ist.
- 9^{ts} wird verlangt, was das Ausleihen der Knappschaftsgelder anbelangt in kleinen Kapitalien gegeben werde, und an Bergleute die es bedürfen.
- 10^{ts} wird verlangt, daß der Knappschaftsälteste von den Gliedern der Knappschaft gewählt wird, und von sonst niemanden.
- 11^{ts} wird verlangt, daß der Überlaß der Bergbeflissenen soll geändert werden, alle Schüler, Bergschüler, wie auch Musikantenschüler sollen aus dem Bergmannsstande bestehen.
- 12^{ts} Wir bitten ganz unständigst und soll uns nicht abgeschlagen werden, daß der Geschworene Müller versetzt werde.

Gerhards-Grube d. 25. III 48
 In tiefster Ehrerbietung Einem
 Königl. Hochlöblichen Bergamt
 (5 Unterschriften folgen)

Petition Nr. 5

Gersweiler, den 25ten März 1848

An Ein Königlich Hochlöbliches Bergamt zu Saarbrücken

Die unterschriebenen Bergleute der Knappschaft der Prinz Wilhelm Grube zu Gersweiler, die manche Beschwerden vorzubringen haben, erwählen hierdurch den Weg des Gesuches und der ruhigen Ordnung, um Abhilfe, sei es von dem Königlichlichen Bergamte, sei es durch dessen Vermittlung zu erhalten.

Das unbehagliche Gefühl, welches sich allen Orten bei der arbeitenden Klasse schon seit langem kund gibt, beweist wohl einen Druck dieser Klasse, der allerdings durch die äußeren Verhältnisse herbeigeführt sein mag, der aber doch so auf dieselbe wirkt, daß sie nur mit düsterm Blick auf die Zukunft hinsieht, indem sämtlich die Überzeugung gewonnen haben, daß sie einem sorgenvollen belasteten Alter entgegengehen; hinzu kommt noch, daß die beiden vorigen harten Jahre noch bei allen, wenn auch bei einem mehr beim andern weniger, schwere Lasten zurückgelassen haben, die wir Bergleute nach den jetzigen Verhältnissen zu beseitigen nicht vermögen; diesem Allem würde aber abgeholfen werden, wenn unser ehrfurchtsvolles Gesuch Berücksichtigung finden wird. Die Beschwerden und Besuche, die wir uns vorzulegen beehren, bestehen aus folgendem:

1. Unsere Gedinge stehen zu gering, ebenso das Normalschichtgeld, um uns und unsre Familien gehörig zu unterhalten; denn die lange und schwere

Arbeit und die schwere Luft in der Grube machen uns frühzeitig alt, so daß kaum halb gelbete Bergleute ihre Kräfte schwinden sehen, und nicht mehr mit den jüngeren kräftigeren gleichstehen, wodurch die älteren Bergleute, besonders durch die Anordnung und Versteigerung und der Hauptgedinge in allem zu kurz kommen und nicht einmal für ihre Lebensbedürfnisse verdienen können.

Wir verlangen daher eine Normalschicht von 15 S-Groschen, frei achtstündig, daß diese durch eine Probe unparteiischer Bergleute auf unserer Grube ermittelt werde, in der Art, daß alte Bergleute auch mit beibehalten werden können; und zwar auch so, daß, wenn es die Sache erlaubt, jeder Bergmann ein Drittel des Schichtlohns mehr verdienen kann.

2. Verlangen wir, daß die Versteigerung und Hauptgedinge in Zukunft nicht mehr stattfinden soll, welches den Nachteil hat, daß die Ansteigerer junge kräftige Arbeiter aus der ganzen Belegschaft auswählen, und zu sich nehmen, wodurch den älteren die beschwerlichste und wenig einträglichere Arbeit allein übrig bleibt, und sie sich nicht nach einer schlechten Arbeit durch eine gute erholen können. Dieses hat dann auch noch den Nachteil, daß die älteren Bergleute sich über ihre Kräfte anstrengen müssen, um nur einigermaßen bestehen zu können und früh untauglich werden; wenn die Arbeit gleich bleibt, die Anordnung getroffen wird, daß jüngere kräftige mit älteren Bergleuten zusammengestellt werden, so können alle bestehen, bei der jetzt verlangten Schichtloohnerhöhung; und da dieses eine Anordnung auch für die spätere Zukunft wird, so genießen jüngere Bergleute später und in ihrem Alter den Vorteil, den sie jetzt den älteren angedeihen lassen könnten.
3. Daß den Schleppern nach der Klasse ein Silbergroschen zugesetzt werde.
4. Daß bei dem Kohlverladen auf der Saarhalde 4 Silbergroschen pro Fuder, und auf der Landhalde 2 Sgr. 6 Pfg. pro Fuder bezahlt werden; und daß die Abnehmer die Kohlen gemeinschaftlich mit dem Lager auf den Wagen bringen müssen.

Die Erhöhung von diesen beiden Erträgen gründet sich auf das Unzureichende des Lohnes. Die Mithilfe des Abnehmers um die Kohlen auf den Wagen zu bringen, bestand von jeher, erleichterte und beförderte die Arbeit mehr, wurde aber deshalb aufgehoben, weil einzelne Bestechungen durch Trinkgelder stattgefunden haben sollen; eine Maßregel, die wir mit Recht als der Billigkeit entgegen glauben beziehen zu können, da man hierdurch auch Unschuldige um so mehr gestraft, als man die Arbeit, aber nicht den Lohn erhöht hat.

5. Halten wir die 50jährige Dienstzeit um Pension zu erlangen zu hoch, und wünschen die Herabsetzung auf 40 Jahre, welches bei der strengen und harten Arbeit, die wir zu verrichten haben, besonders in der ungesunden unterirdischen Luft, mehr als hinreicht, die Arbeitsunfähigkeit anzunehmen. Die zehn letzten Jahre bis zum 50. werden entweder den noch kräftigen Bergleuten aufgelegt und durch eine angestrengtere Arbeit, um diese alters-

schwache Bergleute mit durchzuziehen, oder aber, der durch Alter gänzlich geschwächte Bergmann, muß während diesen 10 Jahren bis zu seiner Pensionierung Mangel leiden, weil seine Kräfte nicht mehr ausreichen, beides kann wohl nicht als billig angesehen werden.

Ebenso verlangen wir das Steigen der Pensionshöhe von 5 zu 5 Jahren, und nicht von 10 zu 10 Jahren. Der Bergmann ist so vielen Gefahren und sonstigem unterworfen, daß für ihn diese Ausnahme wohl billig gefunden wird.

6. Daß der Krankenlohn für verunglückte Bergleute um die Hälfte erhöht werde.

Kräftig geht der Mann an die Arbeit und den Gefahren entgegen, wenn er weiß, daß auch für ihn und seine Familie in kranken Tagen gesorgt ist. — Dem kann auch nicht entgegenstehen, daß man angibt, die Bergleute würden hierdurch auch unvorsichtiger; da wir der Bestimmung nichts entgegenzusetzen werden, daß im Falle einer erweislich leichtsinnigen und mutwilligen Vernachlässigung der vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln diese Erhöhung nicht stattfinden soll.

7. Soll den hinterlassenen Waisen aus gleichem Grunde eine höhere Unterstützung gegeben werden.

8. Daß den pensionierten Bergleuten etwas für Brand jährlich unentgeltlich verabfolgt werde.

Die Pensionen bezahlen die Bergleute selbst mit Abzügen, und bei den hiesigen Gruben wird man es wieder billig finden, daß dem alten ausgedienten Bergmann auch von der Grube oder von dem Herrn eine kleine Unterstützung werde.

9. Daß die auf Kapital ausgelegten Gelder in kleineren Summen ausgelohnt werden und vorzüglich an Bergleute, die die Mittel haben, gehörige Sicherheit zu geben.

10. Daß der Knappschaftsälteste bloß durch die Glieder der Knappschaft gewählt, in deren Mitte verbleiben und wohnen, und keine sonstige Anstellung annehmen dürfe.

Den Knappschaftsältesten liegen so viele einzelne Verpflichtungen auf, besonders die Besuche der Kranken, und die Vorsorge über deren richtige und vollständige Behandlung, und soviele andre die bekannt sind, daß diese nicht vollständig erledigt werden und Vernachlässigung erleiden, wenn derselbe sich auswärts befindet, und gar noch andere Beschäftigung hat, wie es jetzt bei uns der Fall ist; gerade die kleinen Leistungen, die jeder Bergmann und dessen Familie am nächsten berühren, geben bei ihrer Vernachlässigung so häufig Anlaß zu Klagen und Bitterkeit.

11. Daß der Knappschaftsarzt jede Woche auf einen bestimmten Tag auch zu unserer Grube komme. Wir sind jetzt genötigt, auf die Niederlage zu Louisenthal uns zu begeben, wenn wir mit dem Arzt sprechen wollen, und in soweit es möglich ist, müssen sich auch unsere Kranken dahinbegeben.

Beides ist für uns sehr zeitraubend und wegen der Überfahrt über die Saar nicht immer möglich, und da uns für den Arzt Abzüge gemacht werden, glauben wir uns auch berechtigt, zu verlangen, daß er ebenfalls wöchentlich einige Zeit unserer Grube selbst widme.

Endlich

12. Verlangen wir eine Änderung in Betreff der Bergbeflissenen, und zwar zuerst, daß alle Schüler, Bergschüler wie auch Musikschüler nur aus dem Bergmannstande entnommen werden sollen. Da die Kosten dieser Schüler aus unserem Verdienst fließen, dürfen wir auch wohl erwarten, daß unsere Söhne, hier nämlich die sämtlich hiesige Werke Ansprüche auf diese Ausbildung vor allen anderen haben sollen, oder daß wenigstens die Söhne der Nichtbergleute, welche sich diesem Fach widmen wollen, keinerlei Unterstützung aus unseren Fonds erhalten dürfen. Zweitens beschweren wir uns dagegen, daß die Bergbeflissenen in der Arbeit den einzelnen Kameradschaften zugeteilt, und dann gleich den übrigen Bergleuten bezahlt werden, wo die übrigen kräftigeren und geübteren Bergleute sich doppelt anstrengen müssen, um die vorgeschriebene Schicht vollführen zu können, daß wenigstens bis dahin, daß diese Bergbeflissenen sich zur vollkommenen Arbeit das Nötige angeeignet haben, deren allenfallsiger Verdienst den Mitarbeitern verbleiben, da es für die Bergbeflissenen schon hinreicht, daß ihnen durch die Mitarbeiter die nötigen Handgriffe, oder was sonst die Arbeit erleichtern kann, beigebracht wird.

Das sind die Begehren, die wir uns berechtigt erachten, vorbringen zu dürfen; ob es in der Form geschehen ist, die man allenfalls wünschen könnte, wissen wir nicht; wir hoffen aber, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, indem wir einfach und ohne Wortgepräge unsere Wünsche der Behörde vorlegen, um in Ruhe und Ordnung dasjenige zur Entscheidung zu bringen, was wir verlangen zu können glauben; wir wissen ebenfalls nicht, ob es in der Macht des hiesigen hochlöblichen Bergamts liegt, über alle Punkte zu entscheiden, welche wir oben bezeichnet haben, obschon es zu erwarten steht, daß in den jetzigen Zeiten, und gerade über manche unserer Begehren, die schon häufig zur Sprache kamen, besondere Instruktion verlangt und erteilt sein könnte.

Sollte die Entscheidung höheren Orts nachgesucht werden müssen, so bitten wir ehrerbietigst, daß dieses ehestens veranlaßt werde. Dann erlauben wir uns noch die Bitte, daß die Entscheidung recht bald entweder erteilt oder doch höheren Orts veranlaßt werde; wir befeißigen uns gewiß der allen Orts so nötigen Ruhe und Ordnung wie unsere gegenwärtige Eingabe beweist und werden alles anwenden, daß dieser Geist bei uns und anderwärts aufrecht erhalten werde, soviel es in unseren Kräften steht; ein zu langes Zögern eines Bescheides, könnte uns leicht die nötige Kraft hierzu aus der Hand nehmen; und bitten demnach um baldige Gewährung.

Glück auf!

(es folgen 187 Unterschriften — E. W.)

III.

QUELLEN UND MATERIALIEN

FÜR DEN AUFBAU EINER ZUVERLÄSSIGEN STREIKSTATISTIK FÜR DIE JAHRE 1880 BIS 1945

von JÜRGEN KUCZYNSKI

Dem Studium der Arbeiterbewegung wird von unseren Historikern große Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei werden auch einzelne wichtige Streiks eingehend analysiert.

Ungenügend jedoch ist noch die Untersuchung der zahlreichen kleinen Streiks, die laufend stattfanden, der tausende Höhepunkte des heldenhaften Alltags des Klassenkampfes, die nicht nationale Aufmerksamkeit erregten und doch ein entscheidender Teil unserer nationalen Geschichte sind.

Das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, Teil II, hat einen ersten ersten Versuch einer Statistik der Streiks in den Jahren 1864–1880 veröffentlicht. Das Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften wird in Bälde eine größere Monographie über die Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau während der Jahre 1890–1914 herausbringen. All das sind erfreuliche Anfänge, aber nicht mehr!

Wie ernst die Situation ist, soll anhand der Streikstatistik für die Jahre 1914 bis 1918 dargelegt werden.

Sehen wir uns zunächst die Zahlen an, die die Gewerkschaften sammelten. In der „Statistischen Beilage des Correspondenzblatt“ Nr. 4 vom 20. Dezember 1919 werden die „Prinzipien“ der gewerkschaftlichen Streikstatistik anhand einer Betrachtung des Jahres 1918 sehr deutlich dargelegt¹:

„Das Bestreben der deutschen Arbeiterschaft, die fortgesetzte Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts durch eine Erhöhung des Lohneinkommens auszugleichen, führte auch im Jahre 1918 im gleichen Ausmaße wie 1917 zu einer gewaltigen Zahl umfangreicher wirtschaftlicher Bewegungen, die jedoch fast durchweg friedlich verliefen; nur in vereinzelt Fällen kam es anlässlich dieser Bewegungen zu Arbeitseinstellungen. Neben diesen rein wirtschaftlichen Vorgängen kam es 1918 aber auch innerhalb der Arbeiterschaft aus politischen Motiven zu tiefgehenden Bewegungen, die eine ernste symptomatische Bedeutung hatten und im ursächlichen Zusammenhang mit der langen Dauer des Krieges standen. Die dadurch über das werktätige Volk heraufbeschworenen

¹ „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, 29. Jahrg. 1919, a. a. O., S. 77.

Leiden, die es immer drückender belasteten, besonders aber die ständige Unterernährung des Körpers in Verbindung mit einer übermäßigen Ausnutzung desselben durch intensivste Arbeitsleistung, mußte schließlich bei der Masse eine starke seelische Depression verursachen. Dazu kam, daß die widerlichsten Begleiterscheinungen des langen Krieges immer unverhüllter auftraten, ein gewissenloses Kriegsgewinnler- und Schiebertum sich auf Kosten des armen Volkes immer üppiger breit machte. Unter diesen Umständen fanden die auftretenden Behauptungen, daß es nur an der deutschen Regierung läge, wenn es zu keinem Verständigungsfrieden käme, da die Gegner dazu geneigt wären, einen günstigen Nährboden. Damit wurde in die Reihen der Arbeiter eine starke Beunruhigung hineingetragen und in den Arbeitsstätten eine hochgradige Spannung erzeugt, die dann zu wiederholten und umfangreichen Arbeitseinstellungen führte. Wurden diese Streiks auch zumeist als Proteste gegen die Lebensmittelnot und den Lebensmittelwucher ausgegeben, so war doch mit ihnen die Tendenz verbunden, durch Hervorrufung von inneren Schwierigkeiten im Lande die Regierung zum Abschluß des Krieges zu drängen. Mit diesen von politischen Motiven beeinflussten Streikbewegungen der Arbeiterschaft hatten die Gewerkschaften nichts zu tun, sie vollzogen sich völlig unabhängig von ihnen; die Gewerkschaftsleitungen waren ohne Einfluß auf ihre Entstehung und ihren Verlauf. Diese Streiks konnten deshalb in die gewerkschaftliche Streikstatistik, die ja auch nur die wirtschaftlichen Kämpfe zur Darstellung bringen soll, nicht mit einbezogen werden. Sie gewährt deshalb kein Bild des Gesamtumfanges der 1918 in Deutschland stattgefundenen Streikbewegungen.“

Das ist ein einzigartiges Schulbeispiel dafür, wie die Opportunisten Streikstatistiken verfälschen! Wenn die Arbeiter für Frieden und Brot im Kriege streiken (aus „seelischer Depression“ wie die Sozialchauvinisten es nennen, aus Zorn und Wut, die sich zu revolutionärem Elan steigern, wie wir sagen), dann wollen die Rechten in der Gewerkschaftsführung nichts damit zu tun haben, und entsprechend dürfen solche Streiks auch nicht in der Streikstatistik erscheinen. Kein Wunder, daß die Streikstatistik der Gewerkschaften so aussieht²:

Streiks und Aussperrungen

Jahr	„Beteiligte Personen an der Bewegung“
1914	96 681
1915	2 221
1916	14 639
1917	66 634
1918	21 733

² Ebenda, S. 78.

Die ganze Fälschung und Verlogenheit wird klar, wenn wir diese Statistik der amtlichen³ gegenüberstellen:

Streiks und Aussperrungen

Jahr	„Höchstzahl der während der Dauer des Arbeitskampfes gleichzeitig Streikenden und Aussperrten“
1914	95 140
1915	12 866
1916	124 188
1917	651 461
1918	1 304 248

Für 1918 gibt also

die Gewerkschaftsstatistik 21 733 Streikende und Ausgesperrte

die amtliche Statistik 1 304 248 Streikende und Ausgesperrte

oder rund sechzigmal so viele!

Auch die amtliche Statistik gibt wohl noch zu niedrige Zahlen. Wie hoch war die faktische Zahl der Streikenden? Wir wissen es nicht, da keine Untersuchung vorliegt.

Betrachten wir die amtliche Statistik für 1918 noch etwas näher, dann finden wir folgende Aufgliederung:

Wirtschaftliche Streiks	379 116 Streikende
Politische Streiks	925 120 Streikende
Wirtschaftliche Aussperrungen	12 Streikende
Insgesamt	1 304 248 Streikende

Da die amtliche Statistik vor 1918 nicht nach „wirtschaftlichen und politischen“ Streiks aufgegliedert war, so kennt sie bis 1917 nur wirtschaftliche Streiks. Wenn man überhaupt eine solche Aufgliederung vornehmen will, dann geht es natürlich nicht, für die Zeit, in der man sie nicht vorgenommen hat, alle Streiks als wirtschaftliche zu betrachten.

Natürlich ist auch die Zahl der Aussperrungen falsch. In dieser Beziehung sind die amtlichen Statistiken immer viel zu niedrig. Das wird sogleich auch an einem Beispiel in anderem Zusammenhang klar werden.

Wie ungenügend und schlecht die Streikstatistiken sind, erkennen wir ferner daran, daß, selbst wenn die amtlichen und die Gewerkschaftsstatistiken ähnliche Zahlen geben, also scheinbar übereinstimmen, das nur Zufall ist.

So betrug die Zahl der Streikenden für die Monate August bis Dezember 1914 nach der amtlichen Statistik 1126, nach der gewerkschaftlichen Statistik 1095 – kein großer Unterschied.

³ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt. 41. Jahrg. 1920, Berlin 1920, S. 63.

Und nun lesen wir, was das Correspondenzblatt dazu zu sagen hat:

„Wirtschaftliche Kämpfe während der Kriegszeit

Bei Ausbruch des Krieges wurden seitens der organisierten Arbeiterschaft alle Lohnbewegungen, Angriff- und Abwehrstreiks abgebrochen. Schon in der Konferenz am 2. August 1914 erklärten die Vertreter der Verbandsvorstände, daß dies als selbstverständlich zu gelten habe. In der Konferenz am 17. August 1914 wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der Angriffsstreiks nur in den dringendsten Fällen seitens der Verbandsvorstände genehmigt werden sollten und Streiks in Betrieben, in denen Mitglieder verschiedener Verbände tätig sind, nur unter Zustimmung aller beteiligten Verbandsvorstände erfolgen dürfen. Nicht, daß die Konferenz der Meinung war, daß durch den Krieg die wirtschaftlichen Gegensätze, die eine natürliche Folge der privatkapitalistischen Produktion sind, aufgehoben würden, sondern weil zu erwarten stand, daß sie leichter als zu normalen Zeiten einen Ausgleich finden würden. Es wurde bei der Beratung des Gegenstandes besonders betont, daß, mehr noch als sonst, versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und eventuell hierfür auch die Hilfe der amtlichen Stellen in Anspruch zu nehmen.

Trotzdem waren die wirtschaftlichen Kämpfe nicht völlig zu vermeiden. Einzelne Unternehmer faßten die Lage so auf, daß die drohende Arbeitslosigkeit die Arbeiter veranlassen würde, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen hinzunehmen, die in anderen Zeiten den heftigsten Widerstand gefunden hätten.

Immerhin ist die Zahl der Streiks und Aussperrungen seit Kriegsausbruch bis Ende 1914 sehr gering. In der amtlichen Statistik wird gesagt, daß Aussperrungen in dieser Zeit nicht vorgekommen sind. Es werden in dieser Statistik nur Streiks verzeichnet, und zwar in folgenden Industriegruppen:

	Streiks	Beteiligte
Bergbau	2	386
Metallverarbeitung	3	51
Industrie der Maschinen usw.	2	49
Textilindustrie	1	100
Papierindustrie	1	190
Lederindustrie	1	10
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4	155
Baugewerbe	6	95
Künstlerische Gewerbe	1	56
Verkehrsgewerbe	3	34
Zusammen:	24	1126

Von diesen Streiks werden nach der in der amtlichen Statistik angegebenen Ursache 17 als Angriffsstreiks und 7 als Abwehrstreiks bezeichnet.

Die gewerkschaftliche Statistik zählt folgende Kämpfe in der Zeit von August bis Dezember 1914:

	Kämpfe	Beteiligte
Bauarbeiter	4	318
Bergarbeiter	3	472
Böttcher	1	34
Brauerei- und Mühlenarbeiter	1	26
Fabrikarbeiter	1	183
Maler	1	15
Schiffszimmerer	1	8
Steinarbeiter	2	25
Transportarbeiter	2	14
Zusammen:	16	1095

Von diesen Kämpfen waren Angriffsstreiks 5 mit 299, Abwehrstreiks 9 mit 600 und Aussperrungen 2 mit 196 Beteiligten.

Die nicht weit voneinander abweichenden Zahlen der beiden Statistiken lassen vermuten, daß in diesem Falle die gleichen Kämpfe registriert worden sind. Das trifft leider für die Kriegszeit ebensowenig zu, wie es früher der Fall war. Nach dem Orte des Kampfes und der Industriegruppe verglichen, würden von in der amtlichen Statistik verzeichneten Arbeitseinstellungen nur zwei in der gewerkschaftlichen Statistik sich finden. Mithin ist die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in den ersten fünf Kriegsmonaten erheblich größer, als sie durch die eine oder die andere Statistik ausgewiesen wird.“⁴

Es sollte nicht verwundern, wenn faktisch die Zahl der Streikenden von August bis Dezember doppelt so groß war wie in jeder der beiden Statistiken angegeben ist.

Im übrigen beklagt sich das Correspondenzblatt an der gleichen Stelle auch darüber, daß die amtliche Statistik zu wenige Aussperrungen und zu viele „Angriffsstreiks“ angebe. „Jedoch, auch ein anderer alter Fehler findet sich in der amtlichen Statistik. Streiks, die unverkennbar zur Abwehr geführt wurden, sind als Angriffsstreiks bezeichnet. In einem Falle läßt sich bei den während der Kriegszeit geführten Kämpfen die unrichtige Angabe der Unternehmer nachweisen. Die amtliche Statistik, für die das Material von den Unternehmern geliefert wird, registriert einen Angriffsstreik in einer Papierfabrik in Düsseldorf. Die gewerkschaftliche Statistik verzeichnet diesen Kampf als eine Aussperrung. Seine Ursache und seinen Verlauf schildert die Organisationsleitung wie folgt: „Schon zu Beginn des Krieges brach die Direktion des Betriebes den Vertrag, der am 1. Oktober d. J. ablief, indem sie den Arbeitern einen Lohnabzug von zirka 35 Proz. auferlegte. Es gelang nur, den Lohnabzug auf 10 Proz. herabzudrücken. Jedoch auch die so herabgesetzten Löhne wollte die Firma nicht zahlen. Die Arbeiter der Holländerabteilung verlangten nun von der

⁴ A. a. O., Statistische Beilage, Nr. 1 vom 5. 2. 1916, S. 1f.

Firma ihren zuständigen Lohn. Der Herr Direktor erklärte, daß die Arbeiter nach Hause gehen könnten, er schließe den Betrieb; dem folgten die Arbeiter. Am folgenden Tage versuchte der Arbeiterausschuß durch Verhandlungen die Differenzen beizulegen. Dem Ausschuß wurde von dem Direktor erklärt: Die Arbeiter seien entlassen, wer aber anfangen wolle, könne anfangen, jedoch müsse der Austritt aus dem Verbands schriftlich erklärt werden. Die Arbeiter lehnten das ab. Aus diesem Konflikt einen Angriffsstreik zu machen, ist mehr, als man selbst in normalen Zeiten von den Unternehmern erwarten durfte. Den amtlichen Stellen dürfte dieser Fall zur Genüge beweisen, wie dringend notwendig es ist, der amtlichen Streikstatistik die gegen die Arbeiter gerichtete Tendenz zu nehmen und sie zu einer wissenschaftlich einwandfreien Übersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe zu gestalten.“⁵

Was die Generalkommission unter einer „wissenschaftlich einwandfreien Übersicht“ versteht, hat sie uns dann mit ihrer Statistik gezeigt!

⁵ Ebenda.

ZWEI DOKUMENTE ZUR GESCHICHTE DES DEUTSCHEN KOLONIALISMUS

VON MANFRED NUSSBAUM

Es gehört zu den über Jahrzehnte unentwegt aufrechterhaltenen frechen Behauptungen der deutschen imperialistischen Geschichtsschreibung, daß in den ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika ein sogenanntes gutes Einvernehmen zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den Kolonialherren bestanden habe. Infolge dieses Verhältnisses sei die Beseitigung der deutschen Kolonialherrschaft im Verlauf des Ersten Weltkrieges von den Afrikanern mit Bedauern aufgenommen worden. Lange Zeit, bis in die heutigen Tage hinein, sei der Wunsch nach einer Rückkehr der deutschen Herrschaft lebendig geblieben, und als Folge des „wohltätigen“ deutschen Kolonialregimes habe sich eine Verehrung für alles Deutsche bei den afrikanischen Bewohnern der alten deutschen Kolonialgebiete erhalten.

Diese hier kurz skizzierte Ideologie dient heute konkreten Zielen. Sie soll den neokolonialistischen Vorstoß des westdeutschen Finanzkapitals nach Afrika bemänteln helfen. Sie soll in Afrika die Täuschung über den Wolfscharakter der heute wieder an den Küsten Afrikas auftauchenden Emissäre der westdeutschen Monopole ermöglichen und diese als Nachfolger patriarchalisch regierender Wohltäter der afrikanischen Bevölkerung erscheinen lassen. Die Verbreitung einer derartigen Vorstellung soll die dunklen Geschäfte der westdeutschen Konzerne und der Bonner Regierung wesentlich erleichtern. Das Gerede der offiziellen und halboffiziellen Vertreter des Bonner Neokolonialismus über angebliche „höhere Ziele“ der Bundesrepublik in Afrika, über die zivilisatorische und Kulturmission Bonns und seine gute Absicht, den Lebensstandard der Afrikaner zu heben, soll auf fruchtbaren Boden fallen, nachdem mit solcher Ideologie das tief eingewurzelte und aus bitterer Erfahrung geborene Mißtrauen der Afrikaner gegenüber den europäischen Kolonialisten zumindest in bezug auf die westdeutschen Monopole beruhigt worden ist. Die Ideologie entspricht auch dem Vorhaben der bundesrepublikanischen Afrikainteressenten, sich in Afrika von ihren NATO-Partnern gewissermaßen als „weiße Lämmer“ abzuheben, als von kolonialen Sünden und Verbrechen unbelastet vorzustellen. So wollen sie leichter ihre Absicht verwirklichen, sich in die Positionen hineinzudrängen, die bisher von den anderen westlichen Kolonialmächten, vor allem Frankreich und England, besetzt waren.

Auch die Massen der westdeutschen Steuerzahler, die von offizieller Stelle zu Opfern für die sogenannte Entwicklungshilfe aufgerufen sind, sollen betrogen werden und glauben, daß die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik freundschaftliche, auf Gleichberechtigung beruhende Beziehungen zu den Staaten Afrikas wollen.

Der Erzeugung all solcher Illusionen dient es nun, wenn die koloniale Vergangenheit des deutschen Imperialismus in „reinem Glanze“ erstrahlt. Seit dem Verschwinden der deutschen Kolonialherrschaft aus Afrika sind immerhin rund fünfundvierzig Jahre vergangen. Während dieser Zeit erzählten die offiziellen und offiziösen Kolonialisten fast ununterbrochen ihre Märchen. Daher, so rechnet man bei den westdeutschen Monopolisten, könnte die Vergangenheit in Vergessenheit geraten sein und die schon weiter oben erwähnte Propaganda einen gewissen Boden finden, besonders bei der Generation, die die deutsche Kolonialherrschaft nicht mehr selbst erlebt hat. Doch selten war eine Lüge unverfrorener, eine Behauptung unhistorischer als die vom „guten“ deutschen Kolonialregime und der daraus resultierenden Anhänglichkeit der Afrikaner an den deutschen Imperialismus. Diese Entstellung der Wahrheit konnte überhaupt nur deswegen in Szene gesetzt werden, weil jahrzehntelang keine objektive wissenschaftliche Erforschung des deutschen Kolonialismus statthatte. Den unvoreingenommenen Historikern waren die Archive des Reichskolonialamts verschlossen. Was infolgedessen vor die Öffentlichkeit gelangte, waren sorgfältig ausgewählte und zurechtgestutzte Darlegungen, die der Apologetik des deutschen Kolonialsystems dienten. Mit Ausnahme einiger weniger Fälle kolonialer Schandtaten, die vor allem von führenden Vertretern der alten deutschen Sozialdemokratie an die Öffentlichkeit gebracht wurden, blieb die Mehrzahl der deutschen Kolonialverbrechen, blieben die Einzelheiten des ganzen schändlichen Systems der deutschen Kolonialdespotie das Geheimnis jener, die mittelbar oder unmittelbar dafür verantwortlich waren.

Erst seit wenigen Jahren ist das anders. Die Archive sind der freien wissenschaftlichen Forschung zugänglich. Die Tatsachen treten ans Licht. Und sie sind so ungeheuerlich, daß heute noch, Jahrzehnte nach den Geschehnissen, die Feder des Historikers sich empört ob der von ihr zu beschreibenden barbarischen Grausamkeit der Vertreter einer angeblich zivilisatorischen Mission in Afrika. Was Angehörige der deutschen Ausbeuterklassen den Bewohnern der sogenannten Schutzgebiete an Gemeinheiten, Brutalitäten und ausgeklügeltem Sadismus angetan haben, wurde nur von den Schandtaten der deutschen Faschisten während des Zweiten Weltkrieges erreicht und übertroffen.

Die in der letzten Zeit in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen Arbeiten zur Geschichte des deutschen Kolonialismus geben bereits einen Teil der Verbrechen der „germanischen Kolonialhelden“ wieder.¹ Es sind die ersten

¹ Siehe Müller, F. F., Deutschland, Sansibar, Ostafrika. Berlin 1959; Büttner, Kurt, Die Anfänge der deutschen Kolonialherrschaft in Ostafrika. Berlin 1959; Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, hrsg. von Stoecker, H., Berlin 1960.

marxistischen Darstellungen, die auf den Akten des ehemaligen Reichskolonialamtes fußen. Diese Arbeiten befassen sich jedoch alle mit einem frühen Zeitabschnitt der deutschen Kolonialherrschaft. Sie können daher noch nichts über das Verhältnis der afrikanischen Bevölkerung zur deutschen Herrschaft in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg bzw. während des Ersten Weltkrieges aussagen. Gerade hier aber, in diesem Zeitabschnitt, glaubt die historische Lüge des deutschen Kolonialismus ihre Domäne zu haben. Indem sie behauptet, daß in den Jahren vor Ausbruch des Krieges die „Bande des herzlichen Einvernehmens“ zwischen Kolonialherren und afrikanischer Bevölkerung immer fester geworden seien, gelangt sie schließlich zu der These, daß der Weltkrieg, bzw. die Besetzung der deutschen Kolonien durch die englischen und französischen Imperialisten eine gedeihliche Entwicklung unterbrochen und die deutschen Kolonialherren und die afrikanische Bevölkerung zum großen Bedauern der letzteren auseinandergerissen habe.

Nachstehend veröffentlichen wir zwei Dokumente des Reichskolonialamtes. Es handelt sich um je einen Bericht des kaiserlichen Bezirksamtmannes Wienecke aus Kamerun und des Regierungsarztes Dr. v. d. Hellen aus Togo. Beide sind Vertreter der deutschen Kolonialverwaltung und der höheren Beamtenhierarchie zuzuzählen. Beide Dokumente, Berichte an die Kolonialbehörde in Berlin, fanden sich in einem Aktenband, auf dessen erstem Blatt folgende Notiz vermerkt ist: „Über das hochverräterische Verhalten der Duala und anderer Eingeborener wird man weitere Berichte von seiten des Gouverneurs abzuwarten haben, ebenso Vorschläge über Maßnahmen, die deswegen nach Kriegsende zu ergreifen sein werden, daher sind besondere Akten anzulegen.“²

Diese hier erstmalig veröffentlichten, jahrzehntelang vor der Welt verborgenen Berichte deutscher Kolonialbeamter zeigen authentisch und in der Sprache der deutschen Kolonialisten, daß alle Behauptungen von einem guten Verhältnis zwischen Kolonialherren und Afrikanern in den deutschen Kolonien dummfreche Erfindungen sind. Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Bis zum letzten Tag der deutschen Herrschaft brannte die Flamme der Empörung über die Schandtaten der Kolonialisten in den Herzen der Bevölkerung. Niemals haben sich die Afrikaner freiwillig unter das deutsche Joch gebeugt. Gerade in Kamerun, das wegen der Prügelorgien der deutschen Kolonialherren an der ganzen westafrikanischen Küste berüchtigt war, gelang es den Unterdrückern nicht, den Freiheitssinn der Bevölkerung zu brechen. Besonders das zahlenmäßig relativ starke und selbstbewußte Volk der Duala tat sich im Widerstand gegen die Fremdherrschaft und die von den Kolonialbehörden organisierte Vertreibung der Afrikaner von ihren Wohnsitzen hervor. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges verstärkten die deutschen Behörden den Terror und ließen das Stammesoberhaupt und zahlreiche seiner Angehörigen ermorden. Trotzdem ergaben sich die Duala, wie der deutsche Bezirksamtman zugeben muß, nicht in ihr Schicksal.

² Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskolonialamt, Bd. 3991.

Es gehört zu den tragischen Verstrickungen des Freiheitskampfes der Bewohner der deutschen Kolonien in jenen Tagen, daß sie auf Beseitigung des deutschen Jochs nur rechnen konnten, wenn die deutschen Kolonialisten durch die andrängenden englischen und französischen Truppen vertrieben wurden. Natürlich bedeutete das unter den obwaltenden Umständen die Ersetzung eines Kolonialregimes durch ein anderes. Trotzdem so den Afrikanern in ihrer Mehrheit klar war, daß die Beseitigung der deutschen Machthaber im besten Falle einen Wechsel der Kolonialherrschaft bringen konnte, blieben sie nicht neutral, sondern nahmen eindeutig und spontan Partei gegen ihre alten Bedrücker. Diese in dem Bericht des Bezirksamtmanes aus Kamerun wie auch in demjenigen des Regierungsarztes aus Togo zum Ausdruck kommende Massenablehnung des deutschen Regimes und Erhebung gegen dasselbe ist wohl die eindeutigste Verurteilung des deutschen Kolonialismus. Die Völker der deutschen Kolonien zogen es vor, lieber unter englischer bzw. französischer Herrschaft zu leben, ja sie kämpften seinerzeit sogar für einen Wechsel in dieser Richtung, als weiter unter der Fuchtel der deutschen Kolonialisten zu vegetieren. Das ist keine Rechtfertigung für den englischen und den französischen Kolonialismus, die sich mit hundertenfachen Schändlichkeiten bedeckt haben. Aber die Tatsachen des Verhaltens der Afrikaner in Kamerun und Togo zeigen, daß, wenn eine Differenzierung unter den Systemen der Kolonialunterdrückung möglich ist, die deutsche Kolonialherrschaft jener Zeit den traurigen Ruf für sich in Anspruch nehmen kann, unter den verhaßten Systemen das verhaßteste gewesen zu sein.

Die hier wiedergegebenen Dokumente erfordern ein aufmerksames und kritisches Studium. Kritisch muß das Studium schon deswegen sein, weil sie in der Sprache der Kolonialunterdrücker abgefaßt sind. Die Verfasser bedienen sich des Vokabulariums der kolonialen Machthaber, zu denen sie selbst ja zählen. Sie sprechen beispielsweise von „Verrat“ und „hochverräterischen Handlungen“ der Afrikaner. Wen aber „verrieten“ die Afrikaner denn? Die deutschen Kolonialbehörden? Den deutschen Kaiser? Keinem von den Genannten waren sie verpflichtet. Die Afrikaner waren nicht verpflichtet, ihren Nacken auf ewige Zeiten unter das deutsche Joch zu beugen. Hätten sie es getan, dann wäre es allerdings ein Verrat gewesen, ein Verrat an sich selbst, an der Zukunft ihres Volkes. Wienecke bezeichnet auch die Angehörigen des Duala-Volkes als feige. Das steht jedoch in direktem Widerspruch zu seiner eigenen Schilderung, in der er zugeben muß, daß die Afrikaner oft mit bloßen Messern bewaffnet gegen die deutsche Kolonialsoldateska kämpften.

Der Bericht des Kameruner Kolonialbeamten spricht auch davon, daß wegen der angeblichen Gefahr der Spionage den Afrikanern verboten wurde, die Flüsse ihres Landes zu befahren, und daß die Kolonialbehörden ihnen ihre Boote wegnehmen ließen. Wenn man berücksichtigt, daß der Fischfang eine Hauptnahrungsquelle der an den Flußufern wohnenden Afrikaner war, wird man verstehen können, daß eine solche Maßnahme geradezu geeignet war, die Wut und den verzweifelten Widerstand der Kameruner gegen das deutsche

Regime bis zur Weißglut zu steigern. Erst so wird es wirklich verständlich, daß die einziehenden Engländer und Franzosen von der Bevölkerung Kameruns freudig begrüßt wurden. Sie stellten in diesem Falle wirklich temporär das kleinere Übel dar. Und die Niederlage der deutschen Imperialisten im Ersten Weltkrieg bewahrte auch die Bewohner weiter Gebiete Afrikas vor der Rache der deutschen Kolonialherren, die sich drohend in der Bemerkung über nach Kriegsende zu ergreifende Maßnahmen ankündigte.

Möge die Kenntnis der hier wiedergegebenen Dokumente dazu beitragen, den Völkern die Augen über das Wesen des deutschen Kolonialismus und seiner heutigen neokolonialistischen Spielart zu öffnen.

I. BERICHT DES REGIERUNGSSARZTES DR. V. D. HELLEN AUS TOGO AN DAS REICHSKOLONIALAMT

Weimar, den 30. November 1916.

Dem Reichs-Kolonialamt erstatte ich gehorsamst folgenden Bericht über meine Beobachtungen in Togo seit Ausbruch des Krieges, soweit ich sie zur Zeit im Gedächtnis habe; etwaige Ergänzungen müssen der Zeit vorbehalten bleiben, wenn mir mein Tagebuch zugänglich ist, das sich noch in Togo befindet.

Der Bezirksamtman von Misahöhe, Regierungsrat Dr. Gruner, hatte vom Gouvernement Befehl erhalten, mit allem, was zur Verteidigung von Kamina geeignet war, unter Räumung der Außenstationen Ho und Kpandu dorthin abzumarschieren. Auf die Nachricht hiervon ging ich, meines Erinnerens am 7. August 1914, nach Misahöhe und erbot mich, da ich keinen Marschbefehl erhalten, zur Aufnahme der Beamtenfrauen des Bezirks auf dem Kluto, was angenommen wurde. Der Bezirksamtman bat mich, nach seinem Abmarsch ihn zu vertreten, und unterstellte mir den Polizeimeister Bähr, der zunächst in Palime bzw. Misahöhe verblieb, später aber auch noch Marschbefehl nach Atakpame erhielt. An seine Stelle wurde der Kaufmann A. Preuss stellvertretender Polizeimeister in Palime.

Auf dem Rückwege von Misahöhe zum Kluto fand ich am Françoispaß im Graben liegend eine deutsche Flagge der Art wie sie die Häuptlinge von Dienst wegen haben. Der Abfall der Eingeborenen begann also sofort nach dem Ausmarsche des Bezirksamtmanes aus Misahöhe. pp.

Dem Bezirksamtman war es möglich, noch verschiedentlich nach Palime zu kommen, wo ich ihn denn auch einige Tage später traf. Ich hörte die Ansprache, die er dort an eine Gruppe von Häuptlingen von an der Straße nach Atakpame gelegenen Landschaften richtete. Sie sollten die deutsche Sache in der Weise unterstützen, daß in Sonderheit die Jäger den Feind des Nachts beunruhigten, sodaß er keine Nachtruhe fände. Es dauerte lange, bis die Häuptlinge, meines Erachtens sehr widerwillig, ihre Mitwirkung zusagten, dann ließ der Bezirks-

amtmann an sie Gewehre und Pulver verteilen. Ich erfuhr ferner, daß die Landschaften Lawanjo und Kunja (Kreis Kpandu) den Gehorsam verweigerten; der Bezirksamtmann hatte ihnen befohlen, die großen Maisvorräte, die auf der Burbulla'schen Pflanzung in Kunja lagen, herzubringen; jedoch die Häuptlinge ließen ihm antworten, ihre Landschaften wären jetzt englisch.

Auch Kpandu war feindlich; die dortigen Eingeborenen hatten sich des Fernsprechers nach Palime bemächtigt und ließen Gespräche von dort, z. B. der Missionare, nur unter ihrer Kontrolle zu. Den motorfahrenden deutschen Aufklärern legten sie Hindernisse in den Weg. Einer von ihnen, meines Erinnerns Herr Behnsen, erzählte mir, daß er kurz vor dem Erreichen von Kpandu von einem treuen Eingeborenen dringend vor Fortsetzung seines Weges gewarnt wurde, da die Eingeborenen nunmehr jeden Deutschen tödlich anzufallen beschlossen hätten, und deshalb umkehrte.

Die Lage der katholischen Mission in Kpandu soll derzeit recht unangenehm gewesen sein.

Dies alles geschah, lange bevor die ersten Engländer überhaupt in den Kreis Kpandu gekommen waren. pp.

Die Tatsache, daß ich von den Engländern an meiner Dienststelle gelassen worden war, war durchaus nicht nach dem Sinne der Eingeborenen. In einer Häuptlingsversammlung in Misahöhe bald nach der Besetzung Togos erklärten sie dem englischen Beamten, sie wären mit allem einverstanden, was die Engländer bis dahin getan hätten, nur das eine gefiele ihnen nicht, daß sie den Arzt auf dem Kluto gelassen hätten, den hätten sie auch gefangen nehmen und abführen sollen. Der District Commissioner soll ihnen darauf erklärt haben, daß es für den Bezirk notwendig sei, daß ich auch weiterhin meine ärztliche Tätigkeit ausübe.

Außerdem wurde der englische Beamte auch brieflich vor mir gewarnt als einem sehr gefährlichen Menschen, der die Leute vergifte; ein solcher Brief war aus einer Landschaft am Agu. Es war mir später eine Genugtuung feststellen zu können, wie oft gerade aus den Landschaften, die anfangs am lautesten um meine Entfernung aus dem Bezirk Misahöhe gebeten hatten, Kranke hilfesuchend zum Kluto kamen. Hier entwickelte sich von etwa Oktober 1914 an ein ständig an Umfang zunehmender ärztlicher Betrieb. pp. Die Eingeborenen, die von ferner her kamen — aus Peki, selbst aus Accra kamen sie — rechneten damit, auf dem Kluto wohnen zu können. Sofern ich als Vorbedingung für eine Behandlung die Forderung stellen mußte, daß der Kranke auf dem Kluto bliebe, so lange wie ich das für notwendig hielt, wurde darin fast durchweg eingewilligt. So war denn fast ständig jeder zur Unterbringung von Kranken geeignete Raum belegt. pp.

Die Engländer stellten in Togo auch Rekruten in ihre Truppe ein; daß irgendwelcher Druck zur Anwerbung ausgeübt wurde, ist mir nicht bekannt geworden. Um Herkunft und Anstellungsbedingungen dieser Leute kennen zu lernen, habe ich anfangs mir zur ärztlichen Begutachtung zugesandte Rekruten untersucht, das später aber als nicht zu meinen vertraglichen Leistungen

gehörend abgelehnt. Die Leute waren meist aus dem Hinterlande, jedoch auch einzelne Ewheleute (u. a. Tsewie, Be); ihr Vertrag lautete auf fünf Jahre, verpflichtete sie zum Schutze des britischen Reiches, in Sonderheit der Goldküsten Kolonie. Ob sie sich jedoch auch zur Verwendung des britischen Reiches verpflichteten, ist mir nicht genau in Erinnerung geblieben, ich glaube jedoch, daß das im Vertrag nicht festgelegt war. pp.

gez. Dr. v. d. Hellen
Regierungsarzt.

An das Reichs-Kolonialamt, Berlin

II. BERICHT DES BEZIRKSAMTMANNES WIENECKE AUS KAMERUN

Herisau, den 24. 6. 16.

Bericht über das Verhalten der Duala-Bevölkerung während der ersten Kriegszeit (bis Anfang Oktober 1914).

Euerer Exzellenz

beehre ich mich, im Nachfolgenden einen Bericht über das Verhalten der Duala-Bevölkerung während der ersten beiden Kriegsmonate gehorsamst vorzulegen. Der Inhalt des Berichts gründet sich auf meine Aufzeichnungen von Dezember 1914.

I. Stimmung der Bevölkerung zur Zeit des Ausbruchs des Krieges

Wie Euerer Exzellenz bekannt, befanden sich die Duala schon vor dem Kriege im Zustande heftiger Erregung, hervorgerufen durch die Durchführung des Enteignungs- und Verlegungsverfahrens und verschärft durch die Verhaftung ihres Führers Duala Manga wegen Hochverrats. Es war daher ohne weiteres ersichtlich, daß es für sie nur der geeigneten Gelegenheit bedürfen werde, um zu offenem Verrat überzugehen.

Das Verfahren gegen Duala Manga hat – insbesondere durch die dabei beschlagnahmten Schriftstücke – der Verwaltung die Möglichkeit gegeben, einen tiefen Einblick in die Stimmung der Bevölkerung zu tun und gezeigt, in welchem hohem Maße die Duala schon vor dem Kriege mit dem Gedanken an Verrat umgingen, und wie sie auch vor hochverräterischen Handlungen nicht mehr zurückschreckten. Im einzelnen hat das Verfahren folgendes ergeben:

1. Der Gedanke an eine Verbindung mit England zum Zweck der Abwendung der deutschen Herrschaft ist erörtert worden. Es ist auch erwiesen, daß Ngoso Din, der Abgesandte der Duala, den Auftrag hatte, sich mit fremden Mächten in Verbindung zu setzen. Damit konnte nach Lage der Sache nur England

gemeint sein. Mit welcher Unverfrorenheit Duala Manga dem Gedanken an England nachging, kann man aus einem seiner Briefe an den Schriftsteller von Gerlach in Berlin ersehen, in welchem er zum Ausdruck bringt: Jetzt, nachdem die deutsche Regierung sich allen Vorstellungen gegenüber unzugänglich gezeigt und mit dem gewaltsamen Abbruch der Eingeborenenhütten angefangen habe, sei es an der Zeit, bei der englischen Regierung diejenige Gerechtigkeit zu suchen, die Deutschland den Eingeborenen verweigert habe. Ähnlich war die Ausdrucksweise in der Beschwerde gegen den Verleihungsbeschuß im Enteignungsverfahren und in der Halpert'schen Denkschrift: Die Deutsche Regierung habe den mit dem „Duala Volk“ abgeschlossenen Vertrag gebrochen, man müsse daher erwägen, ob man sich nicht nach einer anderen Macht zum Abschluß eines entsprechenden Vertrages umsehen solle.

2. Während die Durchführung der Absicht, Verbindung mit England zu nehmen, nicht über die ersten Anfänge – Entsendung des Ngoso Din – hinausgekommen ist, hat Duala Manga seine Pläne zur Aufwiegelung anderer Häuptlinge in weiterem Umfange zur Ausführung zu bringen versucht, indem er an eine Anzahl von Häuptlingen des Graslandes die Aufforderung ergehen ließ, ihm zu helfen, die deutsche Regierung zu stürzen und die Deutschen aus dem Lande zu vertreiben. Sein Vorgehen läßt sich bis in die Einzelheiten nachweisen, soweit das Ziel auf Bamum gerichtet war. Dank dem loyalen Verhalten Joja's ist man imstande gewesen, die Tätigkeit des nach Bamum gesandten Boten von seiner Instruktion in Duala bis zur Ankunft bei Joja zu verfolgen. Einen nicht ganz so vollständigen, aber doch völlig zum Schuldbeweis genügenden Einblick hat der Richter in das hochverräterische Treiben mit den Zielen Bali und Bagam nehmen können.

3. In die Pläne Duala Manga's waren eine ganze Anzahl Duala-Leute mehr oder weniger eingeweiht, von denen ein Teil bestraft worden ist.

4. Das Verfahren gegen Duala Manga hat gleichzeitig ergeben, daß sich, von Duala ausgehend, eine Bewegung über einen großen Teil des Schutzgebiets erstreckte, ebenfalls dahin gerichtet, die deutsche Verwaltung bei der Bevölkerung verhaßt zu machen. Bekanntlich sind die Mehrzahl auch der Innenstationen mit Dualaleuten als Kanzlisten, Handwerkern, Vorarbeitern usw. mehr oder weniger stark versehen, ebenso wie sie sich als Angestellte von Firmen und als Händler gleichfalls auf weite Teile des Schutzgebiets verteilen. Aus aufgefangenen Briefen insbesondere konnte man feststellen, wie sich mit dem Ursprungsort Duala ein Netz von Fäden über das Schutzgebiet ausbreitete, die alle, bald deutlich, bald verschleiert, Nachrichten über die angeblich ungerechte und grausame Behandlung des „Duala-Volkes“ unter die Bevölkerung des Binnenlandes brachten und den Zweck hatten, deren Mißtrauen gegen die Verwaltung zu erregen und sie zur Unbotmäßigkeit geneigt zu machen. „Wenn die Deutschen mit uns fertig sind, d. h. uns unser Land abgenommen haben, werdet Ihr daran kommen“. Es darf auf die bei dem berühmten Mpundu Akwa (damals in Banjo in Strafhäft) vorgefundenen Briefe und „Denkschriften“ hingewiesen werden, desgleichen auf eine Schulszene in

Dschang, wo die aus den Ferien kommenden Schulkinder ihrem Lehrer (Pater der katholischen Mission) den Gehorsam aufkündigten, mit dem Geschrei: „Wir wollen den Weißen nicht mehr gehorchen, in kurzer Zeit werden alle Weißen aus dem Lande vertrieben werden“. Wie sich herausstellte, war ein Teil der Schüler während der Ferien bei der katholischen Mission in Duala gewesen, und mußte dort (in Duala) wohl die neuen Ideen eingesogen haben. Nach Aussage des Lehrers schien sich ein ganz neuer Geist der Aufgeregtheit und Unbotmäßigkeit der sonst friedlichen Bevölkerung bemächtigt zu haben. (Strafaktion gegen Duala Manga u. Genossen).

Es muß hervorgehoben werden, daß zwar in dem Prozeß gegen Duala Manga ausschließlich Bell-Leute verurteilt worden und auch als verdächtig nur in Betracht gekommen sind. Andererseits haben die Akwa-Leute bereits früher, während der Blütezeit des Mpundu Akwa (1911) genügend gezeigt, daß sie nicht zuverlässiger als die anderen sind. Die Deido-Leute schließlich gehören zum Teil zu Akwa, und sind im übrigen mehr oder weniger abhängig von Bell. Ähnliches gilt für Bonaberi. Die Geldsammlungen, die Duala Manga hatte vornehmen lassen („um sein Landpalaver gegen die Regierung durchführen zu können“), erstreckten sich auf den ganzen Ort Duala und weit darüber hinaus, vor allem auf die Landschaften Abo, Wuri und Balong (Mungo). Alle diese Völkerschaften haben ihn mehr oder weniger gegen die Regierung unterstützt, wie sie, besonders Balong, überhaupt deutlich zum Ausdruck brachten, daß sie sich in erheblichem Maße von den Duala abhängig fühlen und ansehen. Duala Manga wird vielfach als Oberherr angesprochen, dem man zu gehorchen habe. Diese Auffassung ist um so befremdender, als die erwähnten Stämme den Duala-Leuten wegen des von ihnen so lange ausgeübten politischen und wirtschaftlichen Druckes keineswegs sympathisch gegenüberstanden. Der Umschwung in der Stimmung muß wohl, jedenfalls zum Teil, auf eine seit längerer Zeit betriebene systematische Verhetzung zurückgeführt werden.

II. Ereignisse nach Ausbruch des Krieges (vor der Übergabe der Stadt Duala)

Es liegt auf der Hand, daß die Nachricht vom Kriege zwischen Deutschland und den verbündeten feindlichen Mächten, vor allem England, von den Duala mit größtem Interesse aufgenommen wurde. Bemerkenswert ist, daß die Duala, vielleicht von ganz wenigen fortgeschrittenen abgesehen, von vornherein der festen Überzeugung waren, daß der Krieg mit England einzig und allein auf *ihre* Streitigkeiten mit der deutschen Regierung zurückzuführen sei. Missionare und Kaufleute, die über diesen Gegenstand mit ihren Schülern, Angestellten und anderen gesprochen haben, sind nicht imstande gewesen, den Leuten die unsinnige Idee auszureden.

Sofort mit Bekanntwerden des Krieges zeigte sich in Duala eine erhöhte Unruhe. Nächtliche heimliche Versammlungen trotz aller Verbote, Herum-

lungern des Nachts auf den Straßen, ein gewisses weniger höfliches, teilweise freches Benehmen gegen die Europäer, Warnungen aus Kreisen eingeborener Nicht-Duala, vor allem der Togoleute, die sich bis zur Übergabe des Ortes als zuverlässig und anhänglich erwiesen haben, alles das ließ bei den Europäern die Befürchtung von Aufstand und Aufruhr groß werden. Man bat um Waffen und erhöhten Schutz. Seitens der Verwaltungsbehörde hat man zwar an einen Aufstand der Bevölkerung niemals ernstlich gedacht. Bei der Feigheit, Waffenunkenntnis und Waffenlosigkeit der Duala waren solche Absichten gegenüber dem militärischen Schutz durch Schutztruppe und Polizei-Stammkompagnie auch wohl ausgeschlossen. Dagegen ließ sich die Befürchtung gelegentlichen Meuchelmordes oder hinterlistigen Angriffs nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Es erschien daher notwendig, besondere Maßnahmen zu treffen. Die Stadt wurde nachts von starken Patrouillen des Bezirksamts, der Schutztruppen- und Polizei-Stammkompagnie begangen. Eine größere Anzahl von Häuptlingen und angesehenen Eingeborenen wurde als Geiseln festgenommen. Nach Bonaberi, das sich durch besondere nächtliche Lebhaftigkeit auszeichnete, mußte ein Polizeimeister mit 8 Mann gesetzt werden.

In dem Hochverratsverfahren gegen Duala Manga war vor dem Kriege beabsichtigt gewesen, mit Rücksicht darauf, daß in einzelnen Punkten eine Ergänzung der Untersuchung zweckmäßig erschien, vor allem aber darauf, daß sich Berliner Rechtsanwälte als Verteidiger des Beschuldigten angemeldet hatten, den Hauptverhandlungstermin auf Anfang September anzusetzen. Als der Krieg ausbrach, und sehr bald die Nachricht vom Herannahen feindlicher Kriegsschiffe eintraf, erwies es sich als notwendig, die ursprüngliche Absicht aufzugeben, und das Verfahren tunlichst zu beschleunigen. Man mußte unter allen Umständen darauf bedacht sein, den Prozeß vor dem zu erwartenden Angriff auf Duala zu Ende zu bringen. Die Hauptverhandlung, die am 8. August stattfand, ergab die Verurteilung des Duala Manga und Ngoso zum Tode. Das Urteil wurde nach Bestätigung durch den Gouverneur am folgenden Tage vollstreckt. Das hatten die Duala nicht erwartet. Sie hatten wohl sicher mit Begnadigung gerechnet. Missionare der Baseler und Baptisten Mission erschienen nach Bekanntwerden des Urteils bei dem Gouverneur, um die Begnadigung und Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe zu erwirken. Sie teilten die Bereitwilligkeit der Duala mit, die neuen Wohnsitze zu beziehen, wenn das Todesurteil aufgehoben werde, und sprachen ihre Überzeugung dahin aus, daß man im Falle der Vollstreckung des Urteils mit ernstestem Unruhen unter der Bevölkerung rechnen müsse. Diese Befürchtungen erschienen nach Lage der Verhältnisse nicht gerechtfertigt. Andererseits war es unzweifelhaft, daß die Duala eine Begnadigung lediglich als Schwäche und Furchtsamkeit infolge der kriegerischen Ereignisse aufgefaßt haben würden, und daß die Häuptlinge des Binnenlandes, denen der Verrat des Bell bekannt war, in noch höherem Maße zu dieser Auffassung gekommen wären. Anstelle irgend welcher Spuren von Aufstandsgelüsten zeigte sich, daß die Hinrichtung ihres Führers der Duala-Bevölkerung ungeheuren Schrecken ein-

gejagt hatte. Obwohl der Gouverneur kurz nach dem Hinrichtungstage der Witwe und den Verwandten des Verurteilten die Notwendigkeit des strengen Vorgehens klar machte und den Duala zusicherte, daß sie bei loyalem Verhalten nichts zu befürchten hätten, Erklärungen, die kurz darauf auch von dem Bezirksamtmann in öffentlicher Versammlung abgegeben wurden, trat eine Abwanderung aus dem Stadtgebiet ein, die einer Entvölkerung nahezu gleichkam. Zu Anfang des Krieges war den Duala eröffnet worden, daß diejenigen, welche auswärtige Farmen (Wuri, Mungo usw.) besaßen, sich ungehindert dorthin begeben könnten. Man wollte durch die Verminderung der Stadtbevölkerung einem Knappwerden der Lebensmittel vorbeugen. Die Leute hatten sich schon daraufhin in großer Zahl in die benachbarten Landschaften zurückgezogen. Nach der Hinrichtung des Duala Manga folgte ihnen der weitaus größere Teil der zurückgebliebenen Bevölkerung, darunter eine große Anzahl von Eingeborenen, die irgend welchen Landbesitz gar nicht hatten. Wegen der schädlichen Wirkungen der Abwanderung mußten besondere Maßnahmen getroffen werden (s. unten).

Unter solchen Umständen mußte man mit Sicherheit erwarten, daß die Duala beim Herannahen des Feindes alles versuchen würden, um ihm Vorschub zu leisten und die deutschen Interessen zu schädigen. Diese Befürchtung hat sich im vollen Maße bestätigt. Von dem Sichtbarwerden der ersten englischen Kriegsschiffe ab war man sich darüber klar, daß man wie in Feindesland den Krieg führen müsse. Ein erheblicher und im Verhältnis zu den schwachen Mitteln viel zu großer Teil der militärischen Maßnahmen mußte auf die Überwachung und Unschädlichmachung der Duala-Bevölkerung gerichtet werden. Schon bei dem ersten Besuch des englischen Kreuzers Cumberland in Victoria (Anfang September) wurde die Landungstruppe von zwei Dualamännern geführt. Ortseingeborene haben in einem von ihnen mit Sicherheit einen Sohn des Häuptlings Doo Elame von Bonapriso (Bell) erkannt. Da nach den sofort aufgenommenen Ermittlungen die im Schutzgebiet wohnhaften Söhne Doo Elames nicht in Frage kamen, ist als festgestellt anzusehen, daß es sich dabei um einen Sohn des genannten Häuptlings handelte, welcher schon seit längerer Zeit seinen Aufenthalt in Lagos hatte.

Die bereits besprochene Abwanderung nahm von Tag zu Tag einen größeren Umfang ein, vor allem, nachdem Duala am 6. September zum ersten Mal von dem englischen Kanonenboot Dwarf beschossen worden war. Sie wäre an und für sich nicht so bedenklich gewesen, wenn man nicht hätte feststellen müssen, daß die Leute zum großen Teil den Zweck verfolgten, sich dem Machtbereich der Verwaltung zu entziehen, und dem Feinde in die Hände zu arbeiten sei es unmittelbar, oder mittelbar, durch Aufhetzung der Bevölkerung des Hinterlandes. Die Duala, soweit sie die Stadt nicht verließen, zogen sich nach Deido zurück. Ganz Bell und Akwa waren so gut wie leer. Dagegen entwickelte sich in Deido eine unheimliche Tätigkeit. Während man am Tage auch dort kaum Menschen sah, zeigte sich der Ort nachts viel dichter als in normalen Zeiten bevölkert. Es wurden heimlich Versammlungen abgehalten, oder wenigstens

Versuche dazu gemacht, jedenfalls herrschte nachts ein reges, geheimnisvolles Leben. Wie festgestellt werden konnte, handelte es sich dabei zum großen Teil um Leute, die sich tagsüber in den Ortschaften weiter Wuri-aufwärts aufhielten und sich nachts nach Deido begaben. Dieses Treiben konnte nicht geduldet werden, zumal in Deido das für den Fall der Beschießung vorgesehene Not-Krankenhaus angelegt und im Anschluß daran Unterkunft für Frauen und Kinder geschaffen war. Da ferner dem Bezirksamt von eingeborenen Nicht-Duala hinterbracht wurde, daß die Duala offen geäußert hätten, im Falle eines Sturmes durch die Engländer würden sie die Europäerwohnungen und Geschäfte ausplündern und die Deutschen nach Möglichkeit umbringen, und da fernerhin einige Fälle bekannt wurden, in denen Duala-Leute sich gegenüber Europäern frech und unanständig benommen hatten, so wurde kurz angeordnet, daß Deido sofort von den Eingeborenen zu räumen sei, und diese sich in die fertigen, größtenteils leeren Hütten von Neu-Bell zu begeben hätten. Das gleiche wurde für Bali-Höhe bestimmt, wo die Hütten sofort abgebrochen wurden. Das Ergebnis war, das ganze etwa 50 Eingeborene, meist Angestellte von Behörden und Firmen, nach Neu-Bell zogen. Die übrigen verschwanden in die nähere und weitere Umgebung, trotz aller Kontrolle durch Patrouillen auf den Straßen und Wasserwegen.

Ein Teil der aus Duala geflüchteten Eingeborenen machte sich im nächsten Hinterlande der Stadt bald in höchst unerwünschter Weise bemerkbar. Auf den Krieks und Flußläufen, an denen die Leute saßen, zeigte sich nachts reges Leben. Ein verdächtiger Kanu-Verkehr vom Mungo und dessen Krieks aus in der Richtung nach Bimbura und später der Manoka Bucht, wo die englisch-französischen Kriegsschiffe lagen, wurde bemerkbar. Die Engländer, die ihre Barkassen überallhin, auch in die wenigst bekannten Krieks sandten, zeigten sich von Anfang an über die Örtlichkeit ganz vorzüglich unterrichtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es den Duala in bedauerlichem Maße gelungen war, dem Feinde in die Hände zu arbeiten. Deutsche Offiziere und andere Personen, welche im Laufe der Feindseligkeiten von Duala gefangen und auf die englischen Kriegsschiffe gebracht wurden, haben gesehen, daß die Engländer auf ihren Expeditionen stets die Duala als Führer verwandten, sowie daß diese mit Kanus massenweise an die Kriegsschiffe in der Manoka-Bucht heranfuhrten, und Verpflegung, besonders Früchte, brachten. Ebenso haben die Posten an den Wasserstraßen gemeldet, daß alle Barkassen der Engländer Duala Leute an Bord hätten (mitgeteilt u. a. von Assessor Dr. Böttcher, militärischem Leiter von Bonaberi).

Eine gleichfalls verderbliche Tätigkeit entfalteten die Duala-Leute, die sich in die Nachbarlandschaften (Ebo, Wuri, Balong) geflüchtet hatten. Von verschiedenen Seiten wurde dem Bezirksamt mitgeteilt, daß sich in jenen Gebieten große Mengen von Duala-Leuten, großen Teils jüngere Männer, ohne Beschäftigung umhertrieben und die Bevölkerung gegen die Regierung aufwiegelten. Die Hetzreden hatten immer den gleichen Inhalt: jetzt seien die Engländer, die Befreier, da. Es gelte nun, ihnen bei der Besiegung und Ver-

treibung der Deutschen zu helfen. Alle Schwarzen müßten zu dem Zweck zusammenstehen. Dann könne man sich für die Ermordung Duala Manga's rächen. Leider nur selten gelang es, die Hauptschuldigen zu fassen, obwohl den Häuptlingen der fraglichen Landschaften, die zum Teil dem Bezirksamt von derartigen Hetzereien Anzeige machten, hohe Belohnung zugesichert wurde. In einem Falle wurde ein Sohn eines Häuptlings, welcher versucht hatte, fremde Arbeiter zum Verrat zu verleiten, mit Hilfe des Direktors Loag in Uaka festgenommen und wegen Hochverrats hingerichtet. Verschiedentlich mußten Beamte in die Landschaften entsandt werden, um die Aufwiegler zu verfolgen und die Ortseingeborenen zur Ruhe anzuhalten.

Weitere, gegen die Duala vorgenommene Maßnahmen mögen kurz nachstehend erwähnt sein: Verbot des Verlassens der Ortschaft Duala und anderer Ortschaften ohne Genehmigung des Bezirksamts. Verschärftes Verbot, sich nach 6 Uhr abends außer dem Hause aufzuhalten. Schon früher (beim Herannahen feindlicher Kriegsschiffe) war das Befahren des Kamerunbeckens, insbesondere das Fischen dort, nur mit besonderer Erlaubnis des Bezirksamts gestattet. Als sich überall Spuren des Verrats zeigten, wurde jeglicher Kanuverkehr auf dem Kamerunbecken und den dazu gehörigen Wasserläufen (Krieks und Flüssen) verboten. Die Durchführung der Kontrolle war recht schwierig, da man möglichst das ganze weiße und farbige Personal gegen den äußeren Feind verwenden mußte. Es wurden an zahlreichen Stellen (Mungo, Krieks) Posten, teils feste, teils fliegende, aufgestellt. Die Beschlagnahme aller Kanus wurde angeordnet und es gelang, mehrere Hundert zu nehmen. Immerhin ließen sich die Maßnahmen nur teilweise durchführen. Bei dem schwierigen Gelände wäre ein viel zu großes Personal aufzubieten gewesen, um gründlich durchgreifen zu können. Da nach Mitteilung der Innenstationen die Duala ihren dortigen Freunden und Angehörigen mit der Post Nachrichten vom Feinde mit entsprechenden Aufmunterungen zukommen ließen, wurde auf Ansuchen von der Postbehörde bekannt gegeben, daß Briefe Eingeborener nur in deutscher Sprache und in offenen Umschlägen angenommen würden.

Soweit eine Kontrolle stattfinden konnte, wurde sie rücksichtslos durchgeführt. Alle Posten und Patrouillen hatten den Befehl, auf jeden Eingeborenen, der auf Anruf nicht sofort anhielt, zu schießen. Die Bahnen und Fähren Duala-Bonaberi wurden dauernd beaufsichtigt, alle Personen, die nicht im Besitz von Ausweisen waren, wurden festgenommen und bestraft.

Noch einige Einzelheiten:

Der Posten Bwadibo (Mungokriek) wurde von den Engländern angegriffen. Die Eingeborenen aus Dwadibo (Bell-Leute) gingen während des Gefechts, mit Haumessern bewaffnet, vom Ort aus bis zum Gefechtsplatz, eine geschlossene Kette bildend, heran. Aus der Art ihres Vorgehens und nach bekannt gewordenen Äußerungen muß als festgestellt angesehen werden, daß sie beabsichtigten, die Soldaten, falls sie von den Engländern bewältigt würden, totzuschlagen. Das Vorhaben blieb unausgeführt, da der Angriff der Engländer zurückgewiesen wurde. (Mitgeteilt vom Assessor Dr. Böttcher).

Direktor Loag und Dr. Haeberlin in Maka erhielten Drohungen von den Bomono-Leuten, daß alle Deutschen, an erster Stelle Direktor Loag, getötet werden sollten.

Auch bei dem Posten Bojongo (Mungo-Kriek) schlichen sich die Eingeborenen mit Haumessern an die Soldaten heran und benahmen sich in jeder Beziehung frech und unbotmäßig.

Kapitän Pohlich (Afrikanische Fruchtkompagnie Tiko) wurde von den Engländern gefangengenommen und auf den Kreuzer Cumberland gebracht. Auf dem Schiff befanden sich mehrere Dutzend Eingeborener, die ihm zum Teil dem Gesicht, nicht dem Namen nach, aus Duala bekannt waren. Einige von diesen mußten Pohlich den Engländern als den „Mann, der die Torpedos gemacht habe“ identifizieren.

III. Nach der Übergabe von Duala

Am 27. September wurde Duala mit Bonaberi den Engländern und Franzosen übergeben.

Als der englische Oberbefehlshaber an Land ging, wurde er von den Duala (und Haussah), welche scharenweise in Festgewändern erschienen waren, als Befreier begrüßt. Bei der Übernahme des Eingeborenengefängnisses durch die englischen Behörden hielt der als Geisel in Haft sitzende Bruder Duala Mangas, Richard Bell, eine Ansprache an den englischen Beamten, in welcher er gleichfalls die Engländer als Befreier und Erretter des „Dualavolkes“ und als Rächer seines Bruders willkommen hieß. (Meldung des Polizeimeisters Abel). Der größte Teil der Duala Kanzlisten meldete sich sofort nach der Übergabe bei den Engländern. Die Deutschen, die sich außer dem Hause sehen ließen, wurden offen verhöhnt oder sonst frech behandelt. Zum Beispiel mußten die Patres der katholischen Mission, die zur englischen Behörde befohlen waren, Redereien wie: „Run, go quick! Governor call you, but not German Governor, English Governor!“ über sich ergehen lassen. Als ich, Anfang Oktober, von englischen Soldaten bewacht, durch die Stadt ging, begegnete mir die Witwe des Duala Manga mit einem größeren Haufen Weiber. Als sie mich sahen, blieben sie händeklatschend und Tanzbewegungen ausführend, auf der Straße stehen und betätigten sich im Absingen fröhlicher Lieder.

Nach der Übergabe haben die Duala geplündert, wo sie konnten, und die englischen und französischen Soldaten beim Plündern geführt. Sofort nach Hissung der weißen Flagge sind in Hunderten von Kanus Bonaberi- und Jebale-Leute, die vorher geflüchtet waren, nach Bonaberi zurückgekehrt, haben die Läden und Lager mit Äxten und Haumessern aufgebrochen und alles mitgenommen, was sie schleppen konnten. Andere haben den hinter Bonaberi versenkten Regierungs-Dampfer Herzogin ausgeplündert. Als später die englischen Soldaten Bonaberi plünderten, wurden sie von den Angestellten der Firma John Holt, Hill (Engländer, 8 Jahre in Kamerun) und von den

Ortseingeborenen geführt. (Augenzeugen: Kapitäne Niederbracht, Becher, Munkel und viele andere Schiffsoffiziere, ferner Kaufmann Campe i. Fa. Deutsche Kamerun-Gesellschaft und andere Kaufleute).

Während die Engländer auf der Joßplatte den Duala gegenüber anscheinend ziemlich scharf Ordnung gehalten haben, sind Akwa und Deido gänzlich ausgeplündert, teils von den Franzosen, teils von den Eingeborenen. (Einzelheiten mitgeteilt von Rechtsanwalt Dr. Etscheit, Ingenieur Großmann i. Fa. David Grove, Kaufmann Linke i. Fa. Baseler Missionshandlung).

Daß die Duala den Engländern und Franzosen bei ihrem weiteren Vorgehen nach Kräften geholfen haben, unterliegt keinem Zweifel (vgl. Erzählung des Pater Faerber, s. unten).

Nicht besser als in der Stadt Duala haben sich die Eingeborenen der meisten in der Nähe liegenden Ortschaften gehalten. Für Bonaberi und Bonendale sind in dieser Hinsicht von Wichtigkeit die Erlebnisse des Pater Faerber, welcher eine lebendige Darstellung über seine Flucht vor den Engländern gegeben hat, und die traurige Rolle, die Einwohner aus Duala, Bonaberi, Banendale als Führer und Spione der Engländer dabei spielten. Ich nehme an, daß diese Tatsachen Eurer Exzellenz durch die Pallotiner Mission mitgeteilt sein werden. Andernfalls würde ich eine Abschrift meiner Aufzeichnungen nachliefern können. Ähnliche Erlebnisse aus Susa hatte der Postenführer Graeber an den militärischen Befehlshaber von Bonaberi (Assessor Dr. Böttcher) zu melden. Das Schriftstück ist m. W. im Besitz von Assessor Böttcher. In Bojongo (Bell-Leute) sind die Sägerei und Wohnhäuser der Württembergischen Kamerun-Gesellschaft ausgeplündert und zum Teil in Brand gesteckt. Der Angestellte Korf der genannten Gesellschaft wurde, als er sich durchschlagen wollte, von den Eingeborenen gewaltsam festgehalten. Er mußte aus dem auf ihn eindringenden, mit Haumessern bewaffneten Haufen drei Leute niederschießen, ehe man von ihm abließ. (Mitgeteilt von Dr. Vöhrniger i. Fa. Württ. Kam. Ges. und Korf).

Daß die Angaben, soweit sie die Zeit nach der Übergabe von Duala betreffen, äußerst lückenhaft sind, braucht nicht erwähnt zu werden. Ich wurde am 28. September, dem Tage nach der Übergabe, aus Duala entfernt, auf ein Schiff in der Manoka-Bucht und von dort am selben Tage nach Duala zurückgebracht, wo ich bis zum 4. Oktober im Geschäftshause der Baseler Missionshandlung gefangen gehalten wurde, fast vollständig von der Außenwelt abgeschlossen. Der Inhalt des Berichts beruht insoweit — von einer Anzahl eigener Wahrnehmungen abgesehen —, auf Mitteilungen glaubwürdiger Personen, deren Namen im Text angegeben sind.

gez. Wieneke

Kaiserlicher Bezirksamtmann.

An den Herrn Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts in Berlin

IV.

LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

WARE-GELD-BEZIEHUNGEN – SILBERGELD-SILBERBERGBAU IM FRÜHEN MITTELALTER IN OSTEUROPA IM LICHT NEUER LITERATUR

VON BRUNO WIDERA

In den letzten Jahren wendet sich die Forschung wieder intensiver der Untersuchung der Rolle des Geldes innerhalb des Wirtschaftslebens des frühen Mittelalters (bis 13. Jahrhundert) zu. Vor allem ist das Silbergeld, einerlei ob in Gestalt der Münzen, der Barren, des Hacksilbers oder auch Bruchsilber oder Silberbruch Gegenstand der Untersuchungen. Die Masse des numismatischen Materials und die Schatzfunde regen erneut zu Forschungen über das Silbergeld und über die Ware-Geld-Beziehungen innerhalb der frühmittelalterlichen Wirtschaft an. Schließlich werden bei den intensiven und weiträumigen archäologischen Ausgrabungen – besonders in Osteuropa – neue beträchtliche Münz- und Schatzfunde gehoben. In Novgorod wurden innerhalb von drei Jahren bei Ausgrabungen zwei große Schätze kufischer Münzen entdeckt. Während der Ausgrabungen im Jahre 1953 wurde ein Schatz im Gesamtgewicht von 577,43 g (60 ganze Münzen und 811 Hackstücke) geborgen. Die Münzen sind datiert vom Jahre 772–970.¹ Bei den Ausgrabungen des Jahres 1956 wurde ein Münzfund von noch größerem Ausmaß gehoben. Die einzelnen Münzen datieren bis zu den Jahren 974/975.²

Unter dem Eindruck dieses immer mehr anwachsenden gegenständlichen Quellenmaterials stehend, kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Silbergeld in seiner verschiedensten Gestalt in der frühmittelalterlichen Wirtschaft eine viel größere Rolle gespielt hat als bisher zugebilligt worden ist. Man kann heute nicht mehr an der Vorstellung festhalten, daß die frühmittelalterliche Wirtschaft ausschließlich Naturalwirtschaft gewesen ist und daß das Silbergeld in seiner dreifachen Form, vor allen Dingen in Gestalt der Münzen, nur auf den Fernhandel beschränkt war. Die Tatsache, daß das Silbergeld auch in der Binnenwirtschaft eines gegebenen Territoriums eine erhebliche Rolle spielte, kann nicht ignoriert werden, weil vor allen Dingen

¹ Янина, С. А., Неревский клад кувических монет X века. In: Труды новгородской археологической экспедиции, Bd. I (Материалы и исследования по археологии СССР, № 55), Moskau 1955, S. 180–207.

² Арциховский, А. Б., Раскопки 1956 и 1957 гг. в Новгороде. In: Советская археология № 2, 1958, S. 232.

die archäologische Forschung umfangreiches Material über die handwerkliche Erzeugung zur Verfügung stellt.

Von der neuerlichen Intensivierung der Forschungen zur Rolle des Geldes in der frühmittelalterlichen Wirtschaft zeugt sowohl die Zunahme der Publikationen, als auch die Abhaltung von internationalen Tagungen. So hat das Centro Italiano di studi sull' alto medioevo in Spoleto im April des Jahres 1960 eine internationale Tagung über die Forschungen zu Fragen des Geldes und des Austausches abgehalten.

Folgende Vorträge wurden hier gehalten: G. Luzzato (Venedig) über das Verhältnis der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft in Westeuropa; Ph. Grierson (Cambridge) über das byzantinische Münzwesen in Italien im 7. bis 11. Jahrhundert. Der Sprecher behandelte die schnelle Begrenzung der byzantinischen Münze auf die Rolle des Wertmessers und der Hortung; R. S. Lopez (Yale University) über die soziale und ökonomische Rolle der Münze im barbarisierten Italien, in welchem dennoch das Geldwesen ständig zunahm; U. Gualazzini (Parma) über den Rechtsaspekt des italienischen Geldes im frühen Mittelalter; C. S. Albornoz (Buenos Aires) und L. G. de Valdeavellano (Madrid) sprachen über Geld-Ware-Geld-Austausch und Preisbewegung auf der Iberischen Halbinsel vom 6. bis 11. Jahrhundert; P. Goubert über die Rolle des byzantinischen Geldes in Westeuropa; J. Lafaurie (Paris) über die Möglichkeiten der Ermittlung der Handelsstraßen durch die Schatzfunde der Merowinger; F. Vercauteren (Lüttich) über den Geldumlauf in West- und Süddeutschland vom 5.—8. Jahrhundert im Lichte der nur in Gräbern gefundenen Einzelmünzen; Ph. Grierson über die Funktion des Geldes in England vom 6.—11. Jahrhundert; Sture Bolin (Lund) über das skandinavische Münzwesen der Wikingerzeit. An dieses Referat schloß sich ein lebhafter Gedankenaustausch an, in welchem sich die jetzige Revision des bisher überschätzten Nordhandels im frühen Mittelalter ausdrückte. V. Laurent sprach über die Funktion des byzantinischen Geldes im Mittelmeerraum in der Zeit zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert; A. Gieysztor (Warschau) über die ökonomische Struktur der slawischen Länder und die Anfänge des Ware-Geld-Austausches; V. L. Janin (Moskau) über die Problematik der Forschungen über das Geld in der Rus' vom 9.—12. Jahrhundert; E. Patzelt (Wien) über das Verhältnis der Schweden zum arabischen Osten. Die Aussprache über die letzten drei Referate gestattete die Klärung wichtiger Momente aus der Geschichte des Handels mit Luxusgütern und der Entstehung des Ware-Geld-Austausches.³

Diese Thematik macht deutlich, daß in den Kreis der Erörterungen das Geldwesen in der ganzen bekannten Welt des frühen Mittelalters einbezogen ist.

³ A. G., Pieniądz i wymiana we wczesnym średniowieczu. In: Przegląd Historyczny, Bd. LI, Heft 3, Warszawa 1960, S. 628; Roslanowski, T., Pieniądz i wymiana we wczesnym średniowieczu. In: Kwartalnik Historyczny, Jahrg. LXVII, Nr. 4, 1960, S. 1180—1187.

Bemerkenswert ist auch, daß erneut der wirtschaftsgeschichtliche Quellenwert der Münzfunde betont wird.⁴ Was Osteuropa, besonders die alte Rus', betrifft, so hat sich die Forschung die Relationen des arabischen Reisenden und Kaufmanns Abu Hāmid hervorgeholt und seine Mitteilungen über das Pelz- oder Fellgeld im Binnenhandel in der alten Rus' in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts ausgewertet. Über sechzig Jahre sind vergangen, seit G. Jacob auf die „Kosmografie“ Abu Hāmid hingewiesen hat⁵, bis dessen „Antologie einiger Wunder des Westens“ entdeckt und veröffentlicht wurde⁶, so daß ein neuer authentischer Quellentext zu unserer Thematik der Geldforschung im Mittelalter zur Verfügung steht. Um die Bekanntmachung dieser Texte hat sich der polnische Orientalist T. Lewicki sehr verdient gemacht, weil er darüber mehrere Beiträge in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichte.⁷ Der sowjetische Historiker und Archäologe A. L. Mongajt veröffentlichte einen ausführlicheren Beitrag über die Reise Abu Hāmid in der Rus' und vervollständigte das von T. Lewicki entworfene Bild.⁸

Als Forschungsergebnisse über die Rolle des Geldes in der frühmittelalterlichen Wirtschaft Osteuropas liegen zwei umfangreichere wertvolle Publikationen vor, die insbesondere deswegen Beachtung verdienen, weil hier die Funktion des Geldes im Binnenhandel Osteuropas — Polen und Rus' — in der Zeit vom 10.—13. Jahrhundert betont wird. Es handelt sich um die Arbeiten von R. Kiersnowski⁹ und V. L. Janin.¹⁰

Kiersnowski erachtete die Geldgeschichte zur Gesamtgeschichte engstens zugehörig und daher kann sie seiner Meinung nach nicht isoliert von derselben behandelt werden. Die Erforschung der Geschichte des Geldes in Polen muß auf dem breiten Hintergrund der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zustände Gesamteuropas im frühen Mittelalter betrieben werden. (S. 5). Man

⁴ *Hävernich, W.*, Epochen der deutschen Geldgeschichte im frühen Mittelalter. In: Hamburger Beiträge für Numismatik, Neue Folge, Bd. III, Heft 9/10, 1955/56, Hamburg 1956; derselbe, Zum wirtschaftsgeschichtlichen Quellenwert der Münzfunde. In: Nordisk Numismatik Unions Medlemsblad, Nr. 5, 1954.

⁵ *Jacob, G.*, Des spanisch-arabischen Reisenden Abu Hāmid Kosmografie. Tuhfat al — albāb und ihre wissenschaftliche Ausbeute. Berlin 1892.

⁶ Abu Hāmid el Granadino y su relación de vjaje por tierras Eurásticas. Texto arabe, traducción e interpretación pro César E. Dubler, Madrid 1953.

⁷ *Lewicki, T.*, Ze studiów nad źródłami arabskimi. In: Slavia Antiqua, Bd. III, 1951/52, Poznań 1952; derselbe, Znaczenie handlowe Drohiczynia nad Bugiem we wczesnym średniowieczu i zagaskowe plomby ołowiane znalezione w tej miejscowości. In: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, Jahrg. IV, Nr. 2, Warszawa 1956; derselbe, Skórkowe pieniądze na Rusi w średniowieczu. In: Dawna Kultura, Nr. 2, Wrocław 1955.

⁸ *Монгайт, А. Л.*, Абу Хамид ал-Гарнати и его путешествие в русские земли 1150—1153 гг. In: История СССР, № 1, 1959; derselbe, Рязанская земля. Moskau 1901, S. 319/320.

⁹ *Kiersnowski, R.*, Pieniądz kruszcowy w Polsce wczesnośredniowiecznej. Warszawa 1960.

¹⁰ *Janin, В. Л.*, Денежно-весовые системы русского средневековья (Домонгольский период), Moskau 1956.

könne nicht, wie bisher geschehen, die Geldgeschichte des frühen Mittelalters nur am Rande behandeln (S. 9). Als überholt erscheint dem Autor auch die Begrenzung der Funktion des Geldes im frühen Mittelalter auf die Rolle des Wertmaßes und des Schatzes, da es in dieser Zeit schon eine große Bedeutung als Umlaufmittel erlangt habe (S. 13).

Indem der Verfasser eine Skizze über die Geschichte der Geldforschung entwirft, beweist er, daß er sich einen guten Überblick über den Stand der Forschung verschafft hat und so seine eigenen Untersuchungen auf gutem Fundament aufbaut.

Bezugnehmend auf das in Polen bekannte zahlreiche Silbermaterial (Münzen, Hacksilber, Barren, Schmuck) betont er, daß es bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts fast ausschließlich ausländischer Herkunft sei, „denn die Erträge des polnischen Silberbergbaues waren – wenn er überhaupt bis dahin betrieben wurde – sehr minimal“ (S. 26). In diesem Urteil liegt schon eine kühne Feststellung bezüglich des Standes und der Erzeugung des polnischen Silberbergbaues vor, da die neueste polnische Bergbauforschung von einem „reichlich hohen technischen Niveau“ des Bergbaues und dessen „großer wirtschaftlicher Bedeutung“ spricht.¹¹ Aus dem dürftigen Quellenmaterial kann aber diese weitgehende Aussage nicht abgeleitet werden.

Im wesentlichen besteht das in Polen gefundene Silber aus Münzen, hauptsächlich aus arabischen und westeuropäischen – unter letzteren überwiegen die deutschen. Es gibt jedoch auch römische, persische, wolga-bulgarische, byzantinische, russische, dänische, schwedische, norwegische, englische, böhmische, ungarische, italienische und polnische Münzen in den Funden. Entgegen den allgemein herrschenden Meinungen, das Silber sei nur in Form von Kriegsbeute, Tribut, Lösegeld und Schenkungen ins Land gekommen, vertritt der Autor die Auffassung, daß es vorwiegend über den Handel eingeströmt ist. Daher verbreitet er sich auch ausführlich über den Handel Polens im 10./11. Jahrhundert. Er stellt fest, daß der Handel in Polen im 10. Jahrhundert einsetzte und sich im 11. Jahrhundert intensivierte, insbesondere infolge der ständigen Steigerung der handwerklichen Erzeugung.

Dieser Feststellung des Autors muß man zustimmen, denn im Lichte des anwachsenden archäologischen Materials ist die Bedeutung des Handwerks für die Gesamtheit des frühmittelalterlichen Wirtschaftslebens wirklich höher zu bewerten als es bisher geschehen ist.¹² Aus der handwerklichen Produktion

¹¹ *St. Majewski*, *Źródłowe dane o rozwoju polskiego górnictwa w epoce odrodzenia*. In: *Przegląd Górniczy*, B.d XLI, Nr. 1, Stalinogród 1954; *Matyas, M.*, *Prace gornicze-hutnicze w okolicy Szczawnicy do połowy XVIII wieku*. In: *Studia Górnicza i Hutnictwa*, Bd. III, Warszawa-Wrocław 1959. Dazu auch: *Gupieniec, A.*, *Skarb wczesnośredniowieczny z Płocka*. In: *Materiały wczesnośredniowieczne*, Bd. V, Warschau 1960. Der Verfasser meint, daß es schon vor 1136 in Schlesien eine beachtliche Silbergewinnung gegeben hat.

¹² Unverständliche und widersprechende Einwände macht neuerdings *Preidel, H.*, *Handwerk und Handel im frühgeschichtlichen Mitteleuropa*. In: *Stifter-Jahrbuch*, Bd. VI, Gräfelfing b. München 1959.

lassen sich tatsächlich neue Aspekte für den Handel dieser Zeit gewinnen. Das Geld wird Umlaufmittel (S. 428–432). Im arabischen und westeuropäischen Silber – von letzterem wieder in deutschem – ist das Geldwesen in Polen in Erscheinung getreten; an das arabische ist seine Einführung als Geldsilber (pieniądz kruszcowy), an das westeuropäische die Verallgemeinerung des Geldes in Gestalt der Silbermünze geknüpft (S. 208).

Bei seinen Darlegungen über die deutschen Denare beschäftigt sich der Verfasser mit den Wenden- oder Sachsenpfennigen – von denen bisher 84000 Stück ermittelt wurden – und weist überzeugend nach, daß sie keine polnischen Prägungen, sondern deutsche Erzeugnisse sind und zum Export nach Polen und in die slawischen Länder bestimmt waren (S. 193–210). Bei den Einwänden gegen die polnische Herkunft der Wendenpfennige weist er auch auf die fehlende Erzbasis in Polen hin, die aber in Deutschland im Harz gegeben war (S. 195). Damit stellt der Verfasser den Zusammenhang von Münzprägung, Silbereinfuhr und Silberbergbau her und deutet die Notwendigkeit an, die Münzforschung und den Umlauf des Geldsilbers in einen Zusammenhang mit der Forschung über den europäischen Silberbergbau im Mittelalter zu bringen. Sehr richtig meint er, daß die endgültige Klärung der Herkunft des Silbers erst dann erfolgt, wenn genaue chemische Untersuchungen der Münzen und Gegenstände vorgenommen werden (S. 55).

Natürlich hat der Verfasser auch dem polnischen Münzwesen in seiner Forschung einen gebührenden Platz eingeräumt (S. 239–327). Für die beiden bekannten Perioden der eigenen polnischen Münzprägung (zweite Hälfte des 10. und erstes Viertel des 11. Jahrhunderts sowie zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts) ermittelt er 80 Fundstellen mit ungefähr 5200 Münzen und beziffert die voraussichtliche Gesamtprägung der polnischen Münzen für die erste Periode (Mieszko I. ohne Bolesław Chrobry) auf 21000 – 35000 (S. 264) und für die zweite auf 1300000 – 2185000 Münzen (S. 305). Diese doch zweifellos ansehnliche Masse könnte für die zweite Periode schon eine effektive Unterlage für seine These sein, daß das polnische Münzwesen in dieser Zeit „einer der wichtigsten Faktoren des Wirtschaftslebens in Polen“ (S. 240) war. Die Metallbasis für diese Prägung lieferten nach der Meinung des Verfassers die Kriegsbeute und der Tribut. Das deutsche Münzwesen habe auf die polnische Prägung Einfluß ausgeübt, wie aus dem hohen Rand der Münzen ersichtlich sei. Außerdem sei eine Mitwirkung deutscher Münzmeister in Polen nicht ausgeschlossen (S. 313–316).

Auf den Bestimmungscharakter des Geldsilbers eingehend, erklärt der Verfasser, daß das nach Polen einströmende Geldsilber das Äquivalent für polnische Erzeugnisse sowie für Sklaven und Pelze gewesen sei.

Nachdem er die Funktion des Silbergeldes als Umlaufmittel mit der Steigerung der handwerklichen Produktion und aus dem Fernhandel erklärt, geht er der Frage nach, in wessen Händen sich das Silber befunden haben mag und kommt zu folgendem Resultat: Inhaber des Silbers waren Sklavenhalter, Feudalherren, die auf Grund der Arbeits- und Produktenrente reiche Vorräte an

Pelzen, Honig, Wachs ansammelten, Handwerker, Bauern und Schankwirte. Auf den Besitz von Geldsilber bei Handwerkern, Bauern und Schankwirten weisen die kleineren Schatzfunde hin (S. 467—468). Seine Untersuchungen über die Besitzer des Geldsilbers brachten ihn zu der Erkenntnis, daß mit dem bisherigen Forschungsschema von der sogenannten „Feudal-“ und „Kaufmannstheorie“ das Besitzproblem nicht zu klären ist.

Indem der Verfasser auf die Erhebung der Feudalrente in Silbergeld, auf die Eintreibung von Geldstrafen in Silber, auf die Entrichtung von Zöllen in Silber hinweist, weitet er die Silbergeldsphäre innerhalb der frühmittelalterlichen Wirtschaft Polens erheblich aus, so daß in der Tat seine These von dem hohen Grad des Geldcharakters dieser Wirtschaft erheblich an Gewicht gewinnt. Das, was er über Polen sagt, kann man auch ohne Einschränkung auf die Wirtschaft der Rus' in der Zeit vor der mongolischen Invasion sagen.

Das Buch R. Kiersnowskis ist also ein beachtliches Forschungsergebnis und stellt mehr dar als nur „eine Einleitung zu Studien über die Geschichte des Geldsilbers im frühmittelalterlichen Polen“ (S. 5). Natürlich bedarf es weiterer Forschungen, vor allem auch auf dem Gebiete des Umlaufs des Geldsilbers in der Binnenwirtschaft, und zwar sowohl des gesamten polnischen Staatsgebietes als auch einzelner seiner Territorien, obwohl die Tatsache des Umlaufs an sich vom Verfasser mit genügend Material nachgewiesen ist. Die weiteren Forschungen müssen sich nunmehr dem Tiefenbereich des Umlaufs zuwenden. Insbesondere ist die Durchforschung des Verhältnisses von handwerklicher Produktionssteigerung und Geldsilberumlauf nötig. Auch die These „Importsilber ist Äquivalent für polnische Exportartikel“ muß noch mit Heranschaffung von Material überzeugender begründet werden. Skepsis drängt sich auf gegenüber der These, daß polnische Pelze für deutsches Silber getauscht oder gekauft wurden. Es wird sich eher um die wertvollen Pelze aus dem Uralgebiet und Westsibirien gehandelt haben, die aus der Rus' nach Polen gekommen sind. Die Untersuchung des Äquivalentproblems „polnische Pelze und deutsches Silber“ muß in dem großen Kreis der Pelzgewinnung und des Pelzhandels Osteuropas im frühen Mittelalter vor sich gehen.

Mit dem Problem des Geldumlaufs in der Rus' vor der mongolischen Invasion beschäftigt sich auch V. L. Janin. Er setzt seine Untersuchungen bei dem Geld- und Gewichtssystem an, weil es ihm „als ein wesentlicher Teil des Problems über den Geldverkehr im russischen Mittelalter“ erscheint. „Die Problematik des Geldverkehrs in der alten Rus' ist im wesentlichen die Problematik ihres Warenverkehrs, weil die Geschichte des Geldverkehrs ja die Geschichte des Ware-Geld-Verkehrs ist“ (S. 3). Folgende Kapitel umfassen den Kreis seiner Untersuchungen:

Geschichte der Erforschung des Problems unter Berücksichtigung der dazu vorliegenden Quellen und Forschungsmethoden; Terminologie des Geldes und Geldrechnung in der Rus'; allgemeine Fragen des Münzverkehrs, darunter die Datierung der Münzfunde und die Rolle der ausländischen Münzen im russischen Geldverkehr; das Geld-Gewichtssystem der Rus' im 9. bis zur ersten

Hälfte des 13. Jahrhunderts unter Berücksichtigung des Beginns des Eindringens des Dirhems in Osteuropa und des Münzumschlages in Osteuropa vom Ende des 8. bis Ende des 11. Jahrhunderts; das Geld-Gewichts-System in der nördlichen und südlichen Rus'; die Geldgewichte der alten Rus'; der „Verzicht“ der Rus' auf die Münze im Geldverkehr. Der Verfasser kommt in seinen historisch-metrologischen Untersuchungen zu folgenden Ergebnissen:

Die Geld-Gewichts-Systeme der Rus' in der Zeit vor der mongolischen Invasion bilden sich aus im Verlauf eines langen historischen Prozesses. Die engste Verbindung des inneren Austausches mit dem Außenhandel ist charakteristisch für den Geldverkehr in der alten Rus'. Über den Fernhandel ist das Silber überhaupt nach der Rus' gelangt und war lange Zeit das einzige Mittel des inneren Verkehrs. Zuerst kam das Silber von den Römern, dann von den Arabern und schließlich aus Westeuropa. Das östliche Silber beginnt um die Wende vom 8. zum 9. Jahrhundert in die Rus' einzuströmen. Dieser Silberzustrom hält an bis gegen Ende des 10. Jahrhunderts. Von da an setzt das Eindringen des westlichen Silbers ein und dauert bis zur Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert an. Bis Mitte des 10. Jahrhunderts gibt es für die gesamte Rus' ein einheitliches Geld-Gewichts-System, das sich von da an in ein nördliches und ein südliches auflöst. Dem nördlichen System liegt jene Gewichtsnorm zugrunde, die sich aus dem Handel mit Westeuropa ausbildete, während das südliche System aufgebaut ist auf das Gewicht der byzantinischen Geldeinheiten. Beide Systeme fallen zusammen mit zwei geographisch voneinander abgegrenzten inneren Märkten. In der münzlosen Zeit treten die beiden Systeme in zwei verschiedenen Arten von Silberbarren, dem sogenannten Kiever und Novgoroder Typ, auf.

Die bemerkenswerteste Feststellung des Autors ist, daß es in der Rus' nur bis Mitte des 10. Jahrhunderts ein einheitliches Geld-Gewichts-System gab und von diesem Zeitpunkt an bis zum Einfall der Mongolen sich zwei Systeme ausgebildet haben. In dieser Erscheinung erblickt er einen Beweis für die Entstehung größerer innerer Märkte (S. 204–205).

Obwohl sich der Autor nur mit dem Geld-Gewichts-System der Rus' beschäftigt, betont er häufig, daß das Geld als Umlaufmittel in das Wirtschaftsleben schon weit eingedrungen ist, und die Geld-Gewichts-Systeme Erscheinungen des beträchtlichen Geldumschlages ausdrückten. „Jeder Schatz an Münzen ist gewissermaßen eine fotografische Aufnahme aus dem Bestand des Geldumschlages in der mehr oder weniger genau datierbaren Periode“ (S. 62).

Janin weist B. A. Romanovs These zurück, daß der angebliche „Verzicht“ auf eigene Münzprägung in der sogenannten „münzlosen Periode“ mit nicht vorhandenen inneren Bedürfnissen der Wirtschaft der Rus' zu erklären ist, und betont, daß schon seit dem 9. Jahrhundert die Ostslaven ein verstärktes Bedürfnis nach Silbermünzen für ihren inneren Warenverkehr hatten (S. 103). Aus der Topografie der Funde der westlichen Denare in der Rus' sei ersichtlich, wie sehr die Notwendigkeit ihrer Einfuhr ausschließlich von den inneren Bedürfnissen der Wirtschaft der Rus' bestimmt worden ist (S. 153). Das Aufhören des

ausländischen Münzstromes in die Rus' sei nicht in Ursachen ihrer Wirtschaft zu suchen, sondern mit Einwirkungen von außen zu erklären. Der Zustrom der kufischen Münzen hörte infolge der „Silberkrise“ im Orient auf, und der aus dem Westen war „bedingt durch die fiskalischen Maßnahmen der westeuropäischen Herrscher“. Erschwert wurde der deutsche Silberzustrom auch durch die seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts einsetzende deutsche Aggression auf westliche Teile der Rus' und kriegerische Vorkommnisse in ihren westlichen Nachbarterritorien. In diesen Überlegungen über das Aufhören des Silberstroms von außen begegnen sich Janin und Kiersnowski, auch wenn sie von verschiedenen Ausgangspunkten ihre Forschungen angehen.

Schließlich erblickt Janin in der ständigen Fortentwicklung des Handwerks und der zunehmenden Steigerung der handwerklichen Erzeugung stimulierende Faktoren für den Geldverkehr in der Wirtschaft der Rus'. Als der Münzstrom von außen versickerte, haben Felle, Glasperlen und auch schieferne Spinnwirteln die Funktion des Geldes innerhalb der Wirtschaft ausgeübt (S. 183–189).

Es war selbstverständlich, daß der Verfasser auch die Frage der russischen Münzen aus der Zeit vor der Mongoleninvasion berührte, was angesichts der auch heute noch bestehenden Skepsis der westlichen Numismatik gegenüber der damaligen eigenen Münzprägung der Rus' von Nutzen für die Forschung ist. Es handelt sich um die Silbermünzen, die seitens der westlichen Numismatik als Beweis für die angebliche unbedeutende Münzprägung der Rus' in der vormongolischen Zeit gewertet werden. Janin beschäftigt sich zunächst mit dem Material, das im wesentlichen in zwei Schatzfunden, dem Kiever mit 120 Münzen und dem von Nežina mit über 200 Münzen, vorliegt (S. 162). Außer diesen zwei großen Funden gibt es noch fünf kleine Funde – einen in Mecklenburg; allerdings liegen in diesen die russischen Münzen vereinzelt in größeren Ansammlungen meistens kufischer Münzen zusammen. Er weist die Annahme zurück, daß es sich um eine nicht für den Umlauf bestimmte Prägung handelt, denn der größte Teil der Münzen ist schon sehr abgenutzt (S. 162). Damit widmet er sich den zwei hauptsächlichen Klassifizierungen der Münzen seitens russischer Autoren, nämlich der I. I. Tolstojs und A. V. Orešnikovs. Der erste schreibt die Münzen Vladimir Svjatoslavič (988–1015), Svjatopolk Okajannyi (1015–1018) und Jaroslav Mudryj (1019–1054) zu, Orešnikov dagegen erachtet die Münzen als Prägungen Jaroslav Mudryjs und Vladimir Monomachs. Der Verfasser schließt sich der Klassifizierung Tolstojs an (S. 168). Im Laufe der folgenden Jahre reiften seine Untersuchungen weiter aus, wie aus seinem in Spoleto gehaltenen Vortrag ersichtlich ist.

Natürlich kann in beiden Publikationen – Kiersnowskis und Janins – nur ein Teil der Fragen, die mit dem Ware-Geld-Verkehr der frühmittelalterlichen Wirtschaft Osteuropas verknüpft sind, beantwortet werden. Aber „jedes hinsichtlich des Problems Ware-Geld-Verkehr dieser Zeit ausgesprochene Wort ist mit Rücksicht auf die Dürftigkeit der Quellen sehr wertvoll“.¹³

¹³ *Монгайт, А. Л.*, Rezension zu: Янин, В. Л., Денежно-весовые системы русского средневековья. In: Вопросы истории, № 3, 1958, S. 183.

Im wesentlichen setzt die Kritik bei der Beurteilung des Geldverkehrs innerhalb der Binnenwirtschaft ein. In der Rezension zu Janins Schrift bestreitet A. L. Mongajit, daß „Münzfunde des 8. –13. Jahrhunderts direkter und unmittelbarer Ausdruck des Ware-Geld-Verkehrs der alten Rus“ sind (S. 185) und stellt fest, daß er den Ware-Geld-Verkehr „übertreibt“ (S. 187).

Selbstverständlich ist der starke Naturalcharakter der Wirtschaft des 10. bis 13. Jahrhunderts in Osteuropa gültig, aber die Forschung kann sich mit dieser bloßen allgemeinen Feststellung nicht begnügen. Sie muß die Intensität und den Bereich der Geldwirtschaft, die „sich im 12. Jahrhundert mit zunehmender Geschwindigkeit ausbreitet“¹⁴, vor allen Dingen des Metallgeldes – Münzen, Barren, Hacksilber – ermitteln. Dazu geben besonders zwei Realien Veranlassung, nämlich das numismatische Material, dessen Umfang auf Grund von archäologischen Grabungen ständig zunimmt, und die Steigerung der handwerklichen Erzeugung, wofür seitens der Archäologie ebenfalls ständig neues Material geliefert wird. Die Handwerker haben nicht nur für den Auftrag, sondern auch für den Markt erzeugt. Die Untersuchungen über das Metallgeld müssen aber auch auf die Herkunft des Metalls, das ja vornehmlich Silber ist, ausgedehnt werden. Daher müssen neue Forschungen über den europäischen Silberbergbau im Mittelalter stattfinden. Lokalisation der Bergwerke und Ausmaß der Erzgewinnung sowie Grad der Metallausbeute der abgebauten Erze werden breite Lücken der Geldwirtschaft und der Ware-Geld-Beziehungen im frühen Mittelalter schließen.

Da Deutschland und Böhmen im Mittelalter die bedeutendsten Produktionsländer für Silber waren und auch als Exporteure desselben nach Osteuropa in Betracht kommen, so interessieren zunächst Publikationen hierzu.

Was den Rammelsberger und Oberharzer Silberbergbau betrifft, so ist die fast beispiellose und wegweisende Arbeit von W. Bornhardt, Geschichte des Rammelsberger Bergbaus von den Anfängen bis zur Neuzeit, Berlin 1931 (Archiv für Lagerstättenforschung, Heft 52), heute noch gültig. Mit dieser Publikation besitzen wir eine bisher seltene Arbeit eines Forschers, in dessen Person sich Historiker und Bergmann glücklich verbinden. Trotzdem sind noch Wünsche für die Weiterforschung offen, wie z. B. die Frage der Kontinuität des Silberbergbaues des Rammelsberges und seiner Produktionserträge. Auch die Untersuchungen über den Export haben bisher noch keineswegs befriedigende Ergebnisse geliefert. Bei Auswertung der von W. Bornhardt verwendeten Arbeitsmethode dürfte die Forschung für die Zeit vom 10.–13. Jahrhundert noch einiges Unbekannte zutage bringen.

Über das nächstwichtige Revier für deutschen Silberbergbau, Freiberg i. Sachsen, das ebenfalls als Silberexporteur nach dem Osten in Betracht kommt, sind Arbeiten zu nennen, die aus dem Forschungszentrum der Freiburger Bergakademie kommen. Vor allem ist das Werk von W. Hermann, Bergbau und

¹⁴ Schwarz, K., Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Bergleute im späteren Mittelalter. (Freiberger Forschungshefte, Reihe D, Heft 20), Berlin 1958, S. 14.

Kultur (Freiberger Forschungshefte D 2), Berlin 1953 zu nennen, weil hier eine neue und exaktere Datierung über den Beginn des Bergbaues für Freiberg erarbeitet ist. Demnach wurden die Silbererze nicht erst im Jahre 1181, sondern schon 1162–1170 abgebaut. Auf dieses Forschungsergebnis stützen sich J. Köhler, *Die Keime des Kapitalismus im sächsischen Silberbergbau* (Freiberger Forschungshefte D 13), Berlin 1955, und K. Schwarz, *Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Bergleute im späten Mittelalter* (Freiberger Forschungshefte D 20), Berlin 1958. Somit steht fest, daß der Rammelsberger Silberbergbau bis ins 13. Jahrhundert als der ältere und bedeutendere vor dem Freiburger und auch vor dem Tiroler rangiert.

Über den böhmischen Silberbergbau dieser Zeit veröffentlichte in der neuesten Zeit J. Kořan zwei Arbeiten: a) *Přehledné dějiny československého hornictví*, Bd. 1, Praha 1955, b) *Dějiny dolování v rudním okrese Kutnohorském*, in: *Geotechnika*, Bd. 11, Praha 1950. Kořan kommt zu der Feststellung, daß der bekannte Kutenerberger Silberbergbau erst zu Beginn des 13. Jahrhunderts einsetzt und daß vorher in Böhmen ein nennenswerter Silberbergbau nicht betrieben wurde. Damit bestätigt der tschechische Forscher die von A. Zycha (*Das böhmische Bergrecht im Mittelalter auf der Grundlage des Bergrechts von Iglau*, Berlin 1900) bereits vor sechzig Jahren gemachte Feststellung, daß der Kutenerberger Silberbergbau erst in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts einsetzte. Auch Jaroslav Pošvár, der vom Bergbau her die mittelalterlichen Beziehungen der westslavischen Völker untereinander untersucht, ist nicht in der Lage, einen Silberbergbau in Böhmen und Schlesien im 10. und 11. Jahrhundert konkret zu belegen.^{14a}

Diese tschechischen Forschungen zeigen, daß vom 10. bis Mitte des 13. Jahrhunderts Rammelsberg und Freiberg die bedeutendsten Silberbergbaureviere Europas waren. Diese beiden Reviere sind als die Erzbasis für das in Polen und der Rus' in der Zeit vom Ende des 10. bis Mitte des 13. Jahrhunderts eingeströmten und dort umlaufenden westlichen Silbers anzusehen. Vor der böhmischen Silberausfuhr rangierte die deutsche. Diese Feststellung gilt jedoch unter dem Vorbehalt, daß der böhmische Silberbergbau außerhalb Kutenerbergs noch genauer erforscht werden muß. Es kann durchaus sein, daß er dem Rammelsberger, Freiburger und Kutenerberger an Bedeutung nachsteht, aber seine Nichtexistenz ist mit den vorliegenden Forschungen noch nicht nachgewiesen. Möglich ist es, daß auch der Kutenerberger Bergbau schon früher einsetzte, als es Kořan annimmt.¹⁵

Unbeantwortet ist bisher die Frage, ob und inwieweit seit dem Beginn des 11. Jahrhunderts nach der Rus' Silber auch aus dem Osten gekommen ist. Allgemein herrscht die Meinung vor – auch in der modernen sowjetischen Forschung –, daß bis zum Mongoleneinfall die Rus' keinen eigenen Silberbergbau hatte. Bisweilen wird nur angedeutet, daß aus dem Ural Silber geholt wurde,

^{14a} *Pošvár, J.*, K počátkům hornictví u zpadních slovanů. In: *Slovanské historické studie*, Bd. 2, Praha 1957, S. 61 bis 104.

¹⁵ *Molenda, D.*, Rezension zu: Kořan, J., *Dějiny dolování . . .* In: *Kwartálnik Historii Kulturi Materialnej*, Jahrg. IV, Nr. 4, Warszawa 1956, S. 729.

worauf einige Mitteilungen aus der 1. Novgoroder Chronik hinweisen.¹⁶ Auch wird auf eine Erzbasis der Wolga-Bulgaren verwiesen, die über Silber aus dem Permer Land verfügen sollten. Angesichts der erwiesenen Beziehungen Novgorods zu den Wolga-Bulgaren und zum Permer Land ist die Beschaffung von Silber von dorthin in die Rus' tatsächlich nicht von der Hand zu weisen. Eine weitgehende Klärung dieses Problems wird jedoch erst dann eintreten, wenn sowjetischerseits Publikationen über den Silberbergbau in der Rus' für die Zeit vor dem Mongoleneinfall erarbeitet worden sind. Leider liegt hierzu bisher nichts vor, so daß nach wie vor nur die 1875 erschienene Arbeit von M. D. Chmyrov benutzt werden muß.¹⁷ A. A. Kuzin legt neuerdings einen größeren Aufsatz¹⁸ über die Geschichte des Erzbergbaues in Rußland bis zum 16. Jahrhundert u. Z. vor, in welchem auch der Silberbergbau von der Afanaseev-Kultur (2500—1800 v. u. Z.) Erwähnung findet. Der Verfasser bestreitet nicht, daß Silber aus Deutschland nach der Rus' ausgeführt wurde, aber er betont auch, daß eben aus dem Land „hinter der Kama“ Silber geholt wurde, denn im Ural seien in der Zeit zwischen dem 10. und 12. Jahrhundert einstige Silber- und sonstige Erzbergwerke erneut in Betrieb gebracht worden.¹⁹ Kuzins Darlegungen enthalten zweifellos beachtenswerte Thesen über einen Silberbergbau in Gebieten, mit denen die Rus' in engen Kontakten stand, aber sein Beitrag ist nicht mehr als nur eine Skizze einer Geschichte dieses frühen Silberbergbaus, der der Rus' als eigene Silberbasis dienen konnte. Es ist zu hoffen, daß der Aufsatz der Vorbote für eine größere moderne Publikation über das Silber ist, wie sie bereits für die frühere Goldgewinnung Rußlands vorliegt in der Arbeit von V. V. Danilevskaja.²⁰ Intensive und detaillierte Forschungen über den mittelalterlichen Silberbergbau Rußlands würden nicht nur die Ware-Geld-Beziehungen der Rus' dieser Zeit weiter aufhellen, sondern auch darüber hinaus neue Aufschlüsse über die Handelsbeziehungen der Rus' zu Westeuropa erbringen. Die These, die Rus' war vom Beginn des 11. Jahrhunderts an ausschließlich auf die Einfuhr des westlichen Silbers angewiesen, ist noch keine eindeutige Klärung des Problems über die Deckung des Silberbedarfs der Rus' im Mittelalter. Schriftliche Mitteilungen in der 1. Novgoroder Chronik und archäologisches Material in Gestalt von Silberfunden im Permer Land aus der Zeit des 10. bis 13. Jahrhunderts weisen eindeutig auf Silbergewinnung und Silberverarbeitung im Gebiet zwischen Kama und Ural hin. Berücksichtigt man den lebhaften Handelsverkehr Novgorods mit diesen Gebieten, dann ist die Einfuhr von Silber von dort nicht zu verneinen. Aber Klarheit und Gewissheit kann einzig und allein nur eine Erforschung des Silberbergbaues des Urals und Westsibiriens für diese Zeit schaffen. Und das bleibt eine Aufgabe der sowjetischen Forschung.

¹⁶ Новгородская первая летопись, Moskau-Leningrad 1950, S. 40, 41, 232, 233.

¹⁷ Хмыров, М. Д., Металлы, металлические изделия и минералы в древней Руси. Sankt Petersburg 1875.

¹⁸ Кузин, А. А., Добыча руд на территории СССР до XVI в. In: Труды института истории естествознания и техники, № 33, Moskau 1960.

¹⁹ Кузин, А. А., а. а. О., S. 64.

²⁰ Данилевская, В. В., Русское золото. Moskau 1959.

HISTORISCH-GEOGRAPHISCHES KARTENWERK.
BRITISCHE INSELN. FRANKREICH. BELGIEN.
NIEDERLANDE. LUXEMBURG.

Unter Leitung von E. Lehmann bearbeitet von W. Schmeer, R. Ogrissek und H. Weiße, Verlag Enzyklopädie Leipzig 1960, 28 Blätter mit 191 Karten, 54 Seiten Erläuterungstext, Ganzleinenmappe, Preis 150,00 DM.

Dieses Kartenwerk, das, wenn wir von dem Preis absehen, als Unternehmen jedem Wirtschaftshistoriker und Geographen willkommen sein müßte, ist in jeder Beziehung eine arge Enttäuschung.

Mit der ungeschickten Aufmachung könnte man sich noch abfinden, wenn es inhaltlich ein besseres Niveau hätte und wissenschaftlich sinnvoller wäre.

Betrachten wir zum Beispiel Blatt 24, Belgien, Niederlande, das folgende Titel hat:

„Sozialgeographie

- a) Kinderarbeit im Textilgewerbe der Provinz Overijssel 1841
- b) Notstandsgebiete der Niederlande
- c) Alter der Häuser und Bauentwicklung
- d) Wohnungen mit Wasserleitungsanschluß
- e) Bebauungsalter und Arbeiterwohnviertel in Rotterdam
- f) Verbreitung der sozialen Wohnhaustypen in Gent“

Da dieses Blatt das einzige ist, das sich mit der „Sozialgeographie“ dieser beiden Länder beschäftigt, ist man etwas erstaunt, daß zwei Drittel sich mit Wohnungsproblemen beschäftigen; eine merkwürdige Verteilung des Gewichts! Die Hälfte des Restes der „Sozialgeographie“ nimmt eine Karte über Kinderarbeit in der Provinz Overijssel 1841 ein. Je nach der Zahl der überhaupt Beschäftigten finden wir auf der Landkarte größere und kleinere Kreise mit Segmenten, die umfassen

„Kinder (– 15 Jahre)
Kinder und Jugendliche
Jugendliche (15–21 Jahre)
Frauen
Männer“.

Wenn man unter Jugendlichen Frauen bis zu 21 Jahren erfaßt, ist es nur wenig verwunderlich, daß es nach dieser Übersicht in der Textilgend von Steenwijkerwold überhaupt keine Frauen und Männer in der Textilindustrie, sondern

nur Kinder und Jugendliche gibt. Wenn unter diesen Umständen in Haaksbergen und Almelo die Kreise ganz verschieden in ihrer Segmentierung zu sein scheinen, so will das nichts besagen, denn in der einen Textilgend überwiegen die „Jugendlichen“, in der anderen die „Kinder und Jugendlichen“, im Grunde also die gleiche Zusammensetzung der Belegschaften trotz verschiedenartiger Segmentierung!

Im Erläuterungstext zu dieser Tabelle heißt es unter anderem: „Besonders im Textilgewerbe hatten die Kinder eine große Bedeutung. Dies deutlich zu machen, war das Ziel unserer Darstellung.“

Diese mißlichen sozialen Verhältnisse wurden auch durch die benutzten Farbtöne zu verdeutlichen gesucht, wie dies die Kombination von Grau-Vollton und Schwarz-Raster zeigt. Das überlieferte Quellenmaterial erlaubte natürlich eine scharfe Trennung der einzelnen Kategorien nach heutigen Begriffen der Altersgrenzen nicht. Die Angaben sind nämlich oftmals in ihrer Detaillierung unklar gehalten. Und sicher werden sich unter den Kindern auch Lehrlinge befunden haben.“

Ich weiß nicht recht, ob der Anschaulichkeit mit dem historischen Taktgefühl, die „mißlichen sozialen Verhältnisse“ der Kinderarbeit in dunklen Farben auf der Karte anzudeuten, gedient ist. Aber daß es „natürlich“ sein soll, daß die alten Statistiken nicht erlauben, verheiratete Frauen mit mehreren Kindern von den Kindern selbst im Betrieb zu trennen, erscheint mir unnatürlich. Und wenn die statistischen Quellen für die Provinz Overijssel im Jahre 1841 wirklich so kümmerlich fließen sollten – wer hat von den Autoren verlangt, daß gerade diese Provinz gerade in diesem Jahr untersucht werden soll? Bekanntlich gab es ja auch in England und Frankreich Kinderarbeit, über die teilweise recht gutes Material vorliegt. Kinderarbeit in diesen Ländern wird aber nicht behandelt, wie überhaupt der Begriff „Sozialgeographie“ für Belgien und die Niederlande reserviert worden ist.

Wenden wir uns jetzt noch England zu. Das Blatt 8 behandelt Bergbau und Industrie; es hat folgende Titel:

- „a) Kohlenbergbau vor 1914
- b) Niedergang küstennaher Kohlendistrikte am Beispiel Northumberlands und Durhams
- c) Produktivität der Förderung des National Coal Board 1952
- d) Eisengewinnung im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert
- e) Moderne Eisen- und Stahlindustrie
- f) Rohstoffgrundlage und Tuchgewerbe im 14. Jahrhundert
- g) Rohstoffgrundlage und Tuchgewerbe im frühen 18. Jahrhundert
- h) Durchschnittliche jährliche Einfuhr irischer Wolle 1703/06 in cwt.
- i) Ballung der Baumwoll- und Wollindustrie beiderseits der Pennines: Voraussetzungen und Stand 1931“.

Schon die Namen der einzelnen Karten, die selbst wieder zum Teil recht ungeschickt und unübersichtlich sind, sind unglücklich gewählt. „Kohlenbergbau vor 1914“ bedeutet faktisch:

Kohlenfördernde Distrikte am Ende des 17. Jahrhunderts,
Gegenwärtige (1959?) Kohlenfelder,
Durchschnittliche Jahresproduktion 1781/90, 1861/70 und 1901/10
und einiges mehr.

„Produktivität der Förderung des National Coal Board“ bedeutet in Wirklichkeit???, dem Text auf der Karte nach jedenfalls einen absoluten Unsinn. Denn der Text auf der Karte lautet: „Gewinn: Hohe Förderleistung bei niedriger Arbeitsschichtenzahl auf 1000 tons“ (bzw. „Verlust . . .“). Handelt es sich also um den Profit in £? Handelt es sich um Leistung pro Arbeiter in (nicht: auf) Tonnen? Handelt es sich um Arbeitsschichten pro geförderte 1000 Tonnen? In jedem Fall handelt es sich nicht um die Produktivität der Förderung der Staatsbehörde.

Was nun den Teil der Karte betrifft, der die durchschnittliche jährliche Einfuhr von irischer Wolle 1703/1706 in cwt. gibt, so ist eine Begründung für seine Existenz völlig unerfindlich. Vielleicht hat irgend jemand die entsprechenden Zahlen in irgendeinem Buch rein zufällig entdeckt? Bekanntlich stehen uns ja englische Außenhandelsstatistiken Jahr für Jahr in relativ hoher Qualität für das ganze 18. Jahrhundert zur Verfügung. Wahrscheinlich ist das den Autoren des Kartenwerks, wie vieles andere, was zu seiner Anfertigung notwendig ist, unbekannt, und so glaubten sie, mit den Zahlen für 1703–1706 einen bedeutsamen Fund gemacht zu haben.

Sehen wir uns den Erläuterungstext zu dem Blatt 8 an, dann lesen wir als Präambel zu „Bergbau und Industrie“ folgendes: „Die paläotechnische Industrialisierung erzeugte unter dem Wirtschaftsprinzip des ‚laissez faire‘ ein höchst unregelmäßiges und gegensätzliches Verteilungsmuster⁵. Opfer der Arbeitslosigkeit nach 1918 wurden in erster Linie funktionell einseitigen Industriestädten als wirtschaftliche Grundlage dienende Wirtschaftszweige⁶.“

Und die beiden Fußnoten zu dieser surrealistischen Charakterisierung der Massenarbeitslosigkeit lauten:

„⁵M. R. G. Conzen, *Geographie und Landesplanung in England*. Colloquium Geographicum 2 (1952) S. 8.

⁶Ebenda, S. 17.“

Offenbar sind den Autoren die amtlichen Arbeitslosigkeitsstatistiken als Quellen unbekannt. Überhaupt – die Zitate und Quellen sind ein Kapitel für sich. Da findet sich auf S. 11 des Begleittextes, der noch England behandelt, als Fußnote 6: „J. Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*. Berlin 1954, IV. Bd., 2. Tl., S. 32.“ Natürlich wird niemand etwas gegen die Zitierung eines guten Buches als Quelle haben. Wofür aber dient dieses Buch als Quelle? Hören wir den Satz, zu dem die Fußnote gehört:

„Nutznießer der durch Systemlosigkeit und Terrainbeschaffenheit in verschiedenen Weiten und Schleusendimensionen erbauten Kanäle konnten aber nur die direkten Anrainer sein. Das Zusammenwirken von Schwarz und Rot hebt eine solche Abhängigkeit ganzer Industrien hervor, wie etwa der von den Werken Wedgwoods beherrschten Porzellanindustrie⁶.“ Und in der Tat steht an der bezeichneten Stelle bei Kuczynski: „Bis zum Ende des Jahrhunderts wurden über tausend km Kanäle gebaut, und ganze Industrien (z. B. die die Porzellanindustrie beherrschenden Werke Wedgwoods) wurden im Transport von ihnen abhängig.“ Seit wann aber ist Kuczynski eine Quelle für Transportprobleme, Kanalbauten oder Porzellanindustrie? Diesen Satz hat er, soweit ich ihn kenne, dem Sinn nach entweder aus irgendwelchen allgemeinen Standardwerken oder aus Spezialmonographien entnommen; die mitgeteilte Tatsache ist seit fast 200 Jahren bekannt und kann in jedem entsprechenden Fachbuch nachgelesen werden. Solche Zitiermethoden führen dazu, den „Faust“ als Quelle für das Vorhandensein unehelicher Verhältnisse in Deutschland gegen Ende des 18. Jahrhunderts zu benutzen.

Das ganze Werk ist vom Standpunkt des Wirtschaftshistorikers dilettantisch und unwissenschaftlich aufgebaut. Ein wissenschaftlich aussehender Apparat und „une délicatesse vraiment féminine“ in der Auswahl der Farben auf den Karten (s. o.) können nicht über die akademische Niveaulosigkeit dieses Werkes hinwegtäuschen.

JÜRGEN KUCZYNSKI

WAGES IN GERMANY 1871—1945.

National Bureau of Economic Research. Number 68, General Series. Princeton University Press, Princeton 1960, 486 Seiten, Preis 10 Dollar.

Wie die meisten Arbeiten der allgemeinen Serie des National Bureau of Economic Research vereinigt auch dieser Band die Vorteile und Nachteile der Mitchell-Schule: vor allem ein unermüdliches statistisches Quellenstudium, das ohne Rücksicht auf den politischen Hintergrund alles ordentliche statistische Material sammelt und ausbreitet — verbunden mit einer Scheu (oder Unfähigkeit) zur theoretischen Verallgemeinerung, die natürlich wieder auch die Aufbereitung des statistischen Materials ungünstig beeinflusst.

Je nach der Thematik und der Art der Abhandlung überwiegt in diesen Arbeiten bald das Positive, bald das Negative. Was den Band von Bry betrifft, so wird jeder, der die Materie kennt, ohne Zögern das Übergewicht des Positiven anerkennen.

Allein schon die Kenntnis der Literatur, einschließlich von Dissertationen, ist bemerkenswert (die, nicht übermäßig reiche, französische Literatur ist allerdings nicht berücksichtigt).

Typisch für die statistische Vorsicht, mit der Bry arbeitet, ist die folgende Schlußbemerkung zu einer zweiseitigen Tabelle von Lebenshaltungskostenberechnungen für die Zeit von 1871—1913 (S. 353 ff.). „Der einzige ‚Lebenshaltungskostenindex‘, den es für die ganze Zeit 1871—1913 gibt, ist der von Jürgen Kuczynski konstruierte (Reihe 1). Der Index, der in der Hauptsache ein Kompositum einer Anzahl von anderen konstruierten Indizes ist, umfaßt nur Nahrungsmittel und Miete. Jedoch schon die Erfassung der Miete bedeutet einen Vorzug, der in anderen Indizes für diese Periode, die im allgemeinen nur Nahrungsmittel erfassen, selten ist. Kuczynskis Index wurde mit den wichtigeren anderen unabhängigen Nahrungsmittelkostenindizes — ob in seinem Index eingeschlossen oder nicht — verglichen. Der Vergleich ist in der obigen Tabelle und auf der Graphik 7 gegeben. Trotz Unterschiede im einzelnen verlaufen all diese Serien doch bemerkenswert gleichförmig in der Richtung. Obgleich diese Ähnlichkeit Kuczynskis Index nicht als repräsentativen Lebenshaltungskostenindex rechtfertigt, deutet sie doch an, daß es sich um einen realistischen Anzeiger zumindest der Veränderungen der Nahrungsmittelkosten handelt“.

Zwar hat Bry unrecht, wenn er erklärt, mein Index sei in der Hauptsache ein Kompositum anderer Indizes. Solange keine zuverlässigen anderen Indizes vorliegen, also bis 1890, also etwa die Hälfte der von ihm betrachteten Zeit umfassend, basiert mein Index auf Originalmaterial für die Preise einzelner Waren (vgl. dazu die Erklärungen in meinen Büchern, zuletzt „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland 1871–1932“, Bd. I, 2. Teil, 6. Aufl. Berlin 1954, S. 329 ff.). Aber sonst – welche Gründlichkeit der Betrachtung durch Bry! Zunächst die beste Zusammenstellung der verschiedenen Lebenshaltungskostenstatistiken für Deutschland, die wir besitzen, 13 (bzw. 15) im ganzen, betreffend die Jahre 1871–1913; dazu eine graphische Darstellung. Sodann ein Vergleich des Verlaufs, verbunden mit einer Analyse der erfaßten Waren. Schließlich eine Einschätzung der statistischen Zuverlässigkeit, die auch nicht einen Schritt über das hinausgeht, was zulässig ist. Dabei in bezug auf die Quellen, die er benutzt hat, genau bis ins letzte; wenn ihm Schotts Angaben für Mannheim nur aus zweiter Hand zur Verfügung stehen, dann gibt Bry die zweite Hand als die Quelle an, aus der er zitiert hat.

*

Bry stellt sich in seinem Buch die Aufgabe, die Entwicklung der Geldlöhne, Lebenshaltungskosten und Reallöhne, die Struktur der Löhne, worunter er Unterschiede der Lohnentwicklung für Gelernte und Ungelernte, Männer und Frauen, Erwachsene und Jugendliche, regionale und Industrie-Unterschiede versteht, das „Benehmen der Löhne im Zyklus“, Löhne während „Krieg, Inflation und Diktatur“ sowie die Löhne vergleichsweise in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Amerika zu untersuchen.

Die Untersuchung der Löhne im Zyklus leidet an der schlechten Definition des Zyklus. So werden während des Ersten Weltkrieges entsprechend der Bestimmung von Burns und Mitchell¹ vier Zyklusphasen unterschieden: die Phase der Mobilisierung, die als Fortsetzung der 1913 begonnenen Krise erscheint, die Zeit der sich allmählich entwickelnden Kriegswirtschaft, die Expansion der Kriegswirtschaft mit dem Hindenburgprogramm und schließlich das erneute Nachlassen der Wirtschaftsaktivität zum Ende des Krieges. Faktisch steht der Krieg außerhalb des Krisenzyklus und ist eine nichtzyklische Fortsetzung des Reproduktionsprozesses des Kapitals, die in den verschiedenen Ländern sehr verschieden verläuft.

Am peinlichsten wirkt das, was man die Weltanschauungslosigkeit des Autors nennen könnte, natürlich in dem Kapitel, in dem er die Verhältnisse unter dem Faschismus etwas ausführlicher behandelt. So wenn er (S. 234) schreibt: „Das Kommen des Nationalsozialismus brachte dramatische Veränderungen in der politischen und ökonomischen Struktur Deutschlands.“ Bekanntlich nennt man solche Art von „Drama“ Tragödie. Eine Seite später (S. 235) heißt es:

¹ Burns, A. F. and Mitchell, W. C., *Measuring Business Cycles*. 1946, S. 79.

„Die Tariflöhne wurden durch das Regime faktisch auf dem niedrigsten während der großen Depression erreichten Niveau stabilisiert.“ Unter Stabilisierung versteht man im allgemeinen nicht stärksten terroristischen Druck, um etwas auf dem niedrigsten Niveau zu halten.

Ogleich der Verfasser eine Geschichte schreibt, fehlt jedes historische Ethos, fehlt jede gesellschaftliche Einschätzung, wird also die Geschichte verfälscht. Denn von Stabilisierung der Tariflöhne auf dem niedrigsten Niveau der Krise während einer starken Steigerung der Produktion zu sprechen, ist nicht, wie der Verfasser bestimmt vermeint, objektive Analyse, sondern ganz einfach verfälschende Darstellung. Und das Kennzeichen der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen unter dem Faschismus war nicht, daß sie dramatisch waren – etwa im Gegensatz zu einer Idylle der Krise oder einem breit und ruhig dahinfließenden Epos des Krieges –, sondern daß sie einen tragischen Tiefpunkt in der Geschichte des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiter und auch der Löhne darstellten.

In solchen Darstellungen und Analysen zeigt sich das ganze Ausmaß der Schwäche der Mitchell-Schule und des Buches von Bry, der ihr darin folgt.

*

Wertvoll sind die Untersuchungen von Bry über die Entwicklung von Lohn-differenzierungen, der „Lohnstruktur“ unter den oben gegebenen Gesichtspunkten. Allerdings ist dies auch der einzige Abschnitt des Buches, in dem der Verfasser weit mehr Material hätte verwenden können. Ich glaube, daß seine Regionaluntersuchungen sehr gewonnen hätten, wenn er die Tariflohnstatistiken der Gewerkschaften stärker benutzt hätte – die ihm allerdings in den USA wohl nicht zur Verfügung standen – und wenn er für alle Differenzierungsuntersuchungen, zumindest für die Zeit des Ersten Weltkrieges, die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten stärker herangezogen hätte. Auf der anderen Seite zeigt der Verfasser bei Schlußfolgerungen betreffend die verschiedenen Differenzierungsprozesse all die Vorsicht, die das von ihm verwandte Material verlangt.

Zwei wichtige Differenzierungsprozesse sind nicht beachtet: der zwischen Fabrikindustriearbeitern und Heimindustriearbeitern sowie der zwischen Industriearbeitern und Landarbeitern. Was den ersteren betrifft, so wird es schwer sein, auch nur grobe statistische Vergleiche zu machen, was den zweiten angeht, sind Berechnungen wohl erst seit 1924 möglich. Jedoch hätte Bry einiges dazu sagen können, auch im Zusammenhang mit seinen allgemeinen Feststellungen über die Lohnbewegung – heißt doch sein Buch Löhne in Deutschland und nicht in Deutschlands Industrie (einschl. Verkehr, Bergbau und Bauwesen).

*

Leo Wolman, der sich vor vielen Jahren mit der Lohnentwicklung in den USA beschäftigte, ordnet in seinem Vorwort das Buch von Bry in eine ganze Gruppe von Studien des National Bureau of Economic Research ein. Er meint, daß es die Arbeiten ergänzt von

Daniel Creamer, *Behavior of Wage Rates during Business Cycles* (1950)

Clarence D. Long, *Wages and Earnings in the United States, 1860–1890* (1960)

Albert Rees, *Real Wages in Manufacturing, 1890–1914* (1961).

Ich glaube nicht, daß man hier von Ergänzung sprechen kann. Gerade die Arbeitsweise des National Bureau of Economic Research macht Ergänzungen unmöglich. Mit nackten Zahlen kann man Lohnbewegungen, insbesondere Reallohnbewegungen, ebensowenig vergleichen, wie mit nackten Menschen das gesellschaftliche Bewußtsein. Andersens Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ hat auch heute noch seine Bedeutung. Wir lassen uns nicht einreden, daß ein sogenannter Bericht von nackten Tatsachen Sozialgeschichte darstellt, und ebensowenig sind wir der Meinung, daß Nacktheit und Wahrheit identisch sind.

*

Doch so wichtig uns solche negativen Feststellungen erscheinen, so fern liegt es uns, eine Besprechung des Buches von Bry damit abzuschließen. Das hieße, den immensen Fleiß, die materialsuchende Emsigkeit, die wissenschaftlich ehrliche Gier von Bry nach Statistiken zu niedrig einzuschätzen. Enden wir vielmehr mit der völlig berechtigten Feststellung: Jeder, der über die Lage der Arbeiter in Deutschland während der Jahre 1871–1945 arbeitet, sollte das Buch von Bry konsultieren.

JÜRGEN KUCZYNSKI

GESCHICHTE DER PAPIERINDUSTRIE
IM DÜREN-JÜLICHER WIRTSCHAFTSRAUM

Herausgegeben von der Düren-Jülicher Papierindustrie, Dürener Druckerei und Verlag Carl Hamel, Düren 1959, 617 Seiten, Preis 36,00 DM.

Die Papiergeschichtsforschung hat noch heute sehr unter der Gefahr der „Romantisierung“ zu leiden. Eine Reihe von Feststellungen in älteren papierhistorischen Schriften, deren Ziel es war, breitere Kreise für die Geschichte des Papiers zu interessieren, die aber nicht immer auf Grund sorgfältiger Prüfung der Quellen zustande gekommen sind, werden hier und da noch immer ungeprüft übernommen. Der ernsthaften Quellenforschung und der exakten Faktensammlung als ausschließlicher Grundlage einer wissenschaftlichen Veröffentlichung wird nicht in jedem Falle genügende Beachtung geschenkt. Das mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Papiergeschichte zu Anfang und zu einem Teil noch heute von Liebhabern betrieben wird.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß in dem vorliegenden Buch der Versuch gemacht wird, neue Tatsachen über die Geschichte der Papierherstellung in einem bestimmten Gebiet an Hand der Akten und des übrigen Quellenmaterials zu ermitteln.

Einzeluntersuchungen dieser Art sind von großem Nutzen, weil sie verallgemeinernde Feststellungen für das Gebiet der Papiergeschichte vorbereiten und theoretische Schlußfolgerungen gestatten.

Ursprünglich hatte sich der Verfasser die Aufgabe gestellt, eine „zusammenfassende Geschichte“¹ der Düren-Jülicher Papierindustrie zu schreiben. In seinem Vorwort bezeichnet er die vorliegende Veröffentlichung als „papiergeschichtliches Quellenwerk“², als „weniger ausführlich und nicht erschöpfend abgefaßte Darstellung“.³

Aber allein die Tatsache, daß eine große Menge interessanten Materials zusammengestellt wurde, gibt dem Buch Wert.

Jedoch hat der Wert der Veröffentlichung enge Grenzen. Diese ergeben sich aus der Schwierigkeit, eine papierhistorische Arbeit heute in Westdeutschland zu veröffentlichen. So war der Verfasser auf die Hilfe der Industrie bei der Herausgabe seines Werkes angewiesen.

¹ *Geuenich, Josef*, Geschichte der Papierindustrie im Düren-Jülicher Wirtschaftsraum. Düren 1959, S. XVIII.

² *Ebenda*, S. XVII.

³ *Ebenda*, S. XVIII.

Dem Buch ist eine Liste von 37 Firmen der Papierindustrie und der Zubringerindustrie vorangestellt, die die Veröffentlichung des Werkes ermöglicht haben. Armin Renker sagt in einem Geleitwort, das er der Veröffentlichung beigibt: „Die Düren-Jülicher Papierindustrie hat es für ihre Ehrenpflicht gehalten, die Herausgabe des Werks durch die Hergabe der entsprechenden Mittel zu ermöglichen, und ebenso waren es auch die Firmen der Zubringerindustrien, welche diese Arbeit in gleicher Weise gefördert haben.“⁴

Ich möchte nun im einzelnen zeigen, inwiefern die finanzielle Abhängigkeit des vorliegenden wissenschaftlichen Unternehmens von einem Teil derjenigen, deren Geschichte dargestellt wird, den Autor zur Berücksichtigung der spezifischen Interessen eben dieser Geldgeber veranlaßt hat.

Diese besonderen Interessen der Unternehmer sind deutlich schon aus dem Geleitwort des Papierfabrikanten Armin Renker abzulesen. Er nennt nämlich als erste Voraussetzung für die Blüte und das Gedeihen der Dürener Papierindustrie das „vom Vater auf den Sohn, von Geschlecht zu Geschlecht vererbte treulich gehütete *selbständige Unternehmertum*“⁵ (hervorgehoben von mir — W. S.) und sagt weiter: „Diese Gründerlust, nicht allein am Heimatort, nein, weit darüber hinaus im Vaterlande oder selbst im europäischen Ausland, diese Unternehmerfreudigkeit, dieser gerechte soziale Sinn, der immer wieder das rechte ‚Betriebsklima‘ zu finden wußte, hat sich durch die Jahrhunderte als starke Triebkraft fortgesetzt, und da die Familien in der Regel aus mehr als zwölf Köpfen bestanden, ergab sich für die Väter immer wieder die Notwendigkeit, den Söhnen durch Erweiterung des eigenen Betriebes oder durch Gründung weiterer Mühlen ein neues Arbeitsgebiet zu schaffen. So trägt fast die ganze Feinpapierherzeugung Deutschlands das Dürener Gepräge, jene gediegenen Züge altererbter Gesinnung und zuverlässigen Handelns, aus überlieferter Anschauung immer wieder umgesetzt in die Gegebenheiten der fortschreitenden Entwicklung.“⁶

Dieser Lobgesang auf die Verdienste und den „gerechten sozialen Sinn“ der Unternehmer zeigt klar die Absicht, die geschichtlichen Tatsachen zu verdrehen und die Widersprüche in der Entwicklung zu verbergen. Diejenigen, die den Unternehmern die Werte geschaffen haben, die Gesellen und Arbeiter, werden überhaupt nicht erwähnt. (Als weitere Voraussetzungen für die Entwicklung der Dürener Industrie werden lediglich geographische Bedingungen — Wasserverhältnisse und Flachsanzbau — genannt.)

Dieses Geleitwort schließt in gleichem Sinne mit dem Satz: „So hat sich die Düren-Jülicher Papierindustrie dank ihrer Unternehmerfreudigkeit und der Gunst des Wassers eine feste und nicht zu erschütternde Stellung in der ganzen Welt verschaffen können, nicht zuletzt durch die Tradition ihrer Gründer.“⁷ Hier offenbart sich der Standpunkt des Kapitalisten, der in der Wissenschaft nur die Magd seiner kommerziellen Interessen sieht. Er verlangt von histo-

⁴ Ebenda, S. XI.

⁵ Ebenda, S. XII.

⁶ Ebenda, S. XIII.

⁷ Ebenda, S. XVI.

rischen Darstellungen die Sicherung der Herrschaft seiner Klasse und beschränkt damit die exakte wissenschaftliche Erkenntnis, ja macht sie unmöglich.

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil gibt der Verfasser zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung der Düren-Jülicher Papierindustrie bis 1914. Daran schließt sich eine historische Schilderung über die Bedeutung der Düren-Jülicher „Mühlenteiche“⁸ für die Industrie. Im 3. Kapitel des ersten Teils nimmt der Autor eine Auswertung der Preußischen Gewerbetabellen von 1816 bis 1858 im Hinblick auf das behandelte Wirtschaftsgebiet vor. Es folgt eine Darstellung über in- und ausländische Ausstellungen im 19. Jahrhundert und ein Abschnitt über Lumpensammler und ihre Privilegien. In den letzten drei Kapiteln wird ein Blick auf die Zubringerindustrien – Papierformenmacher und Metalltuchweber, Filztuchmacher, Papiermaschinenbauer, Papierchemiker – geworfen.

Der zweite Teil ist der Hauptteil des Werkes. In ihm ist das eigentliche Quellenmaterial dargestellt. Es handelt sich um Fakten zur Geschichte von 58 Betrieben des Düren-Jülicher Gebietes. Ein Literaturverzeichnis und ein Personen- und Ortsregister sind ein wertvolles Hilfsmittel bei der Erschließung des gesammelten Materials.

Das erste Kapitel, das die historische Entwicklung der Düren-Jülicher Papierindustrie bis 1914 zum Gegenstand hat, geht in seiner Aufgabe über den Charakter einer Quellenveröffentlichung hinaus. Der Verfasser unterstreicht diese Tatsache mit der Bemerkung im Vorwort, daß sich bei der Sammlung des Materials für die Geschichte der einzelnen Papiermühlen weitere Fragen ergaben, die eine Antwort forderten.⁹ Ihrer Beantwortung dient die Gesamtübersicht im ersten Kapitel.

Aus einer Zusammenstellung der Mühlengründungen im Düren-Jülicher Gebiet bis 1794 geht hervor, daß sich vor allem in der ersten Hälfte des 17. und in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Neugründungen von Papiermühlen häufen.

Auf die Ursachen des letzteren Aufschwungs geht der Verfasser näher ein. Er sieht in der Friedlichkeit der Zeit nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges, im Niedergang der Zünfte und der nahenden Gewerbefreiheit, in der Einwanderung der Kaufmannsfamilien Hoesch, Schoeller und Schüll und in der Hinzuziehung fremder Papiermacher die Gründe für das Aufblühen der Papierherstellung in jener Zeit.

Diese Feststellungen sind natürlich richtig. Sie stellen aber nicht die entscheidende Ursache für die Veränderungen in der Papiermacherei dar. Der tiefere Grund ist der fortschreitende Wandel in den Produktionsverhältnissen, die immer deutlicher werdende Abzeichnung kapitalistischer Elemente in der Produktion jener Zeit.

⁸ Bezeichnung für die von der Rur abgeleiteten Werkkanäle.

⁹ *Geuenich, Josef*, a. a. O., S. XIX.

Ist es doch gerade auch für die einwandernden Familien Hoesch, Schoeller und Schüll charakteristisch, daß sie Vertreter der neuen, fortgeschritteneren ökonomischen Verhältnisse waren und Papiermühlen neuen Typs gründeten.

Im Gegensatz zu den alten, eingesessenen Papiermüllern arbeiteten sie mit größerem Kapital, das sie im Handel (Schüll) bzw. in der Eisenindustrie (Schoeller, Hoesch) akkumuliert hatten. Sie produzierten nicht nur für den örtlichen Bedarf wie die kleinen traditionellen Mühlen, sondern für die Ausfuhr, für den Handel. Schon die Tatsache, daß sie die Papiermacherei nicht aus Tradition und aus Berufsgründen, sondern aus Gründen der Kapitalverwertung aufnahmen, zeigt das Neue ihrer Unternehmungen an. Sie erweiterten die Produktion durch Zukauf neuer Mühlen und konzentrierten das Kapital mittels Verbindung ihrer Familien durch Heirat.

Ihre Betriebe waren Unternehmen mit kapitalistischer Leitung. Nicht die Papiertradition und die Meisterpflichten verschafften diesen Unternehmern die leitende Funktion, sondern der Kapitalbesitz.¹⁰ So holten sie auch Facharbeiter aus anderen Gebieten in ihre Mühlen.

Diese Hinwendung zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist die entscheidende Ursache für den Aufschwung der Düren-Jülicher Papiermacherei in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Auch eine weitere, vom Verfasser angegebene Ursache, der Niedergang der Zünfte, ist auf die ökonomischen Veränderungen in der Basis zurückzuführen. Man kann dem Autor nur zum Teil beistimmen, wenn er sagt: „... die Papierer waren stets frei und ohne Zunftzwang gewesen“.¹¹ Denn die Gebräuche der Papiermacher stellten eine in der Wirkung gleiche feudale Bindung dar wie es die Zunftvorschriften der Handwerker in den Städten waren. Für die bedingungslose Unterordnung der Gesellen und Arbeiter unter das Kommando des Unternehmers, für die Steigerung der Ausbeutung, z. B. auch für den Konkurrenzkampf, waren die traditionellen Papiermacherbräuche mit der Möglichkeit der Scheltung im 18. Jahrhundert ein empfindliches Hindernis geworden. Der Kampf der fortgeschrittenen Papiermacher gegen die „Mißstände“ ist ebenso Ausdruck der ökonomischen Veränderung, der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse (ohne die eine dem steigenden Papierbedarf entsprechende ständige Erweiterung der Produktion nicht mehr möglich war), wie der allmähliche Verfall der alten Gebräuche.

So ist wohl der Aufschwung der Düren-Jülicher Papiermacherei in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, der die dortige Feinpapierindustrie begründete, letzten Endes der Herausbildung fortgeschrittenerer Produktionsverhältnisse zuzuschreiben. Der Kern des „klugen Unternehmergeistes“, der Initiative der

¹⁰ Das klingt in den Worten des Autors auf S. 5 seines Buches an: „Es war zu jener Zeit nach 1770, als die Hoesch und Schoeller die Papierbereitung begannen, nicht in einem handwerklichen Kleinbetrieb, sondern als geschulte Kaufleute mit klugem Unternehmungsgeist und mit vorhandenem Kapital in größeren Unternehmen die Feinpapierindustrie begründeten, . . .“

¹¹ *Geuenich, Josef*, a. a. O., S. 4.

Hoesch, Schoeller und Schüll ist also ihr zu jener Zeit fortschrittliches kapitalistisches Denken gewesen. Das zu sagen, hätten aber die Finanziere dieses Buches bestimmt nicht erlaubt.

Anschließend gibt der Verfasser einige sehr interessante Materialien für die Zeit der französischen Besetzung, die von 1794–1814 dauerte. Der positive Einfluß der französischen Herrschaft auf die Wirtschaft und also auch auf die Papiermacherei ist deutlich. Sehr richtig bemerkt der Autor, daß der wirtschaftliche Aufschwung in dieser Zeit auf die Staats- und Wirtschaftspolitik des bürgerlichen Frankreich im Rheinland, auf die Auswirkungen einer „neuen, aufgeschlossenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“¹² zurückzuführen ist. Dagegen kann man sich seiner Ansicht nicht anschließen, wenn er fortfährt, daß diese neue Gesellschaftsordnung (der Kapitalismus also) „die sozialen Gegensätze milderte und die rheinische Großindustrie, getragen von *dem Fleiß und dem Unternehmungsgeist* (Hervorhebung von mir – W. S.) der rheinischen Fabrikanten, vorbereitete.“¹³ Es wird nicht klar, welche sozialen Gegensätze gemeint sind. Selbstverständlich fallen durch die französische Besetzung die Kämpfe gegen den feudalen Staat fort, so daß für die Unternehmer allerdings eine Erleichterung eintritt. Jedoch ist es auch einleuchtend, daß die sozialen Gegensätze innerhalb der Betriebe zwischen Unternehmern und Arbeitenden mit der stärkeren Herausbildung kapitalistischer Betriebsorganisation ebenfalls kapitalistische Formen annehmen, d. h. solche zwischen Lohnarbeitern und Besitzern der Produktionsmittel, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern werden. Und das bedeutet gewiß keine „Milderung der sozialen Gegensätze“. Daß der Verfasser auch hier wieder den „Fleiß und den Unternehmungsgeist“ der Fabrikanten einfügt, gefiel sicherlich den „freundlichen Unterstützern“ bei der Herausgabe des Buches.

Auch die folgende Zeit, in der die Rheinlande nun in preußischem Besitz sind, wird durch Mitteilung hochinteressanten Aktenmaterials illustriert. Der Verfasser bemüht sich besonders, Klarheit über die Anzahl der Mühlen, ihre technischen Einrichtungen und ihre Besitzer aus den staatlichen Mühlenverzeichnissen zu gewinnen.

Interessant sind auch die Auswirkungen, die das „Gesetz über den Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waren und über den Verkehr zwischen den Provinzen des Staates“ vom 26. Mai 1818 hatte. Es zwang die rheinischen Papiermacher, die ihre Waren bisher vor allem im westlichen Ausland abgesetzt hatten, nun ihren Absatz im Osten, in den preußischen Landen zu suchen. Leider ist kein eingehendes Material über den Prozeß der Umstellung auf den preußischen Absatzmarkt in der Veröffentlichung vorhanden. Es wird lediglich die Aufstellung von Fabrikverzeichnissen in den einzelnen Provinzen erwähnt, um die Fabrikate und Betriebe in ganz Preußen bekanntzumachen. Diese Listen wurden zur Klärung der Zahl der Mühlen ausgewertet. Ferner ist angegeben, daß die Dürener Fabrikanten „schon zehn Jahre (wohl noch früher)

¹² Ebenda, S. 27.

¹³ Ebenda.

nach der schwierigen Umstellung auf den preußischen Absatzmarkt ihre Papierlieferungen nach Übersee ausführten“.¹⁴

Dann behandelt der Autor die Zeit des Übergangs vom Bütten- zum Maschinenpapier, die auch für die Dürener Papiermacherei empfindliche Schwierigkeiten mit sich brachte. Sehr richtig wird die Mechanisierung der Papierherstellung im untersuchten Gebiet mit der Konkurrenz der französischen und englischen Papierindustrie in Zusammenhang gebracht. Jedoch liefert die schwierige Situation, in die die rheinische und damit auch die Dürener Papiermacherei durch die schon jahrzehntelang dauernde Konkurrenz mit den englischen und französischen Papierherstellern auf den ausländischen Absatzmärkten und durch deren Überlegenheit dank frühzeitigerer Maschinenanwendung versetzt war, keineswegs eine genügende Erklärung für den Übergang der Dürener Fabrikanten zur Maschinenpapierfabrikation. Bei einer so allgemeinen Begründung drängt sich die Frage auf, wieso die durchgängige Mechanisierung relativ plötzlich um 1840 herum ihren Anfang nimmt. Bei einer genauen Untersuchung der Situation wird deutlich, daß die Unternehmer durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 1837/38 in Frankreich auf Deutschland gezwungen wurden, Papiermaschinen anzuwenden. Nicht Einsicht, nicht „Unternehmerinitiative“, sondern krasser ökonomischer Zwang von außen gaben den Anstoß. Das ergibt sich aus zahlreichen Bittschriften und staatlichen Gutachten. Im Gegensatz zu Deutschland war im angrenzenden Frankreich die Einführung der Papiermaschine in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgt. Dort waren die feudalen Fesseln der gewerblichen Produktion beseitigt und die Vorbedingungen für die freie Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft geschaffen. 1840 waren alle bedeutenden französischen Papierfabriken auf die Herstellung von Maschinenpapier eingerichtet. Viele von ihnen wurden von Aktiengesellschaften betrieben. So wurde das Papier in Frankreich billiger und moderner hergestellt als in Deutschland.

In einem Gutachten der preußischen „Technischen Deputation für Gewerbe“ vom 4. 7. 1840 heißt es über die Situation der Papierherstellung in Frankreich: „1827 gab es vier, 1834 schon zwölf Fabriken in Frankreich, die mit Maschinen arbeiteten, und seitdem hat die Papierfabrikation in jenem Lande einen merkwürdigen Aufschwung genommen, während sie in unserem Staate nur geringe Fortschritte gemacht hat.“¹⁵ Und weiter: „In Frankreich sind alle bedeutenden Fabriken nur auf Herstellung von Maschinenpapier eingerichtet. In den rheinischen Papierfabriken wird die Papierherstellung im Vergleich zur französischen auf eine Art und Weise betrieben, daß man sich über Klagen über den Verfall der Industrie nicht zu wundern braucht.“¹⁶

Als die französische Wirtschaft in den Jahren von 1837–1839 von der Krise geschüttelt wurde und die Welle des Bankrotts auch viele Papierfabriken

¹⁴ Ebenda, S. 48.

¹⁵ DZA Merseburg, Rep. 120, C, VII, 2 Nr. 36, vol. 2, Bl. 14.

¹⁶ Ebenda, Bl. 15.

erfaßte, überschwemmten billige französische Papiere den Markt des westlichen Deutschland und suchten dort ihren Absatz, den sie im eigenen Lande nicht fanden.

In seinem Gutachten vom 24. I. 1841 sieht der Oberpräsident von Vincke, Münster, eine der Ursachen für die „Drückung der Papierfabrikation durch den wohlfeilen Preis der französischen Papiere . . . in den dort wie in Belgien vielen großartigen Betriebsanlagen, und dem häufigen Betriebe durch Aktiengesellschaften welche wohlfeiler verkaufen können und häufig zu jedem Preise die angehäuften Vorräte verkaufen *müssen* (Hervorhebung von mir — W. S.).“¹⁷ Als man später L. Schüll in Düren nach den Ursachen für die niedrigen Preise der Franzosen fragte, gab er an, daß der Industriezweig in Händen großer Aktionäre liege, die nur eine mäßige Verzinsung ihrer Kapitalien suchen. Die große Menge derartiger Aktiengesellschaften produziere solche Masse Waren, daß sie das Ausland damit überschwemmen *müßte* (Hervorhebung von mir — W. S.), um sich den einheimischen Markt nicht zu verderben.¹⁸ Eine reichlich gewundene Erklärung für die jedoch richtig erkannte Tatsache, daß die rückständigen deutschen Papiermühlen mit der französischen Konkurrenz nicht Schritt halten konnten. Es wird berichtet, daß die Reisenden französischer Fabriken nicht zu Preisen anboten, sondern die Papierhändler selbst Gebote tun ließen und dann zu jedem Gebot zuschlugen.¹⁹

Die deutschen Papierfabrikanten verlangten vom preußischen Staat Erhöhung des Papiereinfuhrzolls. Das geht aus zahlreichen Bittschriften hervor. In diesem Schreiben heißt es, daß seit Oktober 1838 französische Papiere den Markt überschwemmten und daß es vorher kaum fremde Papiere auf dem inländischen Markt gab. Die Ablehnung der Zollerhöhung durch die halbfeudale, den freihändlerischen Junkern hörige preußische Regierung wird mit dem Hinweis verbunden, es doch den französischen Papierherstellern gleichzutun und ebenfalls zur Anwendung der Papiermaschine überzugehen. Trotzdem setzen sich die Bitten um Zollschutz gegen das französische Papier fort. Man ist ja auf die Einfuhr der teuren englischen Maschinen angewiesen. Dazu kommt die starke Beschränkung der Kapitalakkumulation durch die rückständige politische und ökonomische Situation in Deutschland. Aber die Papierfabrikanten haben keinen Erfolg mit ihren Forderungen. Der preußische Finanzminister äußert in einem Schreiben an die Gladbacher Fabrikanten vom 24. 10. 1840, daß die französische Konkurrenz nicht von Dauer sein könne²⁰, vermutlich wegen ihres konjunkturellen Charakters.

Die Ansicht der Handelskammer Köln, die sie in einem Gutachten vom 7. 12. 1841 äußert, nämlich die französische Konkurrenz durch Zollerhöhung auszuschalten, damit die Papierfabrikanten Kapital auf die Anlage von Papiermaschinen und auf Verbesserungen anwenden können²¹, wird von Camphausen

¹⁷ Ebenda, Bl. 37.

¹⁸ Ebenda, Bl. 41.

¹⁹ Ebenda, Bl. 9.

²⁰ Ebenda, Bl. 28.

²¹ Ebenda, Bl. 88.

nicht geteilt. Offensichtlich mußte er sich der Mehrheit fügen. Er verfaßt jedoch am 6. 12. 1841 eine Bemerkung zu diesem Gutachten, in der er seine Ablehnung der Zollerhöhung begründet. Sie gibt interessanten Aufschluß über die Situation: „In dem Schwindeljahr 1837 entstanden in Frankreich eine zahllose Menge Aktiengesellschaften, wovon viele in kurzer Zeit mit dem Verkaufe ihrer Etablissements zu sehr niedrigem Preise endeten, andere sich begnügen mußten, das sehr reduzierte Kapital zu verzinsen, oder auf Zinsen überhaupt zu verzichten. In beiden Fällen waren die älteren Etablissements ähnlicher Art benachteiligt; doppelt dann, wenn die Verwaltungen der Aktiengesellschaften mit Unbesonnenheit wirtschafteten, wenn sie die Produktion in ungemessener Weise steigerten, den Markt mit ihrem Fabrikat überführten und den Verkauf durch Angebot zu immer niedrigeren Preisen erzwangen. Unter solchen Einflüssen haben auch die älteren Papierfabriken, sowohl in Frankreich als im Zollverein, gelitten, und noch gegenwärtig soll innerhalb des Zollvereins der Verkauf von französischem Postpapier unter dem Fabrikationspreise fort dauern.

Dergleichen Konjunkturen sind für die von ihnen betroffenen Fabrikanten sehr beklagenswert; sie gehören aber keineswegs zu den seltenen Vorkommenheiten, und kaum möchte ein Gewerbszweig existieren, in welchem nicht von Zeit zu Zeit die Fabrikate zu einem geringeren als dem kostenden Preise verkauft werden müßten. Jede Stockung in England hat zur Folge, daß von daher Fabrikate mit Verlust in das Zollvereinsgebiet wandern und in demselben die Fabrikation gleichartiger Gegenstände erschweren. Notwendig kann aber das Angebot irgend eines Fabrikats unter dem kostenden Preise nur vorübergehend sein, und auch die Verschleuderung des französischen Papiers kann unmöglich lange fort dauern. Unbesonnene Unternehmer, welche fortfahren wollen, zu verlustbringenden Preisen zu verkaufen, werden nach Zerstörung ihres Kapitals gezwungen, die Fabrikation einzustellen und neuen, verständigeren Unternehmern Platz zu machen. Die Wiederherstellung eines natürlichen Verhältnisses steht bevor, allein zu verkennen ist nicht, daß der unnatürliche Zustand ungewöhnlich lange andauert und ungewöhnlich hart auf die inländische Papierfabrikation zurückwirkt. Dennoch möchten auch die eifrigsten Anhänger des Schutzzollsystems dem Staate kaum empfehlen, durch seinen Zolltarif nicht nur die gegenseitige Produktionstätigkeit zu berücksichtigen, sondern auch der Möglichkeit zufälliger, vorübergehender Handelskonjunkturen entgegenzutreten, das heißt, die Zölle bis zur Prohibition zu steigern.“²²

So waren die rheinischen Papierhersteller schließlich doch gezwungen, trotz widriger Umstände verstärkt zur Anwendung von Papiermaschinen überzugehen. Der Fortschritt der Mechanisierung der rheinischen Papierindustrie war also letzten Endes durch einen Anstoß von außen erfolgt.

Bei der Schilderung der Entwicklung der Dürener Papierindustrie in den folgenden Jahren gibt der Autor weniger reichhaltiges Material zur Kenntnis.

²² Ebenda, Bl. 90.

Er erwähnt einige Erfindungen, Patente und Verbesserungen von Dürener Fabrikanten, die Gründung des ersten „Vereins Deutscher Papierfabrikanten“ 1850, die Bildung der Handelskammer Stolberg und streift die Schicksale der Papierindustrie während der Wirtschaftskrisen im 19. Jahrhundert. Die Auswirkungen der Kriege 1866 und 1870/71 und die Gründerjahre werden durch zeitgenössische Berichte illustriert. Dann werden einzelne Ereignisse beim Übergang zu den neuen Rohstoffen Holz und Stroh vermerkt. Die wechselnde Geschäftslage gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird mit Einzelheiten getreulich geschildert, ohne auf tiefergehende Ursachen einzugehen.

Für die Jahre 1898 und 1899 werden zum ersten Mal Arbeiterunruhen – allerdings nur in Textilfirmen – erwähnt. Auch auf sie wird nicht näher eingegangen. Eine Liste der Neugründungen und Mitteilungen über den Eisenbahnbau leitet zur Darstellung des 20. Jahrhunderts über.

Hier finden wir wieder allgemeine Schilderungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Eisenbahnbaus, Angaben über Anzahl der Betriebe, der Beschäftigten und die Produktion und Bemerkungen über die politische Lage vor dem Ersten Weltkrieg.

Der Verfasser schließt das Kapitel mit einem recht anrühigen Zitat aus Haspbergen, „Das Rheinland und die preußische Herrschaft“ (S. 31 des 1924 erschienenen Werkes): „Zum ersten Male in der rheinischen Geschichte ist es der preußischen Regierung im Verein mit der Initiative rheinischer Kaufleute und Fabrikanten und dem Fleiße und der Geschicklichkeit rheinischer Arbeiter gelungen, dem Rheinlande in der deutschen Volkswirtschaft und allmählich auch in der Weltwirtschaft diejenige bevorzugte Stellung zu sichern, die ihm auf Grund der Bodenschätze und unerschöpflicher Wasserkräfte, seiner wirtschaftlich wertvollen Grenzlage und Verkehrslage und nicht zuletzt wegen der ausgezeichneten geschäftlichen und organisatorischen Befähigung seiner Bewohner zukommt.

Das ist die unerschütterliche Grundtatsache der 100jährigen Geschichte der preußischen Herrschaft.“²³ Hier spricht ein böser Geist, der das Unheil und das Elend, die auf das Konto des „markigen Preußentums“ kommen, verheimlicht. Leider schließt sich auch Josef Geuenich dieser Haltung an, wenn er den abschließenden Satz hinzufügt: „Einbegriffen ist dabei auch die Düren-Jülicher Papierindustrie mit ihren zahlreichen Zubringerindustrien, geführt von tatkräftigen, weitblickenden, technisch wie kaufmännisch befähigten Fabrikherren.“²⁴

Das II. Kapitel trägt die Überschrift „Geschichte der Düren-Jülicher Mühlen- teiche in industrieller Sicht“. Hier wird auf Grund vielfältiger literarischer und archivalischer Quellen eine sorgfältige und eingehende Darstellung der Entstehung, der Besonderheiten, der Nutzung der von der Rur abgezweigten Industriekanäle und der darum entbrannten Streitigkeiten bis ins 19. Jahr-

²³ Geuenich, Josef, a. a. O., S. 68/69.

²⁴ Ebenda, S. 69.

hundert hinein gegeben. Die Anlage der Wehre und der Mühlen wird genau untersucht. Man muß dem Verfasser für eine so exakte Faktensammlung sehr dankbar sein.

Das folgende III. Kapitel stellt eine Auswertung der Preußischen Gewerbetabellen von 1816–1858 für die Papierindustrie des Regierungsbezirks Aachen dar. Diese Tabellen wurden seit der Zugehörigkeit der Rheinlande zu Preußen alle drei Jahre aufgestellt, „um sich nun mit der rheinischen Industrie vertraut zu machen, ihre Qualitäten und ihren Umfang kennenzulernen und diese dann rechtsrheinisch zu orientieren, . . .“²⁵

Genauer Verfolg der Zu- und Abgänge an Betrieben, Bütten, Papiermaschinen und Beschäftigten stellt hier ein wertvolles Material zur Verfügung, das zu aufschlußreichen Schlußfolgerungen Gelegenheit bietet. Besonders für die Zeit des Übergangs vom Hand- zum Maschinenpapier sind die Angaben sehr interessant. Allerdings findet im vorliegenden Werk keine erschöpfende Auswertung der statistischen Feststellungen statt. Trotzdem ist der Wert der Zusammenstellung dieser Angaben nicht von der Hand zu weisen.

Aus dem folgenden Kapitel über „Düren-Jülicher Papiere auf in- und ausländischen Ausstellungen im 19. Jahrhundert“ sind interessante Rückschlüsse auf die Auswirkung der französischen Besetzung auf die rheinische Papierindustrie möglich. So wurden 1804 Industrie- und Handelskammern auf französische Initiative hin gegründet. Auch die Einrichtung der Industrieausstellungen, deren erste 1807 in Aachen stattfand, ist auf französischen Einfluß zurückzuführen. Die Berichte über diese Ausstellungen sowie auch über die späteren in deutschen und ausländischen Städten sind eine gute Gelegenheit, von den ausgestellten Fabrikaten auf die Art und Qualität der Produktion der Papierfabriken zu schließen.

So gestattet dieses Kapitel einen gewissen Überblick über die Entwicklung der Papierherstellung im behandelten Gebiet im 19. Jahrhundert.

Das Kapitel V, „Lumpensammler und ihre Privilegien“, enthält hochinteressantes Material über die Rohstoffversorgung der Papiermühlen. Das Problem der Lumpenbeschaffung ist gerade in der Zeit der Herausbildung kapitalistischer Elemente in der feudalen Epoche von großer Bedeutung. Wird doch der Lumpenmangel im 18. Jahrhundert zur HAUPTerscheinungsform des Widerspruches zwischen feudalen Produktionsverhältnissen und vorwärtsdrängenden Produktivkräften in der Papierherstellung. Der Verfasser erwähnt, daß das Sammeln der Lumpen ursprünglich in der Hand der Papiermacher lag, die hierfür besondere Privilegien und Sammelbereiche von den Feudalherren erhielten. Der Lumpenbedarf stieg²⁶, die Ausfuhr ins Ausland, vor allem nach

²⁵ Ebenda, S. 107.

²⁶ J. Geuenich gibt als Ursache für den gesteigerten Lumpenbedarf die Erfindung des Holländers an (*Geuenich, J.*, a. a. O., S. 147). Das erscheint mir zweifelhaft. Vielmehr ist wohl die vermehrte Nachfrage nach Lumpen letzten Endes aus dem anwachsenden Papierbedarf zu erklären, der sich aus der allgemeinen historischen Entwicklung ergab.

Holland, nahm größeres Ausmaß an, und die Papiermacher hatten mit einer empfindlichen Lumpenknappheit zu kämpfen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts machte die Hofkammer zu Düsseldorf das Lumpensammeln zu einem landesherrlichen Privileg und riß so die Organisation der Rohstoffversorgung der Papiermühlen in den Herzogtümern Berg und Jülich an sich. Sie überließ die Sammlung Konzessionären (sogenannten Admodiatoren) gegen entsprechende Abgabe und erhöhte damit den Goldstrom in die Landeskasse. Diese Regelung behagte den Papiermachern wenig, da sie auf diese Art nicht zu ihren Lumpen kamen. Die Admodiatoren verkauften die Lumpen dort, wo sie die günstigsten Preise erzielten und so auch oft ins Ausland. Es entwickelte sich nun ein Kampf zwischen Papiermachern und der feudalen Behörde, der zwar 1766 dem Herzogtum Berg die alte Regelung brachte und die Sammlung wieder in die Hände der Papiermacher legte; aber für das Herzogtum Jülich und somit auch für das hier behandelte Gebiet erfolgte keine Veränderung.

Die Situation wird durch eine Bittschrift Dürener Papierfabrikanten deutlich, die diese am 8. 2. 1787 an den Kurfürsten Karl Theodor richteten: „Die Papierfabrikanten sprechen der Landesregierung das Recht ab, Konzessionen zu ihrem eigenen Vorteil auszusprechen; die Hofkammer zieht den Gewinn aus der Recognition, verkennt aber, daß dem Lande durch den freien Handel größerer Gewinn und den Untertanen ihr tägliches Brot reichlicher zufließen würde, was aber nicht möglich ist, wenn die Sorge um die Rohstoffe bleibt und die Papiermacher weiterhin den Lumpen-Admodiatoren ausgeliefert sind. Letztere kennen nur ihren eigenen Nutzen, verkaufen die Lumpen sogar noch ausländischen Fabrikanten, wogegen die hiesigen sie als erfahrene Kaufleute zur Erweiterung der bestehenden und zur Errichtung neuer Unternehmen verwenden könnten. Keineswegs sind die Lumpensammler imstande, den benötigten Bedarf an Hadern zu decken . . .

Nach eigener Aussage der Händler wird der größere und beste Teil der Lumpen außer Landes verkauft; deshalb müssen die Fabrikanten – was auf Grund der Kaufmannsbücher bewiesen werden kann – die Hälfte bis zwei Drittel ihres Bedarfs unter großen Gefahren und hohen Kosten aus dem Ausland hereinholen. So tragen die Konzessionäre die Schuld daran, daß die hiesigen Fabrikanten nicht so billig liefern und wegen der bewußten Auslese schlechter Lumpen nur Papier geringerer Güte erzeugen können . . .

Durch die Handlungsbücher, aber auch durch eidliche Aussage der Arbeiter ist nachzuweisen, daß sie die inländischen schlechten Lumpen teurer bezahlen müssen als die ausländischen von bester Qualität, und daß die Händler die Lumpen, die sie im Lande das Pfund mit zweieinhalb Stüber, oder die tausend Pfund mit $37\frac{1}{2}$ Reichstaler einkaufen, deren Fabriken für 50–80 Reichstaler und die geringeren, welche mit 8 Reichstalern eingehandelt werden, mit 18 bis 40 Reichstalern verkaufen“.²⁷

²⁷ Geuenich, Josef, a. a. O., S. 155 ff.

Die Kämpfe der Papiermacher gegen das Monopol der Konzessionäre und gegen die hohen Lumpenpreise ziehen sich bis zum Einzug der französischen Heere 1794 hin, ohne daß die Privilegien der Admodiatoren beseitigt oder eine völlige Einigung über die Lumpenpreise erzielt werden. Die französische Besetzung brachte die Gewerbe- und Handelsfreiheit, und 1810 wird dann die Aufhebung aller Privilegien verfügt.

Dieser Vorgang liefert wichtiges Material für eine Analyse der Rohstoffsituation in jener Zeit in Deutschland. Wir müssen dem Autor sehr dankbar für die Darstellung dieser Fakten sein. Die Freude wird nur durch das Bedauern getrübt, daß diesen Ereignissen nicht eine Einschätzung und eine Erforschung der Ursachen und theoretischen Umstände angeschlossen sind, wozu sie förmlich verlocken.

Hier finden wir einen Beweis für die Hemmung der Produktivkräfte durch die feudalen Zustände. Hier wird deutlich, wie diese Widersprüche sich im Lumpenmangel ausdrücken, der nicht etwa auf ein zu geringes Lumpenaufkommen allgemein, sondern auf die politische und ökonomische Rückständigkeit der Verhältnisse in Deutschland zurückzuführen ist.

Die feudalen Zustände, die Zollschranken verhindern in Deutschland die Herausbildung eines allgemeinen ausgleichenden Lumpenhandels, der das Lumpenaufkommen nach Angebot und Nachfrage ungehindert über das deutsche Territorium verteilt und alle Papiermühlen mit den nötigen Lumpenmengen versorgt. Solch Lumpenhandel hätte eine Voraussetzung für die Ausdehnung und den Fortschritt der Produktion geschaffen. Im vorliegenden Fall finden wir große Lumpenhandlungen, die aber durch die landesherrliche Konzession ein feudales Monopol ausüben: ein kapitalistisches Element in feudaler Kruste. Sie verfügen über das Lumpenaufkommen im untersuchten Gebiet und verkaufen einen großen Teil des Rohstoffs ins Ausland, besonders nach Holland. Die holländische Papiermacherei ist seit ihrem Bestehen durch fortschrittliche Produktionsverhältnisse und eine ungehemmte Entwicklung gekennzeichnet. Dort finden wir keine Hinderung durch feudale Relikte. In Holland sind die Papiermühlen wesentlich moderner als in Deutschland. Sie sind weder durch Rekognitionen für landesherrliche Privilegien noch durch Kapitalmangel behindert und arbeiten rentabler. Ihr Papier ist wegen seiner Güte überall gefragt und weltbekannt. (Diese Qualität der holländischen Papiere ist wohl nicht zuletzt auf die besseren Sortierungsmöglichkeiten zurückzuführen, die durch den Einkauf größerer Lumpenmengen bedingt ist.)

Auf Grund der fortgeschritteneren Produktionsweise können die Holländer höhere Lumpenpreise zahlen, was den deutschen Lumpenhändlern sehr zupaß kommt. Denn sie müssen ja aus ihren Mehreinnahmen, sozusagen aus der „Handelsspanne“, auch noch die Abgaben an den Feudalherren für die Gewährung der Konzession bestreiten.

Die Papiermacher im Herzogtum Jülich sind auf die Lumpen angewiesen, die ihnen die Admodiatoren ablassen. Die Privilegierung des Lumpensammelns und die Bindung an Distrikte in den angrenzenden Gebieten, die schlechten

Transport- und Verkehrsverhältnisse sowie die Zollschranken gestatten nicht die Heranführung der nötigen Lumpen aus anderen Teilen Deutschlands. Es ergibt sich ein akuter Lumpenmangel.

So stößt die Ausdehnung der Produktion und die Verbesserung der Qualität (die eine größere Lumpenmenge und damit bessere Sortierungsmöglichkeiten voraussetzt) auf das Hindernis des Lumpenmangels, der sich aus den feudalen Beschränkungen ergibt.

In den folgenden drei Kapiteln gibt der Autor einen Überblick über die Entwicklung der Zulieferungsgewerbe der Papiermacherei in Düren. Er verfolgt hierbei im wesentlichen die Geschichte der einzelnen Firmen. Es werden die Papierformenmacher, die Metalltuchweber, die Filztuchmacher, die Papiermaschinenbauer und Papierchemiker behandelt.

Auch hier reiht Josef Geuenich wieder sehr interessantes Material aneinander.

Auf den ersten Seiten des Kapitels über den Papiermaschinenbau werden einleitend die Anfänge des deutschen Papiermaschinenbaus anhand einiger historischer Tatsachen dargestellt. Man vermißt die Erwähnung der Ursachen, die das Zurückbleiben des Baus von Papiermaschinen in Deutschland erklären und die sich aus dem allgemeinen Kapitalmangel, aus der Rückständigkeit der technischen Entwicklung und letzten Endes wieder aus der feudalen Beschränktheit ergeben.

Den zweiten Teil des Buches nimmt die Darstellung der Geschichte der einzelnen Papiermühlen im Düren-Jülicher Gebiet ein. Es sind 58 Betriebe, deren Geschick auf 340 Seiten geschildert wird. Von diesen Betrieben sind 15 als industrielle Unternehmen gegründet. Von den restlichen 43 Papiermühlen sind 10 neuentdeckt. Die Abhandlungen geben Zeugnis von dem mühevollen und gründlichen Quellenstudium des Verfassers und lassen seine Bemühung erkennen, jede Lücke in der Geschichte der einzelnen Betriebe zu schließen. So finden wir so wichtige historische Fakten wie Konzessionserteilungen, Pacht- und Besitzverhältnisse, verwandtschaftliche Beziehungen der Papiermacher, Gründungs- und Schließungszeitpunkte, Beschreibungen der örtlichen Lage, Aufstellung von Maschinen usw. anhand ausführlicher Auszüge aus den Akten dargestellt. Es ist eine Arbeit, die jedem Papiergeschichtsforscher durch die Fülle des hochinteressanten Materials Freude und Bewunderung abringt. Eine sorgfältige Auswertung der hier zusammengetragenen Tatsachen ergäbe eine wesentliche Bereicherung unserer papierhistorischen Erkenntnisse. Es fällt schwer, sich nicht sofort hinzusetzen und die Schlußfolgerungen, die sich aus dem hier Gegebenen ziehen lassen, zu ermitteln. Antworten auf verschiedene brennende Fragen der Papiergeschichte wären sicher das Ergebnis.

So wäre durch vergleichende Analyse festzustellen, welchen Gesellschaftsklassen und -schichten die Besitzer und Pächter angehören. In dem Problemkreis: Handwerksbetrieb — Manufaktur — Ausbildung kapitalistischer Elemente käme man einer Lösung etwas näher. Nützlich und möglich wäre auch eine Betrachtung der Auswirkungen der Umstellung der Betriebe von Hand- auf Maschinenpapier usw.

Übrigens scheint mir der Verfasser bei der Abfassung des Werkes — und das wird im zweiten Teil, den Geschichten der einzelnen Mühlen, besonders deutlich — ein besonderes Gewicht auf die Schilderung und Ermittlung der verwandtschaftlichen Herkunft und der Familienverbindungen gelegt zu haben. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß einer der Ausgangspunkte der Forschungsarbeit die Familienkunde war.

Dadurch treten die Personen der Besitzer und Pächter im Ablauf der Mühlen-geschichten stark in den Vordergrund. Diese Tendenz mag den Fabrikanten, die die Herausgabe des vorliegenden Werkes ermöglicht haben, recht angenehm sein. Jedoch wird auf diese Art und Weise die Erkenntnis der Rolle der ökonomischen und historischen Gesetzmäßigkeiten, die letzten Endes den Ablauf der Geschichte bestimmen und deren Repräsentanten die erwähnten Personen ja nur sind, und die Einordnung des hier illustrierten Teils der Papiergeschichte in die Gesamtgeschichte erschwert. Über die Arbeitsbedingungen, die Lage der Gesellen, der Hilfsarbeiter (Lumpensortiererinnen etc.), Streikkämpfe, Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitenden o. ä. wird kaum etwas gesagt. Das ist sehr zu bedauern und beeinträchtigt den Wert des Buches sehr stark. Hier sind wieder die Schranken zu erkennen, die einem Historiker in der kapitalistischen Gesellschaft heute gesetzt sind.

Alles in allem liegt mit der „Geschichte der Papierindustrie im Düren-Jülicher Wirtschaftsraum“ ein Buch vor uns, das als Materialsammlung und Quellenveröffentlichung zur Bereicherung der Papiergeschichtsforschung sehr wesentlich beiträgt. Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer aber wird immer spürbar, wenn Ursachen, Beweggründe und Einschätzungen der Papiergeschichte gegeben werden. Wir sehen an diesem Beispiel einmal mehr, welche Beschränkung die Unterstützung eines wissenschaftlichen Unternehmens durch die kapitalistische Industrie bedeutet — ganz gleich, ob das dem Forscher selbst bewußt ist oder nicht.

WOLFGANG SCHLIEDER

G. G. KOTOW

AGRARVERHÄLTNISSE UND BODENREFORM IN DEUTSCHLAND

*Deutscher Bauernverlag, Berlin 1959, Bd. I 259 Seiten, Bd. II 340
Seiten, Preis 15,00 DM.*

Auf dem Lande unserer Deutschen Demokratischen Republik vollzog sich im Frühjahr 1960 ein großer, revolutionärer Umschwung. Alle Bauern fanden den Weg zur sozialistisch-genossenschaftlichen Produktion. Indem sie sich zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vereinigten, lösten sie erfolgreich den Widerspruch zwischen der Entwicklung und dem Stand der Produktivkräfte einerseits und den überlebten Produktionsverhältnissen der zersplitterten, individuellen Wirtschaften andererseits. Durch diesen Schritt vom „Ich“ zum „Wir“ schufen sie die Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft unserer Republik. Mit der Herstellung einheitlicher sozialistischer Produktionsverhältnisse, wie sie durch das 8. Plenum des ZK der SED und durch die Volkskammer bestätigt worden ist, vollendete die Bauernschaft zugleich ihre Befreiung von den letzten Resten der Ausbeutung.

Auf der Basis der neuen, sozialistischen Eigentumsverhältnisse können die ökonomischen Gesetze des Sozialismus nun auch in der Landwirtschaft voll zur Wirkung kommen. Keine Schranken bestehen mehr, die dem Fortschritt in der Landwirtschaft entgegenstehen. Freie Bahn ist für die Anwendung der Wissenschaft und der modernsten Technik in der landwirtschaftlichen Produktion gegeben. Die Kultur hält mit Macht Einzug ins Dorf. Die Hindernisse für die Überwindung der jahrhundertelangen Rückständigkeit des Dorfes gegenüber der Stadt mit ihrer modernen Großproduktion sind beseitigt.

Diese stürmische Entwicklung ist Ausdruck des Wachstums der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie bedeutet Festigung unserer volksdemokratischen Ordnung. Nunmehr sind alle entscheidenden Voraussetzungen geschaffen, auch in der Landwirtschaft die ökonomische Hauptaufgabe zu lösen, ihre Überlegenheit gegenüber der westdeutschen unter Beweis zu stellen.

Unter diesem Aspekt hat das zweibändige Werk von Kotow über die „Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland“ außerordentlich große und aktuelle Bedeutung. Das Buch, das von einem intensiven Studium der deutschen Verhältnisse in der Landwirtschaft durch die sowjetische Agrarwissenschaft kündigt, kommt einem dringenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnis nach. Und was besonders erfreulich ist: es erschien zur rechten

Zeit. So wie bereits Petruschow in seiner Arbeit „Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform“ in kürzester Zeit nach dem totalen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands besonders das Wesen und die Demagogie der faschistischen Agrarpolitik enthüllte¹, so übergibt Kotow die Ergebnisse seiner Untersuchungen der deutschen Öffentlichkeit zu einer Zeit, in der wenig später ein neuer und bedeutsamer Abschnitt in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft beginnt.

Die Arbeit Kotows, die sich zu einem großen Teile mit der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR befaßt, ist daher besonders geeignet, die heran-gereifte Notwendigkeit und das Verständnis der sich vollziehenden Ereignisse auf dem Lande, wie sie eingangs kurz charakterisiert wurden, begreiflich zu machen und zu fördern. Dafür schulden wir dem Verfasser Dank. Es sollte aber auch Anlaß sein, die Arbeit auf dem Gebiete der Agrarökonomie und -geschichte in der DDR kritisch zu überprüfen, denn soweit dem Rezensenten bekannt ist, existiert noch kein Werk ähnlichen Charakters aus deutscher Feder. Die Wichtigkeit einer umfassenden Darstellung der deutschen Agrarverhältnisse der neuen und neuesten Zeit ist bei den heutigen Bedingungen unbestritten.

Der Autor spannt den Bogen seiner Arbeit vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die jüngste Vergangenheit (1958). Gestützt auf die grundlegenden Untersuchungen von Marx und Engels zu Agrarfragen und besonders die von Lenin, der sich mehr als einmal mit dem Studium der Agrarverhältnisse in Deutschland befaßte, analysiert Kotow die Produktionsverhältnisse, die Entwicklung der Produktivkräfte und die Agrarpolitik in der jeweiligen Epoche Deutschlands im angegebenen Untersuchungszeitraum. Die Fülle der Ereignisse, Veränderungen und revolutionären Umgestaltungen in der Landwirtschaft in diesem knappen halben Jahrhundert machen es auch verständlich, daß nicht alle angeführten Probleme eine breite und tiefgründige Behandlung erfahren. Der Verfasser will vielmehr in einer straffen und zusammenhängenden Übersicht, die niemals den Boden der Wissenschaftlichkeit verläßt, die wesentlichsten und wichtigsten Ereignisse und ihre Auswirkungen aufzeigen. Dieser Versuch ist ihm vollauf gelungen.

Umfangreiches statistisches Material vermittelt eine gute Anschaulichkeit der Darstellung und gibt seinen Untersuchungen ein äußerst solides Fundament. Der Verfasser, der dabei zu einem Großteil auf bürgerliche Statistiken und offizielle Dokumente der Weimarer Zeit und des faschistischen Deutschlands zurückgreifen muß, versteht es ausgezeichnet, das Material kritisch einzuschätzen, aufzuschließen und marxistisch zu interpretieren. An einigen Stellen des Buches wünscht man sich eine exaktere Übersetzung. So schreiben zum Beispiel die Übersetzer im ersten Band auf Seite 175 vom „Wiederherstellungs-tempo des Getreides“ und meinen sicherlich die Getreideproduktion.

Der Besprechung der einzelnen Abschnitte seien zunächst einige Bemerkungen hinsichtlich der Gliederung des Werkes vorangestellt.

¹ Das Buch erschien 1948 in Berlin.

Kotow gliedert den umfangreichen Stoff in acht Kapitel. Die ersten vier Kapitel sind der Weimarer und der faschistischen Zeit gewidmet.

Das erste Kapitel, das „Die Herrschaft des Großgrundbesitzes“ als Überschrift trägt, behandelt die Überreste des Feudalismus im Grundeigentum, das Wachstum des Grundeigentums auf bürgerlicher Grundlage, die Grundpachtverhältnisse, die Verpfändung des Bodens und die ökonomische und politische Rolle des Großgrundbesitzes.

Im zweiten Kapitel untersucht der Autor die Agrarpolitik der Weimarer Republik und des faschistischen Deutschlands. Hier erfahren wir vieles über die Siedlungspolitik, die „Erbhöfe“, die Rechtsbeschränkungen des Grundbesitzes, die finanzielle Unterstützung des Großgrundbesitzes. Wir werden vertraut gemacht mit der Ausbeutung der Bauern durch die Steuern, mit dem Agrarschutzzollsystem, der staatsmonopolistischen Regulierung des landwirtschaftlichen Marktes, den landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Einmischung des Staates in die Leitung der landwirtschaftlichen Betriebe.

„Die soziale Struktur der Landwirtschaft Deutschlands“ analysiert der Verfasser im dritten Kapitel. Die Lohnarbeit in der Landwirtschaft, die Lage der Landarbeiter, die Differenzierung der Bauernschaft, der proletarische Charakter der Mehrheit der Landwirtschaftsbetriebe und die kapitalistisch-junkerlichen Gutsbetriebe sind die hauptsächlichen Untersuchungsgebiete.

Das vierte Kapitel hat „Die Grundtendenzen der kapitalistischen Entwicklung der deutschen Landwirtschaft“ zum Inhalt. Hier untersucht Kotow den kapitalistischen Charakter der Maschinenanwendung, die Grundformen der warenproduzierenden Landwirtschaft, die kapitalistische Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion und das Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie.

Entsprechend der großen Bedeutung, die die Agrarfrage beim Aufbau eines friedliebenden demokratischen Deutschlands einnimmt, sind die folgenden drei Kapitel, die die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR betreffen, recht ausführlich dargelegt.

Das fünfte Kapitel, mit dem der erste Band abschließt, befaßt sich mit der Voraussetzung, der Vorbereitung und der Durchführung der Bodenreform in Ostdeutschland. Hier werden besonders die politische und ökonomische Notwendigkeit der Bodenreform, das Verhältnis der Parteien zur Bodenreform und der Klassenkampf bei der Durchführung der Reform eingehend behandelt. Ergänzt wird das ganze durch Ausführungen über die wichtigste Gesetzgebung, die wirtschaftliche Festigung der Neubauernwirtschaften und den demokratischen Charakter der Bodenreform.

Die Zeit von 1945–1950 umfaßt das sechste Kapitel. Die Veränderung in der sozialen Struktur des ostdeutschen Dorfes, die Bündnispolitik der Arbeiterklasse, die Agrarpolitik von Partei und Regierung, die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens auf dem Dorfe und der Wiederaufbau und die Entwicklung der Zweige der Landwirtschaft sind die wichtigsten Untersuchungsgebiete dieses Kapitels.

Gegenstand der Untersuchung des siebenten Kapitels ist die Entwicklung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik von 1950–1957. Hier gibt Kotow eine ausführliche Darstellung der ökonomischen Entwicklung in der Landwirtschaft, besonders der Bildung der Volksgüter, der MTS, der Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Veränderungen der sozialen Struktur und schätzt die gesamte Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ein.

Im achten und letzten Kapitel zeichnet der Verfasser ein Bild von den Zuständen der westdeutschen Landwirtschaft. Hier enthüllt er die antidemokratische Politik der Westmächte und der herrschenden Klasse zur Bodenreform und die Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft von 1950–1957. Diese wertvollen Untersuchungen fördern zugleich das Verständnis für die geschichtliche Notwendigkeit des Kampfes aller fortschrittlichen und patriotischen Kräfte zum Sturz des deutschen Militarismus und Imperialismus. Es ist unmöglich, im Rahmen einer Rezension auf die Fülle des Gebotenen einzugehen, alle Fragenkomplexe zu erörtern, ja nur zu erwähnen. Es sei daher gestattet, nur an einigen Beispielen das Bild wiederzugeben, welches Kotow von den Agrarverhältnissen und der Bodenreform zeichnet.

Ausgangspunkt der Untersuchungen ist die Feststellung, daß Deutschland ein typisches Land des preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft war. Das fand seinen Ausdruck im Charakter der Verteilung des privaten Landbesitzes, in der Erhaltung staatlicher Besitzungen, in der großen Anzahl von Großgrundbesitzungen, im Vorhandensein kirchlichen Eigentums und im Bestehen bäuerlichen Gemeineigentums.

Besonders der Großgrundbesitz nahm beträchtlichen Einfluß auf die landwirtschaftliche Entwicklung. War der Boden für den Kleinbauern nur Produktionsmittel, „so dient er dem Großgrundbesitzer als Quelle der Bereicherung und als ökonomische Basis des politischen Einflusses“ (I/20). Nach einer statistischen Erhebung von 1937 besaßen drei Viertel aller Landbesitzer (bis zu 5 ha) nur 13,9% des sich in Privateigentum befindlichen Bodens. Dagegen konzentrierten die Großgrundbesitzer (über 100 ha), die im Verhältnis zur Gesamtzahl der Grundeigentümer nur mit 0,41 vertreten waren, 25% des gesamten Grundeigentums in ihren Händen. Dem Großgrundbesitz folgten die Besitzungen von 20–100 ha. Hier vereinigten 5,82 aller Besitzer 32,5% des Bodens in ihrer Hand. 11,8% des Bodens in der Größenklasse von 5–10 ha gehörten 10,82 aller Besitzer, während in der Gruppe von 10–20 ha 7,82% aller Besitzungen 16,8 des gesamten Bodens auf sich vereinigten. Auf diese Aufteilung des Bodens und besonders auf den Großgrundbesitz hinweisend, stellt der Verfasser mit Recht fest: „Das ist der hauptsächlichste Hintergrund, auf dem sich der Kampf um den Boden entwickelte (und sich in Westdeutschland jetzt noch vollzieht). Unter diesen Bedingungen sind die Abhängigkeit und Unterdrückung der Bauernmassen, die Erhaltung aller möglichen Formen der feudalen Abhängigkeit und die außerordentliche Verstärkung der kapitalistischen Ausbeutung, die technische Rückständigkeit der Landwirtschaft

sowie die kulturelle und politische Rückständigkeit der Bauernschaft unvermeidlich.“ (I/25).

Gab es bei den Grundbesitzungen bis 20 ha fast nur landwirtschaftliche Flächen, so nahm bei den größeren Besitzungen auch der Wald einen bedeutenden Anteil ihrer Bodenfläche ein (von 20–50 ha 14,4%, von 50–100 ha 16,6% und über 100 ha 35,8%). (I/26). Am ausgeprägtesten war das bei den Latifundien. Zu den Latifundien, worunter der Autor eine Anhäufung mehrerer Güter in einer Hand versteht, gehörten oft große Forstwirtschaften. „Jedoch hatten sie auch ausgedehnte landwirtschaftliche (Nutz-)Flächen“, die zu einem bedeutenden Teil verpachtet wurden. Nach der Erhebung von 1937 waren 18,3% der LNF der Latifundien verpachtet. Und je größer die Besitzung, desto größer die Verpachtung. So verpachteten die Besitzer von 2000–5000 ha 22,7%, von 5000–10000 ha 31,5% und über 10000 ha 44,3% der LNF. (I/27).

Überhaupt waren die Pachtverhältnisse recht verbreitet in Deutschland. Die Bodenpacht, die Lenin als „ein charakteristisches Zeichen für die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft“ ansieht², bedeutete für viele kleine Wirtschaften ökonomische und politische Abhängigkeit vom Großgrundbesitz. (I/49). In Deutschland war jede zweite Wirtschaft auf Pachtland aufgebaut. „Der Prozentsatz der auf Pacht beruhenden Wirtschaften ist um so höher, je kleiner der Umfang ihrer eigenen Bodenfläche ist.“ (I/33). Besonders die Parzellenpacht wuchs schnell. Von 1925–1939 erhöhte sich die Zahl der Pächter mit einer Fläche bis zu 2 ha um 1 583 100 oder um 69,1%. (I/33). Darin sieht der Verfasser das „Kennzeichen der schlechten materiellen Lage der Werktätigen Deutschlands“. (I/33). Landhunger der Kleinbauern, Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit bei den übrigen Werktätigen riefen eine verstärkte Nachfrage nach „winzigen Bodenparzellen hervor, die in Pacht genommen wurden“.

Verstärkt wird dieses Bild der elenden Lage der kleinen bäuerlichen Besitzungen durch die Analyse der sozialen Struktur der deutschen Landwirtschaft. Hier unterstreicht Kotow noch einmal anhand nicht zu widerlegenden Materials, daß der proletarische Kleinbetrieb, von dem schon Lenin im Jahre 1899 meinte, daß er in Deutschland „eine allgemeine Tatsache“ sei³, die Mehrheit aller Landwirtschaftsbetriebe ausmache. (I/112). Von 1925–1939 vermehrte sich die Gesamtzahl dieser Wirtschaften um 3 186 000 (51,4%). (Ebenda). Hinter diesen Wirtschaften verbergen sich Zersetzung, Verelendung und Proletarisierung der Bauernschaft. Sie stellen einen großen Teil der Reservearmee der Arbeitslosen. (I/116). Sie bedeuten zugleich für die herrschende Klasse ein Instrument zur Desorganisierung der Arbeiterklasse, zur Abschwächung des Klassenkampfes und der revolutionären Bewegung. (I/118).

Der Großgrundbesitz, die Erhaltung vieler feudaler Überreste, die Zersplitterung der Arbeitskräfte, die Abhängigkeit der kleinen Produzenten von den Großgrundbesitzern usw. drückten auch der Entwicklung der Produktivkräfte

² *Lenin, W. I.*, Werke. Berlin 1958, Bd. 10, S. 344.

³ *Ebenda*, Berlin 1955, Bd. 4, S. 127.

ihren Stempel auf. Nach eingehender Untersuchung der agrikolen Produktivkräfte, d. h. des Getreidebaues, der Viehwirtschaft und der technischen Ausrüstung, kommt der Verfasser zu der Schlußfolgerung, daß sich die deutsche Landwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges kaum entwickelt hat, „sie wurde nur wieder auf den Stand gebracht, den sie vor dem ersten Weltkrieg hatte“. (I/173). In der landwirtschaftlichen Produktion wurde Deutschland sogar von anderen europäischen Ländern überholt. Besonders auf den Getreidebau, vor allem in den Hektarerträgen, und auf die Entwicklung der Viehbestände trifft das zu. Lediglich in der Kartoffelproduktion war eine günstigere Lage zu verzeichnen, obwohl auch hier einige Länder Deutschland vorseilten. Die Hauptursache des geringen Tempos in der Wiederherstellung der Landwirtschaft sieht der Verfasser im „Agrarsystem Deutschlands begründet, in der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem preußischen Wege, in der Agrarpolitik der bürgerlich-junkerlichen deutschen Regierungen“. (I/176).

Die Darstellung der Agrarpolitik des Weimarer und des faschistischen Staates, die bei Kotow auf verhältnismäßig wenig Seiten geschieht, läßt den Leser erkennen, daß das Tun und Handeln der damaligen Regierungen fast ausschließlich auf die Begünstigung und Festigung des Großgrundbesitzes und der großbäuerlich-kapitalistischen Wirtschaften gerichtet war. Dabei hatten Bourgeoisie und Großagrariere in fast allen agrarpolitischen Maßnahmen eine gemeinsame Sprache. Beschränkte sich die Agrarpolitik der Weimarer Republik „hauptsächlich auf Maßnahmen ökonomischen Charakters“, so „nahm in Hitlerdeutschland die staatliche und polizeibehördliche Einmischung, Regulierung und Beschränkung einen wichtigen Platz ein“. (I/53). Die Agrarpolitik des Faschismus diente dem Krieg.

Zahlreich sind die Beispiele, die die Ausbeutung der Klein- und Mittelbauern und die Begünstigung der Großbetriebe nachweisen. So zahlten zum Beispiel im Jahre 1928 die Bauern der Größenklasse bis zu 5 ha 29,7 Mark örtliche Steuern (hauptsächlich Grundsteuern) pro Hektar, während die Besitzer mit einer Fläche über 100 ha nur 21,7 Mark aufzubringen hatten. Im Faschismus änderte sich dies noch zugunsten des Großgrundbesitzes. 1936/37 wurden die bäuerlichen Besitzungen bis zu 5 ha mit 25,3 Mark pro Hektar belastet und die Besitzungen über 200 ha nur mit 13,8 Mark. (I/74).

Die in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 schnell ansteigende Verschuldung der Landwirtschaft, die massenhaften Zwangsversteigerungen bäuerlicher Wirtschaften und von Junkergütern, besonders im Osten Deutschlands, rief auch den bürgerlichen Staat auf den Plan, um mittels staatlicher finanzieller Unterstützungen der um sich greifenden Zerstörung des Grundbesitzes Einhalt zu gebieten. Die unter dem Namen „Osthilfe“ bereitgestellten Summen bezweckten aber nicht die Stützung der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit, sondern hatten fast ausschließlich die Sanierung der Großbetriebe zum Ziel. Von den 53,3 Millionen Mark, die zum Beispiel 1930 zur Verteilung gelangten, erhielten die Großagrariere (2% der Kreditnehmer) 78,2% der gesamten Summe,

die Bauern (bis 10 ha) lediglich 2,6%. (I/69). Nach dem Stande vom März 1937 erhielten die Bauernwirtschaften bis zu 15 ha, „welche ungefähr die Hälfte aller Wirtschaften ausmachten, die diese Hilfe in Anspruch nahmen“, nur 14,2% der zur Verfügung gestellten Mittel. (I/69). Die in diesem Zusammenhang gewährte Stundung der Schulden und Senkung der Zinszahlungen mit einer Frist von fünfzig Jahren und mehr bedeutete nichts weiter als die faktische Auslieferung der Klein- und Mittelbauern an das Finanzkapital. Der Sicherung des Großgrundbesitzes und der von den braunen Machthabern eingeführten „Erbhöfe“ diente auch die Beschränkung bzw. die Abschaffung der Zwangsversteigerung für diese Kategorien durch den nazistischen Staat. Die kleinen Wirtschaften dagegen blieben ihrem Schicksal überlassen. Das zeigt uns eine Übersicht der zwangsversteigerten Grundstücke. In der Zeit von 1933–1938 gehörten von allen zwangsversteigerten Besitzungen 72,8% zu der Größenklasse bis 5 ha, 19,8% bis 20 ha, 5,1% bis 100 ha und 2,3% über 100 ha. (I/72). Schon diese Zahlen widerlegen die faschistische Demagogie von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ und der Liquidierung der Herrschaft des „internationalen Finanz- und Leihkapitals“.

Stets im Interesse der Großagrariar war auch die in Deutschland weit verbreitete Schutzzollpolitik für landwirtschaftliche Produkte. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten hatte Deutschland die höchsten Agrarzölle. Das unmittelbare Ziel der Schutzzollpolitik bestand in der Beibehaltung der Preise des inneren Marktes auf einem bestimmten Niveau, das im Interesse der Großagrariar lag. Sie und die großbäuerlich-kapitalistischen Wirtschaften waren die Hauptproduzenten des Getreides und des Viehes, und daher an dieser Politik, der Politik hoher Preise, interessiert. Hohe landwirtschaftliche Preise lagen aber auch im Interesse der Banken und führender Kreise der Großbourgeoisie. Für die Banken war die Erhaltung der Kreditfähigkeit der Großagrariar wichtig, um rechtzeitig die Zinsen für bewilligte Anleihen zu erhalten, während die Großbourgeoisie sich die Unterstützung der Großagrariar in der Frage der Zölle für Industriewaren zu sichern suchte. Die Stützung hoher Preise betrieb auch die Regierung. Nicht nur, daß sie die Getreideimporte durch entsprechende Maßnahmen drastisch kürzte und so den Großagrariar in die Hände arbeitete, sondern sie kaufte selbst zum Beispiel im Jahre 1930 große Mengen Roggen auf und ließ ihn verderben, um ihn dann als Viehfutter zu verkaufen! (I/76). Die Klein- und Mittelbauern waren an einer Schutzzollpolitik nicht interessiert, denn sie mußten vielfach Getreide und Viehfutter kaufen. Zollfreie Einfuhr hätte Senkung der Preise bedeutet. Die Arbeiterklasse, der größte Massenverbraucher an Lebensmitteln, war der natürliche Gegner der Agrarzölle. Erstens, weil Zölle eine Erhöhung der Lebensmittelpreise zur Folge hatten und zweitens, weil die von der herrschenden Klasse betriebene Zollpolitik die feudalen Verhältnisse und die historisch überlebte und veraltete Produktionsweise konservierte. (I/83).

Die faschistische Diktatur förderte zeitweilig die Schutzzollpolitik, sie ging sogar soweit, ausländische Einfuhren gänzlich zu unterbinden. „Die Autarkie

erhielt den Charakter einer offiziellen Politik“. (I/79). Die eingesparten Valuta dienten der Anschaffung kriegswichtiger Rohstoffe. Ab 1937 wurden jedoch umfangreiche Getreideimporte getätigt mit dem Ziel, große Lebensmittelvorräte aufzuspeichern. Die Kriegstendenz war offensichtlich.

Im Faschismus wurde schließlich die ganze Landwirtschaft in die Kriegsvorbereitung einbezogen. Mit der Errichtung des „Reichsnährstandes“ wurde die Herrschaft des Monopolkapitals in der Landwirtschaft verwirklicht. Die Bauern wurden in Verbänden zusammengefaßt, die Mitgliedschaft war obligatorisch. Sie hatten keine demokratischen Rechte, sie waren Befehlsempfänger. Der Bauernführer bestimmte. Der Reichsnährstand regulierte die Produktion, bestimmte die Preise und verpflichtete den Bauern bei Androhung drakonischer Maßnahmen, festgesetzte Kontingente pünktlich abzuliefern. „Der Bauer hörte dem Wesen nach auf, Herr seiner eigenen Wirtschaft zu sein.“ (I/86). Der heraufbeschworene Krieg und die über Deutschland hereingebrochene Katastrophe, in deren Verlauf unzählige Bauern und ihre Söhne auf dem Schlachtfeld sinnloserweise geopfert wurden, versetzten der Landwirtschaft schwere Wunden, verursachten große Zerstörungen. Erst mit dem Sieg der Roten Armee über den Faschismus konnte auch in der Landwirtschaft Ruhe und Ordnung einkehren und an einen Wiederaufbau gedacht werden.

Nach dem welthistorischen Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den Hitlerfaschismus im Zweiten Weltkrieg wurde im Osten Deutschlands die Lehre aus zwei Weltkriegen gezogen. Dies entsprach der weltweiten Forderung aller friedliebenden Menschen. Gemäß dem Potsdamer Abkommen wurden die Verderber Deutschlands, die Kriegsverbrecher, Monopolherren und Junker entmachtet. Die Wurzeln des Faschismus und Militarismus wurden ausgerottet. Eine der ersten demokratischen Maßnahmen nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus war die Beseitigung der Reichsnährstandsorganisation und die Abschaffung der nazistischen Ablieferungsgesetze. Ein neues, differenziertes Ablieferungssystem wurde geschaffen, das die Bauern wieder an einer Steigerung ihrer landwirtschaftlichen Produktion interessierte und Umfang und Güte des Bodens sowie ihre soziale Lage berücksichtigte. (II/42).

Die Neuregelung des Finanzwesens durch die Arbeiterklasse befreite die Bauern vom Druck des Finanzkapitals. Die Befreiung vom Faschismus und Krieg ging Hand in Hand mit der Befreiung von den Fesseln ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

Die wichtigste Maßnahme auf dem Lande war jedoch die Durchführung der Bodenreform. Das lag im ureigensten Interesse des deutschen Volkes. „Die demokratische Umgestaltung Deutschlands erforderte die Einbeziehung der Landarbeiter und der werktätigen Bauern in das gesellschaftliche Leben“. (I/178). Überzeugend weist Kotow die herangereifte politische und ökonomische Notwendigkeit einer radikalen Lösung der Agrarfrage nach. Denn „die Analyse der Verteilung des Grundeigentums zeigt, daß es zur vollständigen Beseitigung der politischen Herrschaft der Großgrundbesitzer, der Gutsherren und Junker, notwendig war, die ökonomische Basis dieser Herrschaft an der Wurzel zu

treffen, das Land und das landwirtschaftliche Vermögen der Großgrundbesitzer zu enteignen und es den Bauern und Landarbeitern zu übergeben.“ (I/190).

Unter Führung der Arbeiterklasse, im Bündnis mit den werktätigen Bauern und allen anderen antifaschistischen Kräften wurde die jahrhundertelange Forderung nach Aufteilung und Enteignung des Großgrundbesitzes erfüllt. Die Bauern wurden von der Herrschaft der Junker und Monopolkapitalisten, der reaktionärsten Ausbeuterklassen, befreit. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern erhielt seine ökonomische Fundierung.

War, wie Kotow mehrmals betont, „der Sturz und die Beseitigung der politischen und ökonomischen Herrschaft der reaktionärsten Ausbeuterklasse — der Großgrundbesitzer, Gutsherren und Junker“ (I/191), die wichtigste Frage der Bodenreform, weil ohne die Beseitigung der Junker als gesellschaftliche Klasse — „die von jeher die Hauptstütze des deutschen Militarismus waren“ — kein demokratischer Aufbau Deutschlands möglich war, so wurde sie aber auch noch von anderen Gründen diktiert. Das waren vor allem die Unterbringung der Umsiedler und die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung für die Bevölkerung. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion unmittelbar nach Kriegsende unter Führung der Arbeiterklasse war unmöglich ohne Liquidierung des Großgrundbesitzes. Die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung konnte man keinesfalls in den Händen der Junker, der unversöhnlichen Feinde der Arbeiter und Bauern, lassen. Die Unterbringung der Umsiedler, zum größten Teil Werktätige aus Stadt und Land aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, war nicht nur aus „menschlichen Erwägungen heraus, sondern auch aus politischer Zweckmäßigkeit . . . notwendig.“ (I/197).

Die Einbeziehung der Umsiedler und Flüchtlinge in das wirtschaftliche Leben duldete keine Verzögerung. Mit der Unterbringung der Umsiedler auf enteignetem Boden der Junker, Großagrarier und Faschisten wurde dieses Problem in Ostdeutschland gelöst. In Westdeutschland wurde jahrelang in demagogischer Weise von der Eingliederung der Umsiedler in das Wirtschaftsleben gesprochen, während in Wirklichkeit bis heute kaum eine Lösung erfolgt ist. Im Gegenteil, die Adenauerregierung und ihre CDU-Kriegspartei spannten die Umsiedler seit 1945 bewußt für ihre revanchistischen Forderungen ein.

Die Durchführung der Bodenreform in Ostdeutschland, getragen von einer breiten Volksbewegung, war dabei von einem erbitterten Klassenkampf begleitet. Anhand vieler Beispiele läßt uns der Verfasser noch einmal erleben, welche Schwierigkeiten es bei der Durchführung der Bodenreform zu überwinden gab. Sei es, daß man die Vermessung oder Katastrierung verzögern wollte, sei es, daß man gegen die entschädigungslose Enteignung auftrat. Besonders gegen die Aufteilung und Zerstückelung des Großgrundbesitzes traten die Feinde der Bodenreform auf. Einige Führer der Christlich-Demokratischen Union und der Liberal-Demokratischen Partei der damaligen Zeit behaupteten, daß damit die Verschlechterung der Nahrungsmittellage und der Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion herbeigeführt würden.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Gegner der Bodenreform unterliefen aber auch den Verteidigern der Reform gewisse Fehler. Sie kamen darin zum Ausdruck, daß man behauptete, daß „die Großbetriebe schon keine Vorteile mehr in der Anwendung der Maschinen haben . . . und daß die Kleinbetriebe intensiver und rationeller wirtschaften würden“. (I/192). Gegen diese Auffassung schreibt der Autor ganz richtig: „Die marxistisch-leninistische Lehre von der Überlegenheit der Großbetriebe sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie war und bleibt unerschütterlich bestehen.“ (I/192). Aber bei dem damaligen schlechten Stande der Produktivkräfte, verursacht durch die verbrecherische Politik des Faschismus und den verheerenden Kriege, und vor allem vom Standpunkt der demokratischen Agrarumwälzung aus war die Aufteilung des Großgrundbesitzes die einzig richtige Maßnahme, sie war revolutionär. An die Adresse der bürgerlichen Apologetik und an die Feinde der Reform gerichtet sind die folgenden Worte Kotows: „Die Bauern, die aus der halbfeudalen Abhängigkeit befreit waren, von seiten der demokratischen Machtorgane und der Genossenschaften Unterstützung erhielten, konnten eine weit höhere Arbeitsproduktivität erreichen als die Bauern eines beliebigen kapitalistischen Landes. Die Produktionsergebnisse einer Wirtschaft werden nicht nur durch eine bessere technische Ausstattung und Organisation der Produktion beeinflußt, sondern auch durch die schöpferische Initiative des Menschen, durch seinen Willen und die Hilfe von außen.“ (I/195).

Hinsichtlich der „Entschädigung“ bemerkte er, daß der Großgrundbesitz in den östlichen Bezirken zum 1. Juli 1941 mit 72% und in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 46% verschuldet war. Das heißt, ca. zwei Drittel des Großgrundbesitzes waren an die Staats- und Länderbanken verpfändet. Mit der Übernahme der Banken in Volkseigentum wurde der „tatsächliche Besitzer der Güter der Grundherren und Junker das Volk“. (I/204).

Auf Grund der Bodenreform wurden 6350 Großgrundbesitzer mit 2254400 ha Land, 2230 Faschisten und Kriegsverbrecher mit 77800 ha und 384800 ha, die im Besitz des Staates waren, enteignet und aufgeteilt. Dieser Boden, der 33,1% der Gesamtfläche Ostdeutschlands umfaßte, gehörte nur 0,5% der Gesamtzahl der Betriebe. (I/224). Am größten war die Enteignung in Mecklenburg mit 46,1% der Gesamtfläche und am geringsten in Thüringen mit 13,4%. (I/227). Die überwiegende Masse des Bodens erhielten die Bauern und Landarbeiter; ein kleiner Teil des enteigneten Waldes und der LNF wurde Volkseigentum.

Nach dem Stande vom 1. Juli 1949 haben ca. die Hälfte der LNF und ein Drittel des Waldes die Landarbeiter erhalten. Ein Drittel des gesamten Bodens, ungefähr zwei Fünftel der LNF und ein Viertel des Waldes ging in das Eigentum der Umsiedler über. Die Kleinbauern erhielten ein Sechstel des Gesamtbodens, etwas mehr als ein Zehntel der LNF und ein Drittel des Waldes. Die Mittelbauern erhielten nur Wald. (I/230). Etwas mehr als 90% des enteigneten Bodens gingen in Privateigentum über. Die neu geschaffenen Wirtschaften „stellten ungefähr drei Zehntel der Gesamtzahl der Betriebe dar und besaßen über ein

Viertel der gesamten Bodenfläche. Zwei Drittel von ihnen sind im Besitz von 10–15 ha“. (I/257).

Das wichtigste Ergebnis der Bodenreform, der revolutionären Umgestaltung der Agrarverhältnisse war, daß es in der DDR keine Gutsbesitzer und Junker und keine großen kapitalistischen Unternehmer in der Landwirtschaft mehr gab. Das ostdeutsche Dorf hatte entscheidend seine soziale Struktur verändert. Der Mittelbauer, der gute Fachmann in der Landwirtschaft, wurde zur zentralen Figur. Dies entnehmen wir den Zahlen, die Kotow zusammenstellt:

Im Jahre 1949 gab es 32,97% proletarische Wirtschaften (0,01–2 ha) und 15,27% kleinbäuerliche Wirtschaften (2–5 ha). Ihnen gehörten 13,4% des gesamten Bodens. Der größte Teil aller Wirtschaften, nämlich 34,1%, war mittelbäuerlich (5–10 ha bei den alten und 5–15 ha bei den neuen). Sie verfügten über 37,2% des gesamten Bodens. Recht beachtlich waren noch die Positionen der großbäuerlichen und kapitalistischen Wirtschaften. Die großbäuerlichen Betriebe (10–20 ha bei den alten und 15–20 ha bei den neuen), 11,97% aller Wirtschaften, nannten 24,1% der Gesamtfläche ihr eigen. Die kapitalistischen Wirtschaften (20–100 ha) waren mit 5,69% aller Betriebe vertreten und besaßen 25,3% des gesamten Bodens. (II/17/18).

„Die proletarischen, klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften stellten die soziale Basis dar“, auf die sich die Arbeiterklasse und ihre Machtorgane stützten. Dementsprechend gestaltete sich auch die Agrarpolitik von Partei und Regierung. Sie diente der Entwicklung der Produktion aller werktätigen Bauern, besonders aber der Festigung der noch ökonomisch schwachen Neubauernwirtschaften. Die Neubauern bedurften der ganzen Unterstützung der Arbeiterklasse, der Hilfe gegen die Zersetzungsarbeit der feindlichen Kräfte, gegen feindliche großbäuerlich-kapitalistische Elemente, damit sie nicht Objekte stärkster Ausbeutung seitens dieser Elemente wurden. Umfangreich und großzügig waren die Maßnahmen der Arbeiterklasse, die diesem Ziel dienten. Die von Partei und Regierung betriebene aktive Agrarpolitik, ihr klassenmäßiges Herangehen an alle konkreten Erscheinungen, festigte das Bündnis zwischen den werktätigen Bauern und der Arbeiterklasse und garantierte einen wesentlichen Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion.

Betrachten wir einige der zahlreichen Maßnahmen. Eine große Bedeutung hatte die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Festigung und Entwicklung der Neubauernwirtschaften. So nahmen die Neubauern bis 1948 555,7 Millionen DM, im Jahre 1948 123 Millionen DM, im Jahre 1949 316 Millionen DM und im Jahre 1950 145 Millionen DM Kredite in Anspruch. (I/245). Dabei waren niedrige Zinsen, lange Laufzeiten, Ausreichung der Kredite ohne Sicherheiten und ohne Pfändung des Bodens äußerst günstige Bedingungen, Vorzüge, die den Bauern eines kapitalistischen Landes unbekannt sind. Große finanzielle Erleichterung für die Bauern brachte die Herabsetzung der bis zum Juni 1950 entstandenen Baukreditschulden um 50%. (I/245).

Umfangreiche Darlehen zum Ankauf von Saatgut wurden gewährt. Beträchtliche Subventionen wurden gezahlt. So subventionierte zum Beispiel die Regie-

rung von 1948–1950 die Preise für Mineraldünger mit 176,3 Millionen DM. (II/35). Im Jahre 1951 wurden die Steuersätze für die werktätigen Bauern gesenkt. Für viele von ihnen bedeutete das Fortfall der Zahlung von Einkommen- und Vermögenssteuern. Danach hatten die Bauern mit einer Fläche bis zu 5 ha 28,72 DM staatliche Steuern pro Hektar (Einkommen-, Umsatz-, Vermögen- und Grundsteuer) zu leisten, die Bauern bis zu 15 ha 50,47 DM und bis zu 30 ha 83,07 DM. (II/191). Die außerordentlich große Aufmerksamkeit, die die Arbeiterklasse der Landwirtschaft und vor allem den werktätigen Bauern zollte, läßt sich daran ermesen, daß bis einschließlich 1951 3 Milliarden DM aus dem Staatshalt der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. (II/84). Auch nach dieser Zeit erhielt die Landwirtschaft große finanzielle Mittel und alle Unterstützung.

Die Lage der Landarbeiter wurde entscheidend verbessert. Für sie wurde der achtstündige Arbeitstag und die 48-Stundenwoche eingeführt. Die Jugend wurde durch das entsprechende Jugendschutzgesetz geschützt, sie durfte nicht mehr als sieben Stunden am Tage arbeiten. Die arbeitenden Frauen erhielten einen arbeitsfreien Tag im Monat bei voller Bezahlung. Die Entlohnung erfolgte nach dem gültigen und festgesetzten Tarif. Bezahlter Urlaub wurde garantiert. Alles Maßnahmen, die unter kapitalistischer Herrschaft unbekannt waren.

Eine der entscheidenden Maßnahmen der Arbeiterklasse nach der Bodenreform war die Bildung der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) in den Jahren 1946/1948, aus denen später die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) hervorgingen. Mit der Schaffung dieser Stationen wurde das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft materiell-technisch und politisch-ideologisch gestärkt. Über MAS und MTS zog die moderne Technik ins Dorf ein, erhielten die Bauern Traktoren und Maschinen für schwere Feldarbeiten. Die MTS trug die fortschrittliche Kultur unter die Bauern und „bereitete das Bewußtsein der werktätigen Massen auf dem Lande für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vor“. (II/139). Die MTS, deren es im Jahre 1956 602 in der DDR gab, ermöglichte den Bauern den Einsatz der Technik zu günstigen ökonomischen Bedingungen, bewahrte sie vor Ruin und Verschuldung. Diese Stationen waren Instrumente des Klassenkampfes. Mit Hilfe der MTS waren die Bauern in der Lage, sich von allem ökonomischen Druck der wirtschaftlich stärkeren Großbauern und kapitalistischen Wirtschaften zu befreien. (II/144). Die MTS gewährleisteten die beste Auslastung der Technik und erleichterten die Arbeit, sie schufen die Grundlage für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

An der technischen Ausstattung der MAS und MTS und ihrer laufenden technischen Ergänzung kann man die große Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse für die Landwirtschaft erkennen. So erhöhte sich die Anzahl der Traktoren von 10883 im Jahre 1950 auf 33866 im Jahre 1956. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich zum Beispiel die Zahl der Drillmaschinen von 820 auf 8476, der Kartoffelrodemaschinen von 989 auf 9259, der Rübenroder von 434 auf 3492, der Mäh-

binder von 4957 auf 14495 und der Mährescher von 50 (im Jahre 1952) auf 3244 usw. (II/130). „Die MTS wurden eine gewaltige Kraft in der Landwirtschaft der DDR.“ Von Jahr zu Jahr nahm die Mechanisierung der Feldarbeiten zu. Im Jahre 1953 wurden von den MTS 34% der gesamten Pflugarbeiten, 6,5% der Drillarbeiten, 3,3% des Kartoffellegens, 11,1% der Kartoffelbergung und 43,3% der Getreideernte ausgeführt. (II/132). Im Jahre 1957 ernteten die MTS schon 64,1% des Getreides. (II/133). Die Maschinen-Traktoren-Stationen wurden selbstverständlich aus dem Staatshaushalt finanziert. Eine entsprechende Staffelung der Tarife ermöglichte vor allem den Klein- und Mittelbauern eine günstige Inanspruchnahme der modernsten Technik. Mehrmals wurden die Tarife gesenkt, so daß die Tarifsätze bei den LPG und Wirtschaften bis zu 10 ha niedriger waren als die Selbstkosten. (II/140).

Eine unschätzbare Hilfe für die Bauernwirtschaften boten die Volksgüter (VEG). Es waren Güter „konsequent sozialistischen Typs“ in der Landwirtschaft. (II/111). Die VEG waren vorbildliche Wirtschaften und dienten den Bauern als Beispiel. „Ihre Erfahrung(en) in der Großproduktion“ sind „eine anschauliche Aufforderung an die werktätigen Bauern, den Übergang zur Kooperierung ihrer Wirtschaften zu vollziehen.“ (II/119).

Die Agrarpolitik, die gewaltige materielle und politisch-ideologische Hilfe der Arbeiterklasse verfehlte nicht ihre Wirkung auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Nach sorgfältiger Analyse der Produktivkräfte, ihrer Entwicklung und ihrem Stand, konstatiert der Verfasser, daß der Ackerbau in der DDR intensiver wurde. (II/87). Bereits fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg „erreichte die Deutsche Demokratische Republik bei Getreide und Kartoffeln Ernteerträge, die die Durchschnittserträge der Vorkriegsjahre überschritten und bei Zuckerrüben die Vorkriegserträge fast erreichten“. (II/89). Diese Beispiele beweisen mit Deutlichkeit, daß es durch die Verwirklichung der Bodenreform weder einen ständigen noch einen zeitweiligen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion gab.

In einer bestimmten Periode des sozialistischen Aufbaus wird der genossenschaftliche Zusammenschluß zu einer ökonomischen Notwendigkeit. „Die moderne Gesellschaft kann sich nicht entwickeln, ohne jahraus, jahrein zu akkumulieren, Akkumulation aber ist unmöglich, ohne daß jahraus, jahrein eine erweiterte Reproduktion stattfindet.“⁴ Gab es in den Nachkriegsjahren große Erfolge in der Landwirtschaft, so stellt aber der Verfasser auch fest, daß es noch viele Mängel gab, die einer erweiterten Reproduktion hemmend im Wege standen. „Um sich auf der Grundlage der erweiterten Reproduktion zu entwickeln, muß auch die Landwirtschaft eine große, gesellschaftliche Landwirtschaft werden, welche die Möglichkeit der Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik hat.“⁵ Viele Bauern erkannten die Vorteile der Mechanisierung der Landwirtschaft und die Grenzen der einzelbäuerlichen Wirtschaft.

⁴ *Stalin, J. W.*, Werke. Berlin 1954, Bd. 12, S. 144.

⁵ *Ebenda.*

Sie schlossen sich zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammen. Die LPG entsprachen dabei den ureigensten Interessen der Bauern. Der Bauer bleibt in der LPG Bauer, Besitzer und Eigentümer des Bodens und aller anderen Produktionsmittel, und er bestimmt die Entwicklung des Großbetriebes mit. Die LPG ermöglicht eine rationelle Großflächenwirtschaft und die Anwendung einer hohen Mechanisierung, sie ermöglicht die Anwendung der fortgeschrittensten Arbeitsorganisation. Die Fähigkeiten und Kenntnisse des Bauern können in der Genossenschaft viel besser genutzt, überhaupt erst voll entwickelt werden. Der genossenschaftliche Zusammenschluß ermöglicht dem Bauern die Erhöhung seines Einkommens, eine entscheidende Erhöhung seines Lebensstandards.

Bei der Darstellung der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften weist der Verfasser darauf hin, daß die Arbeiterklasse und ihre führende Partei – die SED – bereits an vorhandene Formen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern anknüpfen konnten. Maschinendruschgenossenschaften, Herdbuch-, Saatzucht-, Weide- und andere Genossenschaften waren in der DDR nicht selten, nicht zu vergessen die Genossenschaften, die sich mit dem Absatz und der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse befaßten. (II/58). Eine große Rolle spielten die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, unmittelbar nach Kriegsende gegründet zum Zwecke der Festigung der demokratischen Bodenreform, der Unterstützung der bäuerlichen Wirtschaften, der „demokratischen Umgestaltung des Lebens auf dem Dorfe“. (II/48). „Sie weckten bei den Bauern das Interesse für gesellschaftlich-wirtschaftliche Fragen, lehrten sie die organisierte genossenschaftliche Wirtschaftsführung, bereiteten sie psychologisch auf die Vergesellschaftung der Produktion vor und erwiesen den Genossenschaften materielle Hilfe“. (II/156).

Dank der unermüdlichen Überzeugungsarbeit der Partei der Arbeiterklasse, bei Wahrung strengster Freiwilligkeit, konnten viele Bauern für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gewonnen werden. Seit der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 nahm das Tempo des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zu. Am 30. September 1952 gab es 714 LPG, am Ende desselben Jahres waren es schon 1906 mit 37 000 Mitgliedern. 1957 erhöhte sich die Anzahl der Genossenschaften auf 6691 mit 229 000 Mitgliedern und 27,4% der gesamten Nutzfläche. (II/159).

An zahlreichen Beispielen verfolgt der Autor den Entwicklungsgang der verschiedenen Typen der Genossenschaften und beweist anhand vieler statistischer Gegenüberstellungen die Überlegenheit der Genossenschaften hinsichtlich der Produktivität über die einzelbäuerlichen Betriebe, auch wenn es anfangs einige Wachstumsschwierigkeiten gab. Mit der Festigung der LPG nimmt die Überlegenheit ständig zu. (II/173).

Kotow konstatiert aber auch in diesem Zusammenhang, daß die Entwicklung der Genossenschaften in den Jahren bis 1956, besonders die forcierte Entwicklung des Typs III, ihre Mängel hatte. „In den Dörfern wurde zu Unrecht vergessen, daß sie (Typ III – H. H. M.) für die Hauptmasse der Bauern auf Grund

des hohen Grades der Vergesellschaftung weniger annehmbar ist. Das ist unter anderem eine der Ursachen dafür, daß sehr wenig Altbauern, darunter kaum Mittelbauern, in die Produktionsgenossenschaften eintraten. Für sie sind die einfacheren Formen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, die Genossenschaften des Typs I, verständlicher und annehmbarer. Sie entsprechen besser den Interessen dieser Bauern.“ (II/165).

Das Zentralkomitee der SED wies auf die Wichtigkeit der Entwicklung von LPG des Typs I hin und mißbilligte die Unterschätzung ihrer Bedeutung. Die Bauern, die sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen wollen, sollten nicht in eine höhere Genossenschaft gedrängt werden. Ebenso wurde die Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit ausdrücklich verurteilt. Die Richtigkeit dieser Feststellungen wurde durch die weitere Entwicklung bestätigt. Der entschiedene Kampf der Partei gegen das schädliche Verhalten einiger örtlicher Parteiorganisationen führte zu entsprechenden greifbaren Erfolgen. Von 520 neugebildeten Genossenschaften im Jahre 1957 entfielen mehr als die Hälfte (314) auf Genossenschaften des Typs I. Im ersten Quartal 1958 waren von allen Zusammenschlüssen 72% Genossenschaften des Typs I. (II/166).

Nach eingehender Analyse der Landwirtschaft der DDR in den Jahren 1951 bis 1957 gelangt der Verfasser zu der Auffassung, daß die Landwirtschaft große Erfolge zu verzeichnen hatte. „Es erhöhte sich die Produktion der wichtigsten Arten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, es vollzog sich eine gewisse Umverteilung im Verhältnis der Zweige zueinander zugunsten der intensiven Kulturen und des Nutztviehs, es erhöhten sich die Qualitätskennziffern: die Ernteerträge der wichtigsten Kulturen und die Produktivität bei den wichtigsten Vieharten.“ Kotow stellt aber auch fest, daß das Gesamtergebnis der Entwicklung noch nicht den Erwartungen entsprach.

„Die Aufgabe der größtmöglichen Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft, um im höchstmöglichen Maße die Bedürfnisse des Landes an Nahrungsmitteln aus eigener Produktion zu befriedigen, blieb nach wie vor bestehen und erforderte eine Lösung. Die Hauptsache, mehr noch — der einzig praktisch mögliche Weg zur Lösung dieser Aufgabe bestand in der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion auf der Basis der sozialistischen genossenschaftlichen Großproduktion.“ (II/220).

Diese Aufgabe lösten unsere Bauern in den ersten Monaten des Jahres 1960 und erfüllten somit ein ökonomisches und geschichtliches Erfordernis unserer Zeit. Die Bauern gewannen die Einsicht, daß sie mit ihrer individuellen Wirtschaftsweise ihre Produktion nicht mehr wesentlich und in schnellem Tempo steigern konnten. Dazu gesellte sich noch die Erkenntnis, daß der Weg des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, wie er in der Republik beschritten wurde, besser ist als der Weg der kapitalistischen Konzentration in Westdeutschland. Der revolutionäre und historische Prozeß, die Schaffung einheitlicher sozialistischer Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft unserer Republik, ist ein Meilenstein auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus.

Aus dem Studium des letzten Kapitels, das die Verhältnisse Westdeutschlands zum Inhalt hat, erkennt der Leser, daß sich in Westdeutschland nichts geändert hat. Es wurden keine Lehren aus zwei blutigen Weltkriegen gezogen. Die Beschlüsse von Potsdam wurden sabotiert; die Reaktion erhob wieder ihr Haupt. Imperialismus und Militarismus, von jeher die Todfeinde des deutschen Volkes, sind wieder am Werk, die Demokratie zu untergraben. Kein Wunder, daß die in der Zeit der Weimarer Republik und des faschistischen Deutschlands entstandene Agrarordnung unverändert fortbesteht.

Die Bodenreform, deren Notwendigkeit sich aus den gleichen Gründen ergab wie in Ostdeutschland, wurde durch die Besatzungsmächte und durch die herrschende Klasse verhindert. Eine Gesetzgebung, die nach 1945 eine Reform einleiten sollte, wurde völlig ignoriert und in jüngster Zeit, wie zum Beispiel in Schleswig-Holstein, offiziell aufgehoben. Der Großgrundbesitz, von der bürgerlichen Apologetik geleugnet, übt wieder seinen verderblichen Einfluß auf Regierung, gesellschaftliche Institutionen und auf die Entwicklung der Landwirtschaft aus. Die Großagrarien (über 100 ha), mit nur 0,2% aller Wirtschaften vertreten, verfügen über 11% der Gesamtfläche. Die proletarischen Wirtschaften (bis 2 ha), die mit 61,94% und die Kleinbauern (2–5 ha), die mit 17,12% aller Betriebe vertreten sind, besitzen nur 8,10 bzw. 11,90% des gesamten Bodens.⁶ (II/234).

Die Umsiedler, die in der DDR zum großen Teil als Bauern eine neue Heimstätte fanden, mußten in Westdeutschland ihre Arbeitskraft als Landarbeiter verkaufen. In Schleswig-Holstein waren die Hälfte aller Landarbeiter Umsiedler, im übrigen Gebiet waren es reichlich ein Viertel (nach dem Stande von 1950). (II/272). Nur 13% der Umsiedler, die in der Bundesrepublik leben, sind selbständige Landwirte. Die Adenauerregierung verhielt sich gegenüber den Umsiedlern höchst gleichgültig, sie waren nur ein willkommenes Objekt für die revanchistische und kriegsflüsterne Politik der CDU-Machthaber.

Die Lohnarbeit in der Landwirtschaft ist in Westdeutschland stark verbreitet. Im Jahre 1950 gab es 1,4 Millionen ständige Landarbeiter. Ihre Lage ist nicht beneidenswert. Die Arbeitsbedingungen sind genau so schwer wie unter dem Faschismus, und ihre Bezahlung spottet jeder Beschreibung. So schrieb der Vorstand der westdeutschen Land- und Forstarbeiter-Gewerkschaft 1950, „daß die gegenwärtige Bezahlung der Landarbeiter eine Schande für ein Kulturland sei, da die Lohnsätze häufig niedriger seien als eine Unterstützungsbeihilfe“. (II/275). Ihre Lage war schutzlos, sie wurden und werden von Junkern, Gutsherren und Großbauern maßlos ausgebeutet.

Wenn Kotow feststellt, daß sich in der Zeit von 1950–1957 die Produktion erhöhte und die Lage der Landwirtschaft etwas besserte, so vergißt er aber auch nicht, auf die Kehrseite dieser Entwicklung hinzuweisen. Die Entwicklung war ungleichmäßig und widersprüchlich. Die widersprüchliche Entwicklung wurde noch durch die Agrarpolitik des Bonner Staates verstärkt. Mit der Erhöhung

⁶ Die Berechnungen sind nach der Zählung von 1937 vorgenommen worden.

der Produktion stieg gleichzeitig die Verschuldung der Landwirtschaft an. Im Januar 1958 wurde sie mit der gewaltigen Ziffer von 10 Millionen DM angegeben. (II/328). Die Hauptschuldenlasten trugen die Klein- und Mittelbauern. Durch den erbarmungslosen Konkurrenzkampf in der westlichen Welt wurden sie gezwungen, ihre Betriebe technisch zu vervollkommen, auch wenn es ihre Kräfte überstieg. Die Folgen blieben nicht aus. Viele Bauern mußten dies mit dem Verlust ihrer Wirtschaft bezahlen. Bis zum Jahre 1953 waren schon ungefähr 150000 Bauernwirtschaften ruiniert worden (II/333). In der Folgezeit nahm die Ruinierung zu.

Das Ziel der westdeutschen Regierung ist darauf gerichtet, mit Hilfe des „Grünen Planes“ die junkerlichen und großbäuerlich-kapitalistischen Wirtschaften zu festigen und den Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft zu beschleunigen. Nach dem vom Bundestag angenommenen Grundgesetz für die Landwirtschaft im Jahre 1955 sollen in der kommenden Zeit 1,2 Millionen Kleinbauernwirtschaften verschwinden. (II/333). Mittels der „Flurbereinigung“, der Umschreibung für die Enteignung der proletarischen, klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften, wird dieses Ziel rigoros verwirklicht. Unter der Ägide der Adenauerherrschaft hat die werktätige Bauernschaft Westdeutschlands keine Perspektive.

Das Buch Kotows verdient die volle Aufmerksamkeit der Wissenschaft. Es sei aber nicht nur den Agrarwissenschaftlern, Ökonomen und Historikern zum Studium empfohlen, sondern auch breiten Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung. Es ist ein ausgezeichnetes Lehrbuch der jüngsten Geschichte der deutschen Landwirtschaft. Unsere werktätigen Bauern lernen darin ihren historischen Werdegang der letzten 15 Jahre und das Schicksal ihrer westdeutschen Berufskollegen kennen, und es vermittelt ihnen wertvolle Anregungen für die weitere Gestaltung ihres Lebens auf dem sozialistischen Dorfe.

HANS-HEINRICH MÜLLER

AUTORENVERZEICHNIS

- Bach, Alfred*, Schaltwärter im VEB Elite-Diamant, Karl-Marx-Stadt.
- Bähge, Johanna*, Redakteur im Braunkohlenwerk Nachterstedt, Nachterstedt, Bez. Halle.
- Barth, Fritz*, Werkleiter des VEB Glaswerke Ilmenau.
- Beike, Heinz*, Dr., Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg, Insitut für Marxismus-Leninismus, Leiter der Zentralen Forschungsstelle.
- Blümel, Herbert*, Betriebsarchivar im VEB Berliner Glühlampenwerk.
- Bock, Helmut*, Dr., Wissenschaftlicher Sekretär der Direktion des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- Böhmert, Martin*, VEB Waggonbau Niesky, Niesky.
- Engelsmann, Kurt*, Wissenschaftlicher Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.
- Franz, Rudolf*, Dozent für Zeitgeschichte am Pädagogischen Institut „Karl Friedrich Wilhelm Wander“, Dresden.
- Gericke, Hans Otto*, Lehrer an der Berthold-Otto-Schule (Oberschule) Magdeburg.
- Gladewitz, Richard*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.
- Habedank, Heinz*, Dr., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. 1917–1945 des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Hänel, Karl*, Archivar im VEB Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“, Werdau, Bezirk Karl-Marx-Stadt.
- Handke, Horst*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Hastedt, Regina*, Schriftstellerin, Karl-Marx-Stadt.
- Hauk, Walter*, Betriebsarchivar im VEB Farbenfabrik Wolfen, Wolfen Krs. Bitterfeld.
- Heitz, Gerhard*, Dr. habil., Dozent an der Universität Rostock, Historisches Institut.
- Heitzer, Heinz*, Dr., Dozent am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin.
- Hoffmann, Willy*, Archivar im VEB Büromaschinenwerk Sömmerda.
- Holzschuh, Horst*, Zeitungsredakteur im VEB Braunkohlenwerk Ammendorf, Ammendorf Bez. Halle.
- Hühns, Erik*, Dr., Direktor des Märkischen Museums, Berlin.

- Kuczynski, Jürgen*, Prof. Dr., Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kuntzsch, Rolf*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. 1871–1917 des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Lehmann, Willy*, Archivar der VVB Braunkohle Cottbus.
- Lucas, Werner*, Vorsitzender des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Halle.
- Müller, Hans-Heinrich*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Müller, Heinz*, Dr., Wissenschaftlicher Aspirant an der Technischen Hochschule Dresden, Institut für Geschichte der Technik.
- Nitsche, Joachim*, Archivar im Deutschen Zentralarchiv Potsdam.
- Nussbaum, Manfred*, Dr., Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Ohlendorf, Kurt*, Archivar der VVB Kali und Wirtschaftsarchiv der Kali-Industrie Staßfurt.
- Plesse, Karl*, Leiter der Abt. Arbeit im VEB Kraftwerk Vetschau – Aufbauleitung.
- Radandt, Hans*, Dr., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Reitsch, Georg*, Archivleiter beim Bundesvorstand des FDGB.
- Seidl, Helmut*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Schädlich, Kurt*, Vorsitzender des Arbeitskreises „Schreibender Arbeiter“ für den Bezirk Erfurt, FDGB Bezirksvorstand Erfurt.
- Schlieder, Wolfgang*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Schröder, Rudolf*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Siegrist, Heinrich Ernst*, Chronist des VEB Schwarze Pumpe, Pumpe Krs. Spremberg.
- Stasch, Edith*, Betriebsarchivar im VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx“, Magdeburg-Buckau.
- Stock, Helena*, Werksarchivar im VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld.
- Thümmeler, Heinzpeter*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Wächtler, Eberhard*, Dr., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Walcha, Otto*, freischaffender Mitarbeiter des VEB Staatl. Porzellan-Manufaktur Meißen.
- WanschAAF, Georg*, Leiter der Betriebsoberschule der Betriebsakademie des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“, Zwickau.
- Weiß, Wisso*, Dr., Direktor des Deutschen Papiermuseums, Greiz.
- Widera, Bruno*, Dr., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Yen Chung-Ping*, Prof. Dr., Stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Academia Sinica, Peking.

*IM ERSTEN TEIL DES JAHRBUCHES FÜR
WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 1962 WERDEN UNTER
ANDEREM FOLGENDE BEITRÄGE ERSCHEINEN:*

I. MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

JÜRGEN KUCZYNSKI

Bemerkungen zur Lage der Arbeiter in den schwach entwickelten
Ländern

HORST HANDKE

Zur Rolle der Volkswagenpläne bei der faschistischen Kriegsvor-
bereitung

SIEGFRIED EPPERLEIN

Bündnisse zwischen Bauern und Bürgern im 13. Jahrhundert

II. DISKUSSIONEN

WALTRAUD ROBBE

Der Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte

GERHARD WISSMANN

Imperialistischer Krieg und technisch-wissenschaftlicher Fortschritt

III. GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

Das Echo der Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen
Produktionsbetriebe“ in den Betriebs- und Tageszeitungen

RUDOLF SCHRÖDER

Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig

FRANZ BRÜCKNER

Die Vorgeschichte des VEB Waggonbau Dessau von 1895–1945

BOHUMIL LEHÁR

Über die Arbeit zur Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei

K. N. CHAMOW

Die Teilnahme A. M. Gorkis an der Schaffung einer „Geschichte der
Fabriken und Werke der UdSSR“ und anderer historischer Sammel-
werke

IV. QUELLEN UND MATERIALIEN

RUDOLF FORBERGER

Beiträge zur statistischen Erfassung der gewerblichen Produktion
Sachsens in der Frühzeit des Kapitalismus

KARL LÄRMER

Einige Dokumente zur Geschichte des faschistischen Reichsauto-
bahnbaues